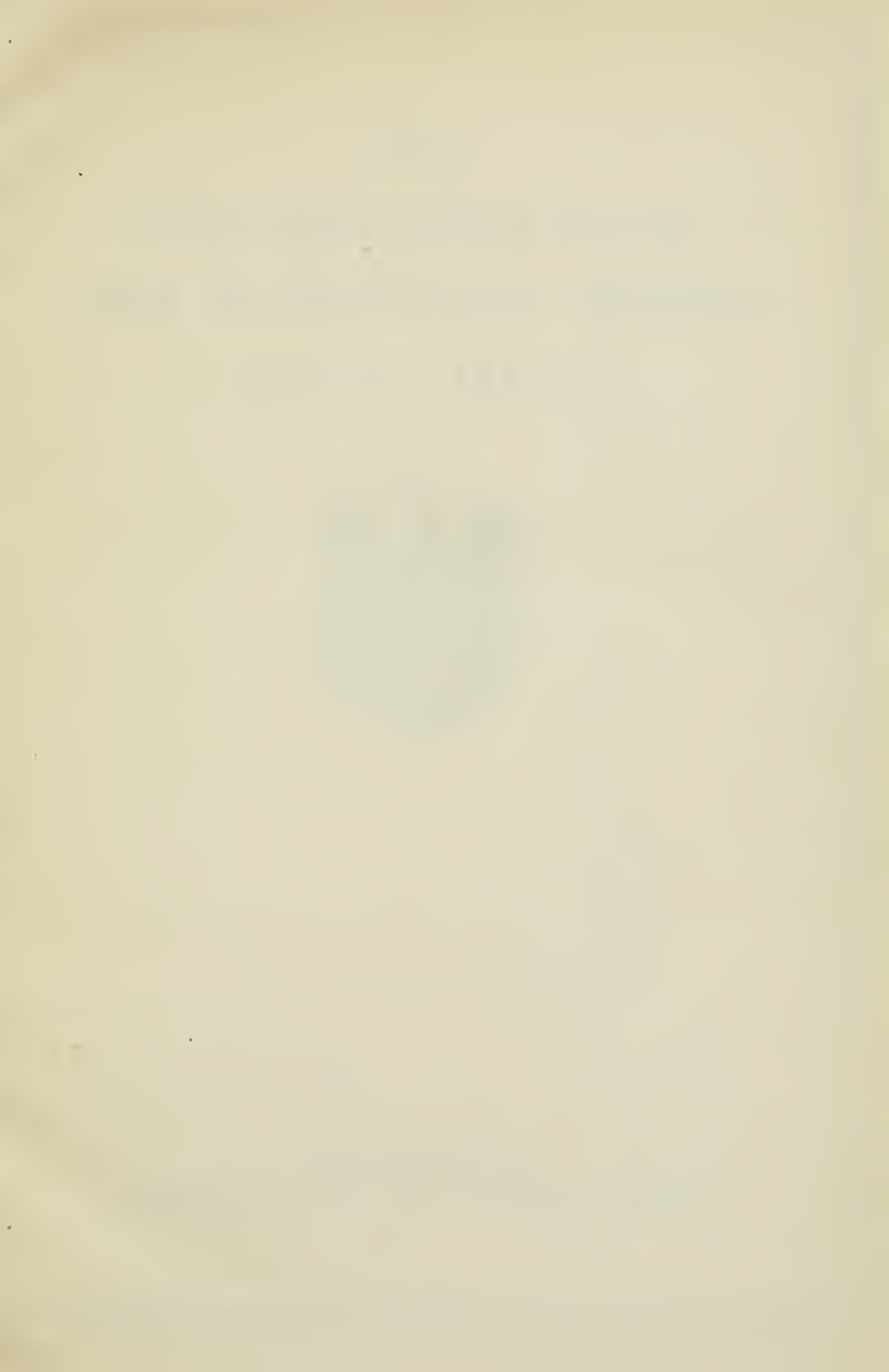



SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868

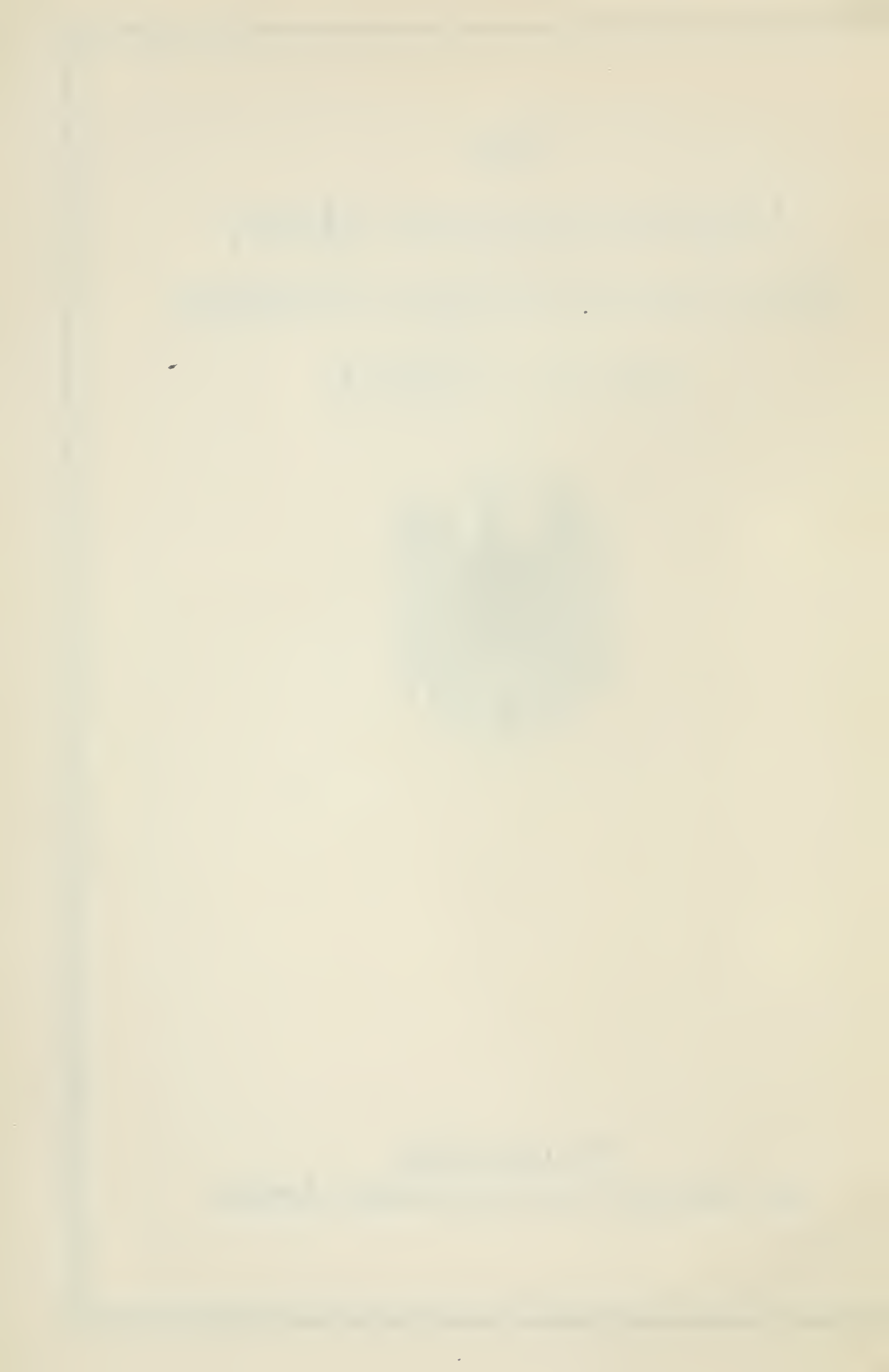




Die
Diplomatischen Akten
des Auswärtigen Amtes
1871—1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes





Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

12. Band:

Alte und neue Balkanhändel 1896–1899

Zweite Hälfte

1 9 2 4

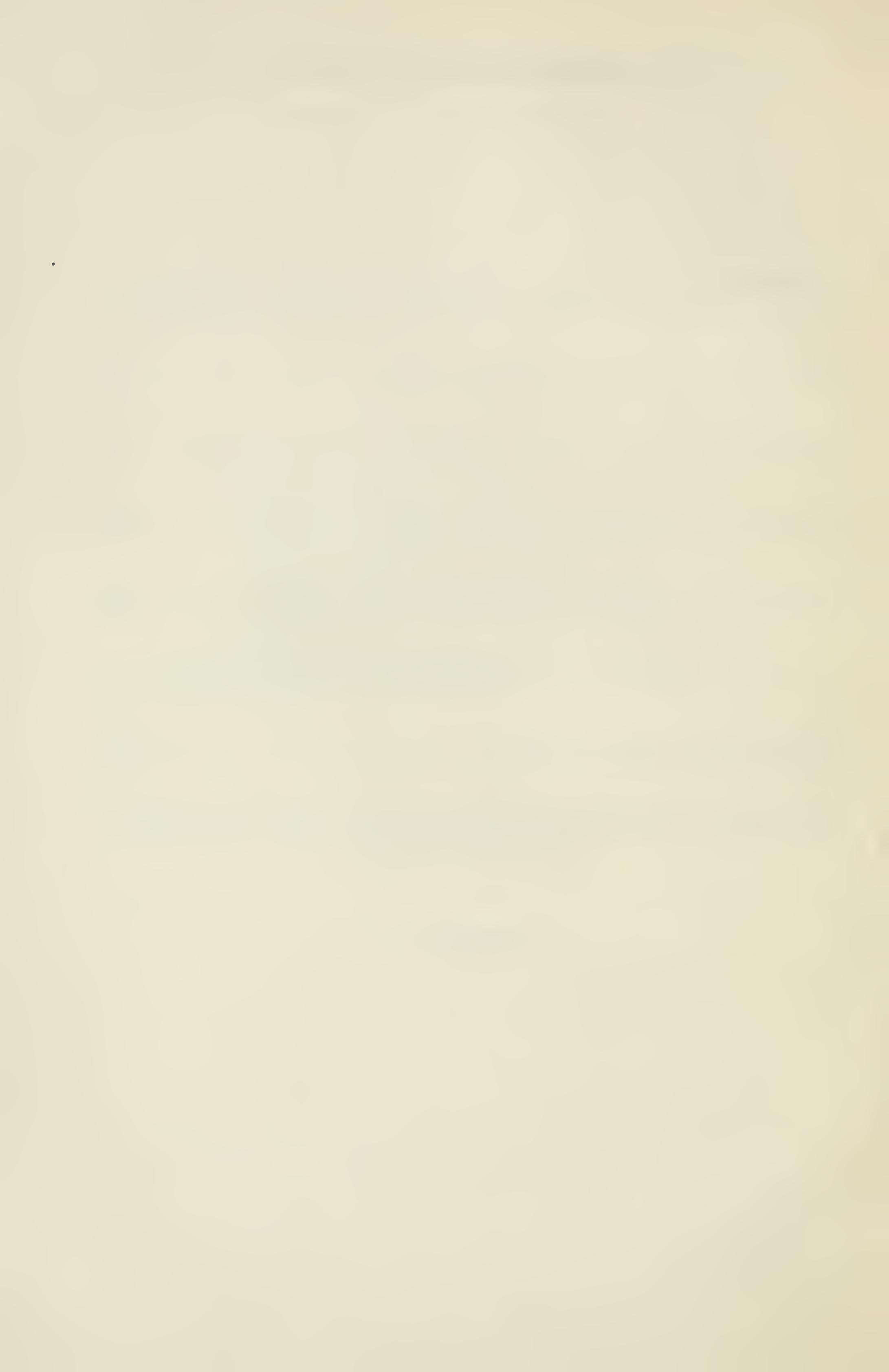
DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2. Auflage

 Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des zwölften Bandes (2. Hälfte)

Ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis erscheint zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel LXXX

Der Griechisch-Türkische Krieg 1897



Nr. 3132

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 23 Berlin, den 10. Februar 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 44*.

Die Gefahr des Augenblicks entspringt aus der früheren Haltung der Türkei und der jetzigen Haltung Griechenlands. Wir werden uns solchen Vorschlägen anderer Mächte, welche geeignet scheinen, die allgemeine Kriegsgefahr zu vermindern, gern anschließen. Eine eigene Initiative mit selbständigen Programmvorschlägen würde der Lage Deutschlands als der einzigen Großmacht, welche keinen Giebel nach dem Mittelmeer zu hat, nicht entsprechen.

Marschall

* Seit Anfang Januar 1897 waren auf der Insel Kreta neue Aufstände ausgebrochen, die die panhellenische Begeisterung in Griechenland noch stärker als 1896 entfachten. In Athen fanden viele Demonstrationen statt, um die Regierung zu zwingen, für die aufständischen Kreter Partei zu ergreifen. Die griechische Regierung, außerstande, die Bewegung zu zügeln, entsandte zunächst am 6. Februar ein Kriegsschiff und ein Transportschiff nach Kreta, angeblich zur Rettung der griechischen Einwohner; sie schritt aber schon am 8. Februar zur Mobilisierung ihrer Flotte und ließ am 10. den ersten Schiffen die Torpedobootsdivision unter dem Befehl des Prinzen Georg folgen. Die Großmächte, die ihrerseits ihre maritimen Streitkräfte in den kretensischen Gewässern verstärkten — auch deutscherseits erhielt am 8. Februar S. M. S. „Kaiserin Augusta" die Order, von Wilhelmshaven nach Kreta abzugehen —, bestrebten sich nach Kräften, den entstehenden Brand zu löschen. Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel war von Anfang an bemüht, die Türkei von der Entsendung von Truppenverstärkungen nach Kreta zurückzuhalten, andererseits befürwortete sie eine Mahnung der Mächte in Athen zur Rückberufung der nach Kreta entsandten Kriegsschiffe (Telegramm des Freiherrn von Saurma Nr. 44 vom 9. Februar 1897). Der deutsche Standpunkt möglichster Zurückhaltung bei möglichster Aufrechterhaltung der Einigkeit der Mächte erhellt aus einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats von Holstein vom 8. Februar 1897 über eine Unterredung mit dem russischen Botschafter Grafen von der Osten-

Nr. 3133

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 10. Februar 1897

Der russische Botschafter* ließ heute bei Besprechung der kretensischen Frage eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der Haltung seiner Regierung durchblicken. Er meinte, auf die griechische Regierung bezw. auf die griechische Aktionspartei würde nur einzig und allein die Blockade des Piräus Eindruck machen; für eine solche aber das Einverständnis der Mächte zu erlangen, erscheine wenig aussichtsvoll. Über die Haltung seiner eigenen Regierung sei ihm in den letzten Tagen keine bestimmte Direktive zugegangen. Zweifellos würden von seiten des dänischen Hofes die größten Anstrengungen gemacht, um die Lage des schwerbedrängten Königs von Griechenland möglichst zu erleichtern**.

Marschall

Sacken. Es heißt darin u. a.: „Ich bemerkte, daß Rußland und Frankreich ihrer respektiven Interessen wegen die leitende Rolle hätten unter denjenigen Mächten, denen eine Beruhigung der Orientfrage erwünscht sein würde, und daß es darum natürlich sei, Vorschläge von ihnen zu erwarten. Vielleicht werde eins dieser beiden Kabinette den Vorschlag machen, daß das griechische Geschwader, welches soeben mit Nichtbeobachtung der internationalen Etikette in Kanea eingelaufen sei, ohne die türkische Flagge zu salutieren, aufgefordert werde, entweder jene Unterlassung nachzuholen oder seinen Aufenthalt in dem Hafen tunlichst abzukürzen. Graf Osten-Sacken erwiderte, für einen solchen Vorschlag werde man schwerlich die nötigen Stimmen erhalten. Die englische Stimme werde schon mal jedenfalls entgegen sein. Der Botschafter sprach dann noch von der Sendung der ‚Kaiserin Augusta' nach Kreta. Ich sagte ihm, es gebe auf Kreta fast keine Deutschen. Fürst Hohenlohe habe beim Kaiser die Sendung des Schiffes nur zu dem Zwecke beantragt, um die Einigkeit der Kontinentalmächte in dem Bestreben für Erhaltung des Friedens zum Ausdruck zu bringen und so der vermittelnden Tätigkeit der europäischen Konsuln auf Kreta einen verstärkten Rückhalt zu geben."

* Graf von der Osten-Sacken.

** Bekanntlich war König Georg I. von Griechenland ein Sohn König Christians IX. von Dänemark und zugleich Bruder der Kaiserin-Witwe Maria Feodorowna, der Mutter Kaiser Nikolaus' II. von Rußland. Auch zwischen dem englischen Hofe und dem griechischen bestand insofern ein nahes Verwandtschaftsverhältnis, als die Gemahlin des Prinzen von Wales eine Schwester König Georgs I. war. Aber während die Gradlinigkeit namentlich der russischen Politik, wie die folgenden Aktenstücke zeigen, vielfach durch diese Verwandtschaftsverhältnisse beeinträchtigt wurde, hat die deutsche Politik sich in ihrem grundsätzlichen Streben, Griechenland von einer kriegerischen Verwicklung mit der Türkei, die leicht einen Kontinentalkrieg hätte entfesseln können, zurückzuhalten, durch keinerlei persönliche Rücksichten — auch Wilhelm II. stand durch seine Schwester Sophie, die Gemahlin des griechischen Kronprinzen Konstantin, in einem nahen Verwandtschaftsverhältnisse zum griechischen Königshause — beirren lassen.

Nr. 3134

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 10. Februar 1897

Der griechische Gesandte* las mir heute ein Telegramm seiner Regierung vor, wo betont war, daß die letztere angesichts der auf Kreta begangenen türkischen Greuel sich in der Notwendigkeit befinde, den dort befindlichen Untertanen des griechischen Königreichs sowie überhaupt den griechischen Stammesgenossen Hülfe zu leisten.

Als ich darauf hinwies, daß die letzterwähnten Stammesangehörigen Untertanen des Sultans seien, und daß die auf sie bezügliche Redewendung in dem Telegramm auf die Absicht schließen lasse, Kreta zu annektieren, erwiderte der Gesandte, allerdings könne man nicht umhin, die Annexion zu wünschen.

Holstein

Nr. 3135

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 10. Februar 1897

Der französische Botschafter** teilte mir heute eine Reihe von Telegrammen aus Kreta mit, welche bezüglich der dortigen Situation etwas wesentlich Neues nicht enthielten. Ferner las er mir ein Telegramm des Ministers Hanotaux an den französischen Gesandten in Athen*** vor, worin dieser beauftragt wird, im Verein mit seinen Kollegen der Großmächte gemeinschaftliche Schritte bei der griechischen Regierung zu tun, um des résolutions précipitées zu verhindern. Marquis de Noailles frug mich, ob ich beabsichtige, ähnliche Instruktion nach Athen ergehen zu lassen. Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, daß, nachdem Griechenland durch Entsendung seiner Kriegsschiffe nach Kreta bereits eine „résolution précipitée“ gefaßt habe, ich mir von einem Zusammenwirken in Athen im Sinne der Instruktion des Herrn Hanotaux wenig verspreche. Nach meinem Dafürhalten enthalte das griechische Vorgehen eine schwere Gefährdung des europäischen Friedens, die insolange nicht aufhören würde, als die griechischen Kriegsschiffe sich an der kretischen Küste befänden. Wir seien nicht in der Lage, die

---

* C. A. Rangabé.
** Marquis de Noailles.
*** F. A. Bourée.

Initiative in der kretischen Frage zu ergreifen, würden uns aber allen Vorschlägen, die auf Erhaltung des Friedens abzielten, anschließen.

Marquis de Noailles las mir dann ein Telegramm des Grafen Montebello an Herrn Hanotaux vor, welches meldet, daß Graf Murawiew ebenfalls Instruktion nach Athen gegeben habe, der griechischen Regierung ernste Vorstellungen über die Erschwerung der Lage zu machen, welche durch die Entsendung griechischer Schiffe an die kretische Küste entstanden sei.

Marschall

Nr. 3136

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 St. Petersburg, den 10. Februar 1897

Graf Murawiew nahm mit Dank Inhalt des Telegramms Nr. 23* entgegen. Er hat bereits heute früh unter Mitteilung eines Telegramms von Herrn von Nelidow über beabsichtigte Absendung türkischer Verstärkung nach Kreta ein Zirkulartelegramm an sämtliche russische Botschafter geschickt, in welchem er hervorhebt, daß neue Truppensendung bedenklich wäre. Er schlägt dagegen vor, zunächst unverzüglich den Konsuln auf Kreta und dann den Gesandten in Athen die allerstrengsten Weisungen zu geben, sich gegen weitere Ausschreitungen aufs energischste ins Mittel zu legen und griechische Regierung verantwortlich zu machen.

Graf Murawiew findet der Kürze halber Anwendung simultaner Noten, die dem Sinne, wenn auch nicht der Form nach gleichbedeutend wären, genügend, um volle Eintracht der Mächte zu konstatieren. Kollektivnoten würden unnütz zeitraubend sein.

Seiner Ansicht nach ist es schwer, vorhandene griechische Kriegsschiffe zurückzuziehen, türkische Truppenverstärkung wäre gefährlich. Um so energischer müßten die Konsuln und Gesandten einmütig auftreten.

Er ist zurzeit entschieden gegen Abtretung Kretas an Griechenland. Um dies zu dokumentieren, schlägt er vor, erst die Konsuln in Kreta mit Weisungen zu versehen und unabhängig davon die Gesandten in Athen.

Radolin

---

* In Telegramm Nr. 23 vom 9. Februar war die deutsche Bereitwilligkeit ausgesprochen, Graf Murawiew vor allem in Wien und Rom zu unterstützen, falls er Maßregeln vorschlagen wolle, die geeignet seien, der aus der Haltung der griechischen Aktionspartei sich ergebenden ernsten Gefährdung des europäischen Friedens zu begegnen.

Nr. 3137

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 11. Februar 1897

Zu gestern abgegangenem Zifferbericht Nr. 86*.

Wenn Lord Salisbury nicht gestern Komödie gespielt hat, muß ich aus seinen Äußerungen schließen, daß ihm eine Demarche der Mächte in Athen bezüglich der nach Kreta gesandten griechischen Schiffe, über deren Tragweite man sich unverzüglich verständigen müßte, nicht unerwünscht sein, und daß er sich anschließen würde, wenn sie ihm von anderer Seite vorgeschlagen wird.

Es scheint mir von höchster Wichtigkeit, daß dem Vorgehen der Griechen auch jetzt noch, wenn möglich, ein Riegel vorgeschoben wird. Wird das Anschneiden des Kuchens in Kreta gestattet, so wird die Autorität der Mächte in Konstantinopel eine bedenkliche Einbuße erleiden, und die Folgen für die weitere Entwickelung der Dinge dort wären unberechenbar. Ich vermag nicht abzusehen, welches Bedenken im Wege steht, daß wir in diesem Falle die Initiative zu einem entsprechenden Vorschlage ergreifen, da darin keine Parteinahme unsererseits für die eine oder die andere der Mächte in der orientalischen Frage selbst liegen würde.

Hatzfeldt

Nr. 3138

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 17. Berlin, den 11. Februar 1897

Der französische Botschafter kam heute früh, um mir zu eröffnen, Herr Hanotaux habe mit Bedauern in Erfahrung gebracht, daß man in Deutschland der Ansicht zuneige, er nehme für die Kretenser Aufständischen Partei. Dem sei nicht so, vielmehr sei er bereit, sich

---

* Nach dem Hatzfeldtschen Berichte Nr. 86 vom 10. Februar hätte sich Lord Salisbury zu dem deutschen Botschafter dahin geäußert: „Er teile auch ganz die Ansicht der anderen Mächte, daß, nachdem die griechische Regierung ohne Rücksicht auf die Remonstrationen fast aller Mächte dennoch Schiffe abgeschickt habe, eine entsprechende Demarche in Athen geschehen sollte, um den Griechen einen Verweis über ihr Verfahren zu erteilen. Bisher wolle aber keine andere Macht in dieser Angelegenheit die Initiative nehmen, und England könne dies ebensowenig tun.“

weitgehenden Maßnahmen anzuschließen, um zu verhindern, daß der Aufstand eine den Frieden Europas kompromittierende Bedeutung gewinne. Er stehe aber mit einiger Verlegenheit der Frage gegenüber, wer die Initiative für Anregung einer Kollektivaktion übernehmen solle.

Ich nahm Akt von den Erklärungen des Botschafters und erwiderte ihm in der Hauptsache, es sei nicht anzunehmen, daß eine Aktion, von welcher die Ruhe Europas abhänge, an einer Etiquettenfrage scheitern werde.

Der Kaiserliche Gesandte in Athen* ist beauftragt, sich auch mit den Vertretern von Rußland und Frankreich über die Art und Weise zu verständigen, wie der griechischen Begünstigung des den Frieden von ganz Europa gefährdenden kretensischen Aufstandes entgegenzutreten ist.

Ew. pp. wollen Herrn Hanotaux gegenüber nicht verhehlen, daß nach Ansicht Seiner Majestät des Kaisers die Mächte entweder wirksam eingreifen oder aber sich zur einfachen Zuschauerrolle und dem tatsächlichen Bekenntnis ihrer Ohnmacht resignieren sollten. Für uns, die wir weit vom Mittelmeer abliegen, kommt weniger Kreta als der Präzedenzfall in Betracht, wonach ein Staat dritten Ranges wie Griechenland in direktem Widerspruche mit den Intentionen der Mächte eine Frage würde anschneiden können, welche die ernstesten Gefahren für den Frieden von Europa in sich birgt.

Marschall

Nr. 3139

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 22 Berlin, den 11. Februar 1897

Antwort auf Ew. pp. heutiges Privattelegramm** zu vertraulicher Information.

Nachstehendes Telegramm geht soeben an Graf Münster ab: pp.***.

Offenbar ist Graf Murawiew behindert durch die dänischen Sympathien der Kaiserin-Mutter, und er würde es, nach den Äußerungen des hiesigen russischen Botschafters zu urteilen, freudig begrüßen, wenn von Frankreich aus eine energische Initiative käme. Meines Wissens wird von russischer Seite bereits ganz geheim in der Richtung

* Freiherr von Plessen.
** Siehe Nr. 3137.
*** Folgt Nr. 3138.

gearbeitet. Wenn Herr Hanotaux sich überhaupt trotz des französischen Philhellenismus zu einer antigriechischen Aktion bringen läßt, so wird er es am ersten den Russen zu Gefallen tun. Hingegen fürchte ich, daß eine etwaige deutsche Initiative dem Vorgehen gegen Griechenland in Frankreich ein doppelt schweres Odium aufladen würde. Ohne uns voranzustellen, sind wir jedoch ernstlich in antigriechischer Richtung tätig und werden es unseren Bemühungen zuschreiben können, wenn überhaupt etwas Wirksames vereinbart wird. Nach Wien hin, welches sich am abgeneigtesten zeigt, hat sich der Herr Reichskanzler heute recht scharf geäußert*.

Marschall

Nr. 3140

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 11. Februar 1897

Dem russischen Botschafter teilte ich, als derselbe heute zur Besprechung der kretensischen Angelegenheit kam, den Inhalt des Petersburger Telegramms Nr. 30** mit, wonach Graf Murawiew die Türkei an der Sendung von Truppen nach Kreta hindern und die griechische Regierung durch gemeinsame ernste Vorstellungen und durch den Hinweis auf ihre Verantwortung einschüchtern will. Graf Osten-Sacken war nicht der Ansicht, daß auf letzterem Wege etwas zu erreichen sei. Die Mächte müßten, wenn sie nicht den Piräus blockieren wollten, wenigstens den Verkehr der griechischen Kriegsschiffe mit der kretensischen Küste verhindern. Dabei aber stellten sich ihm zwei Schwierigkeiten dar: 1. die Schwierigkeit, mit der Graf Murawiew am Petersburger Hofe wegen der dänischen verwandtschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen habe; 2. die Schwierigkeit bezw. Gefahr, welche sich aus der unklaren Haltung Englands ergebe. Wie werde England sich stellen, wenn Rußland und Frankreich dem griechischen Geschwader gegenüber zu gewaltsamen Abwehrmaßregeln schritten?

Ich erwiderte, daß zunächst mal, wenn die Mächte den Sultan verhinderten, die türkische Besatzung von Kreta zu verstärken, sie dadurch zweifellos die Verpflichtung übernähmen, daß kein Dritter,

* Telegramm an Graf Eulenburg Nr. 36 vom 11. Februar. Es hieß darin, daß die einseitige Schärfe der Äußerungen Graf Goluchowskis gegen die Türkei und die Betonung des Zutrauens zu den friedlichen Absichten Griechenlands ihn, Hohenlohe, nötige, mit der unerfreulichen Möglichkeit zu rechnen, daß für Österreich-Ungarn das Interesse des europäischen Friedens nicht das in dieser Frage Maßgebendste sei.

** Im Text steht versehentlich Nr. 30, es muß Nr. 31 heißen. Siehe Nr. 3136.

also Griechenland, sich die Schwäche der in Kreta vorhandenen türkischen Militärmacht zunutze mache, um die Insel dem Sultan zu entreißen. Was England anlange, so flöße dieses mir keine Besorgnisse ein, weil dasselbe gegenwärtig ein zu schlechtes Gewissen Deutschland gegenüber habe und deshalb ohne allen Zweifel mit der Möglichkeit rechne, daß Deutschland im psychologischen Moment bei der franko-russischen Aktion wegen Kreta als Freund des Friedens und Gegner Englands sich beteilige.

Der Botschafter zeigte sich für diesen Gedanken durchaus zugänglich und vervollständigte ihn, indem er sagte, wenn Deutschland nicht wäre, würde die englische Regierung vielleicht schon der Mittelmeerflotte den Befehl erteilt haben, nach dem Bosporus zu dampfen. Er meinte dann, ob es indiskret von ihm sein würde, wenn er in dieser für Rußland so schwierigen Konjunktur ganz vertraulich um unsern Rat bäte.

Ich erwiderte, für uns würde der Rat an Rußland, bei irgendeinem Einzelpunkte der Orientfrage voranzugehen, deshalb peinlich zu erteilen sein, weil wir dadurch denen, die uns mißtrauten, Anlaß zu der Verdächtigung geben würden, daß wir Rußland in kriegerische Verwickelungen hineinschieben wollten. Wir könnten da also nicht füglich weiter gehen als bis zu unserer vorgestrigen Erklärung, daß wir Rußland zu unterstützen geneigt seien, falls dieses *von sich aus* vorginge, um die kretensische Kriegsgefahr zu vermindern.

Für den Fall jedoch, daß die Bedenken der russischen Staatsleitung weniger durch Kriegsgefahr als durch natürliche dynastische Erwägungen veranlaßt wären, gäbe es wohl einen Rat, den wir erteilen könnten, ohne uns damit der Verdächtigung auszusetzen, als trieben wir Rußland in den Krieg: den Rat nämlich, daß das Petersburger Kabinett die Dinge derart fingere, daß die französische Regierung vor die Notwendigkeit gestellt werde zu erklären, ob oder ob nicht sie für wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der kretensischen Gefahr zu haben sein würde. Daß das Pariser Kabinett in dieser Angelegenheit dem Petersburger Kabinett einen Korb geben sollte, sei bei den Beziehungen dieser beiden nicht anzunehmen. Es sei vielmehr wahrscheinlicher, daß Herr Hanotaux eine Antwort gebe, welche den Grafen Murawiew in den Stand setzen werde, den dynastischen Bedenken unter Hinweis auf die Aktionsbereitschaft Frankreichs erfolgreich entgegenzutreten. Wenn andererseits Herr Hanotaux wider Erwarten eine unüberwindliche Abneigung gegen jede Aktion mit einer gegen Griechenland gerichteten Spitze zeige, so sei die russische Regierung dadurch wenigstens über eine wichtige Zukunftsfrage aufgeklärt.

Graf Osten-Sacken sprach darauf die Absicht aus, daß er dem Grafen Murawiew telegraphieren wolle, dieser möge versuchen, von der französischen Regierung eine Erklärung gegen die Haltung Griechen-

lands zu erlangen, welcher sich Rußland formell dann nur anzuschließen haben würde.

Unmittelbar nach dem Grafen Osten-Sacken erschien der französische Botschafter mit der bereits verzeichneten Erklärung, daß die französische Regierung durchaus geneigt sei, sich bei solchen Maßnahmen zu beteiligen, durch welche der aus der Haltung Griechenlands sich für ganz Europa ergebenden Kriegsgefahr vorgebeugt werden könne, und daß Herr Hanotaux lediglich wegen der Initiative Bedenken formaler Natur hege*.

Ich ließ alsbald den Grafen Osten-Sacken von dieser Stimmung des Pariser Kabinetts verständigen und ihm andeuten, daß es unter diesen Umständen nicht schwierig sein werde, angesichts der zwischen den auswärtigen Ministern in Petersburg und Paris herrschenden Übereinstimmung auch die formale Schwierigkeit der Initiative zu beseitigen.

Graf Osten-Sacken sprach die Absicht aus, sofort in dem Sinne mit dem französischen Botschafter sich zu besprechen.

Marschall

Nr. 3141

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Gesandten in Athen Freiherrn von Plessen

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 2 Berlin, den 11. Februar 1897

Die Kabinette von Petersburg, Paris und Rom lassen hier mitteilen, daß ihre Vertreter in Athen der dortigen Regierung wegen deren Ermutigung des kretensischen Aufstandes Vorstellungen machen sollen. Ew. pp. sind hiermit beauftragt, das gleiche zu tun. Bezüglich Form und Inhalt Ihrer Erklärung — z. B. ob schriftlich oder mündlich — wollen Sie sich zunächst mit den Vertretern von Rußland, Frankreich und Italien verständigen und bei der Diskussion für den energischeren Modus Stimmung machen.

C. Hohenlohe

Nr. 3142

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 12. Februar 1897

Der russische Botschafter suchte mich heute abend auf und las mir das anliegende Telegramm des Grafen Murawiew** vor. Ich erklärte dem Grafen Osten-Sacken, daß die Regierung Seiner Majestät bereit sei, analogen Befehl an den Kommandanten des deutschen Kriegs-

* Vgl. Nr. 3138.

** Siehe Anlage.

schiffs zu geben, das in wenigen Tagen an der kretischen Küste anlangen werde. Wir seien der Ansicht, daß die Kommandanten der Geschwader der Großmächte sich untereinander darüber verständigen müßten, jedes aggressive Vorgehen der griechischen Flottille zu verhindern. Unter aggressiven Akten würde alles zu verstehen sein, was geeignet erscheint, die Revolutionäre direkt oder indirekt zu unterstützen, also z. B. auch die Ausschiffung von Waffen und Munition. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers sei auch damit einverstanden, daß im Notfalle Marinesoldaten an bedrohten Plätzen gelandet werden müssen, um im Verein mit den türkischen Autoritäten Ordnung und Ruhe wiederherzustellen. Unsere Bereitwilligkeit, in dieser Richtung an den Kommandanten unseres Schiffes Befehl ergehen zu lassen, hätten wir bereits den übrigen Mächten mitgeteilt. Was die in dem Telegramm des Grafen Murawiew am Schlusse befindliche Bemerkung bezüglich der Lösung der „„kretischen Frage“ betreffe, so sei die Kaiserliche Regierung der Ansicht, daß der „kretische Zwischenfall“, denn um etwas anderes handle es sich hier nicht, nur auf der Basis des territorialen status quo und der Integrität des Ottomanischen Reiches erledigt werden könne und selbstverständlich die Eventualität einer Annexion Kretas durch Griechenland vollständig ausgeschlossen bleibe.

Marschall

Anlage

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift, unsigniert und undatiert. Vom russischen Botschafter am 12. Februar mitgeteilt

L'escadre russe dans la Méditerranée — Commandant Amiral Andrew — a reçu l'ordre de se rendre en Crète et de s'entendre avec les Chefs des forces navales des Grandes Puissances pour défendre une agression de la part de la flotte hellénique. Pour le cas urgent, les commandants seraient à même de mettre à terre leurs détachements et coopérer avec les autorités turques au retablissement de la tranquillité dans l'île, qui serait ainsi gardée en dépôt par des forces européennes jusqu'à ce que les Grandes Puissances résoudraient, d'un commun accord, la question crétoise.

Nr. 3143

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Pera, den 12. Februar 1897

Meine Kollegen haben, gestützt auf Meinungsäußerungen der Konsuln in Kanea, heute übereinstimmend an ihre Regierungen tele-

graphiert, daß folgende Maßnahmen die Lage in Kreta noch retten könnten:

1. Abberufung der griechischen Kriegsschiffe.
2. Zurückhaltung türkischer Truppen.
3. Provisorische Okkupierung von Kanea, Kandia und Rethymno durch Besatzungsmannschaften der fremden Kriegsschiffe.
4. Sofortige Organisation der fremden Gendarmerie und Inkraftsetzung der übrigen Reformen.

Die Botschafter haben hinzugefügt, daß mittels einer starken Pression in Athen die griechische Regierung gleichzeitig zu verhindern sein dürfte, den Aufständischen auf der Insel irgendwelche Unterstützung an Waffen und Munition zukommen zu lassen*.

Saurma

Nr. 3144

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 34 Berlin, den 13. Februar 1897

Die hier eingegangenen Äußerungen sämtlicher großen Kabinette lassen keinen Zweifel darüber, daß diese sich zusammenfinden in dem Wunsche, einer als Folge des kretensischen Zwischenfalls zu gewärtigenden Störung des europäischen Friedens vorzubeugen. Es wird deshalb beabsichtigt, die kommandierenden Offiziere der respektiven Seestreitkräfte dahin zu instruieren, daß dieselben gemeinsam handeln, um die griechischen Schiffe an allem zu hindern, was zur Förderung oder Ermutigung des Aufstandes dienen könnte. Von einzelnen Seiten ist auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, zur Wiederherstellung der Ruhe einzelne Punkte der Insel durch Schiffsmannschaften bis nach Austrag der Angelegenheit besetzen zu lassen.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist bereit, sich bei den vorstehenden Maßnahmen zu beteiligen, und zwar lediglich und

---

* Das Telegramm Saurmas wurde vom Auswärtigen Amt am 13. Februar durch Zirkulardepesche den hauptsächlichen Missionen mitgeteilt. Eine eigene Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu den vier Punkten, die russischerseits als „sehr annehmbar" bezeichnet wurden (Telegramm Saurmas Nr. 67 vom 15. Februar), erfolgte zunächst nicht; nachträglich stellte sich auch die deutsche Regierung auf ihren Boden. Vgl. Nr. 3183.

** Dasselbe Telegramm erging gleichzeitig an die Botschafter in London, Paris, Wien und Rom, sowie Abschrift davon an den Botschafter in Konstantinopel und die Gesandten in Brüssel, im Haag, in Kopenhagen, Athen, Belgrad und Bukarest.

ausschließlich im Interesse des Friedens, demgegenüber bei der Entscheidung Seiner Majestät alle anderen Erwägungen, selbst solche dynastischer Natur, zurückgetreten sind. Dem Frieden nützt aber die beabsichtigte Aktion der Mächte nur dann, wenn dieselbe mit dem festen Programm unternommen wird, Kreta im Rahmen des türkischen Staatsverbandes zu belassen. Für den Fall, daß Kreta jetzt vom Ottomanischen Reiche abgetrennt werden sollte, ist, wie wir wissen, bereits genügender Zündstoff anderswo angesammelt, um einen Konflikt in großem Maßstabe in sichere Aussicht zu stellen. Vielleicht würde dann im psychologischen Augenblick der Vorschlag gemacht werden, daß als Versuch zur Vermeidung oder Beschränkung eines solchen Konfliktes ein europäischer Kongreß sich versammeln und über eine weitere Verteilung türkischen Gebietes beraten soll. Nach meiner Ansicht würde aber die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens gegenüber den durch die Lostrennung Kretas geweckten mannigfachen Leidenschaften eine so geringe sein, daß die deutsche Regierung sich, um nicht mitverantwortlich für die Folgen zu werden, in dem Augenblick von jeder weiteren Beteiligung an der Aktion der Mächte zurückziehen wird, wo erkennbar wird, daß die Belassung der Insel beim Ottomanischen Reich nicht mehr Teil des europäischen Programmes bildet.

Ew. wollen bei geeignetem Anlaß diese unsre Auffassung außer Zweifel stellen

C. Hohenlohe

Nr. 3145

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 37 Berlin, den 14. Februar 1897

Graf Osten-Sacken teilte hier gestern ein Schreiben des Grafen Murawiew mit. Der russische Minister sprach darin zunächst von seinen sympathischen Reiseeindrücken*, welche in ihm die Überzeugung von dem Fortbestande der intim-kordialen Beziehungen zu Frankreich und der gutnachbarlichen und freundschaftlichen zu Deutschland befestigt hätten. Sodann kam er auf die kretensische Angelegenheit, betonte die Gefährlichkeit der exigences intolérables der Griechen, jedoch unter gleichzeitigem Hinweis auf die Schwierigkeit, welche für die russische Politik, insbesondere für eine russische Initiative sich aus den verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Petersburg und Athen ergebe.

In Übereinstimmung sowohl mit der in letzterem Hinweis enthaltenen Andeutung wie auch mit dem Interesse des schwerbedrohten

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3425 ff.

europäischen Friedens richtete ich heute nachfolgendes Telegramm an den Grafen Münster:

„Ich bitte, Herrn Hanotaux zu fragen, ob die in meinem Telegramm Nr. 24 erwähnte Beschießung eines türkischen Transportschiffs durch ein griechisches Kriegsschiff sich bestätigt, und ob der Minister geneigt ist, Ew. pp. den Inhalt der Instruktion mitzuteilen, welche infolge dieses griechischen ballon d'essai, und um etwaigen Wiederholungen wirksam entgegenzutreten, an den kommandierenden Offizier des französischen Geschwaders in den kretensischen Gewässern ergangen ist. Wir sind bei dieser Frage direkt interessiert, weil die ‚Kaiserin Augusta', deren Instruktion nicht außer Zusammenhang mit den seitens der anderen Großmächte erteilten Instruktionen zu denken ist, bereits am 20. in Kreta ankommt.

Ich halte von vornherein und selbstverständlich für ausgeschlossen, daß die in Kreta versammelten imponierenden Seestreitkräfte der Großmächte eine analoge Bestimmung haben können wie die englischen Kriegsschiffe, welche vor jetzt 37 Jahren die Ausschiffung der „Tausend" bei Marsala deckten, indem sie sich zwischen Garibaldiner und Neapolitaner schoben. Das Verhalten, welches damals von englischer Seite die zielbewußte Förderung der italienischen Einheit bedeutete, würde heute bei der Wiederholung durch Europa lediglich Ohnmacht bedeuten und vor der Welt wie vor der Geschichte den Beweis liefern, daß Europa in seiner heutigen Gruppierung außerstande ist, den europäischen Frieden selbst nur gegen Griechenland zu schützen.

Daß die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers nicht gewillt ist, in einer solchen Rolle mitzuwirken, wissen Ew. pp. durch mein gestriges Telegramm Nr. 25*. Wenn wirklich, was ich zunächst noch kaum für möglich halte, die Absicht besteht, dem Tun der Griechen ruhig zuzusehen, so wird der allerhöchsten Willensmeinung entsprechend die ‚Kaiserin Augusta' je nach Umständen entweder zurückberufen werden oder zum Schutze der Reichsangehörigen im östlichen Mittelmeer da, wo etwa als Folge der politischen Niederlage Europas anarchische Zustände in Küstenorten eintreten sollten, Verwendung finden."

Mit dieser Eröffnung hat Deutschland entgegen seiner Gewohnheit in orientalischen Dingen eine Initiative ergriffen, ohne sich dabei zu verhehlen, daß der praktische Erfolg dieses Schrittes lediglich von dem Grade der Entschiedenheit der Mitwirkung des Petersburger Kabinetts abhängt.

Ew. pp. bitte ich, das Vorstehende mit dem Grafen Murawiew persönlich eingehend und ganz vertraulich zu besprechen mit dem Hinzufügen, daß ich bezweifle, ob sich nach dieser gegenwärtigen

---

* Identisch mit Nr. 3144.

noch eine weitere Gelegenheit zur wirksamen Wahrung des europäischen Friedens für uns ergeben wird.

C. Hohenlohe

Nr. 3146

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 44 — Berlin, den 14. Februar 1897

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat hier mitgeteilt, daß Graf Goluchowski auf die letzte russische Zirkularnote*, betreffend die Beseitigung der dem europäischen Frieden infolge der kretensischen Unruhen drohenden Gefahr, durch Gegenfragen mit Bezug auf Einzelpunkte geantwortet hat. Ew. wollen, falls Graf Goluchowski die Angelegenheit Ihnen gegenüber erwähnen sollte, demselben keinen Zweifel darüber lassen, daß wir im gegenwärtigen Augenblick die Lage für zu bedenklich halten, um unter den Mächten irgendetwas anderes zu erörtern als die Frage, welche allgemeinen Instruktionen den vor Kreta allmählich eintreffenden Seestreitkräften der Mächte zu erteilen sind, damit die kommandierenden Offiziere derselben nach Verständigung über die Einzelfragen in möglichst rascher und wirksamer Weise den vom Königreich Griechenland her unternommenen völkerrechtswidrigen Einbruch abwehren können.

Marschall

Nr. 3147

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 — Paris, den 14. Februar 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 27**.

Die Nachricht der Beschießung eines türkischen Transportschiffs durch ein griechisches Kriegsschiff ist bestätigt. Der türkische Botschafter hat es hier angezeigt und es als Kriegsfall bezeichnet.

Die Nachrichten aus Athen und aus Kreta beunruhigen Herrn Hanotaux sehr. Er ist aufgebracht darüber, daß die griechische Regierung über 30 Stunden die offiziellen Telegramme von und nach Paris aufhielt. Er hat es durch das Telegraphenamt bestimmt kon-

---

* Vgl. Nr. 3136.

** Vgl. Nr. 3145, wo das Telegramm Nr. 27 inseriert ist.

statiert und hat dem griechischen Gesandten* die heftigsten Vorwürfe darüber gemacht. Er fragte mich, ob uns gegenüber dies auch geschehen sei**.

Was die Instruktionen an den französischen Geschwaderchef betrifft, so gehen sie dahin, daß die Griechen verhindert werden sollen, zur See oder durch Truppenlandung in Kreta einzugreifen. Über das: wie das geschehen könne, sollen sich die Kommandanten der Kriegsschiffe verständigen. Herr Hanotaux sagt mir, von russischer Seite sei der Vorschlag gemacht, daß Kanea durch ein kombiniertes Landungskorps besetzt werden solle. Herr Hanotaux wird zustimmen, sobald das Einverständnis der anderen Mächte erreicht sein wird. Nach den Berichten des Marquis de Noailles rechnet er auf unsere Zustimmung. Italien und Österreich zögerten anscheinend noch, und würde er dankbar sein, wenn wir dort unseren Einfluß geltend machen wollten.

Sowie diese Frage entschieden sei, werde er erst imstande sein, noch nähere Instruktionen zu erteilen.

Herr Hanotaux hat mir schon wiederholt sein Bedauern über das Fehlen deutscher Schiffe in jenen Gewässern ausgesprochen, freute sich aber zu hören, daß die „Kaiserin Augusta" bald eintreffen wird.

Baron von Mohrenheim traf ich im Vorzimmer; er war sehr aufgeregt, indem er mir sagte, der Krieg ist da.

Münster

Nr. 3148

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Athen, den 14. Februar 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 2***.

Sämtliche Vertreter der Mächte haben Minister der Auswärtigen Angelegenheiten † soeben einzeln nachstehende gleichlautende Erklärung †† abgegeben:

„Après l'envoi des bâtiments de guerre helléniques en Crète suivis de l'expédition des torpilleurs nous n'avons pas dissimulé au

---

* N. P. Delyannis.
** Das war in der Tat geschehen.
*** Siehe Nr. 3141.
† Skuzes.
†† Die vom 1./13. Februar 1897 datierte Note ist bereits abgedruckt aus dem englischen Blaubuch „Turkey" in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 125; die griechische Antwort vom gleichen Tage ebenda.

gouvernement royal la désapprobation que rencontraient de la part des puissances des actes aussi contraires à leurs communs désirs de maintenir la paix de l'orient.

Nous apprenons aujourd'hui que les choses prennent une tournure autrement grave; que des troupes régulières de la Grèce se disposeraient à pénétrer à mains armées sur un point du territoire ottoman. Si cette nouvelle est fondée notre devoir dans de telles conjonctures en attendant [les] instructions qui ne peuvent manquer de nous arriver à bref délai est d'insister sur la désapprobation[1] que des actes semblables rencontrent de la part de tous nos gouvernements et de déclarer[2] au gouvernement hellénique que les puissances ne peuvent que laisser peser sur lui les conséquences d'une action qui éveille à juste titre la vive anxiété des cabinets européens."

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat darauf folgendes erwidert:

„Les événements qui ont eu lieu en Crète ont amené une anarchie dans laquelle les familles chrétiennes ont été exposées ainsi que leurs fortunes à la merci et au pillage de la populace fanatique et sans freins.

Le gouvernement royal ne pouvait plus supporter cet état lamentable dans lequel se sont trouvés les habitants de l'île auxquels nous sommes liés par la religion[3] et par des liens sacrés.

Il a pris par conséquent la décision d'envoyer des troupes pour occuper l'île et ramener l'ordre et la paix là bas."

Ein Bataillon Infanterie, ein Bataillon Jäger, zwei Batterien sind bereits in Piräus für die Abfahrt nach Kreta eingeschifft*.

Zwei Jahrgänge der Reserve werden einberufen, angeblich gegen 20000 Mann.

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sagte ferner, daß türkische Truppen nach Kreta unterwegs seien.

Die Regierung entsende auch Verstärkungen an die Grenze auf die Nachricht, daß die Pforte Albanesen, Kurden und andere Volksstämme gegen die Grenzen dirigiere.

Plessen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Da Pfeifen die Athener drauf
[2] das declariren und desapprobiren nutzt nichts Kanonen vor den Piräus das ist die richtige Antwort
[3] Heiliger Pobedonostzeff
Schlußbemerkung des Kaisers:
Das ist Krieg! Schnell die Flotten vor den Piräus ehe es zu spät ist. W.

---

* Tatsächlich landete am 16. Februar der Flügeladjutant des griechischen Königs Oberst Vassos mit ca. 1500 Mann regulärer Truppen auf Kreta und kündigte durch eine Proklamation vom gleichen Tage die Besetzung der Insel im N[illegible] des Königs an.

Nr. 3149

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 45 Berlin, den 14. Februar 1897

Der Kaiserliche Gesandte in Athen meldet, daß der Auswärtige Minister den Vertretern der Mächte in Erwiderung auf deren gemeinsame Vorstellungen eröffnet hat, Griechenland sehe sich genötigt, Kreta zu besetzen.

Nach dieser offenen Verhöhnung scheint uns der Augenblick gekommen, wo die Mächte durch gemeinsame Kraftanstrengung den Friedensstörer in seine Grenzen zurückzuweisen haben würden. Das erste unzweideutige Zeichen wirklichen Ernstes auf Seite der Mächte dürfte dazu genügen.

Marschall

Nr. 3150

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Pera, den 14. Februar 1897

Sir Ph. Currie hat von Lord Salisbury die Ermächtigung erhalten, „an jederlei diplomatischer Aktion teilzunehmen, welche von seinen Kollegen in betreff der kretensischen Frage vereinbart werden sollte.“

Infolgedessen beschlossen wir, unseren Regierungen folgende Vorschläge zu unterbreiten:

„Um Kreta allen völkerrechtswidrigen Gewalttätigkeiten Griechenlands zu entziehen, hätten die vor Kreta liegenden 26 Kriegsschiffe Marinedetachements in den hauptsächlichen Städten und sonstigen passenden Punkten auszuschiffen und auf diese Weise die Insel in eine Art von Depot der Großmächte zu nehmen, welcher Akt ihnen die nötige Zeit zur Beratung über eine ihnen genehme Lösung der kretensischen Frage gäbe*.

Diese Entschließung würde der griechischen Regierung mit der Weisung bekanntzugeben sein, sich jeder aggressiven Handlung zu

---

* Wirklich besetzte schon am 15. Februar mit Zustimmung der türkischen Behörden ein Detachement, welches aus 100 Russen, 100 Franzosen, 100 Engländern, 100 Italienern und 50 Österreichern bestand, die kretische Stadt Kanea. Am 21. Februar landete auch der inzwischen vor Kreta angelangte deutsche Kreuzer „Kaiserin Augusta“ 95 Mann bei Kanea.

enthalten, sowie gleichzeitig der Pforte als Antwort auf ihre Zirkulardepesche mitzuteilen sein, in welcher sie die Mächte um Intervention angegangen."

Saurma

Nr. 3151

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg*

Telegramm. Konzept

Nr. 46 Berlin, den 15. Februar 1897

Der Kommandant von S. M. S. „Kaiserin Augusta"** erhält folgende Instruktion: „Verständigung mit den kommandierenden Offizieren der Seestreitkräfte der übrigen Großmächte in den kretensischen Gewässern über diejenigen Maßnahmen, welche geeignet sein würden, jedem aggressiven Akt seitens der griechischen Schiffe entgegenzutreten oder vorzubeugen. Als aggressiver Akt würde nach diesseitiger Auffassung alles anzusehen sein, was geeignet ist, den Aufstand zu fördern oder zu ermutigen, also Landung von Munition oder Mannschaften, sowie jeder Akt der Bedrohung oder Feindseligkeit durch griechische Schiffe gegenüber türkischen Fahrzeugen oder Stellungen. Die Verständigung wird sich auch darauf erstrecken, daß im Notfalle Mannschaften gelandet werden, um die Ordnung wiederherzustellen und Blutvergießen zu verhindern."

Ich bitte, diese Instruktion unverzüglich dort zur Kenntnis zu bringen mit dem Hinzufügen, daß nach der beispiellosen Abfertigung, welche die Vorstellungen der vereinigten Großmächte soeben durch Griechenland erfahren haben, ich es selbstverständlich als unter unserer Würde erachte, für jetzt noch weitere diplomatische Schritte in Athen zu tun, außer etwa in unmittelbarer Verbindung mit dem materiellen Eingreifen unserer Seestreitkräfte. pp.

C. Hohenlohe

Nr. 3152

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Immediatbericht. Eigenhändige Ausfertigung

Berlin, den 15. Februar 1897

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät wollen mir allergnädigst gestatten, daß ich im Anschluß an die mir von Euerer Majestät ge-

---

* Ein wesentlich gleiches Telegramm ging an die Botschafter in Paris, Rom, London, Petersburg, Konstantinopel.

** Kapitän z. S. Koellner.

machten Mitteilungen* nach Durchsicht der eingelaufenen Telegramme noch einige Bemerkungen über die schwebende Frage vortrage. Aus der Gesamtheit dieser Telegramme ergibt sich, daß die Hauptgefahr darin liegt, daß die griechische Flotte Feindseligkeiten gegen Kanea oder Kandia unternimmt. Da wird also ein Eingreifen der Mächte an Ort und Stelle[1] das einzig Wirksame sein. Ich halte für möglich, daß schon das erste Zeichen von unzweideutigem Ernst seitens der Großmächte in Form von vielleicht nur wenigen Kanonenschüssen schon genügt, um die Griechen zur Vernunft zu bringen. Für jetzt verlassen sich die Griechen noch immer auf die Wirkung teils von Eifersucht, teils von Familiengefühlen an den großen Höfen. Wenn diese Illusionen durch etwas Pulverdampf zerstört sind, wird wahrscheinlich der griechische Minister des Auswärtigen eine andere Sprache führen als die Euer Majestät bekannte im Telegramm Nr. 10**. Indessen ist der Fall nicht ausgeschlossen, daß die Schiffskommandanten vor Kreta ihren Regierungen empfehlen, einen Teil der dort versammelten Geschwader im Piräus zu verwenden. Ich möchte mir jedoch erlauben, dringend zu empfehlen, daß die ohnehin nicht sehr große Aktionslust der Kabinette nicht dadurch vermindert werde, daß unsererseits vor Beginn der kretensischen Aktion auf der Blockade des Piräus als dem einzigen wirksamen Mittel insistiert wird. Die Hauptsache ist, daß nur einmal angefangen wird. Nachdem die Aktion vor Kreta einmal begonnen hat, ist die Gefahr, daß das eine oder andere Kabinett abspringt, geringer.

Die vorstehenden Erwägungen sind, da ich mich nicht auf das militärische Gebiet begeben möchte, ausschließlich politischer oder vielleicht psychologischer Natur.

---

* Die Mitteilungen des Kaisers dürften sich bezogen haben auf Besuche, die er im Laufe des 14. Februar dem englischen und dem österreichischen, anscheinend auch dem russischen Botschafter machte, und bei denen er eine gemeinsame Blockade des Piräus in Vorschlag brachte. Der Kaiser will diesen Vorschlag nach Rücksprache und im völligen Einverständnis mit Hohenlohe getan haben (vgl. Nr. 3169), was aber angesichts des obigen Immediatberichts etwas zweifelhaft erscheint. Über den Besuch Kaiser Wilhelms II. bei dem österreichischen Botschafter vgl. das folgende Schriftstück. Über den Besuch bei dem englischen Botschafter hat dieser am 14. Februar an seine Regierung berichtet: „His Majesty expressed the strongest opinion that the Powers should adopt vigorous measures against the Greek ships, and that the Piraeus should be blockaded if such a step was necessary". „Das Staatsarchiv", Bd. 62, S. 127. Über die Unterredung des Kaisers mit Graf Osten-Sacken vgl. Nr. 3165. Russischerseits hat man die Initiative Wilhelms II. in der Blockadefrage nur als persönlichen Schritt des Kaisers, nicht als Vorschlag der deutschen Regierung aufgefaßt. Tatsächlich ist der Reichskanzler erst am 17. Februar mit einem offiziellen Blockadevorschlag, und zwar nicht in bezug auf den Piräus allein, sondern in bezug auf „griechische Häfen" hervorgetreten. Siehe Nr. 3154.
** Siehe Nr. 3148.

Euer Majestät erlaube ich mir in der Anlage den politischen Teil der von Euer Majestät inhaltlich genehmigten Instruktion für den Kommandanten der „Kaiserin Augusta" alleruntertänigst zu unterbreiten*.

C. Fürst v. Hohenlohe

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das Eingreifen an Ort und Stelle steht ja bereits in allen Instruktionen an die verschiedenen Admirale drin. Es ist aber eben nicht geschehen, daher das freie Bewegen der Griechischen Schiffe, daher der ungehinderte Landverkehr. Jetzt sind Griechen schon auf die Insel gekommen, und wird die Aktion zu Wasser nur dann einen Sinn haben wen[n] statt weniger Kanonenschüsse ein scharfes Seegefecht der Griechischen Flotte ein jähes Ende bereitet. Denn sie hat scharfe Torpedoos an Bord und könnte in der Nacht zum Dank für „wenige Kanonenschüsse" mit wenigen Torpedos die Schiffe erledigen

Nr. 3153

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Wien, den 15. Februar 1897

Graf Goluchowski las mir den Bericht Szögyényis über den gestrigen Besuch Seiner Majestät des Kaisers und Königs bei ihm** vor. Die Vorschläge Seiner Majestät wird der Graf heute nachmittag zum Vortrag bei Kaiser Franz Joseph bringen. Er sagte mir, daß er seinerseits freudigst zustimmt und die Initiative Seiner Majestät für die friedliche Entwickelung der Dinge von entscheidender Wirkung halte. An einer Blockade des Piräus würde sich Österreich sofort beteiligen, und sei daher bereits nach Pola telegraphiert, um zwei Schiffe fertigzustellen. Allerdings könne Griechenland nur durch eine gemeinschaftliche Blockade des Piräus durch alle Mächte — also auch bei Teilnahme deutscher Schiffe — von seinen Tollheiten zurückgehalten werden***. Die griechische Regierung schiene von einem Fieber ergriffen zu sein, denn der dortige Minister der Auswärtigen Angelegenheiten habe gestern dem österreichischen Geschäftsträger† erklärt, die 300 000 griechischen Einwohner Konstantinopels könnten auf ein gegebenes Zeichen die Stadt in Brand stecken.

* Vgl. Nr. 3151.
** Vgl. Nr. 3152, Fußnote.
*** Ähnlich äußerte sich der österreich-ungarische Botschafter in Berlin am 16. Februar gegenüber Freiherrn von Marschall dahin, Österreich wolle sich gern an der vom Deutschen Kaiser vorgeschlagenen Blockade des Piräus beteiligen, „unter der Voraussetzung, daß außer Deutschland auch die übrigen Großmächte mit Schiffen sich an dieser Aktion beteiligen würden". Aufzeichnung Marschalls vom 16. Februar 1897.
† Graf Széchényi

Graf Goluchowski hat den Eindruck, daß die Haltung Rußlands jetzt ganz korrekt ist. Gestern von Graf Kapnist gemachte Mitteilungen über die Ansichten des Grafen Murawiew bestärken ihn in dieser Ansicht. Allerdings hat Graf Goluchowski die Befürchtung, daß Rußland in Anbetracht seiner Verwandtschaft im letzten Augenblick von der Aktion zurücktritt

Eulenburg

Nr. 3154

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept

Nr. 53 Berlin, den 17. Februar 1897

In Ergänzung meines Telegramms vom 15. d. Mts. Nr. 46* erhalten die Botschafter bei sämtlichen Großmächten** noch die folgende telegraphische Instruktion:

Nach den gestern und heute eingetroffenen telegraphischen Meldungen über die durch die griechische Regierung erlassene amtliche Erklärung, daß sie von Kreta Besitz ergreife, sowie angesichts der fortdauernden Truppensendungen nach der Insel ist zwischen Griechenland und der Türkei der tatsächliche Kriegszustand eingetreten. Um der griechischen Regierung die ihrem Vorgehen zugrundeliegende Überzeugung zu nehmen, daß sie im Notfall doch auf Unterstützung einiger Mächte rechnen kann;

um andererseits die Alternative zu beseitigen, daß entweder die türkische Regierung die kriegerische Herausforderung annimmt, oder daß der muselmännische Fanatismus sich in einem Ausbruche von unberechenbarer Wirkung Luft macht, —

sind die in meinem eingangs erwähnten Telegramm besprochenen Einzelmaßnahmen ungenügend. Wenn es den Mächten Ernst damit ist, einen Brand zu verhüten, werden sie bei ihrem gemeinsamen Handeln schärfer und näher an den Mittelpunkt der griechischen Bewegung herangehen müssen. Unter den Maßnahmen, welche eine ausreichende Wirksamkeit versprechen, halte ich eine gemeinsame Blockade griechischer Häfen für die einfachste und relativ wenigst gewalttätige.

Selbstredend würde hierdurch bei der großen Anzahl der verfügbaren Kriegsschiffe die wirksame Ausführung der für die kretensischen Gewässer und Küsten in Aussicht genommenen Maßnahmen von mehr lokaler Wirksamkeit nicht behindert werden.

---

* Siehe Nr. 3151.

** Die Instruktion mit dem Blockadevorschlag ging auch an die Botschafter in London (Nr. 45), Rom (Nr. 39), Paris (Nr. 36) und Petersburg (Nr. 44).

Bei der Besprechung des Vorstehenden werden Ew. pp. zugleich Gelegenheit haben, einen Eindruck darüber zu gewinnen, ob die Belassung von Kreta im Rahmen des türkischen Staatsverbandes nach wie vor einen integrierenden Teil des Aktionsprogrammes der dortigen Regierung bildet. Dieser Punkt ist, wie Ew. pp. aus meiner Zirkularinstruktion Nr. 41* wissen, eine conditio sine qua non unserer weiteren Beteiligung.

C. Hohenlohe

Nr. 3155

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt**

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 41 Berlin, den 16. Februar 1897

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet, daß nach amtlicher Mitteilung griechische Truppen bei Sitia auf Kreta gelandet sind und unter Beteiligung der aufständischen Bevölkerung die benachbarten Ortschaften geplündert und die darin vorhanden gewesenen Muselmänner massakriert haben. Aus dem Telegramm des Freiherrn von Saurma ergibt sich ferner, daß die Botschafter der Pforte geraten haben, auch angesichts dieser Sachlage ihre bisherige zuwartende Haltung nicht aufzugeben.

Ich habe folgendes telegraphisch nach Konstantinopel geantwortet:

„Wenn auf Kreta die Muselmänner unter Beteiligung griechischer Truppen massakriert werden, während die Pforte durch die Mächte bewogen wird, die Sendung türkischer Truppen nach Kreta zu unterlassen, wird man sich darauf gefaßt machen können, daß der türkische Fanatismus sich auf dem Festlande, vielleicht in Konstantinopel, durch Massakers von Europäern Luft macht.

Ew. pp. werden gut tun, diesen Zusammenhang von Ursache und Wirkung Ihren Kollegen eindringlich vorzuhalten.

Die Landung der griechischen Truppen kann doch nur dadurch möglich geworden sein, daß die zahlreichen Kriegsschiffe der Mächte, anstatt sich an verschiedenen Punkten zu verteilen und zu kreuzen, ruhig still gelegen haben. Zwar ist an Bord des russischen Flaggschiffs von allen kommandierenden Offizieren vereinbart worden, die Griechen eventuell mit Gewalt an folgenden Handlungen zu verhindern:

---

* Identisch mit Nr. 3144.

** Ein gleiches Telegramm ging an die Botschafter in Paris, Petersburg, Rom und Wien.

Bombardement von Städten; Ausschiffung von Truppen, Waffen und Munition; Angriff auf türkische Kriegs- oder Handelsschiffe. Solange aber diese Vereinbarung nicht wirksamer ausgeführt wird als bei Gelegenheit der jüngsten griechischen Landung, werden Regierung und Volk in Griechenland diese Maßnahmen lediglich als ein glücklich gewähltes Mittel betrachten, um der europäischen Diplomatie Sand in die Augen zu streuen, und werden somit nur noch weiter zu unverzagtem Vorgehen ermutigt werden.

Angesichts dieser naheliegenden Gefahren ist es doppelt angezeigt, daß Ew. pp. die in Ihrem Telegramm Nr. 67* gemeldete Instruktion des Grafen Murawiew an Herrn von Nelidow, insbesondere was die Wegweisung der griechischen Schiffe von Kreta anlangt, nachdrücklich unterstützen. Ew. pp. wollen hierbei namentlich betonen, daß es nicht auf die Abmachungen allein, sondern darauf ankommt, daß die Schiffskommandanten auch zur Ausführung derselben veranlaßt werden."

Die in vorstehendem Telegramm in Bezug genommene Instruktion des Grafen Murawiew weist Herrn von Nelidow an, für die von den Konsuln in Kreta vorgeschlagenen vier Punkte (cf. Erlaß vom 13. d. Mts.**) und speziell für Wegweisung der griechischen Schiffe (Punkt 1) nach einer der Kreta benachbarten Inseln und Überwachung daselbst durch Schiffe der Mächte zu wirken.

C. Hohenlohe

Nr. 3156

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 27 London, den 17. Februar 1897

In einer längeren Unterhaltung, die ich eben mit Lord Salisbury vor Eingang des Telegramms Nr. 45*** hatte, habe ich mich schon ungefähr im Sinne des letzteren ausgesprochen, alles angewandt, um ihn von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen, und schließlich versucht, wenigstens zu ermitteln, was er in bezug auf Griechenland und Kreta zu tun beabsichtigt.

Zunächst stellte Lord Salisbury die Behauptung auf, daß wir viel zu eilig seien, daß eine Blockade des Piräus bei der gerade jetzt in Griechenland herrschenden Aufregung nur die Folge haben werde, die Griechen nunmehr auch zum Vorgehen nach Mazedonien zu treiben, und daß man deshalb besser täte, etwas zu warten, bis sich die Gemüter mehr beruhigt hätten. Als ich dieser Auffassung unter Geltendmachung aller in Frage kommenden Gründe entschieden wider-

* Vgl. Nr. 3143, Fußnote.
** Vgl. Fußnote *.
*** Vgl. Nr. 3154, Fußnote **.

sprach und schließlich die Frage stellte, was denn nach seiner Auffassung bis zu der angeblichen Beruhigung der Gemüter in Athen überhaupt geschehen solle, erwiderte der Premierminister, daß man die Zeit benutzen könne, um mit den Griechen weiter zu verhandeln. Ich entgegnete ihm, daß wir bekanntlich mit den Griechen vorläufig nicht mehr verhandelten, daß es mir aber im Interesse der weiteren Verständigung unter den Mächten sehr erwünscht sein würde zu wissen, was er sich bei einer Verhandlung unter den jetzigen Umständen denke. Der Eintritt in Verhandlungen sei meines Erachtens nur denkbar mit der gleichzeitigen Annahme, daß beide Teile etwas gewinnen und etwas nachgeben könnten. Was wir von den Griechen zu verlangen hätten, wisse ich, nicht aber, was wir ihnen zugestehen könnten, und ich hielte das letztere überhaupt für ausgeschlossen.

Auf meine weitere Bemerkung, daß die Dinge zu weit gediehen wären, und daß es mir deshalb sehr erwünscht wäre, jetzt endlich zu erfahren, was er eigentlich in Kreta wolle, sagte der Minister, daß er den Fall für ausgeschlossen hielte, Kreta eventuell den Türken mit dem einzigen Vorteil der bisher vom Sultan bewilligten Konzessionen wieder auszuliefern. Sein Gedanke sei, aus der Insel eine privilegierte Provinz zu machen, die, ohne von der Türkei losgetrennt zu werden, unter einem von den Mächten sorgfältig auszuwählenden Wali stehen würde, der weder Türke noch Grieche sein dürfe und nicht unter der Autorität des Sultans stände. Auf mein weiteres Drängen kam heraus, daß Lord Salisbury sich die künftige Stellung Kretas wie diejenige Bulgariens vorstellt. Auf meine Frage, ob er denn auch eine Art Battenberg als Wali im Auge habe, bestritt Lord Salisbury dies keineswegs.

Als ich schließlich alle in der Sache begründeten Erwägungen gegen seine Auffassung geltend gemacht und namentlich die dreifache Gefahr des alsbaldigen griechisch-türkischen Zusammenstoßes in Mazedonien, des Ausbruchs von türkischem Fanatismus in Konstantinopel oder anderwärts und schließlich des Auseinandergehens des europäischen Konzerts dringend und ausführlich hervorgehoben hatte, stellte Lord Salisbury keine dieser Gefahren in Abrede, ging aber dazu über, mir die außerordentlichen Schwierigkeiten seiner Stellung zu schildern, über die man sich in Berlin kein klares Bild zu machen schiene. Es sei ihm heute bestimmt versichert worden, daß mehr als die Hälfte der Kammer griechisch gesinnt sei, und diese Gesinnung solle in den hiesigen gebildeten und namentlich gelehrten Kreisen vorherrschen. Wenn die Kaiserin-Mutter in Rußland die Griechen unter ihren Schutz genommen habe, so gebe es auch hier hochgestellte Damen*, die ihm manche Schwierigkeit bereiteten.

* Anspielung auf das Geschwisterverhältnis zwischen König Georg I. von Griechenland und der Gemahlin des Prinzen von Wales, geb. Prinzessin von Dänemark.

Als ich mich vom Minister verabschiedete, bemerkte ich, daß es mir außerordentlich leid tue, meiner Regierung keine erfreulichere Nachrichten über unsere heutige Unterhaltung geben zu können. Auf seinen Wunsch mußte ich ihm ungefähr angeben, was ich darüber zu sagen beabsichtigte. Von besonderem Interesse war dabei eine Bemerkung des Premierministers, als ich die Absicht aussprach, in Berlin zu melden, daß man hier nichts tun wolle. Lord Salisbury bemerkte dazu ungefähr folgendes: „Ganz so verhält sich die Sache nun doch nicht. Wenn man mir die Versicherung geben könnte, daß die anderen Mächte das Programm der privilegierten Provinz annehmen wollen, würden wir uns über die weiteren Maßnahmen verständigen können, da meine Stellung hier dadurch wesentlich erleichtert würde. In England würde jeder mit dieser Lösung zufrieden sein, und ich würde dann auch den Griechen gegenüber eventuell anders auftreten können."

Lord Salisbury bat mich, von seiner Äußerung in bezug auf den für Kreta erwünschten, vom Sultan möglichst unabhängigen Wali in Berlin noch nichts zu erwähnen, und ich stelle anheim, diesen Punkt vorläufig Sir F. Lascelles gegenüber nicht zu erwähnen.

Hatzfeldt

Nr. 3157

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 London, den 18. Februar 1897

Im Anschluß an Telegramm Nr. 27*.

Dem österreichischen Botschafter gegenüber, der ihn gleich nach mir gesehen und beauftragt war, ihm die rückhaltlose und warme Zustimmung des Grafen Goluchowski zu dem in Wien mitgeteilten Vorschlag Seiner Majestät des Kaisers zu erklären, hat der Premierminister sich im ganzen in demselben Sinne wie gegen mich ausgesprochen und dabei zunächst anerkannt, daß dieser Vorschlag der beste sei, wenn man die Griechen zum Einlenken nötigen wolle. Er hat dann ausdrücklich zugegeben, daß er sich eventuell dabei beteiligen könnte, wenn er die Zusicherung erhielte, daß die künftige Stellung von Kreta seinem in meinem Telegramm Nr. 27 wiedergegebenen Gedanken entsprechend gestaltet werden solle. Dabei hat Lord Salisbury aber, wie mir Graf Deym bestimmt versichert, diesen Gedanken in zwei Punkten wesentlich modifiziert, und zwar

1. solle der künftige Wali kein Prinz sein (damit soll offenbar der Verdacht ausgeschlossen werden, als denke der Premierminister an eine Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland);

* Siehe Nr. 3156.

2. Solle die künftige politische Stellung von Kreta nicht derjenigen Bulgariens, wie der Minister mir gesagt hatte, sondern der bescheidenen Stellung der Insel Samos entsprechen.

Auf die Frage des Grafen Deym, was bezüglich Mazedoniens geschehen solle, wenn es dort zum Ausbruch käme, hat Lord Salisbury erwidert, die Türkei sei vollständig stark genug, um sich dort selbst zu verteidigen.

Hatzfeldt

Nr. 3158

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 18. Februar 1897

Ich glaube nicht, daß hier mehr zu erreichen ist, als Lord Salisbury mir und Graf Deym zugegeben hat. Ist auf dieser Grundlage Verständigung möglich, so bitte ich mit Rücksicht auf Wankelmut Lord Salisburys, der von jeder Schwenkung der öffentlichen Meinung abhängt, um baldmöglichste Nachricht.

Hatzfeldt

Nr. 3159

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall*

Reinschrift

Berlin, den 18. Februar 1897

Der englische Botschafter suchte mich heute vormittag auf und gab mir Kenntnis von einem Telegramm Lord Salisburys folgenden Inhalts:

Das Londoner Kabinett habe den Vorschlag der deutschen Regierung bezüglich der Blockade griechischer Häfen erhalten. Lord Salisbury ist der Ansicht, daß dieser Vorschlag nur dann mit Nutzen in Betracht gezogen werden kann, wenn die Mächte vorher sich über das zukünftige Schicksal der Insel Kreta geeinigt hätten. Man könne nach den letzten Ereignissen nicht daran denken, einfach den früheren Zustand auf Kreta wiederherzustellen, müsse vielmehr in Erwägung ziehen, der Insel unter Beibehaltung der Oberhoheit des Sultans eine privilegierte Stellung nach Art der Insel Samos einzuräumen. Der Botschafter ist beauftragt, hier anzufragen, ob die Kaiserliche Regierung in der Lage sei, in dieser Beziehung eine Meinung zu äußern.

---

* Die Aufzeichnung wurde sofort am 18. Februar den Botschaftern in London, Wien, Petersburg, Rom und Paris telegraphisch mitgeteilt.

Ich erwiderte dem Botschafter, wir seien bereit, in dem Augenblick die Frage der zukünftigen Gestaltung der Verhältnisse auf Kreta mit den Mächten zu diskutieren, sobald der gegenwärtigen militärischen Aktion Griechenlands ein Ende gemacht worden sei. Solange Griechenland fortfahre, in flagranter Verletzung des Völkerrechts, in Mißachtung der ernsten Ratschläge der Mächte die begonnene militärische Aktion gegen Kreta weiterzuführen, sei es nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung unmöglich, die Lösung der kretischen Frage in einem mehr oder minder griechenfreundlichen Sinne mit den Mächten zu diskutieren, ohne den Anschein zu erwecken, daß die Mächte unter der Pression der völkerrechtswidrigen und herausfordernden Haltung Griechenlands handeln. Dadurch würde ein im hohen Grade gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Wenn es genüge, daß ein der Türkei benachbarter Staat türkisches Gebiet völkerrechtswidrig überfalle und die einmütigen Ratschläge der Großmächte mißachte, um die letzteren dazu zu veranlassen, in Diskussion darüber einzutreten, inwieweit die Wünsche des angreifenden Staates zu erfüllen seien, so werde unfehlbar dieses Beispiel in kürzester Frist Nachahmung finden und damit die ganze orientalische Frage in der allerbedenklichsten Weise aufgerollt werden. Bei Vorschlag einer Blockade der griechischen Häfen habe die Regierung Seiner Majestät des Kaisers gerade das Ziel im Auge gehabt, durch wirksame Verhinderung der militärischen Aktion Griechenlands möglichst rasch eine Situation herbeizuführen, die eine ruhige Diskussion über das zukünftige Schicksal Kretas ermögliche. Dies sei, wie ich wiederholen müsse, nicht der Fall, insolange Griechenland eine militärische Aktion fortsetze, die nicht allein gegen die Türkei, sondern jetzt auch direkt gegen die Großmächte gerichtet sei.

Marschall

Bemerkung des Freiherrn von Marschall am Kopf des Schriftstücks:
Von Seiner Majestät genehmigt mit dem Bemerken: der Grundsatz der Kaiserlichen Regierung sei: „erst handeln, dann verhandeln".

Nr. 3160

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 Rom, den 17. Februar 1897

Als ich den Inhalt des hohen Telegramms Nr. 39* mit Marquis Visconti Venosta besprach, hatte ich den Eindruck, daß aus Gründen

* Siehe Nr. 3154, Fußnote **.

inneritalienischer Politik der Gedanke einer Blockade der griechischen Häfen an und für sich dem Minister des Äußern nicht sympathisch ist, dem die oppositionelle (und insbesondere die Crispinische) Presse mit zunehmender Heftigkeit den Vorwurf macht, sich im Widerspruch mit den nationalitätenfreundlichen und liberalen italienischen Traditionen in zu schroffen Gegensatz zu den griechischen Aspirationen zu stellen. Im Laufe zweier längerer Unterredungen gelang es mir unter nachdrücklicher Verwertung auch der dortseitigen Telegramme Nr. 40, 41 und 43, von Visconti Venosta die Zusicherung zu erlangen, daß er den Blockadevorschlag im Sinne unserer Gesichtspunkte Seiner Majestät dem König Humbert vortragen und mit dem (im Hinblick auf die bevorstehenden Neuwahlen gegenüber der öffentlichen Meinung zurzeit etwas ängstlichen) Ministerpräsidenten* besprechen werde. Ich werde morgen, Donnerstag, abend selbst Gelegenheit haben, König Humbert zu sprechen.

Als ich im Laufe meiner heutigen Unterredungen mit dem Minister des Äußern nochmals hervorhob, wie die Belassung von Kreta im Rahmen des türkischen Staatsverbandes eine conditio sine qua non unserer weiteren Beteiligung an der Aktion der Mächte sei, erwiderte mir der Minister des Äußern, daß die italienische Regierung im gegenwärtigen Stadium der orientalischen Frage nicht daran denke, die Belassung der Insel beim Ottomanischen Reiche in Frage zu stellen. („Le gouvernement italien ne songe pas à contester que la Crète reste dans le cadre de l'empire turc.") Der Minister fügte hinzu: „Dans ces conditions il ne peut y avoir à ce sujet de divergence entre nos deux gouvernements**."

Bülow

Nr. 3161

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Paris, den 18. Februar 1897

Das Blockieren Griechenlands hält Herr Hanotaux für eine sehr ernste Maßregel, deshalb bitte er, eine Äußerung darüber sich bis frühestens Montag vorbehalten zu dürfen. Er wolle darüber im Ministerrat auch mit dem Präsidenten der Republik beraten und müsse vor allem die auf Montag anberaumte Debatte abwarten. Im Laufe des Gesprächs betonte der Minister wiederholt, daß er nach wie vor

* Marquis di Rudini.

** Am 19. Februar sagten Rudini und Visconti Venosta zu Bülow, sie glaubten, bevor sie Stellung zu der Blockadeangelegenheit nähmen, die Antwort der übrigen Kabinette abwarten zu sollen. Telegramm Bülows Nr. 48 vom 19. Februar 1897.

an der Integrität der Türkei festhalte, und daß die Loslösung Kretas von der Türkei jetzt nicht zugegeben werden dürfe. Bis der Frage der Blockade nähergetreten würde, sollten die Instruktionen der Schiffskommandanten streng ausgeführt werden.

Für den Augenblick sei der Zustand Kretas verhältnismäßig nicht zu schlecht. Die Städte würden durch die fremden Flotten beschützt, und da, wo die Griechen seien, schienen sie die Ausschreitungen von beiden Seiten zu verhindern.

Diesen Äußerungen lag die Ansicht zugrunde, daß periculum in mora nicht vorhanden sei. Über die Stellung Rußlands und Englands zur Blockadefrage sagt Herr Hanotaux, noch nicht unterrichtet zu sein. Er glaubt, daß es sehr wichtig sei, in Konstantinopel jetzt mehr als bisher auf die Annahme und Ausführung der Reformen zu drücken.

Rücksichtlich der Debatte der Deputiertenkammer und der öffentlichen Meinung scheint mir Herr Hanotaux ängstlicher zu sein als bisher.

Münster

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Hanotaux kneift

Nr. 3162

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat — Berlin, den 18. Februar 1897

Zu Ew. Telegrammen Nr. 31 und 32*.

Mit den bloßen Redensarten kommt Herr Hanotaux nicht weit. Der Kaiser, welchem der Staatssekretär das Telegramm 41** vor dessen Abgang unterbreitete, war vollständig mit diesem sowie namentlich auch damit einverstanden, daß der deutsche Panzerkreuzer demnächst zurückberufen werde, falls sich herausstellt, daß infolge der meisterhaften Untätigkeit von Frankreich und England das europäische Konzert einem Fiasko entgegengeht.

Die Haltung Frankreichs, welches weder blockieren *noch selbst in Kreta die Abmachung der Schiffskommandanten ausführen helfen* will, wäre nur dann erklärlich, wenn es Aussicht hätte, für die entente cordiale mit Rußland diejenige mit England einzutauschen. Aber Frankreich wird die erstere kalt werden lassen, während Lord Salisbury seinerseits nichts tut, als kaltlächelnd zuzu-

---

* Telegramm Nr. 31 siehe Nr. 3161. In Telegramm Nr. 32 vom 18. Februar berichtete Münster über griechenfreundliche Demonstrationen in Paris.

** Identisch mit Nr. 3159.

sehen, wenn der von ihm längst erstrebte orientalische Konflikt allmählich losbricht. Die Wahrnehmung, daß durch Herrn Hanotaux' Griechenpolitik Frankreichs Verhältnis zu Rußland und gleichzeitig der europäische Friede kompromittiert ist, wird viel sicherer zu einer französischen Ministerkrisis führen als irgendeine Demonstration griechenfreundlicher Studenten.

Holstein

Nr. 3163

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 19. Februar 1897

Der österreichische Botschafter gab mir heute ganz vertraulich Kenntnis von einem Telegramm des Grafen Goluchowski und bat mich, dasselbe zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers zu bringen:

„Die österreichisch-ungarische Regierung ist bereit, die gemeinsame Blockade der griechischen Häfen mitzumachen, wenn die Beteiligung aller Mächte an dieser Aktion zu erlangen ist.

Wenn dies nicht zu erreichen wäre, so würde Griechenland durch die Meinungsverschiedenheit der Mächte ermutigt werden und ein fait accompli schaffen, welches für die Autorität der Mächte gegenüber den Balkanstaaten die größte Gefahr involvieren würde[1]. Nachdem Österreich-Ungarn ebenso wie Deutschland die Erhaltung des status quo für unbedingt notwendig erachte und in dieser Beziehung auf das einmütige Zusammenwirken aller Mächte[2] das größte Gewicht lege, so möchte die k. und k. Regierung der Erwägung der Kaiserlich Deutschen Regierung anheimstellen, ob die Lösung der kretensischen Schwierigkeiten nicht etwa auf Grund der nachfolgenden Idee durch die Kooperation aller Mächte bewerkstelligt werden könnte.

I. Einwirkung auf den Sultan, damit er auf seine absoluten Herrscherrechte in Kreta zugunsten der europäischen Mächte verzichte[3] und mit Reserve der Wahrung seiner eigenen Oberhoheit den Mächten die Regelung der tatsächlichen Stellung der Insel überlasse.

II. Die Mächte übernehmen die Herstellung der Ordnung auf Kreta[4] und die Einleitungen zur Schaffung einer selbständigen Verwaltung der Insel unter einem zum Sultan im Vasallenverhältnis stehenden Fürsten[5].

III. Kreta würde jährlich einen Tribut an die Türkei zahlen, dessen Höhe nach Maßgabe der wirklichen Verwaltungskosten zu bestimmen wäre.

IV. Die Mächte erklären dem Sultan, daß sie die Garantie gegen eine Beeinträchtigung seines europäischen Besitzstandes übernehmen[6] und zu diesem Zwecke die Türkei in der Unterdrückung jeder Bewegung nicht nur nicht behindern, sondern behufs Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel mitwirken werden. Die Mächte wollen durch ihre gemeinsame Einflußnahme Bulgarien, Serbien, Montenegro im Zaume halten, die griechischen Häfen, falls Griechenland ähnliche Streiche wie in Kreta auch in Thessalien unternehmen wollte, durch die vereinigten Flotten blockieren[7].

V. Die obigen Verpflichtungen der Mächte müßten zur Voraussetzung haben, daß die von der Botschafterkonferenz empfohlenen Reformen* durch die Türkei loyal und aufrichtig durchgeführt werden[8].

Die Vorteile einer derartigen Lösung wären folgende:

a) Es wäre die Zustimmung auch jener Mächte, die aus verwandtschaftlichen Rücksichten auf Griechenland schärfer nicht vorgehen wollen wie z. B. Rußland und England leichter zu erreichen.

b) Eine Gebietsvergrößerung Griechenlands würde hierdurch verhindert[9].

c) Die Autorität Europas wäre gegenüber dem unverantwortlichen Auftreten Griechenlands gewahrt.

d) Für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung am Balkan werden gewisse Garantien geboten[10].

e) Kreta würde im Rahmen des türkischen Staatsverbandes verbleiben und das gegenwärtige Gleichgewicht der Balkanstaaten nicht verrückt und ihnen dadurch jeder Anlaß zur Klage über eine Schädigung ihrer Interessen benommen[10].

f) Die Mächte hätten hierdurch ein Pressionsmittel in den Händen, um die Durchführung der Reformen in der Türkei nach Tunlichkeit zu sichern.

Da die K. und K. Österreichisch-ungarische Regierung sich zuerst versichern wolle, ob ihre Vorschläge die Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm und der deutschen Regierung finden, so werden dieselben vorläufig nach keiner anderen Seite hin mitgeteilt.“

Ich bemerkte darauf Herrn Szögyényi, daß ich selbstverständlich über so wichtige und einschneidende Vorschläge eines unserer Verbündeten die Befehle Seiner Majestät des Kaisers und des Herrn Reichskanzlers einholen müßte. Meines persönlichen Erachtens würden die Beratungen der Mächte über diese Vorschläge eine geraume Zeit, vielleicht Monate, in Anspruch nehmen[11], bis eine Einigung darüber auch nur im Prinzip erzielt sei. Wenn während dieser Zeit nicht wirksame Maßregeln gegen die griechische Aktion unternommen würden, so werde Griechenland genügend Zeit haben, um das fait accompli

* Vgl. Kap. LXXVIII.

zu schaffen[11], welches Graf Goluchowski zu vermeiden suche, auch sei mir zweifelhaft, ob der Sultan darauf eingehen werde, eine so radikale Veränderung in dem staatsrechtlichen Zustande Kretas zu konzedieren auf die bloße Zusicherung der Mächte hin, daß sie in Montenegro, Serbien und Bulgarien vor der Wiederholung des griechischen Beispiels warnen würden. Ich könne mich nicht ganz der Besorgnis entschlagen, daß, wenn jetzt auf der Basis der Vorschläge des Grafen Goluchowski in Verhandlungen eingetreten werde, die ohnehin nicht sehr energische Aktion an der kretischen Küste noch mehr erlahmen würde[11]. Seine Majestät der Kaiser werde dann voraussichtlich befehlen, daß die „Kaiserin Augusta" zurückzuberufen sei.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist bereits erfolgt
[2] England macht nicht mit
[3] ! Das ist sehr schwer klarzustellen
[4] vor allem das Hinauswerfen der Griechischen Soldaten
[5] kein Griechischer Prinz
[6] geht nicht! Das thut England auch nicht
auch Rußland nicht.
Das muß Effendimis allein besorgen, sonst ist es mit ihm vorbei
[7] macht England und Italien nicht mit
[8] Diese sind noch nicht einmal übergeben. Brauchen Jahre, ehe nur ein Anfang gemacht werden kann, weil keine Beamten vorhanden
[9] das will ja England grade
[10] ?
[11] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig
Das ist alles zu spät! Die Weisheit hätte vor 1½ Jahren erwogen werden sollen anstatt der Jagd nach dem Glücke von Englands gunst seitens Wiens. Jetzt sind die Vorschläge todtgeboren, da sie stets zur Voraussetzung haben daß alle Mächte einig, währendem es nicht so mehr ist. Es fragt sich blos ob man nicht Prinz Georg als Geisel aufgreift und ihn behält bis Vassos eingeschifft und das Geschwader abgefahren ist. W.

Nr. 3164

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Berlin, den 19. Februar 1897

Der Hauptzweck unseres Blockadevorschlags*, die einzelnen Kabinette zur Demaskierung ihrer wirklichen Stellung zu nötigen, ist erreicht. Die Antworten lassen erkennen, daß der englische Gegen-

---

* Vgl. Nr. 3154.

vorschlag*, aus Kreta ein zweites Samos zu machen, nicht nur in Paris und Rom, sondern auch in Wien eine sympathische Fiber berührt hat. Graf Goluchowski, der noch vor zwei Tagen bereit war, mit uns zusammen scharf zu schießen, telegraphiert jetzt** ein dem englischen Vorschlage aufgepfropftes detailliertes Projekt, dessen Durchberatung Monate in Anspruch nehmen würde. Die Hauptpunkte sind

1. der Sultan genehmigt, daß Kreta Samos wird;

2. Herstellung der Ordnung und Schaffung einer selbständigen Verwaltung unter einem zum Sultan im Vasallenverhältnis stehenden Fürsten durch die Mächte;

3. Kreta zahlt Tribut;

4. die Mächte übernehmen es, den Sultan gegen die Beeinträchtigung seines europäischen Besitzstandes durch Serbien, Bulgarien, Montenegro, sowie auch durch Griechenland zu schützen;

5. aus Erkenntlichkeit und als Gegenleistung führt der Sultan die von der Botschafterkonferenz empfohlenen Reformen loyal und aufrichtig durch.

Der Reichskanzler erbittet die Genehmigung des Kaisers, um diese Anregung in folgendem Sinne zu beantworten:

Deutschland hat, was Initiative betrifft, seine reichliche Schuldigkeit als Mitglied des europäischen Konzerts getan und wird daher bis auf weiteres keine Vorschläge mehr machen oder befürworten, ist aber bereit, im Interesse der Erhaltung des Friedens alle vorkommenden Vorschläge mit zu beraten, vorausgesetzt, daß alle Mächte darüber einig sind,

1. daß Kreta im Rahmen des Türkischen Reiches bleibt und insbesondere nicht in die Gewalt von Griechenland kommt, und

2. daß der völkerrechtswidrigen Aktion Griechenlands gegen die Türkei in wirksamerer Weise als bisher Einhalt getan werden muß.

Wie die Mächte oder einzelne derselben sich zu Nr. 2 stellen werden, darauf bin ich neugierig.

Bezeichnend ist, daß Petersburg bisher den Blockadevorschlag unbeantwortet ließ, offenbar weil Murawiew nur bei Einstimmigkeit gewagt haben würde, den Vorschlag beim Kaiser zu befürworten.

Ich denke mir, daß der obige Entwurf der Antwort nach Wien*** das Programm unserer weiteren Haltung in der kretensischen Frage abgeben wird. Nach kaiserlicher Genehmigung bekommen Sie amtliche Mitteilung davon. Bitte, telegraphieren Sie mir aber gleich jetzt, was Sie davon halten mit Rücksicht auf die von Ihnen dort gemachten lokalen Wahrnehmungen.

Holstein

---

* Vgl. Nr. 3159.
** Vgl. Nr. 3163.
*** Vgl. Nr. 3166, 3167.

Nr. 3165

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Für Baron von Holstein St. Petersburg, den 21. Februar 1897

Vor Eintreffen Telegramms Nr. 44* sprach mir Graf Murawiew beiläufig von Unterhaltung des Kaisers mit Osten-Sacken**, die er ausdrücklich nicht als amtliche Äußerung und Vorschlag der Regierung, sondern als Ideenaustausch des Kaisers auffassen wollte. Er bezeichnete sogar die Auffassung des Grafen Goluchowski und des Herrn von Szögyény, es liege ein direkter Vorschlag der deutschen Regierung vor, als unangebracht und ihren Charakteren entsprechend als übereifrig.

Da ich noch keinerlei Nachricht und Instruktion in der Sache hatte, enthielt ich mich jeder Stellungnahme. Nach Eintreffen Telegramms Nr. 44 nahm ich sofort Veranlassung, mit Graf Lamsdorff, an den wir generell von Graf Murawiew bei seiner Verhinderung gewiesen sind, genau nach Wortlaut und Vorschrift die Sache zu besprechen.

Graf Lamsdorff hob mit Befriedigung hervor, daß Fürst Hohenlohe gerade das Wort gebraucht hat: „Unter den Maßnahmen halte er gemeinsame Blockade für das einfachste und wenigst gewalttätige Mittel."

Die Entscheidung über die Anwendbarkeit der Blockade schob er und Graf Murawiew den Geschwaderchefs zu.

Auf meine Bemerkung, daß eine direkte Verständigung mit dem hiesigen Marineoberkommando leichter zum Ziel führen würde, entgegnete mir Graf Lamsdorff bezeichnenderweise, daß dies dem Brauch nach untunlich sei. Direktive für weitere Maßnahmen des Geschwaders müsse von Botschafter in Konstantinopel ausgehen.

Daß der Minister selbst keine Entscheidung treffen will und dieselbe von sich abwälzt, scheint mir mit anderen Anzeichen darauf hinzudeuten, daß die russische Regierung die Verantwortung für Blockade gegen Griechenland nicht gern übernehmen möchte. Radolin

Nr. 3166

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 21. Februar 1897

Dem österreichisch-ungarischen Botschafter Herrn von Szögyény

* Vgl. Nr. 3154, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 3152, S. 327, Fußnote *.

habe ich heute mitgeteilt, die jüngsten Vorschläge des Grafen Goluchowski* hätten Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegen, und sei ich in der Lage, folgendes darauf zu erklären:

Die Vorschläge des österreichisch-ungarischen Ministers über die zukünftige Gestaltung Kretas sowie einer festen Ordnung der Dinge auf der Balkanhalbinsel seien nach unserem Dafürhalten durchaus der Beachtung wert, und werde die Kaiserliche Regierung seinerzeit sehr gern bereit sein, nach näherer Verständigung mit dem Wiener Kabinett auf der Grundlage jener Vorschläge zu verhandeln und diejenigen Wünsche, bei denen es sich um ein speziell österreichisches Interesse handele, wie beispielsweise IV, bei den anderen Mächten zu unterstützen. Die Zeit zum Verhandeln sei aber noch nicht gekommen, im Gegenteil sei es in diesem Augenblick die höchste Zeit zu handeln. Die militärische Aktion Griechenlands gegen Kreta dauere fort, bereits hätten reguläre griechische Truppen ein von regulären türkischen Truppen besetztes Fort angegriffen und nach lebhaftem Kampf eingenommen. Damit sei zwischen Griechenland und der Türkei der faktische Kriegszustand eingetreten. Wenn nicht sofort mit aller Energie gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen Griechenlands eingeschritten werde, so könne sich die orientalische Frage in wenigen Tagen in der für Österreich-Ungarns Interessen gefährlichsten Weise aufrollen. Der Blockadevorschlag Seiner Majestät des Kaisers habe den Erfolg gehabt, die englische Politik zu demaskieren[1]. England mache kaum mehr ein Hehl daraus, daß es den alsbaldigen Zusammensturz des Türkischen Reiches gern sähe und daraus Vorteile für seine Sonderzwecke erwarte. Die Haltung der italienischen Regierung sei, wie das anliegende Telegramm des Botschafters Graf Eulenburg beweise, der englischen Auffassung zugeneigt, und sei von dieser Seite ein energisches Auftreten gegen Griechenland nicht zu erlangen. Vermutlich hoffe das römische Kabinett, daß bei der bevorstehenden Teilung der Türkei auch ihm ein Teil der Beute zufalle[2]. Andererseits habe sich die russische Regierung durchaus auf unsern Standpunkt gestellt, daß gegenüber der Provokation und der steigenden Insolenz Griechenlands ein sofortiges energisches Vorgehen das einzige Mittel zur Erhaltung des europäischen Friedens sei. Der russische Botschaftsrat Baron Budberg, der während einer zweitägigen Abwesenheit des Grafen Osten-Sacken die Geschäfte führe, habe mir soeben brieflich nachstehendes weiteres Telegramm des Grafen Murawiew mitgeteilt:

„L'Empereur notre auguste Maître trouvant indispensable de mettre fin aux provocations de la Grèce en Crète, il est urgent que

---

* Vgl. Nr. 3163.

les amiraux s'entendent sans le moindre retard pour intervenir, afin d'empêcher tout débarquement et éloigner troupes et bâtiments grecs[3]."

Ich sagte Herrn von Szögyény, daß ich Baron Budberg heute vormittag noch sehen und ihm erklären würde, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers bereit sei, für den Kommandanten unseres Schiffes eine diesem Telegramm entsprechende Instruktion zu erwirken[4], und daß ich die Erteilung gleicher Instruktion bei dem Wiener Kabinett unter der Voraussetzung dringend befürworten würde, daß Rußland eine gleiche Einwirkung auf das Pariser Kabinett ausübt[4].

Die Frage habe sich in diesem Augenblick dahin zugespitzt, ob Österreich-Ungarn, Rußland, Frankreich und Deutschland zusammen stark genug seien, ihren Willen, den europäischen Frieden zu wahren, auch gegen den Widerstand Englands durchzusetzen, oder nicht[5], ob die Integrität des Ottomanischen Reiches aufrechterhalten werden könne oder den Völkern, die auf ein Stück jenes Reiches gierig seien, gestattet werden solle, ihrer Begehrlichkeit Genüge zu leisten[5]. Die Kaiserliche Regierung glaube, bei ihrem Vorgehen in der kretischen Frage gleichzeitig die wichtigsten Interessen Österreich-Ungarns vertreten zu haben, und wir erwarteten bestimmt, daß das Wiener Kabinett eine Entscheidung in unserem Sinne treffe; eine sofortige bestimmte Entscheidung aber sei unumgänglich notwendig[5], denn in wenigen Tagen könne die ganze Situation so unheilbar kompromittiert sein[5], daß irgendwelche weitere Verhandlungen über die kretische Frage unter den Mächten überhaupt keine Aussicht auf Erfolg mehr gewährten.

Herr von Szögyény, der meine Auffassung zu teilen schien, versprach mir, in diesem Sinne an den Grafen Goluchowski zu telegraphieren.

Dem russischen Geschäftsträger Baron Budberg, der mich unmittelbar nach Herrn von Szögyény besuchte, habe ich in dem oben angegebenen Sinne Eröffnungen gemacht[5].

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Einverstanden. 22/2. 97. W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig! das war auch meine Absicht
[2] ist ihm natürlich von Salisbury, wahrscheinlich auf Kosten Oesterreichs bereits versprochen worden.
[3] wörtlich beinahe mein Vorschlag vom 14ten, welch kostbare Zeit ist durch Verhandeln verloren gegangen!
[4] ja
[5] richtig
Randverfügung des Kaisers:
Dementsprechend würde Commandant d[er] Kaiserin Augusta dahin zu instruiren sein, vor allem in Gemeinschaft mit dem Russischen und Oesterreichischen Admiral zu handeln, und die schärfsten Mittel — inclusive Scharf-Schießens — nicht zu scheuen, wenn dem Drohen seitens Griechenland nicht Gehör geschenkt wird.

Nr. 3167

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 64 Berlin, den 21. Februar 1897

Lord Salisbury verlangte in seinem Gegenvorschlag, daß die übrigen Mächte sich zu einer bestimmten Politik Kreta gegenüber verpflichten. Danach würde dann England seinerseits erwägen, ob es vielleicht in der Lage sei, hinsichtlich Griechenlands den Wünschen der übrigen Mächte und den Bedürfnissen des europäischen Friedens entgegenzukommen. Verpflichtungen auf unserer, Erwägungen bei freier Hand auf englischer Seite, das war wie in allen früheren Fällen so auch diesesmal der tote Punkt, an dem der Weg zur Verständigung endete.

Der österreichische Vorschlag dagegen basiert auf Gegenseitigkeit der Verpflichtungen: einerseits das Zurückdrängen Griechenlands, andererseits Herstellung einer zivilisierten Organisation auf Kreta unter türkischer Oberherrschaft und endlich im Interesse nicht nur Österreichs, sondern auch des allgemeinen Friedens Eindämmung der unruhigen Balkangelüste. Wir sind bereit, uns an dieser zweiseitigen Obligation zu beteiligen, und glauben auch, daß von denjenigen Mächten, welche wie wir vor allem die Erhaltung des Friedens im Auge haben, keine Meinungsverschiedenheit darüber sein kann, daß unter den vorstehend erwähnten drei Hauptpunkten der dringendste, weil in seiner Fortdauer für den europäischen Frieden gefährlichste, sich auf den griechischen Garibaldinismus in Kreta bezieht. Hier muß nach unserer festen Überzeugung die Aktion der Mächte einsetzen, denn in kurzer Zeit wird es zu spät sein, und wird der Brand sich auch auf das Festland verbreiten.

Daß für die englische Politik ein Balkanbrand eher erwünscht sein würde, diesen Gedanken habe ich im Sommer 1895 dem Grafen Goluchowski gegenüber schon kurz angedeutet, weil gerade damals allerlei Anzeichen dafür vorlagen*. Englands heutige Haltung läßt nicht erkennen, daß seitdem eine Änderung in seinen Anschauungen eingetreten sei.

Was Italien anlangt, so regen sich dort die garibaldinischen Erinnerungen, und selbst unter der italienischen Diplomatie ist Graf Nigra keineswegs der erste und einzige, welcher durchblicken läßt, daß das westliche Balkangebiet, also Albanien, für Italien ein Gegenstand von lebhaftem Interesse ist.

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXI, Nr. 2405.

Der politische Nihilismus Englands und die garibaldinische Legende in Italien veranlassen diese beiden Länder, die kretensische Frage und ihre Folgen mit anderen Augen anzusehen, als die vier übrigen Großmächte es tun, welche trotz mancher politischer Divergenzen doch in dem Wunsche einig sind, den Frieden zu erhalten. Von der mehr oder weniger energischen Betätigung dieses Wunsches wird es abhängen, ob der Friede wirklich erhalten bleibt oder nicht. Er wird davon abhängen, ob die vier Kabinette von Berlin, Wien, Petersburg und Paris sich für genügend stark halten, um die kretensische Frage unter sich und in Frieden zu lösen, oder ob sie glauben, dazu der Genehmigung Londons zu bedürfen, welche in diesem Falle die Genehmigung Roms mit einschließt. Falls die vier Kabinette oder einige derselben letzterer Anschauung zuneigen sollten, dann würde also der Friede Europas von der Entscheidung Englands abhängen, derjenigen Macht, deren friedlichen Absichten alle Welt mißtraut. Es steht zu hoffen, daß die vier Kabinette zielbewußt und energisch genug sein werden, um die Politik Europas nicht auf diese Bahn zu lenken.

Der österreichisch-ungarische Botschafter ist heute hier in diesem Sinne verständigt worden*. Ew. pp. bitte ich, das Vorstehende zur Kenntnis des Grafen Goluchowski zu bringen, der, wie ich nicht zweifele, über den Ernst des Augenblicks und die Notwendigkeit, den Frieden durch schleunige und energische Maßregeln zu retten, ebenso klar sieht wie ich.

Ich möchte meine Anschauung in dem Worte Seiner Majestät zusammenfassen, „erst handeln, dann verhandeln“. An die Möglichkeit der Beteiligung Englands bei einer wirksamen Pazifizierungsaktion glaube ich nur für den Fall, wo das Londoner Kabinett die Überzeugung gewinnt, daß die Aktion auch ohne seine Beteiligung in Gang kommt.

C. Hohenlohe

Nr. 3168

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 22. Februar 1897

Der russische Geschäftsträger** hat soeben im Auftrage seiner Regierung hier nachstehende Mitteilung gemacht:

„Nous pensons que l’Angleterre se dérobant à toute action contre la Grèce, sous prétexte que grandes puissances devraient déterminer d’avance sort ultérieur de la Crète, les grandes puissances continen-

* Vgl. das voraufgehende Schriftstück.

** Baron von Budberg.

tales[1] pourraient, sans surseoir à des mesures énergiques pour réprimer les provocations Grecques, tomber spontanément d'accord sur les principes suivants:

1. En aucun cas[2] la Crète ne pourrait être annexée à la Grèce dans conjoncture présente.

2. Turquie ayant remis application des mesures et réformes convenues, celles-ci ne répondent plus à la situation actuelle et dès lors puissances sont résolues de doter la Crète d'un régime autonome, tout en maintenant intégrité de l'empire Ottoman[3].

Ces deux points devraient être notifiés solidairement à Athènes et à Constantinople.

Simultanément[4] Gouvernement Grec devrait être sommé par ultimatum de retirer incontinent ses navires et ses troupes de l'île occupée par les puissances. En cas de résistance, menace serait suivie de mesures rigoureuses indiquées ce matin[5].

Nous croyons que c'est le seul moyen, en présence d'initiative philanthropique dont l'Angleterre cherche se couvrir, de sauvegarder la paix générale et le concert européen[6].

signé: Comte de Murawiew."*

Ich habe Baron von Budberg geantwortet, daß ich zunächst die Befehle Euerer Majestät einholen würde, aber nach bisherigen Äußerungen Euerer Majestät annehmen zu dürfen glaube, daß Euere Majestät mit dem russischen Vorschlage einverstanden seien[7], immer vorausgesetzt, daß die Mächte ohne Zögern Anstalten träfen, um die auch nach übereinstimmender Ansicht sämtlicher vor Kreta kommandierender Offiziere notwendige Entfernung der griechischen Truppen und Schiffe von der Insel zu bewirken[8].

Euere Majestät bitte ich um huldreiche telegraphische Mitteilung der Allerhöchsten Willensmeinung. Hohenlohe

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut
[2] bravo non!
[3] bien
[4] oui
[5] oui
[6] très juste
[7] ja unbedingt
[8] ja das ist die Voraussetzung

Randverfügung des Kaisers:
Telegramm Antwort an S[eine] D[urchlaucht] den Reichskanzler:
Bin völlig einverstanden Es geht auch ohne England Der Continent muß endlich mal den Briten zeigen daß sie denselben nicht zum Besten haben. Ich nehme als selbstverständlich an daß Russland dafür sorgt daß Frankreich unbedingt mitgeht. Wilhelm I. R.

---

* Die gleiche Mitteilung wurde auch der englischen Regierung gemacht, vgl. „Das Staatsarchiv", Bd. 62, S. 137 f. Daselbst die Antwort Salisburys vom 24. Februar.

Nr. 3169

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Telegramm. Entzifferung

Hubertusstock, den 23. Februar 1897

In der gestrigen Rede* des Staatssekretärs Freiherrn Marschall von Bieberstein steht der Satz, daß derselbe vom Reichskanzler beauftragt wäre, dem Reichstag zu erklären, daß er, sobald die Zeit gekommen, gern bereit sei, über das, was von Deutschlands Seite in der kretensischen Sache unternommen, dem Hause nähere Aufschlüsse zu gewähren. Dieses dürfte ohne Befehl meinerseits und ohne vorherige Anfrage bei mir ausgeschlossen sein. Der entscheidende Schritt zur Lösung dieser Frage ist von mir persönlich nach Rücksprache mit Euerer Durchlaucht und mit Euerer Durchlaucht vollständigem Einverständnis direkt getan worden**, und bin ich daher der Einzige, der dem Reichstag darüber Aufklärung zu geben hat. Ich hatte ferner Euerer Durchlaucht vorgeschlagen, in der Erwägung, daß in einer Frage von so einschneidender politischer wie prinzipieller Bedeutung von mir aus eine Orientierung des Reichstags erfolgen müsse, denselben noch vor meiner Abreise hierher zu dem Zweck ins Schloß zu berufen. Euere Durchlaucht fanden die Idee in jeder Hinsicht richtig und billigten dieselbe, meinten jedoch, es sei noch zu früh, den Reichstag zu orientieren. Nun ist das ohne mein Vorwissen und Zustimmung trotzdem

---

* In der Reichstagssitzung vom 22. Februar hatte sich Staatssekretär Freiherr von Marschall auf eine Anfrage des Abgeordneten Hasse wegen der kretischen Frage darauf beschränkt, kurz die Tatsachen anzuführen und Deutschlands Aufgabe dahin festzulegen, „nach unseren Kräften einzutreten zur Erhaltung des Friedens"; im übrigen hatte er Mitteilungen über die zurzeit zwischen den Mächten schwebenden Verhandlungen abgelehnt und auf spätere Mitteilungen des Reichskanzlers verwiesen. Auf eine weitere Frage des Abgeordneten Schmidt nach dem Stand der Frage der griechischen Gläubiger, welche die deutsche öffentliche Meinung stark zu Ungunsten Griechenlands beeinflußte, wiederholte der Staatssekretär die Zusage, daß die Regierung nach Kräften für die bedrohten Rechte der griechischen Gläubiger eintreten werde. Nach Marschalls Angabe „haben wir ungefähr 200 Millionen von diesen griechischen Anleihen im Lande, und ich habe mich leider überzeugt, daß ein großer Teil dieser Anleihen in den Händen von kleinen und mittleren Leuten ist, und daß viele Leute ihre ganzen Ersparnisse in solchen griechischen Anleihen angelegt haben". Daß übrigens die durch die Frage der griechischen Gläubiger erregte öffentliche Meinung in Deutschland die Griechenland wenig günstige Haltung der deutschen Regierung beeinflußt hätte, ist aus den Akten nicht zu entnehmen; erst später bei den Friedensverhandlungen spielt das Moment der griechischen Finanzen (vgl. Nr. 3248 ff.) eine Rolle. Maßgebend war und blieb für Deutschlands Haltung von Anfang an der Grundsatz, um jeden Preis eine allgemeine Konflagration zu verhindern.

** Vgl. Nr. 3152, Fußnote *.

doch geschehen, und ich muß darüber mein Erstaunen aussprechen. Alle Interpellationen oder Verhandlungen betreffend Kreta, bei denen Orientierungen des Reichstags erwünscht sind, sind mir zu melden unter Angabe der beabsichtigten Antwort. Nach meiner Rückkehr nach Berlin wird der Reichstag nach dem Schloß befohlen und demselben durch mir vorher zu unterbreitende kaiserliche Botschaft die Haltung meiner Regierung in der Kretafrage in toto verkündigt werden.

Über das Datum des Tages werde ich mich mit Euerer Durchlaucht ins Benehmen setzen. Ich habe mit vollem Bewußtsein den Schritt persönlich unternommen, der Europa den Frieden noch einmal erhalten soll, und bin fest entschlossen, persönlich die Angelegenheit weiter zu leiten. Inwiefern von Zeit zu Zeit außer durch inspirierte Preßartikel das Land über das Fortschreiten der Frage zu informieren sei, darüber erwarte ich von Euerer Durchlaucht einen jedesmaligen Vortrag oder Mitteilung. Mit den bisherigen Abmachungen und Antworten an die Botschafter bin ich in jeder Beziehung vollkommen einverstanden, und bitte ich, in dem Sinne fortzufahren. Ich hege keinen Zweifel, daß es mir mit Gottes Hülfe gelingen wird, womöglich einem Weltenbrand nochmal vorzubeugen.

Wilhelm I. R.

Nr. 3170

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Berlin, den 23. Februar 1897

Antwort auf Euerer Majestät heutiges Telegramm*.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat seine gestrige kurze Erklärung im Reichstage nach Rücksprache mit mir und in meinem Auftrag abgegeben. Da gerade der Etat des Auswärtigen Amtes zur Beratung stand und eben die Nachricht eingetroffen war, daß am Tage zuvor eine kriegerische Aktion unter Teilnahme des deutschen Schiffes stattgefunden hatte, war es parlamentarisch und politisch unmöglich, jede Auskunft zu verweigern.

Eine Darlegung der Haltung von Euerer Majestät Regierung und insbesondere des persönlichen Eingreifens Euerer Majestät in der kretischen Frage in der Form einer Allerhöchsten Botschaft ist schon deshalb ausgeschlossen, weil die Darlegung ihrer Natur nach formell und materiell der öffentlichen Kritik unterliegt, die der Krone schuldige Rücksicht aber verbietet, Euerer Majestät Person und Handlungen

* Siehe das voraufgehende Schriftstück.

in den Bereich dieser Kritik zu bringen. Meine Pflicht ist, dies, solange es von mir abhängt, zu verhindern.

Ich werde, wenn die Zeit gekommen ist, dem Reichstage über die Haltung der Regierung Euerer Majestät und deren Bedeutung für die Wahrung des europäischen Friedens Mitteilung machen und nicht ermangeln, vorher von dem, was ich zu sagen gedenke, Euerer Majestät Vortrag zu erstatten.

C. Hohenlohe

Nr. 3171

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 50. Berlin, den 23. Februar 1897

Das Petersburger Kabinett schlägt vor*, daß, da England sich einer Aktion gegen Griechenland entzieht, große Kontinentalmächte — ohne deswegen energisches Vorgehen gegen griechische Herausforderung zu unterbrechen oder aufzuschieben — sofort ihre Übereinstimmung über folgende Punkte erklären:

1. Die Ausschreitung Griechenlands darf nicht die Annexion Kretas zur Folge haben.

2. Da aber Türkei die Einführung der ihr vorgeschlagenen Reformen verzögert hat, sind diese nicht mehr zeitgemäß. Die Mächte werden daher Kreta ein autonomes Regime verschaffen, jedoch unter Aufrechterhaltung der Integrität des Ottomanischen Reichs.

Diese beiden Punkte würden solidarisch in Athen und Konstantinopel notifiziert, und gleichzeitig würde die griechische Regierung aufgefordert werden, unverzüglich ihre Truppen und Schiffe von Kreta zurückzuziehen. Im Falle der Weigerung würde mit energischen Maßnahmen vorgegangen werden.

Rußland bezeichnet vorstehenden Vorschlag als einziges Mittel für Sicherung des europäischen Friedens.

Nach Einholung der allerhöchsten Genehmigung habe ich soeben dem russischen Botschafter eröffnet, daß die deutsche Regierung auf den Vorschlag ohne Vorbehalt eingeht**.

Marschall

---

* Vgl. Nr. 3168.

** In Wien erregte es lebhafte Mißstimmung, daß die deutsche Regierung die russischen Vorschläge glatt akzeptierte, nachdem sie einige Tage vorher die wesentlich gleichlautenden österreichischen Vorschläge abgelehnt habe. Privatbrief Graf Eulenburgs an Fürst Hohenlohe dd. Wien, 6. März 1897. In seinem Antwortschreiben vom 10. März wies der Reichskanzler nachdrücklich darauf hin, daß die russischen und die österreichischen Vorschläge keineswegs gleich-

Nr. 3172

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 London, den 23. Februar 1897

In einer vertraulichen Unterhaltung, die ich eben mit Lord Salisbury hatte, sprach er sich dahin aus, daß ihm die gestrige Rede des Herrn Staatssekretärs im Reichstag* in bezug auf die künftige Konstitution Kretas sehr befriedigend erschiene, wie auch die Rede des Herrn Hanotaux in der französischen Kammer**, und daß hiernach unter den Mächten in dieser Hinsicht kaum noch eine Differenz bestehe.

Hieran anknüpfend sagte mir der Minister streng vertraulich, daß er die Absicht habe, etwa übermorgen eine Erklärung über seine Stellung zur kretensischen Frage hier in der Kammer abzugeben und den Wortlaut derselben vorher dem auf morgen angesetzten Ministerkonseil zur Beratung vorzulegen. Es liege ihm aber daran, in seiner Erklärung möglichst alles zu vermeiden, was bei uns Anstoß erregen könnte, und er wolle mir daher schon jetzt den ungefähren Gedankengang derselben angeben. Mit Rücksicht auf die Stimmung in der Kammer müsse er aussprechen, daß die Politik des englischen Kabinetts nach wie vor darauf gerichtet sein werde, für die Insel eine Autonomie zu erwirken, durch welche dieselbe aber keineswegs aus dem Rahmen des türkischen Staatsverbandes gerissen werden solle. Hieran anknüpfend würde er auf das unberechtigte Vorgehen der Griechen übergehen und die Absicht aussprechen, sich mit der griechischen Regie-

---

lautend seien, sondern sich im einzelnen wie im ganzen, im Beweggrund wie in den letzten Zielen wesentlich unterschieden. Für den russischen Vorschlag sprach außerdem nach Hohenlohes Auffassung, „daß auch aus naheliegenden diplomatischen Opportunitätsrücksichten mir ein russischer Vorschlag aussichtsvoller zu sein schien als ein österreichischer oder deutscher, weil Frankreich, Regierung und Volk, sich zu einer russischen Anregung ganz anders stellt als zu einer Anregung, die von einem Dreibundsstaate ausgeht". Der russische Vorschlag hätte übrigens trotz Deutschlands Eintreten für ihn wenig Aussicht gehabt, da namentlich Italien die lebhaftesten Bedenken geltend machte, in der Kretafrage ohne oder gar gegen England vorzugehen. Telegramm Bülows vom 21. Februar. Durch das Einlenken der englischen Regierung (vgl. das folgende Schriftstück), die schließlich sich den russischen Vorschlag im wesentlichen aneignete, wurde die Schwierigkeit aus der Welt geschafft.

* Vgl. Nr. 3169, Fußnote *. Freiherr von Marschall hatte nur hingewiesen auf eine „definitive dauernde Ordnung der Dinge auf Kreta, auf eine Befriedigung berechtigter Forderungen der christlichen Bevölkerung, die sehr wohl möglich sei, ohne die Integrität des Ottomanischen Reichs anzutasten".

** Hanotaux hatte sich in seiner Kammerrede vom 22. Februar dahin ausgelassen, daß die Besetzung Kretas durch die Flotten der Mächte im voraus die Autonomie Kretas sichere.

rung über die sofortige Evakuation der Insel durch die griechischen Truppen in Verbindung zu setzen. Im Falle der Weigerung werde England sich an den von anderer Seite vorgeschlagenen Zwangsmaßregeln (Blockade des Piräus) auch seinerseits beteiligen.

Ich erwiderte dem Minister auf seine Frage, daß ich ohne Genehmigung meiner Regierung über die von ihm beabsichtigte Erklärung keine Meinung aussprechen könne. Nur über einen Punkt könne ich die allerdings nur persönliche, aber bestimmte Ansicht aussprechen, daß derselbe bei uns keine Billigung finden würde, und dies sei die anscheinend noch von ihm festgehaltene Absicht, mit den Griechen über die Evakuation Kretas zu verhandeln. Nach unserer Auffassung sei jede weitere Verhandlung ausgeschlossen, und es könne sich also, wenn selbst dies, was ich nicht wisse, bei uns noch annehmbar erscheinen würde, doch höchstens um eine Sommation der Mächte handeln, deren Nichtberücksichtigung die sofortige Verhängung der Blockade zur Folge haben müßte. Auf meine Frage, ob er in diesem Falle auch wirklich bereit sei, sich ohne weiteres an der Blockade zu beteiligen, sprach sich Lord Salisbury zustimmend aus.

Schließlich kam der Minister noch mit einem Punkte heraus, den er vor der Kammer nicht gut mit Stillschweigen übergehen könne, welche unzweifelhaft Wert darauf legen würde, daß auch während der Blockade des Piräus einige englische Schiffe vor Kreta bleiben würden. Auch in diesem Punkte wünsche er aber allen Anstoß bei uns zu vermeiden und beabsichtige, etwa zu sagen, daß die große Zahl der englischen Schiffe im Mittelmeer der Regierung gestatten würde, die für die Blockade des Piräus erforderlichen Schiffe heranzuziehen und gleichzeitig einige Schiffe vor Kreta liegen zu lassen.

Als ich mich verabschiedete, sprach Lord Salisbury den Wunsch aus, den Wortlaut seiner Erklärung, nachdem derselbe morgen im Konseil beraten worden, noch mit mir besprechen zu können. Es ist anzunehmen, daß er mich zu diesem Zweck morgen nachmittag rufen lassen wird, und ich bitte bis dahin um telegraphische Weisung, ob und welche Ansicht ich auf die von ihm zu erwartenden Fragen aussprechen soll.

Von dem im Telegramm Nr. 63 bezeichneten russischen Vorschlag* wußte der Minister offenbar nichts und bemerkte nur im allgemeinen, daß er von den anderen Regierungen, auch von Paris und Petersburg, fortgesetzt liebenswürdige Äußerungen erhalte. Eine gewisse Unruhe schien ihm die Frage zu bereiten, ob zwischen Rußland und dem Sultan bereits ein Vertrag abgeschlossen sei.

Hatzfeldt

---

* Vgl. Nr. 3168.

Nr. 3173

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 67 Berlin, den 24. Februar 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 36*.

Es gereicht mir zu aufrichtiger Befriedigung, nunmehr auch die Verständigung mit Lord Salisbury angebahnt und auf gutem Wege zu sehen bei einer Aktion, wo für Deutschland lediglich das Motiv der Beseitigung einer unmittelbaren Kriegsgefahr maßgebend war und bleibt. Deshalb weil hier durch positive, zum Teil sogar amtliche Auslassungen bekannt war, daß die Angliederung Kretas an Griechenland den Erwerbstrieb in weitem Umkreise entfesseln würde, sind wir dieser Angliederung entgegengetreten, und haben wir von dem Verbleiben Kretas im türkischen Staatsverbande unsere weitere Beteiligung an der Pazifikationskampagne der Mächte abhängig gemacht. Abgesehen hiervon ist uns die zukünftige politische Gestaltung Kretas in den Einzelpunkten gleichgültig.

Nach allem, was ich aus Petersburg erfahre, war auch für den Kaiser von Rußland der entschiedene Wunsch, den Frieden zu wahren, maßgebend, um ihn zu einer Haltung zu veranlassen, welche den Familieninteressen direkt zuwiderläuft. Ich erwähne dies ausdrücklich, weil ich aus der Art und Weise, wie Lord Salisbury Ihnen gegenüber das weitere Verbleiben englischer Kriegsschiffe vor Kreta erwähnt hat, entnehme, daß er möglicherweise glaubt, die eine oder andere Macht sei geneigt, sich dort festzusetzen. Deutschland steht, wie ich glaube, in dieser Hinsicht über dem Verdacht. Es sind aber auch hinsichtlich keiner andern Macht irgendwelche Verdachtsmomente bisher zu meiner Kenntnis gekommen. Das Verbleiben englischer Kriegsschiffe würde, sobald dieselben aufhören, wohlwollende Zuschauer der griechischen Bewegung zu sein, nur mit Genugtuung begrüßt werden können.

Ew. pp. haben den Standpunkt der Kaiserlichen Regierung genau präzisiert, als Sie Lord Salisbury erklärten, daß wir uns bei einer Aktion, wo noch Verhandlungen mit Griechenland in Frage kommen, nicht würden beteiligen können. Eine Notifikation der Mächte an Griechenland, daß diese eine Annexion Kretas nicht dulden, dagegen unter Wahrung der türkischen Oberhoheit eine régime autonome dort einzuführen beabsichtigen, und gleichzeitig mit dieser Notifikation eine Sommation, der die sofortige Verhängung der Blockade zu folgen hätte, das ist nach diesseitiger Auffassung der einzige Schritt, welcher die Griechen zum Nachdenken wird bringen können. Und zwar

* Siehe Nr. 3172.

müßten außer dem Piräus auch noch einige andere Häfen blockiert werden, um grade den wohlhabenderen Schichten der Bevölkerung, welche einen Teil ihrer Lebensbedürfnisse vom Auslande beziehen, die Folgen ihres Tuns fühlbar zu machen.

Falls Ew. pp. nächste Unterredung mit Lord Salisbury noch andere als die vorstehend erwähnten Punkte berührt, wollen Ew. pp. sich nach Maßgabe des Ihnen bekannten deutschen Programms äußern, welches sich dahin zusammenfassen läßt: Erhaltung des Friedens durch möglichste Niederhaltung der Begehrlichkeiten.

C. Hohenlohe

Nr. 3174

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Gesandten in Athen Freiherrn von Plessen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 8 Berlin, den 24. Februar 1897

Die russische Regierung hat hier den Vorschlag gemacht, in Konstantinopel und Athen zu erklären, daß Kreta unter keinen Umständen an Griechenland fallen dürfe; daß aber die Mächte, welche die Pazifizierung Kretas in die Hand genommen hätten, entschlossen seien, der Insel unter Aufrechterhaltung der türkischen Oberhoheit ein autonomes Regime zu verschaffen. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung sollen die Vertreter der Großmächte in Athen die griechische Regierung mittels Ultimatum auffordern (sommer), innerhalb drei bis vier Tagen (im Ultimatum würde selbstredend nur der eine oder andere Termin, besser der kürzere zu setzen sein) ihre Schiffe und Truppen von Kreta zurückzuberufen, widrigenfalls die Mächte „des mesures d'extrême vigueur soit d'un blocus du Pirée soit d'une action directe sur les vaisseaux et troupes grecques" ergreifen würden.

Ew. pp. sind ermächtigt, nach Maßgabe des Vorstehenden gemeinschaftlich mit den sämtlichen übrigen Vertretern der Großmächte eine Kollektivnote oder auch identische Note an die dortige Regierung zu richten. Suchen Sie dahin zu wirken, daß, wie wir der russischen Regierung in unserer Erwiderung vorgeschlagen, anstatt „blocus du Pirée" „blocus de ports grecs" oder „des côtes grecques" gesetzt werde, um den Admiralen größere Aktionsfreiheit zu lassen, doch ist dies nicht conditio sine qua non unserer Beteiligung.

Ob Notifikation und Ultimatum in einer oder in zwei getrennten Noten zur Kenntnis der Regierung zu bringen sind, kann der Ab-

machung der dortigen Vertreter überlassen bleiben. Entscheidend für uns ist die Gleichzeitigkeit der Überreichung*. Drahtbericht.

C. Hohenlohe

Nr. 3175

Das Oberkommando der Marine an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Ausfertigung

Ganz geheim

Berlin, den 6. März 1897

Euerer Exzellenz beehre ich mich ganz ergebenst mitzuteilen, daß auf meinen Befehl, welchen ich infolge Euerer Exzellenz sehr gefälligen Schreibens vom 2. d. Mts. dem Kommandanten S. M. S. „Kaiserin Augusta“ gegeben hatte, derselbe durch Telegramm von gestern abend aus Suda meldet, daß die kommandierenden Offiziere nach vollkommener Übereinstimmung folgende Vorschläge machen:

1. Blockade des Piräus und der hauptsächlichsten griechischen Häfen;
2. Blockade von Kreta;
3. die Blockade wird von den Regierungen angesagt;
4. jedes griechische Kriegsschiff, welches angetroffen wird, soll nach Milo eskortiert und dort blockiert werden;
5. jeder Akt der Feindseligkeit eines griechischen Schiffes gegen ein Schiff der sechs Mächte wird als Kriegserklärung gegen diese Mächte betrachtet;

---

* Es dauerte doch noch bis Anfang März, daß eine volle Übereinstimmung zwischen den Mächten über die gemeinsam in Athen und Konstantinopel zu übergebenden Kollektivnoten erzielt wurde. Das Nähere darüber erhellt aus dem englischen Blaubuche „Turkey“, bzw. den daraus in: Das Staatsarchiv Bd. 62, S. 139 ff. abgedruckten Schriftstücken. Daselbst S. 143 f. die beiden am 2. März in Athen und Konstantinopel übergebenen Kollektivnoten der Großmächte, in denen auf der einen Seite die Zurückziehung der griechischen Schiffe und Truppen aus Kreta bei Vermeidung äußerster Zwangsmittel — von einer Blockade oder einem direkten Vorgehen gegen die griechischen Streitkräfte war jedoch nicht ausdrücklich die Rede —, auf der anderen die Autonomie Kretas verlangt wurde. Ferner daselbst die türkische Antwortnote vom 7. März (S. 144 f.), durch die die Pforte die Autonomie Kretas bewilligte, die dann am 18. März von den Befehlshabern der vor Kreta vereinigten Kriegsschiffe der Großmächte proklamiert wurde, und (S. 145 ff.) die griechische Antwortnote vom 8. März, die das von den Mächten durchgesetzte autonome Regime für Kreta als ungenügend erklärte, auf der Vereinigung Kretas mit Griechenland bestand und die Zurückziehung der griechischen Truppen ablehnte, dagegen die der griechischen Kriegsschiffe in Aussicht stellte. Über die Koerzitivmaßregeln, die die Befehlshaber der vor Kreta vereinigten Marinestreitkräfte in Voraussicht der ungenügenden griechischen Antwort ihren Regierungen vorschlugen, siehe die folgenden Schriftstücke.

6. jedes griechische Torpedoboot, welches in Schußweite eines Schiffes kommt, wird durch Kanonen vertrieben;

7. wenn nötig, wird der Telegraph von Syra gewaltsam besetzt;

8. die Blockade wird zur Folge haben, daß die Zahl der zum Schutze der Küstenstädte auf Kreta verfügbaren Schiffe vermindert wird. Daher wird gebeten, daß jede Macht 600 Soldaten bereithält, um diesen Schutz zu unterstützen.

Kapitän zur See Koellner fügt hinzu, daß er präzisere Abmachungen nicht erreichen konnte, die Verteilung der Schiffe noch ausgearbeitet wird, „Kaiserin Augusta" bei den Admiralschiffen verbleibt.

Ich habe Seiner Majestät dem Kaiser hierüber Meldung erstattet.

Der Kommandierende Admiral
Im Auftrage
Barandon

Nr. 3176

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Kommandierenden Admiral von Knorr

Konzept

Geheim — Berlin, den 6. März 1897

Ew. pp. beehre ich mich ganz ergebenst davon in Kenntnis zu setzen, daß ich nach eingeholter Zustimmung des Herrn Reichskanzlers Seiner Majestät dem Kaiser und Könige heute über den Inhalt des geneigten Schreibens Euerer Exzellenz vom heutigen Tage, betreffend die Vorschläge der vor Kreta kommandierenden Offiziere*, Vortrag gehalten habe.

Seine Majestät haben allerhöchstsich mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt und zu bestimmen geruht, daß dem Kommandanten von S. M. S. „Kaiserin Augusta" hiervon mit dem Bemerken Kenntnis gegeben werde, daß derselbe nach Maßgabe dieser Vorschläge zu verfahren habe, sobald auch den übrigen kommandierenden Offizieren seitens ihrer Regierungen entsprechende Weisung zugegangen sei**.

Bezüglich der Bereitstellung von 600 Soldaten zum Schutze der Küstenstädte in Kreta haben Seine Majestät geäußert, daß solche nicht zur Verfügung ständen und daher deren Entsendung diesseits nicht ins Auge gefaßt werden könne. Wie ich zu Ew. pp. streng ver-

---

* Siehe Nr. 3175.

** Auch russischer- und österreichischerseits wurde das „Programm der Admirale" pure angenommen, französischerseits unter der Voraussetzung, daß alle Mächte zustimmten. Über die englische Stellungnahme siehe das folgende Schriftstück.

traulicher Kenntnis bemerke, habe ich, nachdem in dem Vorschlage der kommandierenden Offiziere zunächst nur von einem „Bereitstellen" der 600 Mann die Rede ist, vorderhand Abstand genommen, den übrigen beteiligten Regierungen gegenüber diesen Punkt zu erwähnen, um nicht durch Reserven unsererseits das Einvernehmen der Mächte gleich zu Beginn einer etwaigen Aktion zu gefährden.

Für den Fall, daß es zu einer Blockade des Piräus kommen sollte, haben Seine Majestät allerhöchstsich damit einverstanden erklärt, daß alsdann S. M. S. „Kaiserin Augusta" sich bei dieser Blockade beteilige, nachdem vorher das in Kanea gelandete Detachement wieder an Bord genommen worden sei. Bei diesem Anlasse stellten Seine Majestät zur Erwägung, ob vielleicht ein Detachement von einigen Mann mit der Flagge in Kanea verbleiben solle. Die Entscheidung hierüber darf ich dem Ermessen Ew. pp. ganz ergebenst anheimstellen.

Marschall

Nr. 3177

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 London, den 8. März 1897

Lord Salisbury, welcher mich schließlich noch heute abend empfangen hat, sprach sich im allgemeinen dahin aus, daß es sich nach seiner Ansicht als praktisch empfehlen würde, mit der Blockade der Insel Kreta[1] den Anfang zu machen, was nicht verhindern würde, die Blockade der griechischen Häfen folgen zu lassen[2], sobald sich dies als wünschenswert herausstelle. Wenn die anderen Mächte diese Ansicht teilten, so könne er in dem Programm der Admirale kein Hindernis sehen, diesen Weg einzuschlagen; denn es handele sich dabei nicht um formelle Vorschläge, sondern um eine von russischer Seite angeregte Äußerung fachmännischer Ansichten, welche die Regierungen sich nicht gleich in allen Punkten anzueignen brauchten.

Als ich dem Minister entgegenhielt, daß eine englischerseits angeregte Beschränkung der Aktion auf Blockade von Kreta nicht nur die Griechen ermutigen, sondern, wie ich ihm nicht verheimlichen wolle, in Europa den Eindruck hervorrufen würde, daß England vor allem griechische Sympathien betätigen wolle[3], erwiderte mir Lord Salisbury, daß dies keineswegs bei ihm zutreffe, und daß er namentlich keine besondere Sympathie für Griechenland hege. Er würde daher, wenn die anderen Mächte dies wollten, an seinem rein praktischen Standpunkt nicht eigensinnig festhalten und sich namentlich nicht von den anderen trennen.

Streng vertraulich fügte Lord Salisbury hinzu, ich könne überzeugt sein, daß das Mißtrauen, welches man auf dem Kontinent gegen

ihn hege, durch nichts begründet sei: er wolle weder den Griechen helfen, noch eigene Zwecke verfolgen, er kenne aber seine Landsleute und wisse, daß er, wenn er jetzt zu schnell und zu heftig vorgehen wolle, die öffentliche Meinung, die sich in bezug auf Griechenland bereits kalmiert habe, wieder im höchsten Grade aufregen und gegen sich haben würde[4]. Unser Zweck sei und bleibe derselbe, und er habe nur den einen Wunsch, daß ihm eine etwas langsamere Gangart gestattet würde[5].

Inzwischen hat Rußland hier wieder eine neue Proposition gemacht, welche aber von St. Petersburg abgegangen war, ehe dort das Programm der Admirale bekannt sein konnte. Hauptpunkt derselben anscheinend Zernierung der griechischen Truppen in Kreta. Lord Salisbury hat dies ebenfalls im Prinzip akzeptiert.

Es wird, wie ich glaube, jetzt zunächst abzuwarten sein, ob Lord Salisbury, nachdem der Wortlaut der griechischen Note* hier eingegangen ist, einen Versuch macht, ein Verhandeln mit Griechenland über irgendeinen der darin enthaltenen Punkte zu befürworten. In diesem Fall würde ich ihm nochmals auf das bestimmteste erklären, daß wir uns auf keine Verhandlung mit Griechenland einlassen können[6]. Macht er dagegen keinen derartigen Versuch, so wird, wie ich glaube, angenommen werden können, daß er sich von den anderen Mächten nicht trennen und nur ein etwas langsameres Tempo einschlagen will.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die ist ja schon im Gange!
[2] !
[3] richtig
[4] hat er ja doch!
[5] wegen Salisbury würde überhaupt, wenn es gegangen wäre, gar keine Gangart angeschlagen worden sein! das sind Ausflüchte!
[6] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Richtig

Nr. 3178

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 90 Wien, den 9. März 1897

Die griechische Antwort** befriedigt den Grafen Goluchowski in keiner Weise[1]. Er sagte, daß man in logischer Konsequenz des Ultimatums zu Zwangsmaßregeln übergehen müsse, jedoch könne seine Haltung keine leitende sein. Er werde abwarten, was die Kabinette

---

* Vgl. Nr. 3174, Fußnote.
** Vgl. Nr. 3174, Fußnote.

sagen, in erster Reihe das russische. An Rußland sei es jetzt, hervorzutreten[1], nachdem es doch einmal die Führung übernommen habe.

Eulenburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 3179

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein. London, den 9. März 1897

Die hier wieder eingetretene größere Abneigung gegen sofortige und energische Aktion gegen Griechenland ist nach meiner Überzeugung zum nicht geringen Teile auf die Haltung Frankreichs zurückzuführen, und die Entscheidung liegt deshalb meines Erachtens in St. Petersburg. Bleibt man dort fest und besteht in Paris auf gleichem Verfahren, so wird Frankreich vor die ihm höchst unbequeme Aussicht gestellt, sich von Rußland zu trennen und außerdem eine noch größere Annäherung zwischen Rußland und Deutschland selbst herbeizuführen.

Es wird jetzt offenbar eine gewisse Zeit vergehen, bis sich die Situation klärt und zu übersehen ist, ob noch eine Einigung der Mächte zustandekommt oder nicht. Wir müssen dies, wie ich glaube, wenigstens eine Zeitlang abwarten, indem wir gleichzeitig an dem Standpunkt festhalten, daß wir uns auf keine Verhandlung mit Griechenland einlassen werden. Ein einseitiges Vorgehen der Drei-Kaiser-Mächte scheint mir abgesehen von der geringen Aussicht auf Erfolg an Ort und Stelle schon deshalb nicht wünschenswert, weil es zum europäischen Kriege führen kann.

Lord Salisbury hofft offenbar und mehr denn je, daß Griechenland doch noch einlenken wird. Er wiederholte mir gestern zweimal: „La Grèce demande encore un coup de pieds pour céder.“ Als solchen betrachtet er die Blockade von Kreta, und es ist, wie die Dinge liegen, wohl möglich, daß Frankreich und Italien dafür leichter zu haben sind als für eine gleichzeitige Aktion gegen die griechischen Häfen.

Am Schluß unserer gestrigen Unterhaltung sagte ich Lord Salisbury, daß ich ihm den voraussichtlichen ungünstigen Eindruck seiner Äußerungen in Berlin nicht verheimlichen könne und nicht verstände, weshalb er nicht wenigstens Sir Frank Lascelles beauftrage, die Beweggründe seines Verhaltens dort vertraulich und offen zu erklären. Er zeigte sich damit einverstanden, und Sie haben also wohl den Besuch von Sir Frank Lascelles zu erwarten, mit dem Sie *ganz offen* reden können.

Hatzfeldt

Nr. 3180

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Paris, den 10. März 1897

Herr Hanotaux sagt mir, er halte ganz fest an dem Einvernehmen der Mächte und werde die Koerzitivmaßregeln nach Vorschlag der Admirale ausführen, da es von allen Mächten geschehe. Er habe noch keinen Anhalt dafür, wie weit das geschehen werde, fürchte aber, daß England den blocus von Piräus nicht mitmachen wolle, und höre von Berlin aus, daß auf ein deutsches Kontingent von 600 Mann schwerlich zu rechnen sei. Sollten dadurch die Vorschläge der Admirale etwas modifiziert werden, so hoffe er doch, daß es gelingen könne, über wirksame Mittel sich zu verständigen, um Griechenland zu zeigen, daß die Mächte ihren Willen durchzusetzen entschlossen seien. Es müsse das aber so bald als möglich geschehen[1].

Herr Hanotaux rechnet sicher auf die Majorität der Kammer, wünscht aber, die jetzige den Griechen feindliche Stimmung zu benutzen.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja

Nr. 3181

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 St. Petersburg, den 11. März 1897

Graf Murawiew hat heute ein neues Zirkular erlassen*, betreffend Stellungnahme der Mächte der griechischen Antwort gegenüber. Er nimmt zunächst Akt von der griechischen Bereitwilligkeit der Zurückziehung der Schiffe, was die nicht zugegebene Evakuation der griechischen Truppen anlangt, so schlägt er vor[1], um diese zu ermöglichen und die Ordnung zu halten, daß jede Macht ein Kontingent schicke, welches zusammen etwa 9000 Mann ausmache[2]. Wie er mir vertraulich hinzufügte, habe er nach Berlin und Paris den besonderen Vorschlag gemacht, daß Frankreich und Italien delegiert würden, dieses Kontingent zu Zweien zu liefern[3]**. Beim Eintreffen der Kon-

---

* Siehe den Text des vom 10. März datierten Zirkulars im englischen Blaubuch und daraus in „Das Staatsarchiv", Bd. 62, S. 149.

** Auch Graf Goluchowski hatte schon am 8. März gegenüber Graf Eulenburg eine Mandatserteilung entweder an Italien und Frankreich oder auch an Rußland und England angeregt.

tingente würden die griechischen und türkischen Truppen entfernt werden. Er ist der Ansicht, daß diese Kontingente auch im Innern zur Verwendung kommen könnten. Graf Murawiew, wenn er von der bisher erhofften Anwendung äußerster Zwangsmittel absteht, läßt sich dabei von der Idee leiten, daß vor allem die Eintracht der Mächte aufrechterhalten werden müßte. Deshalb, meint er[4], müßten die drei Kaisermächte den drei übrigen vom Volkswillen mehr abhängigen Mächten durch mildere Vorschläge[5] entgegenkommen, wobei er hauptsächlich wohl die Schonung des Herrn Hanotaux im Auge haben wird[5].

Von neuem fällt mir der Optimismus des Grafen Murawiew auf, mit dem er auch heute wieder trotz der zu überwindenden ernsten Schwierigkeiten die Kretafrage als im Verblassen befindlich[5] darstellte. Diese Äußerungen des Ministers, in denen sich manche Widersprüche und Unklarheiten dokumentieren, lassen mich vermuten, daß er bestrebt ist, durch eine Verkleinerung der ganzen Kretasache die Bedeutung auch eines eventuellen Zurückweichens der Mächte[6] in der Frage abzuschwächen. So behauptet er, liege eine viel größere Gefahr in möglichen Ereignissen an der thessalischen Grenze, wiewohl er das Eingreifen Bulgariens und Serbiens selbst bei Ausbruch eines türkisch-griechischen Krieges entgegen seiner früheren Behauptung für durchaus unwahrscheinlich hinstellt. Er denkt sich den Verlauf so, daß die Türken die Griechen schlagen, und daß Europa erst vor den Mauern Athens Halt gebietet.

Graf von Montebello *, den ich im Ministerium traf, hatte ein Telegramm von Herrn Hanotaux erhalten, in dem letzterer besonders hervorhob, daß das Einvernehmen unter den Mächten durchaus aufrechterhalten werden müßte[7].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Und wo bleibt die von ihm vorgeschlagne und von allen im Prinzip angenommne Blockade des Piräus? Das einzige was noch hilft nach ansicht der Admirale?

[2] also eine Division

[3] einverstanden

[4] ist ja ganz unglaublich!

[5] !

[6] dann ziehe ich mich zurück

[7] ja aber nicht auf Kosten ihrer Würde und unter Antreten eines Rückzuges vor Griechenland!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Mit der Beauftragung von Italien und Frankreich einverstanden. Aber unter dem Hinzufügen, daß wir als selbstverständlich erwarteten, daß mit dem Eintreffen der Besatzungstruppen umgehend die Marine Mannschaften eingeschifft und zur Blockade des Piräus übergegangen wird, falls die Griechischen Truppen nicht zurückgezogen werden.

---

* Französischer Botschafter in St. Petersburg.

Nr. 3182

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 97 Berlin, den 11. März 1897

Seine Majestät der Kaiser hat zu Ew. Telegramm Nr. 69* Randvermerke gemacht, welche keinen Zweifel über die Absicht lassen, sich von der Aktion der Mächte zurückzuziehen, sobald diese einem Zurückweichen vor Griechenland ähnlich sieht.

Ew. wollen vorstehendes vertraulich zur Kenntnis des Grafen Murawiew bringen zu dessen rechtzeitiger Orientierung.

Marschall

Nr. 3183

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 95 Berlin, den 11. März 1897

Zu sofortiger Verwertung.

Der russische Botschafter teilte mir mit, daß die französische Regierung in Petersburg erklärt habe, sie würde zu sofortigen Zwangsmaßregeln bereit sein, stoße sich jedoch daran, daß Deutschland abgelehnt habe, die von den Admiralen geforderten 600 Soldaten nach Kreta zu senden. Tatsächlich hat die deutsche Regierung, um nicht die Einigkeit der Mächte wegen eines Nebenpunktes zu stören, das ganze Programm der Admirale angenommen, ohne einen Punkt auszunehmen. Allerdings haben wir Zweifel an dem praktischen Nutzen, den jene sechs kleinen Trupps würden haben können. Wir halten die von Rußland vorgeschlagene Mandatserteilung an irgendwelche zwei Mächte für den allein richtigen Modus zur Erledigung der Pazifikationsfrage.

Übrigens sind die Maßnahmen für die innere Pazifikation der Insel zwar auch eilig, um den fortgesetzten Metzeleien Einhalt zu tun; sie sind aber im Interesse des europäischen Friedens nicht so unmittelbar dringend wie die Zwangsmaßregeln zur Beseitigung der von Griechenland drohenden Gefahren. Denn nach unseren neuesten Nachrichten ist angesichts der Untätigkeit der Mächte der Übermut der Griechen in den letzten Tagen erheblich gewachsen, und man beschäftigt sich in Athen ernstlich mit dem Gedanken, nunmehr auch im Norden die türkische Grenze zu

---

* Vgl. Nr. 3181.

überschreiten. Die Zwangsmaßregeln gegen Griechenland müssen also, wenn sie noch nützen, den Frieden erhalten und den Triumph der englischen Diplomatie verhindern sollen, unverzüglich zur Ausführung kommen. Die Annahme des englischen Vorschlages, daß griechische Truppen als „Polizei" in Kreta bleiben sollen*, würde die Mächte, wenigstens diejenigen, welche nicht als Anhänger Englands gelten, dem Gelächter Europas aussetzen.

Marschall

Nr. 3184

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 11. März 1897

Der englische Botschafter teilte mir heute vertraulich ein Telegramm Lord Salisburys an den englischen Botschafter in St. Petersburg mit des Inhalts:

Angesichts der Schwierigkeiten, welche die Pazifikation Kretas biete, sei die Frage zu erwägen, ob es nicht nützlich sei, einen Teil der griechischen Truppen auf der Insel zu belassen und sie unter dem Kommando der fremden Offiziere als Polizei zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu benutzen. Der Vorschlag empfehle sich einmal, um die griechische Eigenliebe zu schonen, sodann aber, weil es für die Mächte schwierig sein würde, eine genügende Truppenzahl auf der Insel zu versammeln, um eine vollkommene Pazifizierung durchzuführen.

Ich erklärte dem Herrn Botschafter, daß ich, auch ohne erst nähere Instruktionen einzuholen, mich für ermächtigt halte, diesen Vorschlag als für die Kaiserliche Regierung nicht annehmbar zu bezeichnen[1]. Es sei eine von allen kommandierenden Offizieren der Großmächte festgestellte Tatsache, daß gerade das Erscheinen griechischer Truppen auf der Insel die dort bestehende Anarchie vermehrt habe[2], daß diese Truppen ein Element der Unordnung und ein Signal zur Verübung von Massakers geworden seien. Unter diesen Umständen auch nur einen Teil der griechischen Truppen dort zu belassen und sie zur Herstellung der Ordnung zu verwenden, erscheine mir so unpraktisch wie möglich, denn es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die Insurgenten in der fortdauernden Anwesenheit der griechischen Truppen und in der Genehmigung dieser Anwesenheit seitens der Mächte eine

---

* Lord Salisbury hatte diesen Vorschlag in einer Unterredung mit Graf Hatzfeldt vom 10. März entwickelt; siehe darüber den mit Salisbury vereinbarten Bericht des Botschafters vom 10. März in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 151. Vgl. auch das folgende Schriftstück.

weitere Ermutigung erblicken müßten und damit der endliche Erfolg der Pazifizierung ernstlich in Frage gestellt würde. Die Kaiserliche Regierung sei umgekehrt der Ansicht, daß die Anwendung der angedrohten Koerzitivmaßregeln, in deren vorderster Reihe die Entfernung aller griechischen Truppen[2] von der Insel stehe, die notwendige Voraussetzung für die Pazifizierung bilde, und daß es hohe Zeit sei, die angedrohten Koerzitivmaßregeln sofort und in vollem Umfange ins Werk zu setzen. Zur Bestätigung dieser Auffassung bezog ich mich auf das gestrige Telegramm des Gesandten Baron Plessen, wonach das Ausbleiben der angedrohten Koerzitivmaßregeln der griechischen Kriegslust neue Nahrung zugeführt habe*.

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe einer Abschrift des Schriftstücks: Einverstanden 12/III. 97. W.
Randbemerkungen des Kaisers auf der Abschrift:
[1] Richtig
[2] ja

Nr. 3185

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 113 Berlin, den 12. März 1897

Der russische Admiral vor Kreta hat nunmehr, wie Graf Osten-Sacken mitteilt, den kaiserlichen Befehl erhalten, ohne weitere Rückfrage zur Blockade der griechischen und kretensischen Häfen vorzugehen, sobald die anderen kommandierenden Offiziere gleiche Ermächtigung erhalten. Unser Schiffskommandant ist bereits in gleichem Sinne instruiert**. Lord Salisbury hat dem Grafen Hatzfeldt gegenüber eine

---

* Auch die russische Regierung lehnte den englischen Vorschlag einer Verwendung der griechischen Truppen in Kreta als Polizeitruppe ab, worauf Lord Salisbury erklärte, auf diesen Punkt, der ohnehin nur ein hingeworfener Gedanke, kein formeller Vorschlag gewesen sei, nicht insistieren zu wollen. Telegramm Hatzfeldts Nr. 60 vom 11. März 1897.
** Auch der österreichische Admiral war in gleichem Sinne verständigt worden. Wie der englische Botschafter Sir F. Lascelles Freiherrn von Marschall am 15. März mitteilte, wäre auch der englische Admiral vor Kreta angewiesen worden, an der Blockade Kretas teilzunehmen, sobald gleiche Ordres für die anderen Admirale eingetroffen seien. Tatsächlich wurde der griechischen Regierung am 18. März von den Gesandten der Großmächte die bevorstehende Blockade Kretas angekündigt, worauf die griechische Regierung am 21. März mit Gegenvorstellungen antwortete.

persönliche Abneigung gegen die Blockade des Piräus, welche er als nutzlos bezeichnete, erkennen lassen, dagegen aber sich für die Nützlichkeit der Blockade von Volo ausgesprochen. Ich war daher einigermaßen überrascht, daß Sir Frank Lascelles heute hier nur von der Blockade von Kreta sprach und auf meine Frage erklärte, sein Auftrag beziehe sich nicht auf griechische Häfen.

Hierbei kann italienische Einwirkung im Spiele sein. Der hiesige italienische Botschafter ist beauftragt, von einer Blockade griechischer Häfen abzuraten, weil das eine punition de la Grèce sein würde. Die russische Regierung ihrerseits, welche von Paris aus erfahren hat, daß England den Gedanken erwägt, von seiner Beteiligung an der Blockade die Häfen Griechenlands auszuschließen, verhehlt nicht ihr Mißtrauen gegen diesen Versuch einer Sonderstellung, und ich fürchte, daß eventuell die ganze Aktion hierdurch in Frage gestellt werden könnte.

Fragen Sie Graf Goluchowski, ob er mit uns gemeinsam in London darauf hinwirken will, daß Lord Salisbury zur Blockierung, wenn auch nicht des Piräus so doch anderer griechischer Häfen, etwa Volo und Arta, durch englische Schiffe neben anderen einwilligt.

Marschall

Nr. 3186

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 St. Petersburg, den 12. März 1897

Während Graf Murawiew vorgestern, Mittwoch, Neigung zeigte, mildere Saiten aufzuziehen, einzig und allein, um Einvernehmen aller Großmächte aufrechtzuerhalten, ist eine plötzliche Wendung zum aktiveren Vorgehen bei ihm eingetreten, wahrscheinlich wohl infolge Hanotaux' festerer Sprache. Er sagte mir gestern, Donnerstag, abend, daß er, von der Notwendigkeit der Anwendung der Koerzitivmaßregeln durchdrungen, dem russischen Admiral die gemessensten Befehle habe zugehen lassen, unverzüglich zu Zwangsmaßregeln vorzugehen, sobald die anderen Geschwaderchefs analoge Weisungen erhalten haben würden. Der Minister ist von Mißtrauen gegen England erfüllt, glaubt aber sicher, daß es sich der Beteiligung an bereits zugesagten gemeinsamen Zwangsmaßregeln nicht entziehen kann. Die englischen Schiffe nur bei der Blockade von Kreta zu verwenden, hält der Minister für gefährlich, weil bei ihrer Überzahl dann Parteilichkeit für Insurgenten und Verfolgung von Sonderinteressen nicht ausgeschlossen. Durchaus unannehmbar findet er den englischen Vorschlag der Anwendung griechischer Truppen als Polizei.

Graf Murawiew teilt durchweg Anschauungen der Kaiserlichen Regierung, nämlich schleunigste Anwendung von Zwangsmaßregeln zur Beseitigung der von Griechenland drohenden Gefahr in Thessalien sei dringender als die innere Pazifizierungsaufgabe der Insel. Da Frankreich die Besetzung der Insel zu Zweien abzulehnen scheine, müsse an die Besetzung durch Truppen aller Großmächte geschritten werden; er hoffe, daß die Durchfuhr russischer Truppen durch die Meerengen auf Transportschiffen auf keine Schwierigkeiten stoßen werde.

Graf Murawiew ist nach wie vor besorgt wegen des drohenden türkisch-griechischen Konflikts an thessalischer Grenze, hat durch den griechischen Geschäftsträger die griechische Regierung für die daraus erwachsende Gefahr eindringlich verantwortlich gemacht und ihm erklärt, daß, während die Kretafrage eine internationale sei, der türkisch-griechische Konflikt die Mächte nichts angehe und zwischen beiden auszutragen sei. Die Mächte würden die Türkei nicht verhindern, ihren wahrscheinlichen Sieg in Griechenland auszunutzen, auf Unterstützung Bulgariens und Serbiens habe Griechenland nicht zu rechnen. Griechenland müsse die Folgen seiner aggressiven Haltung allein tragen.

Der Minister versicherte mich nochmals aufs entschiedenste, daß Rußland unter keinen Umständen einem Zurückweichen vor Griechenland beistimmen werde.

Radolin

Nr. 3187

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 London, den 16. März 1897

Als Ergebnis der heutigen Kabinettssitzung* hat mir Lord Salisbury schriftlich den Inhalt eines Telegramms mitteilen lassen, welches noch heute an den englischen Botschafter in St. Petersburg** abgeht und gleichzeitig den anderen Mächten durch die bezüglichen englischen Vertreter mitgeteilt werden soll:

---

* Vor der Kabinettssitzung vom 16. März hatte Lord Salisbury mit dem österreichischen, dem russischen und dem deutschen Botschafter Rücksprache genommen und mit ihnen verabredet, daß sie ihm noch vor der Sitzung eindringliche Vorstellungen im Sinne einer wirksamen Kooperation Englands in Form von Privatbriefen zustellen sollten, mit deren Hilfe der englische Premier den Widerstand seines Kollegen zu überwinden hoffte. Das Privatschreiben Graf Hatzfeldts vom 16. März ist abgedruckt im englischen Blaubuch „Turkey" und daraus in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 153.

** Sir N. R. O'Conor. Den Wortlaut des Telegramms siehe in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 154.

„Die englische Regierung erkennt an, daß die meisten Mächte den Vorschlag der Verwendung griechischer Truppen für die Wiederherstellung der Ordnung in Kreta verwerfen, aber bis Maßregeln durch die Mächte selbst zu diesem Zwecke ergriffen sind, erscheint die griechische Behauptung, daß ohne griechische Truppen keine Mittel zur Herstellung der Ordnung vorhanden sind, nicht unbegründet, und es ist schwierig, Griechenland dafür zu bestrafen, daß es an dieser Auffassung festhält. Es ist daher unerläßlich, daß einige Maßregeln zu diesem Zweck ergriffen werden.

Graf Murawiew hat Ihnen am 10. d. Mts. mitgeteilt*, daß er an die russischen Vertreter ein Zirkular gerichtet habe, welches die militärische Okkupation Kretas namens der Mächte durch eine Macht von 10—12000 Mann vorschlage, daß Frankreich und Italien zusammen diese Truppenzahl stellen könnten, und daß die Mächte dann auf die allmähliche Zurückziehung der griechischen und türkischen Truppen bestehen sollten, wodurch sie den Vorwand der Griechen für die Belassung ihrer Truppen in Kreta beseitigen würden, daß die Berufung auf ein Plebiszit auf großen Widerspruch stoßen würde und unter den gegenwärtigen Umständen außer Frage sei. Die englische Regierung stimmt vollständig dem vorstehenden Vorschlag zu; sollte jedoch der Plan einer Okkupation aufgegeben werden, so würde die englische öffentliche Meinung ihr nicht gestatten, sich an der Blockade griechischer Häfen auf dem Festlande zu beteiligen. Deutschland und Österreich scheine unwiderruflich der Entsendung einer größeren deutschen und österreichischen Truppenmacht abgeneigt zu sein. Aber die englische Regierung ist bereit, sich mit einer Besetzung von Kreta einverstanden zu erklären durch 5000 Franzosen und 5000 Italiener oder durch 10000 Mann einer dieser Mächte allein; oder mit einer solchen durch 5000 Russen und 5000 Engländer oder durch 10000 Mann jeder dieser Mächte allein. Für den Fall einer Einigung über eine Besetzung dieser Art wird die englische Regierung, wenn nötig, sich einer Blockade des Piräus anschließen. Wenn nicht, wird sie gezwungen sein, sich auf eine Blockade von Kreta allein zu beschränken.“ Hatzfeldt

Nr. 3188

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Boschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 104 Berlin, den 17. März 1897

Der englische Botschafter hat hier heute die Antwort auf den

* Vgl. Nr. 3181.

russischen Vorschlag vom 10. d. Mts.* zur Kenntnis gebracht. Lord Salisbury ist mit jenem Vorschlage einverstanden, auch damit, daß Kreta durch Frankreich und Italien gemeinsam besetzt werde. Der englische Minister würde auch nichts gegen eine gemeinsame russisch-englische Okkupation haben, noch auch dagegen, daß eine der vier Mächte Frankreich, Italien, Rußland, England allein Kreta besetzt. Solange aber keine Art von Okkupation vereinbart und ins Werk gesetzt sei, könne man es den Griechen nicht verdenken, wenn sie ihre Truppen als ein Element der Ordnung auf Kreta ansähen und sich weigerten, dieselben zurückzuziehen. Deshalb werde England an der Blockade griechischer Häfen sich erst dann beteiligen, wenn man in der Lage sein würde, den Griechen zu eröffnen, daß ihre Truppen auf der Insel überflüssig seien, da eine oder zwei Großmächte, je nachdem, die Besetzung und Herstellung der Ordnung übernähmen. Vorher, d. h. solange keine Okkupation durch eine oder zwei Großmächte vereinbart sei, werde England sich nur bei der Blockade von Kreta, nicht bei der von Griechenland beteiligen.

Ich habe dem englischen Botschafter geantwortet, wir müßten zunächst „prendre les ordres de Sa Majesté“ und würden, da es uns ziemlich gleichgültig sei, wer in Kreta Ordnung mache, hierbei in erster Linie den Wünschen unserer Freunde Rechnung tragen.

Bei Besprechung des Vorstehenden bitte ich dem Grafen Murawiew zu sagen, daß ich nicht wissen kann, welche Punkte ihm sympathisch, beziehungsweise welche von den genannten Mächten erbötig sind, die Aufgabe der Pazifikation von Kreta zu übernehmen. Ich glaube aber, daß Graf Murawiew die Überzeugung mit mir teilt, daß es dringend erwünscht ist, aus den englischen Vorschlägen irgendetwas Durchführbares herauszusuchen, um zu verhindern, daß die englische Diplomatie auf Kosten des europäischen Friedens einen ungeheuren Triumph feiert.

Marschall

Nr. 3189

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 79 St. Petersburg, den 17. März 1897

Graf Murawiew sagt mir, als nächste Schritte in der Kretafrage denke er sich jetzt die Proklamation der Blockade von Kreta und

* Siehe Nr. 3181.

zugleich der Autonomie dieser Insel seitens der Geschwaderchefs. Der russische Admiral habe heute dahingehende Instruktion erhalten. Ob und in welcher Weise entsprechende Notifikation in Athen und Konstantinopel zu erfolgen habe, könne den Geschwaderchefs überlassen werden.

Von besonderer Wichtigkeit sei die Verhinderung von Unruhen an der thessalischen Grenze. Da England nicht geneigt scheine, an einer Blockade des Piräus sich zu beteiligen, dagegen die Blockade von Volo befürworte, um den Griechen ihre Aktionsbasis zu entziehen, so habe er diesen auch ihm praktisch erscheinenden Gedanken aufgegriffen und nach London telegraphiert, er stimme zu, daß die Blockade von Volo womöglich sofort und als prophylaktische Maßregel unabhängig von den übrigen Zwangsmaßregeln durchgeführt werde.

Herrn von Nelidow habe er heute angewiesen, sich mit denjenigen seiner Kollegen, deren Staaten Militärattachés in Athen unterhielten, zu besprechen, ob nicht die Entsendung dieser letzteren nach Volo und an die griechisch-türkische Grenze als Sicherheitsmaßregel angezeigt erschiene.

Radolin

Nr. 3190

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 St. Petersburg, den 17. März 1897

Bezüglich Durchführung der Pazifizierung und weiteren Gestaltung der Dinge auf Kreta ist Graf Murawiew der Ansicht, daß, nachdem Besetzung der Insel durch Delegierung von Italien und Frankreich am Widerstand letzterer Macht gescheitert, gemeinsame Okkupation in der Weise stattfinden könne, daß zunächst die jetzt von Marinemannschaften besetzten Punkte von den allseitig konzedierten je 600 Soldaten okkupiert würden, um den Flotten Aktionsfreiheit wiederzugeben. Dann hätte jede Macht weitere 1000 Mann zu entsenden, mit denen die eigentliche Pazifizierung der Insel vorgenommen werden könnte. Die Kosten könnten repartiert werden. Aufgabe der Botschafter in Konstantinopel sei es dann, einen Plan für die Autonomie zu entwerfen. pp.*.

Radolin

* Der Rest des Telegramms handelt von der Frage der Einsetzung eines Generalgouverneurs für Kreta, die erst später akut wurde.

Nr. 3191

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 106 Berlin, den 18. März 1897

Antwort auf Telegramme Nr. 80 und 79*.

Hinsichtlich einer Durchführung der Pazifizierung und weiteren Organisation von Kreta stimmen alle übrigen Nachrichten darin mit der Auffassung des Grafen Murawiew überein, daß die von den Admiralen ursprünglich bezeichneten Kontingente von je 600 Soldaten für irgendwelchen praktischen Zweck nicht ausreichend sind, daß vielmehr Nachschübe von erheblich größerer, heute noch nicht genau anzugebender Stärke erforderlich sein würden, um diese Aufgabe zu Ende zu führen.

Wir haben vom ersten Anfang dieser Krisis an unentwegt an dem Bestreben festgehalten, die Sache des europäischen Friedens, als deren Hauptvertreterin wir in diesem Falle die russische Politik ansehen, nach Möglichkeit zu fördern. Wir haben deshalb auch jenen Vorschlag der Sendung von 600 Soldaten nicht abgelehnt, obschon dieser Entschluß nicht nur wegen der Tradition unserer Nichteinmischungspolitik, sondern auch wegen der ganzen Organisation unserer Wehrkraft ein schwerer war und an sehr maßgebenden militärischen Stellen auf Widerstand stieß.

Aber nachdem jetzt feststeht, daß außer jenen 600 Mann noch Nachschübe in infinitum erforderlich sein würden, übersteigt jene Anforderung das äußerste Maß dessen, was die Regierung Seiner Majestät des Kaisers dem Inlande gegenüber würde vertreten können. Auf Deutschlands Mitwirkung bei diesen Truppensendungen wird danach also nicht weiter zu rechnen sein. Ich zweifle auch, daß Österreich-Ungarn geneigt sein wird, über das ursprüngliche Maß von 600 Mann hinaus sich zu verpflichten. Die hieraus sich ergebende Ungleichheit der Beteiligung würde vielleicht und sogar wahrscheinlich der einen oder anderen unter den übrigen Mächten einen plausiblen Anlaß geben, um sich von der ganzen Aktion zurückzuziehen. Bei dieser Sachlage bietet der Plan der Pazifizierung von Kreta durch Kontingente aller Mächte ein ziemlich sicheres Mittel, um dem bisher mühsam erhaltenen europäischen Konzert ein Ende zu machen. Um dieser Gefahr zu begegnen, bleibt nur übrig die Verständigung über den zuerst von Graf Murawiew angeregten, dann von Lord Salisbury weiter entwickelten Plan einer Okkupation Kretas durch zwei Mächte oder durch eine einzelne Macht. Sollte diese Verständigung nicht zu erreichen sein, so steht Europa großen Gefahren gegenüber.

---

* Siehe Nr. 3190 und Nr. 3189.

Ew. pp. wollen das Vorstehende in Umstellung dem Grafen Murawiew vorlesen und ihm noch dazu sagen, daß nach einer ganz zuverlässigen Privatmitteilung Lord Salisbury nächste Woche nach der Riviera reist und damit zeitweilig aus dem englischen Kabinett derjenige Faktor ausscheidet, welcher bisher das Zusammengehen mit den Kontinentalmächten befürwortet hat. Nach der Abreise des Premiers würde voraussichtlich eine Verständigung noch schwieriger werden.

C. Hohenlohe

Nr. 3192

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 69 London, den 17. März 1897

Im Anschluß an Telegramm Nr. 68*.

Lord Salisbury, welchen ich heute nur kurze Zeit sprechen konnte, sprach sich sehr offen über die gestrige Konseilsitzung und das Ergebnis derselben aus. Diejenigen Minister, die wie Goschen, Balfour und mehrere andere griechische Sympathien hätten, wären auch diesmal unerschütterlich geblieben, und er hätte dagegen nicht aufkommen können. Der prinzipielle Standpunkt dieser Herren, die von auswärtiger Politik sehr wenig verständen, und mit welchen er schon längst zu kämpfen habe, sei der, daß England sich an keinerlei Maßregel beteiligen dürfe, welche hier als eine tatsächliche Unterstützung der Türkei ausgelegt werden könnte.

In bezug auf seine gestrige Depesche nach St. Petersburg** bemerkte er auf meine Frage, wie das im vorletzten Satz des diesseitigen Telegramms Nr. 67*** enthaltene „wenn nötig" aufzufassen sei, damit sei durchaus nicht gemeint, daß England sich unter Umständen die Entscheidung über die Notwendigkeit der Blockade des Piräus noch vorbehalten wolle. Wenn die Mächte sich über eine der von ihm vorgeschlagenen Alternativen für die militärische Besetzung der Insel verständigten und die Griechen dennoch nicht nachgeben wollten, würde man hier bereit sein, zur fraglichen Blockade zu schreiten,

---

* Nach Telegramm Nr. 68 vom 17. März hatte Lord Salisbury bei früheren Unterredungen mit Graf Hatzfeldt über die Okkupationsfrage stets dahin sich ausgesprochen, daß weder von England noch von Rußland die Rede sein könne: ersteres würde unzweifelhaft von den Russen ausgeschlossen werden, und er nehme an, daß England das gleiche in bezug auf Rußland tun würde. Angesichts der Äußerungen Salisburys neigte der deutsche Botschafter der Auffassung zu, daß dessen innerster Wunsch dahin gehe, selbst und allein ein Mandat zur Besetzung zu erhalten.

** Den Wortlaut siehe in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 154.

*** Siehe Nr. 3187.

auch ohne auf die Ausführung der militärischen Besetzung zu warten. Im gleichen Sinne hat sich der Minister über diesen Punkt gegen den Grafen Deym ausgesprochen.

Als ich nun auf die von ihm vorgeschlagenen Alternativen überging, von denen die zweite mich insofern überrascht habe, weil er sich früher in einem verschiedenen Sinne gegen mich geäußert, sagte Lord Salisbury folgendes: Er könne auch keine andere Erklärung dafür geben, als daß man eben nicht mehr wisse, was man tun solle, und deshalb auf expédients zurückgreife; die Situation sei jetzt so, daß nach seinen Nachrichten die Franzosen und Italiener die Besetzung n i c h t übernehmen wollten. Es bleibe also nichts übrig als Rußland und England. Auf meine Frage, wie sich voraussichtlich die hiesige öffentliche Meinung zu der in seiner Note eventuell in Aussicht genommenen ausschließlichen Besetzung durch Rußland stellen würde, erwiderte der Minister zunächst, daß dies, wie er glaube, hier auf keinen besonderen Widerspruch stoßen würde. Er fügte aber dann hinzu, er glaube nicht, daß Rußland sich zu einer militärischen Besetzung verstehen werde, weder allein noch im Verein mit England, und es werde letzterem dann nichts anderes übrigbleiben, als die Aufgabe selbst zu übernehmen.

Als ich den Minister nochmals auf die nach den heutigen Zeitungen sehr naheliegende Gefahr eines Konflikts an der türkisch-griechischen Grenze aufmerksam machte und daran die Frage knüpfte, was nach seiner Meinung dann noch geschehen könne, schwieg er einen Augenblick und sagte dann: „Dann werden wir voraussichtlich Zuschauer bleiben.“

Der französische Botschafter hat heute nachmittag eine sehr lange Unterredung mit Lord Salisbury gehabt und, wie mir letzterer selbst erzählte, die Ansicht vertreten, daß es völlig genüge, wenn einige der Mächte noch einige Mannschaften expedierten, welche wie bis jetzt in den Küstenstädten blieben, und daß weitergehende Maßregeln überhaupt überflüssig seien. Baron de Courcel hat, wie es scheint, auch die Frage angeregt, weshalb der Premierminister nicht auch die Alternative Rußland-Frankreich vorgeschlagen habe, und Lord Salisbury will ihm, wie er mir vertraulich sagte, hierauf erwidert haben, daß doch etwas zu wenig Unterschied zwischen den beiden sein würde.

Lord Salisbury nimmt an, daß er in etwa drei Tagen eine Antwort aus St. Petersburg erhalten werde.

Meines Erachtens würde es sich jetzt dringend empfehlen, daß wir und Österreich in St. Petersburg nach Kräften darauf hinwirken, daß Rußland sich entschließt, die Besetzung Kretas entweder selbst zu übernehmen oder, wenn es dagegen unüberwindliche Bedenken hat, die gemeinschaftliche Besetzung mit England zu akzeptieren. Graf Murawiew wird für die Erwägung gewisses Verständnis haben, daß es dem russischen Interesse nicht entspricht, wenn Kreta den Engländern

in die Hände fällt, welche schwerlich der Versuchung widerstehen würden, sich dort einen neuen und starken Stützpunkt für künftige Eventualitäten im Mittelmeer zu schaffen.

Hatzfeldt

Nr. 3193

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 London, den 18. März 1897

Im Anschluß an Telegramm Nr. 69*.

In einer längeren vertraulichen Unterhaltung, die ich eben mit dem russischen Botschafter** hatte, sprach derselbe sich zunächst dahin aus, daß man nach seinem Gefühl in St. Petersburg schwerlich darauf eingehen würde, Kreta in Gemeinschaft mit England oder auch allein militärisch zu besetzen. Vielleicht werde man nicht von vornherein entschieden ablehnen und höfliche Redensarten machen, an eine Zustimmung seiner Regierung glaube er aber vorläufig nicht.

Als ich darauf aufmerksam machte, daß nach dem englischen Vorschlag im Fall der russischen Ablehnung dann die Eventualität eintreten würde, daß England sich zur militärischen Okkupation allein bereit erkläre, erwiderte mir mein russischer Kollege mit großer Bestimmtheit, daß Rußland dies unter keinen Umständen zugeben könne und seine Ansicht hierüber wahrscheinlich unverblümt aussprechen werde.

Ich erwiderte dem russischen Botschafter, daß ich meinerseits noch ganz ohne Instruktion aus Berlin sei und daher nur meine persönliche Ansicht aussprechen könne. Diese gehe dahin, daß, wenn Rußland nicht nur die gemeinschaftliche Besetzung mit England, sondern auch die Besetzung allein ablehne, kein Mittel mehr übrig bleibe, die Griechen zum Rückzug zu nötigen und einer Krisis im Orient vorzubeugen, deren Vermeidung dem Interesse von ganz Europa entspreche. Herr von Staal stimmte mir hierin vollständig zu und meinte dann, daß man sich in St. Petersburg vielleicht eher zur Besetzung entschließen würde, wenn man sicher wäre, daß man dabei auf die Zustimmung aller Mächte rechnen könnte. Auf meine Frage, was er sich dabei denke, da wir und Österreich wohl zustimmen würden und England die ausschließliche Besetzung der Insel durch Rußland selbst als Alternative vorgeschlagen habe, erwiderte der Botschafter, daß es für Rußland nach seiner Meinung von besonderer Wichtigkeit sein würde, auch darüber informiert zu sein, daß Frankreich gegen die russische Besetzung kein Bedenken haben würde. Als

* Siehe Nr. 3192.

** Baron von Staal.

ich eine gewisse Verwunderung zeigte, daß er an der Zustimmung der mit Rußland befreundeten französischen Regierung zweifele, erwiderte mein russischer Kollege, daß es der russischen Regierung vielleicht nicht erwünscht sein würde, deshalb in Paris anzufragen, und daß die Aufgabe, einen Entschluß bezüglich der Besetzung zu fassen, der russischen Regierung vielleicht erleichtert werden würde, wenn die anderen Mächte in Paris auf die Zustimmung Frankreichs hinwirken wollten.

Diese Äußerung des russischen Botschafters scheint mir insofern sehr bemerkenswert, als sie erkennen läßt, daß schon heute kein Einverständnis mehr zwischen Rußland und Frankreich in bezug auf den Orient besteht, umsomehr möchte ich es aber für dringend angezeigt halten, daß wir und Österreich in Paris auf die Zustimmung Frankreichs zur militärischen Besetzung Kretas durch Rußland hinwirken.

Der österreichische Botschafter, welchen ich eben gesehen habe, sprach mir vertraulich die Überzeugung aus, daß Österreich die gemeinschaftliche Besetzung durch England und Rußland am liebsten sehen, aber auch jeder anderen Kombination, also auch der militärischen Besetzung durch Rußland allein zustimmen würde. Hiernach darf angenommen werden, daß Graf Goluchowski sich dazu verstehen würde, mit uns in Paris auf die Zustimmung Frankreichs hinzuwirken.

Der russische Botschafter ist telegraphisch angewiesen worden, hier nochmals auf die Blockade von Volo hinzuwirken. Diese Schwierigkeit ist aber insofern schon erledigt, als Lord Salisbury gestern dem russischen und österreichischen Botschafter erklärt hat, daß er, wenn eine Einigung der Mächte auf Grund seiner letzten Vorschläge zustandekomme, nichts dagegen haben würde, daß der Piräus durch englische Schiffe und Volo durch die Schiffe anderer Mächte gleichzeitig blockiert würde.

Nach einer heute dem österreichischen Botschafter zugegangenen telegraphischen Meldung des Freiherrn von Calice stehen heute 80 000 Mann Türken an der griechischen Grenze, und die türkische Aufstellung wird in etwa zwölf Tagen vollendet sein. Hatzfeldt

Nr. 3194

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 122 Berlin, den 18. März 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 70*.

Wir haben nach Eingang der letzten englischen Mitteilung zunächst in Wien angefragt, wie man sich dort stelle; die englischen

* Siehe Nr. 3193.

Vorschläge, soweit sie die Okkupation von Kreta durch zwei Mächte oder durch eine einzelne Macht behandeln, würden von unserm Standpunkte aus alle ohne Ausnahme annehmbar sein. Wir würden aber zunächst abwarten, wie das befreundete Wiener Kabinett die Sache ansehe. Gleichzeitig haben wir darauf hingewiesen, daß Österreich, wenn es sich etwa dazu hergebe, den Gedanken einer Besetzung von Kreta durch Rußland zurückzuweisen, damit vielleicht schon einen Hauptzweck des englischen Vorschlags erfüllen werde.

Eine Antwort ist aus Wien bisher nicht eingegangen. Wir müssen uns daher, wie das auch in dem Ew. pp. unter Nr. 121 mitgeteilten Telegramm nach Petersburg* am Schluß geschehen ist, vorläufig in allgemeinen Redewendungen bewegen. Ich halte jedoch die in Telegramm Nr. 70 wiedergegebene Auffassung Ew. pp. für durchaus zutreffend und bitte daher, daß Sie auf den österreichischen Botschafter energisch einwirken, um durch ihn das Wiener Kabinett zu bestimmen, daß es sich in Paris für die Zulässigkeit der ausschließlich russischen Okkupation ausspricht. Von hier aus wird das gleiche geschehen, sobald wir wissen, daß Wien sich in diesem Sinne entschieden hat. Frankreich wird seine Zustimmung kaum versagen können, wenn Deutschland und Österreich zusammengehen, aber allerdings gibt es Anzeichen, welche dafür sprechen, daß Frankreich am liebsten die Okkupation durch alle Mächte auf die Tagesordnung setzen würde, und daß Graf Murawiew auf diesen gänzlich unpraktischen Gedanken infolge einer Anregung von Paris aus zurückgekommen ist. Frankreich verfolgt dabei das Ziel, irgendeinen modus procedendi vorzuschlagen, bei welchem Deutschlands überaus lästige Begleitung endlich wegfällt. Durch eine Äußerung des Kaisers zum italienischen Botschafter, welche über Rom sofort nach Paris telegraphiert wurde, haben die anderen Kabinette erfahren, daß Deutschland, sobald es sich um Sendung von Landtruppen nach Kreta handelt, mit den übrigen Mächten nicht gleichen Schritt halten kann oder will. Diese Äußerung war dann auch sofort von Paris nach Petersburg telegraphiert worden mit dem Zusatz, daß das europäische Konzert Gefahr laufe, an dieser Frage zu scheitern. Hiernach ist der Grund klar erkennbar, weshalb Frankreich gerade an diesem unbrauchbaren Projekt festhält, welches allerdings von Paris aus betrachtet den doppelten Vorteil hat, Deutschlands fernere Beteiligung an der Aktion auszuschließen und die unwillkommene Eventualität der ausschließlich russischen Okkupation zu beseitigen. Ich stelle anheim, ob und wie weit Ew. glauben, das Vorstehende auch beim russischen Botschafter verwerten zu können.

Marschall

---

* Identisch mit Nr. 3191.

Nr. 3195

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats
Mumm von Schwarzenstein

Nr. 123 Berlin, den 19. März 1897

Die Hauptpunkte der eben eingehenden österreichischen Erwiderung auf die jüngst von hier angeregte Besprechung des letzten englischen Vorschlags lauten:

Eine Besetzung Kretas durch Frankreich und Italien wäre dem Wiener Kabinett sympathisch gewesen. Nachdem dieser Gedanke an dem Widerstande Frankreichs gescheitert sei, bleibe das Projekt einer englisch-russischen Okkupation übrig. England sei dazu bereit, und Rußland werde seine Zustimmung kaum versagen können, da ja von ihm der Gedanke einer Pazifikation zu Zweien ausgegangen sei.

Der Gedanke der ausschließlich russischen Okkupation, dessen Vorzüge von hier aus betont worden waren, bleibt unerwähnt. Von hier aus werden wir diesen Punkt zunächst nicht von neuem in Wien anregen, was jedoch nicht ausschließt, daß Ew. je nach Ihrem Ermessen die Frage mit dem österreichischen Botschafter weiter erörtern.

Es würde noch übrig bleiben zu erwägen, ob Lord Salisbury auf Zureden sich vielleicht zu einer russisch-französischen Okkupation verstehen würde. Für uns würde natürlich die russisch-englische durchaus annehmbar sein, ob aber für Rußland, das werden Ew. vielleicht durch Herrn von Staal erfahren.

Schließlich will ich noch erwähnen, daß in der österreichischen Mitteilung gesagt ist, Österreich werde eine Pazifikation Kretas durch alle Mächte mit gleichen Kräften nicht mitmachen, werde vielmehr über die ursprünglich von den Admiralen vorgeschlagene Sendung von 600 Mann keinesfalls hinausgehen. Infolge dieser Erklärung bleibt die Okkupation durch eine Macht oder durch zwei Mächte als einziges praktisches Hülfsmittel bestehen. Marschall

Nr. 3196

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 71 London, den 19. März 1897

Vorläufig zu Telegramm Nr. 122*.

Ich werde natürlich beim Österreicher nichts unversucht lassen, habe aber im ganzen wenig Hoffnung auf günstige Entscheidung in

* Siehe Nr. 3194.

St. Petersburg. Rothschild sagt mir auch eben, daß nach seinen Nachrichten Graf Murawiew bereits abgelehnt habe. Ist dies richtig, oder kommt es dazu, so dürfen wir meines Erachtens auch deshalb noch nicht die Flinte ins Korn werfen, wenn es sich darum handelt, einen europäischen Krieg abzuwenden. Dazu kann es aber leicht kommen, wenn Rußland nicht nur die eigene Aktion versagt, sondern auch der nach dem englischen Vorschlag allein übrig bleibenden ausschließlich englischen Aktion sein Veto entgegensetzt. Es bleibt dann tatsächlich, so unerwünscht dies wäre, nichts anderes übrig, als auf eine gemeinsame, aber materiell wesentlich verstärkte Besetzung der Insel zurückzugreifen, und zwar so, daß wir und Österreich uns auf die angebotenen 600 Mann beschränken, Frankreich und Italien ebenfalls ihren Teil beitragen, England und Rußland aber ersucht werden, zu gleichen Teilen gutzumachen, was an den erforderlichen 10000 Mann fehlt. Rußland würde dies vielleicht akzeptieren, und ich hoffe — garantieren kann ich es bei den unglaublichen Zuständen im hiesigen Kabinett nicht —, daß man hier auch darauf eingeht und, was die Hauptsache ist, an der Blockade des Piräus festhalten würde.

Ich behalte diesen Gedanken natürlich ganz für mich pour ne pas faire le jeu de la France, möchte aber doch anheimstellen, ihn schon jetzt in Erwägung zu nehmen.

Die Komödie von Graf Murawiew, welcher hier gestern erklärt, daß er Volo annimmt, nachdem er durch den englischen Vorschlag längst weiß, daß dies hier ausdrücklich zurückgezogen und durch den Piräus ersetzt ist, erscheint recht sonderbar und ist kein Zeichen besonderer Aufrichtigkeit.

Hatzfeldt

Nr. 3197

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 London, den 19. März 1897

Ich fand den Premierminister auffallend mißgestimmt, und auf meine Frage nach dem Grunde erwiderte er mir, daß alles schlecht gehe. Graf Murawiew habe ihm gestern abend sagen lassen, daß er den Vorschlag, entweder mit England zusammen oder allein Kreta zu besetzen, nicht annehmen könne und überhaupt dagegen sei, daß eine oder zwei Mächte zu diesem Zweck ein Mandat von Europa erhielten. Lord Salisbury bemerkte hierzu, daß er jetzt keinen Ausweg mehr sehe, wenn man nicht, auf den ebenfalls von Rußland gemachten Vorschlag einer internationalen Okkupation, aber unter gleichzeitiger Verstärkung der dafür bestimmten einzelnen Kontingente, zurückzugreifen, als Basis für eine Verständigung betrachten wolle. Er

sehe aber noch nicht, wie selbst dies praktisch ausführbar wäre, da wir und Österreich über sechshundert Mann nicht hinausgehen wollten und noch nicht einmal feststehe, mit wieviel Truppen Frankreich und Italien sich beteiligen würden.

Auf meine Frage, wie er sich zu einer solchen Kombination stellen würde, antwortete der Minister, er glaube, daß man hier darauf eingehen könnte, aber immer unter der Voraussetzung, daß England sich nur an der Blockade des Piräus beteiligen, der Blockade von Volo durch andere Schiffe aber nicht entgegen sein würde.

Als ich schließlich die Frage stellte, ob er eventuell, falls, was ich natürlich nicht wüßte, auch andere Mächte diesen Vorschlag unterstützten, ihn ohne Rückfrage bei seinen Kollegen amtlich annehmen oder vorher noch eine Entscheidung des Kabinetts darüber einholen würde, erwiderte Lord Salisbury, daß morgen früh ein Ministerkonseil stattfinde, und daß er diese Gelegenheit benutzen werde, um sich der Auffassung seiner Kollegen für alle Fälle zu versichern.

Hatzfeldt

Nr. 3198

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 St. Petersburg, den 19. März 1897

Telegramme Nr. 104 und 106* vorschriftsmäßig verwertet.

Graf Murawiew nahm Akt von unserer Ablehnung, mehr als 600 Mann nach Kreta zu entsenden. Er bemerkte, diese Frage, in der übrigens Österreich die gleiche Haltung einnehme wie wir, erscheine ihm im Augenblick weniger wichtig als diejenige, Unruhen an der griechisch-türkischen Grenze vorzubeugen. England, von dem der Gedanke ausgegangen, Volo zu blockieren, weigere sich unter nichtigen Vorwänden jetzt, nachdem dieser Vorschlag von Rußland und den anderen Mächten angenommen worden sei, an der Ausführung desselben teilzunehmen.

Die Bereitwilligkeit Englands, einer Okkupation Kretas durch zwei Mächte zuzustimmen, sei in einem Augenblick erfolgt, als England wissen mußte, daß eine solche nicht mehr durchführbar sei. Frankreichs Ablehnung mußte in London bekannt sein, Deutschland und Österreich ständen außer Betracht, es bliebe also nur eine gemeinsame Okkupation durch England und Rußland übrig. Daß Rußland einer solchen bei der Ungleichheit der beiderseitigen Operationsbasen (England mit Malta und Zypern in nächster Nähe, während Rußland

---

* Siehe Nr. 3188 und Nr. 3191.

die Erlaubnis der Durchfahrt durch die Meerengen vom Sultan für jedes Schiff erbitten müsse) nicht zustimmen werde, habe man in England wohl voraussehen müssen. Somit bliebe schließlich nur die Besetzung Kretas durch 10000 Mann englischer Truppen übrig, und wenn England die Blockade von Volo jetzt von der vorherigen Pazifizierung und Besetzung der Insel abhängig mache, so könne man den Gedanken nicht von der Hand weisen, daß England die einseitige Besetzung als Ziel im Auge habe. Eine solche aber sei seiner Ansicht nach „inadmissible".

Rußland seinerseits werde, obwohl er des Kaisers Meinung hierüber noch nicht eingeholt, schwerlich sich entschließen, allein Kreta zu pazifizieren.

Ohne England die Blockade von Volo durchzuführen, würde aber kaum möglich sein, weil in diesem Fall auch von Kontinentalmächten einige abschwenken würden.

Ein griechisch-türkischer Krieg sei, falls Volo nicht blockiert wird, wahrscheinlich und dessen Folgen nicht zu übersehen. Er habe in Anbetracht des Ernstes der Sachlage an Herrn von Staal telegraphiert, eindringlich dem englischen Kabinett vorzustellen, welche Verantwortung es durch seine Haltung auf sich lade, und er habe heute früh auch Herrn O'Conor gleich ernste Vorstellungen gemacht. Antwort aus London sei noch nicht eingetroffen, und er hoffe noch immer, daß Lord Salisbury sich in letzter Stunde besinnen werde.

Graf Murawiew war sichtlich in gedrückter Stimmung, und es entfuhr ihm im Laufe des Gesprächs, als ich ihn wiederholt im Sinne des Schlußsatzes Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 104* darauf hinwies, daß man der englischen Diplomatie den Triumph nicht lassen sollte, das europäische Konzert und damit den Frieden zu zerstören, die Bemerkung: diesen Triumph würde England wohl feiern „pourvu qu'elle n'en aura pas d'autres".

Tschirschky

Nr. 3199

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 107 Berlin, den 20. März 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 82**.

Graf Murawiew wird bereits durch den russischen Botschafter in Wien erfahren haben, daß man sich dort von dem Plane der Pazifizierung Kretas durch Truppen aller Großmächte ein günstiges Er-

---

* Siehe Nr. 3188.
** Siehe Nr. 3198.

gebnis nicht verspricht. Es war dies auch von Anfang an die eigenste Ansicht unseres allergnädigsten Herrn, welcher deshalb dem Gedanken der Sendung von 600 Landsoldaten nach Kreta stets mißtrauisch gegenüberstand. Nachdem nun aber von allen Seiten, auch von russischer wie von englischer, völle Übereinstimmung bekundet ist hinsichtlich der Überzeugung, daß jene 600 Mann immer nur den geringeren Teil des Kontingents bilden würden, welches Deutschland bei fortgesetzt gleicher Beteiligung aller Mächte für die Pazifikation von Kreta zu leisten hätte, hat Seine Majestät der Kaiser gestern beim Vortrage des Kommandierenden Admirals seine endgültige Entscheidung dahin getroffen, daß jene 600 Mann nicht geschickt werden sollen. In diesem Falle eine Umstimmung der allerhöchsten Willensmeinung zu versuchen, würde um so schwieriger sein, da letztere die Logik der Verhältnisse für sich hat. Denn als wirksames Kampfmittel sind jene 600 Mann ungenügend, als sichtbarer Beweis aber und Demonstration für die fortdauernde Solidarität Deutschlands mit der Aktion der übrigen Mächte sind sie überflüssig; für letzteren Zweck sind 50 oder selbst 15 Matrosen, welche die auf Kreta gehißte deutsche Flagge bewachen, vollkommen ausreichend. Überdies würde selbst nach Sendung der 600 Mann für diejenigen Mächte, welche vielleicht glauben, ihre Sonderzwecke nach Sprengung des europäischen Konzerts leichter erreichen zu können, ein genügender Vorwand zum Abspringen immer noch durch die Tatsache geboten sein, daß außer Deutschland auch Österreich die Forderung etwaiger späterer Nachschübe von vornherein ablehnt.

Unter diesen Umständen erscheint die Eventualität der Pazifikation Kretas durch eine Macht oder durch zwei Mächte als die aussichtsvollere. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers glaubt die Initiative positiver Vorschläge den näher interessierten Kabinetten überlassen zu sollen; sie ist jedoch gern erbötig, solche Kombinationen, welche der russischen Regierung als annehmbar erscheinen, tunlichst durch Sondierung oder Unterstützung zu fördern.

Ew. pp. wollen das Vorstehende dem Grafen Murawiew inhaltlich mitteilen oder umgestellt vorlesen.

C. Hohenlohe

Nr. 3200

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat und ganz vertraulich — Berlin, den 20. März 1897

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Petersburg* hat vom französischen Botschafter erfahren, daß Graf Murawiew die Ermächtigung

* von Tschirschky.

vom Kaiser nachsuchen will für eine Zirkularnote, deren Hauptpunkt der Vorschlag sein würde, daß die vier von England bezeichneten Mächte Rußland, England, Frankreich, Italien Kreta gemeinsam besetzen.

Ich sehe kein Bedenken. Wie denken Sie? Die Vorbedingung für die griechische Blockade wäre damit erfüllt. Höchstens könnte Österreich empfindlich sein, aber daran würde die Sache nicht scheitern, denn Kaiser Franz Joseph hat bereits erklärt, daß von den 600 Soldaten, die nach Kreta bestimmt sind, nicht ein Mann für die Pazifikation oder überhaupt im Innern verwandt werden soll.

Holstein

Nr. 3201

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 47 Wien, den 20. März 1897

Das letzte Zögern Rußlands, zu einer Aktion zu schreiten, veranlaßte den Grafen Goluchowski zu folgenden Äußerungen: „Ich bin auf die ersten Vorschläge Rußlands sofort eingegangen und habe damit dokumentiert, daß ich gegen die Übernahme der Führerschaft Rußlands nichts einzuwenden hatte. Ich erwartete nach der von Graf Murawiew eingenommenen Haltung die schnelle und energische Aktion, welche zur Lösung der Schwierigkeiten notwendig war, und die sich logisch an die einzig richtige Anregung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers angereiht hätte. Statt dessen versinkt alles ins Schweigen, und es taucht nach dem inzwischen von England gemachten Vorschlag der russische Gedanke auf, allen Mächten zugleich das Mandat zur Pazifikation Kretas zu übergeben. Dieses Aufgreifen eines längst erwogenen und total unmöglichen, unpraktischen Gedankens ist mir unverständlich. Was soll er bezwecken? Der Schluß wird sein, daß alles in Versumpfung gerät und das Konzert der Mächte sich unsterblich blamiert. Ich bin der Ansicht, daß Rußland, wenn es die Führung übernahm, die Verpflichtung hat, für die Pazifikation in einer möglichen Form zu sorgen. Österreich nimmt nicht an einer solchen Pazifikation teil, Deutschland auch nicht. Im Notfall muß daher Rußland allein das Werk übernehmen, wenn sich keine andere Kombination findet, der ich blindlings zustimmen würde. Das Logische wäre, wenn Rußland mit England die Sache übernähme, denn beide sind jetzt zu den leitenden Faktoren geworden. Tritt aber England zurück, so obliegt unzweifelhaft Rußland die Verpflichtung, selbst und allein zu der Pazifikation zu schreiten. Wer die Führung übernimmt, hat die Verpflichtung, in einer so heikeln Frage die gemachten

Vorschläge durchzuführen. Auf einen ernsten Widerstand ist bei dem allgemeinen Wunsch, den Frieden zu halten, nicht zu rechnen."

Ich erwiderte dem Grafen, daß, was uns logisch schiene, noch nicht brauche russische Logik zu sein. Was gedächte Österreich zu tun, wenn Rußland nicht die Konsequenzen seiner Führerschaft zöge?

Graf Goluchowski zuckte mit den Achseln. „Gar nichts." sagte er, „Mir soll es schließlich einerlei sein, was da unten geschieht. Wir begeben uns unter keinen Umständen in irgendeine Lage, die mehr ist, als Schiffe hinzusenden und die von allen Mächten zugestandenen 600 Mann zur Besetzung der kretischen Hafenplätze zu liefern. Mögen sich die mehr als wir interessierten Mächte verständigen, wie sie wollen. Mir ist es einerlei. Man hat getan, was man kann. Ich sehe schon Kreta an Griechenland fallen und mit der Blamage Europas den Übermut aller kleinen Kläffer der Erde wachsen. Mag Rußland dafür die Verantwortung übernehmen!"

Merkwürdigerweise stimmt diese gelangweilte Sprache genau mit derjenigen meines russischen Kollegen* überein. Er sagte: „Die Politik Murawiews ist keine Politik. Der Kaiser will selbst führen, und Murawiew laviert einerseits mit diesen Wünschen, andererseits hat er weder Fähigkeiten noch Kraft, Vorschläge zu machen, die der Kaiser annimmt. So bleibt alles stehen! Wir gehen einer großen Blamage entgegen, und wenn der Sultan schon früher beabsichtigte, die neuen Reformen nicht einzuführen, so ist er jetzt angesichts der Haltung der Großmächte fest entschlossen, nichts zu tun. Er hat ja auch vollkommen recht."

P. Eulenburg

Nr. 3202

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 127 Berlin, den 21. März 1897

Russisches Zirkular eben hier übergeben.

Vorschläge:

Energische Blockade von Kreta.

Blockade von Volo, eventuell mit gleichzeitiger Mahnung an die Türkei, Frieden zu halten.

Falls England durchaus nichts mit Blockade von Volo zu tun haben will, meint Graf Murawiew, daß die fünf Kontinentalmächte dieselbe würden unternehmen können.

---

* Graf Kapnist.

Pazifikation Kretas könnte allmählich besorgt werden. Es würde nicht nötig sein, daß hierbei alle Mächte gleichzeitig mitwirken. Wenn jetzige Land- und Seestreitkräfte nicht genügen sollten, könnten drei oder vier Mächte mit Zustimmung der übrigen ihre Streitkräfte verstärken. Dagegen erachtet Rußland für unzulässig, daß eine einzelne, allzu direkt interessierte Macht mit der Okkupation der Insel beauftragt werde. —

Soweit das Zirkular.

Frankreich wird sich ungern von England trennen, Italien gar nicht. Es könnte sich also nur um eine Blockade à quatre handeln. Allerdings wäre diese Aussicht ein gutes Mittel, um die Engländer vorwärts zu drängen. Es würde mich aber wundern, wenn Baron Courcel für die Blockade ohne England zu gewinnen wäre.

Eher praktisch durchführbar erscheint der Vorschlag, die Pazifikation in der Art herbeizuführen, daß die nötigen Nachschübe zu Wasser und zu Land von drei bis vier Mächten geleistet werden.

Ist das einmal vereinbart, und blockiert dann England den Piräus mit, so wird die Blockade von Volo durch die andern Mächte doch zu erreichen sein.

An den hiesigen russischen Botschafter ist ein Wink gegeben worden, daß es besser sein würde, ein paar Tage auf Lord Salisburys Wiederherstellung zu warten. Stelle anheim, in gleichem Sinn mit Herrn von Staal zu sprechen, der übrigens nicht Vertrauensperson beim Grafen Murawiew sein soll. Letzterer scheint besonders nervös wegen Beschleunigung der Blockade von Volo.

Marschall

Nr. 3203

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 131 Berlin, den 24. März 1897

Der englische Botschafter überreichte heute Mitteilung folgenden Inhaltes:

„Um die Erhaltung des Friedens an der mazedonischen Grenze zu wahren, wird Admiral Harris den Befehl erhalten, sich an einer Blockade der griechischen Küste zu beteiligen, falls die Admirale eine solche beschließen. Bei Durchführung dieser Maßnahme wird jedoch die Blockade von Volo nicht durch unsere Schiffe, sondern durch diejenigen der Kontinentalmächte ausgeübt werden. Gleichzeitig wird Großbritannien sich mit den Großmächten vereinigen, um die Zurückziehung der griechischen wie der türkischen Streitkräfte auf eine

geeignete Entfernung (convenient distance) von der Grenze zu verlangen. Großbritannien seinerseits wird (außerdem) der Pforte mitteilen, daß es die Überschreitung der Grenze durch türkische Streitkräfte als einen feindlichen Akt ansehen wird.“

Ich bemerkte Sir Frank Lascelles, daß ich nach dem Wortlaute dieses Telegrammes den Unterschied zwischen diesem und dem früheren englischen Vorschlag in folgenden zwei Punkten erblickte:

Einmal, daß die Blockade der griechischen Häfen nicht mehr davon abhängig sein soll, daß Griechenland zuvor auf die Aufforderung, sich von der Grenze zurückzuziehen, eine ablehnende Antwort erteilt habe, sondern daß die Blockade sofort ins Leben tritt, und daß gleichzeitig hiermit die Mächte an Griechenland und die Türkei die Aufforderung zur Entfernung der beiderseitigen Truppen von der Grenze richten;

zweitens darin, daß der englische Admiral beauftragt ist, nach Maßgabe des Beschlusses der anderen kommandierenden Offiziere an der Blockade der griechischen Küste teilzunehmen (to concur), wobei nur die Blockade von Volo den Schiffen der Kontinentalmächte allein anheimfallen würde.

In der Voraussetzung, daß hiermit der Inhalt des englischen Vorschlags richtig interpretiert ist, und daß namentlich die Aufforderung an Griechenland und die Türkei nicht früher als die effektive Erklärung der Blockade erfolgen soll, werden wir kein Bedenken haben, die Annahme des Vorschlages zu empfehlen, da unser Bedenken gegen den früheren englischen Vorschlag gerade darin bestand, daß die Ausführung der Blockade von einer ablehnenden Antwort Griechenlands auf eine weitere Aufforderung abhängig gemacht wurde.

Marschall

Nr. 3204

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 London, den 24. März 1897

Der russische Botschafter hat nach seinen Äußerungen den Eindruck, daß das im gestrigen Ministerrat beschlossene und in Berlin wohl schon bekannte Zirkular an die englischen Botschafter* auf den Wunsch der englischen Regierung schließen lasse, zu einer Verständigung zu gelangen.

In bezug auf den Punkt des Zirkulars, welcher Ausdehnung der Blockade auf griechische Häfen von Verständigung der Admirale über Notwendigkeit derselben abhängig macht, hat der Unterstaatssekretär eben dem österreichischen Botschafter gesagt, daß englische Schiffe,

* Vgl. Nr. 3203.

falls die Admirale sich dafür aussprächen, sich an Blockade griechischer Häfen beteiligen würden, mit Ausnahme von Volo, welches durch Schiffe anderer Nationen blockiert werden könnte. Auf die Frage des österreichischen Botschafters, wie es dann mit dem Piräus stehe, hat Sir Th. Sanderson erwidert, er habe diesen Punkt ausdrücklich bei Lord Salisbury zur Sprache gebracht und von ihm die Antwort erhalten, daß er auch darauf eingehen würde, wenn die Mächte es verlangten.

Bezüglich der auch in diesem Zirkular beibehaltenen Aufforderung an beide Teile, ihre Truppen auf eine geeignete Entfernung von der Grenze zurückzuziehen, versichert mir Herr von Staal, daß dieser Punkt in St. Petersburg wohl kaum auf eine ernste Schwierigkeit stoßen werde. Graf Murawiew habe sich schon vor dem letzten Zirkular gegen den englischen Botschafter dahin geäußert, daß die Zurückziehung von je 50 Meilen zu weit gehe, und daß 10 Meilen für jeden genügen würden. Hiermit habe man sich hier bereits einverstanden erklärt. Gegen den dritten Punkt (Erklärung in Konstantinopel durch die englische Regierung allein, daß sie die Überschreitung der Grenze durch die Türken als acte d'hostilité betrachten würde) scheint der russische und österreichische Botschafter kein Bedenken zu haben.

Hier wünscht man, wie bereits gemeldet, noch immer dringend die Ernennung eines provisorischen Generalgouverneurs*. Sir Th. Sanderson hat persönlich angeregt, ob man nicht, um Zeit zu gewinnen, einen der vor Kreta stationierten Admirale, etwa den Doyen derselben, dazu ernennen wolle. Der Doyen ist bekanntlich der italienische Admiral.

Es scheint festzustehen, daß Lord Salisbury morgen nach der Riviera abreist, ohne die Botschafter vorher zu sehen und ohne einen anderen Vertreter als den Unterstaatssekretär zu bestellen, welcher wie gewöhnlich nur etwaige Mitteilungen zur Weiterbeförderung an ihn entgegennehmen wird. Die weitere Tätigkeit der hiesigen Botschafter ist damit so gut wie lahmgelegt.

Hatzfeldt

Nr. 3205

Der Geschäftsträger in Paris von Müller an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 Paris, den 25. März 1897

Graf Wolkenstein hat bei seinem gestrigen Besuch im Ministerium, wie er mir heute vertraulich sagte, vorher Herrn Hanotaux

* Vgl. die englische Zirkulardepesche vom 27. März. „Das Staatsarchiv" Bd. 62, S. 159.

sehr erregt gefunden und führt dies auf die vorangegangene lange Unterredung mit dem englischen Botschafter zurück. Sir Edmund Monson hatte dem Minister die in Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 85* enthaltenen Mitteilungen gemacht. Herr Hanotaux sieht in der Absicht Großbritanniens, gegebenenfalls „der Pforte außerdem zu erklären, daß es die Überschreitung der Grenze durch die türkischen Streitkräfte als einen feindlichen Akt ansehen werde“**, das traditionelle Bestreben dieser Großmacht, unter Benutzung des günstigsten Moments sich von einer gemeinsamen Aktion zurückzuziehen, um persönliche Politik zu treiben. Der Minister äußerte dem Grafen Wolkenstein gegenüber in Verbindung damit geradezu: „C'est la fin du concert européen!“

In der kurzen Unterredung, die ich zu Ende seines Empfangs mit dem Minister hatte, kam dessen pessimistische Auffassung der Lage nicht zum Ausdruck.

von Müller

Nr. 3206

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 135 Berlin, den 26. März 1897

Der letzte Vorschlag von Lord Salisbury hat in Petersburg und in Paris eine ungünstige Aufnahme gefunden. Daß immer im letzten Augenblick vor einer Aktion England mit neuen Bedenken und Bedingungen kommt, wird an beiden Orten aufgefaßt als ein Bestreben, jede Aktion zu hindern. Herr Hanotaux äußerte zum Grafen Wolkenstein: „C'est la fin du concert européen.“*** Graf Murawiew stieß sich an dem Ausdruck „Blockade griechischer Küste“. Auf Befragen erklärte der englische Botschafter: „Qu'il n'y comprenait rien.“ Insbesondere wisse er nicht, ob und welche griechischen Häfen gemeint seien. Von der Blockade des Piräus und der Häfen enthalte die Depesche Lord Salisburys nichts.

Auf diese Erklärung hat Graf Murawiew zur Mitteilung nach London geantwortet, Rußland sehe sich nicht veranlaßt, auf eine so vage Proposition überhaupt eine Antwort zu geben. Er ersuche das englische Kabinett, zunächst seinen Vorschlag zu präzisieren, sich hierauf der Zustimmung aller übrigen Mächte zu versichern und dann

---

* Telegramm Nr. 85 vom 24. März 1897 übermittelte Nr. 3203 nach Paris.
** Vgl. Nr. 3203.
*** Vgl. Nr. 3205.

das Projekt dem russischen Kabinett zu unterbreiten, welches dasselbe alsdann seinerseits prüfen werde. England werde Rußland wie bisher stets bereit finden, wirklich ausführbaren praktischen Maßnahmen zuzustimmen.

Graf Murawiew ist besonders darüber gereizt, daß infolge der englischen Verzögerung die Griechen alle ihre Nachschübe haben über Volo heranbringen können.

Durch das vielleicht übertriebene Mißtrauen gegen England, welches sich in Rußland und Frankreich zeigt, wird ein günstiges Endresultat erschwert. Zunächst dürfte jetzt wohl das Ergebnis der Unterredung zwischen Salisbury und Hanotaux* abzuwarten sein.

Marschall

Nr. 3207

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 27. März 1897

Der russische Botschafter übergab mir heute die anliegende Abschrift eines Telegramms des Grafen Murawiew vom gestrigen Tage**. Sodann las er mir eine Zirkulardepesche des Grafen Murawiew vor, die heute morgen hier eingegangen war. Der Inhalt derselben ist folgender:

Das europäische Konzert habe sich kundgegeben durch die Blockade von Kreta, welche zur Folge gehabt, daß die griechischen Schiffe von der kretischen Küste entfernt worden und gewisse Indizien für einen definitiven Verzicht Griechenlands auf den Gedanken einer willkürlichen Annexion Kretas zutage getreten seien.

Graf Murawiew gibt sich der Hoffnung hin, daß der Rückzug der Truppen des Oberst Vassos demnächst vor sich gehen, und daß dann eine wohltätige détente eintreten werde. Die Zögerung verschiedener Mächte, an der Blockade griechischer Häfen teilzunehmen, habe zur Folge gehabt, daß jetzt eine Blockade von Volo verspätet erscheine. Nachdem die griechischen Truppen sich an der thessalischen Grenze versammelt hätten, werde eine Blockade des letztgenannten Hafens sogar den gegenteiligen Effekt haben, indem dadurch den Truppen die Lebensmittel abgeschnitten und sie dadurch gezwungen würden, durch Überschreiten der Grenze sich an anderer Stelle zu verproviantieren. Dazu komme, daß England sich fortdauernd

---

* Am 26. März hatte Lord Salisbury in Paris eine Zusammenkunft mit Hanotaux.
** Siehe Anlage.

weigere, an der Blockade von Volo teilzunehmen, und daß Deutschland, welches von Anfang an entschieden für die Blockade griechischer Häfen eingetreten sei, nur ein Schiff zur Verfügung habe. Dem Gedanken, die Türkei und Griechenland aufzufordern, ihre Truppen von der Grenze zurückzuziehen, stehe die russische Regierung nicht entgegen, erwarte aber keinerlei praktische Resultate davon, zumal keine Garantie dafür gegeben sei, daß, wenn man auf das erste Ultimatum ein zweites folgen lasse, die englische Regierung, wenn es zur praktischen Durchführung der angedrohten Maßregeln komme, wiederum Schwierigkeiten bereiten werde.

Unter diesen Umständen bleibe der russischen Regierung nichts anderes übrig als eine expectative prudente bis zu dem Augenblick, wo die Absichten der Großmächte sich klarer übersehen ließen, als dies heute der Fall sei.

Marschall

Anlage

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Abschrift, vom russischen Botschafter am 27. März Freiherrn von Marschall übergeben

Secret St. Pétersbourg, le 14/26 Mars 1897

Nous pensons qu'en prenant en considération la réserve Anglaise à l'égard du blocus de Volo, il ne reste qu'à prendre acte au sujet de l'assentiment du Cabinet Anglais de bloquer le littoral Grec au cas où les amiraux le trouveraient nécessaire. En effet on a laissé échapper le temps[1] auquel le blocus de Volo aurait été efficace ainsi que l'a reconnu Lord Salisbury.

Aujourd'hui l'armée Grecque est assemblée sur les frontières de la Thessalie et le blocus proposé ne saurait atteindre les résultats que l'on s'en promettait.

Au surplus l'abstention de l'Angleterre d'une part et le contingent insuffisant maritime de l'Allemagne[2] pour bloquer les côtes de la Grèce et de la Crète nous ferait craindre qu'une action séparée de quatre grandes Puissances seulement pourrait faire naître des doutes soit à Constantinople, à Athènes ou ailleurs sur l'accord général et complet des Puissances si indispensable pour le maintien du prestige de l'Europe.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Oui depuis le 14 Février!
[2] Das ist doch bisher nicht als „insuffisant" angesehn worden und hat jedenfalls am Besten getroffen beim Schießen! Eine schöne Blamage für die eben erfolgte Kreuzer Ablehnung im Reichstage

Nr. 3208

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 London, den 27. März 1897

Telegramm Nr. 135* erhalten.

Der russische Botschafter, welcher die russische Antwort eben im Auswärtigen Amt mitgeteilt hat, sagte mir vertraulich, daß dieselbe nur folgendes enthalte:

„Die Blockade von Volo habe heute, nachdem die Griechen mit Hülfe dieses Hafens ihre Aufstellung beendigt hätten, kaum noch einen Nutzen. Von der Bereitwilligkeit Englands, sich an einer Blockade der griechischen Küsten zu beteiligen, nehme die russische Regierung Akt.“

Nach der ganz vertraulichen Versicherung meines russischen Kollegen erwähnte die russische Antwort mit keinem Wort die vorgeschlagene Zurückziehung der griechischen und türkischen Truppen von der Grenze, und es ist nicht daraus zu entnehmen, ob die russische Regierung noch irgendwelche Maßregeln gegen Griechenland für angezeigt hält.

Sir Th. Sanderson, den ich vor dem russischen Botschafter gesehen habe, versicherte mir ausdrücklich, daß man hier mit dem Ausdruck „Blockade der griechischen Küsten“ gemeint habe, daß England sich an der Blockierung j e d e s Hafens mit Ausnahme von Volo beteiligen würde, welche die Admirale etwa für notwendig hielten.

Nach den sonstigen Äußerungen des Unterstaatssekretärs glaube ich mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß er, falls Herr von Staal eine hierauf bezügliche Frage stellt, ihm dieselbe Versicherung auch amtlich wiederholen und gleichzeitig die Versicherung geben würde, daß England vollständig bereit ist, an der Blockade des Piräus teilzunehmen, wenn die Admirale dies für angezeigt halten.

Über seine Unterredung mit Herrn Hanotaux** hat Lord Salisbury hierher nur mitgeteilt, daß der erstere die Ernennung eines provisorischen Generalgouverneurs für Kreta wünsche und sich vorbehalte, einen geeigneten Kandidaten, der einer neutralen Nationalität angehören soll, in Vorschlag zu bringen. Lord Salisbury ist damit einverstanden, würde aber auch der Ernennung eines der Admirale zustimmen und eventuell auch damit einverstanden sein, daß den sämtlichen Admiralen zusammen administrative Befugnisse übertragen werden, wie sie sonst einem Belagerungszustand entsprechen würden.“

H a t z f e l d t

---

* Siehe Nr. 3206.

** Vgl. Nr. 3206, S. 387, Fußnote *.

Nr. 3209

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 27. März 1897

Zu Telegramm Nr. 84*.

Sie sehen, daß die russische Antwort den Ihnen zugegangenen Mitteilungen durchaus nicht entspricht. Sie ist viel schlimmer, weil sie weder eine Präzisierung verlangt noch erkennen läßt, ob Rußland überhaupt weiter mittun will, selbst wenn ihm die erwünschten Aufklärungen gegeben werden.

Mein Eindruck aus den heutigen Äußerungen des Unterstaatssekretärs war, daß man hier den Russen die Aufklärungen, die sie verlangen können, gern geben würde. Was man aber hier auf die Rückäußerung Rußlands antworten wird, von welcher Herr von Staal mir selbst im Vertrauen gesagt hat, daß er nicht wisse, ob sie eine definitive Ablehnung und den Entschluß bedeute, sich auf nichts mehr einzulassen, das läßt sich allerdings schwer berechnen.

Ob die Blockade von Volo noch praktischen Nutzen hat, ob selbst der Piräus viel helfen wird, das sind meines Dafürhaltens nebensächliche Fragen für den Zweck, den wir verfolgen, nämlich die Erhaltung des europäischen Friedens. Die Blockade griechischer Häfen ist jedenfalls das einzige Mittel, der griechischen Bevölkerung zu zeigen, daß es den Mächten ernst damit ist, ihren Willen durchzusetzen, während heute die griechische Regierung und die Nation annehmen, daß keine Verständigung unter den Mächten zustandekommt, und daß sie daher nicht nachzugeben braucht. Dann bleibt auch der Konflikt an der Grenze nicht aus, und wir müssen uns auf den europäischen Krieg gefaßt machen. Ist das die Absicht der russischen Regierung, so hat sie recht, die Aufklärungen und Zusicherungen abzulehnen, die man hier über die angeblich vagen Punkte zu geben bereit ist.

Ich bitte dringend, Herrn von Staal nicht zu kompromittieren, der mir außer der angeführten Äußerung noch sagte, er verstehe nicht, wie man den Ausdruck „griechische Küsten" im englischen Vorschlag vage finden könne, da kein Zweifel darüber bestehe, daß die englische Regierung damit gemeint habe: Blockade derjenigen Häfen an der griechischen Küste, mit Ausnahme von Volo, welche die Admirale für notwendig halten würden.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 3208.

Nr. 3210

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 London, den 29. März 1897

Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß Frankreich den Umstand, daß wir weder ein zweites Schiff noch wie Österreich wenigstens ein Bataillon entsenden wollen, in St. Petersburg ausgenutzt hat[1], um Mißtrauen zu erregen und namentlich uns von den Russen abzudrängen. Nach meinen Ermittelungen muß ich auch annehmen, daß unsere Enthaltung auch hier Mißtrauen und großes Mißvergnügen verursacht hat, schon deshalb, weil man es nicht für unbedenklich hält, mit den Russen und Franzosen in Kreta allein zu bleiben. Ich halte keineswegs für ausgeschlossen, daß Lord Salisbury dadurch veranlaßt worden ist, den Versuch einer persönlichen Verständigung mit Hanotaux zu machen und die Franzosen in einen gewissen Gegensatz zu Rußland zu bringen.

Wie die Dinge heute liegen, glaube ich auch, daß schließlich ein friedlicher Ausweg gefunden werden wird, da nach meiner Überzeugung nicht nur Frankreich und Rußland, sondern auch England den Krieg zu vermeiden wünscht. Mit Rücksicht auf die von Graf Murawiew angenommene Reserve sehe ich aber keinen anderen Weg mehr, eine baldige Verständigung herbeizuführen, als daß die Mächte sich ohne Zeitverlust auf der Basis der letzten englischen Vorschläge über ein bestimmtes Programm verständigen und dasselbe dann, nachdem es von allen akzeptiert ist, den Russen zur Annahme vorlegen[2]. Diese Auffassung teilt Graf Deym vollständig und wird voraussichtlich in diesem Sinne nach Wien berichten. Es ist aber unerläßlich, wenn dieser Weg eingeschlagen werden soll, daß eine der Mächte die Initiative ergreift, und es scheint mir nicht zweifelhaft, wenn wir uns nicht in den Vordergrund stellen wollen, daß diese Aufgabe nur von Österreich mit Aussicht auf Erfolg übernommen werden kann[1].

Hatzfeldt

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe des Schriftstücks:
Einverstanden.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig
[2] ja

Nr. 3211

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 30. März 1897

Der russische Botschafter teilte mir heute die anliegende Abschrift eines Telegramms des Grafen Murawiew mit, in welchem derselbe unsere Ansicht bezüglich des jüngsten Vorschlags der Admirale erbittet[1]*.

Ich habe dem Grafen Osten-Sacken darauf erklärt, die Regierung Seiner Majestät des Kaisers billige die Vorschläge der Admirale auf sofortige Blockierung des Golfs von Athen; nur die Admirale seien in der Lage, sich ein kompetentes Urteil darüber zu bilden, was die gegenwärtige Lage erheische. Solange Griechenland nicht bestimmt erkläre, daß es sich dem Willen der Großmächte unterwerfe, den Obersten Vassos zurückrufe und für die Insel Kreta die Autonomie akzeptiere unter Verzicht auf den Annexionsgedanken, solange werden nach unserer Ansicht alle Bemühungen der Großmächte, die Insel Kreta zu pazifizieren, fruchtlos bleiben[2], auch wenn man das Kontingent der Großmächte verdoppele oder verdreifache. Aus der Mitteilung der Admirale gehe hervor, daß dieselben die gegenwärtige Lage an der kretischen Küste für unhaltbar erachteten, wir teilten diese Auffassung, zumal nach den Erklärungen des Unterstaatssekretärs Curzon im englischen Unterhause** kein Zweifel mehr darüber bestehe, daß der griechische Oberst Vassos die Operationen der Insurgenten leite[3] und somit einen offenen Krieg gegen die Großmächte führe.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Einverstanden

[2] richtig

[3] ja

* Die Eröffnung der Admirale an ihre Regierungen ging laut Schreibens des Oberkommandos der Marine an das Auswärtige Amt vom 29. März 1897 dahin: „Die Lage wird alle Tage schlimmer, die Zeit für halbe Maßregeln ist ihrer — der Admirale — Überzeugung nach vorbei, sie beschließen daher einstimmig, ihre Regierungen zu bitten, die Blockade Athens zu erklären mit allen Folgen des Krieges. Sie werden zuerst die griechischen Kriegsschiffe aufsuchen und sie wenn nötig mit Gewalt zwingen, nach dem Piräus oder Koluri (Salamis) einzulaufen.“ Das Telegramm Murawiews vom 29. März an Graf von der Osten-Sacken schloß mit den Worten: „Veuillez nous communiquer avis du Cabinet de Berlin sur la décision [des amiraux].“ Nach der deutschen Zustimmung folgte auch die der übrigen Mächte; doch wurde der Beginn der Blockade auf Vorschlag der Admirale bis zum Eintreffen der erbetenen Verstärkungen hinausgeschoben. Der Beginn der griechisch-türkischen Feindseligkeiten machte die ganze Blockadefrage illusorisch.

** Vom 29. März. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1897, S. 238.

Nr. 3212

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 121 Wien, den 30. März 1897

Vertraulich

Zu den gestern durch Herrn von Szögyény gemachten Mitteilungen über den Schritt des Grafen Goluchowski in St. Petersburg* beehre ich mich folgendes zu melden:

Wie ich berichtete, machte die veränderte Haltung des Grafen Murawiew hier einen ärgerlichen Eindruck. Mit einem Hinweis auf seine zurückgewiesenen Vorschläge sagte Graf Goluchowski, daß jede Übernahme einer Führung die moralische Verpflichtung auferlege, dieselbe bis an die Grenze der Möglichkeit energisch durchzuführen. Das Erlahmen Rußlands sei ein Schlag ins Gesicht dem Prestige der Großmächte. Sei er sogar sehr zufrieden gewesen, die Führung der Aktion in Rußlands Hände übergehen zu sehen, so lasse er sich jetzt doch nicht an der Nase herumführen. Es sei Zeit, eine Entscheidung zu fällen. Österreich werde nicht die Blamage mitmachen, der sich die Großmächte auszusetzen im Begriff ständen. Ich erwiderte einigermaßen überrascht über die Plötzlichkeit seines Vorgehens, daß das an Rußland gestellte Ansinnen dort möglicherweise einen verstimmenden Eindruck machen könne. Ob Graf Goluchowski daran gedacht oder gar beabsichtigt habe, Graf Murawiew zu bevormunden? Der Minister wies dieses von sich. Er sagte, seine Beziehungen zu Rußland seien ausgezeichnet und würden nicht durch sein Auftreten leiden. Graf Kapnist habe geäußert, daß sein, Graf Goluchowskis, Vorgehen hoffentlich die fehlende und notwendige Anregung geben werde, energisch zu werden. (Graf Kapnist hat den Ausdruck „le coup de fouet" gebraucht.)

Ich fragte weiter, wie sich Graf Goluchowski praktisch Österreichs Haltung weiter dächte, wenn Rußland n i c h t auf das etwas drastische Vorgehen Österreichs reagieren wolle? Ob die österreichische Eskader nebst Truppen als Antwort direkt nach Triest zurückkehren würde? Graf Goluchowski antwortete: „Wenn es in meiner Macht stände, j a. Doch werde ich erst die Befehle Seiner Majestät einholen müssen." Auf meine weitere Frage, wie sich der Graf unter solchen Umständen die Gruppierung der Mächte im Mittelmeer und das Ende der griechischen Wirren dächte? Darauf blieb mir Graf

---

* Nach einer Aufzeichnung Marschalls vom 29. März hatte ihm der österreichische Geschäftsträger von Velics (nicht der Botschafter von Szögyény) mitgeteilt, daß Graf Goluchowski seine weitere Mitwirkung an der Pazifizierung Kretas in Petersburg von ganz bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht habe, und zwar in erster Linie von der unverzüglichen Ausführung der von den Admiralen proponierten Zwangsmaßregeln.

Goluchowski die Antwort schuldig. Er kam darauf zurück, mir zu sagen, daß es ihm im Grunde völlig einerlei sei, wem Kreta gehöre. Es handele sich allein um die Würde des europäischen Konzerts. Er habe es satt, sich würdelos vor der ganzen Welt zu zeigen. Entweder — oder. Entweder sofort Blockade, Autonomie, Gouverneur — oder sofort ein Ende des jetzigen würdelosen Zustands in anderer Form.

Ich halte es für ausgeschlossen, daß in dem Vorgehen des Grafen die Absicht liegt, näher an England heranzurücken. Das Vorgehen erklärt sich psychologisch damit, daß der etwas lebhafte Minister die Geduld verloren hat. Ich erwartete längst, daß die Stimmung der letzten Zeit zu einem politischen Ausdruck kommen werde.

Eulenburg

Nr. 3213

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 St. Petersburg, den 30. März 1897

Der jüngste Vorschlag der Admirale bezüglich der sofortigen Blockade des Piräus ist von Graf Murawiew unter der Bedingung angenommen worden, daß er von allen anderen Mächten akzeptiert werde[1]. Der Minister bezweifelt aber[2], daß solches bei England der Fall sein werde.

Herr O'Conor hat bei einem Gespräch, welches ich soeben mit ihm hatte, jenen Vorschlag der Admirale mit keinem Worte erwähnt, dagegen davon gesprochen, daß der König Georg sich neuerdings dahin geäußert habe, daß jede Blockade griechischer Häfen den Beginn von Feindseligkeiten an der thessalischen Grenze zur Folge haben müsse[3].

Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wir haben schon
[2] Der Zweifel kommt aus Paris
[3] leeres Geprahle

Nr. 3214

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Lichnowsky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 Wien, den 2. April 1897

Graf Goluchowski sagte mir soeben, daß, nachdem alle Mächte den Vorschlag der Blockade des Busens von Athen angenommen, nur noch Frankreich seinem Admiral keine Instruktion bisher erteilt habe.

Auch macht Herr Hanotaux Schwierigkeiten wegen der Ernennung des Admirals Canevaro* zum provisorischen Gouverneur von Kreta. Ihm sei jeder andere auch recht, und habe er bereits Freiherrn von Calice instruiert, an den Beratungen der Botschafter über diesen Punkt sich zu beteiligen.

Der Herr Minister erklärte, auf dem seinerseits eingenommenen Standpunkt zu verharren und sich von der Aktion gänzlich zurückzuziehen, falls nicht ehestens seinen Bedingungen entsprochen werde; dann solle man die beiden Gegner einander überlassen und nachher zugunsten des Besiegten eingreifen. Der Graf ist sehr ruhig, aber bestimmt. Auch will er keinenfalls das Truppenkontingent erhöhen. Für den Fall eines Krieges zwischen Griechenland und der Türkei müsse aber die Blockade aufhören, da dies sonst gegen das Völkerrecht verstoßen würde.

Beim Hinausgehen traf ich Grafen Kapnist, welcher meinte, aus der ganzen Aktion würde nichts hervorgehen, auch von der Blockade verspricht sich der Herr Botschafter wenig Erfolg.

Der hiesige griechische Vertreter** sagt mir, die Regierung würde angesichts der Blockade und der überlegenen türkischen Truppen gern zurückweichen, wenn sie nicht innere ernste Gefahren befürchten müßte. Daher sei ein unglücklicher Feldzug immer noch besser als eine Revolution.

Lichnowsky

Nr. 3215

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 105 Athen, den 28. März 1897

pp. Die Haltung der Großmächte gegenüber Griechenland wird hier bis jetzt nicht sehr ernst genommen, und die Hoffnung, daß das Einvernehmen unter ihnen im Grunde doch nicht vorhanden sei, nach wie vor gehegt. Die Blockade Kretas wird eigentlich nicht als eine Zwangsmaßregel gegen Griechenland angesehen und, da seit der ablehnenden Antwort der griechischen Regierung auf das Ultimatum*** nunmehr bereits drei Wochen[1] verstrichen sind, ohne daß die durch die identischen Noten vom 2. März† für diesen Fall in Aussicht gestellten „moyens de contrainte“ gegen das Königreich angewandt worden wären, ferner aus den Preßberichten sowie anderen Mitteilungen hervorzugehen scheint, daß betreffs der Anwendung derselben Meinungs-

* Der italienische Admiral Canevaro war der rangälteste unter den vor Kreta befehlenden Admiralen.
** G. Manos.
*** Vom 8. März. Vgl. Nr. 3174, Fußnote.
† Daselbst.

verschiedenheiten unter den Kabinetten obgewaltet haben, so läßt sich die öffentliche Meinung nicht davon abbringen, daß das Einvernehmen unter den Mächten nicht in der Weise gesichert sei, wie es offiziell zum Ausdruck gelange.

Ich bin auf der anderen Seite fest davon überzeugt, daß viele besonnene Politiker hier und auch Seine Majestät der König im Grunde ihres Herzens den Mächten aufrichtig dankbar gewesen wären, wenn sie durch effektiven Zwang dem gegenwärtigen Ministerium oder einem anderen die Gelegenheit geboten hätten, von einer Bahn einzulenken[2], die doch hauptsächlich nur aus dem Grunde betreten worden ist, um den im Innern drohenden Gefahren vorzubeugen, und die Griechenland finanziell noch weiter ruiniert.

Jetzt, wo bei der vorgeschrittenen, für alle Unternehmungen sich immer günstiger gestaltenden Jahreszeit militärisch sämtliche Vorbereitungen getroffen sind und sich die allgemeine Stimmung immer mehr in die Richtung der nationalen Begeisterung mit dem Kriegsgeschrei gegen die Türkei verrannt hat, wird es für ein jedes Ministerium höchst mißlich und vielleicht ganz unmöglich sein, unverrichteter Sache die Umkehr anzutreten.

Griechenland ist meines gehorsamsten Dafürhaltens kein Dienst dadurch erwiesen worden, daß die Mächte mit der Anwendung effektiver Zwangsmittel gezögert haben. L. Plessen

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Es ist schlagrührend!

[2] natürlich! daher mein Vorschlag zur sofortigen Blockade von Athen am 14. Februar

Schlußbemerkung des Kaisers:

Man sieht hieraus wieder wie schwer Deutschland den Mangel einer starken Flotte empfindet, da es sich im Conzert nicht durchschlagend fühlbar machen kann. Hätten wir statt eines Schiffs eine starke Kreuzerdivision mit Panzerkreuzern bei Creta gehabt, so hätte Deutschland ungesäumt auf eigne Faust im Februar allein gleich Athen blokiren können, und dadurch die anderen Mächte nolens volens zum Mitthun fortgerissen und gezwungen. So ist schließlich nichts geschehen und derjenige der alle Pläne durchkreuzt, alle Thatkraft lähmt und auf den schließlich darum Rücksicht genommen wird ist England! Und warum? Weil es die stärkste Flotte hat! Uns helfen unsre 1 000 000 Grenadiere dabei nichts!

Nr. 3216

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Berlin, den 1. April 1897

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß der hiesige englische Botschafter mir im Auftrage Lord

Salisburys heute mitgeteilt hat, die englische Regierung habe nachstehende Mitteilung nach St. Petersburg gelangen lassen:

1. Die englische Regierung ist bereit, mit den übrigen Großmächten zusammen den Golf von Athen zu blockieren.

2. Die englische Regierung ist einverstanden mit der sofortigen Ernennung eines Gouverneurs für Kreta, der der Marine angehören könne oder auch nicht.

3. Die englische Regierung ist bereit, die Zahl ihrer nach Kreta entsandten Truppen entsprechend dem Antrage der Admirale zu erhöhen.

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf der Ausfertigung:
Einverstanden 1/IV. 97. W.

Nr. 3217

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 63 Athen, den 2. April 1897

Hier herrscht bei meinen Kollegen die Ansicht vor, daß Griechenland im Fall der Blockade griechischer Häfen der Türkei den Krieg erklären werde. Englischer Gesandter scheint anzunehmen, daß im Kriegsfall Griechenlands mit der Türkei Blockade griechischer Häfen nicht erfolgen würde.

Plessen

Nr. 3218

Der russische Minister des Äußern Graf Murawiew an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Telegramm. Unsignierte Abschrift.
Vom russischen Botschafter in Berlin am 3. April mitgeteilt.

Secret St. Pétersbourg, le $\frac{\text{21 Mars}}{\text{3 Avril}}$ 1897

En vue du prochain anniversaire du 28 Mars*, qui grâce à l'exaltation des esprits en Grèce pourrait conduire à de nouveaux excès et à cause de la mise en exécution du blocus projeté les Grandes Puissances devraient charger leurs représentants à Constantinople et à Athènes de déclarer qu'en cas de conflit à la frontiere greco-turque, l'agresseur

---

* Alten Stils = 9. April neuen Stils. Gemeint ist wohl der 6. April, der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Griechenlands.

serait rendu responsable du trouble qui pourrait en résulter pour la paix générale que l'Europe est absolument intentionnée de sauvegarder. De déclarer en outre expressément que l'agresseur ne retirerait aucun avantage quelle-que soit l'issue de la lutte.

Le Cabinet Impérial est d'avis que cette déclaration devrait être livrée à la presse et faite ouvertement auprès des deux Gouvernements à Constantinople et à Athènes*.

Nr. 3219

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für den Herrn Staatssekretär London, den 11. April 1897

Infolge des griechischen Vorgehens**, dessen Folgen sich noch nicht übersehen lassen, tritt die Frage, was jetzt geschehen kann, um europäischen Verwickelungen vorzubeugen, immer mehr in den Vordergrund, und Euere Exzellenz werden mich hoffentlich entschuldigen, wenn ich auf diesem Wege auf einige Punkte aufmerksam mache, die sich vielleicht nicht alle für amtliche Berichterstattung eignen.

Nach meinen Beobachtungen scheint festzustehen, daß die Blockade Griechenlands, das einzige den Mächten noch zur Verfügung stehende Mittel, eine wirksame Pression in Athen auszuüben, im letzten Moment, nachdem alle Mächte einig schienen, durch zwei Umstände vereitelt worden ist. Diese Umstände sind abgesehen von der inneren Abneigung einiger Mächte gegen energische Maßregeln folgende:

1. Der unglaublich unpraktische Vorschlag der Botschafter in Konstantinopel bezüglich Wahl des Generalgouverneurs***, welcher allen Be-

---

* Deutscherseits wurde der Vorschlag Murawiews unter der Voraussetzung angenommen, daß auch alle übrigen Großmächte zustimmten. Ein gleiches geschah österreichischerseits, dann auch seitens der übrigen Mächte. Am 6. April überreichten die Gesandten der Großmächte in Athen die von Rußland vorgeschlagene Note. Eine gleiche Eröffnung wurde auch der Türkei gemacht. Den Wortlaut der Note siehe in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 163.

** Am 10. und 11. April hatten irreguläre griechische Truppen teilweise unter Führung griechischer Offiziere die Grenze in Thessalien überschritten und damit das griechisch-türkische Kriegsfeuer entzündet.

*** Am 2. April hatten die Botschafter in Konstantinopel ihre Meinungen über die Kreta zu gewährende Autonomie ausgetauscht. „Sie waren der Ansicht, daß für die Insel ein Zustand in Aussicht genommen werden könnte wie etwa der von Bulgarien mit der Wahl des Generalgouverneurs resp. des Fürsten durch die Volksvertretung unter Zustimmung der Mächte." Es wurde sogar auf die Möglichkeit einer Wahl des Prinzen Georg von Griechenland zum suzeränen Fürsten von Kreta hingewiesen, „welche Kombination dem russischen Botschafter besonders sympathisch zu sein schien". Telegramm Saurmas Nr. 167 vom 2. April 1897.

stimmungen und Intrigen zugunsten Griechenlands wieder Tür und Tor geöffnet hat. Wenn ich auch nach allen meinen Ermittelungen annehmen muß, daß dieser Vorschlag ursprünglich vom Grafen Murawiew ausgegangen ist und auf einem Kompromiß desselben mit der Kaiserin-Mutter beruhte, so darf doch angenommen werden, daß er sich damit nur persönlich decken wollte, und daß er dabei nicht den Zweck im Auge hatte, die Wahl des Prinzen Georg und die unvermeidlich damit zusammenhängende griechische Annexion zu fördern.

2. Die Erklärung Österreichs, außer den bewilligten 600 keinen Mann mehr nach Kreta zu schicken, und die deutsche Erklärung, weder Truppen noch weitere Schiffe bewilligen zu wollen. Diese Erklärungen, so gerechtfertigt sie durch innere Rücksichten gewesen sein mögen, haben unzweifelhaft der französischen Regierung die Handhabe für den außerordentlich geschickten letzten Schachzug geboten, durch welchen sie die ganze Blockade zu vereiteln, die Verantwortung für den Mißerfolg auf uns und Österreich abzuladen und uns gleichzeitig mit Rußland und England in Gegensatz zu bringen suchte, ohne selbst durch Ablehnung der Blockade den russischen Wünschen entgegenzutreten und eine den russischen Interessen widersprechende Politik im Mittelmeer erkennen zu lassen. Wie richtig diese Annahme ist, geht meines bescheidenen Dafürhaltens daraus hervor, daß die russisch-französischen Beziehungen dadurch in keiner Weise getrübt worden sind, während, wie ich aus guter Quelle höre, gerade die russische Regierung wegen unserer Nichtbeteiligung, die nach ihrer Auffassung alles in Frage stellt, verstimmt und gereizt ist. Ebensowenig zweifelhaft ist mir aber, daß die österreichische Regierung, welche sich infolge der französischen Erklärung sofort zur Entsendung von mehr Schiffen entschlossen hat, unsere Enthaltung tief beklagt, wenn sie dies auch in Berlin vielleicht nicht aussprechen will. Diese Auffassung wird hier vollständig geteilt, und man darf dabei nicht übersehen, daß es der englischen Politik, deren Unaufrichtigkeit und Verzögerungen die jetzige Situation tatsächlich zur Last fällt, erwünscht sein muß, anderen die Verantwortlichkeit dafür zuzuschieben. Die Gereiztheit gegen uns erklärt sich andererseits daraus, daß England unter keinen Umständen jetzt zu einem Konflikt mit Rußland gedrängt werden und deshalb trotz seiner unzweifelhaften Überlegenheit im Mittelmeer vor allem vermeiden will, dort mit Rußland allein gelassen zu werden. Dieselbe Auffassung scheint aber auch in St. Petersburg vorzuherrschen, wo man sich, nachdem man die Führung übernommen, jetzt jeder Initiative enthält, offenbar weil man sich nicht sicher fühlt, daß man nicht eventuell von den anderen Mächten, vielleicht auch von Frankreich, im Stich gelassen werden und dem zur See übermächtigen England dann allein gegenüberstehen wird.

Wenn wir unter solchen Umständen, zu welchen noch die steigende Abneigung des Sultans gegen Konzessionen tritt, noch einen Versuch

machen wollen, den offenbaren Gefahren für den europäischen Frieden vorzubeugen, so wird dies meines unmaßgeblichen Erachtens nur möglich sein, wenn wir in Petersburg jedes Mißtrauen gegen unsere dauernde Mitwirkung beseitigen und den Grafen Murawiew, welcher sich heute im Hinblick auf eine erneute Verständigung zwischen dem Kaiser und der Kaiserin-Mutter in äußerst schwieriger Lage befindet, zu neuer und kräftiger Initiative ermutigen, ohne welche nach meiner Überzeugung nichts geschehen wird. Ob der erste Teil dieser Aufgabe zu lösen ist, ohne daß wir wenigstens noch ein Schiff zur griechischen Blockade bewilligen, scheint mir im hohen Grade zweifelhaft. Ob wir dies können, selbst um einer ernsten Gefahr für den Frieden vorzubeugen, vermag ich nicht zu beurteilen, nach meinem Eindruck liegt aber die Chance, ob die Blockade überhaupt noch zu erreichen ist, heute ganz gleich. Kommt es nicht dazu, so würden wir durch das Anerbieten eines zweiten Schiffs zum mindesten jedes Mißtrauen in Rußland beseitigt und den Franzosen jeden Vorwand genommen haben, uns für den Mißerfolg verantwortlich zu machen, sowie neue Verstimmungen gegen uns in St. Petersburg und auch in Wien hervorzurufen.

In zweiter Linie würde es die Aufgabe des Grafen Murawiew mit Rücksicht auf die Kaiserin-Mutter wesentlich erleichtern, wenn wir in St. Petersburg mitteilen, daß wir die Kandidatur eines griechischen Prinzen als unbedingt ausgeschlossen betrachten und unseren Botschafter in Konstantinopel zu entsprechender Erklärung in der Konferenz angewiesen haben.

Hier liegt die Sache vorläufig so, daß man zunächst abzuwarten wünscht, ob sich aus dem Übertritt der Insurgenten der Kriegszustand zwischen der Türkei und Griechenland entwickelt. Im letzteren Falle wird es, wie Sir Donald Wallace* mir kürzlich versicherte, dem englischen Kabinett nicht leicht werden, die Blockade hier noch annehmbar zu machen. Deshalb wäre es von der äußersten Wichtigkeit, daß wir und Österreich den Sultan mit Aufbietung unseres ganzen Einflusses und ohne Zeitverlust überzeugen, daß seine Truppen zwar jeden Angriff griechischer Freischaren zurückschlagen, vorläufig aber die Grenze auf keinen Fall überschreiten müssen, solange nicht außer Zweifel steht, daß die reguläre griechische Armee den Angriff begonnen hat.

Hatzfeldt

---

* Redakteur der „Times“.

Nr. 3220

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat für Graf Hatzfeldt

Berlin, den 11. April 1897
[abgegangen am 12. April]

Euer Exzellenz sage ich für das gefällige Privattelegramm* meinen verbindlichsten Dank; ich bitte mir zu gestatten, daß ich mit demselben Freimute auch meine Auffassung über die gegenwärtige Situation darlege.

Ob die Blockade des Golfs von Athen oder anderer griechischer Häfen heute noch imstande ist, eine wirksame Pression in Athen auszuüben, erscheint mir zweifelhaft. Als Deutschland vor zwei Monaten einen bezüglichen Vorschlag stellte**, war die Blockade zugleich ein mechanisches Mittel, um den Obersten Vassos mit seinen Truppen im Piräus festzuhalten und die Verschiffung der griechischen Armee über Volo nach der thessalischen Grenze zu hindern. Heute würde die Blockade nur noch ein moralisches Pressionsmittel sein, welches bei der durch die jüngsten Vorgänge gesteigerten Überreizung der griechischen Gemüter um so wahrscheinlicher versagen dürfte, als die Griechen genau wissen, daß einige der Mächte jeder ernstlichen Aktion abgeneigt sind. Dazu kommt, daß seit der Eröffnung der Feindseligkeiten an der thessalischen Grenze die vom Grafen Goluchowski lancierte juristische Spitzfindigkeit über die völkerrechtliche Unvereinbarkeit der Blockade mit dem Kriegszustande*** sicherlich begeisterte Anhänger finden wird.

Daß diejenigen Mächte, welche durch ihre schwankende Haltung jede energische und wirksame Aktion bisher hintertrieben, geneigt sind, die Schuld für den Mißerfolg andren Mächten zuzuschieben, überrascht mich nicht. Ich habe dies mit solcher Sicherheit vorhergesehen, daß ich schon seit sechs Wochen auf Grund der Akten ein Weißbuch vorbereite †. Daraus wird sich ergeben, daß der deutsche Blockadevorschlag an dem Widerstande Englands gescheitert ist, daß späterhin nach Ablauf des Ultimatums England zunächst nur Kreta, nicht aber die griechischen Häfen blockieren wollte, dann aber sein eigener Vorschlag, Volo zu blockieren, in dem Augenblicke von Lord Salisbury zurückgenommen wurde, als es erkennbar wurde, daß die Griechen dieses Hafens zum Aufmarsch ihrer Armee bedurften, daß

---

* Siehe Nr. 3219.
** Vgl. Nr. 3152, S. 327, Fußnote *.
*** Vgl. Nr. 3214.
† Dieses Weißbuch ist nicht ausgegeben worden.

der spätere englische Vorschlag, das griechische Litoral ohne Volo zu blockieren, an dem Mißtrauen Rußlands scheiterte, und daß während dieser ganzen Periode die französische Politik zu keinem Entschlusse kam, sondern unter Bezugnahme auf ihre parlamentarischen Verhältnisse jede bestimmte Stellungnahme vermied. Will Frankreich, nachdem es vor etwa zehn Tagen erstmals seine Teilnahme an einer Blockade zugesagt und entsprechende Instruktion an seinen Admiral erteilt hat, jetzt den Versuch unternehmen, das Scheitern der Blockade der Nichtsendung weiterer Schiffe und von Truppen seitens Deutschlands zuzuschreiben, und damit uns die Verantwortung zuschieben, so könnte ich darin nicht einen außerordentlich geschickten Schachzug, sondern nur einen recht kläglichen und aussichtslosen Versuch erblicken, die Dinge auf den Kopf zu stellen. Die Erklärung Deutschlands, nur ein Schiff zu schicken und sich an der Entsendung von Truppen nach Kreta nicht zu beteiligen, ist doch nicht erst vor zehn Tagen erfolgt. Dieser Entschluß ist seit mindestens sechs Wochen juris publici in Europa; ich habe dem Marquis Noailles und dem Grafen Osten-Sacken seit Anfang März mehr als zehnmal unter eingehender Begründung gesagt, daß ein Schiff die äußerste Grenze unserer aktiven Beteiligung sei, ich habe Graf Münster in diesem Sinne wiederholt instruiert, Graf Osten-Sacken hat in einem Berichte, den er Mitte März an den Grafen Murawiew erstattet, ausführlich die Gründe dargelegt, die uns zu dieser Haltung bestimmen, ich habe am 18. März im Reichstage unter dem Beifalle des Hauses die bestimmte Erklärung abgegeben, daß wir nur ein Schiff und nicht mehr senden, Mr. Curzon hat eine analoge Mitteilung im Unterhause gemacht, — Herr Hanotaux hat also die Grenzen der deutschen Beteiligung gekannt, längst bevor er seine Beteiligung an der Blockade zusagte — will er jetzt den Überraschten und Enttäuschten spielen, so kompromittiert er sich selbst, nicht uns.

Daß in Rußland unter französischen Einflüsterungen unsere Enthaltung unliebsam empfunden wird, ist möglich; als gewiß nehme ich mit Euer Exzellenz an, daß man in Wien darüber verstimmt ist. Letzteres ist keine neue Erscheinung. Seit bald zwanzig Jahren wird in gewissen Perioden von Österreich-Ungarn aus der Versuch gemacht, uns in der Orientfrage zu engagieren, bald durch das direkte Ansinnen, bei Erneuerung unseres Bündnisvertrags gewisse Garantien im Orient zu übernehmen, bald indirekt, indem man bei schwebenden Fragen eine konkludente Handlung von uns verlangt. Wir haben alle diese Versuche jederzeit a limine zurückgewiesen und werden auch in Zukunft desgleichen tun, entschlossen, die kleinen oder größeren Verstimmungen in den Kauf zu nehmen, welche jede derartige Absage erfahrungsgemäß bei den leitenden österreichisch-ungarischen Staatsmännern hervorruft. —

Alle andren Mächte, vor allem England und Frankreich, Italien, in der vorliegenden Frage aber auch Rußland, pflegen sich zur Rechtfertigung ihrer Politik auf ihre öffentliche Meinung und die Rücksicht, die sie ihr schulden, zu berufen, ohne sich allzuviel darum zu kümmern, ob sie anderwärts Verstimmung erwecken oder nicht. Warum soll Deutschland allein seine Politik den Stimmungen der andern Mächte unterordnen? Die öffentliche Meinung in Deutschland ist in dieser Frage äußerst empfindlich; das eine Schiff als Maximum unserer Beteiligung vermag ich zu rechtfertigen; jede weitergehende Aktion aber würde im Lande einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Schon heute erheben sich gewichtige Stimmen des Tadels, welche in der Entsendung der „Kaiserin Augusta" einen Bruch mit der bewährten Orientpolitik des Fürsten Bismarck erblicken. —

Gegen die Entsendung eines zweiten Schiffes spricht aber entscheidend ein weiterer Umstand. Unsere bisherige Haltung stützt sich auf das Präzedenz des [Jahres] 1886; bei der damaligen Blockade Griechenlands haben sich zahlreiche Schiffe anderer Mächte und nur ein deutsches Schiff beteiligt. Niemand hat dies beanstandet. Verlassen wir dieses Präzedenz, so verlieren wir jeden Boden. Das Angebot eines zweiten Schiffes wird man in Petersburg und Paris als ein Zeichen der Schwäche oder mindestens als einen Rückzug auffassen und darnach verwerten. Und wenn das zweite Schiff dort nicht genügt, wenn ein drittes, ein viertes verlangt wird? Soll das zweite Schiff das unwiderruflich letzte Angebot bilden oder nicht? Die Gründe für Entsendung des zweiten können auch für das dritte ins Feld geführt werden, und so weiter. Und welche Gründe soll ich im Parlamente und in der Presse geltend machen, um den direkten Widerspruch mit den früheren Erklärungen zu rechtfertigen? Soweit mir die öffentliche Meinung in Deutschland bekannt, würde sie eine solche Prozedur nicht ertragen. Daß die Autorität der verantwortlichen Regierung dadurch einen schweren Schlag erhielte, wäre noch das geringere Übel. Viel schwerer wiegt der andere Umstand, daß jede unvermittelte und unerklärte Schwenkung heutzutage in unserer öffentlichen Meinung Stimmungen und Kritiken hervorruft, die weit bedenklicher sind, als die vorübergehenden Launen einzelner Mächte und die durchsichtigen Versuche, dem andern aufzubürden, was die eigene Schwäche verschuldet hat.

Marschall

Nr. 3221

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 137 Wien, den 14. April 1897

Botschafter Prinz Liechtenstein telegraphiert Inhalt eines Gesprächs zwischen Graf Murawiew und englischem Botschafter, worin Graf

Murawiew erklärte, er bedauere, daß sich Rußland überhaupt in die leidige griechische Angelegenheit eingelassen habe[1]. Schließlich sei es ihm einerlei, wenn Griechenland Kreta annektiere[2].

Graf Goluchowski äußerte, es schiene ihm daraus der Wunsch zu blicken, die ganze Frage versumpfen zu lassen. Er werde daher heute noch Graf Murawiew sagen lassen, daß Österreich nicht lange mehr auf die Blockade Griechenlands warten könne. Er schlage angesichts der scheinbar unausführbaren Blockade vor, den Türken die Aktionsfreiheit in Thessalien zu lassen und die Blockade griechischer Häfen aufzugeben[3]. Kreta bleibe natürlich in den Händen der Mächte.

Der Graf meinte, Graf Murawiew werde gezwungen werden, Farbe zu bekennen[4]. Auch sei es ja selbstverständlich, daß die Mächte eine Vernichtung Griechenlands nicht zugeben würden. Er, Graf Goluchowski, sei entschlossen, die Versumpfung länger nicht mitzumachen[5]. Eine Entscheidung müsse nunmehr in irgendeiner Form herbeigeführt werden[6].

Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also er streicht die Flagge und läßt alles fallen!
[2] !!!
[3] ja
[4] das ist unbedingt nöthig
[5] ich auch nicht
[6] richtig

Nr. 3222

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 196 London, den 14. April 1897

Der geschäftliche Stillstand, den ich bei der Abreise Lord Salisburys vorhergesehen hatte, ist hier jetzt so vollständig eingetreten, daß die Vertreter der Großmächte darauf beschränkt sind, den Unterstaatssekretär zwei- oder dreimal in der Woche aufzusuchen und sich die bei ihm eingegangenen Nachrichten, soweit er dies für angezeigt hält, mitteilen zu lassen[1]. Auch unter den Botschaftern hat der frühere rege Verkehr beinahe aufgehört, da ihnen weder Nachrichten noch Aufträge von ihren Regierungen in der griechischen Frage mehr zugehen und sie daher mehr oder weniger darauf angewiesen sind, sich über die augenblickliche Lage der Dinge durch die Zeitungen belehren zu lassen. Diese Stagnation der Geschäfte wird in den nächsten Tagen noch vollständiger werden, da manche der englischen Minister während der Feiertage die Stadt verlassen und einige der fremden Vertreter diesem Beispiel voraussichtlich folgen werden.

Wenn es überhaupt zu einer solchen Stagnation in der griechischen Frage gekommen ist, so muß dies, soweit ich mir von hier ein Urteil darüber bilden kann, wohl in erster Linie der bekannten Erklärung des Herrn Hanotaux* zugeschrieben werden[2], welche der bereits von allen Mächten akzeptierten Blockade der griechischen Küsten den Todesstoß versetzte. Ob diese Erklärung mit Lord Salisbury vereinbart war oder nicht, habe ich bis jetzt nicht ermitteln können. Soviel weiß ich aber, daß der Unterstaatssekretär, welcher mir kurz vorher die Überzeugung ausgesprochen hatte, daß das Inkrafttreten der Blockade eine Sache von wenigen Tagen sei, nach Eintreffen der bezüglichen Nachrichten aus Paris kein Hehl daraus machte, daß er jetzt überhaupt nicht mehr an die Ausführung glaube, und daß dieses Projekt, wie er es bezeichnete, sich immer weiter am Horizont entferne. Gleichzeitig hatte ich aber Gelegenheit zu konstatieren, daß unsere Enthaltung in bezug auf die Entsendung weiterer Schiffe[3] geradezu bei ihm eine erhebliche Gereiztheit hervorgerufen hat, wenn er auch vermied, derselben Worte zu verleihen. Diese Gereiztheit besteht auch heute noch, obwohl ich mir wiederholt Mühe gegeben habe, ihm klarzumachen, daß unsere Entschlüsse in dieser Hinsicht begründet und gerechtfertigt seien.

Nach allen meinen Beobachtungen läßt sich überhaupt nicht leugnen, daß Frankreich oder doch wenigstens der überaus fähige und eifrige Vertreter der Republik Baron Courcel sich seit längerer Zeit und mit Erfolg bemüht hat, eine, wenn auch nur vorläufige und begrenzte Annäherung zwischen den beiden Regierungen vorzubereiten und uns gleichzeitig von den Engländern möglichst abzudrängen, eine Aufgabe, die um so einladender erscheinen mußte, als die Beziehungen zwischen Deutschland und England infolge vorhergegangener und wiederholter kolonialer Friktionen ohnehin nicht die besten waren.

Mit demselben Schlage hat Herr Hanotaux, welchem unsere steigende Verständigung mit Rußland im Orient unbequem sein mußte, offenbar den Zweck verfolgt, auch Rußland gegen uns mißtrauisch zu machen[4] und die frühere Intimität zwischen Paris und St. Petersburg herzustellen. Wie weit dies den französischen Bemühungen gelungen ist, darüber werden Eure Durchlaucht, wie ich annehmen darf, durch die Berichte der Kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg informiert sein.

Die übereinstimmende Demarche des englischen und französischen Botschafters in Wien, über welche ich heute auf anderem Wege zu berichten** die Ehre hatte, dürfte inzwischen als ein neuer Beweis

---

* Am 3. April hatte der französische Minister des Äußern Hanotaux sich in der Deputiertenkammer in dem Sinne geäußert, als ob eine Blockade griechischer Häfen noch in weitem Felde liege.

** Es handelte sich dabei um ein von den Botschaftern in Konstantinopel ausgearbeitetes Autonomieprojekt für die Insel Kreta und namentlich um die Frage, ob über das künftige Schicksal der Insel auf dem Wege eines Plebiszits ent-

zu betrachten sein, daß die Zusammenkunft Lord Salisburys mit Herrn Hanotaux* nicht so erfolglos geblieben ist, als dies von manchen Seiten angenommen worden ist. Wenn auch manche und unlösbare Streitpunkte zwischen Frankreich und England übrig bleiben, die später wieder zu gespannteren Beziehungen führen müssen, so scheint doch für den Augenblick soviel erreicht zu sein, daß beide Regierungen sich vorläufig in der griechischen Frage auf einem gemeinsamen Boden zusammengefunden haben. Ganz abgesehen von der griechischen Frage wird Lord Salisbury, wie ich ihn kenne, dabei aber auch den Zweck verfolgt haben, Frankreich von Rußland abzuziehen und dem letzteren klarzumachen, daß es bei einer feindseligen Politik gegen England auf französische Hülfe nicht rechnen könne. Weniger erklärlich scheint mir die Absicht des Herrn Hanotaux, indem er sich den Anschein einer steigenden Intimität mit England gibt, in bezug auf Rußland zu sein. Während er sich wahrscheinlich der Hoffnung hingibt, daß Rußland, um dieser wachsenden Intimität vorzubeugen und Frankreich wieder an sich zu fesseln, demselben noch größeres Entgegenkommen zeigen wird, ist die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß Graf Murawiew darin einen Grund mehr sehen wird, sich mit den beiden anderen Kaisermächten, von welchen solche Seitensprünge nicht zu befürchten sind, auf guten Fuß zu stellen[5].

Von irgendeiner Äußerung der russischen Regierung in bezug auf die griechische Frage ist hier in der letzten Zeit nichts bekannt geworden, und der russische Botschafter, welcher sich nur selten auf dem Foreign Office blicken läßt, gibt auch seinen Kollegen, wenn sie ihn nicht speziell deshalb aufsuchen, keine Gelegenheit zu vertraulicher Besprechung der Frage. Das Eingreifen Rußlands hätte aber, nachdem es die Führung in der Sache übernommen hatte, allein dazu führen können, die Blockade der griechischen Küsten noch zur Wirklichkeit zu machen. Ob die Enthaltung Rußlands auf sein Mißtrauen gegen die englische Politik oder auf die Besorgnis zurückzuführen ist, daß die Blockade heute überhaupt keinen praktischen Nutzen mehr haben würde, dürfte an sich von keiner besonderen Wichtigkeit sein[2]. Tatsächlich hat die russische Passivität, wenn mich nicht alle meine Beobachtungen täuschen, dazu geführt, daß jenes Zwangsmittel heute als überhaupt aufgegeben zu betrachten ist[4].

Mein österreichischer Kollege, welcher mich heute aufgesucht hat, teilt diese Auffassung vollständig und sprach mir gleichzeitig ganz vertraulich die Überzeugung aus, daß es, wie die Dinge jetzt liegen, nur noch eine Aussicht für die schnelle Beendigung der griechischen Krisis gebe, und dies sei das militärische Vorgehen der

---

schieden werden solle. Nach Berlin gemeldet durch Telegramm Hatzfeldts Nr. 108 vom 14. April.

* Am 26. März. Vgl. Nr. 3206, S. 387, Fußnote.

Türken [4] bei der ersten nachweisbaren Provokation [6] durch die Griechen. Ich darf gehorsamst hinzufügen, daß ich nach gewissenhafter Erwägung der heutigen Situation sehr geneigt bin, diese Auffassung meines österreichischen Kollegen für eine durchaus richtige zu halten.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] England hat es erreicht daß Russland ins Mauseloch kriecht, und Frankreich nicht mitmacht. Also ist die Sache damit lahmgelegt
[2] richtig
[3] die Briten müssen denken wir hätten eine heimliche Flotte in Reserve von der „Niemand nichts weiß"
[4] ja
[5] hoffentlich
[6] auch ohne diese
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden

Nr. 3223

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 596 Berlin, den 16. April 1897

Die veränderte Haltung des Grafen Murawiew dürfte nicht auf unsere ihm schon vorher bekannte Minderbeteiligung bei der militärischen Aktion, sondern auf steigendes Mißtrauen wegen der Absichten Englands auf Kreta zurückzuführen sein. Das Mißtrauen, daß England Absichten auf die Sudabai habe, war, nach Äußerungen des Grafen Osten-Sacken zu urteilen, von Anfang an vorhanden. Es ist jetzt durch die wiederholt ausgesprochene Bereitwilligkeit der Engländer zur Absendung stärkerer Truppenkontingente offenbar gesteigert worden. Die russische Apathie gegen das Plebiszit und gegen einen griechischen Prinzen als Oberhaupt von Kreta erklärt sich vielleicht dadurch, daß Rußland hierin das geringere Übel und ein Mittel zu baldmöglicher Exmittierung des englischen Elements erblickt.

Es wird interessant, aber wohl kaum festzustellen sein, ob das Wiener Kabinett in seiner ungewöhnlich bestimmt gehaltenen Erklärung, daß Kreta bis auf weiteres auch während eines griechisch-türkischen Krieges in den Händen der Mächte bleibe, von dem Wunsche, den Engländern angenehm zu sein, oder ausschließlich von der Abneigung gegen eine plebiszitäre Lösung geleitet war.

Für die deutsche Regierung hat die Zukunft Kretas keine solche Bedeutung, daß wir deswegen uns vom Standpunkte der absoluten Verneinung des Prinzips der Volksabstimmung entfernen sollten.

Unabhängig von den subjektiven Auffassungen der einzelnen Regierungen je nach ihren Interessen hat nun aber noch objektiv der Gedanke eine berechtigte Geltung, daß ein durch die griechische Majorität erwähltes Staatsoberhaupt nicht in der Lage sein wird, bei Verwaltung der Insel diejenige strenge Unparteilichkeit zu erzwingen, welche für den Schutz der muselmännischen Minorität notwendig ist. Die Vergewaltigung der türkischen Bevölkerung würde unter einer Regierung, welche dem griechischen Elemente ihre Existenz verdankt, unvermeidlich sein und würde auf die Stimmung des türkischen Festlandes eine Rückwirkung üben, welche die Sicherheit der dort lebenden einheimischen Christen und Europäer ernstlich gefährden müßte.

Ich will nicht unterlassen hinzuzufügen, daß nach einer eben eingehenden Meldung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Rom Herr Visconti Venosta sich nach Kenntnis der Erwägungen, auf Grund deren sich die Kaiserliche Regierung gegen ein Plebiszit oder Wahl des Gouverneurs durch Notable erklärt, gleichfalls dahin ausgesprochen hat, daß er gegen ein Plebiszit sei, weil letzteres keine Gewähr für gerechte Behandlung der muselmännischen Bevölkerung bieten würde.

Marschall

Nr. 3224

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 17. April 1897

Heute nachmittag hatte ich eine längere politische Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Mr. Curzon*. Soweit dieselbe sich auf die griechische Frage bezog, brachten die Äußerungen des Unterstaatssekretärs nichts erheblich Neues. Er suchte eingehend die schwankende Haltung zu rechtfertigen, welche das Londoner Kabinett zu der Frage der Blockade griechischer Häfen eingenommen hat. Gerade bezüglich dieses Punktes habe Lord Salisbury mit der philhellenischen Strömung im Lande zu rechnen gehabt, die wohl eine Aktion Englands gegen Griechenland, nicht aber eine solche für die Türkei gestattet hätte. Von diesem Standpunkt aus sei die Blockade von Volo, die Lord Salisbury selbst momentan im Auge gehabt habe, unmöglich geworden, da über Volo die griechischen Truppenansammlungen und die Lieferung von Munition und Proviant sich vollzogen haben. Auf meinen Einwand, daß die jetzige Aktion an der kretischen Küste doch noch viel mehr für die Türken sei als eine Blockade der griechischen Küste, indem dort die englischen Schiffe auf die griechischen Insur-

* Curzon weilte Mitte April 1897 zu kurzem Besuch in Berlin.

genten schössen, um die Türken zu beschützen*, gab Mr. Curzon dies mit dem Bemerken zu, die ganze Lage sei dort so unerquicklich geworden wie nur möglich. Meine weitere Frage, wie man sich in England die weitere Entwickelung der Dinge denke, beantwortete er mit der Bemerkung, es sei ihm unverständlich, warum die Türken an der thessalischen Grenze nicht endlich Ernst machten und auf Larissa marschierten. pp.

Marschall

Nr. 3225

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 19. April 1897

Aus den neuesten Mitteilungen des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Petersburg ist zu ersehen, daß Graf Murawiew die Frage erwägt, ob die Angliederung Kretas an Griechenland schließlich doch nicht das geringere unter mehreren Übeln sein würde.

Falls das Petersburger Kabinett sich entschlösse, Kreta an Griechenland zu übergeben, würde es weder hierin noch sonstwo in Orientfragen auf diplomatische Opposition Deutschlands stoßen. Wir würden selbst dann, wenn Rußland eine Aktion einleitete, welche nach diesseitiger Ansicht den Interessen des europäischen Friedens nicht entspricht, uns aller Einwendungen enthalten und uns lediglich auf dasjenige beschränken, was erforderlich ist, um die Verantwortung für die Folgen von uns abzuwälzen.

Deutschland hat sich bei der Aktion der Mächte bezüglich Kretas beteiligt, um die Gefahr eines Balkankrieges abzuwenden. Solange die Möglichkeit bestand, daß Kreta von Griechenland annektiert würde, hielten Bulgarien und Serbien nicht zurück mit der Absicht, diese Verstärkung der griechischen Macht als Anlaß zu benutzen, um auch sich aus türkischem Gebiete Kompensationen zu verschaffen. Erst als die Haltung der Mächte die Eventualität einer Vergrößerung Griechenlands in die Ferne rückte, ließen sich auch die Kabinette von Sofia und Belgrad dazu herbei, ihre eigene Friedensliebe selbst für den Fall eines griechisch-türkischen Krieges zu erklären. In dem Augenblick, wo die Frage der Annexion Kretas durch Griechenland wieder aktuell wird, werden auch die anderen Balkanvölker Gebietserweiterungen verlangen, und die bulgarische wie die serbische Regierung sind nicht stark genug, um sich einer lebhaften Volksströmung entgegenstellen zu können.

* Am 25. März hatten die europäischen Schiffe vor Kreta kurze Zeit die Aufständischen beschossen.

Was Montenegro anlangt, so kommen gerade von dort in neuester Zeit beunruhigende Nachrichten hinsichtlich der diplomatischen Tätigkeit des Fürsten in und außerhalb der Balkansphäre.

Hiernach ist die Gefahr eines Balkanbrandes kaum zu trennen von der Annexion Kretas durch Griechenland, gleichviel ob sich letztere sofort vollziehen oder durch Wahl eines griechischen Prinzen zum Oberhaupt der Insel nur anbahnen würde.

Hingegen kennzeichnet sich alles, was in letzter Zeit über die Möglichkeit einer Annexion von Kreta durch England und einer sich daraus ergebenden Kriegsgefahr diplomatisch und publizistisch ausgestreut wurde, als tendenziöse Erfindungen, deren Ursprung in England selbst zu suchen ist.

Daß England in Wirklichkeit einen solchen Annexionsplan verfolgen sollte, ist aus zwei Gründen ausgeschlossen:

1. Weil England durch die Wegnahme von Kreta sich die unversöhnliche Feindschaft des hellenischen Elements zuziehen würde, welches auf alle Weise zu stärken und an sich heranzuziehen doch im Interesse der englischen Mittelmeerpolitik liegt.

2. Weil England, dessen Politik sich gegenwärtig darauf richtet, größere Bruchstücke von Südafrika und Ostasien sich anzueignen, nicht um Kretas willen die Gefahr eines Krieges herbeiführen würde, bei welchem England die Hauptrolle zu spielen hätte.

Wohl aber würde ein Balkankrieg, welcher die Kontinentalmächte entweder in Mitleidenschaft zöge oder doch zeitweilig in der Erwartung kommender Dinge an der Behandlung anderer Fragen hinderte, es den Engländern ermöglichen, in Südafrika und Ostasien frei zu schalten. Daß England sich auf diese Eventualität für den kommenden Winter einrichtet, darüber liegen allerlei Nachrichten vor, und sind eben auch deshalb die Besorgnisse wegen eines englischen Vorgehens in Kreta grundlos.

Der Krieg, den England wünscht, ist nicht ein solcher, wo es selber in erster Reihe stände, vielmehr ist es bestrebt, den Kontinentalkrieg, welcher seit fast zwei Jahren das Ziel seiner diplomatischen Tätigkeit bildet, jetzt in der Weise herbeizuführen, daß es durch die Vergrößerung Griechenlands ähnliche Vergrößerungsgelüste in und außerhalb der Balkanhalbinsel wachruft. Diese Vergrößerung Griechenlands aber glaubt England am besten dadurch herbeizuführen, daß es sich bemüht, bei den übrigen Mächten die Besorgnis zu erregen, als strebe es selber danach, sich in Kreta festzusetzen. Nur so erklärt sich das Anerbieten von Lord Salisbury, Kreta allein mit englischen Streitkräften zu pazifizieren — ein Vorschlag, dessen Zurückweisung durch Rußland und Frankreich für den englischen Ministerpräsidenten doch wohl keinen Augenblick zweifelhaft gewesen sein kann.

Holstein

Nr. 3226

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Nr. 80 Berlin, den 20. April 1897
Ganz geheim

Im Auftrage Seiner Majestät des Kaisers habe ich heute dem türkischen Botschafter zur ganz geheimen Übermittelung an Seine Majestät den Sultan nachstehende Eröffnung gemacht:

Seine Majestät der Kaiser habe sich der Erkenntnis nicht verschlossen, daß angesichts der provozierenden Haltung Griechenlands der Sultan keine andere Wahl gehabt habe, als den ihm von Griechenland aufgedrungenen Krieg zu akzeptieren*, um mit Waffengewalt die griechische Armee und die griechischen Freiwilligenbanden von dem türkischen Gebiete zurückzudrängen. Indessen stehe wohl zu erwarten, daß im ferneren Verlauf des Kriegs, insbesondere nach einer größeren Niederlage des griechischen Landheeres, von europäischen Großmächten der Versuch gemacht werden würde, zwischen den Streitenden zu intervenieren. Um einer solchen für die Türkei immerhin peinlichen Intervention vorzubeugen, stelle Seine Majestät der Kaiser dem Sultan zur Erwägung, ob es sich nicht, nachdem eine größere Entscheidung zugunsten der Türkei gefallen, also etwa nach der Einnahme Larissas oder nach dem Gewinn einer größeren Feldschlacht für den Sultan empfehlen würde, seinerseits die Initiative zu ergreifen und eine Erklärung folgenden Inhalts an die Mächte zu richten:

Seine Majestät der Sultan habe einen ihm aufgedrungenen Krieg aufgenommen, bei dem er nur die Verteidigung seines Gebiets und keinen Zweck der Eroberung verfolge. Nachdem die erste Entscheidung zugunsten der türkischen Waffen ausgefallen, wolle er einen neuen Beweis seiner friedlichen Gesinnung geben, indem er sich bereit erkläre, mit Griechenland auf folgender Grundlage Frieden zu schließen:

1. Griechenland ruft sofort den Obersten Vassos mit den griechischen Truppen von der Insel Kreta zurück.

2. Griechenland erkennt formell das autonome Regime für Kreta an, über welches sich die Pforte mit den übrigen Großmächten verständigt.

Auf die Zahlung einer Kriegsentschädigung verzichtet die Türkei.

---

* Am 18. April war die Kriegserklärung der Türkei an Griechenland erfolgt. Der Krieg nahm von Anfang an die denkbar ungünstigste Wendung für die Griechen. Larissa fiel bereits am 25. April in die Hände der Türken.

Ew. pp. wollen die gleiche Mitteilung bei sich bietender Gelegenheit Seiner Majestät dem Sultan machen.

Marschall

Nr. 3227

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 141 Berlin, den 1. Mai 1897

Der russische Botschafter hat gestern nachstehendes Telegramm des Grafen Murawiew zu meiner Kenntnis gebracht:

„La Reine d'Angleterre s'est adressée à l'Empereur, notre Auguste Maître, en suggérant l'idée de faire amener conclusion d'un armistice entre les belligérants par les trois Puissances garantes de la Grèce (Russie, France et Angleterre). Sa Majesté serait tout disposée à appuyer une démarche dans le but indiqué, mais elle estime, que cette dernière devrait être faite par toutes les Grandes Puissances. — Il nous semblerait indispensable de sonder préalablement les dispositions du Gouvernement Grec qui pourrait encore ne pas vouloir d'une médiation. D'un autre côté, nous apprenons par Nélidow que le Sultan ne serait pas disposé à accueillir une médiation des Grandes Puissances, mais préférerait une démarche auprès de lui de la part du Gouvernement Hellénique."

Ich habe heute nach eingeholter Zustimmung Seiner Majestät des Kaisers erwidert, daß eine Vermittelung nur dann Aussicht habe, wenn die Griechen vor Eintritt der Waffenruhe und vor Eintritt der Vermittelung erklärten, daß sie sich den längst bekannten Vorschlägen der Mächte bezüglich der Autonomie Kretas und der Rückberufung von Vassos fügten. Jede Vermittelung, bei der diese Vorbedingung fehle, sei unseres Erachtens aussichtslos, und wir sähen keinen Zweck, uns bei einer solchen zu beteiligen. Wir würden es aber ohne Neid und Eifersucht sehen, wenn andere Mächte anderer Ansicht sein sollten und dementsprechend ihrerseits einen Versuch zur Vermittelung machen wollten.

Marschall

Nr. 3228

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 214 St. Petersburg, den 1. Mai 1897

Vertraulich

Die jüngste Separataktion, die England hier unternommen hat, — der Vorschlag einer Konferenz der drei Mächte England, Frankreich

und Rußland zur Regelung der griechischen Frage — hat hier, wie natürlich, in eingeweihten Kreisen großes Aufsehen gemacht, wie er denn auch auf die politischen Resultate der Kaiserbegegnung* nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Der Versuch Englands, über den Kopf Österreich-Ungarns hinweg[1] mit Rußland und Frankreich Fragen zu lösen, bei denen gerade das Kaiserreich an der Donau mit am meisten beteiligt erscheint, dieser am Tage vor der Ankunft des Kaisers Franz Joseph in Petersburg vollführte hinterlistige Schlag, der die Staaten des Dreibundes einfach aus dem europäischen Areopag hinaus eskamotieren sollte, wird — nach dessen Abwehr seitens des Kaisers Nikolaus und der russischen Regierung — in dem österreichisch-ungarischen Staatsmanne die letzten anglophilen Regungen, die vom Beginn seiner Amtstätigkeit noch vorhanden gewesen sein sollten, erstickt[2] und ihn um so geneigter zu rückhaltloser Verständigung mit Rußland gemacht haben.

Frankreich und seinem hiesigen Botschafter, denen die Kaiserbegegnung schon an sich nicht sympathisch sein konnte, ist die Abwehr, die der englische Vorstoß hier erfahren hat, — der wohl schwerlich ohne Wissen Frankreichs erfolgt sein dürfte — sicherlich sehr ungelegen gekommen. Die üble Laune des Grafen Montebello ist denn auch äußerlich hervorgetreten, indem weder er noch einer der Sekretäre der französischen Botschaft der großen Parade zu Ehren des österreichischen Kaisers beigewohnt hat, und mehrere Augenzeugen haben mich versichert, daß der Botschafter auf dem Diner beim Grafen Murawiew in übelster Stimmung gewesen sein soll[3].

Wenn einerseits Frankreich durch die Weigerung Rußlands, dem englischen Vorschlage beizutreten, diesmal gezwungen worden ist, offen gegen England Stellung zu nehmen, eine Eventualität, die man bisher an der Seine geflissentlich und mit so viel Geschick vermieden hatte, so wird es die andere Wirkung des englischen Vorgehens, die Förderung des Einvernehmens Rußlands einerseits und Österreichs und Deutschlands andererseits in allen orientalischen Dingen, mit um so scheeleren Blicken betrachten. Es wird für die nächste Zukunft wohl die hauptsächlichste, aber nicht leichte Aufgabe des russischen Ministers des Auswärtigen bilden, Frankreich diesen Schmerz vergessen zu machen. Herr Hanotaux wird ihm dabei gewiß nach Möglichkeit entgegenkommen, und das Verhältnis wird voraussichtlich wieder — äußerlich wenigstens — jede Trübung verlieren. Ein Stachel wird aber doch zurückbleiben, und diesmal dürfte dieser Stachel vielleicht tiefer im französischen Fleische sitzen als alle diejenigen, die seit den Tagen von Kronstadt schon schmerzlich in Paris empfunden wurden.

Graf Montebello sprach mir gegenüber möglichst ungezwungen

---

* Vom 27. bis 29. April 1897 weilte Kaiser Franz Joseph in Petersburg. Vgl. Kap. LXXIX, Nr. 3121.

über die Sache, machte aber unter öfterem Achselzucken eine bekümmerte Miene. Er tadelte besonders das taktlose Vorgehen Sir Nicholas O'Conors, der Seine Majestät den Kaiser direkt mit dieser politischen Frage angefallen habe. Dann sprach er über das als Antwort von hier nach London ergangene Telegramm und bezeichnete es als durchaus korrekt. Hiermit hat Graf Montebello, der, indem er ebenso wie Graf Vauvineux* für möglichst baldige Intervention in Athen selbst ohne vorheriges Ersuchen Griechenlands eintrat, schwerlich ohne Instruktion aus Paris gehandelt hatte, auch in dieser Frage der russischen, von uns und Österreich gestützten Ansicht nachgeben müssen.

Prinz Liechtenstein gestand mir in vertraulichem Gespräche, er sei im ersten Augenblicke, als er von dem englischen Vorstoß Kenntnis erhielt, nicht ohne Sorge gewesen. Er habe sich gesagt, es werde eine gar starke Anforderung an die Willenskraft des jungen russischen Herrschers gestellt[4], angesichts dieses Briefes der hochbetagten britischen Königin und der Bitten und Einwirkungen seiner eigenen Mutter und deren ganzer Familie die nötige Festigkeit zu bewahren, um diesem politischen Überfalle nicht zu unterliegen. Um so größer sei seine Genugtuung jetzt, nachdem der Coup mißglückt und sich als ein grober Fehler erwiesen habe. Es sei fast unbegreiflich, wie England, ohne vorher das Terrain irgendwie sondiert zu haben[5], diesen Schritt habe unternehmen können. Prinz Liechtenstein sagte mir ausdrücklich, daß sowohl Graf Goluchowski als sein kaiserlicher Herr sehr mißgestimmt gegen England gewesen seien.

Sir Nicholas O'Conor selbst stellte mir gegenüber die Sache so dar, als habe England von Anfang an eine Konferenz aller Großmächte im Sinne gehabt, und versicherte mich, der Vorschlag sei von Rußland bereits akzeptiert gewesen, habe aber an anderer Stelle — vielleicht in Berlin oder in Wien[6] — Widerstand gefunden. Jetzt sei die Sache erledigt, und es komme nun darauf an, die Athener Regierung möglichst bald dazu zu bewegen, die Intervention der Mächte anzurufen. Ich habe mich dem englischen Botschafter gegenüber auf bloßes Zuhören beschränkt, ohne die Widersprüche, die zwischen seiner Darstellung und derjenigen seiner Kollegen bestehen, zu berühren.

Für Deutschland dürfte meines gehorsamsten Erachtens der Zwischenfall nach zwei Seiten hin günstige Folge haben. Einerseits wird er in Österreich den irrigen Glauben an eine eventuelle Unterstützung Österreich-Ungarns durch England und eine Gemeinsamkeit der Interessen beider Länder im Orient zerstören[7] und damit in Österreich eine anderweite Orientierung in der Orientpolitik unter Zurückdrängung des Gedankens eines vermeintlich unversöhnlichen Antagonismus mit Rußland ermöglichen. Andererseits hat er — wenn auch

---

* Französischer Botschaftsrat in Petersburg.

vielleicht nur vorübergehend — Frankreich gezwungen, sein Schaukelspiel zwischen England und Rußland aufzugeben, sich in der Orientpolitik an Rußland fester anzuschließen und damit England vollkommen zu isolieren.

von Tschirschky

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist nicht neu!
[2] hoffentlich?!
[3] wat den ihnen sin Uhl, is den andern sin Nachtigal
[4] es ist eine Haltung die einem Jeden von uns die höchste Achtung vor der Loyalität und dem gesunden Urtheil des Kaisers abnöthigen muß.
[5] der alte Uebermuth die alte Selbstüberhebung
[6] Prosit!
[7] das habe ich lange genug gepredigt!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut geschrieben

Nr. 3229

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Gesandten in Athen Freiherrn von Plessen

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 46 Berlin, den 3. Mai 1897

Die russische Regierung teilt hier mit, daß der griechische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes eingesteht, jedoch dringend bittet, daß der erste Vorschlag dazu von den Großmächten ausgehen möge als Mittel zur Befestigung der Dynastie.

Der russische Gesandte in Athen ist infolgedessen beauftragt, diesen Schritt mit seinen Kollegen zu besprechen, weil nach Ansicht der russischen Regierung die Vertreter zunächst eine möglichst wenig verletzende Art zu vereinbaren haben würden, um der griechischen Regierung die Notwendigkeit verständlich zu machen, daß sie, um den guten Absichten der Mächte entgegenzukommen, deren Empfehlungen bedingungslos annimmt.

Ew. wollen sich bei Besprechungen Ihrer Kollegen dann beteiligen, wenn dieselben im Rahmen Ihrer von Seiner Majestät dem Kaiser genehmigten Instruktion bleiben, d. h. wenn seitens der Mächte das bisherige Programm, Anerkennung der Autonomie von Kreta durch die griechische Regierung und die Zurückberufung des Obersten Vassos durch dieselbe, als Voraussetzung für jede vermittelnde Tätigkeit festgehalten wird. Auf einer anderen Grundlage zu verhandeln, sind Ew. nicht ermächtigt, weil nur auf diesem Wege eine Beendigung des jetzigen Beunruhigungszustandes erreichbar scheint.

C. Hohenlohe

Nr. 3230

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135 Athen, den 6. Mai 1897

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 46*.

Der russische, englische, französische und italienische Gesandte haben in Übereinstimmung mit den ihnen erteilten Instruktionen die nachstehende Redaktion vereinbart, die nach eventueller Genehmigung seitens der verschiedenen Regierungen dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ** von dem russischen Gesandten in Form eines Promemoria zugeschickt werden soll unter der Voraussetzung, daß die sämtlichen hiesigen Vertreter der Mächte sich an dem Schritte beteiligen:

„Les représentants de etc. confient à leur collègue et doyen qui veut bien s'en charger de proposer au Gouvernement Hellénique tant en leur nom qu'au sien la médiation des puissances en vue obtenir la conclusion aussi prompte que possible entre la Grèce et la Turquie d'un armistice qui serait un acheminement vers la solution pacifique et définitive des difficultés.

Monsieur Onou en prendra occasion pour démontrer à Monsieur le Ministre des Affaires Etrangères que dans des conjonctures aussi critiques et aussi pressantes la Grèce ne saurait mieux répondre à l'initiative amicale et pleine de sollicitude des puissances qu'en leur abandonnant le soin de ses intérêts et en adhérant sans réserve à leurs conseils et à leurs recommandations."

Ich habe bei unserer soeben stattgefundenen Vereinigung erklärt, daß ich mich nicht beteiligen könne[1], da ich nur ermächtigt sei, auf der Grundlage zu verhandeln, daß Griechenland die Autonomie von Kreta anerkennt und seine Truppen von dort zurückberuft, bevor die Mächte sich ins Mittel legen.

Der österreichische Geschäftsträger***, der noch keine diesbezügliche Weisung hatte, telegraphiert den Text nach Wien mit der Bitte um Weisung.

Plessen

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

---

* Siehe Nr. 3229.
** Skonlondes im Kabinett Rallis seit 29. April.
*** Graf Széchényi.

Nr. 3231

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Eigenhändige Ausfertigung

Berlin, den 7. Mai 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät unterbreite ich alleruntertänigst das Telegramm Nr. 135* aus Athen, in welchem Euerer Majestät Gesandter meldet, daß der russische, englische, französische und italienische Vertreter die Vermittelung eines Waffenstillstandes seitens aller Mächte angeregt haben. Dabei ist jedoch die Anerkennung der Autonomie von Kreta durch die griechische Regierung und die Zurückberufung der griechischen Truppen von dort, welche beiden Punkte Euerer Majestät Regierung als Voraussetzung jeder Vermittlungsaktion hinzustellen hatte, nicht als Vorbedingung der Vermittlung erwähnt; es wird vielmehr seitens der oben erwähnten Vertreter lediglich die Hoffnung ausgesprochen, daß die griechische Regierung aus Dankbarkeit für die erfolgte Vermittlung jene Forderungen später bewilligen werde.

Euerer Majestät glaube ich ehrfurchtsvoll raten zu sollen, daß Allerhöchstdieselben im Interesse des europäischen Friedens auf Ihrem bisherigen Standpunkte feststehen bleiben und auch auf den österreichisch-ungarischen Botschafter in diesem Sinne einwirken[1]. Denn es ist außer aller Frage, daß die griechische Regierung jene Forderungen der Mächte nicht anders als unter dem Druck der unmittelbaren Kriegsgefahr bewilligen wird. Ist diese einmal beseitigt, so wird die griechische Regierung erklären, daß sie mit Rücksicht auf die Stimmung des griechischen Volks sich in der Unmöglichkeit befindet, auf Kreta definitiv zu verzichten. Die Mächte kommen dann in eine Lage, die man vielleicht schon als lächerlich würde bezeichnen können. Falls andere Kabinette sich dem aussetzen wollen, können Euere Majestät das ja in aller Ruhe mit ansehen. Für Euerer Majestät Regierung bitte ich alleruntertänigst die Direktive als maßgebend ansehen zu dürfen, daß Deutschlands Beteiligung bei der Vermittelungsaktion abhängig ist von der vorherigen Anerkennung der Autonomie Kretas durch die griechische Regierung und von dem Versprechen der Zurückziehung der griechischen Truppen von dort.

C. Fürst v. Hohenlohe

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ja unbedingt

Bemerkung des Kaisers am Kopf des Schriftstücks:

Mit dem Botschafter in unten angedeuteter Weise gesprochen und ganz unzweideutig, keinen Zweifel gelassen, daß ich nicht anders mich beteiligen werde

---

* Siehe Nr. 3230.

als bis Griechenland zu Kreuz gekrochen und Rückberufung von Truppen aus und Autonomie für Creta unbedingt versprochen hat, sowie sich dem Machtspruch der Großmächte auf Gnade und Ungnade ergeben hat. W.
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden W.

Nr. 3232

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 Athen, den 9. Mai 1897

Für Seine Majestät den Kaiser.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich soeben von Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Kronprinzessin* den Befehl erhalten habe, Euerer Majestät das nachstehende Telegramm höchstderselben zu übermitteln:

„Würde Dir unendlich dankbar sein, wenn Du weiteres Blutvergießen verhindern könntest und mir zuliebe die Mediation, welche von den Mächten vorgeschlagen, beschleunigen würdest, um diesem elenden Zustand ein Ende zu machen. Brief folgt. Herzliche Grüße."

Plessen

Nr. 3233

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Kiderlen, z. Z. in Urville, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Urville, den 9. Mai 1897

Auf allerhöchsten Befehl soll folgendes an den Kaiserlichen Gesandten in Athen telegraphiert werden:

„Zur Mitteilung an Ihre Königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin:

‚Ich bin mit Dir eins in dem Wunsche, daß weiteres Blutvergießen verhindert werde, kann dazu aber nichts tun, solange Griechenland nicht Mediation der Mächte nachsucht und sich dabei zum voraus der Bedingung unterwirft, durch Anerkennung der Autonomie Kretas und Zurückziehung der Truppen von dort das verletzte Recht wiederherzustellen. Es liegt also vollkommen an Griechenland, den von Dir beklagten Zuständen ein Ende zu machen.

Mit herzlichem Gruß Dein Bruder

Wilhelm'"

Kiderlen

* Schwester Kaiser Wilhelms II.

Nr. 3234

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept

Nr. 148 Berlin, den 10. Mai 1897

Zu der Überzeugung, daß ein ausdrücklicher Verzicht der griechischen Regierung auf Kreta die notwendige Voraussetzung für die Wiederherstellung friedlicher Zustände sei, ist die Regierung Seiner Majestät des Kaisers durch folgende Erwägungen rein praktischer Natur geführt worden.

Am 1./13. Februar d. Js. erteilte der griechische Kriegsminister dem Obersten Vassos den Befehl, die Insel Kreta im Namen des Königs der Hellenen Georg I. in Besitz zu nehmen. Am 2./14. Februar brachte Oberst Vassos diesen Befehl durch eine Proklamation zur Ausführung, wo er den Kretensern erklärte, er ergreife Besitz von der Insel im Namen des Königs.

Die Wirkungen der Rechtsverletzung, welche in diesen Erklärungen liegt, können nicht anders als wiederum durch eine ausdrückliche Erklärung der griechischen Regierung beseitigt werden. Jene Wirkungen machen sich fühlbar nach zwei Richtungen hin, beim Sultan und bei der kretensischen Bevölkerung.

Dem Sultan liegt an Kreta nichts, ihm kann jedoch nicht unbekannt sein, daß die Oberhäupter und Regierungen verschiedener Balkanstaaten rückhaltlos und wiederholt erklärt haben, sie würden, falls Kreta an Griechenland falle, außerstande sein, die Kompensationsgelüste ihrer Völker zurückzuhalten. Wenn heute, wo von einer kampffähigen griechischen Armee kaum noch die Rede sein kann, der wenig kriegslustige Sultan gleichwohl mit kriegerischen Rüstungen fortfährt, so ergibt sich daraus, daß er die Gefahr der sich für ihn aus einer Angliederung Kretas an Griechenland ergebenden Rückwirkungen noch nicht für beseitigt hält.

Unter diesen Umständen würde ohne einen ausdrücklichen Verzicht der griechischen Regierung auf Kreta vom Sultan die Einstellung der Feindseligkeiten kaum zu erlangen sein, selbst dann, wenn die Garantie sämtlicher Großmächte dem mangelnden griechischen Verzichte substituiert würde; denn der Sultan hat während der letzten Monate beobachten können, daß das vereinigte Europa der Hetärie gegenüber machtlos war.

Was die kretensische Bevölkerung anlangt, so können die sogenannten Insurgenten ohne den griechischen Verzicht nicht der Verbindlichkeiten ledig werden, die sie seit der Landung und der Besitzergreifungsproklamation des Obersten Vassos naturgemäß Grie-

chenland gegenüber eingegangen sind. Die Unterlassung des Verzichtes würde den gegenwärtigen unklaren Zustand verlängern, und die Hetärie würde nicht verfehlen, ihn auszunutzen, um die Kretenser unter Hinweis auf die bisherige Wirkungslosigkeit der europäischen Einmischung zur Ausdauer zu ermahnen und gegen die pazifizierenden Mächte zu hetzen. Hiernach würde, falls es den Griechen gelingt, ohne Aufhebung der Besitzergreifungserklärung des Obersten Vassos die Einstellung der griechisch-türkischen Feindseligkeiten durch die Einmischung von Großmächten zu erzwingen, das Ergebnis des Krieges sich als eine Niederlage des griechischen Heeres, aber als ein Sieg der Hetärie kennzeichnen, — ein Ergebnis, welches gleichbedeutend wäre mit einer nahen Kriegsgefahr für den Orient und selbst für Europa.

Ew. pp. wollen das Vorstehende zur Kenntnis des Grafen Murawiew bringen. Aus der durch Ew. pp. Telegramm Nr. 138 übermittelten Erklärung des Grafen, daß von Griechenland — vom Könige oder vom Ministerpräsidenten — die bindende Erklärung zu verlangen sei, ohne Vorbehalt alle „Ratschläge" der Mächte anzunehmen, ersehe ich mit lebhafter Befriedigung, daß wir im Grundgedanken einig sind. Auf die Form der Durchführung desselben — d. h. ob Griechenland die Autonomie von Kreta anerkennt oder durch irgendeinen anderen Modus die kretensischen Insurgenten von ihren dem Vertreter des Königs Georg gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten befreit — ist kein Gewicht zu legen, ein um so größeres aber auf die Tatsache, daß eine derartige Erklärung erfolgt, und zwar vor Einstellung der Feindseligkeiten, denn nachher würde die griechische Regierung erklären, daß die Rücksicht auf die öffentliche Meinung, d. h. auf die Hetärie, ihr jenen Verzicht unmöglich macht. Der Waffenstillstand würde unter diesen Umständen nicht die Bedeutung eines Abschlusses der Feindseligkeiten, sondern nur die einer Pause vor dem Beginn größerer Kämpfe[1] haben. Stark in dieser Überzeugung, hat Seine Majestät, mein allergnädigster Herr, wie Ew. pp. dem Grafen Murawiew streng vertraulich mitteilen wollen, vorgestern und gestern zwei direkte Vermittelungsgesuche, ein englisches und ein griechisches*, im Sinne obiger Darlegung beantwortet.

C. Hohenlohe

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Guirilla
Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden W. 12/V. 97.

---

* Vgl. Nr. 3231 nebst den Bemerkungen des Kaisers, sowie Nr. 3232 und 3233.

Nr. 3235

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 Athen, den 10. Mai 1897

Der Ministerpräsident und der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten waren soeben bei mir und haben mir im Namen der griechischen Regierung die nachstehende Erklärung mündlich abgegeben, die mittelst offizieller Note heute an sämtliche Vertreter der Mächte gelangen wird:

„Après la notification faite à Votre Excellence par mon office en date du 8 mai* année courante de la décision prise par le Gouvernement Hellénique de se conformer au désir des Grandes Puissances en prenant l'engagement formel de rappeler ses troupes en Crète, j'ai l'honneur de faire part à Votre Excellence qu'au moment d'effectuer ce rappel, je prends acte de la déclaration des Grandes Puissances en date du 2 mars** d'après laquelle elles sont résolues à doter la Crète d'un régime autonome, absolument effectif, et vous déclare au nom du Gouvernement Hellénique qu'il prend l'engagement de reconnaître le dit régime.“***

Bin ich ermächtigt, mit meinen Kollegen, die entsprechende Instruktion bereits erhalten haben, Mediation der Mächte zu vereinbaren und unmittelbar eintreten zu lassen? Erbitte dringend Drahtantwort.

Plessen

Nr. 3236

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Gesandten in Athen Freiherrn von Plessen

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 55 Berlin, den 10. Mai 1897

Sobald Ew. die in Ihrem Telegramm Nr. 144† angemeldete schriftliche Erklärung der griechischen Regierung erhalten, und wenn die Erklärung inhaltlich, namentlich in betreff der Anerkennung der Auto-

* Siehe den Text in: Das Staatsarchiv, Bd. 61, S. 143.
** Vgl. Nr. 3174, Fußnote.
*** Der Text der griechischen Note ist bereits veröffentlicht in: Das Staatsarchiv, Bd. 61, S. 143.
† Siehe Nr. 3235. Tatsächlich wurde die in diesem Telegramm angekündigte griechische Note noch am 10. Mai den Gesandten der Großmächte überreicht, worauf diese sofort ihre Bereitwilligkeit zu einer Vermittlung zwischen den beiden kriegführenden Mächten aussprachen, jedoch nur unter der Bedingung, „daß die griechische Regierung erklärt, daß sie zur Abberufung ihrer Truppen

nomie von Kreta, den Ihnen gemachten Angaben genau entspricht, sind Sie ermächtigt, in Besprechungen mit Ihren Kollegen und der griechischen Regierung wegen Herbeiführung einer Waffenruhe einzutreten nach Maßgabe des zweiten Absatzes in Ihrem Telegramm Nr. 135*, von „Les" bis „difficultés". Das Ergebnis Ihrer Besprechungen, welches uns und den anderen Mächten eventuell die Unterlage für Ratschläge an den Sultan liefern soll, wollen Sie telegraphieren.

C. Hohenlohe

Nr. 3237

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 148 Athen, den 12. Mai 1897

Telegramm Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Kronprinzessin für Seine Majestät den Kaiser:

„Verzeih, daß ich Dich wieder belästige, aber es ist dringend notwendig, daß ich Dir mitteile, Griechenland hat sich sofort allen Bedingungen unterworfen, welche auf Deine Antwort** unbedingt notwendig waren, um die Mediation der Mächte zu erhalten. Ich bitte Dich nun innigst und herzlichst, die große Güte zu haben, die Annahme derselben auch in Konstantinopel beschleunigen zu wollen, damit jetzt die Feindseligkeiten **sofort** aufhören, und dem weiteren Blutvergießen ein schnelles Ende zu machen. Ein neuer Angriff der Türken droht unmittelbar, er wird jeden Augenblick befürchtet. Dann wäre alles verloren. Deine Schwester Sophie"

Plessen

Nr. 3238

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter von Kiderlen, z. Z. in Urville, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Urville, den 12. Mai 1897

Für die Kaiserliche Gesandtschaft Athen.

Zur Mitteilung an Ihre Königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin:

---

von Kreta schreiten werde, der Autonomie Kretas formell beistimme und ohne Vorbehalt die Ratschläge annehme, welche die Mächte ihr im Interesse des Friedens erteilen würden". Die verlangte Erklärung wurde am 17. Mai von der griechischen Regierung abgegeben. Am 19. Mai erfolgte dann der Abschluß eines siebzehntägigen Waffenstillstandes, der Anfang Juni für die Dauer der Friedensverhandlungen verlängert wurde. Über den Verlauf der Friedensverhandlungen siehe zusammenfassend Nr. 3248.

* Siehe Nr. 3230.

** Vgl. Nr. 3233.

„Es freut mich, Dir mitteilen zu können, daß meine Vertreter in Athen und Konstantinopel bereits angewiesen sind, mit den Vertretern der anderen Mächte sich wegen Mediation zu besprechen.

Dein Bruder Wilhelm“

Kiderlen

Nr. 3239

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 12. Juni 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich alleruntertänigst in der Anlage ein Promemoria*, dessen Inhalt der türkische Botschafter** in der von ihm erbetenen Audienz vorzutragen angewiesen war. Es wird in dem Schriftstück die Hoffnung des Sultans zum Ausdruck gebracht, daß Euere Majestät ihm zu einer möglichst hohen Kriegsentschädigung und zum Rückerwerb wenigstens eines Teiles von Thessalien verhelfen werden.

Euerer Majestät huldreiche Ermächtigung möchte ich erbitten, um durch Galib Bey sowie durch Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel an den Sultan folgende Antwort gelangen zu lassen: Zunächst dürfte die Kriegskostenfrage kurz zu berühren sein, etwa mit der Bemerkung, daß gegenwärtig die Frage der finanziellen Leistungsfähigkeit Griechenlands einer Prüfung unterzogen werde, um Forderung und Leistung in ein gewisses Verhältnis zu bringen: daß Euerer Majestät Vertreter angewiesen sei, auch in dieser Frage die Interessen der Türkei sich nach Möglichkeit angelegen sein zu lassen.

Die Territorialfrage dürfte in höflichster Form und mit folgender Motivierung abzulehnen sein: Der glückliche Ausgang des Krieges, die Tatsache, daß die Lage des Sultans und der Türkei nach außen hin sich heute günstiger als seit Jahren darstelle, sei nicht allein auf die allerdings vortreffliche Haltung der türkischen Truppen, sondern auch auf die diplomatische Tätigkeit Europas zurückzuführen, an welcher Euere Majestät sich einen gewissen Anteil zuschreiben könnten,

---

* Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich bereits genügend charakterisiert. Über die weitgehenden, von den Botschaftern der Großmächte alsbald stark reduzierten Ansprüche der Türkei siehe die türkische Denkschrift vom 3. Juni und die Rückantworten der Botschafter vom 5. Juni in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 189 ff., 192 ff. Der in seinen Erwartungen enttäuschte Sultan wandte sich nun zunächst an den Deutschen Kaiser (siehe oben), dann im Juli erneut an die Staatsoberhäupter der Großmächte, wurde indessen von diesen auf die von den Botschaftern in Konstantinopel formulierten Friedensbedingungen (vgl. Nr. 3248) verwiesen.

** Galib Bey.

und welche verhindert habe, daß zunächst noch andere Balkanländer in den Kampf eingriffen. Ein Teil der soweit glücklich gelösten diplomatischen Aufgabe — und nicht der wenigst schwierige — habe aber darin bestanden, einer effektiven Betätigung der Sympathien vorzubeugen, die sich in einigen großen europäischen Staaten zugunsten der Griechen geltend machten. Diese Sympathien beständen heute noch fort, wenn auch in vermindertem Maße, dieselben würden aber in einem für den Weltfrieden gefährlichen Grade wieder zunehmen, sobald bekannt werde, daß christliche Bevölkerungen mit Zustimmung christlicher Mächte der mohammedanischen Herrschaft von neuem unterworfen werden sollten. Für die eine Hälfte der Großmächte, deren Regierungen von der Volksstimmung abhängen, sei es aus Gründen innerer Politik einfach unmöglich, einer solchen Ausbreitung der muselmännischen Herrschaft zuzustimmen; durch diesen Umstand werde aber die Haltung auch der übrigen Kabinette festgelegt, weil diese eine Spaltung des europäischen Konzerts, die fast gleichbedeutend mit einem europäischen Kriege sein würde, vermeiden wollten. Das größte Interesse an dessen Vermeidung habe aber der Sultan. Seinem klaren politischen Blick werde die Gefahr nicht entgangen sein, daß auf seine Kosten die Kriegführenden sich schließlich vertragen werden. Euere Majestät könnten deshalb Allerhöchst Ihrer guten Gesinnung für den Sultan keinen praktischeren und zeitgemäßeren Ausdruck geben als durch den Rat, daß der Sultan sein Augenmerk ausschließlich auf die Erhaltung seines gegenwärtigen Besitzstandes sowie auf möglichste Abstellung solcher Mißstände im Innern richte, deren Fortdauer sonst binnen kürzester Frist seinen Feinden neuen Anlaß für Aufreizungen und Vorwände für Anzettelung von Unruhen bieten würde. Diesem Gedankengange folgend rieten Euere Majestät insbesondere auch auf das dringendste, während der Dauer der unter allen Umständen nur provisorischen Okkupation Thessaliens die türkischen Befehlshaber verantwortlich für eine unnachsichtige Handhabung der Disziplin zu machen, namentlich auch dafür, daß nicht etwa noch im letzten Augenblick bei der Rückkehr der türkischen Truppen in die Heimat Ausschreitungen begangen würden, deren Rückwirkungen in Europa geradezu unberechenbar seien.

Euere Majestät seien weit entfernt, die Schwierigkeiten zu verkennen, welche dem Sultan nach dem erfolgreichen Kriege durch die Stimmung eines Teiles seiner mohammedanischen Untertanen bereitet würden, nach Allerhöchstdero Ansicht fielen diese Schwierigkeiten jedoch für die Entscheidungen des Sultans bedeutend weniger ins Gewicht als die vorstehend kurz angedeuteten Gefahren.

Fürst v. Hohenlohe

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 13/VI 97 W.

Nr. 3240

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 4. Juli 1897

Der russische Botschafter überbrachte heute endlich die Antwort auf die vor acht Tagen von uns gestellte Anfrage betreffend die Haltung der Mächte in der Abgrenzungsangelegenheit.*

Die russische Regierung erklärt sich dafür, daß der letzte von den militärischen Spezialisten ausgearbeitete und von den Botschaftern an die Pforte übermittelte Abgrenzungsentwurf energisch von sämtlichen Mächten unterstützt, und daß die Pforte kategorisch aufgefordert werde, den Verhandlungen nicht ferner Hindernisse in den Weg zu legen. Graf Sacken ließ durchblicken, daß die russische Regierung die Hoffnung hege, der deutsche Botschafter werde möglichst bald in diesem Sinne instruiert werden.

Rotenhan

Nr. 3241

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Nr. 176 Berlin, den 4. Juli 1897

Ew. ersuche ich ergebenst, gemeinsam mit Ihren Kollegen kategorisch dem von der Pforte neuerdings befolgten Obstruktionsverfahren entgegenzutreten und endgültig zu erklären, daß der letzte Abgrenzungsentwurf** das äußerste denkbare Maß europäischen Entgegenkommens darstellt.

Gleichzeitig können Ew., falls Sie sich davon einen Nutzen versprechen, dem Sultan auf vertraulichem Wege mitteilen lassen, daß Seine Majestät der Kaiser, auf dessen Bemühungen manches in der heutigen unerwartet günstigen Lage der Türkei zurückzuführen sei,

---

* Bei der Friedensvermittlung durch die Botschafter der Großmächte bereitete die größte Schwierigkeit von Anfang an die Frage der von der Türkei geforderten Gebietsabtretung in Thessalien, die die Botschafter nur in der Form einer strategischen Grenzregulierung zugestehen wollten. Die Militärattachés der Mächte arbeiteten darüber mehrere Projekte aus (vgl. „Das Staatsarchiv" Bd. 62, S. 202 f., 209 f.), deren letztes von den Botschaftern eindringlichst am 3. Juli der Pforte zur Annahme empfohlen wurde.

** Vgl. Nr. 3248.

die Ansprüche der türkischen Unterhändler für gänzlich unerfüllbar halte und den Sultan nicht weiter unterstützen könne.

Rotenhan

Nr. 3242

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow*, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Semmering, den 8. Juli 1897

Ich teile vollkommen die Ansicht, daß orientalisches Problem für uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist und unter gegenwärtigen europäischen Verhältnissen vor allem dazu dienen soll, den Russen zu zeigen, wie wir in orientalibus größere Bewegungsfreiheit haben als die Franzosen und in dieser oder jener Richtung weiter mit ihnen gehen können als andere. Schon deshalb dürfen wir meines Erachtens unsere Orientpolitik nicht gegen Rußland festlegen, auch nicht im türkenfreundlichen Sinne. Es würde dies nicht nur Herrn Hanotaux, sondern auch dem englischen Hofe und der Kaiserin-Mutter von Rußland die Möglichkeit bieten, Kaiser Nikolaus mißtrauisch gegen uns zu machen, und könnte bei den selbst in Rom und Wien vorhandenen antitürkischen Velleitäten, und wo die europäische öffentliche Meinung überwiegend die Unterwerfung christlicher Bevölkerungen unter mohammedanische Herrschaft perhorresziert, die Keime einer künftigen europäischen Koalition gegen uns legen.

Bülow

Nr. 3243

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Nr. 190 Berlin, den 12. Juli 1897

Der russische Botschafter hat hier folgende Note des Grafen Murawiew mitgeteilt:

„En réponse à la notification qu'est venu me faire l'Ambassadeur de Turquie de la nouvelle circulaire turque**, je lui ai déclaré que la Turquie, en présence des nombreux témoignages des dispositions amicales de la Russie, ne pouvait en douter, le Cabinet Impérial était d'autant plus autorisé à ne pas lui cacher que dans la question de la

* Botschafter von Bülow war am 19. Juni „zur stellvertretungsweisen Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs" designiert worden; die Ernennung erfolgte aber erst am 6. August, die Übernahme des Amts am 14. August.

** Vom 7. Juli. Siehe: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 213ff.

frontière en Thessalie, l'Empereur était fermement résolu à maintenir l'accord établi entre les Grandes Puissances et formulé dans la notification faite solidairement par les Ambassadeurs à Constantinople. Après avoir, en toute circonstance et dans la mesure du possible, soutenu la Turquie, nous ne saurions lui donner actuellement que le conseil sincère et réellement amical de se conformer sans retard aux vœux des Grandes Puissances, — toutes les résistances et lenteurs devant infailliblement entraîner les conséquences les plus dangereuses pour l'Empire Ottoman. Veuillez communiquer cette réponse au Cabinet de Berlin."

Die russische Regierung bittet, daß Euer pp. angewiesen werden möchten, diese Sprache des russischen Vertreters zu unterstützen. Nach eingeholter allerhöchster Genehmigung habe ich diese Anregung dahin beantwortet, daß es zu dem von der russischen Regierung verfolgten Zweck keiner neuen Instruktion an Ew. bedürfe, sondern nur der einfachen Bezugnahme auf die Instruktion, die Ew. am 14. v. Mts.* und zwar auch damals mit ausdrücklicher allerhöchster Genehmigung erhalten hätten.

In der Tat deckt jene Direktive vom 14. v. Mts. sich mit dem Inhalt der neuesten russischen Äußerung. Ew. ersuche ich daher, im allerhöchsten Auftrage nochmals dem Sultan in der Ihnen geeignet scheinenden Form ernste Vorstellungen zu machen und ihm keinen Zweifel zu lassen über die Gefahren, denen er sich durch Aufrechthaltung seiner übertriebenen Ansprüche aussetzen würde. Ew. wollen dabei hervorheben, daß diese allerhöchste Direktive ergangen ist, nachdem der Inhalt des neuesten türkischen Zirkulars zur Kenntnis Seiner Majestät gebracht worden war.

Rotenhan

Nr. 3244

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Privat — Berlin, den 12. Juli 1897

Das heutige Telegramm 190** ist geeignet, dem Sultan eine etwa noch vorhandene Hoffnung, daß unser Kaiser zugunsten der türkischen Ansprüche diplomatisch intervenieren könnte, endgültig zu nehmen. Der Kaiser hat jetzt wieder positiv erklärt, daß er sich von Rußland in dieser Frage nicht trennt. Wenn Rußland im äußersten Fall

---

* Vgl. die Immediateingabe Hohenlohes vom 12. Juni (Nr. 3239), auf deren Grund die Instruktion für Saurma vom 14. Juni aufgesetzt wurde.
** Siehe Nr. 3243.

Ernst macht — was nach heutigem Petersburger Telegramm Graf Murawiew dem türkischen Botschafter bereits angedeutet hat —, so geschieht das, weil die russische Regierung fest überzeugt ist, daß wir sie dabei nicht hindern werden.

Der Sultan hat niemals Anlaß gehabt, aus unserer Haltung die Vermutung herzuleiten, daß wir uns mit ganz Europa würden entzweien wollen, um die Unterwerfung christlicher Bevölkerungen unter die Türkenherrschaft durchzusetzen. Durch sein Festhalten an einer Territorialforderung, die ihm der Kaiser von Anfang an dringend widerriet, weil sie nach der Anschauung von ganz Europa unzulässig ist, hat der Sultan seine Stellung schon wieder verschlechtert; aber eine viel größere Verschlechterung ist in nächster Zukunft vorauszusehen, wenn er jetzt nicht schnell nachgibt. Der Sultan hat die politische Möglichkeit, Widerstand zu leisten, nur in solchen Fragen, wo Europa geteilt ist und die Mächte sich gegenseitig hindern. Jetzt aber hat der Sultan den bei einem sonst weitsichtigen Staatsmann überraschenden Mißgriff getan, eine Frage zum Widerstande auszuwählen, wo von Anfang an kein Zweifel über die Einigkeit Europas bestehen konnte. Der Deutsche Kaiser, der wahrscheinlich von allen Herrschern Europas die meiste Sympathie für den Sultan hegt, hat dieselbe dadurch betätigt, daß er von Anfang an wiederholt und dringend vor diesem Ausbreitungsprojekte warnte.

Vorstehendes sind praktische Betrachtungen zu eindringlicher Verwendung für Sie. In zweifelhaften Fällen gehen Sie immer am sichersten, wenn Sie das Petersburger Regierungsprogramm unterstützen. Gegen die persönlichen Ideen des Herrn Nelidow hat Seine Majestät einiges Mißtrauen. Am schlechtesten ist aber Currie angeschrieben.

Holstein

Nr. 3245

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 13. Juli 1897

In der Frage der türkisch-griechischen Friedensverhandlungen herrscht unter den Mächten Einigkeit darüber, daß den Türken nur eine Grenzberichtigung von höchstens ein paar Quadratmeilen etwa bis zum Nezerosee zu bewilligen ist. Die türkischerseits geforderte Peneusgrenze ist einstimmig verweigert worden. Der Kaiser von Rußland hat dem Sultan, welcher sich an ihn wie auch an andere Souveräne gewandt hatte, geantwortet, die gewünschte Gebietserweiterung sei unmöglich, und durch ein Festhalten an derselben würde der Sultan ernste Gefahren über die Türkei heraufbeschwören.

Die russische Regierung teilte hier den Wortlaut der Antwort

mit und bat, daß der deutsche Botschafter in Konstantinopel angewiesen werde, die gleiche Sprache zu führen. Nach eingeholter allerhöchster Genehmigung haben wir zustimmend geantwortet mit dem Hinzufügen, daß hierfür keine neue Instruktion, sondern lediglich eine Bezugnahme auf diejenige Direktive erforderlich sei, welche Herr von Saurma bereits am 14. v. Mts. bekommen habe*. Schon damals sei er angewiesen worden, den Sultan in eindringlicher Sprache darauf hinzuweisen, wie sehr er seine Lage durch übertriebene Territorialansprüche gefährden würde.

Unser allergnädigster Herr glaubt, daß der Sultan, von einer demselben feindlichen Seite insgeheim zum Widerstande ermutigt, schwerlich nachgeben werde, solange er nicht die Überzeugung gewonnen habe, daß eine oder mehrere Mächte das europäische Programm nötigenfalls mit Gewalt durchdrücken würden.

Falls bei Besprechung etwaiger Gewaltmaßregeln Graf Goluchowski fragen sollte, wie wir uns zu denselben und zu einer etwaigen Festsetzung Rußlands in den Meerengen stellen, würde wohl die Antwort genügen,

1. daß wir selber keine maritimen Machtmittel zur Stelle haben, welche bei Forcierung der Meerengen verwendbar sein würden, daß auch zur aktiven Beteiligung die Frage eine für uns zu fernliegende ist,

2. daß wir aber keinenfalls diejenigen Mächte, welche dem europäischen Programm Achtung verschaffen wollen, darin behindern werden,

3. daß eine Festsetzung der Russen in den Meerengen durch den Inhalt der in Petersburg zwischen Graf Goluchowski und Graf Murawiew vereinbarten Abmachung** außer Frage gestellt ist. Auch stimmen alle uns bekannten Nachrichten und Anzeichen darin überein, daß die russische Politik gegenwärtig sich nicht auf eine Balkanaktion von größerem Umfange richtet. pp.

Holstein

Nr. 3246

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 195 Berlin, den 14. Juli 1897

Die in Ew. Telegramm Nr. 394 erwähnte Eröffnung an die Pforte*** ist in der schließlich vereinbarten Form kaum geeignet, für sich allein

* Vgl. Nr. 3243, S. 427, Fußnote *.
** Vgl Kap. LXXIX, Nr. 3126.
*** Nach Saurmas Telegramm Nr. 394 vom 13. Juli wäre unter den Botschaftern ursprünglich eine Eröffnung an die Pforte vereinbart gewesen, wonach sie, falls

dem Sultan den Ernst seiner Lage klarzumachen. Ew. wollen daher dem Sultan vor der nächsten Sitzung nochmals sagen lassen, daß in der Beurteilung der Grenzfrage alle Mächte einig sind, daß er daher für den Fall eines gegen ihn gerichteten navalen oder militärischen Einschreitens auf keinerlei Unterstützung, selbst nicht diplomatische, zu rechnen hat. Die Tatsache, daß Ew. diese Vorstellung gemacht haben, brauchen Ew. Ihren Kollegen nicht zu verheimlichen.

Rotenhan

Nr. 3247

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 185 St. Petersburg, den 14. Juli 1897

Heute Graf Murawiew im Sinne des Telegramms Nr. 194* gesprochen. Derselbe hat die Empfindung, daß England darauf ausgehe, Anwendung von Koerzitivmaßregeln gegen die Pforte zu provozieren. Er seinerseits habe dem türkischen Botschafter bezüglich der Zirkularnote der Pforte** in zwar sehr ernster und nachdrücklicher, aber dabei in durchaus wohlwollender Weise und als Freund der Türkei gesprochen. Er habe indes nichts gesagt, was auf eine Möglichkeit von Koerzitivmaßregeln schließen lassen könnte, wie es die Engländer scheinen interpretieren zu wollen.

Durch Anwendung von Koerzitivmaßregeln werde das Aufrollen der ganzen orientalischen Frage und eine allgemeine Konflagration unvermeidlich werden.

Radolin

Nr. 3248

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Mumm von Schwarzenstein

Eigenhändig. Unsigniert

Berlin, den 16. August 1897

Als es sich um die Einleitung der Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland handelte, erteilte letzteres den Großmächten das bindende Mandat, den Friedenspräliminarvertrag im Na-

---

die Pforte nicht bis zu einem bestimmten Termin eine zufriedenstellende Antwort hinsichtlich der Friedensbedingungen geben sollte, ihren Regierungen raten würden, mit Koerzitivmaßregeln gegen die Türkei vorzugehen.

* Durch Telegramm Nr. 194 vom 12. Juli war Radolin von den an den Botschafter in Konstantinopel ergangenen Direktiven (vgl. Nr. 3243) verständigt worden.

** Siehe: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 213ff.

men Griechenlands mit der Türkei abzuschließen. Der türkische Minister des Äußern seinerseits stellte als Bedingung, sei es für Einstellung der Feindseligkeiten zum Zwecke des Abschlusses eines Waffenstillstandes, sei es für den Friedensschluß selbst, nachstehende fünf Punkte auf:

„1. Die Einstellung der Feindseligkeiten ist abhängig von einem vorher abzuschließenden Waffenstillstand sowie von der sofortigen Öffnung der Häfen von Prevesa und Volo für alle für die kaiserliche Armee bestimmten Zufuhren zur See.

2. Wiederherstellung der türkisch-griechischen Grenze vor dem Berliner Kongreß.

3. Zahlung einer Kriegsentschädigung von 10 Millionen Pfund türkisch.

4. Da durch den Kriegszustand die Verträge mit Griechenland aufgehoben sind, wird deren Erneuerung nach den allgemeinen Grundsätzen des internationalen Rechts stattfinden (d. h. Aufhebung der Kapitulationen für Griechenland).

5. Abschluß eines Auslieferungsvertrags für gemeine Verbrechen.“

Die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen, welche Mitte Mai ihren Anfang nahmen, bildete die Feststellung der Grenze, da die Türkei darauf bestand, das von ihr besetzte Thessalien zu behalten, während die Mächte ihr nur eine strategische Grenzregulierung zugestehen wollten. Durch starken politischen Druck wurde die Türkei schließlich bewogen, sich dem Willen der Großmächte zu fügen.

Eine zweite größere Schwierigkeit bildete die Kriegsentschädigungsfrage, da die türkische Regierung auf der Gewährung ausreichender Garantien bestand. An diesem Punkte setzte unsere Politik ein, um zu verhindern, daß die Lage der ohnehin schon so schwer geschädigten deutschen Gläubiger Griechenlands noch mehr verschlechtert wurde. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß nur durch Einführung einer internationalen Finanzkontrolle sowie durch Herbeiführung eines Ausgleichs mit den alten Gläubigern für Griechenland die Aufbringung einer neuen Anleihe ermöglicht werden könne, bestand der Kaiserliche Vertreter in Konstantinopel auf der Einfügung einer Klausel in den Friedenspräliminarvertrag, welche den alten Gläubigern die Priorität ihrer Ansprüche sicherte und für die zum Dienste der alten und der neuen Schuld bestimmten griechischen Staatseinnahmen die Kontrolle durch Delegierte der Mächte einführte. Da Freiherr von Saurma die Aufnahme dieser Klausel als conditio sine qua non unserer ferneren Beteiligung an den Friedensverhandlungen hinstellte, gelang es, wenngleich unter großen Schwierigkeiten, den Widerstand der übrigen Großmächte zu überwinden und die Finanzkontrolle durchzusetzen.

Außerdem verlangte aber die Türkei als weitere Garantie für die prompte Zahlung der Kriegsentschädigung das Recht, Thessalien so-

lange besetzt zu halten, bis die Kriegsentschädigung gezahlt oder in unantastbarer Weise sichergestellt sein würde. Die erste Fassung, welche die Botschafter dem betreffenden Artikel VI gaben, und die in Abschrift hier beigefügt ist, genügte der Pforte nicht*. Hierauf wurde von den Botschaftern — anscheinend unter Mitwirkung des englischen — eine neue Fassung vereinbart, welche Tewfik Pascha mit dem Anheimstellen übergeben wurde, zunächst die Zustimmung seiner Regierung beizubringen. Diese zweite Fassung** ist von der türkischen Regierung angenommen worden, während von den Großmächten alle Regierungen außer der englischen bisher zugestimmt haben. Über die Haltung der letzteren gibt das hier beigefügte Telegramm des Freiherrn von Saurma*** Aufschluß. Die Kaiserliche Regierung, welche keinerlei Interesse hat, die türkische Regierung unter Preisgabe der Früchte ihres Siegs zu einer voreiligen Räumung Thessaliens zu drängen, ist in der Lage, die Weiterentwickelung der Angelegenheit mit Ruhe abzuwarten, und kann es der englischen Regierung überlassen, ob und wie dieselbe es unternehmen will, ohne Unterstützung der übrigen Großmächte die türkische Regierung zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Diesseits ist dem Freiherrn von Saurma auf seine Meldung von der Haltung der englischen Regierung erwidert worden, daß sich schwerlich eine kontinentale Macht bereitfinden lassen würde, Koerzitivmaßregeln gegen die Türkei zu empfehlen, nachdem die Annahme des von allen Kontinentalmächten und vom Sultan angenommenen Artikels VI lediglich durch die von Sonderzwecken geleitete englische Politik verhindert worden sei. †

In der Anlage ist ein Abdruck des Friedensvertrags (mit der neuesten, von England bisher nicht angenommenen Fassung des Artikels VI ††), sowie ein Bericht des Freiherrn von Saurma mit der Beschreibung der geplanten neuen Grenze beigefügt.

Nr. 3249

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 239 St. Petersburg, den 18. August 1897

Graf Murawiew teilte mir seine gestrige Euerer Durchlaucht bereits bekannte Zirkularnote mit, in welcher er zum Schluß . . . . . †††,

* Vorschlag und Gegenvorschlag siehe: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 231 f.

** Siehe: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 230, 234, 235.

*** Nach dem Telegramm Saurmas Nr. 440 vom 14. August hätte sich der englische Botschafter Sir Philip Currie kategorisch geweigert, der neuen Fassung des Artikels VI zuzustimmen.

† Vgl.: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 235 (Nr. 11911).

†† Siehe: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 235 (Nr. 11910).

††† Gruppe fehlt; vermutlich: ausführt.

daß, wenn England in seiner isolierten Haltung* verharren sollte, die übrigen Großmächte ohne Englands Beteiligung die Friedenspräliminarien unterzeichnen könnten. Der Minister legt den größten Wert auf unverzügliche Unterzeichnung des Präliminarvertrags, da sonst auch schon durch die unvermeidliche Verlängerung der Besetzung Thessaliens der Wiederausbruch von Feindseligkeiten nicht unmöglich wäre und die Folgen unabsehbar werden könnten. Er hat den Verdacht, Englands Bemühen ist, den Friedensschluß nach Möglichkeit zu hindern oder in die Länge zu ziehen. Graf Murawiew meint aber, daß, wenn die Kontinentalmächte fest blieben, England wohl schließlich nachgeben würde.

Radolin

Nr. 3250

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Wilhelmshöhe

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 20. August 1897

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich bezüglich der türkisch-griechischen Friedensverhandlungen alleruntertänigst, daß ich Euerer Majestät Allerhöchstem Befehle entsprechend die russische Regierung noch von Wilhelmshöhe aus davon verständigt hatte, daß Euere Majestät gewillt seien, dem russischen Vorschlag — Unterzeichnung der Friedenspräliminarien ohne England — beizutreten, sofern, wie Euere Majestät dies hofften, derselbe auch von den übrigen Kontinentalmächten akzeptiert würde.

Über die Haltung der anderen kontinentalen Kabinette liegen positive Meldungen bisher nicht vor. Dagegen hat der englische Botschafter im Auftrage seiner Regierung heute ein Memorandum** hier übergeben, worin die Befürchtung ausgesprochen wird, daß Griechenland vielleicht nicht in der Lage sein würde, die ausbedungene Kriegsentschädigung zu zahlen, und daß alsdann die türkische Besetzung von Volo und Larissa einen endgültigen Charakter annehmen würde. Ehe daher die englische Regierung der vorgeschlagenen Fassung des die Räumung regelnden Artikels 6 zustimmen könne, lege dieselbe Wert darauf, die Zustimmung der griechischen Regierung zu der vor-

* Vgl. Nr. 3248, S. 432, Fußnote***.
** Siehe: Das Staatsarchiv, Bd. 62, Nr. 11911, S. 235f.

geschlagenen Finanzkontrolle zu erhalten und hiernach durch Befragung finanzieller Autoritäten festzustellen, ob auf Grund der Finanzkontrolle das zur Tilgung der Kriegsschuld erforderliche Anlehen werde aufgebracht werden können.

Da eine allzu schroffe Ablehnung der englischen Anregung nach einer neuerlichen Meldung von Euerer Majestät Botschafter in London möglicherweise Lord Salisbury zu dem Versuch bestimmt haben würde, in Gemeinschaft mit einer oder zwei anderen Mächten eine griechische Anleihe zu garantieren[1] — ein Versuch, dessen Gelingen unsere für die Aufnahme der Finanzkontrolle in den Friedensvertrag geltend gemachten Gründe hinfällig gemacht haben würde —, habe ich Sir Frank Lascelles erwidert, daß ich mir eine endgültige Antwort bis nach genauerer Prüfung seines Vorschlags vorbehalten müsse. Inzwischen könne ich dem Botschafter aber nur meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß die englische Regierung nunmehr auch ihrerseits endlich unsere Auffassung von der Notwendigkeit der Finanzkontrolle teile. Bezüglich der von England vorgeschlagenen Anfrage bei der griechischen Regierung könne ich mich indessen des ernsten Bedenkens nicht erwehren, daß es bei dem Nationalcharakter und der Stimmung des griechischen Volkes einer griechischen Regierung schwer fallen würde, die Finanzkontrolle ausdrücklich zu akzeptieren, da bei einer solchen Erklärung König Georg für seinen Thron, die Minister für ihre Portefeuilles und Herr Delyannis für seine Stellung als Leiter der oppositionellen Kammermehrheit fürchten würden. Wichtiger scheine es mir, wenn die Mächte in Athen nicht anfragten, sondern auf Grund des ihnen seinerzeit zum Abschluß des Präliminarfriedensvertrags erteilten Mandats die Annahme des gesamten Friedenspräliminarvertrags einschließlich der Finanzkontrollklausel von der griechischen Regierung verlangten[2]. Dann sei die bittere Pille der Kontrolle in die Kapsel des Friedensvertrags eingewickelt und dadurch leichter verdaulich. Sir Frank Lascelles wird vorstehendes sofort zur Kenntnis seiner Regierung bringen.

Im übrigen kann Euerer Majestät Regierung, wie ich glaube, mit Ruhe die weitere Entwickelung der Ereignisse abwarten. Daß Griechenland ohne Einführung der Finanzkontrolle Geld zur Bezahlung der Kriegsschuld finden sollte, ist wenig wahrscheinlich. Solange aber die Kriegsschuld nicht gezahlt oder absolut sichergestellt ist, werden die Türken schwerlich Thessalien räumen. Mit ihrem Widerspruch gegen die Unterzeichnung des Präliminarfriedensvertrags erreicht also die englische Regierung vorderhand lediglich das Gegenteil dessen, was sie zu wollen vorgibt[2], indem der Termin der Räumung hinausgeschoben wird. Es ist sonach, wenn die übrigen Großmächte — insbesondere Rußland — fest bleiben, nicht ausgeschlossen, daß die englische Regierung ihren Widerspruch, welchen sie nach einer vertraulichen Äußerung von Sir Frank Lascelles in erster Linie mit Rück-

sicht auf die öffentliche Meinung[3] des eigenen Landes erhoben haben dürfte, allmählich abschwächen wird.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist bereits erfolgt und mißlungen.
[2] richtig
[3] immer das alte Lied. Das geht uns andre gar nichts an! Wir haben auch unsre öffentliche Meinung und die unsrer Gläubiger und die haben Anspruch auf unsre Berücksichtigung!

Nr. 3251

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

St. Petersburg, den 20. August 1897

Ich habe dem Grafen Murawiew Mitteilung von dem Inhalt des Telegramms Nr. 258* gemacht.

Derselbe glaubt jetzt nicht mehr, daß alle Kontinentalmächte beistimmen würden, England auszuschließen, und fügte vertraulich hinzu, daß er Grund habe anzunehmen, daß Italien und in zweiter Linie Österreich sich dieser Idee nicht anschließen würden. Er habe von privater Seite, wie er mir sagt, aber ohne sich dafür verbürgen zu wollen, aus Paris die Nachricht, französische Geldleute seien bereit, sofort eine Million Pfund Sterling Griechenland vorzustrecken. Er glaube, England leite unzweifelhaft eine Campagne à outrance gegen Deutschland ein und setze alles daran, um die Annahme unserer Vorschläge zu vereiteln (er habe auch das Gefühl, daß England selbst die Kontrolle durch die Regierungen nicht akzeptieren würde), und sagte dann wörtlich: „Je crois qu'il serait de l'intérêt et de la dignité de l'Allemagne de faciliter aux Grecs de trouver de l'argent n'importe où."

Gegenüber dem bisherigen Optimismus des Grafen Murawiew fällt es meinen Kollegen und mir auf, wie besorgt er die Entwickelung der Dinge im Orient in den letzten Tagen ansieht. Die neuerdings zutage getretenen Unruhen in Armenien, die Bombenattentate in Konstantinopel**, sowie die systematisch vorgenommenen Verstärkungen der Garnisonen Englands in Kreta bestärken den Minister in dem Verdacht, daß England aufs neue versucht, Unruhen hervorzurufen und

---

* Durch Telegramm Nr. 258 vom 19. August war Radolin von der Zustimmung des Kaisers zu dem russischen Vorschlag (vgl. Nr. 3243), „sofern derselbe von den übrigen Kontinentalmächten akzeptiert wird", verständigt worden.
** Siehe Kap. LXXIII.

bei Verfolgung seiner Sonderinteressen andere in den Krieg zu verwickeln. Schon deshalb halte er den möglichst schnellen Abschluß des Friedens für dringend wünschenswert.

Radolin

Nr. 3252

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Koblenz

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 31. August 1897

Euerer Majestät Botschafter in St. Petersburg telegraphiert von gestern abend:

„Ich habe heute nochmals Gelegenheit genommen, den Grafen Murawiew im Sinne meiner früheren Weisungen darauf aufmerksam zu machen, daß jede unsere Gläubiger schädigende Abweichung von dem ursprünglichen Programm und von der einzuführenden Kontrolle unsere Nichtweiterbeteiligung zur Folge haben würde. Auch habe ich ihm deutlich durchblicken lassen, daß sein neuestes Verhalten* im Widerspruch mit seinem Vorschlage stehe, gegebenenfalls ohne England die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen. Er versicherte mich, daß ihm nichts ferner läge, als im Widerspruch mit uns zu handeln. Die ganz private und vertrauliche Demarche in Athen** hätte nur den Zweck, England eine goldene Brücke[1] zu bauen und ihm den Vorwand zu nehmen, sich zu isolieren, was, wie er wiederholte, manche Gefahr namentlich für die Mittelmeerstaaten haben könnte, so zum Beispiel die Besetzung der Sudabai. Er hätte sich übrigens mit Herrn Hanotaux auch dahin verständigt, daß, wenn dieser vertrauliche Schritt keine Wirkung hätte, sowohl Frankreich wie Rußland bereit wären[2], ohne England die Präliminarien zu unterzeichnen. Graf Murawiew glaubte, nicht gegen die Intentionen der Kaiserlichen Regierung zu handeln, indem er versucht habe, die englische Empfindlichkeit ohne nachteilige Folgen für die anderen Mächte zu schonen[3]. Graf Murawiew fügte hinzu, er glaube, daß die französische und russische Demarche, die eigentlich eine versteckte mise en demeure enthält, in Athen gut gewirkt hätte, denn die Meldungen von dort ließen erkennen,

---

* Vgl. Nr. 3251.

** Vgl. „Das Staatsarchiv" Bd. 61, Nr. 11 634, S. 207 f. Es handelte sich, nachdem England wiederholt darauf bestanden hatte, daß zunächst Griechenland wegen der Einrichtung der Finanzkontrolle befragt werden solle (vgl. „Das Staatsarchiv" Bd. 62, Nr. 11 911 und 11 914, S. 235 f., 237), um eine offiziöse Anregung dieser Angelegenheit in Athen durch Rußland und Frankreich. Die Anregung führte dann am 7. September zur Annahme der Finanzkontrolle durch Griechenland, die die deutsche Regierung als conditio sine qua non der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien bezeichnet hatte.

daß dieselbe von Griechenland günstig aufgenommen worden sei. Eine weitere Folge derselben wäre, daß Lord Salisbury einer weicheren Stimmung gefolgt sei und immer mehr einlenke. — Der russische Geschäftsträger* schreibt etwa folgendes:

‚Lord Salisbury à qui j'ai parlé ne voit pas d'objection à la communication privée de la France et de la Russie à Athènes, il aurait préféré cependant une action commune des six Puissances. Lord Salisbury ajouta si la Grèce refuse et ne se soumet pas à la volonté des Puissances, l'Angleterre sera dégagée de toute responsabilité vis-à-vis de la Grèce et que la Grèce n'aura plus à compter sur l'Angleterre[4].'

Lord Salisbury hätte auch die Idee gehabt, daß, wenn Griechenland im gewünschten Sinne nachgibt, eine Kommission von drei Delegierten zur Kontrolle einzusetzen sein würde. Rußland und Frankreich sollen ein, England und Italien ein zweites und Deutschland und Österreich ein drittes Mitglied dieser Kommission entsenden. Der Minister schien sich nicht äußern zu wollen, welche Stellung er hierzu nimmt. — Graf Montebello aber, den ich kurz darauf sah, hält die Idee der obigen Gruppierung für nicht praktisch. Graf Murawiew äußerte sich mir gegenüber streng vertraulich, daß England jetzt bestrebt sei, sich Deutschland möglichst zu nähern[5]. Seine bisherige oppositionelle Stellungnahme führe er nach seinen letzten Beobachtungen weniger auf direkten Antagonismus gegen Deutschland als auf Rückendeckung gegen zukünftige parlamentarische Angriffe zurück[6]."

Ich habe mich hier gegenüber Graf Osten-Sacken gestern mittag nochmals nachdrücklich nach Maßgabe und im Sinne Euerer Majestät Allerhöchster Befehle über die Frage der Friedenspräliminarien und der Finanzkontrolle ausgesprochen[7].

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Unsinn! sondern weil Hanotaux es so gewollt hat

[2] Russland war es schon! Da von ihm der Vorschlag ausging. Hanotaux hat also versucht Mour[awiew] zu einem Sondervergnügen mit England einzufangen, was soweit geglückt war, bis wir ihm vor die Schienbeine getreten. Nun macht er mit und damit Gallia auch.

[3] warum that er das nach seinem Vorschlage? weil er unser Jawort London gegenüber verwerten wollte um uns mit England ganz zu brouilliren. Der Fuchs! Radolin soll ihm offen und derb die Wahrheit wie jetzt, sagen und sich durch nichts imponiren lassen. Wird unsre bereits von Allen gebilligte Haltung nicht von ihm respektirt, dann treten wir zurück! Und lassen ihn solotanzen.

[4] ist jedenfalls ein sehr offenes Eingeständniß der kräftigen Unterstützung die Albion seither an Athen hat angedeihen lassen.

[5] So? Na da hat es kuriose Wege eingeschlagen

[6] ! Mourawiew lügt wie bezahlt weil wir ihn in der letzten Affaire ertappt haben! Denn den Unsinn glaubt er selbst nicht

[7] gut.

---

* P. M. Lessar.

Nr. 3253

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Budapest, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 35 Budapest, den 20. September 1897
Ganz geheim

Seine Majestät der Kaiser und König haben aus Bellye nachstehendes Telegramm an Seine Majestät den Kaiser Franz Joseph nach Budapest gesandt:

„Auf die erfreuliche Nachricht aus Stambul hin kann ich mir es nicht versagen, Dir meine Freude über den Abschluß der Präliminarien* auszudrücken. Nicht zum geringsten ist es Deinen weisen Ratschlägen zu danken, daß das Werk gefördert ward. Vor allem aber hat sich unser Bund in vollster Stärke bewährt; und haben die Großmächte des Kontinents Europa zum ersten Male der Welt das Bild des geschlossenen Eintretens für ihre Interessen und die des Friedens gezeigt. Möge es immer so bleiben! Das walte Gott!“

An Seine Majestät den Kaiser von Rußland hat unser allergnädigster Herr das nachfolgende Telegramm nach Spala gerichtet:

„Let me express to You my sincerest congratulations on the signing of the preliminary peace. Thanks to Your loyal and strait forward policy, the continental powers have shown that they are seriously bent upon keeping the peace of Europe undisturbed and they have prevailed. Best love to Alix. I killed 6 remarkable fine stags.“

Seine Majestät Franz Joseph hat geantwortet: „Sehr gerührt über Dein soeben erhaltenes Telegramm versichere ich Dich, daß ich nicht nur Deine Befriedigung über den Abschluß der Präliminarien in Konstantinopel teile, sondern mich auch aus ganzem Herzen Deinem Wunsche anschließe, daß mit der Hülfe des Allmächtigen unser Bund im Verein mit den übrigen Mächten sich stets im Sinne seiner friedlichen Tendenzen erfolgreich bewähren möge.“

Seine Majestät der Kaiser von Rußland hat nachstehendes erwidert:

„Also congratulate You warmly on the signing of the preliminary peace, I hope this will be a good proof and example in the future how usefull and necessary it is for the continental powers to stand firmly upon their own opinion. Your shooting in Bellye was splendid. Weidmannsheil.“

Bülow

* Der Text des Präliminarfriedens ist abgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 61, S. 214ff. Der definitive Friede zwischen Griechenland und der Türkei wurde am 4. Dezember in Konstantinopel unterzeichnet.

Kapitel LXXXI

Die Kretafrage 1898

Dissonanzen im Europäischen Konzert



Nr. 3254

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 323 Pera, den 25. Dezember 1897
Vertraulich

Bei der Kürze meines Hierseins wird es begreiflich erscheinen, daß meine bisherigen Eindrücke über politische Dinge und politische Personen vornehmlich den Wahrnehmungen entstammen, zu denen mir die zahlreichen und regelmäßig langandauernden Botschafterkonferenzen Anlaß gegeben haben. Da wir bisher fast ausschließlich die griechische und die kretische Frage* behandelten und bei der vielfach akademi-

---

* Durch den Abschluß des griechisch-türkischen Friedens (4. Dezember 1897) hatten weder die griechische noch die kretische Frage (vgl. Kap. LXXVII und Kap. LXXX) ihre definitive Erledigung gefunden. In bezug auf erstere erhoben sich sofort neue Schwierigkeiten wegen der Räumung Thessaliens durch die türkischen Truppen. Nach Artikel II und VI des griechisch-türkischen Präliminarfriedens sollte die Räumung nach der Bezahlung der Kriegsentschädigung im Betrage von 4 Millionen türkischer Pfund eintreten; doch machten sich auf französischer und russischer Seite Bestrebungen geltend, die auf eine Umgehung dieser Bestimmung abzielten. Anlaß dazu bot der griechischerseits geäußerte Wunsch nach einer teilweisen Räumung Thessaliens, nachdem die Ottomanbank und die Deutsche Bank vorschüssig etwa den vierten Teil der Kriegsschuld an die von den Mächten eingesetzte Internationale Kommission entrichtet hatten. Die Pforte lehnte indessen diese Zumutungen völlig ab, nicht zuletzt auf Grund eines deutschen Ratschlags, sich nicht auf eine Abweichung von den klaren Bestimmungen des Friedensvertrags einzulassen. Telegramm Bülows an Marschall Nr. 384 vom 29. Dezember 1897.
Bei der kretischen Frage, die im Dezember 1897 durch neue Unruhen auf der Insel kompliziert wurde, handelte es sich einmal um die Einsetzung eines Generalgouverneurs nach Maßgabe des von der kretischen Nationalversammlung am 2. September 1896 akzeptierten Iradees des Sultans über die Verwaltung der Insel, sodann um den Verbleib der türkischen Truppen auf der Insel. Die Durchführung jenes Statuts, nach dem der Sultan einen christlichen Gouverneur für fünf Jahre mit Zustimmung der Mächte ernennen sollte, war auf Schwierigkeiten gestoßen. Am 3. Dezember 1897 hatte daher die Botschafter-

schen Natur unserer Besprechungen der Äußerung individueller Meinungen ein weiter Spielraum gegeben ist, so war es nicht schwer, bei meinen Kollegen die verschiedenartigen Stufen der „Griechenfreundlichkeit“ zu erkennen, die ja heutzutage ein ziemlich zuverlässiges Symptom für die politische Gesamtauffassung bildet.

Man hätte glauben sollen, daß der russische Geschäftsträger, Herr von Jadowski, der eine griechische Frau besitzt und in den intimsten Beziehungen mit dem Hause Mavrocordato* steht, in dieser Beziehung unbestritten die Palme davontragen müßte. In der Tat hat der genannte Herr sich als ein überzeugter Philhellene bekundet; er hat uns dargelegt, wie die griechische Regierung, auch wenn Thessalien vor Erfüllung der in Artikel II der Friedenspräliminarien enthaltenen Verpflichtung geräumt werde, den letzteren aufs loyalste und gewissenhafteste nachkommen werde; seine Auffassung der kretischen Frage läßt sich dahin zusammenfassen, daß die kretischen Christen, des langen Haderns müde, keinen dringenderen Wunsch besitzen, als die Muselmanen zu ihren ländlichen Besitzungen zurückzuführen, die Waffen niederzulegen, Ordnung, Ruhe, Sitte zu pflegen, und daß das einzige Hindernis die Anwesenheit der türkischen Truppen bilde. Und trotzdem hat der französische Geschäftsträger, Herr de la Boulinière, seinen russischen Kollegen insofern distanziert, als ersterer gelegentlich der Besprechung der auf das Anlehen der Ottomanbank bezüglichen türkischen Note unter Berufung auf seine Instruktion den im griechischen Sinne weitgehendsten Antrag dahin stellte, in der Antwortnote ausdrücklich die Bedingung zu stellen, daß die Räumung Thessaliens sofort nach Auszahlung des Darlehens zu beginnen habe. Erst als ich diesem Antrage unter Bezug auf Artikel II und VI der Friedenspräliminarien widersprach, trat als lebhafter Befürworter des französischen Antrags der Herr von Jadowski auf, der in seinem Eifer sich bis zu der Be-

---

konferenz in Konstantinopel vorgeschlagen, zunächst nur für eine Übergangszeit ein provisorisches Gouvernement in Kreta einzurichten, an dessen Spitze ein von den Mächten zu ernennender provisorischer Gouverneur treten sollte. Nach einem weiteren Vorschlag der Botschafterkonferenz vom 7. Dezember sollte dieser provisorisch zu ernennende Gouverneur in Gemeinschaft mit zwei Delegierten der Botschafterkonferenz eine Organisationskommission bilden, um ein definitives organisches Verwaltungsstatut an Stelle desjenigen vom September 1896 auszuarbeiten. Die Grundzüge für ein solches definitives Statut brachte die Botschafterkonferenz gleich selbst in Vorschlag. Telegramm Freiherrn von Marschalls vom 19. Dezember 1897. Über die Persönlichkeit des künftigen Gouverneurs hatte man sich schon seit 1896 den Kopf zerbrochen. Nacheinander waren der frühere Schweizer Bundespräsident Numa Droz, der luxemburgische Oberst Schaeffer und der montenegrinische Woiwode Petrowitsch in Frage gekommen; auch die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland, die jetzt zu einer diplomatischen pièce de résistance wurde, hatte schon 1896 gespukt, war aber damals gerade vom Grafen Murawiew nachdrücklich bekämpft worden.

* Fürst Mavrocordato, der griechische Gesandte in Konstantinopel.

hauptung verstieg, daß es allen Grundsätzen der Humanität widerspräche, das Wohl einer ganzen Bevölkerung als Unterpfand für eine Geldforderung hinzugeben. Ich beschränkte mich auf die Gegenbemerkung, daß dieses Unterpfand in den Friedenspräliminarien ausdrücklich bestimmt sei und ich es für ausgeschlossen erachte, daß die Botschafter der Mächte, einschließlich des russischen, ein Dokument unterzeichneten, dessen Inhalt mit der Humanität in Widerspruch stehe. Als mich Herr von Jadowski dann frug, ob ich auch eine vorzeitige Räumung Thessaliens par acte de générosité seitens der Türken für unzulässig erachte, lehnte ich es ab, über eine so unwahrscheinliche zukünftige Eventualität irgendeine Meinung kundzugeben. Dieser Vorgang, der sich übrigens in den höflichsten Formen abspielte, ist dann in einer hiesigen Korrespondenz des „Temps" vom 9. Dezember mit vieler Entrüstung und der kleinen tendenziösen Fälschung wiedergegeben, ich hätte die Okkupation Thessaliens als „le gage des anciens créanciers de la Grèce" bezeichnet, während ich selbstverständlich nur von dem Unterpfand für die Kriegsentschädigung gesprochen habe.

Der Eifer der französischen Regierung, eine vorzeitige Räumung Thessaliens herbeizuführen, ist um so mehr charakteristisch, als die griechische Regierung bisher kein besonderes Empressement bekundet hat, die Thessalier von dem türkischen Joch zu befreien. Wenn Herr Hanotaux Anträge formuliert, welche dahin zielen, die kaum verabredeten Friedensbedingungen in wichtigen Punkten zu durchlöchern, und zudem eine erhebliche Schädigung der französischen Gläubiger Griechenlands in Aussicht nahm, so muß er die Gewißheit besitzen, dadurch an maßgebender Stelle in Petersburg sich angenehm zu machen[1]; vielleicht liegt auch einer der Fälle vor, daß das Petersburger Kabinett gewisse Wünsche, zu deren Vertretung es sich selbst zu vornehm dünkt, durch seinen minder skrupulösen Freund an der Seine lancieren läßt[2].

Ich erwähne diese Dinge mit einer gewissen Breite, weil die französisch-russischen Beziehungen wohl kaum anderwärts in so drastischer Weise in die äußere Erscheinung treten wie hier. Herr de la Boulinière, ein jüngerer, offenbar sehr strebsamer Mann, pflegt in Geltendmachung russisch-griechischer Desiderata die Note so stark zu forcieren, daß dabei die Vertretung Frankreichs vollkommen verschwindet[3]. Sein russischer Kollege hört ihm meist andächtig und beifällig zu; seine Versuche, unterstützende Argumente vorzubringen, sind nicht immer glücklich. Als neulich Herr de la Boulinière sich sehr besorglich und abfällig über den griechischen Antrag auf Verlängerung der Ratifikationsfrist äußerte, pflichtete Herr von Jadowski ihm nicht nur bei, sondern teilte in dem Tone höchster Entrüstung mit, die Pforte habe die „unerhörte" Forderung gestellt, Griechenland solle sich verpflichten, innerhalb der verlängerten Ratifikationsfrist auch die Finanzfrage parlamentarisch zu erledigen; wie könne man einer Regierung zumuten,

eine Verpflichtung bezüglich eines Votums des Parlaments zu übernehmen? Baron Calice erwiderte ihm in seiner trockenen Weise, daß dies täglich vorkomme, da jede Regierung eines konstitutionellen Staates bei Abschluß eines internationalen Vertrags die Verpflichtung übernehme, denselben innerhalb einer gewissen Frist parlamentarisch zu erledigen.

Meinem englischen Kollegen Sir Philip Currie würde ich unrecht tun, wenn ich ihn als „Philhellenen“ im gewöhnlichen Sinne bezeichnen wollte. Er vertritt vielmehr in der kretischen Frage die Richtung, welche der Durchschnittsengländer zu nehmen pflegt, wenn es sich um die Pazifizierung eines aufständischen Landes handelt, welches nicht englischer Besitz ist, nämlich: Schwächung der geordneten Regierungsgewalt, Konnivenz mit den Aufständischen, Verwerfung aller Gewaltmittel und Rekonstruktion der Regierung auf der Grundlage der weitgehendsten freiheitlichen und parlamentarischen Rechte, mit einem Worte, das direkte Gegenteil von dem, was England tut, wenn es einen Aufstand im eigenen Besitze zu bewältigen hat[4]. Dazu kommt bei Sir Philip neuerdings noch ein tiefgehendes Mißtrauen gegen Bozo Petrowitsch*, den er mit einem ganzen Heer von conseillers und contrôleurs umgeben möchte, um ihn vor Torheit und Mißbrauch der Amtsgewalt zu schützen. In einem Privatgespräch drückte er mir direkt die Besorgnis aus, der russische Kandidat könne „a fool“ sein, gegen den Garantien nötig seien. Ich erwiderte ihm, daß, wenn die Mächte einen unfähigen Mann an die Spitze der Insel stellten, es ein ganz aussichtsloses Bemühen sei, diesen Mißgriff durch Garantien und Kontrollen wieder gutzumachen. Charakteristisch bei Sir Philipp Currie ist die Ängstlichkeit bezüglich der Einhaltung seiner Instruktionen, eine Eigenschaft, die ich bisher noch niemals an einem englischen Botschafter wahrgenommen. Diese Ängstlichkeit ist insofern nicht ganz unbegründet, als es dem Botschafter erkennbar an der Fähigkeit mangelt, neu hervortretende Anregungen in ihrer Tragweite zu beurteilen; er bekämpft Vorschläge, die durchaus in seiner Richtung liegen, und befürwortet solche, die er von seinem Standpunkte aus verwerfen sollte. Vielleicht rührt diese Ängstlichkeit auch von dem Gefühle des eigenen Mißerfolgs her, und dieses Gefühl würde ein wohlbegründetes sein. Die schwächste Seite bei Sir Philip ist, daß er vom Sultan und vom Palais nicht sprechen und nichts hören kann, ohne Ruhe und Haltung zu verlieren. Ein Botschafter, der den Namen des Souveräns, bei dem er beglaubigt ist, nicht hören kann, ohne einen roten Kopf zu bekommen, ist jedenfalls ein Unikum. In diesem Umstande liegt meines Erachtens der vornehmliche Grund, daß Sir Philip, wie man zu sagen pflegt, hier abgewirtschaftet hat. Denn daß dies der Fall ist, darüber

---

* Bozo Petrowitsch, ein Verwandter des Fürsten von Montenegro, war von Rußland als Generalgouverneur für Kreta in Aussicht genommen.

besteht in diplomatischen Kreisen und, wie ich höre, auch in der englischen Kolonie kein Zweifel. Persönlich habe ich mich über den Botschafter in keiner Weise zu beklagen; er ist mir mit ausgesuchter Artigkeit entgegengetreten, und unsere Beziehungen sind die allerbesten.

Der italienische Botschafter, Herr Pansa, ist persönlich ein liebenswürdiger und auch ein nicht ungescheiter Mann, nur entwickelt er in der kretischen Frage eine erstaunliche Unzuverlässigkeit; er geht durchaus seine eigenen Wege, und es ist unmöglich vorherzusehen, welche Stellung er zu irgendeiner Anregung nehmen wird. Wie Herr Numa Droz* für Herrn Hanotaux ist für Herrn Pansa der Admiral Canevaro** Autorität. Der letztere mag ein ausgezeichneter Offizier sein, er ist aber ein recht bedenklicher Politiker, und es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß die fortdauernde Verschlechterung der Zustände auf der Insel zu erheblichem Teile der Tätigkeit dieses Mannes zur Last fällt. Admiral Canevaro hat nicht nur den Insurgenten die bestimmte Zusage gegeben, daß die türkischen Truppen demnächst von der Insel würden entfernt werden, sondern er hat sogar einen Plan ausgearbeitet, wie die letzteren durch eine Kooperation der fremdländischen Kontingente mit den Insurgenten zerniert und gewaltsam zur Übergabe gezwungen werden könnten[5]. Die Unsicherheit der italienischen Regierung in der Frage des Rückzugs der türkischen Truppen liegt offenbar in dem Streben, den Admiral nicht allzusehr bloßzustellen.

In Baron Calice habe ich einen vortrefflichen, dem Dreibunde treu ergebenen Kollegen gefunden; er leitet die Botschafterkonferenzen in durchaus musterhafter Weise und widmet sich der Lösung der kretischen Frage mit einem im Verhältnis zu der Schwierigkeit und Undankbarkeit der Aufgabe wahrhaft bewunderungswürdigen Fleiße. —

In vertraulichen Gesprächen mit einzelnen meiner Kollegen ist mir wiederholt die Frage entgegengetreten, welchem Umstande wir es eigentlich verdanken, daß man seitens der Mächte gerade uns Botschaftern das ehrende Vertrauen zuwendet, zur Lösung der kretischen Frage und Neuordnung der Dinge auf der Insel in besonderer Weise befähigt zu sein. Die Frage ist nicht ganz ungerechtfertigt. Denn die bisherigen Botschafterkonferenzen haben mir die beruhigende Gewißheit gegeben, daß über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zustände Kretas meine Kollegen nicht mehr wissen als ich selbst, und meine eigenen bezüglichen Kenntnisse beschränken sich auf das, was in Deutschland ein akademisch gebildeter Mann aus der Bibel, der Geschichte und teilweise aus dem Kommersbuch über die Insel und ihre Bevölkerung allmählich gelernt und zum erheblichen Teile auch wieder vergessen hat. Jedenfalls war ich imstande, Herrn von Jadowski

---

* Vormaliger Schweizer Bundespräsident, ebenfalls für den Posten des Generalgouverneurs von Kreta in Aussicht genommen.
** Befehlshaber der italienischen Seestreitkräfte in Kreta.

über die geographische Zugehörigkeit Kretas aufzuklären, als dieser den Gedanken, dem Gouverneur von Kreta vier Nicht-Kretenser als Ratgeber beizugeben, in die Worte „quatre conseillers européens“ formuliert hatte.

Ich glaube auch keinem meiner Kollegen zu nahe zu treten mit der Behauptung, daß nicht ein einziger von uns in seinem Vorleben eine Tätigkeit zu verzeichnen hat, aus welcher er für die Pazifizierung aufständischer Inseln eine Art Befähigungsnachweis ableiten könnte.[6] Trotzdem erkenne ich gern die Nützlichkeit der Botschafterkonferenzen in gewisser Richtung an. Es gibt zweifellos Fragen und Differenzen, die in derartigen mehr zwanglosen Besprechungen leichter gelöst werden können als durch Verhandlungen der Kabinette. Auch bietet die Einrichtung den nicht zu unterschätzenden Vorteil, daß der Zusammentritt der Botschafter nach außen hin das europäische Konzert, d. h. den gemeinsamen Willen dokumentiert, schwierige Fragen durch gegenseitige Verständigung zu lösen. Endlich übt die Nachricht von der Verhandlung der Botschafter auf die öffentliche Meinung in Europa dieselbe beruhigende Wirkung wie auf den sollizitierenden Diplomaten die Worte des auswärtigen Ministers: „la question est à l'étude“. — Man glaubt, daß etwas geschieht, und dieser Glauben hat, auch wenn er grundlos ist, in politischen und anderen Dingen seinen Wert und seine Bedeutung[7].

Allerdings hat der kurze Aufenthalt hier meine frühere Vermutung vollkommen bestätigt, daß aus dem Gesichtswinkel Seiner Majestät des Sultans die hiesigen Botschafterkonferenzen als der wenigst imponierende Ausdruck des europäischen Konzerts erscheinen. Bei der hier herrschenden Indiskretion bietet jene Einrichtung dem Palais eine leicht zugängliche Quelle von Informationen über die Differenzen der einzelnen Mächte, und auf diesen Informationen beruht zum erheblichen Teil das politische Kartenspiel, welches der Sultan in meisterhafter Weise zu führen versteht. Der einzelne Botschafter hat im Palais ein erhebliches Prestige, aber als ein Ganzes flößen wir Botschafter Seiner Majestät dem Sultan weder großen Respekt noch große Furcht ein[8].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Bei der Kaiserin Mama
[2] möglich
[3] die Satrapie Gallien!
[4] sehr gut
[5] !
[6] sehr gut
[7] ut aliquid fieri vide[a]tur
[8] richtig was ich immer behauptet habe
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 3255

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 347 Berlin, den 25. Dezember 1897

Der russische Botschafter hat hier gestern mitgeteilt, daß, nachdem der Fürst von Montenegro sich geweigert habe, seine Zustimmung zur Kandidatur von Bojedar Petrowitsch* zu geben, der russische Vertreter in Konstantinopel beauftragt worden sei, der Botschafterkonferenz die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den provisorischen Gouverneurposten von Kreta zu unterbreiten.

Unser allergnädigster Herr hat daraufhin befohlen, der russischen Regierung zu eröffnen, daß er zu seinem tiefen Bedauern außerstande ist, die Mitverantwortung für die Folgen zu übernehmen, welche eine Unterstützung dieser griechischen Kandidatur für die Ruhe im Orient und den europäischen Frieden nach sich ziehen würde. Dieselbe hätte längst alle Stimmen auf sich vereinigt, wenn nicht stets befürchtet worden wäre, daß sie auf der ganzen Balkanhalbinsel alle Begehrlichkeiten entfesseln würde. Gegenüber einem Balkanbrand würde aber die Lage Europas heute weit ungünstiger sein als zu Anfang des Jahres: Erstens weil am Balkan die Regierungen und die Völker Zeit gehabt haben, sich für einen Krieg vorzubereiten; zweitens weil die Autorität Europas durch seine mangelhaften Erfolge in Kreta vermindert ist und jedermann sich sagt, daß im psychologischen Moment die Ruhe am Balkan doch noch schwerer als in Kreta herzustellen sein würde; drittens weil unsere und des Weltfriedens Feinde nach den neuesten ostasiatischen Vorgängen eintretendenfalls mit absoluter Sicherheit auf die aktive Mitwirkung Japans würden rechnen können, welches zwar nicht mit der eigentlichen Orientfrage, wohl aber mit denjenigen Mächten Fühlung hat, die sich mit ihr beschäftigen.

Seine Majestät der Kaiser ist daher überzeugt, daß die Kandidatur Georg, welche gleichbedeutend ist mit der Angliederung Kretas an Griechenland, heute noch mehr als früher den Ausgangspunkt einer letzten gewaltsamen Phase der Orientfrage bilden würde. Jene Angliederung wird vielleicht die naturgemäße Folge der Ereignisse sein, welche seinerzeit die frühere oder spätere Zerstückelung der Türkei begleiten werden. Unser allergnädigster Herr möchte aber nicht die Mitverantwortung dafür übernehmen, daß schon jetzt um jener Angliederung willen Ereignisse, welche von unberechenbarer Wirkung

---

* Vgl. Nr. 3254, S. 444, Fußnote.

auf die Gestaltung des ganzen Erdteils sein können, vorzeitig und ohne zwingende Notwendigkeit provoziert werden*.

Unsere schriftliche Antwort wird heute dem russischen Botschafter übergeben und mit nächstem Kurier Ew. mitgeteilt werden. Zunächst haben wir aber aus Konstantinopel noch keine Nachricht, daß die Kandidatur Georg bereits den dortigen Vertretern mitgeteilt worden ist. Solange letztrer Punkt nicht feststeht, wollen Ew. die ganze Angelegenheit nur mit dem Grafen Murawiew oder dessen Vertreter, sofern dieselben die Rede darauf bringen, sonst aber mit niemandem besprechen.

Ew. werden dann füglich einfließen lassen können, daß eine Überwindung des vom Fürsten von Montenegro der Kandidatur Petrowitsch entgegengesetzten Widerstandes doch immerhin noch denkbar ist.

Die Kandidatur des mit einer Prinzessin von Montenegro vermählten Herzogs von Leuchtenberg** könnte vielleicht auch in Betracht kommen, jedoch erachtet die Kaiserliche Regierung es nicht als ihre Aufgabe, Kandidaten vorzuschlagen.

Bülow

Nr. 3256

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 480 St. Petersburg, den 28. Dezember 1897

Nachdem ich Graf Murawiew einige Tage nicht hatte sehen können, benutzte ich ein Diner, das ich ihm gestern abend gab, um einige geschäftliche Fragen mit ihm zu besprechen.

Er teilte mir aus eigener Initiative mit, daß zu seinem aufrichtigen Bedauern der Fürst von Montenegro absolut nicht zu bewegen sei, den Bojedar Petrowitsch gehen zu lassen und ihm die Erlaubnis zu geben, die Stellung des Gouverneurs von Kreta zu übernehmen. Gerade mit Rücksicht auf die Abhängigkeit des Fürsten von Montenegro von Rußland wolle der Kaiser aus Zartgefühl keinen schärferen Druck auf die Entscheidung des Fürsten ausüben.

Graf Murawiew gab mir die Versicherung, daß er alles in Bewegung gesetzt habe, um den Starrsinn des Fürsten zu brechen. Da nun aber in dieser Richtung nichts zu machen sei, ständen die Mächte vor einem neuen Dilemma.

---

* Von dieser ablehnenden Stellungnahme wurde am 30. Dezember der englische Botschafter Sir Frank Lascelles verständigt, als dieser im Auswärtigen Amt die russische Befürwortung der Kandidatur Prinz Georgs zur Sprache brachte.

** Georg Fürst Romanowski, Herzog von Leuchtenberg, vermählt mit Prinzessin Stana von Montenegro.

Die Proposition des Prinzen Georg von Griechenland, die auch ihm an sich nicht recht sympathisch sei, wäre von den Botschaftern in Konstantinopel aus gemacht worden, Rußland hätte sie nicht vorgeschlagen, er, Graf Murawiew, wäre aber schließlich auf die Idee eingegangen, da eben niemand anders zu finden sei. Das einzige Gute an der Kandidatur wäre, daß der Prinz mit Rücksicht auf die nahen Beziehungen zum englischen Hof es verhindern werde, daß England die von ihm begehrte Sudabai nehme. Übrigens frage es sich sehr, ob der Sultan sich mit diesem Kandidaten einverstanden erklären würde, wenn letzterer auch als Vasall des Padischah ihm den Eid der Treue zu leisten hätte.

Nachdem der Graf Murawiew den Gegenstand einmal berührt hatte, habe ich ihm gegenüber energisch im Sinne des hohen Erlasses Nr. 347 vom 25. d. Mts.* die ernsten Bedenken der Kaiserlichen Regierung vorgehalten und ihm keinen Zweifel darüber gelassen, daß Seine Majestät der Kaiser und König diesen Kandidaten im Interesse des Friedens auf der Balkanhalbinsel nicht billigen könne und werde.

Graf Murawiew sagte mir, er kenne bereits durch Graf Osten-Sacken die Auffassung der Kaiserlichen Regierung und werde daraufhin morgen, Dienstag, die weiteren Befehle seines kaiserlichen Herrn einholen.

Radolin

Nr. 3257

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 342 St. Petersburg, den 30. Dezember 1897

Antwort auf Telegramm Nr. 347**.

Nachdem Graf Murawiew dem Kaiser die Ansicht der Kaiserlichen Regierung über die Kandidatur des Prinzen Georg zum Vortrag gebracht hatte, sagte mir der Minister in Ergänzung seiner vorläufigen Äußerung (cf. Bericht Nr. 480***), er müsse auf die Kandidatur des Prinzen Georg zurückkommen, da bei der absoluten Weigerung des Fürsten von Montenegro keine andere passende Persönlichkeit zu finden sei.

Herzog von Leuchtenberg oder Prinz von Battenberg † seien ausgeschlossen. Die Wahl des Prinzen Georg würde manches Gute haben. Sie könnte nicht als Erfolg der Revolution angesehen werden, die Kretenser, die keine Annexion wollten, würden ebenso wie die

---

* Siehe Nr. 3255.
** Siehe Nr. 3255.
*** Siehe Nr. 3256.
† Prinz Franz Joseph von Battenberg, vermählt seit 1897 mit Anna, Tochter des Fürsten von Montenegro.

Griechen befriedigt sein, nicht minder England, das keinen Grund mehr hätte, in Griechenland Unruhe zu schüren. Die Mächte würden übrigens für die Aufrechterhaltung des status quo und der Ordnung Sorge tragen, in Serbien und Bulgarien sei nichts zu befürchten, außerdem würde Rußland und Österreich die Balkanstaaten in Ruhe halten.

Auch der Sultan würde sich gewiß fügen, wenn der Prinz als Vasall ihm den Eid der Treue schwört.

Kürzlich gemeldete Ausschreitungen in Kreta machen die baldige Einsetzung eines Gouverneurs dringend nötig, um so mehr, als durch den beabsichtigten Ersatz türkischer Truppen neue Metzeleien zu befürchten seien.

Auf alle diese nicht stichhaltigen Einwendungen hielt ich dem Minister alle unsere Bedenken nochmals eindringlich vor und erklärte ihm, daß Seine Majestät die Mitverantwortung jedenfalls nicht übernehmen werde, worauf er mir entgegnete, Rußland wäre ja anfänglich sogar mehr als die anderen Mächte gegen diese Kandidatur gewesen, wie die Sachen aber lägen, wisse er sich aber keinen andern Rat. Der Kaiser könne und wolle aus Zartgefühl nicht weiter auf den Fürsten von Montenegro einwirken, vielleicht könnte es eine andere Macht. Radolin

Nr. 3258

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramme. Entzifferung

Nr. 2, 3 und 4* Wien, den 1. Januar 1898

Nachdem Graf Kapnist bisher die Kandidatur Prinz Georg von Griechenland als einen „oberflächlichen Fühler“ bezeichnet hatte, erhielt er heute den Auftrag, sie als ernsthaften Entschluß mitzuteilen und die Ansicht der hiesigen Regierung zu hören. Graf Goluchowski hat sich in seiner Antwort genau an die Argumente gehalten, welche ich den Auftrag hatte, ihm gegen diese Kandidatur anzuführen. Auf meine Bitte, nunmehr als Gegenzug auf den Fürsten von Montenegro einzuwirken, um die Kandidatur Petrowitsch zu ermöglichen, erwiderte mir der Graf folgendes: „Ich kann nicht mit gutem Gewissen die Verantwortung auf meine Schultern nehmen, einen Kandidaten zu ermöglichen, den ich für den denkbar schlechtesten halten muß, und dessen Kandidatur ich nur zustimmte, um die Übereinstimmung der Mächte nicht zu stören.

Nach zwei Monaten würde auch Herr Petrowitsch fertig sein, und die Kandidatur des Prinzen Georg mit erneuter Kraft wieder auftreten. Aber ich weiß auch, daß der Fürst von Montenegro angesichts

* Die drei Telegramme sind vom Chiffrierbureau zusammengefaßt vorgelegt worden.

der von Rußland aufgestellten neuen Kandidatur meine Bemühungen glatt abweisen würde. Um so mehr, als ich vor kurzem gezwungen war, ihm ‚den Kopf zu waschen' (in finanziellen Dingen). Er boudiert und würde es für eine gute Gelegenheit ansehen, mich zu ärgern. Angesichts dieser Aussichtslosigkeit komme ich zu der Auffassung, daß am wirksamsten die Ablehnung der neuen Kandidatur durch Deutschland und Österreich zugleich mit der Türkei sei. Wenn auch England und Frankreich zustimmen und Italien wohl auch diesen Weg gehen wird, wie Graf Nigra annimmt (der persönlich sehr gegen diese Kandidatur eingenommen ist), so werden diese Mächte doch nicht gegen unseren festen ausgesprochenen Willen auftreten können oder wollen.

Ich bin meinerseits nach meiner Rede in den Delegationen* gar nicht in der Lage, von den bereits vereinbarten Grundsätzen bezüglich Kretas abzugehen. Gegenüber einer völlig unlogischen und willkürlichen Politik Rußlands ist es auch nötig, fest zu bleiben."

Ich sagte, daß die Schwierigkeit der Situation sich noch durch die Absicht des Grafen Murawiew kompliziere, welcher anscheinend seinen Frieden mit der Kaiserin-Mutter zu machen beabsichtige. Auch aus Andeutungen meines englischen Kollegen gingen mir ziemlich deutlich fremde Einflüsse hervor, die sich bei einem Erfolg in der auf die Annexion Kretas gerichteten Politik vielleicht bald noch in anderen Fragen fühlbar machen könnten. Graf Goluchowski stimmte mir zu und meinte, wenn ihm auch die Annexion Kretas in diesem Augenblick als sehr großer Fehler erscheine, so sei sie doch noch besser als die Kandidatur des Prinzen Georg, welche die Annexion im Gefolge hätte und bis dahin Unruhe bedeute. Die Annexion bedeute zum wenigsten Klarheit — wenn auch eine unerwünschte Klarheit.

Eulenburg

Nr. 3259

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 2. Januar 1898

Zu dem Schlußsatz des Wiener Telegramms Nr. 2** bemerkten Seine Majestät:

Er betrachte die Annexion von Kreta an Griechenland als geradeso völlig ausgeschlossen wie die Ernennung des Prinzen Georg zum

* Am 20. November 1897 hatte Graf Goluchowski im auswärtigen Ausschuß der Ungarischen Delegation eine Darstellung der politischen Lage gegeben, in der er als das gemeinsame Ziel der Mächte mit Bezug auf Kreta „weitgehende Autonomie unter Wahrung der Souveränität des Sultans mit Garantien für die Muhammedaner" hinstellte.

** Siehe Nr. 3258.

Gouverneur der Insel. Durch die Zulassung der einen wie der anderen Eventualität würden sich die Mächte in schreienden Widerspruch zu ihren vor dem griechisch-türkischen Kriege abgegebenen Erklärungen* setzen und damit jede Autorität gegenüber der Pforte wie den Balkanstaaten einbüßen. Der Eintritt beider Eventualitäten würde durch die Diskreditierung der Mächte, Sprengung des europäischen Konzerts und Entfesselung der Beutegier aller Balkanvölker auf der Balkanhalbinsel den bellum omnium contra omnes entfesseln und damit den europäischen Frieden ernstlich gefährden. Seine Majestät rechneten darauf, daß Graf Goluchowski den Standpunkt, den er zur Genugtuung unseres allergnädigsten Herrn sofort gegenüber den Versuchen eingenommen habe, direkt oder indirekt die völkerrechtswidrige und friedensgefährliche Angliederung von Kreta an Griechenland herbeizuführen, auch fernerhin mit Festigkeit wahren und vertreten werde.

Bei Übermittelung dieser allerhöchsten Bestimmung an Graf Eulenburg wäre auch noch zu erwähnen, wie nach unseren Nachrichten ohnehin Gefahr vorliegt, daß sich die mazedonische wie die albanesische Frage wieder mehr zuspitzen. In beiden Richtungen wäre viel Zündstoff aufgehäuft. — Lediglich zur Direktive des Botschafters und ganz geheim könnte demselben noch gesagt werden: Es entspräche unseren Interessen, daß das Wiener Kabinett der Kandidatur Georg von Griechenland und vollends der sofortigen und direkten Annexion von Kreta an Griechenland m i n d e s t e n s ebenso entschieden in St. Petersburg entgegentritt wie wir.

B ü l o w

Nr. 3260

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 2 Wien, den 2. Januar 1898

Vertraulich

Die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland erfährt bei meinem russischen Kollegen** die denkbar schärfste Verurteilung[1]. Er macht kein Hehl aus der Verlegenheit, in welche ihn der Auftrag seines Chefs gesetzt hat, und empfindet peinlich die Wandlungen, die innerhalb der letzten Zeit die russische Politik durchgemacht hat in den Fragen der kretensischen Organisation und des Gouverneurs.

Mein italienischer Kollege*** sieht — obgleich auch er persönlich der Kandidatur des Prinzen Georg abgeneigt ist — in den Schwan-

---

* Vgl. Kap. LXXX, Nr. 3218, nebst Fußnote *, S. 398.
** Graf Kapnist.
*** Graf Nigra.

kungen der russischen Vorschläge die eigentliche Gefahr. Er behauptet, daß alles in Frage gestellt werden könne, wenn ein Machtfaktor wie der russische zu dem Bewußtsein käme, daß ihm im Grunde alles erlaubt sei, und die hohen Damen dabei noch mitsprächen[2].

Sir Horace Rumbold* nimmt die Kandidatur des Prinzen Georg sehr leicht, „denn es ist diejenige Englands" und zugleich seine eigene, weil er von seiner Athener Zeit her die Königsfamilie verehrt. Er sagte mir: „England hat von Anfang an den einzig richtigen Standpunkt vertreten, eine Sache zu wollen, welche sich nicht aufhalten läßt: die Vereinigung Kretas mit Griechenland[3]". Ich habe ihm genügend Argumente entgegenhalten können, die jedoch kaum so viel Eindruck auf ihn gemacht haben werden als diejenigen des Grafen Goluchowski, dem die Haltung des englischen Vertreters durchaus unsympathisch ist. Und er pflegt in solchen Fällen nicht mit seiner Verstimmung hintanzuhalten.

Alles in allem ist man hier der ewigen Wiederholung müde, und die Tendenz einer Vereinigung der Insel mit Griechenland nimmt deshalb allmählich zu.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich! aber ein heiterer Zustand!
[2] sehr wahr!

Nr. 3261

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 7 Pera, den 9. Januar 1898
Geheim

Wie ich Euerer Durchlaucht bereits gemeldet habe, ist die Nachricht von der Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland meinen Kollegen durch den bisherigen russischen Geschäftsträger, Herrn von Jadowski, bekannt geworden, der, unfähig, die Freude seines Herzens zu bewältigen, seinen politischen und persönlichen Freunden ganz vertraulich von dem Bevorstehen eines dahinzielenden russischen Vorschlages Kenntnis gegeben hat. Während Herr de la Boulinière das Geheimnis wahrte, erzählte Herr Pansa die Sache an Sir Philip Currie, von dem sie wahrscheinlich die englische Presse, jedenfalls aber Baron Calice erfuhr, der wiederum mich mit dem Bemerken davon verständigte, die russische Botschaft scheine späterhin die Parole

* Englischer Botschafter in Wien.

ausgegeben zu haben, die Kandidatur sei aufgegeben. Da die Nachricht hiernach mehr in der Form einer diplomatischen Klatscherei an mich gelangte und der Weg, den sie genommen, erkennen ließ, daß die russische Botschaft samt Anhang die Kandidatur mir gegenüber als eine Art pudendum betrachtete, habe ich den Unwissenden gespielt, meinen Kollegen die Nachricht von dem in Berlin gestellten und dort abgelehnten russischen Vorschlag vorenthalten und mich darauf beschränkt, die Meinungen anzuhören, die mir bei gelegentlichen Gesprächen bereitwillig kundgegeben wurden. Dieselben waren der russischen Anregung von dem Gesichtspunkte aus vorwiegend ungünstig, daß durch die Aufstellung der Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland die ganze bisherige mühselige Arbeit der Botschafter in der kretischen Frage mit einem Schlage zunichte gemacht werden würde[1].

Das ist ja zweifellos richtig, trifft aber doch nur einen nebensächlichen Punkt. Ich habe in meinem politischen Leben so viele weit wichtigere Geisteswerke im Papierkorb verschwinden sehen, daß ich es mit Fassung ertragen könnte, wenn dem provisorischen und definitiven Statut* ein gleiches Schicksal bevorstände. Einigermaßen erstaunlich war mir, daß selbst im vertraulichen Privatgespräche von keinem meiner Kollegen der eigentliche Kern der Sache berührt wurde. Ich erinnere mich, daß, als England gleich nach der Absendung der griechischen Flotte in die kretischen Gewässer den Vorschlag** machte, Kreta eine Autonomie nach Art von Samos, d. h. mit einem Fürsten griechischer Nationalität zu gewähren, ich Sir Frank Lascelles die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers dahin kundgab: wenn die Mächte die völkerrechtswidrige Unterstützung, welche Griechenland der kretischen Insurrektion gewähre, dadurch prämiierten, daß sie die griechische Präponderanz in Kreta direkt oder indirekt zuließen, so werde dadurch ein für die Ruhe des Orients und den europäischen Frieden außerordentlich gefährlicher Vorgang geschaffen. — Die Unmöglichkeit, ein solches Präzedens zu gestatten, ist nach anfänglichem Schwanken einiger Kabinette das Leitmotiv der Gesamtpolitik der Mächte in der kretischen Frage geworden[1]; die militärische Aktion an der kretischen Küste, die diplomatische Aktion in Athen und schließlich die Zulassung des griechisch-türkischen Krieges waren nur der Ausfluß jenes Grundgedankens, den zuerst Deutschland scharf formuliert hatte. So wenig erfolgreich nun auch die Mächte in der Lösung der Aufgabe der Pazifikation Kretas gewesen sind, so hat das europäische Konzert doch dank dem Festhalten an jenem Grundgedanken das höhere Ziel erreicht, d. h. das Übel lokalisiert und die allerorts latenten Begehr-

---

* Statut über die Einführung von Reformen auf der Insel Kreta (vom 2. September 1896).
** Vgl. Kap. LXXX, Nr. 3156 und 3157.

lichkeiten niedergehalten; die durch den thessalischen Krieg geschaffene Türkenfurcht hat mit ihrer abschreckenden Wirkung das übrige getan. Angesichts dieser Vorgänge kann sich die russische Regierung kaum verhehlen, daß sie mit der Anregung der Kandidatur eines griechischen Prinzen als Oberhaupt von Kreta ein Ansinnen an die Mächte stellt, das man im gemeinen Leben „eine starke Zumutung" zu nennen pflegt. Der leitende Gedanke der bisherigen europäischen Politik soll verleugnet, in Athen und vor der ganzen Welt ein reuiges pater peccavi gesagt und ein Präzedens zugelassen werden, das n a c h dem Kriege noch viel gefährlicher ist als vorher. Denn es ist klar, daß, wenn selbst eine so vernichtende Niederlage, wie sie den Griechen durch die Türken bereitet wurde, schließlich zur Erreichung griechischer Wünsche führt [2], weithin die Überzeugung Platz greifen muß, daß bei Aufstand und Krieg gegen die Türken nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen sei. Die damit gegebene Parole, zuzugreifen, würden die unruhigen und unzufriedenen Elemente Mazedoniens, Serbiens und Bulgariens sich nicht zweimal sagen lassen.

Es steht zu hoffen, daß auch der neueste russische Vorschlag zu denjenigen gehört, die in Petersburg lediglich deshalb gemacht werden, um nach gewisser Seite hin diligentiam zu prästieren. Aber ich fürchte, daß das bloße Bekanntwerden dieses Vorschlages bei der nervösen Erregung, in der sich ein erheblicher Teil der christlichen Bevölkerung der Balkanhalbinsel befindet, eine den Interessen der Ruhe und des Friedens wenig günstige Wirkung üben wird. Und darum wird sich das Petersburger Kabinett, auch wenn es auf die Kandidatur verzichtet, nicht völlig von dem Vorwurf eines etwas unvorsichtigen Spiels mit dem Feuer reinigen können [1].

M a r s c h a l l

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] richtig.

Nr. 3262

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 6 Athen, den 12. Januar 1898

Als ich gestern den Ministerpräsidenten besuchte, kam das Gespräch auf die von Rußland angeregte Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland als Generalgouverneur von Kreta. Herr Zaïmis begann damit, sich diesbezüglich in ganz analoger Weise zu äußern, wie er es schon öfter mir gegenüber mit Bezug auf die Haltung Rußlands zu Griechenland getan, indem er sogar auf seine früheren Äußerungen

verwies und sagte, er kenne die Russen, fortwährend kämen sie mit neuen Kniffen [1], und man könne nie sicher sein, was sie eigentlich bezweckten. Was solle man jetzt hierzu sagen? Vor einem Jahre habe Rußland in entschiedener Weise den Standpunkt vertreten, daß, wenn Kreta an Griechenland fiele, die größten Gefahren heraufbeschworen werden würden, indem die Vergrößerungsbestrebungen der anderen Balkanstaaten dadurch neue Nahrung erhielten [2]. Damals habe Griechenland noch keinen unglücklichen Krieg geführt. Jetzt nach allen Katastrophen, die dieses Land betroffen, komme Rußland mit einem Vorschlage, der, wenn er nicht geradezu die Vereinigung Kretas mit Griechenland bedeute, derselben doch sehr nahe komme. Was würden jetzt die Balkanstaaten dazu sagen [3]?

Herr Zaïmis fuhr fort, die Sache sei ihm so merkwürdig erschienen, daß er vor einigen Tagen den russischen Gesandten gefragt habe, ob der Vorschlag Rußlands ernst gemeint sei. Als Herr Onou dies bejahte, habe er gesagt, dann sei wohl nur eine Liebenswürdigkeit für die königliche Familie damit bezweckt, worauf der russische Gesandte in nachdrücklicher Weise erwiderte, es sei mehr als das, Rußland habe die Kandidatur des Prinzen Georg aufgestellt, weil es hierin eine geeignete Lösung der kretensischen Frage erblicke und hoffe, derselben zum Erfolge zu verhelfen [4].

Herr Zaïmis sagte mir, er könne sich noch kein abschließendes Urteil bilden. Er neige eher zu der Ansicht, daß es sich um eine russische Intrige handele, die bezwecke zu verhindern, daß Ruhe eintrete. Sei seine Annahme richtig, und werde durch diese Kandidatur die Regelung der kretensischen Angelegenheiten um einige Wochen verzögert, so habe er die feste Überzeugung, daß in Kreta die Unruhen wieder anfangen würden; der gegenwärtige Zustand der Insel könne nur als Anarchie bezeichnet werden.

Sei es wider Erwarten Rußland mit seinem Vorschlage ernst, so glaubt Herr Zaïmis, daß es denselben werde durchführen können. Er würde sich im Interesse der Sache um so mehr darüber freuen, als er diese Lösung für die einzige halte, die einigermaßen für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Kreta eine Gewähr biete. Er habe Nachrichten, denen zufolge der russische Vorschlag von England, Frankreich und Italien [5] unterstützt werde. Von dem Sultan würde nach seiner Ansicht ein ernstlicher Widerstand nicht zu erwarten sein; denn er habe die Erfahrung gemacht, daß die Türkei sich wohl dem Willen Rußlands oder Englands widersetze, wenn dieselben entgegengesetzte Ansichten vertreten, sich aber immer füge, wenn von Rußland und England gemeinschaftlich ein Verlangen an sie gestellt werde. Treffe dieser Fall ein, so glaube er, daß auch von seiten Deutschlands und Österreichs keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu erwarten seien [6]. pp.

L. Plessen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist der angebliche Enthusiasmus der Griechen für Georg
[2] richtig
[3] sehr gut gesagt! wörtlich dasselbe wie wir!
[4] !
[5] Ei! das ist ja sehr intressant
[6] So richtig seine anfängliche Beurtheilung des Falles war, so unlogisch ist hier die Schlußfolgerung.

Nr. 3263

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 31 London, den 13. Januar 1898

In gestriger Unterhaltung berührte Lord Salisbury Kreta nur flüchtig, indem er zunächst vertraulich bemerkte, daß die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland, welche übrigens infolge unseres und des österreichischen Widerspruchs aufgegeben zu sein scheine, vom Grafen Murawiew wohl deshalb aufgestellt worden sei, weil er gehofft habe, sich dadurch wieder das Wohlwollen der Kaiserin-Mutter von Rußland zu erwerben. Ich hatte dabei den Eindruck, daß Lord Salisbury den Erfolg dieser Kandidatur gern gesehen hätte, daß ihm aber auch der Woiwode Petrowitsch recht gewesen wäre. Er wird jedoch seinerseits nichts tun, um die Zustimmung des Fürsten von Montenegro zu erwirken, und meinte, daß England in Cetinje keinen Einfluß habe. Schließlich ließ er die Bemerkung fallen, von irgendeiner Seite sei der Gedanke angeregt worden, durch die kretensische Nationalvertretung einen Kandidaten bezeichnen zu lassen, und dies werde, wenn die Mächte sich über keine Persönlichkeit einigen könnten, vielleicht der einzige Ausweg sein.

Als wir darauf kamen, daß nach den Zeitungen Österreich Schiffe aus Kreta zurückziehe, daß Italien es ebenfalls anscheinend müde sei, für die Unterhaltung seiner Schiffe in Kreta große Summen auszugeben, warf der Minister plötzlich die Frage auf: Was wird man aber sagen, wenn die Mächte sich allmählich alle zurückziehen und England dann allein in Kreta übrigbleibt? Ich fühlte mich nicht berufen, obgleich Lord Salisbury offenbar mit einer gewissen Spannung meine Antwort erwartete, hierüber eine Ansicht auszusprechen.

Als ich schließlich erwähnte, daß der Sultan auf unsern Rat die Sendung von Truppen nach Kreta zum Ersatz ausgedienter Mannschaften vorläufig verschoben habe, und gleichzeitig die Bemerkung fallen ließ, daß es auf die Dauer vielleicht unausführbar sein werde, ausgediente Mannschaften dort festzuhalten, obgleich die türkischen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht entbehrt werden

könnten, erwiderte mir Lord Salisbury, daß er darin keine Schwierigkeit erblicken könne. Die Admirale hätten erklärt, daß sie keine neuen Truppensendungen zulassen würden. Wenn die ausgedienten Mannschaften zurückgezogen werden müßten oder allmählich dort ausstürben, so würde eben nur der durchaus nicht unerwünschte Fall eintreten, daß sich dann keinenfalls türkische Truppen mehr auf der Insel befinden würden.

Hatzfeldt

Nr. 3264

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 15. Januar 1898

Ein Telegramm des Grafen Eulenburg vom 9. Februar v. Js. meldet, daß der türkische Botschafter den Grafen Goluchowski im Auftrag des Sultans bat, in Athen darauf hinzuwirken, daß Griechenland seine Schiffe von Kreta zurückziehe. Graf Goluchowski antwortete, „daß Österreich keine Veranlassung nehmen könne, Griechenland zu hindern, bedrohte Landsleute zu schützen, um so mehr als König Georg versichert habe, daß ihm jede feindliche Aktion gegen die Türkei fernläge".

Als dies dem Grafen Osten-Sacken mitgeteilt wurde, erwiderte derselbe lebhaft und gereizt, diese Antwort des Grafen Goluchowski sei nur natürlich, denn in Petersburg wisse man durch Familienkorrespondenzen ganz genau, daß der König Georg gerade bei seinem letzten Besuche in Wien zum Vorgehen gegen Kreta ermutigt worden sei.

Zu jener Zeit machte das Petersburger Kabinett eine nationalrussische Politik, indem es einem allmählichen Anwachsen Griechenlands zum Kaisertum Byzanz entgegentrat, während bei der Haltung des Grafen Goluchowski der schon früher von ihm geäußerte Gedanke zum Ausdruck kam, „daß Griechenland der einzige unter den Balkanstaaten sei, zwischen welchem und Österreich keinerlei Interessenkonflikt bestehe".

Seitdem hat sich die Lage trotz des ungünstigen Krieges zum Vorteile Griechenlands insofern geändert, als heute Graf Murawiew nicht Nationalpolitik, sondern Familienpolitik macht im Sinne der Kaiserin-Mutter. Zwischen seinem neuen Programm und dem gleichgebliebenen Programm des Grafen Goluchowski besteht nur ein unbedeutender Unterschied hinsichtlich der Ausführung: Graf Murawiew möchte die Angliederung Kretas an Griechenland in zwei Etappen erreichen, während eine Etappe dem Grafen Goluchowski genügt. Dieser

unbedeutende Unterschied ist sachlich ungenügend, um die hochgradige Gereiztheit zu erklären, welche Graf Goluchowski dem Grafen Eulenburg gegenüber zur Schau getragen hat. Es kann ja sein, daß der österreichische Minister aus einem persönlichen Grunde gegen seinen russischen Kollegen gereizt ist, weil dieser ihm sein Programm eskamotiert habe. Näher aber liegt der Gedanke, daß jene Gereiztheit nur eine scheinbare war, darauf berechnet, uns die Tatsache zu verschleiern, daß Graf Goluchowski mit der jetzt vertraulich hierher übermittelten Anregung* einen großartigen, lange nicht dagewesenen Erfolg für die österreichische Diplomatie und für sich persönlich erzielen will, und zwar auf Kosten der deutschen Politik und insbesondere des Deutschen Kaisers.

Graf Goluchowski hat, wie es in dem Briefe** heißt, Kenntnis von den innersten Ansichten und Gedanken des Grafen Kapnist und hat „vielleicht" auch seine eigenen Ansichten diesem mitgeteilt. Wir werden da also ohne weiteres annehmen können, daß der österreichische Minister dem russischen Botschafter zu verstehen gegeben hat, er werde jetzt versuchen, Berlin zugunsten Griechenlands umzustimmen. Vom österreichischen Standpunkte aus liegt es nahe, daß Graf Goluchowski Vorsorge trifft, um uns die Möglichkeit zu nehmen, e h e r als Österreich dem Zaren aus einer schwierigen Lage zu helfen. Wenn wir morgen durch Fürst Radolin in Petersburg erklären lassen, daß wir der Annexion Kretas an Griechenland in zwei Etappen oder einer zustimmen, so wird Graf Goluchowski in der Lage sein, dem Grafen Kapnist zu sagen: „Da sehen Sie das Ergebnis m e i n e r Bemühungen." Hiermit wird vor dem Petersburger Kabinett — und vor der diplomatischen Welt überhaupt, welcher es Graf Goluchowski nicht vorenthalten wird — der Beweis erbracht sein, daß in Berlin mehr zu erreichen ist auf dem Umwege über Wien als direkt, daß die Schlüssel von Berlin in Wien aufbewahrt werden. Nach dieser Leistung würde Graf Goluchowski, wenigstens in seinen Augen, zum politischen Leiter und Österreich-Ungarn zur Vormacht des Dreibundes aufrücken.

Dieser Erfolg wäre nur denkbar, wenn es gelänge, lange genug zu verdecken, daß die deutsche politische Leitung und insbesondere der Deutsche Kaiser die Kosten desselben tragen. Deutschland hat von Anfang an bis heute unentwegt an dem Standpunkte festgehalten, daß die Kandidatur des Prinzen Georg nur der Übergang zur Annexion, und daß letztere der Ausgang allgemeingefährlicher Verwickelungen sein würde. Der Kaiser hat diese Auffassung zu der seinigen gemacht und dieselbe so offen und entschieden vertreten, daß in dem feindlichen Teile der europäischen Presse, wo man keine sachlich berechtigten Beweggründe gelten lassen wollte, [man] ihm persönliche Motive, nämlich Haß gegen das griechische Königshaus unterschob. Unser allergnä-

* Vgl. das folgende Schriftstück.

** Ein Brief, wie ihn Holstein zitiert, liegt nicht bei den Akten.

digster Herr hat bis in die neueste Zeit hinein sich gegen die griechische Kandidatur wie gegen die griechische Annexion stets mit der gleichen Entschiedenheit ausgesprochen, d. h. er hat ebenso wie die deutsche Diplomatie erklärt, daß Deutschland dafür eine Mitverantwortung nicht werde übernehmen können. Wenn er nun schließlich aber doch, der Anleitung des Grafen Goluchowski folgend, die Annexion Kretas an Griechenland fördern hilft, so bedarf es weiter keiner Ausführung, um darzutun, wie Triumph und Niederlage sich verteilen werden.

Und weshalb sollten Deutschland und sein Kaiser diese Niederlage auf sich nehmen, welche Beweggründe, sachliche oder persönliche, würden sich für diesen Durchmarsch durchs kaudinische Joch geltend machen lassen?

Als einziger sachlicher Beweggrund die unbewiesene und unbeweisbare Behauptung des Grafen Goluchowski, daß in einigen Jahren die Annexion Kretas an Griechenland sich ohne Gefahr für den europäischen Frieden werde bewerkstelligen lassen;

Als persönlicher Beweggrund die Rücksichtnahme auf sogenannte Versprechungen des Zaren, die sich jedoch nach der in dem Briefe wiedergegebenen eigenen Äußerung des Kronprinzen von Griechenland nicht weiter als bis zu der Zusicherung erstreckt haben, „nichts gegen eine Annexion Kretas durch Griechenland einwenden zu wollen, vielmehr die Sache eher zu fördern als ihr zu widerstreben“. Die Äußerung des Zaren wird sich bei der Wiedergabe durch den griechischen Kronprinzen keinenfalls zuungunsten Griechenlands verändert haben, gleichwohl läßt sie aber in der uns vorliegenden Form noch erkennen, daß es dem Zaren darauf ankam, nach längerer Quälerei einen unbequemen Bittsteller endlich loszuwerden. Wirkliche Sympathie würde selbst bei einem vorsichtigen Politiker einen anderen, wärmeren Ausdruck gefunden haben.

An der Richtigkeit dieser Auffassung ändert es nichts, wenn der König von Griechenland jetzt in groben Briefen oder Telegrammen den Zaren an dessen vorgebliche „Verpflichtungen“ erinnert. Wir haben da den im Leben und auf der Bühne immer wiederkehrenden Onkel panier percé, welcher ausfallend wird, wenn der Majoratsneffe nicht mehr Schulden bezahlen will. Zeigt sich die Grobheit wirksam, so wird sie fortgesetzt. Im Interesse des Neffen liegt es daher, daß der chantage ohne sein direktes Zutun durch außerhalb stehende Freunde ein Ende gemacht werde. Wenn freilich die Freunde ausfallen oder versagen, wenn der Neffe zwischen einem unbequemen Gutsagen oder einem direkten „Nein“ mit obligatem großen Familienärger zu wählen hat, wird er geneigt sein, dem näherliegenden Übel, d. h. dem Ärger auszuweichen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch später sein Vermögen geschädigt werde.

In dieser Lage ist übrigens der Zar im Verlaufe der kretensischen

Wirren schon mehrfach gewesen. Die Familie hat schon öfter gestürmt, bisher aber hat der Zar in der richtigen Erkenntnis, daß die Familie auf der einen, der Friede auf der anderen Seite stehe, sich die deutsche Unterstützung zunutze gemacht, um seiner Überzeugung zu folgen und den europäischen Frieden dem Familienfrieden voranzustellen. Wenn der jetzige Ansturm zugunsten der Annexion eine größere Heftigkeit und vielleicht auch Ausdauer zeigt als die früheren, so ist der Grund vorwiegend in der gesteigerten Angst des Grafen Murawiew und wahrscheinlich auch in einem heute noch nicht festzustellenden Grade in dem Bestreben des Grafen Goluchowski zu suchen, bei dieser Gelegenheit als politischer Lebensretter des Grafen Murawiew die längst geträumte russisch-österreichische Annäherung auf Kosten der politischen Stellung Deutschlands mit einem Schlage zu erreichen.

Bei dieser Sachlage wird die deutsche politische Leitung zu erwägen haben, auf welche Weise sie unter möglichster Schonung der russischen wie der österreichischen Empfindlichkeiten einer Konjunktur am besten wird vorbeugen können, welche sich als ein Niedergang des deutschen wie des deutsch-kaiserlichen Ansehens schon im voraus charakterisieren läßt. Was zu geschehen hat, scheint nicht zweifelhaft: Deutschland verharrt einfach auf seinem alten Standpunkt, die Mitverantwortung für eine Politik abzulehnen, welche nach unserer Ansicht den europäischen Frieden gefährdet. Die Schwierigkeit aber liegt in der Form, die wir unserem non possumus geben. Hierbei bietet die in dem gestrigen langen Telegramm Marschalls wiedergegebene absolute Weigerung des Sultans eine unvergleichliche Unterlage. Es kommt darauf an, diese Unterlage nicht zu verlieren, d. h. wir müssen verhindern, daß der Sultan aus Mutlosigkeit nachgibt. Dazu wird es genügen, wenn Marschall beauftragt wird, dem Sultan zu sagen, daß er, der Sultan, besser als wir in der Lage sein muß zu beurteilen, ob und welche Gefahren ihm eventuell infolge der Kandidatur des Prinzen Georg oder einer sich daran etwa schließenden Annexion Kretas an Griechenland bevorstehen können, daß wir, eben weil uns die Lage unklar ist, die Mitverantwortung für solche Folgen und deshalb auch für einen Rat nicht übernehmen können.

Holstein

Nr. 3265

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept

Nr. 44 Berlin, den 18. Januar 1898

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat mir gestern eine Mit-

teilung seiner Regierung vorgelesen, deren Inhalt sich in folgendem zusammenfassen läßt:

Graf Goluchowski besorgt, daß die kretensische Frage in einen Zustand der Versumpfung zu geraten drohe, und daß Rußland, falls die Kandidatur des Prinzen Georg scheitere, sich demonstrativ von den kretensischen Dingen zurückziehen und zu verstehen geben werde, daß es unter den Umständen nichts weiter gegen eine Annexionsbewegung der Kretenser einzuwenden habe. Die Annexion aber würde Graf Goluchowski h e u t e als eine europäische Kriegsgefahr ansehen, während man doch vielleicht hoffen könne, daß in einigen, vielleicht vier bis fünf Jahren die Lage sich zum Besseren geändert haben und die Annexion alsdann unbedenklich sein werde. Um über diesen schwierigen Zeitabschnitt hinwegzukommen, schlägt Graf Goluchowski vor, einen provisorischen Gouverneur durch eine kretensische Nationalversammlung wählen zu lassen und ihm zwei adjoints an die Seite zu setzen, von denen der eine durch den Sultan, der andere durch die Botschafter in Konstantinopel ernannt werden würde. Graf Goluchowski betonte dabei mit einem Nachdruck, welcher von mir nicht unbemerkt blieb, daß er zu der Wirksamkeit dieses Auskunftsmittels kein besonderes Vertrauen hege, daß er es jedoch den Bedenken der Lage gegenüber als seine Pflicht erachtet habe, eine Besprechung derselben mit der deutschen Regierung herbeizuführen. Den Gesamteindruck des österreichischen Schriftstücks möchte ich dahin zusammenfassen, daß dasselbe eher eine Klarstellung als eine bestimmte Anregung bezweckte.

Ich beeilte mich, dem Wunsche, welchen ich als den Grundgedanken der österreichischen Mitteilung zu erkennen glaubte, zu entsprechen, indem ich über die heutige unveränderte Stellung der deutschen Regierung zur kretensischen Frage rückhaltlosen Aufschluß gab. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Annexion Kretas an Griechenland bezw. die Kandidatur des Prinzen Georg, welche man nur als ein Vorstadium der Annexion betrachten kann, eine Erschütterung der Gemüter im ganzen Balkangebiet herbeiführen würde, und daß die Balkanregierungen vielleicht die Absicht, aber nicht die Kraft haben, eine solche hochgradige Erregung einzudämmen. Die Kriegsgefahr, welche sich aus dem durch eine Vergrößerung Griechenlands erweckten Neide ergeben müßte, hat im Laufe der letzten zwölf Monate eher zu- als abgenommen; die freie Zeit ist am ganzen Balkan zu Vorbereitungen benutzt worden, auch hört man neuerdings zum erstenmal seit dem Verschwinden des Prinzen Alexander von Battenberg wieder von der Tätigkeit panslawistischer Agitatoren reden.

In der Überzeugung von der g e g e n w ä r t i g e n Gemeingefährlichkeit einer Annexion Kretas sind wir zu meiner großen Freude mit dem Grafen Goluchowski eines Sinnes. Aber auch hinsichtlich der

Zukunft trennt uns nur eine Nuance. Denn auch Graf Goluchowski hegt keineswegs die Zuversicht, daß in fünf Jahren die Verhältnisse günstig für eine friedliche Durchführung der Annexion liegen werden, er glaubt nur, daß man den Versuch wagen und einen parlamentarischen Gouverneur nehmen sollte, welcher doch vielleicht im Vergleiche mit der sonst zu befürchtenden Versumpfung das geringere Übel sein würde.

Hier laufen die Ansichten scheinbar etwas auseinander, denn der Regierung Seiner Majestät des Kaisers bieten sich leider bis heute keine Anhaltspunkte, um die von ihr im vorigen Sommer geäußerte pessimistische Auffassung von den Wirkungen einer Majoritätsherrschaft auf Kreta modifizieren zu können. Indem Graf Goluchowski vorschlug, dem von den Vertretern der Majorität gewählten Oberhaupte zwei adjoints als Vertreter des Sultans und der Mächte beizugeben, hat er, wie ich Herrn von Szögyény sogleich gern zugegeben habe, das denkbar Erreichbare in der Heranziehung praktischer Kautelen geleistet, ohne jedoch — dies beweist mir der ganze Ton, den er seiner schriftlichen Äußerung gegeben hat — selber im Zweifel zu sein über das ungleiche Stärkeverhältnis, welches zwischen dem Gouverneur als dem ad hoc berufenen Vertreter der nationalen Leidenschaften einerseits und andererseits den Vertretern der Vergangenheit und der Uneinigkeit bestehen würde. In Anbetracht dieses Mißverhältnisses zwischen Bewegungstrieb und Hemmvorrichtung glaube ich nicht, daß die Einwirkung der adjoints den Gouverneur würde nötigen können, die Erklärung der Annexion zu verzögern; vielmehr würde diese Erklärung dadurch, daß sie im Beratungssaale der Nationalversammlung erfolgte anstatt auf freiem Felde, nur um so mehr einen autorisierten Charakter bekommen.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung, bei welcher ich ebenso wie vorher bei dem Anhören der österreichischen Mitteilung die Wahrnehmung zu machen glaubte, daß es weniger auf eine Verschiebung als auf eine genaue Definierung unserer gegenwärtigen Stellung zur kretensischen Frage und zu dem neuesten russischen Vorschlage ankam, konnte ich darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung seit Beginn der kretensischen Frage es an Beweisen ihrer Objektivität und Sachlichkeit nicht hat fehlen lassen. So haben wir z. B., obschon unsere Beziehungen zu den einzelnen großen Kabinetten doch hinsichtlich des Wärmegrades recht verschieden sind, gleichwohl seinerzeit rückhaltlos erklärt, wir würden es mit Freude begrüßen, wenn irgendeine Großmacht, welche auch immer, die unglückliche Insel zeitweilig unter ihre Obhut nehmen und sie den Bahnen der Zivilisation und der Ordnung zuführen wollte. Daß weder eine einzelne Macht noch zwei Mächte zusammen sich für diese Aufgabe bereitfinden ließen, hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers im allgemeinen Interesse aufrichtig bedauert, ohne jedoch etwas daran ändern

zu können. Denn jedes Insistieren unsererseits würde in noch verstärktem Maße Anlaß zu den Verdächtigungen gegeben haben, welche schon vorher der konsequenten und zielbewußten Haltung unseres allergnädigsten Herrn rein persönliche Motive unterzuschieben versucht hatten. Deutschland fühlt sich im Mittelmeer weniger als anderswo berufen, Vorsehung zu spielen und die Verantwortung einer leitenden Rolle zu übernehmen, namentlich dann, wenn der Erfolg unsicher scheint. In gleicher Weise aber möchte es sich vor jener anderen ebenso schwerwiegenden Verantwortung wahren, welche dann erwächst, wenn man wider besseres Erkennen Gefolgschaft leistet auf Wegen, die zum Unheil führen. Die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers wird also auch hinsichtlich der Kandidatur des Prinzen Georg ihre bisherige Politik nicht ändern.

Hier warf Herr von Szögyény die Frage ein, ob das Wiener Kabinett sich darauf verlassen könne, daß in der Tat die deutsche Politik bei dieser Frage unverändert bleiben werde. Die Art, wie der Botschafter diesem Gedanken Ausdruck gab, verwandelte eine Vermutung, die ich schon vorher gehabt hatte, zur festen Überzeugung, daß nämlich Graf Goluchowski Klarheit darüber haben will, ob die ostasiatischen Vorgänge* eine Rückwirkung auf unsere Behandlung europäischer Fragen geäußert haben. Ich kann dem Grafen die Versicherung geben, daß dies nicht der Fall ist. Ich würde die freien, freundschaftlichen Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg für unsicherer halten, als sie in Wirklichkeit sind, wenn ich glauben müßte, daß sie in ihrem Bestande abhängig wären von einem sacrificium intellectus des einen oder des anderen Teils. Die Sicherheit dieser Beziehungen sehe ich im Gegenteil darin, daß sie fortdauern können, ohne daß einer der beiden Beteiligten die Aufgabe aus den Augen verliert, dasjenige zu tun, was im eigenen Interesse das Richtige ist. Zu den eigensten Interessen Deutschlands aber rechne ich in erster Reihe die breiteste Erfüllung unserer Bundespflichten gegen Österreich-Ungarn. Und zu dieser würde es gehören, daß wir von einer etwaigen Änderung unserer Politik in der kretensischen Frage das Wiener Kabinett so früh in Kenntnis setzen, daß dasselbe ohne Anstrengung mit uns gleichen Schritt halten und niemals auch nur eine Minute das Gefühl des Zurückbleibens haben kann. Deutschland und Österreich aber, gleichen Schrittes nebeneinandergehend, können mit Ruhe und Bedächtigkeit allem entgegensehen, was das Schicksal an sie heranbringt.

Ew. wollen bei Mitteilung des Vorstehenden dem Grafen Goluchowski sagen, daß diese von ihm herbeigeführte Aussprache mir eine wahre Befriedigung gewährt.

Bülow

---

* Siehe Bd. XIV, Kap. XC.

Nr. 3266

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 11 Pera, den 16. Januar 1898

In dem Berichte des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg vom 28. v. Mts.* ist mir die Äußerung des Grafen Murawiew aufgefallen: „Die Proposition des Prinzen Georg von Griechenland, die ihm an sich nicht recht sympathisch sei, wäre von den Botschaftern in Konstantinopel ausgemacht worden". Diese Behauptung ist ja in dieser Form nicht zutreffend; würde aber der Minister sie dahin modifizieren, daß jene Kandidatur hier in Konstantinopel von Herrn von Jadowski im Einverständnis mit dem Prinzen Mavrocordato lanciert, von Herrn de la Boulinière gebilligt, von Herrn Pansa jedenfalls nicht gemißbilligt worden sei, so könnte ich aus meinen persönlichen Eindrücken kaum einen erheblichen Widerspruch dagegen erheben.

Wie Herr von Jadowski, der nunmehrige russische Gesandte in Belgrad, sich in erster Reihe die Vertretung griechischer Interessen angelegen sein ließ und dabei stets gleichen Schritt mit dem griechischen Gesandten und dem französischen Geschäftsträger zu halten bestrebt war, habe ich bereits in früheren Berichten dargelegt. Dabei muß ich freilich bekennen, daß ich den genannten Herrn anfangs einigermaßen unterschätzt habe. Nicht als ob ich jetzt von seiner geistigen Befähigung, seinem Bildungsgrade und diplomatischen Geschick eine günstigere Idee hätte. Das ist in keiner Weise der Fall. Aber Herr von Jadowski gehört zweifellos zu jenen russischen Diplomaten, welche durch Beziehungen in Petersburg und vielleicht auch anderwärts einen Einfluß besitzen, den selbst der leitende Minister zu respektieren hat. Und er war so sicher, durch die Nominierung des Prinzen Georg die Gunst hoher Persönlichkeiten zu gewinnen, daß er dessen Kandidatur betreiben konnte, obgleich sie seinem Chef „nicht recht sympathisch" war. Die Tatsache, daß die englische Presse die Nachricht von jener Kandidatur zuerst aus Konstantinopel empfing, bestätigt meine Kombination, nicht minder der Umstand, daß Herr von Jadowski einem meiner Kollegen, der ihn nach der Stellung des Sultans zu jenem Vorschlag frug, wörtlich erwiderte: „Le Sultan acceptera tout". Herr de la Boulinière, für den jedes Wort Jadowskis eine Art Offenbarung ist, hat dies zweifellos nach Paris telegraphiert und damit Herrn Hanotaux Gelegenheit zu der Behauptung gegeben,

---

* Siehe Nr. 3256.

daß Rußland bereits die Genehmigung des Sultans zu jener Kandidatur in der Tasche habe. Ich erinnere mich endlich des Schicksals, welches der griechische Antrag auf Verlängerung der Ratifikationsfrist des Friedensvertrages hier erfuhr. Herr von Jadowski hat ihn aufs äußerste bekämpft, Prinz Mavrocordato in einer Weise vertreten, daß die Pforte gezwungen war, ihn abzulehnen. Die Annahme jenes Antrags würde ja Herrn von Jadowskis Schlußeffekt verdorben haben, den er seiner hiesigen Tätigkeit zu geben gedachte; man konnte doch die Preisgabe eines dem Sieger gehörigen Gebietsteils an den Besiegten nicht wohl in Vorschlag bringen, bevor der Friedensvertrag perfekt war. Nach Verlauf der verlängerten Ratifikationsfrist wäre aber Herr von Jadowski längst seiner hiesigen Wirksamkeit entzogen gewesen.

Neuerdings taucht die Kandidatur des Herrn Numa Droz wieder auf. Herr Pansa hat ein Telegramm aus Kreta — wahrscheinlich von Herrn Canevaro — erhalten, die Nationalversammlung beabsichtige, den genannten Herrn zum Gouverneur zu ernennen.

Marschall

Nr. 3267

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 59 Berlin, den 17. Januar 1898
Geheim

Ew. pp. Mitteilung*, daß Lord Salisbury plötzlich die Frage aufwarf, „was man sagen würde, wenn England schließlich allein in Kreta übrigbliebe", scheint mir ernstester Erwägung wert zu sein.

Der Gedanke einer Festsetzung Englands auf Kreta ist im Laufe der kretensischen Wirren schon wiederholt zum Ausdruck gekommen, teils als russische Befürchtung, teils als gleichgültig hingeworfene Bemerkung Lord Salisburys. In jenen früheren Phasen der kretensischen Angelegenheit** konnte man an die Möglichkeit glauben, daß Lord Salisbury die Russen durch die Aussicht auf eine englische Okkupation Kretas oder wenigstens eines wichtigen Hafens der Insel ängstigen wollte, um das Petersburger Kabinett für den Gedanken einer allmählichen Angliederung Kretas an Griechenland fügsam zu machen. Dieser Interpretation ist heute, wo Graf Murawiew den russischen Familieninteressen entsprechend griechische Politik macht, der Boden entzogen. Wenn also Lord Salisbury gerade jetzt, wo die griechische Kandidatur im Zenit steht, das Alleinbleiben Englands auf Kreta plötzlich zur Sprache

* Vgl. Nr. 3263.
** Vgl. Kap. LXXVII und LXXX.

bringt und die Antwort, wie Ew. pp. mit geübtem Auge erkannt haben, mit Spannung erwartet, so dürfen wir danach mit der Wahrscheinlichkeit rechnen, daß Kreta in den Gedanken Lord Salisburys den Gegenstand direkter englischer Aspirationen bildet. Auch die „Spannung" des englischen Ministers wird dann erklärlich, denn in dieser wie den meisten Fragen, welche die europäische Welt bewegen, würde Deutschlands Haltung voraussichtlich das entscheidende Moment sein.

Selbstredend kann für uns nicht die Frage in Betracht kommen, mit dem Londoner Kabinett etwa eine Abmachung über Kreta zu treffen, da das bloße Durchsickern der Tatsache, daß eine solche Abmachung besteht, oder auch nur, daß deswegen verhandelt wird, schon genügen würde, um unsere Beziehungen zum Petersburger Kabinett ernstlich zu kompromittieren.

Hingegen kann niemand etwas darin finden, wenn Ew. pp. mit Bezug auf die neuerliche Äußerung von Lord Salisbury ihm im Auftrag Ihrer Regierung offen und einfach ungefähr folgendes sagen: „Für Deutschland, welches keine territorialen Interessen im Mittelmeer hat, ist Kreta keine Territorialfrage, sondern eine Friedensfrage. Wir wollen, soviel an uns liegt, zur Erhaltung des Weltfriedens beitragen. Die Hereinziehung Kretas in die griechische Einflußsphäre, sei es durch Annexion, sei es durch die Kandidatur des Prinzen Georg, welch letztere wir als die Einleitung der Annexion betrachten, würde bei der heutigen Stimmung der übrigen Balkanstämme gleichbedeutend sein mit dem Anfachen eines Balkanbrandes, dessen Ausdehnung niemand vorhersehen, niemand im voraus umschreiben kann. Man weiß, wo ein Krieg anfängt, aber man weiß nie, wo er aufhört. Deshalb, weil wir das Heranschieben Kretas an Griechenland als gemeingefährlich betrachten, würden wir es als förderlich für die Sicherung des europäischen Friedens ansehen, wenn irgendeine Großmacht, gleichviel welche, Kreta — sagen wir zeitweilig — unter ihre Obhut nehmen und in die Bahn der Ordnung und der Zivilisation lenken wollte. Wir haben diesen Gedanken schon früher ausgesprochen und bedauern im Interesse des europäischen Friedens, daß er bisher bei den Mittelmeermächten anscheinend keinen Boden gefunden hat. Denn der europäische Friede läuft bei der Verwirklichung dieses Gedankens keinerlei Gefahr, weder von seiten der Balkanvölker, denen jeder Vorwand zum Kriege genommen wird, wenn Griechenland leer ausgeht, noch von einer der europäischen Mächte, deren schon jetzt vorhandene friedliche Tendenzen noch stärker hervortreten werden, sobald sie sich überzeugen, daß auch Deutschland aus der Beobachterrolle bei diesem Anlaß nicht herauszutreten beabsichtigt. Die deutsche Regierung sieht keine Bedenken dagegen, die Art, wie sie die kretensische Frage und deren Lösung betrachtet, offen auszusprechen; irgendeine Lösung jedoch direkt zu be-

fürworten, würde nicht im Einklang mit dem bisher von uns festgehaltenen Grundsatze stehen, in Mittelmeerfragen keine leitende Rolle zu übernehmen."

Indem ich Ew. pp. ermächtige, das Vorstehende ganz oder teilweise je nach Ihrem Ermessen zum Gegenstande einer Besprechung mit Lord Salisbury zu machen, bin ich mir der Schwierigkeit der Ausführung völlig bewußt. Ein Auftrag dieser Art kann nur einem Staatsmanne erteilt werden, welcher das unbeschränkte Vertrauen besitzt, welches Ew. pp. sich bei Seiner Majestät dem Kaiser und bei Seiner Majestät Regierung erworben haben. Wie gesagt, ist es Ew. pp. anheimgestellt, ob und in welchem Umfange Sie diesen Auftrag erledigen wollen. Zu einer vollständigen Erledigung würde gehören, daß Ew. pp. dem englischen Minister die Überzeugung beibringen,

1. daß man Deutschland positive Vorschläge oder die Befürwortung von Vorschlägen in Mittelmeerfragen ebensowenig zumuten kann, wie man England einen Allianzvertrag zumuten würde. Es paßt dies eben nicht in den Rahmen der deutschen bezw. englischen Politik —

2. daß Deutschland aber keinen Finger und keine Feder rühren wird, um zu hindern, daß Kreta, da die europäische Gesamtvormundschaft sich nicht zu bewähren scheint, ganz oder teilweise unter die Vormundschaft einer einzelnen europäischen Macht kommt —

3. daß, wenn Deutschland jene Maßnahme nicht hindert, niemand sie hindern, dieselbe vielmehr friedlich sich vollziehen wird. In diesem Punkte, falls die Erörterung so weit gelangt, werden Ew. pp. dem Verdacht des englischen Ministers zu begegnen haben, daß wir England mit Rußland und Frankreich in einen Krieg bringen wollen. Diese Absicht haben wir nicht, sind vielmehr fest überzeugt, daß die Festsetzung Englands auf Kreta, sei es auf der ganzen Insel, sei es in der Sudabai, sich unter den gegebenen Umständen friedlich vollziehen würde, da Frankreich sich niemals bei einem Kriege gegen England beteiligen wird, solange Deutschland beobachtend in der Reserve bleibt. Es ist eine Konjektur, aber keine fernliegende, wenn man annimmt, daß Frankreich, vor die Wahl gestellt, England zu bekriegen oder sich mit England abzufinden, das letztere wählen wird. Als Abfindungsobjekt wäre im Mittelmeer Syrien denkbar. Frankreich würde auf Syrien eingehen, wenn es die Überzeugung gewönne, daß an der Straße von Gibraltar nichts ohne Krieg mit England zu erwerben ist. Euer pp. werden Syrien keinenfalls nennen dürfen, Lord Salisbury wird aber von selber darauf kommen, wenn Euer pp. ihm sagen, daß die Interessen des uns und England gleich befreundeten Italiens keinenfalls beeinträchtigt werden dürfen. Durch diese Einschränkung wird Tripolis dem Bereiche einer englisch-französischen Kompensationsverhandlung entrückt, worauf wir besonderes Gewicht legen müssen, solange wir die Fortdauer des Dreibundes wünschen,

dessen Aufrechterhaltung für absehbare Zeit unserm Vorteile entspricht. Da man andererseits sicher sein kann, daß Lord Salisbury die eigenen englischen Interessen an der Straße von Gibraltar nicht außer acht lassen wird, so bleibt dann für die Entschädigung Frankreichs wenigstens im Mittelmeer kaum etwas anderes als Syrien übrig, wir brauchen also nicht das Odium dieses Vorschlages auf uns zu nehmen.

Falls dank der Neutralität Deutschlands die Engländer sich wirklich dauernd in Kreta festsetzen könnten, so wäre dadurch nicht nur Englands Machtstellung im Mittelmeer verstärkt, sondern auch sein Ansehen in der ganzen Welt bedeutend vergrößert. Deutschland aber würde seinen Zweck, die kretische Frage ohne Krieg lösen zu lassen, gegen mancherlei Widerstand durchgesetzt haben.

Euer pp. bitte ich aber noch einmal, bei der Besprechung dem englischen Minister keinen Zweifel darüber zu lassen, daß, abgesehen von der ungeheuren Unterstützung, welche die Neutralität Deutschlands — die für diesen Fall als völlig gesichert hinzustellen ist — derjenigen Großmacht gewähren würde, welche zum Zweck einer Wiederherstellung von Ordnung und Frieden die Insel Kreta okkupierte, keinerlei sonstige Förderung, diplomatische Befürwortung oder dergleichen von uns zu erwarten ist. Wir bleiben damit nur konsequent bei dem Grundsatze, der uns während der ganzen Dauer der kretensischen Krisis verhindert hat, eine Initiative zu übernehmen, z. B. einen geeigneten Kandidaten für den kretensischen Gouverneurposten vorzuschlagen.

Euer pp. Rückäußerung sehe ich mit lebhaftem Interesse entgegen.

Bülow

Nr. 3268

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 13 Pera, den 18. Januar 1898

In den Kreisen meiner Kollegen wird begreiflicherweise in diesem Augenblick kein Thema mit größerem Eifer erörtert als die russische Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland. Im Vordergrund des Interesses steht die Frage, ob die russischen Bestrebungen, den Sultan zur Genehmigung dieses Vorschlags oder gar zu einer eigenen Initiative in der Sache zu bewegen, von Erfolg sein werden oder nicht. Bei diesen privaten Besprechungen pflege ich eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten und mich bei Äußerung von Zweifeln und Bedenken in Ton und Inhalt auf gleicher Linie mit meinen Kollegen zu bewegen. Ich will nicht ohne Not hier den Anschein erwecken, als ob der russische Botschafter und ich in dieser Frage die direkten Antipoden seien.

Zweifel und Bedenken gegen die Kandidatur des griechischen Prinzen hegen selbst diejenigen meiner Kollegen, welche im Herzen gut griechisch und antitürkisch gesinnt sind. Allgemein wird der Einwand als berechtigt und unwiderleglich angesehen, daß der russische Vorschlag zu spät und zu früh kommt. Wenn für die Mächte die Herrschaft eines griechischen Prinzen über Kreta eine mögliche und zulässige Lösung war, so wird alle Welt fragen: Warum habt Ihr dies nicht gleich, d. h. vor einem Jahre, gesagt[1], als der kretische Aufstand ausbrach? Warum habt Ihr Griechenland diplomatisch und militärisch bedroht, die Flotte des Prinzen Georg aus den kretischen Gewässern vertrieben, einen griechisch-türkischen Krieg zugelassen, der eine blühende Provinz verwüstete und einen Zustand schaffen half, der sich von dem früheren nur dadurch unterscheidet, daß zu dem gegenseitigen Totschlagen noch die Hungersnot getreten ist? Wie immer man die Antwort auf diese Frage gestalten mag, wird die Zulassung der Kandidatur des Prinzen Georg für die Mächte ein Geständnis der eigenen Unfähigkeit bedeuten, dem Herrn Delyannis* aber mit seinem Anhang der Ethniki Hetairia, die schon vor einem Jahre jene Lösung der kretischen Frage betrieben haben, den Ruhm wahrer und weitblickender Staatsmänner eintragen.

Die Kandidatur des Prinzen Georg kommt aber insofern zu früh, als man doch mindestens die Ausführung des Friedensvertrages hätte abwarten sollen. Die Zumutung, daß ein Monarch in einem Augenblick, wo seine siegreichen Truppen noch im Felde stehen und noch kein Pfennig der Kriegsentschädigung bezahlt ist, den Siegespreis, um den man gekämpft, ohne Gegenleistung dem Besiegten überlassen soll, ist an sich so ungewöhnlich, daß man sie nach allgemein menschlichen Grundsätzen als indiskutabel bezeichnen sollte.

Trotzdem sind einige meiner Kollegen der Ansicht, daß der Sultan dem Drängen Rußlands schließlich nachgeben werde. Sie berufen sich dafür auf die Erfahrung, daß in der Türkei alles möglich und das Unmögliche sogar das Wahrscheinliche sei[2]. Ohne die Richtigkeit dieses Erfahrungssatzes im allgemeinen bestreiten zu wollen, behaupte ich, daß er in diesem Falle nicht zutrifft. Der Sultan wird, wenn er nicht direkt mit Gewalt bedroht wird, nie eine Konzession machen, welche sein Ansehen als Kalif schädigt, ja vernichtet[3]. Und diese Folge würde unfehlbar eintreten, wenn er Kreta und dessen muselmanische Bevölkerung an Griechenland preisgibt nach einem siegreichen Kriege, der das Selbstbewußtsein der ganzen muhamedanischen Welt außerordentlich gehoben hat .— Mit Drängen auf Zahlung der alten Kriegsentschädigung und ähnlichen Trakasserien wird Rußland das gewünschte Ziel nicht erreichen, und daß es schärfere Mittel

---

* Führer der Opposition in der griechischen Kammer.

anwenden sollte, um den Widerstand des Sultans zu brechen, scheint mir bei der heutigen politischen Gesamtlage sehr wenig wahrscheinlich.

Das sicherste Mittel, um die Gefahren wenigstens vorläufig zu beseitigen, die noch immer aus der kretischen Frage erwachsen können, wäre freilich, wenn es endlich gelänge, einen für alle Mächte annehmbaren Kandidaten zu finden. Meine Berichterstattung würde lückenhaft sein, wollte ich nicht erwähnen, daß der hiesige Klatsch seit einigen Tagen den General von Hobe* als einen ernstlichen Bewerber um den Gouverneurposten für Kreta bezeichnet.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] solange die Würde des Thrones und des Landes es verträgt
[3] richtig

Nr. 3269

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 — London, den 19. Januar 1898
Geheim

Vorläufige Antwort auf Erlaß Nr. 59**.

Aus heutiger vertraulicher Unterhaltung, in welcher auch Kreta eingehend besprochen wurde, hatte ich den Eindruck, daß Lord Salisbury vorläufig wenigstens nicht den Mut haben würde, die Insel ganz oder teilweise in irgendeiner Form für England zu beanspruchen. Im Vertrauen sagte er mir, er habe seinerzeit dem französischen Botschafter gegenüber wiederholt den Gedanken angeregt, daß Frankreich die Insel nehmen, oder daß dieselbe zwischen Frankreich und England gleichmäßig geteilt werden könnte. Baron de Courcel habe aber beides für Frankreich abgelehnt, und England könne ebensowenig daran denken, die Insel ganz oder teilweise zu nehmen.

Dieser Haltung des Premierministers gegenüber habe ich vermieden, irgendeinen Auftrag erkennen zu lassen, und mich auf akademische Besprechung der kretensischen Frage beschränkt, indem ich die Gründe für unsere bisherige Politik in der Frage rekapitulierte, auf die in der Kandidatur des Prinzen Georg liegende Gefahr für den Frieden im Orient hinwies und hieran die Bemerkung knüpfte, daß uns nach meiner persönlichen Überzeugung alles recht sein könne, was von den Mächten oder von einer einzelnen Macht unternommen

---

* General von Hobe Pascha, preußischer Offizier in türkischen Diensten.
** Siehe Nr. 3267.

würde, um dem jetzigen bedenklichen Zustand der Unsicherheit im wohlverstandenen Interesse des Friedens ein Ende zu machen.

Der Premier sagte mir schließlich, er sei durch die Stimmung in England genötigt, für die Kandidatur des Prinzen Georg Partei zu ergreifen, glaube auch nicht, daß derselbe daran denken würde, die Insel an Griechenland abzutreten. Außerdem sei es hohe Zeit, daß diese unerquickliche Frage endlich zu einem Abschluß komme.

Hatzfeldt

Nr. 3270

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 25 Berlin, den 20. Januar 1898
Geheim

Antwort auf Telegramm 15*.

Einverstanden, daß Ew. keinen Auftrag erkennen ließen und auch nicht weiter insistierten. Immerhin bleibt das Ergebnis der Unterredung beachtenswert. Dies ängstliche Bestreben Lord Salisburys, die Fühlung mit Frankreich nicht zu verlieren, kontrastiert mit der drohenden, vorwiegend gegen Rußland gerichteten Sprache der letzten Ministertoaste. Vielleicht waren diese auf die Nervosität des Grafen Murawiew berechnet.

Was die Kandidatur des Prinzen Georg anlangt, so wird Deutschland, wie ich zunächst zu Ew. persönlicher Orientierung bemerke, sich auf die Zuschauerrolle zurückziehen, falls andre Mächte Entschließungen fassen, welche ohne Vergewaltigung des Sultans und ohne Kriegsgefahr nicht durchzuführen sind.

Bülow

Nr. 3271

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 52 London, den 20. Januar 1898

pp. Mr. Chamberlain äußerte über die kretensische Frage**.

„Bei allen unseren Verhandlungen mit der Türkei haben wir uns zur Richtschnur genommen, das europäische Konzert aufrechtzuerhal-

---

* Siehe Nr. 3269.

** In einer Rede zu Liverpool am 19. Januar; vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jahrgang 1898, Nr. 250.

ten . . . Wir haben die europäischen Großmächte dazu gebracht, die Autonomie von Kreta anzunehmen, und mit Hülfe der Großmächte haben wir die Zersplitterung von Griechenland verhindert, welche außerdem die Folge des unsinnigen Krieges gewesen wäre, zu welchem dieses Land verleitet worden ist . . . Ich gebe aber gerne zu, daß dies nicht genug ist. Ich gebe denjenigen recht, welche behaupten, daß dieses große internationale Tribunal unfähig ist, Frieden und Ordnung in Kreta herzustellen und eine gerechte und geordnete Regierung für die Armenier einzurichten. Die sämtlichen europäischen Mächte haben sich diskreditiert, aber es ist dies nicht die Schuld unseres Landes oder unserer Regierung[1]. Es ist wohl bekannt, von woher die Hauptschwierigkeiten gekommen sind. Ich gehe aber noch weiter und sage, daß viele Leute zu der Überzeugung kommen mußten, daß der gegenwärtige Zustand unerträglich ist und nicht ins Unendliche fortdauern kann. Es ist allgemein bekannt, daß eine gewisse Gefahr damit verbunden ist, einen anderen Kurs einzuschlagen. Aber es kann kommen — ich hoffe nicht, daß es dazu kommt — daß wir unsere Rechte und unsere Aktionsfreiheit in Anspruch nehmen müssen und für uns allein vorgehen (take isolated action)[2]. Man wird zugeben, daß jede Regierung einen solchen Entschluß nur dann fassen dürfte, wenn alle anderen Möglichkeiten vorher erschöpft sind." pp.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hypokrit!
[2] Jawohl Suda bay!

Nr. 3272

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 Pera, den 23. Januar 1898

Sir Ph. Currie hat vor zwei Tagen den Auftrag erhalten, die Abhaltung einer Botschafterkonferenz anzuregen, um darin die sämtlichen bisher aufgestellten Kandidaten für Kreta einer nochmaligen Besprechung zu unterziehen. Nachdem Freiherr von Calice ihm erklärt hatte, daß er zwar an sich keinen Anlaß finde, eine solche Konferenz einzuberufen, jedoch dazu bereit sei, wenn die übrigen Botschafter übereinstimmten, hat sich Sir Ph. Currie an Herrn Cambon gewandt, der seine Teilnahme in Aussicht stellte, und dann an Herrn Sinowiew, der ihm sagte, daß er ohne Instruktion seinen Wünschen nicht entsprechen könne, aber bereit sei, in Petersburg anzufragen.

Heute früh hat Herr Sinowiew Sir Ph. Currie mitgeteilt, er sei außerstande, an der angeregten Botschafterkonferenz teilzunehmen; seine Regierung erachte nach wie vor den Prinzen Georg von Griechenland für die geeignetste Persönlichkeit für den Gouverneurposten in Kreta und halte dessen Ernennung für die einzige mögliche Lösung der kretensischen Frage; falls die Mächte diese Auffassung bei dem Sultan nicht unterstützten, so bleibe der russischen Regierung nichts übrig, als den Ereignissen ihren Lauf zu lassen und die Verantwortlichkeit für den weiteren Gang der Dinge abzulehnen[1].

Marschall

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das können wir auch ebenso den Russen sagen wenn sie auf Georg bestehen

Nr. 3273

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 30 Pera, den 26. Januar 1898

Sir Ph. Currie hat gestern dem russischen Botschafter mitgeteilt, er sei beauftragt, die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland zu unterstützen.

Durch diese Tatsache sowie durch Gerüchte, daß der Prinz demnächst in Kreta landen werde, ist der Sultan beunruhigt und ließ mich heute gleich fragen, ob ich ihm etwas über die Haltung der Kaiserlichen Regierung bezüglich jener Kandidatur mitteilen könne? Ich ließ Seiner Majestät sagen, daß die Kaiserliche Regierung in der kretensischen Frage fortfahre, die Politik zu verfolgen, die sie von Anfang an im Interesse des Friedens eingehalten habe.

Es ist klar, daß England nunmehr die Kandidatur des Prinzen Georg vor die Botschafterkonferenz bringen will, um die Kontinentalmächte zu trennen[1]: vielleicht überzeugt man sich jetzt in St. Petersburg, daß man mit der Aufstellung jener Kandidatur vornehmlich englische Politik getrieben hat[2].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] ja
Schlußbemerkung des Kaiser
Es bleibt bei meiner Instruktion

Nr. 3274

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept *

Nr. 32 Berlin, den 31. Januar 1898

Für Deutschland, welches keinen Giebel nach dem Mittelmeer hinaus hat, ist die kretensische Frage keine territoriale, sondern lediglich eine Friedensfrage. Wir haben deshalb keine Kandidaten für den Gouverneurposten vorgeschlagen, sondern haben nacheinander den Kandidaturen des Obersten Schaeffer und des Woiwoden Petrowitsch zugestimmt. Beide waren hier unbekannt, blieben jedoch in dem Rahmen, innerhalb dessen nach diesseitiger Ansicht das zukünftige Oberhaupt der Insel gesucht werden sollte, denn sie waren weder Griechen noch Zivilisten. Die jetzt zur Beratung stehende Kandidatur eines griechischen Prinzen bedeutet eine öffentliche Demütigung nicht nur des Sultans, sondern des ganzen Islam. Man würde daher wegen der sich daraus für die Türkei und den Sultan persönlich ergebenden Gefahren auf die gutwillige Zustimmung dieses letzteren nicht rechnen können. Der Gedanke der Einschüchterung des Sultans durch das Einlaufen europäischer Seestreitkräfte in die Meerengen würde dann also von neuem erwogen werden müssen, würde aber, wie wir schon jetzt zu wissen glauben, ebensowenig wie seinerzeit bei der armenischen Frage zur Durchführung gelangen. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist nicht in der Lage, sich an einer Aufgabe zu beteiligen, die sich, wenn überhaupt, nur durch Anwendung oder Androhung von Gewalt zu Ende führen läßt, und die überdies gerade dann, wenn sie wider Erwarten wirklich zu dem erstrebten Ende geführt wäre, den Ausgangspunkt neuer und sehr bedenklicher Verwickelungen bilden müßte, bei welchen die verminderte Autorität des Sultans, die Empörung der Mohammedaner und die gesteigerte Raublust der übrigen Balkanstämme, jedes zu seinem Teile, auf ein höchst unerfreuliches Endergebnis hinwirken würden.

Ew. stelle ich anheim, das Vorstehende in der Ihnen geeignet scheinenden Weise zu verwerten. Vertraulich bemerke ich dazu noch für Ew. pp. persönlich, daß dieser Standpunkt den Anschauungen Seiner Majestät des Kaisers durchweg entspricht, allerhöchstwelcher auch insbesondere meine Ew. pp. bereits bekannte Auffassung teilt, daß Deutschland am besten fährt, wenn es bei Mittelmeerverwickelungen, namentlich solchen, die ohne unser Zutun und sogar gegen unsern ehrlichen Rat hervorgerufen werden, Zuschauer bleibt und dann lediglich auf seine eigenen Interessen Bedacht nimmt. Bülow

---

* Ein wesentlich gleiches Telegramm ging an den Botschafter in Rom (Nr. 21).

Nr. 3275

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 37 Berlin, den 2. Februar 1898
Ganz geheim

Selbst entziffern. Zu Ew. pp. persönlicher Orientierung.

Am Schlusse einer längeren Unterredung über Kreta ließ Seine Majestät gestern gegenüber dem englischen Botschafter die Bemerkung fallen, daß es allerhöchstihm gleichgültig sei, was aus Kreta werde. Als der Botschafter darauf entgegnete: „So, ist das Euerer Majestät wirklich gleich?“, erwiderte der Kaiser: „Ja, ich mache mir nichts daraus, if your fellows take the Sudabay“.

Bülow

Nr. 3276

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 32 London, den 2. Februar 1898

Vorläufige Antwort auf Telegramm Nr. 32*.

Aus früheren gelegentlichen Äußerungen des Premierministers habe ich den Eindruck, daß er die Kandidatur des Prinzen Georg unter allen Umständen fördern wird, nicht weil sie ihm besonders sympathisch ist, sondern weil er fest überzeugt ist, daß das englische Kabinett mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung nicht anders handeln kann[1]. Die Gefahren, die aus einer Demütigung des Sultans und aus der gesteigerten Raublust der Balkanstaaten für den Frieden hervorgehen können, sieht Lord Salisbury ebenfalls, sie kommen aber für die englische Regierung erst in zweiter Linie in Betracht[2]. Außerdem glaubt der Premierminister noch an die Möglichkeit, daß Österreich und Rußland nach wie vor mit Erfolg bemüht sein werden, Serbien und Bulgarien im Zaume zu halten[3].

Ganz vertraulich bemerke ich, daß es mir zum mindesten zweifelhaft erscheint, ob der Ausbruch von Verwickelungen im Orient dem englischen Kabinett besonders unerwünscht wäre[4]. Eine Demütigung des Sultans oder sogar die Absetzung desselben wäre eine nachträgliche Satisfaktion für die von England in der armenischen Frage erlittene Niederlage. Der Ausbruch von Verwickelungen zwischen Öster-

* Siehe Nr. 3274.

reich und Rußland würde England die nach hiesiger Auffassung vorteilhafte Wahl lassen, die Sache durch die beiden anderen Mächte ausfechten zu lassen oder, wenn ihm dies vorteilhafter scheint, das Gewicht seiner Macht auf eine Seite zu werfen und eine Entscheidung im Orient in seinem Sinn und mit besonderer Berücksichtigung der eigenen Interessen herbeizuführen.

Ich behalte mir weitere Berichterstattung vor, nachdem ich demnächst Gelegenheit gehabt, mich hier im Sinn des Telegramms Nr. 32 auszusprechen. Hatzfeldt

---

Bemerkungen Kaiser Wilhelms II. beim mündlichen Vortrag, niedergeschrieben vom Staatssekretär Bernhard von Bülow:

[1] Ja

[2] natürlich

[3] wirklich?

[4] im Gegenteil, sehr erwünscht

Schlußbemerkung Bernhard von Bülows:

Seine Majestät autorisierten mich endlich, an Hatzfeldt sehr geheim zu telegraphieren, er habe nichts dagegen, daß die Engländer in irgendeiner Form Kreta bzw. die Sudabai nähmen.

Nr. 3277

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Pera, den 8. Februar 1898

Freiherr von Calice, welcher den Sultan am letzten Freitag sah, fand denselben fest entschlossen, die Kandidatur des Prinzen Georg für Kreta nicht zuzulassen. Noch bevor der Botschafter dieses Thema berührt hatte, sprach sich der Monarch in diesem Sinne mit der Begründung aus, daß er es vor seiner Armee und seinen Untertanen nicht würde verantworten können, die Insel Kreta, welche den Anlaß des letzten Krieges gebildet habe, den besiegten Griechen auszuliefern. Er könne Kreta überhaupt nicht aufgeben, da dies mit der Zeit den Verlust auch der übrigen Inseln herbeiführen und damit den Zugang zu Konstantinopel für eine feindliche Flotte erleichtern werde.

Marschall

Nr. 3278

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 38 St. Petersburg, den 9. Februar 1898

Die mir vom Grafen Murawiew gemachte Mitteilung, daß für ihn jetzt kein Grund vorliege, die Kandidatur des Prinzen Georg aktiv zu

betreiben, und er jede Zwangsmaßregel vermieden wissen wolle, wird in einem heutigen offiziellen Artikel im Regierungsanzeiger dargelegt.

Radolin

Nr. 3279

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Pera, den 9. Februar 1898

Der Sultan läßt mich soeben bitten, in Berlin anzufragen, ob, wenn türkischerseits für den Waliposten in Kreta ein türkischer Untertan vorgeschlagen werde, er auf die Zustimmung und Unterstützung der deutschen Regierung rechnen könne. Ich ließ Seiner Majestät antworten, daß nach meiner Überzeugung ein türkischer Untertan auf die Zustimmung der Mächte nicht werde zählen dürfen.

Marschall

Nr. 3280

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 49 Berlin, den 10. Februar 1898

Die im Schlußsatz von Ew. pp. Telegramm Nr. 46* wiedergegebene Äußerung des Sultans, „daß er Kreta nicht aufgeben könne", ist geeignet, Zweifel darüber zu erwecken, wie der Sultan sich sein Verhältnis zu Kreta in der Zukunft denkt. Jeder türkische Versuch, dem künftigen Zusammenhang Kretas mit dem Türkischen Reiche einen anderen Charakter als den eines rein formalen Vasallenverhältnisses zu geben — welches das Maximum des Durchführbaren darstellt —, würde gänzlich aussichtslos sein.

Ebenso aussichtslos wäre aber auch der Versuch des Sultans, einen türkischen Untertanen unter gleichviel welcher Form oder Benennung zum Oberhaupt von Kreta durchzusetzen.

Ew. wollen vorstehendes vertraulich an den Sultan gelangen und dabei einfließen lassen, daß auch die wahren oder falschen Angaben, welche neuerdings von Athen aus über eine angebliche Ausdehnung des türkischen Okkupationsgebiets verbreitet worden sind, ungünstig für die Interessen des Sultans wirken. So völlig wir anerkennen, daß

* Siehe Nr. 3277.

die Okkupation Thessaliens für den Sultan unerläßlich ist, um die Durchführung des Friedensvertrages zu sichern, ebenso klar sind wir uns darüber, daß eine nachträgliche Ausdehnung der türkischen Besatzungszone gegen den Sultan bei den europäischen Kabinetten ausgenutzt werden wird.

Bülow

Nr. 3281

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 50 Berlin, den 10. Februar 1898

Graf Eulenburg telegraphiert:

„Graf Goluchowski hatte gestern abend nach eingegangenen Berichten den Eindruck eines langsamen Rückzugs der russischen Politik.

Graf Kapnist war sehr impressioniert durch die Mitteilung aus London, welche ihm Graf Goluchowski machte, daß der Prinz von Wales den Botschafter Herrn von Staal fast mit Heftigkeit angefeuert habe, zu der energischen Durchführung der russischen Wünsche in Kreta nach Möglichkeit beizutragen. ‚Rußland würde sich um sein Prestige bringen, wenn es nicht seine Wünsche bezüglich des Prinzen Georg von Griechenland durchsetze.‘ Graf Goluchowski hat diese Mitteilung an Graf Kapnist mit dem Hinweis begleitet, daß sie deutlich zeige, welche Macht es eigentlich sei, die aus der entstandenen Lage Vorteil zu ziehen beabsichtige.

Graf Goluchowski kam darauf zurück, daß man nunmehr die Durchführung des Botschafterelaborats* ins Auge fassen müsse. Er wiederholte, jeden nur irgend annehmbaren Kandidaten zum provisorischen Gouverneur — soweit er nicht Muselmann oder Prinz von Griechenland sei — akzeptieren zu wollen. Ich machte die Bemerkung, daß ein orthodoxer Kandidat Rußland den Rückzug erleichtern würde, was Graf Goluchowski zugab. Graf Nigra war der Ansicht, den Botschaftern die Wahl und Sendung eines Kommissars zu überlassen, der mit den Gouverneursfunktionen betraut werden könnte.“

Vorstehendes zu Ew. Orientierung.

Der Gedanke des Grafen Nigra scheint mir entwicklungsfähig zu sein, und wir würden jedenfalls einen seitens der Botschafter an uns gelangenden Vorschlag ernster Erwägung unterziehen, immer vorausgesetzt, daß der Vorgeschlagene ein Militär und kein Grieche ist.

Da es zum wesentlichen Nutzen der Sache gereichen würde, wenn diese Persönlichkeit, falls sie sich bewährt, als definitiver Gouverneur

---

* Vgl. Nr. 3254, Fußnote.

bleiben könnte, so wird es eine Persönlichkeit sein müssen, gegen welche der Sultan keine gegründeten Einwendungen machen kann. Andrerseits werden Ew. pp. nötigenfalls den Sultan namens Ihrer Regierung in ernster Weise darauf hinzuweisen haben, daß er seine Stellung schädigt, wenn er Einwendungen erhebt, deren Begründung nicht, wie das in der Frage des Prinzen Georg durchaus der Fall war, vor einem unparteiischen politischen Urteil bestehen kann.

Ew. wollen sich natürlich jeder Initiative hinsichtlich des Vorschlags Nigra wie hinsichtlich jedes anderen Vorschlages enthalten und lediglich abwarten und referieren, was von anderer Seite vorgeschlagen wird.

Bülow

Nr. 3282

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Rom Freiherrn von Saurma

Telegramm. Konzept

Nr. 33 Berlin, den 12. Februar 1898

Der italienische Botschafter* war beauftragt, die „persönliche Überzeugung" des Herrn Visconti Venosta** hier zur Kenntnis zu bringen, daß, nachdem Rußland die Kandidatur des Prinzen Georg einmal vorgeschlagen habe, es unmöglich sein werde, der kretensischen Bevölkerung eine andere Kandidatur annehmbar zu machen, daß es daher vielleicht ratsam sein werde, wenn die Mächte, um eine Durchführung der Kandidatur auf revolutionärem Wege zu verhindern, dieselbe mit nützlichen konservativen Garantien umgeben wollten. Der Botschafter fügte hinzu, daß ihm dieses Thema lediglich als Unterhaltungsgegenstand, nicht als Gegenstand eines Vorschlages übermittelt worden sei. Ew. wollen dementsprechend auch Ihrerseits „lediglich gesprächsweise" Herrn Visconti Venosta das Nachfolgende in weiterer Ausführung der bereits zur Genüge bekannten Anschauungen der deutschen Regierung mitteilen.

Unsere Bedenken gegen die Wahl eines Griechen, insbesondere eines griechischen Prinzen, gründen sich auf die Überzeugung, daß einerseits seine Regierung tatsächlich nichts anderes als eine Parteiregierung würde sein können, gegen welche den unterdrückten Muselmännern nur der Verzweiflungskampf übrigbliebe; daß andererseits das Oberhaupt dieser Parteiregierung außerstande sein würde, die Angliederung Kretas an Griechenland, und zwar schon in der nächsten Zukunft, zu verhindern, woraus sich dann wiederum die bekannten

* Graf Lanza.
** Minister des Äußern im Kabinett di Rudini.

Rückwirkungen auf der Balkanhalbinsel ergeben müßten. Diesen Gefahren einer jeden griechischen Kandidatur würde nach Ansicht von Seiner Majestät Regierung nicht durch verschiedenartige Mittel, sondern nur auf eine einzige Art zu begegnen sein, nämlich dadurch, daß eine oder zwei Großmächte, gleichviel welche, sich der doppelten Aufgabe unterziehen, die Ordnung auf Kreta herzustellen und dieselbe auch fürs erste ebenso wie die Autonomie der Insel aufrechtzuerhalten. Hierin würden wir die einzige denkbare Garantie gegen die Gefahren erblicken, welche eine griechische Kandidatur anderenfalls in sich birgt, und es sollte auch nicht schwierig sein, unter den Mächten, die sich für Kreta interessieren, eine oder zwei zu finden, welche erbötig wären, zeitweilig einige Opfer zu bringen, um dem ihnen sympathischen Plane eine gefahrlose Durchführung zu sichern. Ohne diese Garantie müssen wir jedoch nach wie vor jede griechische Kandidatur als ein gemeingefährliches Experiment ansehen, dem wir alsdann fernbleiben werden.

B ü l o w

Nr. 3283

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Wien, den 14. Februar 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 55*.

Graf Goluchowski ist mit dem Gedanken durchaus einverstanden, glaubt aber, daß keine Macht ein Mandat annehmen werde. Österreich werde es u n t e r k e i n e n U m s t ä n d e n allein noch in Gesellschaft tun. Rußland werde keinenfalls annehmen, England würde man nicht wünschen, Frankreich befinde [sich] in zu schwerer Krisis, um anzunehmen, bliebe vielleicht Italien.

Bezüglich der Haltung Rußlands hat vielleicht folgendes Interesse: Graf Kapnist sagte mir gestern, daß ihm persönlich der Gedanke des Grafen Goluchowski, auf die Botschafterbeschlüsse zurückzukommen und vorläufig einen Kommissar zu ernennen, praktisch erschiene. Aber Rußland werde weder hierauf n o c h a u f i r g e n d e t w a s a n d e r e s e i n g e h e n. Er könne mir vertraulich mitteilen, daß seine letzte Instruktion trotz der Erklärung im Regierungsorgan** so laute.

Kaiser Franz Joseph sprach mir bei Erzherzog Otto den Gedanken aus, daß vielleicht Prinz von Battenberg, dessen Gemahlin von Monte-

---

* Mittels Telegramm Nr. 55 vom 13. Februar war Graf Eulenburg von dem Telegramm an Freiherrn von Saurma vom 12. Februar (siehe Nr. 3282) in Kenntnis gesetzt worden.

** Vgl. Nr. 3278.

negro wenigstens orthodox sei, ein Kandidat sein könne. Graf Goluchowski sagte mir diesbezüglich (und Graf Kapnist bestätigte dies später bei einer anderen Frage), daß Rußland einen Orthodoxen, der nicht Russe sei, verlange, das könne eben nur ein Grieche sein, da Montenegro ausfiele.

Eulenburg

Nr. 3284

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 London, den 16. Februar 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 48*.

In heutiger vertraulicher Unterhaltung mit mir sagte Lord Salisbury, er habe von einem Vorschlag der Kaiserlichen Regierung gehört, wonach zwei Mächte die Administration in Kreta übernehmen sollten. Er bemerkte dazu, daß dies der sicherste Weg sein würde, zwischen den betreffenden beiden Mächten Streitigkeiten herbeizuführen. Ich habe erwidert, daß wir keinen Vorschlag gemacht, sondern lediglich die Ansicht ausgesprochen hätten, daß eine solche Kombination die Erhaltung des Friedens im Orient am besten verbürgen würde. Dies sei, wie er, Lord Salisbury, wisse, dort unser einziger Zweck, und deshalb könne man gerade bei uns am wenigsten den Hintergedanken vermuten, zwei Mächte durch gemeinschaftliche Übernahme Kretas aneinanderzuhetzen. Dies ergebe sich auch schon daraus, daß wir in den bisherigen gelegentlichen Besprechungen über diese Frage die Übernahme der Insel durch eine oder zwei Mächte im Auge gehabt hätten.

Hatzfeldt

Nr. 3285

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 68 St. Petersburg, den 16. Februar 1898

In einer Unterhaltung, mit welcher der Kaiser Nikolaus beim gestrigen Hofball mich beehrte, kam die Rede auf die jüngste Auseinandersetzung der deutschen auswärtigen Politik im Reichstage.

---

* Inhaltlich identisch mit Nr. 3282.

Der Kaiser billigte die Rede des Herrn Staatssekretärs von Bülow * mit Anerkennung [1] als eine klare Darlegung der Verhältnisse.

Ich hatte Gelegenheit, Kaiser kurz, aber präzis unseren Standpunkt in der Kretafrage darzulegen.

Der Kaiser hörte aufmerksam zu, kam aber immer wieder darauf zurück, daß schließlich doch wohl Prinz Georg nach Kreta gehen würde, die Sache brauche Zeit, „wir können ja warten [2]", meinte er.

Ich ließ hierbei die Bemerkung fallen, daß, wenn ich mich recht erinnere, von St. Petersburg aus vor etwa einem Jahre die Idee angeregt worden sei, daß zwei Großmächte die Aufsicht über Kreta übernehmen sollten. Die Sache wäre damals meines Wissens jedenfalls nicht an uns gescheitert. Demgegenüber entgegnete der Kaiser, eine Aktion zu Zweien scheine ihm nicht gut tunlich, vielleicht wäre eine Aktion zu Dreien, d. h. der Garantiemächte leicht durchführbar [3]. Diese Bemerkung war als im Ton einer flüchtigen Konversation hingeworfen, und ich möchte nicht diesen Worten des Kaisers irgendeine bindende Bedeutung beilegen. Im Laufe des Gesprächs erwähnte ich, daß die Kandidatur des Prinzen Georg vor allem und sogar ausschließlich den englischen Interessen dienen würde. Ohne englisches Geld würde er sich nicht halten können, England aber würde sich als Äquivalent für die finanzielle Unterstützung Kompensation suchen. Bevor Seine Majestät die Unterhaltung abbrach, versicherte mich der Kaiser, daß im europäischen Orient keine Komplikation eintreten würde, dort müsse es ruhig bleiben.

Sein Augenmerk sei auf Ostasien gerichtet. Das beschäftige ihn ausschließlich. „Gerade deshalb", erlaubte ich mir zu erwidern, „wird die Kretafrage von England aufgerollt, und werden in der Türkei

* Gemeint ist die berühmte „Flötenrede" Bülows vom 8. Februar im Deutschen Reichstage, in der er u. a. sagte: „Es ist ja nicht nötig, daß in einem Konzert, und auch im europäischen Konzert, jeder dasselbe Instrument spielt; der eine schlägt die Trommel, der andere stößt in die Trompete, ein dritter hält die große Pauke in der Hand. Wir bliesen in Konstantinopel die Flöte diplomatischer Einwirkung und Überredung, und wir bliesen sie umsonst...... Was aus Kreta schließlich werden wird, kann ich Ihnen auch beim besten Willen nicht sagen; das kann Ihnen niemand sagen, das ruht im Schoß der seligen Götter; aber Deutschland wird sich nicht hineinziehen lassen in Komplikationen, die unter Umständen aus der kretischen Frage hervorgehen können. Wir werden dafür sorgen, daß der kretische Wogenprall nicht an die deutschen Küsten brandet. Daraus ergibt sich auch unsere Stellung gegenüber der Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland. Wenn sich die Pforte mit allen Mächten im guten über diese Kandidatur geeinigt haben würde, so würden wir selbst nicht ‚nein' gesagt haben. Eine Pression auf die Pforte machen wir aber nicht mit; wenn Streit entsteht, treten wir ruhig beiseite, und wenn Differenzen laut werden, legen wir die Flöte still auf den Tisch und verlassen den Konzertsaal. Das entspricht sowohl unserem Friedensbedürfnis wie unserer Uninteressiertheit in orientalischen Dingen und in den Mittelmeerfragen...."

Komplikationen provoziert, um Rußland vom fernen Osten abzuziehen. Die von England von langer Hand vorbereitete Kandidatur des Prinzen Georg dürfte ein geschickter Vorwand sein, um Rußland im europäischen Orient zu beschäftigen."

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] ich noch besser
[3] warum nicht?
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut gemacht.

Nr. 3286

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Pera, den 20. Februar 1898

Bei meiner gestrigen Audienz kam auch die kretische Frage zur Sprache; ich fand den Sultan in dieser Beziehung beruhigter, als ich erwartet hatte, und habe den Eindruck, daß er in den letzten Tagen von einer Seite beeinflußt worden ist, die ein Interesse daran hat, daß er vorerst nichts tut oder aussichtslose Vorschläge in der Personenfrage macht.

Ich entwickelte Seiner Majestät nochmals unsere Orientpolitik, welche im Interesse des Friedens die Erhaltung der Integrität des Türkischen Reichs und die Ruhe und Ordnung auf der Balkanhalbinsel anstrebe, und zwar nicht durch eigene Initiative, sondern vornehmlich dadurch, daß wir uns der Unterstützung solcher Vorschläge enthielten, welche jenen Zwecken nach unserer Ansicht zuwiderlaufen. Nur insofern interessiere uns die Kretafrage; ihre Lösung sei durch die Vorgänge der jüngsten Tage nicht gefördert, und ich zweifelte, ob eine weitere Vertagung derselben den Interessen des Sultans nützlich sei. Ein türkischer Untertan werde für den Waliposten ebensowenig die Genehmigung der Mächte finden wie die Entsendung türkischer Truppen zur Wiederherstellung der Ordnung.

Der Sultan präzisierte darauf seine Anschauung dahin: Zwei Punkte seien für ihn entscheidend, einmal die Erhaltung Kretas als integraler Bestandteil des Ottomanischen Reichs; materiell bringe ihm Kreta keinen Vorteil, aber politisch und militärisch müßte die größte Insel des Archipels unter seiner Souveränität bleiben; der andere Punkt sei der Schutz der dortigen Muselmanen; man müßte einen Kandidaten suchen, der in beiden Richtungen Garantie biete.

Ich entgegnete, daß Kreta nur mit der vom Sultan konzedierten

vollen Autonomie ein Teil des Ottomanischen Reichs bleiben werde. Nach meiner Ansicht sei die Personenfrage im Augenblick unlösbar; Vorschläge in dieser Richtung seien zurzeit aussichtslos. Ob der Sultan in einigen Monaten in der Lage sein werde, seine Interessen wirksam zur Geltung zu bringen, erscheine sehr zweifelhaft.

Der Sultan bemerkte, er habe diesen Gedanken in englischem Blatt gelesen, welches behaupte, die Kandidatur des Prinzen Georg sei bis zur Räumung Thessaliens zurückgestellt, dann werde sie wieder erscheinen. Daraus sei zu entnehmen, was von griechischer Seite gewünscht werde. Ich entgegnete, und zwar nicht nur in England; die Auffassung, daß die Zeit gegen den Sultan [laufe] *, sei zutreffend. Ich erzählte dann, daß eine Macht den Gedanken angeregt, ob nicht der umgekehrte Weg wie bisher eingeschlagen und zunächst Ordnung auf Kreta mit Schutz der Muselmanen und Garantien hergestellt werden solle, dann würden nach Ansicht jener Macht die Bedenken gegen den Prinzen Georg in den Hintergrund treten und die Persönlichkeit des Gouverneurs nicht weiter von Bedeutung sein. Die Kaiserliche Regierung glaube, daß solche Garantien nur möglich, wenn eine oder zwei Mächte das Mandat übernähmen, die Ordnung mit jener Maßgabe herzustellen.

Der Sultan, dem dieser Gedanke offenbar neu war, sagte darauf, daß er mit der Anschauung der Kaiserlichen Regierung vollständig einverstanden sei und über die Frage neuerdings mit seinen Ratgebern sprechen wolle. Dabei war mir auffallend, daß, obgleich ich wiederholt von der Kandidatur des Prinzen Georg sprach, der Sultan mit keinem Wort auf die Bedenken zurückkam, die er vor zehn Tagen dem Freiherrn von Calice so scharf entwickelt hatte **. Da ich bestimmt weiß, daß der Sultan an seiner Auffassung der Unannehmbarkeit festhält, so erweckt gerade jene Tatsache in mir den Eindruck, daß man von interessierter Seite dem Sultan den Glauben beigebracht, jene Kandidatur sei definitiv beseitigt, und die Lösung der Kretafrage werde nun auf einer anderen Basis erfolgen.

Nachdem ich noch akademisch die Bemerkung gemacht hatte, die Mandatübertragung an eine oder zwei Mächte werde bei der bekannten gegenseitigen Eifersucht auf Schwierigkeiten stoßen, ließ ich das Thema fallen.

Der Sultan hatte nach meiner Audienz noch eine Unterredung mit Tewfik Pascha. Ob er sich zu irgendeiner Initiative entschließen wird, ist mir deshalb zweifelhaft, weil im allgemeinen der Türke dem Gedanken, heute etwas zu tun, um einer nach Monaten eintretenden Gefahr vorzubeugen, wenig zugänglich ist.

Marschall

---

* Eingefügt für fehlende Gruppe; die Entzifferung des Telegramms weist überhaupt mehrfach unsichere Stellen auf.

** Vgl. Nr. 3277.

Nr. 3287

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 51 Pera, den 26. Februar 1898

Seitdem Rußland die Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland aufgestellt hat, ist die kretische Frage, die in den ersten Wochen meines Hierseins mit außerordentlichem Eifer betrieben wurde, soweit die Tätigkeit der hiesigen Botschafter in Betracht kommt, in ein Stadium vollkommener Versumpfung getreten. Ich bin, um kein besonderes Interesse zu bekunden, politischen Konversationen über jene unerwartete Schwenkung der russischen Politik ausgewichen und habe mich vorsichtig gehütet, Neugierde oder gar ein besonderes Interesse an dem Schicksal jener Kandidatur zu bekunden. In jüngster Zeit scheint mit dem Aufhören der Botschafterkonferenzen der politische Gedankenaustausch unter meinen Kollegen überhaupt sehr spärlich geworden zu sein; man scheut speziell Unterhaltungen über die kretische Frage, und wer darüber spricht, avanciert sich nicht weiter als bis zu der Behauptung, daß die Stellung der prinzlichen Kandidatur in diesem Augenblick die Lösung der Frage nicht vereinfacht, sondern kompliziert habe. Der Gedanke der Mandatserteilung an eine oder zwei Mächte wird vielfach von dem Gesichtspunkte aus skeptisch beurteilt, daß voraussichtlich keine Macht sich der kostspieligen und undankbaren Aufgabe gern unterziehen werde, auf der interessanten Insel Ruhe und Ordnung herzustellen.

Mag die Kandidatur des Prinzen Georg früher oder später wieder aufleben, ihre Wirkungen sind vorhanden und dauern trotz der vorläufigen Zurückstellung, die das russische offiziöse Organ verkündet hat, unverändert fort. Die kretischen Insurgenten sind dreister, die Bulgaren aufgeregter geworden, und in Griechenland fängt die alte Begehrlichkeit von neuem an, mit anderen Worten, die englische Politik hat wieder einmal einen Erfolg errungen [1], nicht durch eigenes Geschick, sondern durch die Fehler des Gegners [2]. Sir Philip Currie ist nicht Diplomat genug, um die Freude seines Herzens über den Gang der Dinge zu verbergen, er macht gar kein Hehl daraus, daß die kretische Frage eine den englischen Wünschen entsprechende Wendung genommen habe, und spricht höchstens sein Bedauern darüber aus, daß Rußland nicht schon früher sich zu der englischen Auffassung bekehrt habe.

Mein russischer Kollege ist offenbar bemüht, die Stimmung im Palais zu beruhigen. Ob dabei speziell russische Wünsche, z. B. bezüglich des Passierens russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen in Frage stehen, kann ich im Augenblick nicht entscheiden. Die Nach-

richt, daß Rußland über derartige Dinge mit dem Palais verhandle, ist mir ebenso oft gemeldet wie dementiert worden; es kann sich dabei nur um die Erlaubnis für das eine oder andere Kriegsschiff handeln [3], denn daß Rußland im gegenwärtigen Augenblicke die Dardanellenfrage prinzipiell aufwerfen sollte, halte ich für ausgeschlossen [4]. Jedenfalls herrscht heute in der russischen Botschaft das Bestreben vor, dem Palais angenehm zu sein, und selbst der erste Dragoman derselben, Herr Maximow, der in der Kandidatenfrage dort wie üblich den „wilden Mann" gespielt hat, soll sich zurzeit urbanerer Formen befleißigen. Vor einigen Tagen hatte ich auf einem Ball ein politisches Gespräch mit Herrn Sinowiew, der mir aus eigener Initiative von der Lage zu sprechen anfing, ohne speziell die kretische Frage zu berühren. Er tadelte scharf das Auftreten englischer Agenten in Mazedonien, welche unbedeutende Vorkommnisse übertrieben, um die öffentliche Meinung zu erregen; er sprach sich sehr entschieden dahin aus, daß die Bulgaren unter allen Umständen Ruhe halten müßten [5], und verurteilte in scharfen Ausdrücken das englische Streben nach der Einführung allgemeiner Reformen im Türkischen Reiche [6]. Ich fand meinen Kollegen, als er in dieser Richtung sprach, weitaus beredter und natürlicher wie neulich, als er mir die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Kandidatur des Prinzen Georg auseinandersetzte. — Was endlich Herr Sinowiew über die sogenannten Reformen sagte, entsprach durchaus den Anschauungen der Kaiserlichen Regierung [7].

Man braucht nicht lange hier gewesen zu sein, um sich von der Wahrheit des Satzes zu überzeugen, daß das Türkische Reich, was die Methode der Regierung und Verwaltung betrifft, im wesentlichen sein wird, was es heute ist, oder nicht sein wird. Wer „allgemeine Reformen" betreibt, will das Reich nicht reformieren, sondern ruinieren [8]. Um in weiterem Umfange die bestehenden Regierungszustände zu bessern, fehlt es der Türkei nicht nur an einem geeigneten Beamtentum, sondern vor allem an einer Bevölkerung, die in ihrer Mehrheit für Reformen Sinn und Verständnis hat. Gewiß empfindet auch die muhamedanische Bevölkerung, ob sie gut oder schlecht regiert wird, und sicherlich werden in weiten Kreisen die Mißstände, die gegenwärtig bestehen, erkannt und bedauert, aber damit hat die Sache ihr Ende. Der Türke „reformiert" nicht einmal, wo er selbst Herr ist und die Schäden am eigenen Leibe verspürt. Wenn eine Mauer einfällt, so ist sie eben eingefallen; wenn das Dach seines Hauses undicht wird, so spannt der Türke seinen Regenschirm auf, um nicht naß zu werden, und wenn das Haus schließlich einzufallen droht, nimmt er sich eine andere Wohnung. Wer keinen Sinn für die einfache „Reparatur" in seinem Hause hat, wird ihn noch weniger für die „Reform" des Staatswesens haben [8]. Dazu kommt noch ein anderes. Der Sultan ist schon vermöge der Vereinigung der weltlichen und geistlichen Gewalt in seiner Person für den Türken muhamedanischer Religion

der allein maßgebende Faktor im Staate. Der westeuropäische Gedanke, daß das Volk „Garantien“ bedürfe gegenüber etwaigem Mißbrauch der Sultansgewalt, liegt dem Türken vollständig fern, und darum wird auch die Unzufriedenheit mit vorhandenen Mißständen niemals gegen die absolute Gewalt des Sultans sich richten, d. h. einen revolutionären Charakter annehmen. Auf der anderen Seite wird der türkische Muhamedaner jeden Reformgedanken, der von einer christlichen Macht ausgeht, schon darum mit dem tiefsten Mißtrauen aufnehmen, weil er instinktiv darin den Versuch erblickt, aus seinem Leder Riemen für die Giaurs zu schneiden, d. h. die letzteren auf seine Kosten zu bevorzugen. Die Empörung darüber drückt ihm die Waffe gegen die Christen in die Hand[8]. Mit Glaubenshaß hat dies ursprünglich gar nichts zu tun. Man spricht hier heute noch viel über die armenischen Greuel und ihre Ursachen. Mehr und mehr hat sich in mir, seitdem ich den Verhältnissen nähergetreten bin, die Überzeugung bestätigt, daß die eigentlichen Schuldigen diejenigen sind, welche die sogenannten armenischen Reformen betrieben haben[9]. Der Gedanke, daß die wirtschaftlich schon übermächtigen Armenier noch weitere Rechte erhalten sollten, um die Muhamedaner auszubeuten, in Verbindung mit den durch gewissenlose Komitees veranlaßten armenischen Provokationen, hat die sonst ruhigen und toleranten Türken in jene Wut versetzt, der Tausende Armenier zum Opfer gefallen sind[10].

Wer nach den jüngsten Erfahrungen die „allgemeinen Reformen“ weiter verfolgt, treibt ein frevelhaftes Spiel nicht nur mit der Ruhe Europas, sondern mit dem Leben von Hunderttausenden von Christen[11], die, außerhalb des Schußbereichs der Schiffskanonen befindlich, gegen Gewalttaten der Muhamedaner unmöglich geschützt werden können.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] was wir seit Monaten an Osten-Sacken gesagt haben.

[3] auf diese Weise können eine ganze Menge werden! Erst sind es einige Transporter, dann ein harmloser Kreuzer, schließlich blos ein einzelnes, gutes, braves Panzerschiff, was ja niemand was zu Leide thut.

[4] ist in diesem Falle auch nicht nöthig! Denn wenn erst das „eine oder das andere Schiff“ die Erlaubniß erhalten soll und wird, und danach das „eine und das andere“ durchfährt, so ist die Frage in Praxi nach Russischem Wunsch gelöst! Q[uod] e[rat] d[emonstrandum]

[5] ob sie aber von Russland dazu gezwungen werden?

[6] das stimmt

[7] ja

[8] richtig

[9] England!

[10] ihr Blut kommt auf die Briten

[11] sehr gut

Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 3288

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 London, den 28. Februar 1898

Mein Eindruck ist, daß Lord Salisbury, welchen der Gedanke der Mandatserteilung an zwei Mächte mit Mißtrauen erfüllt hat, weil er darin den Wunsch sieht, dieselben unter sich und mit anderen zu entzweien, sich jetzt den Anschein gibt, Mandatserteilung an eine Macht vorzuziehen, von welcher er wohl annimmt, daß sie niemals mit Zustimmung aller Mächte zustandekommen wird. Inzwischen wartet er ab, daß Rußland die Kandidatur des Prinzen Georg wieder aufnimmt*, die ihm, wenn er sie auch persönlich ohne Enthusiasmus betrachtet, schon deshalb erwünscht ist, weil die hiesige öffentliche Meinung im Interesse Griechenlands dafür ist, dann aber auch, weil sie ein Feld bietet, auf welchem Rußland und England gemeinschaftliche Politik treiben können.

An territoriale Hintergedanken Lord Salisburys in Kreta glaube ich vorläufig nicht. Er kennt genau das Mißtrauen anderer Mächte gegen England in diesem Punkte und wird, soweit ich ihn beurteilen kann, möglichst alles vermeiden, was als Begründung dieses Mißtrauens ausgelegt werden könnte. Er geht aber, wenn mich nicht alles täuscht, noch weiter und sieht seine Aufgabe darin, England jetzt vor jeder Verwickelung im Orient zu bewahren, die zu Schwierigkeiten mit Frankreich oder Rußland führen würde. Es ist ihm dabei ganz klar, daß andere Mächte ein Interesse an Verschärfung des Mißtrauens zwischen England und Frankreich resp. Rußland im Mittelmeer haben. Dasselbe Interesse hat England daran, daß der Konflikt im Orient, wenn es einmal dazu kommt, zunächst zwischen Rußland und Österreich ausbricht und England freie Hand läßt. Unsere Aufgabe besteht, wie ich glaube, darin, diese Eventualität zu verhindern und gleichzeitig uns selbst freie Hand für alle Fälle zu bewahren.

Hatzfeldt

Nr. 3289

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 113 St. Petersburg, den 13. März 1898

Graf Murawiew, den ich gestern sah, kam von neuem auf die Kan-

---

* Vgl. Nr. 3289.

didatur des Prinzen Georg[1] mit einem Feuer zu sprechen, wie er es kaum früher getan.

Er sei der einzige, meinte er, der eine Garantie für Ordnung und Ruhe böte. Jede Gefahr einer Bewegung auf der Balkanhalbinsel sei ausgeschlossen, seitdem Bulgarien und Serbien in Athen telegraphisch hätten erklären lassen, daß sie mit der Wahl durchaus einverstanden seien und keine Konsequenzen daraus ziehen würden[2].

Jetzt komme es darauf an, daß der Sultan die Initiative zur Wahl ergreife[3] und sie nicht den Mächten überließe, wodurch sein Prestige nur leiden würde. Keine Kandidatur sei für den Sultan so vorteilhaft wie diese. Schon der Umstand, daß ein Mitglied eines mit Rußland und England verwandten Königshauses[4] sein Vasall würde, der ihm den Eid der Treue leistete, müsse ihm schmeicheln[5] und eine Bürgschaft sein, daß die Integrität des Reichs, welche Rußland unter allen Umständen aufrechterhalte, gewahrt wird.

Einen königlichen Prinzen zum Vasallen zu haben, würde auch in den Augen der Muselmanen den Sultan nur erhöhen und von ihnen gebilligt werden[6].

Eine Annexion an Griechenland wäre absolut ausgeschlossen[7]. Um eine griechische Beeinflussung zu vermeiden, könnte dem Prinzen zur Bedingung gemacht werden, daß er keine griechische, sondern nur eine fremde, z. B. dänische[8] Umgebung mitbringe.

Was nun den Hintergedanken anlange, als trachte England nach der Sudabai, so sei derselbe nicht ernst zu nehmen. Weder die englische Königsfamilie noch die mächtige öffentliche Meinung in England, die so stark ausgesprochene philhellenische Tendenzen verfolge, würde eine solche Verletzung der griechischen Interessen zugeben[9]. Jedes englische Kabinett, welches eine derartige Politik treiben wolle, würde gestürzt werden.

Ich konnte nicht umhin, dem Minister mein Erstaunen über den Widerspruch mit der früheren Auffassung auszudrücken, und wiederholte ihm die wohlgemeinten Bedenken, die ich ihm nach den erhaltenen Weisungen des öfteren bereits vorgehalten hatte. Seine einzige Erwiderung war, daß die Verhältnisse sich geändert hätten, kein anderer Kandidat zu finden wäre, und daß vor allem schleunigste Ordnung auf der Insel geschaffen werden müßte[10], um die Gefahr einer allgemeineren Verwickelung zu verhüten.

Graf Murawiew will nun auch von neuem in Wien versuchen, Stimmung für Prinz Georg zu machen und dem Sultan goldene Berge in Form von den „allererdenklichsten“ Konzessionen (die er mir indes zu nennen vermied) versprechen, wenn er den Besuch des Prinzen und seine Kandidatur annehme.

Vielleicht nach dem Grundsatze „qui s'excuse s'accuse“ betonte Graf Murawiew zum Schluß, wie unsinnig es sei zu behaupten, daß er die Kandidatur betreibe, um der Kaiserin-Mutter gefällig zu sein[11].

Daß er auf Ihre Majestät keine Rücksicht nehme, sondern nur das große politische Interesse im Auge habe, beweise von Anfang an seine Haltung in der griechischen Frage.

Bezüglich einer Audienz, die der türkische Botschafter* beim Kaiser hatte, sagte mir der Minister nur, daß der Sultan nochmals den Versuch gemacht habe, einen seiner Untertanen als Gouverneur von Kreta in Vorschlag zu bringen, worauf sowohl der Kaiser Nikolaus wie auch Graf Murawiew dem Botschafter kategorisch erklärt hätten, daß dies unannehmbar sei. Radolin

---

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Unglaublich!
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Dem Himmel sei Dank, das ist mir jetzt total einerlei!
[2] Das erste glaube ich! Das zweite ist gelogen!
[3] Erst wird er von den Hellenen angefallen, dann haut er sie, und dann soll er noch einen ihrer Prinzen zum Guverneur machen!
[4] das war gerade der Grund, weswegen Graf Morawiew im Frühjahr 1897 ihn nicht haben wollte!!
[5] aber er ist doch derjenige, der den frevelhaften Kampf damals gegen ihn eröffnete!
[6] ! Das ist die Logik einer Dame! Die Quelle glauben wir zu kennen!
[7] !
[8] na! Das ist ja verteufelt deutlich, woher der Rath kommt.
[9] oben sagt er, die Annexion an Hellas von Kreta ist ausgeschlossen; und hier sagt er: Sudabai besetzen sei Verletzung griechischer Interessen also sieht er Kreta als ein Stück Griechenland an! Q[uod] e[rat] d[emonstrandum]
[10] womit? Osten Sacken sagt, 20 000 Mann seien nöthig!
[11] ! das ist so klar wie die Sonne!
Schlußbemerkung des Kaisers:
An Stelle von Graf Mourawieff würde ich doch Anstand nehmen, eine so heillos konfuse Auseinandersetzung zu machen, und mich schämen als Ausw[ärtiger] Minister des Zaren einem fremden Botschafter dadurch das Eingeständniß zu machen, daß die einst als richtig anerkannte Politik zu gunsten gänzlich unlogischer und völlig unmöglicher Unterroks- und Weiberintriguen fallen gelassen worden sei. Der Ganze Galimatias ist ein Dekokt aus Briefen der alten Königin und Tsarin-Mama!

Nr. 3290

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept

Nr. 50 Berlin, den 15. März 1898

Antwort auf Bericht Nr. 113**.

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers, unseres allergnädigsten Herrn, habe ich gestern dem russischen Botschafter mitgeteilt, daß

---

* Hüssni Pascha.
** Siehe Nr. 3289.

S. M. S. „Oldenburg“ in den nächsten Tagen Kreta verläßt *, um vorbehaltlich anderweiter späterer Verwendung zunächst in Sizilien gedockt zu werden. Die vertrauensvollen Beziehungen zwischen uns und Rußland machten es mir zur Pflicht, grade dem St. Petersburger Kabinett offen den Grund der Zurückziehung des deutschen Schiffes darzulegen, welche dem Zurücktreten Deutschlands von den kretensischen Angelegenheiten entspricht. Ich sagte dem Botschafter, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nach wie vor die Besorgnis hegt, die vom Petersburger Kabinett mit Bezug auf Kreta neuerdings eingeschlagene Politik werde die revolutionären Elemente auf der Balkanhalbinsel ermutigen. Wir wissen positiv, daß die anarchistische Agitation in Mazedonien während der letzten drei Monate sehr an Kraft und Ausdehnung gewonnen hat, und daß dieselbe, um mit revolutionären Mitteln vorzugehen, nur den psychologischen Augenblick abwartet, wo Prinz Georg in Kreta entgegen den Wünschen des Sultans eingesetzt sein wird. Wir halten auch heute an dem Glauben fest, daß es politisch unrichtig sein würde, die Zustimmung des Sultans zu dieser Kandidatur zu erzwingen, weil dadurch die Gefahr entstehen würde, daß Sicherheit und Leben des Sultans durch muselmännische Fanatiker bedroht und ein Kampf-Sultan auf den Thron gesetzt wird. Wenn aber andererseits Prinz Georg ohne Zustimmung des Sultans in Kreta eingesetzt würde, so hätte diese Handlung einen so ausgesprochen subversiven Charakter, daß dadurch die Balkanstämme ipso facto zur Nachahmung angespornt und die revolutionären Aktionsmittel ihnen als die für die Erreichung ihrer Zwecke allein geeigneten empfohlen würden[1]. Ich fügte hinzu, daß diese meine Mitteilung streng vertraulicher Natur sei, und daß wir uns nach außen bemühen würden, für unser Ausscheiden aus den kretensischen Verhandlungen andere, weniger durchgreifende Gründe geltend zu machen **. Denn wenn die Regierung Seiner Majestät des Kaisers sich verpflichtet hält, keine Mitverantwortung für eine Politik auf sich zu nehmen, deren

---

* Am 16. März schiffte S. M. S. „Oldenburg“ in Kanea das deutsche Detachement ein, holte die Flagge nieder und ging nach Messina.

** In seinem späteren Brief an Kaiser Nikolaus II. von Rußland vom 20. Oktober 1898 (Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 313 ff.) hat Kaiser Wilhelm II. als eigentlichen Grund für die Zurückziehung Deutschlands aus der Kretaaffäre angeführt, daß er nicht dazu habe beitragen wollen, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen. “You know by Osten-Sacken's reports which motives made me ‘lay down my fleet on the table’. Because I felt and saw that a certain Power was using us all others as catspaw to get us to help her to take Crete or Suda bay, and I would not be of the party who are expected to appear with bread and salt and on the top the keys of Crete praying the said Power to kindly look after the welfare of these poor darling Cretans!” Diese Worte des Kaisers erfahren eine eigentümliche Beleuchtung dadurch, daß er Anfang Februar die englische Regierung hatte wissen lassen, „er habe nichts dagegen, daß die Engländer in irgendeiner Form Kreta bzw. die Sudabai nähmen“. Vgl. Nr. 3275 und Nr. 3276.

Endergebnis sich unserer Beurteilung entzieht, so liegt uns andererseits die Absicht fern, die diplomatische Aktion Rußlands zu erschweren und die Hindernisse zu vermehren, welche dasselbe ohnehin auf diesem Wege finden wird. Wir werden daher in der Presse als Gründe für die Zurückberufung der „Oldenburg“ die Notwendigkeit, das Schiff zu docken, und daneben die voraussichtlich nicht unerheblichen Kosten in den Vordergrund der Erörterung stellen, welche die wirkliche Herstellung geordneter Zustände auf Kreta den dabei beteiligten Mächten auferlegen würde.

Ew. wollen das Vorstehende beim Grafen Murawiew, welchem dasselbe wohl schon durch Telegramm des Grafen Osten-Sacken in den Hauptpunkten bekannt sein wird, vertraulich verwerten und dabei hinzufügen, daß Deutschland sich abgesehen von Kreta nach wie vor die Erledigung orientalischer Fragen, soweit dieselbe den Weltfrieden interessiert, zusammen mit den übrigen Großmächten angelegen sein lassen wird.

Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf einer Abschrift:
Gut
Randbemerkung des Kaisers auf der Abschrift:
[1] Gut

Nr. 3291

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Pera, den 15. März 1898

Der Sultan läßt mir soeben durch Tahsin Bey* sagen, er habe durch Djevad Pascha** erfahren, daß S. M. S. „Oldenburg“ Weisung erhalten habe, die Mannschaften einzuschiffen und nach Messina zu gehen, um nicht mehr zurückzukehren. Der Sultan bedauere diese Maßregel um so mehr, als es sich um ein Schiff derjenigen Macht handle, auf deren Wohlwollen und freundschaftliche Haltung in der kretensischen Frage er sein ganzes Vertrauen setzt, und er bitte mich, Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch zu übermitteln, entweder die Maßregel rückgängig zu machen oder ein anderes Schiff an die kretensische Küste zu befehlen.

Ich habe dem Sultan daraufhin mitteilen lassen, daß S. M. S. „Oldenburg“ sich auf Anregung der Marinebehörden von Kreta nach Messina begeben werde, um dort gründlich gedockt zu werden, und

---

* Erster Sekretär des Sultans.
** Marschall Djevad Pascha, früherer Großwesir, Kommandant der türkischen Truppen auf Kreta.

die weiteren Bewegungen des Schiffes von den Anforderungen des Dienstes abhängen würden.

Marschall

Nr. 3292

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept

Nr. 71 Berlin, den 15. März 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 100*.

Ew. wollen dem Sultan, sofern es auf streng vertraulichem Wege geschehen kann, mitteilen, daß die Abberufung des deutschen Schiffes von Kreta keineswegs als Symptom unseres verminderten Interesses für die Türkei aufzufassen ist; im Gegenteil ist die Regierung Seiner Majestät des Kaisers dabei von dem Gedanken geleitet, daß bei der Behandlung der kretensischen Frage sich gelegentlich ein gewisser Leichtsinn bemerkbar machte, welcher dadurch gefördert wurde, daß die Verantwortung für alles Geschehene sich auf die Gesamtheit der europäischen Mächte verteilte. Es ist anzunehmen, daß von dem Augenblicke an, wo die eine oder andere Macht ablehnt, fernerhin mitverantwortlich für die in Kreta anzustellenden politischen Versuche zu sein, die übrigbleibenden Mächte darin eine Mahnung zu größerer Vorsicht erblicken werden.

Übrigens hat Deutschland keineswegs die Absicht, der ihm als Großmacht von Rechts wegen gebührenden Beteiligung an Orientfragen zu entsagen. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist insbesondere darauf vorbereitet, bei der demnächst zu gewärtigenden Wiederanregung der türkischen Reformfrage ihren Einfluß zugunsten der Türkei geltend zu machen.

Bülow

Nr. 3293

Der Gesandte in Athen Freiherr von Plessen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 46 Athen, den 23. März 1898

Ministerpräsident teilte mir heute ein Telegramm Rangabés** vom 18. d. Mts. vertraulich mit, in dem derselbe meldet, Seine Majestät der

* Siehe Nr. 3291.
** Griechischer Gesandter in Berlin.

Kaiser hätten den Botschaftern von England, Österreich-Ungarn, Rußland und Italien erklärt, allerhöchstseine Regierung habe sich in der kretensischen Frage von dem europäischen Konzert zurückgezogen, nachdem der Anregung der Kaiserlichen Regierung, die Wiederherstellung der Ordnung in Kreta zwei Mächten zu übertragen, keine Folge gegeben worden sei. Es bliebe den anderen Mächten nunmehr überlassen, die Sache selbst zu regeln. Seine Majestät der Kaiser hätten hinzugefügt, daß die Besetzung der Insel durch England die beste Lösung gewesen wäre.

Rangabé meldet weiter, daß infolge der allerhöchsten Äußerung die Kabinette in neue Besprechungen untereinander getreten seien.

Plessen

Nr. 3294

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 64 — Wien, den 24. März 1898

Graf Goluchowski hat mir gegenüber die Abberufung der österreichischen Mannschaften und Schiffe von Kreta als „Überraschung" behandelt[1]. Ich gönne ihm gern diese kleine Revanche. Umsomehr, als er sonst wieder völlig in das alte Fahrwasser der Vertraulichkeit eingelenkt ist. An das Communiqué, das inzwischen in die Hände Euerer Durchlaucht gelangt sein dürfte, knüpfte er nach Vorlesung nur eine kurze Betrachtung. Er meinte, daß bei dem eingetretenen Zustand völliger Versumpfung nur die mehr als Österreich dort interessierten Mächte noch eine Veranlassung hätten, in den kretensischen Gewässern zu bleiben. Seine Befürchtung sei allerdings jetzt eine doppelte: Werde Prinz Georg nicht in Kreta eingesetzt, und könnten sich die interessierten Mächte nicht über einen provisorischen Gouverneur mit der Türkei einigen, so werde bald der anarchische Zustand auf der Insel ein militärisches Einschreiten der noch vor Kreta befindlichen Mächte erfordern[2]. Das aber könne bedenklichen Hader und ernsten Streit hervorrufen.

Versuchten hingegen Rußland und England, den Prinzen nach Kreta zu bringen, so ständen bei der Haltung der Türkei und dem noch nicht geräumten Thessalien Zwischenfälle bedenklichster Natur bevor.

Weiter teilte mir der Minister mit, daß Graf Kapnist ihm im Auftrage seiner Regierung habe den Vorschlag machen sollen, den Admirälen die Mission zu erteilen, die Ordnung auf der Insel herzustellen. Als Antwort habe Graf Goluchowski ihm mitteilen müssen, daß eine Stunde vorher die Ordre zur Abberufung der österreichischen

Schiffe abgelassen worden sei. Graf Kapnist habe mit einigem Erstaunen diese Nachricht aufgenommen und die Ansicht vertraulich ausgesprochen, daß die unbedachte und ganz persönliche Politik des Grafen Murawiew in eine immer engere Sackgasse gerate [3]. Die ganz angenehme freiere Bewegung, die jetzt geschaffen sei, berge in sich allerhand neue Schwierigkeiten.

Sir Horace Rumbold, ein persönlicher Freund des griechischen Hofes und eifrigster Vertreter der Kandidatur Georg, vermochte seine Verlegenheit nicht zu verbergen, als ich ihm auf seine Frage, was die Zurückziehung des deutschen und der österreichischen Fahrzeuge zu bedeuten habe, antwortete: den in Kreta zunächst interessierten Mächten den pas zu lassen, sich mit den Türken zu verständigen [4].

„Ja, mein Gott," rief er aus, „wir können doch nicht Truppen in Thessalien landen, wenn die Türken unsern Wünschen gegenüber die thessalische Frage mit der kretensischen verschmelzen wollten! — Ich weiß in der Tat nicht, was ich Goluchowski sagen soll. Soll ich mich freuen oder nicht?"

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Szögyenyi hatte es uns schon erzählt

2 geht ihn aber eigentlich doch gar nichts an, wenn er erst einmal 'Raus ist! und ist außerdem höchst unwahrscheinlich

3 um so besser und sehr erfreulich

4 sehr gut

Nr. 3295

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Konzept

Berlin, den 21. April 1898

Der italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten* hatte gegenüber dem Botschafter Ew. Majestät es sich angelegen sein lassen, die Politik Italiens, welche abweichend von den beiden anderen Dreibundmächten in Kreta bleibe, von dem Verdachte zu befreien, als suche dieselbe nach einer Anlehnung außerhalb des Dreibundes. Dieser Verdacht, hob Marquis Visconti Venosta hervor, sei grundlos. Italien könne sich aber wegen seiner großen Mittelmeerinteressen und im Hinblick auf die öffentliche Meinung des Landes von der kretensischen Sache nicht ganz zurückziehen.

Ich habe darauf den Freiherrn von Saurma beauftragt, dem italienischen Minister für die von ihm zum Ausdruck gebrachten bundes-

---

* Marquis Visconti Venosta.

freundlichen Gesinnungen zu danken und ihn gleichzeitig vertraulich daran zu erinnern, daß Ew. Majestät Regierung wiederholt im Laufe des letzten Jahrzehnts den Italienern geraten habe, sich noch außerhalb des Dreibundes nach einer für die Wahrung der italienischen Orient- und Mittelmeerinteressen geeigneten Gruppierung umzusehen. Das Zustandekommen dieser Gruppierung ist allerdings nicht durch Schuld der Italiener, sondern infolge der Apathie Englands unterblieben.

Freiherr von Saurma meldet jetzt, daß er den fraglichen Auftrag ausgerichtet, und daß der italienische Minister erwidert hat, wenn auch die italienische Regierung in der untergeordneten Kretaangelegenheit geglaubt habe, eine von den spezifisch italienischen Interessen erheischte besondere Haltung einnehmen zu müssen, Italien doch in allen wichtigen den status quo im Mittelmeer betreffenden sowie in allen großen politischen Fragen unentwegt mit seinen Verbündeten gehen werde.

Bülow

Nr. 3296

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 113 Berlin, den 21. April 1898

Tatsächlich ist Kreta — und darüber gibt sich der Sultan, klug wie er ist, gewiß keiner Täuschung hin — für die Türkei verloren und war es schon, bevor der türkisch-griechische Krieg anfing. Für den Sultan handelt es sich daher nur noch hinsichtlich Kretas um Wahrung der Würde und des äußeren Scheins. Von diesem Standpunkte aus würde dem Sultan zu empfehlen sein, daß er, wenn die Zurückziehung seiner Truppen von Kreta verlangt wird, etwa folgendes erklärt:

Für ihn handle es sich* nicht um Herrschaft, sondern in seiner Stellung als Kalif um die Sicherheit des Lebens und Eigentums seiner dort zurückbleibenden Glaubensgenossen. Die Vorgänge auf der Insel hätten gezeigt und zeigten bis auf den heutigen Tag, daß die gegenwärtig dort vorhandene Zahl der Truppen für diesen Zweck, die Sicherheit der Muhamedaner, nicht ausreichend sei. Er werde daher seine Truppen erst dann zurückrufen, wenn für die abziehenden türkischen Truppen eine gleiche Zahl europäischer Soldaten nach Kreta geschickt werde.

Bülow

---

* Von hier ab von der Hand Bülows.

Nr. 3297

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 195 Therapia, den 13. September 1898

Die jüngsten Ereignisse in Kreta* sind für diejenigen nicht unerwartet gekommen, welche unbefangenen Auges die jüngste Entwickelung der Dinge auf der unglücklichen Insel beobachtet haben. Jene Ereignisse sind im Grunde genommen nur eine logische und natürliche Konsequenz der Politik, welche seit sechs Monaten von den vier Kretamächten dort verfolgt wird. Der Ausgangspunkt dieser Politik ist die russische Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland, ihr vorläufiges Resultat das Blutbad von Kandia[1]. Wohl ist jene Kandidatur bisher ein unerfüllter Wunsch geblieben, und Rußland hat mit seinen Gesinnungsgenossen weder die Macht gehabt, den Prinzen einzusetzen, noch ist es imstande gewesen, positive Vorschläge an Stelle des von den Botschaftern ausgearbeiteten Organisationsentwurfs zu setzen. Aber ein Wendepunkt in der Kretafrage ist jener überraschende russische Schachzug doch geworden. Denn vor aller Welt wurde damit für Kreta als Aktionsprogramm der Gedanke verkündet, zu dem auf der ganzen Welt jeder Radikale sich mit Begeisterung bekennt: „Für die Revolution und gegen die Autorität[1].“ Man wird den Kretamächten das Zeugnis nicht versagen können, daß sie in Ausführung dieses Programms einen Eifer und eine Konsequenz entwickelt haben, die einer besseren Sache würdig gewesen wären.

Der Organisationsentwurf, den die Botschafter im vorigen Jahre ausgearbeitet haben**, war gewiß ein sehr unvollkommenes Werk, und ich habe immer gezweifelt, ob man mit papierenem Statut eine Insel pazifizieren kann, auf der seit Jahrhunderten die Revolution eine berechtigte Eigentümlichkeit geworden ist. Aber jener Entwurf beruhte wenigstens auf dem gesunden und versöhnenden Gedanken, daß man ein aufständisches Land nur dann pazifizieren kann, wenn man auch der Minorität Schutz für ihre Rechte gewährt. Darum sollten zunächst die Muselmanen, welche von den christlichen Insurgenten von Haus und Hof vertrieben waren, in ihren Besitz wieder eingesetzt werden,

---

* Ende August war in Kandia eine Revolte der Muhamedaner ausgebrochen, die sich gegen die englische Besatzung richtete. Bei den Straßenkämpfen fielen mehrere Hundert Christen und 21 englische Soldaten. Die englischen Kriegsschiffe beschossen darauf am 6. September Kandia, das großenteils in Flammen aufging; auch das deutsche Konsulat fiel der Feuersbrunst zum Opfer. Im weiteren Verlauf des September schickten die vier Mächte England, Italien, Rußland und Frankreich Verstärkungen nach Kreta.

** Vgl. Nr. 3254, Fußnote.

es sollten der muselmanischen Minorität verfassungsmäßige Garantien gegen Vergewaltigung durch die christliche Majorität gegeben werden und nur nach Maßgabe der Durchführung dieses Programms die allmähliche Zurückziehung der türkischen Truppen erfolgen. Die neuere Kretapolitik steht auf dem umgekehrten Standpunkte, sie bekennt sich unverhüllt zu der Anschauung, die schon so viel Unheil gestiftet und das Christentum in der muselmanischen Welt so gründlich diskreditiert hat [2], daß in dem Verhältnis von Christ zu Muselman sich der erstere jedes Unrecht erlauben kann und der letztere jedes Unrecht zu dulden hat. Das Zerrbild von Regierung, welches man errichtet hat, ist nur ein Werkzeug der Insurgenten. Keinen Finger hat man gerührt, um den Muselmanen ihren Landbesitz zurückzugeben; dem höhnischen Verlangen der Insurgenten, daß die Rückgabe der Ländereien an ihre rechtmäßigen Eigentümer erst dann erfolgen könne, wenn die türkischen Truppen die Insel verlassen hätten, haben die Mächte ohne weiteres willfahrt, „weil die Anwesenheit der Truppen die Christen aufrege" —, als ob es ein Gravamen gegen die türkischen Soldaten sei, daß sie bei den Insurgenten nicht beliebt sind, und als ob nach Beseitigung der letzten Reste ottomanischer Macht die Insurgenten freiwillig den geraubten Besitz herausgeben würden. So blieben die depossedierten Muselmanen in den Städten, vornehmlich Kandia, eingepfercht, dem Hunger und Elend preisgegeben. Sie haben ihr Schicksal mit orientalischer Geduld ertragen, bis in den ersten Septembertagen die Engländer die türkischen Steuerbeamten vertrieben und durch „christliche Beamte", das heißt Insurgenten, ersetzten. Diese Beamten sollten den Zehnten einziehen von den Produkten, die von Rechts wegen den Muselmanen gehören, und das Ergebnis dieser Steuer war ausschließlich für die Insurgenten bestimmt, während die Muselmanen weiter zu hungern hatten. Gegen diese Unbill haben die letzteren in den Straßen zunächst unbewaffnet demonstriert; erst als die Engländer auf die demonstrierenden Massen geschossen, haben diese sich bewaffnet und die Offensive ergriffen. Das ist der Sachverhalt. Wer sich mit einer revolutionären Mehrheit derart identifiziert, wie dies seitens der Mächte auf Kreta geschehen ist, muß mindestens die materielle Macht besitzen, um die Gegenrevolution der ordnungsliebenden Minderheit, die, gegen Recht und Billigkeit behandelt, schließlich in der Verzweiflung zu den Waffen greift, im Zaum zu halten und nötigenfalls zu Paaren zu treiben. Aber selbst an dieser Fürsorge hat es gefehlt. Es scheint sicher, daß wenigstens vorübergehend die Muselmanen Herren von Kandia gewesen sind; jedenfalls sind jener mangelnden Voraussicht zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen. Über die Haltung der türkischen Truppen gehen die Versionen diametral auseinander. Die Türken versichern, daß nur der Intervention ihrer Truppen die rasche Wiederherstellung der Ordnung zu danken sei, während umgekehrt behauptet wird, daß die türkischen Soldaten mit den Muselmanen ge-

meinsame Sache gemacht haben. Die Kretamächte werden zweifellos aus den letzten Vorgängen Anlaß nehmen, um mit größerem Nachdruck den Rückzug der Truppen zu verlangen. Der Sultan wird dies auch fernerhin verweigern. Er kann nach den jüngsten Vorgängen um so weniger darauf eingehen, als er damit in den Augen seiner muselmanischen Bevölkerung die kretischen Muselmanen der Rachsucht ihrer christlichen Feinde schutzlos preisgeben würde. Und die Zeit, in welcher als Äquivalente für den Rückzug effektive Garantien für die muselmanische Bevölkerung geboten werden konnten, ist versäumt; wenigstens glaube ich nicht, daß die Mächte, nachdem sie der Revolution vollkommen frei die Zügel haben schießen lassen, noch die Kraft finden werden, für die Minorität andere als rein imaginäre Sicherheiten durchzusetzen.

Angesichts dieser unerfreulichen Vorgänge ist es eine wahre Beruhigung, daß Deutschland durch seinen Austritt aus dem kretischen Konzert sich von jeder Verantwortlichkeit freigemacht hat. In Konsequenz dieser Tatsache bekunde ich bezüglich der kretischen Frage keinerlei Neugierde und pflege Gesprächen meiner Kollegen über diese Dinge mit einer um so natürlicheren Interesselosigkeit zuzuhören, als irgendein neuer Gedanke dabei niemals zutage tritt. Was die türkische Auffassung der jüngsten Ereignisse betrifft, so kann ich eine gewisse Genugtuung, um nicht zu sagen Schadenfreude, darüber verzeichnen, daß die Zustände auf Kreta, seitdem die Mächte das Glück der Insel in Entreprise genommen haben, von Tag zu Tag schlechter werden[2]. Es liegt ja auch eine gewisse Ironie darin, daß die Mächte, denen die Regierung des Sultans in Kreta unerträglich schlecht erschien, nach bald zweijähriger Mühewaltung schließlich den Zustand dort begründet haben, den man gemeinhin als „Anarchie" zu bezeichnen pflegt[2].

Irgendwelche ernste Komplikationen erwarte ich aus den neuesten Vorgängen nicht. Die Mächte werden Verstärkungen nach Kreta schicken, aber auch nach Eintreffen derselben wird ihre Truppenmacht zur Pazifizierung der Insel ebenso ungenügend sein wie bisher. Der Sultan seinerseits wird alle Ansinnen, die in der Frage an ihn herantreten, mit jener Verschleppungstaktik behandeln, in welcher der Orientale, und unter ihnen wiederum Abdul Hamid Meister ist. So können die „unhaltbaren" Zustände auf Kreta noch recht lange andauern. Die Verantwortlichkeit dafür trägt meines Erachtens in erster Reihe die russische Politik. Es ist zu wünschen, daß Rußland, welches in Kreta Arm in Arm mit der Revolution geht und auch anderwärts bestrebt zu sein scheint, dem Radikalismus billige Schlagwörter gegen konservative Ideen zu liefern, die Früchte dieser Politik nicht dereinst am eigenen Leibe verspüren möge.

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Sehr gut.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ja
[2] richtig

Nr. 3298

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 384 Therapia, den 14. September 1898

Heute morgens 4 Uhr suchte mich Tewfik Pascha auf, um mir mitzuteilen, daß der englische Admiral an den Gouverneur von Kandia Edhem Pascha eine Sommation gerichtet habe, die sich auf vier Punkte erstrecke. Der wichtigste Punkt sei das an den Gouverneur gestellte Verlangen, innerhalb 48 Stunden die an dem jüngsten Aufstand Schuldigen auszuliefern und die Muselmanen zu entwaffnen. Falls dies nicht innerhalb der genannten Frist geschehe, werde der Admiral selbst die verlangten Maßregeln durchführen.

Der Minister bezeichnete mir das englische Verlangen als unerfüllbar. Die Schuldigen befänden sich nicht in den Händen der türkischen Behörden, sie könnten erst durch eine sorgfältige Untersuchung ermittelt werden, und die Entwaffnung der muselmanischen Bevölkerung Kandias sei mit den dort anwesenden zwei bis drei türkischen Bataillonen nicht zu bewerkstelligen. Schreite aber der englische Admiral zu diesem Zweck ein, so sei ein neues Blutbad unausbleiblich.

In allerhöchstem Auftrage hatte Tewfik Pascha während der Nacht die Vertreter der vier Kretamächte aufgesucht und dort Vorstellungen gegen das englische Vorgehen gemacht. Auf speziellen Befehl des Sultans war er zu mir gekommen, um meinen Rat zu erbitten.

Ich erwiderte dem Minister, daß ich stets bereit sei, den Wünschen Seiner Majestät entgegenzukommen, aber in diesem Falle außerstande sei, irgendeine Meinung zu äußern. Die Kaiserliche Regierung habe sich aus Kreta zurückgezogen, um nicht die Verantwortlichkeit für die weitere Entwickelung der kretensischen Frage zu tragen; ich vermöge demnach in dieser Frage auch einen persönlichen Rat nicht zu geben, der zudem für den Sultan aus dem Grunde keinen Wert haben könnte, weil er auf einer ganz ungenügenden Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse beruhen würde.

Marschall

Nr. 3299

Der Geschäftsträger in Rom Graf von Pückler an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 198 Rom, den 15. September 1898

Minister Canevaro* teilte mir mit, er habe Kabinette von St. Petersburg, London und Paris aufgefordert, den Zuständen auf Kreta dadurch ein Ende zu machen, daß der Sultan aufgefordert würde, seine Truppen und Beamten zurückzuziehen und die Insel den Mächten völlig en dépôt zu überlassen, und daß die vier Mächte ihm dafür Leben und Eigentum der muselmännischen Bevölkerung sowie seine Souveränität garantierten. Dieser Schritt, meinte Herr Canevaro, verspräche jedoch nur dann sicheren Erfolg, wenn er, was die erste Hälfte, nämlich die Aufforderung an den Sultan anlange, von Berlin und Wien unterstützt würde.

Pückler

Nr. 3300

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Derenthall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 215 Berlin, den 17. September 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 213** zu Ew. pp. Orientierung.

Der italienische Botschafter hat nunmehr den Inhalt eines Telegrammes des italienischen Ministers des Äußeren an die italienischen Vertreter in Petersburg, London und Paris hier mitgeteilt, wonach die italienische Regierung vorschlägt, die vier Mächte sollten noch einen letzten entscheidenden Schritt bei der Pforte unternehmen, um innerhalb einer gewissen Frist die Zurückziehung der türkischen Behörden und Truppen von der Insel und dadurch deren völlige Überantwortung an die vier Mächte zu erlangen, wogegen die vier Mächte den Fortbestand der Souveränität des Sultans sowie die Sicherheit und das Eigentum der Muhamedaner garantieren sollten.

Graf Lanza hat auftragsgemäß mündlich hinzugefügt, zum Erfolg eines solchen Kollektivschrittes würde es wesentlich beitragen, wenn

---

* Italienischer Minister des Äußern in dem Ende Juni 1898 gebildeten Kabinett Pelloux.

** Durch Telegramm Nr. 213 vom 16. September war Graf Eulenburg das Telegramm des Geschäftsträgers Grafen Pückler vom 15. September (siehe Nr. 3299) mitgeteilt worden.

die Kabinette von Berlin und Wien sich demselben anschlössen, mit welcher Anregung die italienische Regierung indessen keineswegs beabsichtige, die Kaiserliche Regierung im übrigen wieder in die Kretaangelegenheiten hineinzuziehen.

Der russische Geschäftsträger hat sich sodann bei mir mit Interesse nach der Aufnahme erkundigt, welche die italienische Eröffnung hier gefunden habe.

Ich habe die italienische Anregung lediglich ad referendum genommen und dies auch dem russischen Vertreter mitgeteilt.

Ob vorstehendes noch dem Herrn Staatssekretär mitzuteilen nötig ist, darf ich je nach dem Ergebnis Ihrer Besprechung mit demselben auf Grund meines Telegrammes Nr. 213 Ihrem Ermessen überlassen.

v. Derenthall

Nr. 3301

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Semmering, den 18. September 1898

Nachdem wir uns von der kretensischen Angelegenheit zurückgezogen haben, können wir nicht wieder in dieselbe einspringen, nur um den Sultan zu drangsalieren, und ohne Gewähr hinsichtlich der Konsequenzen, welche ein solcher Umschwung unsrer Politik für die weitere Entwickelung der Dinge auf Kreta und im Orient nach sich ziehen könnte. An einer gemeinsamen Pression auf die Pforte vermögen wir uns ebensowenig zu beteiligen wie derselben zu raten, ihre Truppen aus Kreta zurückzuziehen. Ein solcher Ratschlag würde immer eine Verantwortung involvieren, die wir in einer uns so wenig interessierenden Angelegenheit wie die kretensische nicht zu übernehmen in der Lage sind. Andrerseits werden wir dem Sultan auch nicht von der Zurückziehung seiner Truppen aus Kandia abraten oder denselben irgendwie zum Widerstand gegen die Forderungen der in Kreta direkt interessierten Mächte ermutigen. Unsre Haltung bleibt nach allen Seiten hin eine wohlwollend reservierte, ich habe mich gestern in diesem Sinne gegenüber Graf Goluchowski ausgesprochen, welcher meinem Standpunkt beitrat und dieselbe Verhaltungslinie einhalten will, da das Wiener Kabinett nach früher gemachten Erfahrungen nicht die mindeste Lust empfinde, sich wieder in die kretensische Streitfrage einzumischen. Ich bitte, die Anregung des Admirals Canevaro nach Maßgabe vorstehender Andeutungen in für den italienischen Minister des Äußern und Italien freundlichster Form zu beantworten.

Bülow

Nr. 3302

Aufzeichnung des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Derenthall

Eigenhändig

Berlin, den 20. September 1898

Der französische Geschäftsträger * besuchte mich heute, um namens seiner Regierung die Bitte auszusprechen, wir möchten uns dem in Konstantinopel beabsichtigten Schritt der in Kreta interessierten vier Mächte wegen Zurückziehung der türkischen Truppen und Beamten von der Insel anschließen oder denselben wenigstens unterstützen. Begründet wurde die Bitte damit, daß die Pforte sich nur fügen werde, wenn sie sich dem vereinigten Willen der sechs Mächte gegenübersehe.

Ich habe Herrn Boutiron erwidert, daß der gleiche Wunsch uns bereits italienischerseits ausgesprochen worden sei, und habe ihm nach Anleitung und im Sinne des Telegramms des Herrn Staatssekretärs vom 18. d. Mts. ** auseinandergesetzt, daß und weshalb wir, nachdem wir uns einmal von jedem Mittun in Sachen Kretas zurückgezogen hätten, nicht wieder aus unserer Zurückhaltung heraustreten könnten. Dabei habe ich besonders betont, daß wir uns nach beiden Seiten gleich passiv verhalten würden, uns also weder an einer Pression auf die Pforte direkt oder indirekt beteiligen noch die Pforte irgendwie in ihrem Widerstand bestärken würden.

Von Interesse war mir die große Ratlosigkeit, in der sich die vier Mächte nach Herrn Boutirons Eingeständnis zu befinden scheinen. Der Geschäftsträger ließ durchblicken, daß Frankreich und Rußland unserm Beispiel nur deshalb nicht folgen könnten, weil sie England und dem ihm befreundeten Italien nicht trauten und beide nicht füglich allein auf der Insel schalten lassen könnten.

v. Derenthall

Nr. 3303

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 398 St. Petersburg, den 2. Oktober 1898

Graf Lamsdorff ***, dem die Zustände in Kreta eine ernste Besorgnis einflößen, und der sich volle Rechenschaft ablegt, daß die vier Mächte in eine Sackgasse geraten sind, möchte natürlich die Unterstützung

---

* Boutiron.

** Siehe Nr. 3301.

*** Adjunkt des Grafen Murawiew.

Deutschlands und Österreich-Ungarns haben, um mit großem Nachdruck in Jildis die freiwillige Zurückziehung der türkischen Truppen aus Kreta zu verlangen, auf die sie doch nicht rechnen können. Graf Lamsdorff hat mir einige schwache darauf bezügliche Andeutungen gemacht, die ich aber mit solcher Entschiedenheit und markierter Gleichgültigkeit von mir wies, daß er es aufgegeben hat, mir gegenüber diesen Gegenstand wieder zu berühren.

Graf Lamsdorff hat nun sein Glück mit dem österreichischen Geschäftsträger versucht, und, wie mir Graf Széchényi sagte, hervorgehoben, wie unangenehm es die russische Regierung berühre zu sehen, daß die beiden Mächte sich nicht an dem Schritte der vier anderen Mächte in Konstantinopel beteiligen wollen, da man hier das größte Gewicht gerade auf das Prestige des gemeinsamen Vorgehens der drei Kaiser lege. Im Laufe der Unterhaltung mit dem österreichischen Geschäftsträger kam Graf Lamsdorff auf die Kandidatur des Prinzen Georg zu sprechen und meinte, der Botschafter Graf Kapnist habe die Sache in Wien verfahren. Il n'a pas su tourner la chose. Der Botschafter wäre beauftragt worden, die Ansicht des österreichisch-ungarischen Kabinetts einzuholen, nicht aber die Kandidatur des Prinzen Georg als einen russischen Vorschlag hinzustellen. „Ce n'était donc qu'une suggestion. Ainsi vous voyez," hätte Graf Lamsdorff hinzugefügt, „que nous n'avons pas forcé cette candidature," welche letztere er übrigens trotz aller gemachten Einwendungen als eine überaus glückliche Idee bezeichnete, denn sie hätte die Griechen mit Stolz erfüllt und zur Ruhe verholfen.

Ich glaube, die Äußerungen des Grafen Lamsdorff an Graf Széchényi weitergeben zu sollen, weil es eine Bekräftigung der Ansicht ist, daß die Russen in der Befürchtung vor einer isolierten Aktion der Engländer in Kreta weitergegangen sind, als sie ursprünglich wollten, und wie sehr sie unsere Unterstützung auch in dieser Frage brauchen. Charakteristisch ist auch die Anschuldigung des Grafen Kapnist, der dem Grafen Lamsdorff ebenso wie dem Grafen Murawiew ein Dorn im Auge ist. Radolin

Nr. 3304

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 399 St. Petersburg, den 4. Oktober 1898

Der österreichische Geschäftsträger* hat mir einen von ihm soeben an seine Regierung erstatteten, die Kretafrage betreffenden Be-

* Graf Széchényi.

richt mitgeteilt, aus dem ich nachstehendes Euerer Durchlaucht zu melden mich beehre, da der Bericht einerseits ein Bild von der hier in den maßgebenden Kreisen hinsichtlich dieser Frage bestehenden Auffassung gibt und auch wegen der Beurteilung, welche die Situation seitens des Grafen Széchényi erfährt, Beachtung verdient.

Graf Széchényi hatte mit dem Grafen Lamsdorff eine längere Unterredung, nachdem, wie es heißt, am 3. d. Mts. der Befehl des Zaren an den russischen Botschafter in Konstantinopel eingetroffen war, sich der Aktion der drei anderen Botschafter anzuschließen.

Im Laufe dieses Gesprächs warf der österreichische Geschäftsträger die Frage auf, ob nicht zu besorgen sei, daß der Sultan durch Überreichung eines Ultimatums in eine schwierige Lage gebracht würde, deren Konsequenzen weit verderblicher werden könnten, als es die ganze Kretafrage wert sei. Falls Abdul Hamid sich dem Willen der vier Mächte füge, hätte er mit dem Islam zu rechnen, der seit langer Zeit schon argwöhnisch die Regierungstätigkeit des Sultans beobachte und ihm allzugroße Nachgiebigkeit Europa gegenüber vorwerfe[1]. Für den anderen Fall, daß der Sultan das Ultimatum zurückwiese und die türkischen Truppen mit Gewalt von Kreta entfernt würden, müßten die Vertreter der vier Mächte in Konstantinopel eventuell mit einer religiösen Bewegung rechnen[1].

Graf Lamsdorff erwiderte, wenn englische Forderungen wie Abtragung von Gebäuden in Kanea, Auslieferung von Übeltätern und Entwaffnung von Baschibosuks auf Befehl des Sultans geschehen konnten, ohne einen Zwischenfall am Bosporus hervorzurufen, dann könne der Sultan auch ohne Gefährdung seiner Person den Befehl zur Abberufung seiner Truppen geben[2]; an eine Gefahr für die fremden Vertretungen könne er nicht glauben, da der Sultan sich der Konsequenzen wohl bewußt wäre. Weit gefährlicher würde für den Sultan die Situation sein, wenn seitens der erbosten Insurgenten infolge der Nichtabberufung der türkischen Truppen größere türkische Massakers vorkämen[3], welchen der Großherr ohnmächtig zusehen müßte. Solche Massakers wären aber ausgeschlossen, wenn der Sultan sich dem Willen der vier Mächte füge, nachdem letztere seine Oberhoheit und den Schutz der Muhamedaner garantiert hätten[4]. Füge der Sultan sich nicht, dann verlöre er auch seine Suzeränität, welche durch den Akt der Verdrängung seiner Truppen durch die Großmächte völlig illusorisch würde[5].

Graf Széchényi sprach nach dieser Unterredung mit dem Grafen Lamsdorff den englischen Botschafter und fragte ihn, wie und wo er sich denn eine gemeinsame Koerizitivmaßregel denke. Sir Charles Scott erwiderte, daß diese sich ausschließlich auf Kreta beschränken würde, die internationale Eskader müsse die türkische Garnison auf der Seeseite blockieren, die bewaffneten Christen aber auf der Landseite die Zufuhr von Lebensmitteln abschneiden[6].

— Somit ein Kooperieren mit den Insurgenten[7]! —

Mir gegenüber äußerte der österreichische Geschäftsträger, wenn er sich vergegenwärtige:

1. eine Äußerung des Grafen Murawiew: „aussi longtemps que les autres y sont, les Anglais ne peuvent rien faire[8],"

2. die ausdrückliche Betonung des englischen Botschafters, daß England zu weit engagiert und daher entschlossen sei, allein vorzugehen, falls die andern nicht mittäten, und

3. die erneute Versicherung des lebhaften Bedauerns des Grafen Lamsdorff, das Prestige der drei Kaiser[9] schwinden zu sehen,

so käme er (Graf Széchényi) zur Schlußfolgerung, daß Rußland neben der Absicht, in Kreta Ordnung zu schaffen, auf der Insel hauptsächlich den Zweck verfolge, die Schritte Englands zu überwachen. Rußland werde diesmal in die Lage kommen, den Wert der „Entente" mit uns aus eigener Erfahrung kennenzulernen[10].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] !
[3] Dagegen haben sich ja bereits die betr[effenden] Europ[äischen] Admirale eidlich verpflichtet solches nicht zuzulassen. Danach wird das Argument Lamsdorffs hinfällig, vorausgesetzt, daß nicht an den Russ[ischen] Admiral der Befehl ergeht ein angestiftetes Massakre gewähren zu lassen.
[4] na also! [die Worte „wenn ... füge" sind vom Kaiser eingeklammert.]
[5] dann wäre es aber eine Beraubung des Sultans pur et simple durch die Kretamächte, und das giebt für ihn klare Verhältnisse. Das versteht die islamitische Welt, daß er sich dagegen nicht wehren kann.
[6] und die ihres Besitzes und Lebens garantirten Türken massakriren
[7] richtig!!
es ist gradezu haarsträubend!
[8] Schafskopf! Die Briten lassen den andren das Odium des Rausschmeißens und behalten aber das Land der Rausgeschmissenen.
[9] ich wüßte nur von Einem! Das des Zaren ist in Gefahr!
[10] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Creta betreffend und die schier unverständliche Rolle der Russen dortselbst, sagte mir gestern Abend Großfürstin Wladimir, die ganze Cretaaffaire mache der Zar ganz contre coeur, und seine an sich unhaltbare Politik dort sei der Erfolg eines Versprechens an seine beschränkte Mutter, welche es ihm nach schweren heftigen Szenen und Kämpfen abgerungen habe! Er handle so, um endlich in seinem Hause und Familie Ruhe zu haben, die die Kaiserin Mutter auf das unangenehmste gestört hatte! Der arme Herr! Er wird an meine Warnungen denken, und es bitter bereuen, Unterrockspolitik gemacht zu haben, wenn erst mit seiner Hülfe die Briten fest in Creta sitzen! Die Freude darüber wird auch bei der nation amie et alliée eine sehr getheilte sein, und die Wärme für Rußland nicht vermehren!

Nr. 3305

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 416 Therapia, den 7. Oktober 1898

Vor dem heutigen Selamlik teilte mir der Oberzeremonienmeister Munir Pascha mit, der Sultan habe ihn beauftragt, mir zu sagen, wenn auch Deutschland sich bezüglich der Kretafrage zurückgezogen habe, möge ich doch Seiner Majestät dem Kaiser die Bitte übermitteln, bei den vier Mächten dafür einzutreten, daß die Note, welche in schroffer Form eine ungerechte Forderung an ihn stelle*, gemildert werde, auch möge ich bei meinen Kollegen in demselben Sinne tätig sein.

In meiner auf das Selamlik folgenden Audienz hat der Sultan die kretensische Frage nicht berührt.

Marschall

Nr. 3306

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, z. Z. in Jerusalem**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 Berlin, den 2. November 1898

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel*** telegraphiert:

„Auf Befehl des Sultans hat der Minister des Äußern mich ersucht, die Kaiserliche Regierung zu bitten, sich bei den vier Mächten dahin zu verwenden, daß von den türkischen Forderungen betreffend Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität in Kreta wenigstens das Recht, kleine Garnisonen in befestigten Plätzen als äußeres Zeichen der Souveränität zu belassen, erreicht werde. Der Sultan hält die Gewährung dieser Forderung für nötig, um sein Prestige in den Augen der muselmännischen Bevölkerung zu bewahren.

Ich habe dem Minister geantwortet, daß ich den Wunsch Seiner Majestät übermitteln würde, es mir aber für die Kaiserliche Regierung schwer erscheine, in diesem Augenblick in Verhandlungen einzugreifen, von denen sie sich bisher ferngehalten hätte.

---

* Am 4. Oktober hatten die vier Mächte eine Note an die Pforte gerichtet, welche die Zurückziehung der türkischen Truppen aus Kreta binnen eines Monats verlangte.

** Nr. 3306 und Nr. 3307 sind des Zusammenhanges wegen vor Nr. 3308 gestellt.

*** von Schlözer.

Wie ich vertraulich höre, hatte der Minister des Äußern schon seinerseits bei Empfang des Großherrlichen Befehls diesen Einwand, jedoch ohne Erfolg bei Seiner Majestät dem Sultan geltend gemacht."

Euere Exzellenz bitte ich um Ermächtigung, Herrn von Schlözer das diesseitige Einverständnis mit seiner Haltung zu erkennen zu geben.

Richthofen

Nr. 3307

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Jerusalem, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 Jerusalem, den 3. November 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 85*.

Seine Majestät sind mit vorgeschlagener Instruktion an Herrn von Schlözer um so mehr einverstanden, als sich allerhöchstdieselben, wie zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher und lediglich persönlicher Kenntnisnahme hinzufüge, seinerzeit bereits persönlich bei Kaiser Nikolaus im Sinne der Wünsche des Sultans verwendet hatten**.

Bülow

---

* Siehe Nr. 3306.

** Vgl. den Brief Wilhelms II. an den Zaren vom 20. Oktober 1898. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, ed. W. Goetz, S. 313 ff. In diesem während des Aufenthalts des Kaisers in Stambul auf seiner zweiten Orientfahrt geschriebenen Briefe hat er sich in der Tat aufs wärmste des Sultans in der Kretafrage angenommen. Es heißt in dem Briefe u. a.: "Therefore I implore you to give this matter once more your most serious attention and if possible find means by which you can save the Sultan from a dangerous and compromising situation envers ses sujets and solve the Cretan question in a manner acceptable to him. Dont forget that his Army fought valiantly and victoriously for Crete at Larisse and Domokos and reconquered the Province. It would never forget or forgive another Power the expulsion of their brothers in Aras and their Master from a reconquered Province! What a splendid opportunity for you to step in and save the Sultan from disgrace, the world from bloody war and gain the gratitude of all Mahometans! Otherwise revolution may come, and the Sultan's blood may one day be at your door"!
An der Haltung der russischen Politik in der Kretafrage hat der Appell Kaiser Wilhelms II. an den Zaren kaum etwas geändert. Erst am 14. Dezember, nachdem die Ernennung Prinz Georgs zum Oberkommissar von Kreta durchgedrückt war, antwortete Nikolaus II. dem Deutschen Kaiser, indem er als eigentlichen Grund für die russische Stellungnahme in der Kretafrage die Eifersucht auf England angab: "I am glad that the Cretan affair is at last nearing its end. You know the reason why Russia had to take such a prominent part in its solution — at the risk of damaging our good and cordial relations with Turkey — the fear of another Power establishing itself on the island and of course the wish to put a final stop to the constant bloodshed. There was no other way of settling the question than sending George as High

Nr. 3308

Der Botschafter in Rom Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 246 Rom, den 28. Oktober 1898

Die russische und französische Regierung haben sich durch ihre hiesigen Vertreter heute an Admiral Canevaro mit dem Ersuchen gewandt, die italienische Regierung möchte ihrem Vorschlage, den auch England angenommen, zustimmen: den Prinzen Georg als Delegierten (Kommissar) der Mächte in Kreta einzusetzen, wodurch die Ruhe daselbst am besten aufrechterhalten werden könnte. Da er nur provisorisch und nicht als definitiver Generalgouverneur hingehen würde, so würde die Pforte wohl auch kein Bedenken dagegen haben. Um so weniger, da die vier Mächte einig darin seien, daß eine türkische Besatzung als sichtbares Zeichen der Oberhoheit des Sultans auf Kreta verbliebe. Italien hat seinerseits zugestimmt.

Saurma

Nr. 3309

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 233 Pera, den 28. November 1898

Mit der Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Oberkommissar für Kreta* hat die seit Jahren schwebende kretische Frage einen vorläufigen formellen Abschluß gefunden. Die vier Mächte, welche die Verantwortung für das Schicksal der Insel und ihrer Bewohner übernommen haben, werden sich ihrer politischen Weisheit rühmen, mit der sie in wenigen Monaten jene schwierige Frage „gelöst" haben; in Griechenland wird eitel Freude herrschen über den politischen Erfolg nach den trüben Tagen des vorigen Jahres, und die kretischen Christen können sich rühmen, allen anderen unzufriedenen Elementen des Ottomanischen Reichs das Vorbild einer wohlgelungenen Insurrektion gegeben zu haben. Gewiß trifft den Sultan ein erheblicher Teil von Schuld an den für ihn so unerfreulichen Ereignissen,

---

Commissioner of the 4 Powers — it is a radical measure, but therefore the only one in my opinion. — Our troops shall remain there as long as England keeps her's on the island".

* Sie war, nachdem die Insel Kreta seitens der vier Mächte England, Italien, Rußland und Frankreich in aller Form en dépôt übernommen war und die türkischen Truppen gleichzeitig von der Insel zurückgezogen waren, am 26. November auf drei Jahre erfolgt.

aber das vermag in den Augen eines unbefangenen Beobachters an dem Urteile nichts zu ändern, daß, was heute auf Kreta geschieht, eine schwere, ja maßlose Ungerechtigkeit ist, die den Sultan und die ganze muhamedanische Welt aufs tiefste verletzen und erbittern muß. Um Kreta hat im vorigen Jahre die Türkei siegreich gegen Griechenland gekämpft, und heute betritt ein griechischer Prinz als Inhaber der Regierungsgewalt die umstrittene Insel, und die Mission, auf türkischem Gebiete Ruhe und Ordnung zu schaffen, wird dem Prinzen eines Landes anvertraut, das auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens das Bild einer an Anarchie grenzenden Unordnung gewährt.

Man könnte diese verletzende Ungerechtigkeit milder beurteilen, wenn nach menschlicher Voraussicht mit der Entsendung des Prinzen Georg eine Lösung der kretischen Frage im Sinne eines allmählichen Ausgleichs der dort bestehenden Gegensätze angebahnt wäre. Das ist nicht der Fall. Nichts ist für diesen Zweck vorbereitet; kein gesunder und fruchtbarer Gedanke wird seitens der Kretamächte dem ausgewählten Kommissar als Leitmotiv für seine Verwaltung mitgegeben, nur die inhaltlose Phrase der Gewährleistung der Sicherheit von Person und Eigentum und der gleichen Behandlung der verschiedenen Konfessionen. Solange die Admirale der vier Mächte Kreta beherrschten, war von dieser schönen Maxime nicht die Rede. Herr Sinowiew*, ein ruhiger und scharfblickender Politiker, hat mir in einem vertraulichen Gespräch ganz offen gesagt: „Unsere Admirale haben in Kreta nichts anderes getan, als blindlings die Wünsche der Christen zu erfüllen; die Entsendung des Prinzen Georg ist eine Notwendigkeit geworden, weil die Christen keine andere Lösung annehmen, und gegen den Willen der letzteren können wir nichts unternehmen.“ So liegt die Sache. Die Muselmanen, die Christen getötet, sind hingerichtet worden, die Christen, welche Muselmanen ermordeten, sind frei ausgegangen und erfreuen sich noch heute des geraubten Besitzes. Den Muselmanen hat man die Waffen genommen, die Christen haben sie behalten. Das Versprechen der letzteren, Waffen und muselmanischen Besitz herauszugeben, wenn erst die türkischen Truppen die Insel verlassen haben, wird niemals eingelöst werden.

Man tritt dem Prinzen Georg gewiß nicht zu nahe, wenn man den Zweifel ausspricht, ob er die Erfahrung und Befähigung besitzt, in einem der Anarchie verfallenen Staatswesen die Ruhe und Ordnung dauernd herzustellen; aber selbst wenn er alle die nötigen Eigenschaften besäße, so müßte seine Mission scheitern an den Verhältnissen, welche die Kretamächte ihm auf Kreta geschaffen. Wenn die Christen als „Insurgenten“ den Admiralen von vier Großmächten ihren Willen oktroyierten, woher soll der Prinz die Kraft nehmen, den Wünschen der „herrschenden Regierungspartei“ zu widerstehen? Er findet nach

* Russischer Botschafter in Konstantinopel.

menschlicher Voraussicht als Regierungsmaxime einfach das „se soumettre ou se démettre". Könnte man sich über griechische Dinge überhaupt noch wundern, so wäre es darüber, daß König Georg für seinen Sohn diese dornenvolle und wenig würdige Mission mit dankbarer Rührung angenommen hat.

Ob Prinz Georg auf Kreta Fiasko erleidet oder Lorbeeren erntet, ist freilich für Deutschland eine recht gleichgültige Sache. Für uns kommen nur die allgemeinen politischen Folgen in Betracht, die sich an die jüngsten Vorgänge knüpfen. Und von diesem Gesichtspunkte aus glaube ich, daß von den vier Mächten ausschließlich England in der kretischen Frage eine klare und zielbewußte Politik verfolgt hat. England hat festen Fuß auf der wichtigen Insel gefaßt und richtet sich dort häuslich ein, um so lange zu bleiben, bis Ruhe und Ordnung dauernd hergestellt sind. Die Voraussicht, daß dieser Zustand in Kreta niemals eintreten wird, hat darum für die englischen Staatsmänner bei ihrer natürlichen Abneigung gegen die Aufgabe einmal besetzter Territorien nichts Erschreckendes. Ebensowenig wird sich Lord Salisbury darüber Sorge machen, daß die Behandlung der kretischen Frage ganz unausbleiblich die revolutionären Elemente in Mazedonien stärken und zur Nachahmung anregen wird; eine Konflagration auf der Balkanhalbinsel dürfte heute in London kaum als ein unerwünschtes Ereignis aufgefaßt werden. Endlich streicht England — und das ist von der größten Bedeutung — als Hauptgewinn bei der kretischen Frage ein, daß die tiefe Erbitterung der muhamedanischen Welt wegen der ihr gewordenen Unbill sich gleichmäßig auch gegen Rußland richtet. Die Art, wie englische Staatsmänner, vor allem Lord Salisbury selbst, den Sultan und die Muhamedaner in den letzten Jahren systematisch verletzten und erbitterten, konnte so lange als schwerer Fehler gelten, als Rußland dadurch die Gelegenheit geboten wurde, durch Gewinnung muselmanischer Sympathien seine Chancen in dem großen auf asiatischem Gebiete liegenden englisch-russischen Gegensatze zu verbessern. Rußland hat diesen englischen Fehler großmütig kompensiert; die Erinnerung daran, daß die für jeden Muselmanen tief demütigende Kandidatur des Prinzen Georg von russischer Seite erfunden und betrieben wurde, wird lange lebendig bleiben. Graf Murawiew hat also in der kretischen Frage englische Politik gemacht, und zwar gut und gründlich. —

Wenn in nächster Zukunft wieder einmal im Orient blutige Konflikte zwischen Christen und Muselmanen stattfinden und wie üblich die europäische Christenwelt sich in die Brust wirft bei dem Gedanken, daß wir doch bessere Menschen sind, so wird es nützlich sein, der Behandlung der Kretafrage zu gedenken und ernst zu prüfen, ob der muselmanischen Erbitterung wirklich fanatischer Glaubenshaß oder nicht vielmehr christliche Ungerechtigkeit zugrunde liegt. Marschall

---

Kapitel LXXXII

Die Mazedonische Reformfrage 1898—1899



Nr. 3310

Der Generalkonsul in Sofia von Reichenau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 44 Sofia, den 22. März 1898

Am Freitag den 18. d. Mts. wurde der hiesige russische Vertreter* vom Grafen Murawiew beauftragt, die bulgarische Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß in St. Petersburg eingegangenen Nachrichten zufolge die mazedonische Bewegung hier nicht energisch genug bekämpft zu werden und daher eine bedrohliche Wendung anzunehmen scheine, und die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß die hiesige Regierung ihrer Verantwortlichkeit voll bewußt sein und alles in ihren Kräften stehende tun werde, um Verwickelungen zu vermeiden. Herr Bachmetiew wurde in dem befohlenen Sinne beim stellvertretenden Minister der Auswärtigen Angelegenheiten** vorstellig und erhielt die bestimmteste Versicherung, daß die hiesige Regierung, von dem Gefühl ihrer Verantwortlichkeit voll durchdrungen und durch das warnende Beispiel anderer*** gewitzigt, zur Verhinderung von Komplikationen aus Anlaß der mazedonischen Frage ihre ganze Kraft einsetzen werde.

Die Vorstellungen des Herrn Bachmetiew wurden tags darauf vom österreichischen Vertreter† wiederholt, der von seiner Regierung auf ausdrücklichen Wunsch des Grafen Murawiew telegraphisch angewiesen worden war, die Demarche seines russischen Kollegen zu unterstützen. Herrn von Call wurde dieselbe Antwort zuteil wie Herrn Bachmetiew. Bezeichnend dafür, wie die hiesige Regierung bei ihrem Verhalten der mazedonischen Bewegung gegenüber fürsorglich mit einem Auge nach ihrer Popularität zu schielen pflegt, ist die von meinem österreichischen Kollegen mir mitgeteilte Äußerung des Ministers Theodorow, die

* Bachmetiew (seit Ende Mai 1897).
** Finanzminister Theodorow.
*** Anspielung auf Griechenlands Vorgehen in der Kretafrage.
† G. Freiherr Call zu Kulmbach und Rosenburg.

Regierung sei mit ihrem Einschreiten gegen diese Bewegung bereits so weit gegangen, daß sie von der Opposition und einem Teil der öffentlichen Meinung der Konnivenz mit der Türkei beschuldigt werde.

Der russische Vertreter, der mit mir und meinem österreichischen Kollegen glaubt, daß ernstliche Verwickelungen aus Anlaß der mazedonischen Frage für diesen Sommer nicht zu befürchten sind, und der überdies — wenigstens vorgeblich — der Ansicht ist, daß hier tatsächlich alles geschieht, um Komplikationen zu vermeiden, war von der ihn verblümt rektifizierenden Weisung aus St. Petersburg wenig erbaut und führt sie auf aufgeregte Konsulatsberichte, tendenziöse oder zum mindesten leichtfertige Expektorationen von Zeitungsschreibern, namentlich österreichischen, und auf eine gewisse Nervosität des Grafen Kapnist zurück.

Herrn Bachmetiews Vorstellungen bei der hiesigen Regierung werden meinem Eindruck nach mehr im Tone freundlich-väterlichen Zuspruchs als demjenigen eines kategorischen Imperativs gehalten gewesen sein, was übrigens weder verwunderlich noch unklug sein dürfte mit Rücksicht auf den politischen Eiertanz, zu dem Rußland hier gezwungen ist, um seinen augenblicklichen Halt über Bulgarien nicht zu gefährden.

Der österreichische Vertreter hat, wie er mir sagte und auch nach Wien berichtete, seine Ermahnungen um eine Schattierung milder gestimmt, als diejenigen seines russischen Kollegen waren, da, fügte Herr von Call hinzu, er grade im jetzigen Augenblick sich nicht berufen fühlt, hier russischer aufzutreten als die Russen.

Reichenau

Nr. 3311

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 242 Pera, den 12. Dezember 1898
Vertraulich

In den hiesigen diplomatischen Kreisen bildet neuerdings die mazedonische Frage den Hauptgegenstand der politischen Konversation. Nachdem von deutscher Seite rechtzeitig — aber vergeblich — vor einer revolutionären Lösung der Kretafrage gewarnt worden war, kann ich jetzt mit einer gewissen Genugtuung als communis opinio meiner Kollegen bezeichnen, daß die jüngsten Vorgänge in Kreta * eine naturgemäße Rückwirkung auf die unzufriedene Völkerschaft in Mazedonien

* Vgl. Kap. LXXXI

ausüben müßten[1] und darin die wahre Gefahr der gegenwärtigen Situation liege. Diese richtige Erkenntnis kommt leider post festum. Herr Sinowiew*, dem ich das Zeugnis geben muß, daß er stets widerwillig die kretische Familienpolitik des Grafen Murawiew mitgemacht hat, pflegt mir, so oft er mit mir zusammentrifft, seine schweren Besorgnisse über die Lage in Mazedonien anzuvertrauen, und mein österreichisch-ungarischer Kollege** tut desgleichen. Beide haben wiederholt im Palais Schritte getan, um den Sultan zu energischen Maßregeln bezüglich der albanesisch-serbischen Streitigkeiten zu bewegen, und ich selbst bin von diesen Kollegen schon vor die Frage gestellt worden, ob ich nicht ebenfalls dem Sultan in derselben Richtung Ratschläge geben wolle? Ich pflege mit der Frage zu antworten, w a s denn eigentlich der Sultan tun solle? Und darauf habe ich bis jetzt eine genügende Antwort nicht erhalten. Mit allgemeinen Redensarten: Herstellung von Ruhe und Ordnung, Bestrafung der Übeltäter, Ergreifung energischer Maßregeln usw. ist gar nichts gesagt. In einem von Revolutionären der verschiedensten Gattung systematisch unterwühlten Lande sind alle jene schönen Dinge o h n e B l u t v e r g i e ß e n nicht möglich. Und bei der Farbenblindheit, die einzelnen Großmächten und ihren Agenten insofern eigen ist, als sie niemals das vergossene muselmanische Blut, sondern stets nur Christenblut sehen[2], begreife ich, daß der Sultan jenen wohlmeinenden Ratschlägen skeptisch gegenübersteht und vor durchgreifenden Maßregeln zurückschreckt. Ganz müßig ist der hohe Herr nicht, er verstärkt seine Militärmacht in Mazedonien, und ich wüßte im Augenblick nicht, was er klügeres tun könnte.

Über die serbisch-albanesischen Streitigkeiten vermag ich mir ein eigenes Urteil nicht zu bilden. Es ist möglich, daß Herr Sinowiew durch seinen Agenten richtig informiert wurde, es ist aber ebenso möglich, daß der betreffende Herr durch eine trübe Brille gesehen hat, die bekanntlich viele Russen im Oriente tragen. Auf alle Fälle liegt die eigentliche Gefahr nicht in den lokalen Differenzen zwischen Serben und Albanesen, sondern in der Haltung d e r B u l g a r e n. Alles, was in Mazedonien vorgeht, erhält seine Bedeutung wegen der Rückwirkung auf bulgarische Aspirationen. Die mazedonische Frage ist die bulgarische Frage. Ob die Regierung in Sofia, wenn sie die revolutionären Treibereien in Mazedonien duldet, der schiebende oder der geschobene Teil ist, — ob sie Geld zur Kriegführung besitzt oder nicht, ob Fürst Ferdinand und seine Ratgeber, wenn sie von schönen Worten überfließen, ihr wahres Gesicht zeigen oder nicht, — alles das scheinen mir recht gleichgültige Dinge zu sein. Tatsache bleibt, daß jene Treibereien in stets sich steigerndem Maße fortgesetzt werden, und kein Bulgare wird die Richtigkeit des Satzes bestreiten, daß, wenn es in

---

* Russischer Botschafter in Konstantinopel.
** Freiherr von Calice.

Mazedonien losgeht, auch Bulgarien losschlagen muß. Gerade für die revolutionäre Bewegung von dieser Seite aus bietet der Vergleich der kretischen Frage so manche Analogien und in der Haltung von vier Großmächten das denkbar erwünschteste Präzedens. Ich kann mir denken, daß die Bulgaren, wenn ihre Revolution in Mazedonien von großmächtlicher Seite mit gleicher Liebe und Fürsorge behandelt wird, wie dies in Kreta der Fall war, sich vorerst mit einem „Oberkommissar" der Mächte für Mazedonien begnügen würden; die Ereignisse von 1885 haben bewiesen, daß man in einer Nacht selbst den Generalgouverneur einer autonomen Provinz beseitigen kann, ohne daß die Mächte, die ihn bestätigten, einen ernstlichen Einspruch dagegen erheben *.

Nach dem Gesagten kann ich nur eine früher ausgesprochene Anschauung dahin bestätigen, daß die Katastrophe in Mazedonien eine Frage der Zeit ist und ihr Eintritt von Strömungen und Stimmungen erregter Massen, also von unberechenbaren Faktoren abhängt. Sie ist durch den Verlauf der kretischen Frage nach menschlicher Berechnung erheblich gefördert worden, aber eine bestimmte Vorhersage über den Zeitpunkt würde nur in dem Falle möglich sein, wenn dem Sultan etwa von großmächtlicher Seite eines jener Reformprojekte oktroyiert würde [3], welche stets auf Lager sind. Auf Reformprojekte folgt erfahrungsgemäß das Massaker, und das wäre für Mazedonien das Signal zum Ausbruch. An der geschilderten Sachlage werden auch die ernstesten russischen und österreichisch-ungarischen Ermahnungen in Sofia und die besten Ratschläge in Jildis-Kiosk nichts ändern. Seit der Kandidatur des Prinzen Georg bin ich zudem nicht frei von einem gewissen Mißtrauen, ob die russische Abneigung gegen Veränderungen auf der Balkanhalbinsel heute noch auf der Höhe der amtlichen Versicherungen steht, und ob nicht die russische Orientpolitik überhaupt zu einem „unberechenbaren Faktor" geworden ist. Um Bulgarien in einer konservativen Bahn zu erhalten, ist jedenfalls so ziemlich das ungeeignetste Werkzeug Herr Bachmetiew, der wie manche russische Diplomaten bei der Wahl zwischen der offiziellen russischen Politik mit ihren öffentlich proklamierten Friedensinteressen und zwischen der offiziösen mit ihren panslawistischen, orthodoxen und Familieninteressen für die letztere optiert hat, vermutlich weil er diese als die stärkere und für die Karriere vorteilhaftere erachtet. Ich kann mich auch der Vermutung nicht erwehren, daß Fürst Ferdinand als guter Geschäftsmann für die Schande, die er über sich und seine Armee durch die Wiederaufnahme hochverräterischer Offiziere ** gebracht hat, sich als Gegen-

---

* Vgl. Bd. V, Kap. XXX. Bei dem Ausbruch der Revolution in Ostrumelien (18. September 1885) hatten die Aufständischen den türkischen Generalgouverneur Chrestowitsch gefangengenommen.

** Gelegentlich des Besuchs des bulgarischen Fürstenpaars in Petersburg (21.—23. Juli 1898) war den emigrierten bulgarischen Offizieren die bis dahin

gabe etwas Greifbareres als wohlwollende Redensarten erhandelt hat, und endlich ist für die mit großem Pomp beabsichtigte Einweihung des Denkmals von St. Stefano * der gegenwärtige Zeitpunkt russischerseits doch recht unvorsichtig gewählt. Die „befreiten Brüder“, die in Scharen aus Bulgarien zu dieser Feier heranströmen, werden sich nicht der sentimentalen Rührung über die gefallenen Befreier, deren Knochen in einem Ossuarium gesammelt sind, hingeben, sondern dem Gedanken an das große, bis zum Ägäischen Meer reichende Bulgarien, dessen Grenzen der Zarbefreier einst in St. Stefano gezogen hat; darum wird diese Feier der Bewegung neue Nahrung zuführen, welche der Verwirklichung großbulgarischer Pläne bestimmt ist.

Überrascht, aber nicht beruhigt hat mich die Bestimmtheit, mit welcher mein russischer Kollege mir gegenüber wiederholt den Satz ausgesprochen hat, daß, wenn ein Massaker in Mazedonien verübt wird, „die Intervention der Mächte unausbleiblich sei“. Als Warnung für die hiesigen Machthaber mag dieser Satz ganz nützlich sein, aber für die Bulgaren, denen Herr Bachmetiew sicher kein Geheimnis daraus machen wird, enthält er die Bestätigung, daß sie mit ihrem revolutionären Treiben auf dem rechten Wege zu ihrem Ziele sind. Die Entrüstung über türkische „atrocities“ war bisher eine englische Spezialität, wobei die Humanität der Politik Vorspanndienste zu leisten hatte, und diese Politik war sicher nicht auf Erhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel gerichtet. Herr Sinowiew ist ein zu ernster und kluger Staatsmann, um nicht zu wissen, daß eine bewaffnete Intervention in Mazedonien ein sehr schwieriges und für die Kontinentalmächte recht gefährliches Unternehmen ist. Die Dinge liegen dort doch wesentlich anders als in Kreta. Während die kretischen Christen wenigstens ad hoc einig waren, besteht zwischen den verschiedenen christlichen Nationalitäten Mazedoniens, den Bulgaren, Serben, Griechen, Montenegrinern, Kutzowallachen usw. infolge von politischen, wirtschaftlichen und religiösen Gegensätzen eine erbitterte Feindschaft, und die Provinz ist umgeben von Staaten, die sich mit jenen Gegensätzen und den daraus hervorgehenden Agitationen identisch fühlen. Wie es in den großen christlichen Heiligtümern des gelobten Landes der türkischen Wachen bedarf, um die Christen gegen sich selbst zu schützen, so fiel der türkischen Staatsgewalt bisher die Aufgabe zu, den offenen Kampf zwischen den christlichen Nationalitäten Mazedoniens niederzuhalten [4]. Mit der Beseitigung der türkischen Herrschaft würde also die mazedonische Frage nicht gelöst, man kann im Gegenteil sagen, daß dann das mazedonische Problem mit allen seinen Gefahren erst aktuell sein wird. Wie die Mächte es anfangen sollen,

---

hartnäckig verweigerte Rückkehr gestattet worden; sie wurden nunmehr wieder in die Armee eingestellt. Vgl. Nr. 3337.

* Die Feier fand am 18. Dezember statt.

inmitten einer fieberhaften Bewegung der Balkanvölker alle die zahllosen Fragen nationaler, politischer und religiöser Natur, welche jenes Problem darstellen, im Wege einer Verständigung zu lösen, bleibt mir vorläufig umsomehr ein Rätsel, als an die mazedonische sich unmittelbar die albanesische Frage knüpfen und damit die Gefahr eines weiteren ernsten Differenzpunktes zwischen den Großmächten hervortreten wird. Ich kann mir wohl denken, daß die beteiligten Mächte sich über das Hineingehen nach Mazedonien einigen, aber wie es ohne ernste Komplikationen mit dem Herausgehen werden wird, ist mir recht zweifelhaft.

Aus den vorstehenden Erwägungen gelange ich zu dem Schluß, daß es trotz aller Fehler, die man hier begeht, für die Türkei schwerer sein wird, Mazedonien zu verlieren, wie Kreta. Als den größten Fehler der hiesigen Politik betrachte ich, daß man glaubt, die Bulgaren durch Konzessionen zu beruhigen. Statt die den Bulgaren feindlichen, aber für die Türkei weniger gefährlichen Nationalitäten wie die Serben zu gewinnen, stößt man diese vor den Kopf und weicht vor den Anmaßungen Bulgariens Schritt für Schritt zurück. Herr Markow* verkehrt mit der Pforte nur noch in der Form von Ultimatums, die trotz der unverschämten Sprache, in der sie abgefaßt sind, ihre Wirkung nie versagen. Man hat hier eben Angst vor den Bulgaren wegen ihrer militärischen Stärke, aber die Angst ist allezeit ein schlechter politischer Ratgeber gewesen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Das haben wir ja bis zum Uebel werden im vergangnen Jahre stehend wiederholt
2 richtig
3 das mache ich unter keinen Umständen mit
4 richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 3312

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 842 Berlin, den 30. Dezember 1898
[abgegangen am 31. Dezember]

Die russisch-englische Rivalität, durch welche die Türkei seit mehr als 60 Jahren ihr Dasein fristet, ist in den neuesten Phasen der Kreta-

---

* Bulgarischer diplomatischer Agent in Konstantinopel.

frage* nicht mehr bemerkbar gewesen, während noch zur Zeit der armenischen Massakers Rußland eine feste Sonderstellung gegenüber englischen und selbst französischen Reform- und Racheplänen einnahm.

Der jetzt auf Kreta erzielte Erfolg ist ganz geeignet, die Engländer zu weiterem Vorgehen auf derselben Bahn zu ermutigen. Sie haben, wie Ew. in Ihrem Bericht Nr. 233 vom 28. v. Mts.** hervorheben, bisher allein eine sichtbare Machterweiterung auf und durch Kreta erreicht, gleichwohl aber einen Teil des muhamedanischen Hasses von sich auf Rußland abgelenkt. Wenn es den Engländern gelingt, die Russen nun auch zum gemeinsamen Vorgehen in der mazedonischen Frage zu bewegen, dann ist es nicht unwahrscheinlich, daß Lord Salisbury das eine Hauptziel seiner Politik, die Zerlegung und Verteilung der Türkei, trotz seiner Kränklichkeit noch erlebt. Sollte dieses Ereignis sich verwirklichen, so würde Rußland zu wählen haben zwischen dem Besitz der Meerengen und der französischen Freundschaft. Ew. Exzellenz wird aus einer früheren Phase der Kretaangelegenheit noch die Bemerkung des Ministers Hanotaux in Erinnerung sein, daß das Auftauchen der Meerengenfrage zuviel für die französischen Nerven sein würde (ça serait trop gros pour nous). Die klare Erkenntnis dieser Sachlage war es wohl auch, welche die russische Regierung seit 20 Jahren veranlaßt hatte, sich zum Beschützer der Türkei zu machen.

In diesem Jahre ist aber die russische Politik schwankend geworden, vielleicht weil dynastische Empfindungen und Augenblicksimpulse stärker wirkten als Tradition und sachliche Erwägung.

Die deutsche Politik würde, von sachlichen Erwägungen geleitet, einen Balkankonflikt zunächst in ruhiger Zuschauerrolle beobachten können. Indessen ist gegenwärtig unsre Stellung dadurch etwas schwieriger geworden, daß wir namentlich infolge unsrer schnell wachsenden türkischen Handelsverbindungen für die europäischen Mächte ein Gegenstand grundlosen Mißtrauens, für die Türken aber ein Thema gefährlicher Illusionen und Phantasien geworden sind. Um so größer ist unser Interesse, über den Wärmegrad russisch-englischer Beziehungen am Bosporus sowie über die Momente, welche dabei auf die Temperatur einwirken, fortlaufend unterrichtet zu sein.

Andrerseits sehe ich kein Bedenken dagegen, daß Ew. mit Ihrem russischen Kollegen, über dessen staatsmännisches Urteil ich die gleiche Ansicht habe wie Sie, bei den sich ungezwungen bietenden Gelegenheiten die dortige Lage und die durch elementare Bedingungen gebotene deutsche Anschauung und Stellungnahme akademisch und offen besprechen, schon um zu zeigen, daß wir keinen Grund haben, verschlossen zu sein.

Bülow

---

* Siehe Kap. LXXXI.
** Siehe Kap. LXXXI, Nr. 3309.

Nr. 3313

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Pera, den 1. Januar 1899

Herr Sinowiew, der mich heute besuchte, sagte mir, er habe neuerdings den Grafen Murawiew wiederum dringend gebeten, in Sofia un langage ferme zu führen. Die Instruktionen, die daraufhin Herr Bachmetiew erhalten, seien denn auch sehr energisch abgefaßt und enthielten ernste Warnungen, sich jeder Unterstützung der mazedonischen Bewegung zu enthalten. Der Botschafter fürchtet freilich, daß auch dieser Schritt keine nachhaltige Wirkung üben werde, das Übel liege darin, daß die Regierung des Fürsten Ferdinand durchaus unpopulär sei und die revolutionäre Bewegung unterstützen zu müssen glaube, um sich zu halten. Während er — Herr Sinowiew — nicht müde werde, in St. Petersburg auf die Gefahr, die von Sofia aus der Ruhe auf der Balkanhalbinsel drohte, hinzuweisen, enthielten die Berichte Herrn Bachmetiews „une véritable élégie“ über das ungerechtfertigte Mißtrauen in die friedfertigen Gesinnungen der bulgarischen Regierung; „c'est de la poésie, ces rapports de Bachmetiew“.

Herr Sinowiew erzählte mir auch, es habe in Sofia die Absicht bestanden, Herrn Nikolajew, der einst den Putsch in Philippopel veranstaltet habe und gegenwärtig Generaladjutant des Fürsten Ferdinand und zugleich „chef du comité macédonien“ sei, an der Spitze einer militärischen Deputation zur Einweihung des Denkmals am 18. v. Mts.* hierher zu senden. Es habe ihm — dem Botschafter — einige Mühe gekostet, diese gänzlich deplacierte Demonstration zu vereiteln.

Marschall

Nr. 3314

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 2 Wien, den 5. Januar 1899

Graf Goluchowski sagte mir gestern, daß die Nachrichten, die er aus Mazedonien erhielte, andauernd beunruhigende seien. Graf Kapnist habe ihm wohl soeben den Inhalt einer sehr scharfen und tadelnden

---

* Vgl. Nr. 3311, S. 519, Fußnote *.

Instruktion des Grafen Murawiew an den russischen Vertreter in Sofia* vorgelesen, weil dieser die Beziehungen Bulgariens zu Mazedonien als durchaus ungefährliche darstelle, während das Feuer glimme und jeden Augenblick zur Flamme angefacht werden könne, aber der von Graf Murawiew gezeigte gute Wille könne schließlich nicht die Intrigen des Fürsten Ferdinand verhindern und die unbrauchbaren türkischen Walis in Mazedonien zu tüchtigen Beamten machen.

Der Herr Minister berührte bei dieser Gelegenheit den Inhalt seiner Unterhaltung mit Graf Murawiew** über das mazedonische Thema. „Ich sagte dem Grafen," fuhr der Minister fort, „daß bei einem Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Bulgarien zwei Fälle denkbar seien, die beide gleich bedenklich für die Ruhe in Europa wären: entweder siegen die Bulgaren und gehen nicht aus Mazedonien heraus, dadurch die gesamte mazedonische Frage aufrollend, oder die Türken gehen nach Sofia, und Europa läßt sich dieses nicht gefallen. Das Ende des türkisch-griechischen Krieges mit dem Erfolge der Besiegten werde aber weder die Ambitionen der Bulgaren noch der anderen Balkanstaaten beruhigen.

Graf Murawiew gestand dieses zu, behauptete aber, daß der gemeinsame Druck Rußlands und Österreichs auf die Balkanstaaten trotzdem Ausbrüche jeder Art zurückhalten könne. Wenn aber Graf Murawiew Vertreter von der Farbe des Herrn Jadowski*** auf ihren Posten im Balkan läßt, so nützen alle scharfen Instruktionen nach Sofia nichts, und wir können uns auf Ereignisse in Mazedonien gefaßt machen, die allen frommen Wünschen in sehr erschreckender Weise ein Ende bereiten."

P. Eulenburg

Nr. 3315

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Pera, den 7. Januar 1899

Der bulgarische Agent Markow hat vor einigen Tagen unmittelbar vor seiner Abreise nach Sofia den österreichisch-ungarischen Botschafter aufgesucht und ihm eine Art bulgarischen Aktionsprogramms vorgetragen mit der ersichtlichen Tendenz, für dasselbe, wenn auch nicht die Unterstützung, so doch eine neutrale Haltung Österreich-Ungarns zu erbitten. Herr Markow hat dargelegt, daß früher Öster-

---

* Vgl. Nr. 3313.
** Graf Murawiew weilte auf der Rückreise von Paris in Wien vom 21. bis 25. Oktober 1898.
*** Russischer Gesandter in Belgrad.

reich-Ungarn ein großes Interesse an Bulgarien genommen und sich dadurch die Sympathien der bulgarischen Nation erworben habe; allerdings seien in der letzten Zeit von der Regierung in Sofia Fehler begangen worden, die in Wien unangenehm hätten berühren müssen.

In Bulgarien bestehe fortdauernd die Überzeugung, daß Rußland die einstige Politik von San Stefano aufgegeben habe und auf dessen Unterstützung nicht mehr zu rechnen sei. Unter einigen Ausfällen auf Herrn Sinowiew kam Herr Markow zu dem Schluß, daß Österreich-Ungarn ein großes Interesse an der Wiederaufnahme der Politik von San Stefano und der Schaffung eines Groß-Bulgarien habe, welches einen Pufferstaat zwischen Rußland und der Türkei bilden werde. Freiherr von Calice hat selbstverständlich dem Agenten erklärt, daß Bulgarien bei einem revolutionären Vorgehen weder auf irgendeine Unterstützung noch auch auf Sympathie in Wien rechnen könne, und hat dieselbe Antwort dem Exarchen gegeben, der einige Tage später dem Botschafter in demselben Sinne sprach unter Hinweis darauf, daß die bulgarische Nation „profondément émue" sei infolge der kretensischen Vorgänge, und daß nach Ordnung der kretensischen Frage notwendig auch die der bulgarischen ihre Lösung finden müsse.

Derartige Äußerungen der hiesigen bulgarischen Vertreter sind ja nichts Neues; aber symptomatisch bleiben sie doch gegenüber den offiziellen Versicherungen von Sofia aus. Ich würde beruhigter sein, wenn ich überzeugt wäre, daß das bulgarische Mißtrauen gegen Herrn Sinowiew in gleichem Maße auch gegen die Regierung in St. Petersburg gerichtet ist. Ich fürchte, daß man in Sofia nach dieser Seite hin trotz aller offiziellen Abmahnungen noch immer Hoffnungen nährt: nach dem kretensischen Vorgang ist denselben die Berechtigung nicht abzusprechen.

Marschall

Nr. 3316

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 4 — Pera, den 14. Januar 1899

Bei einer Unterredung, die ich gestern mit meinem russischen Kollegen hatte, als ich ihm zum neuen Jahre gratulierte, fand ich ihn bezüglich der mazedonischen Frage erheblich weniger pessimistisch als früher. Herr Sinowiew machte auf mich den Eindruck eines Mannes, der nach schweren Kämpfen einen vollen Erfolg davongetragen hat. Er erzählte mir, daß seine Regierung in Sofia die denkbar energischste Sprache geführt und ausdrücklich dort erklärt habe, sie werde eine Revolutionierung Mazedoniens nicht dulden und „Bulgarien seinem

Schicksale überlassen", wenn es sich auf ein derartiges Unternehmen einlasse. Der Botschafter erwartet von diesem Schritte seiner Regierung nicht etwa, daß die bulgarische Regierung nunmehr der bulgarisch-mazedonischen Bewegung Einhalt gebiete, — dazu besitze sie nicht die Kraft —, aber man werde sich in Sofia doch ernstlich besinnen, ob man den Revolutionären das zu einem bewaffneten Aufstande nötige Geld geben wolle; und ohne Geld würden die letzteren schwerlich losschlagen. Andererseits glaube er nicht, daß sich in der Bewegung selbst und ihrer moralischen Unterstützung seitens Bulgariens etwas Wesentliches ändere. Die sogenannten Handelsagenten, deren Vermehrung in Mazedonien die Regierung in Sofia fortwährend betreibe, seien allesamt revolutionäre Agenten; am stärksten trete dies bei dem Agenten Rizow in Üsküb hervor, welcher anerkanntermaßen die Zentralstelle für die mazedonisch-bulgarische Bewegung bilde. Mit den diplomatischen Agenten Bulgariens stehe die Sache nicht wesentlich anders; sie betrachten als ihre wichtigste Aufgabe, Propaganda für die großbulgarische Idee zu machen. Als ich hier den Namen des Herrn Markow nannte, bemerkte Herr Sinowiew, daß auf diesen jene Charakteristik vollkommen zutreffe; er — der Botschafter — sei bei Herrn Markow in Ungnade; „il me tourne le dos, quand il me voit". — Da Herr Markow inzwischen, wie ich anderweit berichtet habe, seine Liebeswerbungen bei meinem österreichisch-ungarischen Kollegen begonnen hat*, so scheint in der Tat die russische Demarche in Sofia zunächst eine gewisse Wirkung hervorgerufen zu haben.

Mein englischer Kollege** ist in der mazedonischen Frage durchaus Optimist. Er glaubt nicht, daß schon in diesem Frühjahre die Revolution in Mazedonien ausbrechen werde, aber er hat auch für den Fall, daß dies geschieht, einen Trost: „daß nämlich die russische öffentliche Meinung eine Passivität der russischen Regierung wie bei den armenischen Massakers zum zweiten Male nicht dulden werde". Wenn diese Ansicht, die mir Sir Nicholas O'Conor unter Hinweis auf seine besondere Kenntnis der russischen Verhältnisse entwickelt hat, zutrifft, so würde das bulgarische Aktionsprogramm, durch Provozierung von Massakers den Mächten die Hand zu forcieren, bezüglich der sogenannten Kretamächte Aussicht auf Erfolg haben. Unter öffentlicher Meinung in Rußland versteht Sir Nicholas offenbar gewisse weibliche Einflüsse, die in der kretischen Frage so erfolgreich für englische Wünsche eingetreten sind***. Da Herr Bachmetiew sicherlich dafür sorgen wird, daß in Sofia die Existenz und die Macht dieser Einflüsse nicht in Vergessenheit geraten, so wird auch die amtliche russische Verwarnung dort ihr Gegengewicht finden.

---

* Vgl. Nr. 3315.
** Sir N. O'Conor.
*** Vgl. Kap. LXXXI.

Mein italienischer Kollege* ist erst recht Optimist. Bei ihm ist die revolutionäre Ader, die jeder Italiener besitzt, über den Durchschnitt ausgebildet, und ich glaube, daß dies bei dem dermaligen Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten Italiens**, nach der Tätigkeit, die er als Admiral vor Kreta entwickelt hat, zu urteilen, in gleichem Maße der Fall ist. Herr Pansa ist stolz auf den Verlauf der kretischen Frage und den hervorragenden Anteil, den Italien dabei genommen hat. Ihn erfreut sichtlich am meisten der Umstand, daß dort eine Revolution in vollem Umfange siegreich gewesen ist, und ich bin nicht so grausam, ihm diese Freude durch irgendwelche nüchternen Argumente verderben zu wollen. Auf Italien wird die englische Politik jedenfalls zählen dürfen, wenn das kretische Experiment mutatis mutandis in Mazedonien wiederholt werden soll. Ich halte dies für sicher, auch abgesehen von etwaigen albanesischen Gelüsten, die ja mit der italienischen Balkanpolitik untrennbar verbunden sind.

Zweifellos besteht überall da, wo man aus irgendwelchem Grunde an der Aufrollung der mazedonischen Frage ein Interesse hat, die Hoffnung, daß, wenn die Revolution in Mazedonien ausbricht, die Kretagruppe wieder in Aktion tritt. An dem zur Begründung der Intervention erforderlichen humanitären Argumente wird es nicht fehlen, da man in der Türkei als „Massaker" zu brandmarken pflegt, was man anderwärts für die Erfüllung einer gebieterischen Pflicht der Regierung gegenüber rebellischen Untertanen erachtet. Man rechnet wohl darauf, daß Deutschland sich als unbeteiligt zurückhalten und Österreich schon durch seine inneren Wirren an einer energischen Gegenaktion gehindert werde. Das große X in der Rechnung bildet zurzeit noch Rußland. Wenn Herr Sinowiew die auswärtigen Angelegenheiten leiten würde, so könnte man schon jetzt jene Hoffnungen als trügerische bezeichnen; da aber der auswärtige Minister Graf Murawiew heißt, der für die Wünsche hochgestellter Damen ein feines Verständnis besitzt, so komme ich vorläufig bezüglich der russischen Orientpolitik zu keinem anderen Resultat, als daß X = X ist.

Marschall

Nr. 3317

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Pera, den 16. Januar 1899

Sir N. O'Conor hat mir heute mitgeteilt, er habe von Lord Salis-

* A. Pansa.
** Vizeadmiral Canevaro.

bury Kenntnis von einer Anregung des Ministers Canevaro erhalten, ob es nicht mit Rücksicht auf die außerordentliche, gefahrdrohende Lage in Mazedonien angezeigt erscheine, einen Kollektivschritt hier zu tun, um den Sultan zu „Konzessionen an die mazedonischen Christen“ im Interesse der Beruhigung der erregten Gemüter zu bewegen, Lord Salisbury wünsche seine — des Botschafters — Ansicht über die Opportunität eines solchen Schritts und ebenso diejenige seiner Kollegen zu kennen. Die Frage Sir N. O'Conors, was ich von jener Anregung halte, habe ich mit der Gegenfrage beantwortet, was er selbst darüber denke. Der Botschafter entgegnete, daß er angesichts der großen Erregung der Muhamedaner aus Anlaß der kretensischen Frage es für nicht unbedenklich erachte, hier eine große diplomatische Aktion in der mazedonischen Frage zu beginnen. Diese Ansicht scheine auch Pansa zu teilen; Sinowiew habe er noch nicht gesprochen. Ich bemerkte dem Botschafter, daß ich außerstande sei, die Bedenken, die er selbst gegen die Anregung hege, zu widerlegen, im übrigen aber keine Instruktion besäße, die mir gestattete, über eine „mazedonische Frage“ zu diskutieren.

Marschall

Nr. 3318

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 10 Berlin, den 16. Januar 1899

Der Kaiserliche Botschafter in Pera telegraphiert, daß der englische und italienische Vertreter ihn aufgesucht haben, um ihm das Dringliche der mazedonischen Gefahr und zugleich die Notwendigkeit vorzustellen, durch gemeinsame Schritte der Mächte beim Sultan auf Besserung der Zustände hinzuwirken und dadurch einem Ausbruche der nationalen Leidenschaften vorzubeugen.

Ich möchte eher glauben, daß dieser Ausbruch um so sicherer erfolgt, wenn die Mazedonier erst merken, daß das Konzert der Mächte jetzt ihre Sache wie früher die kretensische in die Hand nimmt.

Bevor ich die Angelegenheit Seiner Majestät vortrage, möchte ich wissen, wie Graf Murawiew darüber denkt.

Schleunige Drahtantwort.

Bülow

Nr. 3319

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 15 St. Petersburg, den 17. Januar 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 10*.

Nach Auffassung des Grafen Murawiew liegen die Dinge folgendermaßen:

Admiral Canevaro habe auf die Nachricht hin, daß in Italien Garibaldianer angeworben wurden, um bei einem Aufstand in Mazedonien im Frühjahr mitzuwirken, dem italienischen Botschafter in Konstantinopel Auftrag gegeben, beim Sultan vorstellig zu werden und Reformen zu verlangen. Diese Nachricht sei ihm, dem Grafen Murawiew, über London zugekommen. Zur selben Zeit habe ihn Lord Salisbury durch Sir Charles Scott** um seine Meinung in betreff der mazedonischen Frage bitten lassen. Er habe dem englischen Botschafter geantwortet und noch soeben heute wiederholt, daß Rußland den gegenwärtigen Augenblick für durchaus ungeeignet finde, um an die Lösung der mazedonischen Frage heranzutreten. Sir Charles Scott habe ihm darauf gesagt, soviel er wisse, seien keinerlei Instruktionen von Lord Salisbury nach Konstantinopel ergangen betreffs Anschlusses Englands an die italienische Aktion.

Der Minister bemerkte weiter, Rußland habe den Balkanstaaten nicht den leisesten Zweifel gelassen, daß sie jede Auflehnung mit Gewalt auf eigene Verantwortung und Gefahr unternehmen würden und von Rußland keinerlei Unterstützung zu gewärtigen hätten. Man sei von dieser Seite in ihn gedrungen, doch wenigstens allgemeine Versprechungen zu geben; auch das habe er verweigert mit der Begründung, daß Zusagen ja bereits der Berliner Vertrag enthalte, gegenwärtig aber durchaus kein Anlaß vorliege, diese Zusagen besonders zu bekräftigen. Österreich und Frankreich, das wisse er, hätten gleich Rußland keine Lust, jetzt die mazedonischen Dinge in Fluß zu bringen, und so glaube er zuversichtlich, daß die Ruhe dort nicht gestört werden würde.

Graf Murawiew bemerkte noch, daß Admiral Canevaro den Schritt in Konstantinopel wohl hauptsächlich zur Befriedigung der ultraliberalen Partei in Italien notgedrungen unternommen habe. Die Schwäche der dortigen Regierung habe sich drastisch darin gezeigt, daß sie trotz besten Willens es den radikalen Elementen gegenüber nicht gewagt habe, die Todesstrafe für Anarchisten festzusetzen.

Tschirschky

---

* Siehe Nr. 3318.

** Englischer Botschafter in Petersburg.

Nr. 3320

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 17 Pera, den 18. Januar 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 13*.

Der englische Botschafter hat Lord Salisbury telegraphiert, daß nach seinen Wahrnehmungen seine sämtlichen Kollegen der auch von ihm geteilten Ansicht seien, daß die Aufwerfung der mazedonischen Reformfrage die revolutionären Elemente ermutigen und daher gefährlich sein würde; auch stehe ein Erfolg seiner diesbezüglichen Anregung nicht zu erwarten. Sir N. O'Conor hatte Nachricht, daß in St. Petersburg und Paris die Erteilung von Instruktionen an die hiesigen Botschafter über Reformfragen abgelehnt worden sei. Er las mir auch ein Telegramm des englischen Gesandten in Bukarest** vor, wonach Herr Sturdza*** ebenfalls dringend vor der Aufwerfung der mazedonischen Reformfrage gewarnt und den Gedanken angeregt hat, es sollten die Mächte den Balkanstaaten jede Unterstützung der mazedonischen Bewegung untersagen und sich auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz in St. Petersburg † über eine diesbezügliche gemeinsame Formel verständigen.

Marschall

Nr. 3321

Der Generalkonsul in Sofia von Reichenau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 9 Sofia, den 19. Januar 1899

Vor einigen Tagen hat mein österreichischer Kollege im Auftrage seiner Regierung Herrn Stoilow †† ernstlich vor irgendwelcher Aktionspolitik in Mazedonien gewarnt mit dem Hinzufügen, daß man in Wien die Aufrechterhaltung des status quo auf der Balkanhalbinsel wünsche, daß man aber bereit sei, bei der Pforte für die Besserung der Lage der christlichen Bevölkerung in Mazedonien einzutreten und vor allem dahin zu wirken, daß dieselbe rechtlich mit gleichem Maße gemessen werde wie die Muhamedaner.

---

* Siehe Nr. 3317.

** J. G. Kennedy.

*** Rumänischer Ministerpräsident und Minister des Äußern.

† Gemeint ist die Friedenskonferenz, die aber nicht in St. Petersburg, sondern am 18. Mai im Haag zusammentrat.

†† Bulgarischer Ministerpräsident und Minister des Äußern.

Ebenso ist von dem St. Petersburger Kabinett dem bulgarischen Vertreter Dr. Stanciow der bestimmte Wunsch ausgesprochen worden, daß Bulgarien sich jeder abenteuerlichen Politik in Mazedonien enthalte.

Auch Herr Bachmetiew war von seiner Regierung beauftragt worden, hier zu korrekter und ruhiger Haltung zu ermahnen. Bezeichnenderweise aber hatte er die Ausführung dieses Auftrages in der „Eile der Abreise" vergessen, sodaß nun Herr Botkin* das Versäumte nachholen wird.

Reichenau

Nr. 3322

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 19. Januar 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in Konstantinopel hat telegraphisch gemeldet, daß sowohl bei ihm als auch bei dem Baron Calice der englische und der italienische Botschafter einen Meinungsaustausch über die mazedonische Frage angeregt hätten. Der erste Anstoß zu diesem Versuche ist von dem Admiral Canevaro ausgegangen. Seine angebliche Wahrnehmung, — über welche näher sich zu informieren ich Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Botschafter in Rom** beauftragen werde —, daß Freischaren angeworben würden, um bei einem Aufstande in Mazedonien Verwendung zu finden, will dem Admiral Veranlassung geboten haben, den italienischen Botschafter in Konstantinopel zu beauftragen, vom Sultan Reformen für Mazedonien zu verlangen[1]. Zugleich suchte der Admiral aber Fühlung mit England wegen eines von den Mächten bei der Pforte zu unternehmenden Kollektivschrittes[2]. Aus weiteren Meldungen scheint hervorzugehen, daß Lord Salisbury sich bis jetzt darauf beschränkt, in Konstantinopel und St. Petersburg zu sondieren, ob eine derartige Anregung Aussicht auf Unterstützung haben würde.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Geschäftsträger in St. Petersburg, den ich sofort beauftragte, sich über die Auffassung des Grafen Murawiew zu orientieren, berichtet***, daß Lord Salisbury ein gleiches Ansuchen durch Sir Charles Scott an den russischen Minister habe stellen lassen. Graf Murawiew erklärt, dem englischen Botschafter geantwortet zu haben, daß Rußland den gegenwärtigen Augenblick für durchaus ungeeignet halte, um an die Lösung der mazedonischen

* Russischer Geschäftsträger in Sofia.
** Freiherr von Saurma.
*** Vgl. Nr. 3319.

Frage heranzutreten[3]. Rußland habe den Balkanstaaten nicht den leisesten Zweifel darüber gelassen, daß sie jede Auflehnung mit Gewalt auf eigene Verantwortung und Gefahr unternehmen würden und von Rußland keinerlei Unterstützung zu gewärtigen hätten[4]. Selbst die Erfüllung des an ihn, Murawiew, gestellten Verlangens, doch wenigstens allgemeine Versprechungen zu geben, habe er verweigert[5]. Er wisse, daß Österreich und Frankreich gleich Rußland keine Lust bezeigten, jetzt die mazedonischen Dinge in Fluß zu bringen, und so glaube er zuversichtlich, daß die Ruhe dort nicht bedroht sei.

Die Erklärung des Grafen Murawiew findet, soweit sie sich auf das russische Kabinett bezieht, ihre Bestätigung in einem Gespräch, welches Herr Sinowiew mit Herrn von Marschall gehabt hat*. Herr Sinowiew erzählte, daß seine Regierung in Sofia die denkbar energischste Sprache geführt und ausdrücklich dort erklärt habe, sie werde eine Revolutionierung Mazedoniens nicht dulden und Bulgarien seinem Schicksal überlassen, wenn es ein derartiges Unternehmen beginne[5]. Dieses Auftreten Rußlands in Bulgarien spiegelt sich auch in dem Verhalten des Agenten Markow, des Vertreters des Fürsten Ferdinand, wieder, welcher seit seiner Rückkehr aus Sofia in Konstantinopel das mot d'ordre ausgibt, in diesem Frühjahr könne die mazedonische Revolution nicht stattfinden, da Rußland und Österreich eine den bulgarischen Wünschen entschieden feindliche Haltung einnähmen.

Gleichwohl läßt sich nicht verkennen, daß die Voraussicht Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät, wonach die Erfüllung der kretensischen Wünsche ihre Rückwirkung auf der Balkanhalbinsel ausüben werde, sich erfüllt. Wie in Kreta vor zwei Jahren, so fangen jetzt die nationalen Leidenschaften an, in Mazedonien zu gären, und interessierte Mächte sind es, welche versuchen, diese Bewegung zu begünstigen. Ein Unterschied macht sich allerdings dabei geltend: während in den Anfangsstadien der kretensischen Wirren äußere Einmütigkeit unter den Mächten herrschte, gehen in der mazedonischen Frage von Anfang an die Auffassungen auseinander[6]. Es heben sich zwei Strömungen ab: Rußland, Österreich und Frankreich geben sich der Hoffnung hin, die revolutionäre Bewegung niederhalten zu können, während bei England und Italien die Neigung hervortritt, eine diplomatische Aktion vorzubereiten, die geeignet ist, den aufgehäuften Brennstoffen neues Material hinzuzuführen. Denn unzweifelhaft werden die Hauptinteressenten in Mazedonien nicht ohne Kunde von den englisch-italienischen Sondierungen bleiben und darin eine willkommene Ermunterung ihres Treibens und Billigung ihrer Absichten erblicken.

In Befolgung der von Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät vorgezeichneten Richtung, die wir bei neuen Wirren in den Balkanstaaten einzuhalten haben, gestatte ich mir Euerer Kaiserlichen und

---

* Vgl. Nr. 3316.

Königlichen Majestät huldreiche Genehmigung dazu ehrfurchtsvollst zu erbitten, daß ich Herrn von Marschall anweisen darf, sich ablehnend[7] gegen solche Vorschläge seiner Kollegen zu verhalten, die darauf abzielen, die Pforte zu Reformen in Mazedonien zu drängen[8]. Eine dem Sultan aufgezwungene Nachgiebigkeit würde nach den gemachten Erfahrungen doch nur den entgegengesetzten, wenn auch vielleicht von gewisser Seite nicht unerwünschten Erfolg haben, Unruhen heraufzubeschwören, statt sie zu beschwichtigen.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden!
Dem Canevaro kann aber Saurma mal den Text lesen, daß er in solchem Augenblick mit Schwärmern an das mazedonische Pulverfaß geht! Es soll nur endlich einmal in Italien anfangen! 20/1. 99
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Der Canevaro ist wohl total verrückt geworden!
[2] unter keinen Umständen mache ich das mit!
[3] richtig
[4] gut, wenn wahr
[5] gut
[6] gut!
[7] ja! sehr scharf!
[8] Canevaro soll erst einmal Reformen in Italien einführen!!

Nr. 3323

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 21 Pera, den 20. Januar 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 17*.

Admiral Canevaro hat Herrn Pansa telegraphiert, er habe nicht die Absicht gehabt, einen Kollektivschritt der Botschafter [in] dem Sinne der mazedonischen Reformen anzuregen; sein Gedanke sei nur gewesen, daß es opportun erscheine, wenn die Botschafter über sich aufwerfende Spezialfragen bezüglich Mazedoniens dem Sultan Ratschläge erteilten.

Marschall

---

* Siehe Nr. 3320.

Nr. 3324

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 8. Berlin, den 21. Januar 1899

Mit Bezug auf Telegramm vom 20. Januar Nr. 21 *.

Mit der bisher von Ew. pp. in der mazedonischen Frage beobachteten Haltung bin ich einverstanden. Nach den gemachten Erfahrungen ist nicht daran zu zweifeln, daß Versuche, den Sultan zu Reformen oder Zugeständnissen zu bewegen, gerade den entgegengesetzten Erfolg haben, und, statt Unruhen vorzubeugen, nur die nationalen Leidenschaften in Mazedonien mehr entflammen würden. Ich möchte schon jetzt befürchten, daß den Hauptinteressenten in Mazedonien die italienischen und englischen Sondierungsversuche nicht unbekannt geblieben sind, und daß daraus den revolutionären Wühlereien neue Nahrung zugeführt worden ist. Nach Ihren letzten Meldungen scheint Italien den Vorschlag wegen eines Kollektivschrittes aufgegeben zu haben und auch England nicht mehr daran zu denken. Für den Fall aber, daß irgendeiner Ihrer Kollegen die Frage wieder anregen und mit Vorschlägen wegen Reformen, die der Pforte anzuempfehlen seien, an Sie herantreten sollte, bitte ich Sie, sich scharf ablehnend dagegen zu verhalten.

Zu Ihrer Information füge ich hinzu, daß Graf Murawiew unserem Geschäftsträger in St. Petersburg erklärt hat, Rußland hätte den Balkanstaaten nicht den leisesten Zweifel darüber gelassen, daß sie von Rußland keinerlei Unterstützung zu erwarten hätten und jede Auflehnung auf eigene Gefahr unternehmen würden **.

Bülow

Nr. 3325

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 24 Pera, den 21. Januar 1899

Soeben geht mir ein aus Sofia datiertes und mit dem dortigen Poststempel versehenes lithographiertes Zirkularschreiben des „Haut Comité Macédonien“ *** zu, welches ausführt, daß nur solche Reformen

* Siehe Nr. 3323.
** Vgl. Nr. 3319.
*** Vgl. auch die Mitteilungen in Nr. 3326.

einen wirklichen Wert hätten, die auf der Basis der politischen Autonomie, wie sie Kreta gewährt sei, beruhten. Da die Mächte nach den bisher gemachten Erfahrungen erst dann einzuschreiten pflegten, wenn ein ungleicher Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker stattgefunden habe, so sei die Meinung unter den Christen verbreitet, daß sie den Türken den Vorwand zu einem Massaker geben sollten, um das Mitleid des christlichen Europas zu erwecken. Der verzweifelnde Zustand Mazedoniens und des Wilajets Adrianopel sei bekannt. Trotzdem sei es die Pflicht des Comités zu erklären, daß die christliche Bevölkerung dieser Länder am Ende ihrer Geduld angelangt, und wenn die europäische Diplomatie daselbst nicht dieselben Reformen wie in Kreta einführe, die Verzweiflung jene Bevölkerung zum Äußersten treiben werde. Unterschrieben ist das Zirkular von A. Liaptschew, A. Radew, Chr. Stanichew und D. Lapow.

Marschall

Nr. 3326

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 7 Pera, den 21. Januar 1899

Nachdem die englisch-italienische Anregung, zum Zwecke der Beschleunigung der bulgarisch-mazedonischen Bewegung die Großmächte in Aktion zu setzen, so gründlich gescheitert ist, daß Herr Canevaro das Bedürfnis empfand, sich dem eigenen Botschafter gegenüber durch Hinweis auf ein Mißverständnis zu decken *, schien es mir von Interesse, über die Vaterschaft jener staatsmännischen Idee Ermittlungen anzustellen. Dabei bin ich zu dem Resultate gelangt, daß der eigentliche Autor der hiesige bulgarische Agent Herr Markow ist. Dieser gewandte Diplomat, der es fertig bringt, hier gleichzeitig die „friedliebende" bulgarische Regierung und die nach Krieg lüsterne bulgarisch-mazedonische Aktionspartei zu vertreten, hat in den letzten Wochen einen Rundgang bei meinen Kollegen gemacht, um sie für die mazedonische Revolution zu interessieren. Zu mir ist er nicht gekommen; ich habe auch keinerlei Anrecht auf sein Vertrauen und noch weniger auf das seiner Hintermänner. Bei Herrn Sinowiew hat er so wenig Glück gehabt, daß er den sozialen Verkehr mit demselben einstellte, die Abfertigung, die er von Baron Calice erfahren, war höflich, aber nicht minder kräftig; erst als er Herrn Pansa sein Herz aus-

* Vgl. Nr. 3323.

schüttete, konnte er Verständnis für die Leiden und Wünsche der mazedonischen Bulgaren finden. Herr Pansa hat damals einem meiner Kollegen mitgeteilt, daß Herr Markow ihm sehr eindringlich die Gefahren der gegenwärtigen Lage in Mazedonien und die Notwendigkeit eines Einschreitens der Mächte dargelegt und er darüber nach Rom berichtet habe. Wenige Tage später hat Herr Pansa demselben Kollegen wörtlich gesagt: „L'affaire de Crète est terminée, ces jours-ci la question macédonienne se présentera aux grandes puissances". Diese Vorhersage war zutreffend, denn Herr Canevaro hat sich beeilt, den Bericht des Botschafters bei Sir Philip Currie* zu verwerten, und in letzterem selbstverständlich einen begeisterten Anhänger der Markowschen Idee gefunden. Daß Herr Pansa den englischen Botschafter begleitete, als er in Ausführung einer Instruktion Lord Salisburys seine Kollegen aufsuchte, um ihre Ansichten über jene Idee zu erforschen, war nach dieser Entstehungsgeschichte wohl berechtigt. Wenn diesmal auch ein positiver Erfolg nicht erzielt wurde, so kann sich Herr Markow doch rühmen, daß der Apparat, den er erstmals in Bewegung gesetzt hat — von Herrn Pansa zu Herrn Canevaro und von diesem durch Sir Philip Currie zu Lord Salisbury — prompt funktioniert hat, und das ist für die großbulgarische Zukunft von Bedeutung.

Es dürfte wohl kaum ein Zufall sein, daß gerade in diesem Augenblicke das „Haut Comité Macédonien" sich mit einem Zirkular an die Mächte wendet**, um sein Programm, sowohl was die Ziele der Bewegung wie die beabsichtigte Aktion betrifft, darzulegen und die sofortige Aktion der Mächte zu verlangen. In ersterer Beziehung ist das Programm wahrscheinlich unter Mitarbeit von „Staatsmännern" ziemlich maßvoll ausgefallen: keine Losreißung von der Türkei, kein Großbulgarien, nur eine Autonomie genau nach dem kretischen Schema: „was den kretischen Christen recht ist, ist den mazedonischen billig", diese Konsequenz wird seitens der Revolution zum ersten Male öffentlich gezogen. Daß es so kommen mußte, war mit mathematischer Sicherheit vorherzusehen; Deutschland und Österreich-Ungarn sind, weil sie es vorhersahen, aus dem Kretakonzert ausgetreten, als die revolutionäre Wendung in der Kretafrage eintrat, England und Italien sind aus demselben Grunde erst recht darin geblieben; welchen politischen Gedanken Rußland verfolgte, als es die revolutionäre Wendung selbst inaugurierte, wird wohl stets ein Staatsgeheimnis des Petersburger Kabinetts bleiben. Neu in dem Programm ist die Einbeziehung des Wilajets Adrianopel in die autonomen Wünsche; vermutlich soll dieser Teil des Programms als Negoziationsobjekt dienen. Der Plan, die Intervention der Mächte durch Provozierung von Massakers zu erzwingen, ist ja längst bekannt; überraschend ist

* Englischer Botschafter in Rom.
** Vgl. Nr. 3325.

höchstens der Zynismus, mit dem dieser Plan öffentlich verkündet wird. Man könnte versucht sein, darin einen taktischen Fehler zu erblicken, denn die christlich-humanen Tränen, welche ob des türkischen Fanatismus vergossen zu werden pflegen, wenn gewisse Mächte ihre besonderen politischen Zwecke im Orient zu erreichen trachten, verlieren an Natürlichkeit und darum an Wirkung, wenn vorher feststeht, daß die beweinten Massakers auf christlicher Veranstaltung beruhen. Aber die mazedonischen Revolutionäre vertrauen offenbar so fest auf die eiserne Logik des kretischen Vorgangs, daß sie mit taktischen Erwägungen sich gar nicht mehr abgeben.

Marschall

Nr. 3327

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Pera, den 3. Februar 1899
Vertraulich

Der bulgarische Ministerwechsel* hat hier vollkommen überrascht. Ich sehe in demselben in erster Reihe einen Schachzug des Fürsten Ferdinand in dem Kampf zwischen Herrn Sinowiew und Herrn Bachmetiew. Indem der Fürst in Ausführung der versteckten Drohung, die er am Neujahrstage dem russischen Vertreter gegenüber ausgesprochen hatte, ein ausschließlich aus Gegnern Rußlands bestehendes Ministerium einsetzt, will er den Russen zeigen, wohin er gedrängt wird, wenn man in Petersburg auf die „tendenziösen" Berichte des Herrn Sinowiew größeres Gewicht legt als auf die „wahrheitsgetreuen" Meldungen des russischen Vertreters in Sofia. Dabei läuft wohl auch die Absicht unter, durch die Wahl eines aus Freunden Österreichs gebildeten Ministeriums das russische Mißtrauen gegen das benachbarte Kaiserreich zu erwecken, das bisher in der mazedonischen Frage gemeinsame Sache mit Rußland gemacht hatte. Freiherr von Calice hatte aus den Äußerungen des Grafen Murawiew an den Fürsten Liechtenstein** schon jetzt den Eindruck, daß die Gegenaktion Bachmetiews ihre Spuren zurückgelassen habe. Wahrscheinlich wird Fürst Ferdinand, sobald in Petersburg eine mildere Auffassung der mazedonischen Frage platzgreift, sich des Ministeriums Grekow wieder entledigen.

Obgleich Fürst Ferdinand sich in den letzten Tagen anscheinend alle Mühe gegeben hat, die Genehmigung des Eisenbahnvertrags vom

* Am 30. Januar war das Ministerium Stoilow zurückgetreten und durch das Kabinett Grekow ersetzt worden.
** Österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

Sultan zu erhalten, bin ich im Zweifel, ob es ihm wirklich Ernst damit war. Er hätte sonst wohl die Ministerkrisis um zwei Tage verschoben, denn darüber, daß dieses Ereignis die Erwirkung des Idradee aufs äußerste erschweren mußte, konnte er unmöglich im Zweifel sein.

Marschall

Nr. 3328

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 66 St. Petersburg, den 8. Februar 1899

Der bisherige österreichisch-ungarische Botschafter Prinz Liechtenstein hat Petersburg gestern abend verlassen, nachdem er in letzter Zeit seitens des Kaiserlichen Hofes mit ungewöhnlicher Freundlichkeit behandelt worden war und Seine Majestät ihm noch ein Abschiedsdiner tags vor der Abreise gegeben hatte.

Der Prinz sagte mir in einem vertraulichen Gespräche, der Kaiser Nikolaus habe ihm gegenüber der Annäherung Österreichs und Rußlands mit Befriedigung Erwähnung getan und in der herzlichsten Weise von Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph und auch vom Erzherzog Franz Ferdinand gesprochen, wobei Seine Majestät hinzugefügt hätte, seine Freundschaft für den Kaiser und den Erzherzog sei so fest, daß niemand dieselbe trüben könne. (Prinz Liechtenstein deutete hierbei an: Das „niemand" bezöge sich wohl auf Graf Goluchowski.) Früher sei die Türkei der Zankapfel zwischen den beiden Reichen gewesen, jetzt aber sei dies nicht mehr der Fall, und es liege im beiderseitigen Interesse, die Türkei zu erhalten und zu verhindern, daß die kleinen Balkanstaaten den status quo auf der Halbinsel umstoßen[1].

Wenn auch kein Zweifel obwaltet, daß der Kaiser Nikolaus dies aufrichtig meint und bona fide handelt, wenn er Hand in Hand mit Österreich den Ausbruch von Unruhen in Mazedonien verhindern will, so neige ich doch nach dem, was ich höre, zu der Annahme, daß die russische Regierung oder wenigstens gewisse Unterströmungen derselben trotz aller gegenteiligen Versicherungen und offiziellen Manifeste den geheimen Umtrieben in Mazedonien nicht ganz unsympathisch gegenüberstehen[2] und darauf ausgehen, zunächst die Österreicher von der Aufrichtigkeit der uneigennützigen russischen Pläne auf der Balkanhalbinsel zu überzeugen und ihr Mißtrauen zu beschwichtigen, um dann die russisch-slawische Politik um so sicherer ohne Österreich durchzuführen und letzteres zu düpieren.

Es ist übrigens auffallend, wie in letzter Zeit den Österreichern hier in jeder Weise geschmeichelt wird. Prinz Liechtenstein ist sich

aber bewußt und überzeugt, daß ein intimes Zusammengehen mit Rußland nur bis zu einem gewissen Grade möglich sein wird. Wenn Herr von Aehrenthal * auch noch so geschickt operieren sollte und als wahrer Opportunist den slawischen Tendenzen sich willfährig zeigt, so ist eine Enttäuschung für Österreich schließlich doch unvermeidlich[3]. In diesem Sinne spricht sich auch, natürlich streng vertraulich, Prinz Liechtenstein aus.

Ebenso unverkennbar ist die von Rußland Bulgarien gegenüber beobachtete Beschönigungspolitik. Amtlich wird von hier mit der größten Entschiedenheit gegen jede Beteiligung Bulgariens an der mazedonischen Frage gearbeitet, aber es dürfte zweifelhaft sein, ob nicht unter der Hand Bulgarien hierbei unterstützt wird.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wir wollen ihn darauf festnageln, wenn es seinerzeit nöthig würde
[2] natürlich Das ist dort immer so!
[3] richtig

Nr. 3329

Der Gesandte in Belgrad Freiherr von Waecker-Gotter an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 18 Belgrad, den 16. Februar 1899

Bei seinem vorgestrigen Besuch ließ sich König Milan auch über die sogenannte „orientalische Frage“ in ihrer Gesamtheit aus und sagte ungefähr folgendes:

„Die Balkanstaaten, gleichviel ob sie mehr oder weniger selbst gekämpft haben um ihre Befreiung, sind in letzter Linie die Schöpfungen, die Kinder der Großmächte. Den letzteren liegen daher gewisse Vaterpflichten ob; sie müssen auch für die Existenzbedingungen, für das Wohlergehen dieser neuen Gebilde von Zeit zu Zeit etwas tun. In ihrer heutigen Gestalt und Begrenzung können mehrere der Balkanstaaten und speziell Serbien nicht fortleben oder doch nicht sich gedeihlich entwickeln.

Daß früher oder später die türkische Herrschaft aus Europa verschwinden muß, wird wohl niemand bestreiten wollen. Die türkische Bevölkerung in den Balkanprovinzen fühlt dies selbst instinktiv, denn sie verringert sich beständig durch Auswanderung. Wir Serben wünschen durchaus nicht, den Tag der Liquidation gewaltsam zu beschleu-

---

* Nachfolger von Prinz Liechtenstein als österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

nigen, schon darum nicht, weil wir noch einige Zeit brauchen, um den Vorsprung einzuholen, welchen die Propaganda unserer Konkurrenten gegen uns voraus hat. Sollte dagegen von seiten der letzteren diese Liquidation gewaltsam herbeigeführt werden, so müßten wir, so schwach oder unvorbereitet wir auch sein mögen, auch unsererseits mit den Waffen eingreifen, um nicht präteriert zu werden.

Sobald nun so oder so der Moment der Aufteilung gekommen sein wird, werden die Mächte sich vor allem die Notwendigkeit vor Augen halten müssen, zwischen den kleinen Balkanstaaten ein annäherndes Gleichgewicht herzustellen. O h n e ein solches wird die Fehde unter ihnen fortdauern wie zu den Zeiten des Mittelalters, m i t hergestelltem Gleichgewicht werden sie notwendig und gern im Frieden miteinander leben.

Bei gutem Willen und gerechter Abwägung wird es auch den Mächten gar nicht so schwer fallen, jedem seine Portion zuzumessen und insbesondere die Teilung zwischen Serbien und Bulgarien zu finden. Ich bin kein Chauvin und gehöre also nicht zu denen, die sich einreden, daß in ganz Mazedonien alle Slawen im Grunde Serben sind, oder auch nur, daß die Serben dort in der Mehrheit seien. Meine Ansicht in dieser Sache ist folgende:

Die Bevölkerung Mazedoniens — une vraie ‚Macédoine‘! — ist derart durcheinander gemischt, daß man wirklich meinen möchte, der Name des Landes stamme aus der Küche. Was das slawische Element anlangt, so gibt es nur beschränkte Gebiete, wo man das Volk als rein serbisch und beziehungsweise rein bulgarisch ansprechen kann, jene im Norden, diese im Süden und namentlich Südosten Mazedoniens. Dazwischen liegt die große Masse des Landes, wo sich die beiden Stämme in den verschiedensten Graden der Mischung vorfinden. Man wird sagen dürfen, daß der ganze Längenabschnitt der Balkanhalbinsel, welcher ungefähr durch die Linien der Morawa und des Isker, respektive deren Fortsetzung nach Süden gebildet wird, eine solche hybride Bevölkerung enthält. Auf meiner letzten Reise nach Sofia fiel es mir wieder auf, daß der Volkstypus dort genau derselbe ist wie in den östlichen Landesteilen Serbiens. Diese ganze Volksmasse läßt sich im Grunde ebenso leicht zu Serben machen wie zu Bulgaren. Hätte der Berliner Frieden Sofia m i r zugesprochen, so würde es jetzt ebenso gut serbisch sein, wie es heute Nisch und Pirot sind, wo damals die Bevölkerung genau denselben Charakter hatte. Vice versa würden Nisch und Pirot heute gut bulgarisch sein, wenn sie zu Bulgarien geschlagen worden wären.

Ich meine also, daß die Assimilierung der Bevölkerungen gar nicht so schwer sein wird, wenn einmal die Mächte auf einer gerechten Basis zur Aufteilung Mazedoniens zwischen Serbien und Bulgarien geschritten sein werden. Beide Staaten müßten natürlich einen Küsten-

strich am Ägäischen Meer erwerben, dabei kann die Stadt Saloniki ruhig ausgeschlossen bleiben und etwa einen kleinen Freistaat bilden.

Nach gewissen Preßnachrichten soll die Idee angeregt worden sein, daß auf dem bevorstehenden Abrüstungskongreß zunächst den kleinen Balkanstaaten als den für die Ruhe Europas gefährlichsten Elementen die Entwaffnung auferlegt werden müsse. Ich weiß nicht, ob Rumänien dabei mit eingerechnet wird; König Carol liebt es nicht, zu den Balkanstaaten gerechnet zu werden, die Russen ihrerseits bestehen gern darauf, um in das Bereich ihres moralischen Protektorats auch Rumänien einschließen zu können. In einem und dem andern Falle wird Rumänien sich zu einer Abrüstung nicht verstehen, aber auch wir andern können es nicht.

Zunächst müßten wir Serben dagegen protestieren, den Ruhestörern zugerechnet zu werden. Wir haben dies durch unsere korrekte und geradezu bescheidene Haltung, glaube ich, nicht verdient. Österreich und Rußland haben dies auch dadurch anerkannt, daß sie letzthin nur in Sofia, aber nicht in Belgrad zur Ruhe mahnen ließen. Was aber das Prinzip der Sache selbst angeht, so könnte weder Serbien noch Bulgarien sich dazu verstehen, ihrerseits abzurüsten, die Türkei aber in voller Rüstung sich gegenüber zu lassen. Wenn einmal die staatliche Gestaltung auf dem Balkan in der vorher angedeuteten Weise perfekt geworden sein wird, so wird niemand froher sein als wir, wenn uns die privilegierte Stellung Belgiens zugewiesen würde. Heute aber hat jeder von uns beiden seine, wie wir glauben, berechtigten nationalen Aspirationen und muß daher so stark und vorbereitet als möglich bleiben, um für deren Verwirklichung im geeigneten Augenblick einzutreten. In Serbien sowohl wie in Bulgarien würde zweifellos die Dynastie gefährdet sein, sobald sie sich dazu verstände, durch die Unterwerfung unter einen europäischen Abrüstungsbefehl jenen Hoffnungen zu entsagen, welche in der Seele ihrer Völker festgewurzelt sind."

Waecker Gotter

Nr. 3330

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 30 Pera, den 21. Februar 1899

In der russischen Orientpolitik, speziell bezüglich der mazedonischen Frage ist wieder einmal ganz unvermittelt eine Schwenkung eingetreten. Als vor etwa vier Wochen der englisch-italienische Gedanke auftauchte, einen Kollektivschritt hier zu unternehmen, um den Sultan zu „Konzessionen an die mazedonischen Christen" zu bewegen,

verhielt sich das russische Kabinett durchaus ablehnend; Graf Murawiew erklärte damals dem türkischen Botschafter, „es sei nach seiner Ansicht das beste, von der mazedonischen Frage gar nicht zu sprechen, da jede Diskussion darüber, statt die Gemüter zu beruhigen, die vorhandene Erbitterung nur steigern werde". Vergangenen Freitag dagegen hat Herr Sinowiew, einer Weisung des Grafen Murawiew entsprechend, dem Sultan die Erwartung der russischen Regierung ausgesprochen, daß er ungesäumt Maßregeln treffe, „um die mazedonischen Christen wirksam zu schützen und ihr Los zu bessern". Aber damit nicht genug: es bestehen gewichtige Anhaltspunkte dafür, daß der Botschafter den weitergehenden Auftrag hat, bei seinen Kollegen für eine Unterstützung seiner Demarche zu werben. Er hat dies gestern in meiner Gegenwart bei Baron Calice versucht und nach meinem Eindruck ein geneigtes Ohr für diesen Gedanken gefunden. So wird heute auf russische Anregung die mazedonische Frage hier amtlich und außeramtlich eingehend diskutiert und damit genau der Zustand herbeigeführt, von dem man russischerseits noch vor wenigen Wochen eine Steigerung der vorhandenen Erregung befürchtete. pp.

Marschall

Nr. 3331

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 40 — Pera, den 4. März 1899

Bekanntlich hatte der Sultan, gedrängt durch die „Reformvorschläge" der Botschafter in der armenischen Angelegenheit, diese seinerzeit durch Publizierung eines Iradees zu beseitigen gewußt, welches alles versprach und die Provinzgouverneure mit entsprechenden Weisungen versah. Das gleiche dürfte bezüglich Mazedoniens durch ein Iradee beabsichtigt sein, welches die türkischen Zeitungen soeben in amtlicher Weise veröffentlichen, und von welchen ich einen französischen Auszug in beifolgendem Zeitungsausschnitt vorzulegen mich beehre.

Marschall

Nr. 3332

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

St. Petersburg, den 13. März 1899

Die Versammlung von albanesischen Notablen in Ipek hatte bei der russischen Regierung nicht verfehlt, eine gewisse Besorgnis her-

vorzurufen. Wie mir der österreichisch-ungarische Geschäftsträger* mitteilt, hat er verschiedentlich schon mit Graf Murawiew über diese Vorgänge gesprochen, der sich ziemlich abfällig über die Haltung der Pforte dabei geäußert hat. Nach Ansicht des Grafen Murawiew habe die Gefahr vorgelegen, daß die Pforte, welche die Bewegung unter den Albaniern als Gegengewicht gegen die bulgarisch-mazedonische Agitation ins Leben gerufen und geschürt habe, die Geister, die sie gerufen, im gegebenen Falle nicht mehr los zu werden imstande sein würde. Rußland hat deshalb nach Konstantinopel die ernste Mahnung gerichtet, die albanische Bewegung soviel als möglich einzudämmen und zum Stillstand zu bringen.

Gleichzeitig hat Rußland jetzt den Augenblick für gekommen erachtet, sein Prestige als alleiniger Beschützer der christlichen Balkanvölker und der Orthodoxie wieder aufzufrischen, indem es den Sultan auffordern ließ, ungesäumt Maßregeln zu treffen, um die mazedonischen Christen wirksam zu schützen und ihr Los zu bessern. Rußland hat diesen Schritt allein unternommen, ohne sich vorher der Kooperation irgendeiner anderen Macht zu versichern; es wollte damit den Slawen des Balkans neuerlich vor Augen führen, daß es die führende Rolle bei der Regelung und Ausgestaltung der dortigen Verhältnisse nach wie vor beanspruche und durchzuführen gedenke.

Aus diesem Gesichtspunkte erklärt sich auch die ablehnende Haltung des Petersburger Kabinetts gegenüber der von italienisch-englischer Seite vor einigen Wochen versuchten Aktion zugunsten Mazedoniens. Im Schlepptau dieser beiden Mächte am Balkan zu erscheinen, war für Rußland nicht annehmbar, und deshalb mußte der damals geplante Kollektivschritt vereitelt werden. Nunmehr aber, nachdem die Kollektivaktion der anderen Mächte unmöglich gemacht worden, tritt Rußland selbst als führende Macht für die gleiche Sache auf den Plan.

Rußlands Interesse verbietet im gegenwärtigen Augenblicke jede Unruhe auf dem Balkan. Wenn es aus diesem Grunde selbst sich jeder drängenden Aktion dort enthält, so wacht es andererseits eifersüchtig darüber, daß nicht etwa von anderer Seite ihm der Wind aus den Segeln genommen und seine Stellung als führende Macht, von deren Willen allein die Gestaltung der dortigen Verhältnisse abzuhängen habe, beeinträchtigt werde. Daher auch die in letzter Zeit von hier aus Österreich-Ungarn gegenüber zur Schau getragene Freundlichkeit. Je kürzer der Zügel ist, an dem man Österreich von hier aus hält, um so genauer wird man hier jede Bewegung des Nachbarstaates kontrollieren und ihrer Wirkung eventuell zuvorkommen können. Wenn, wie der Kaiserliche Gesandte in Athen** meldete, den russischen Marineoffizieren vor Kreta eingeschärft wird, ja recht enge Fühlung mit den

* Grat Széchényi.
** Graf von Plessen-Cronstern.

österreichisch-ungarischen Kameraden zu nehmen, oder andere Liebenswürdigkeiten — allerdings durchgängig recht oberflächlicher Natur — zwischen Petersburg und Wien ausgetauscht werden, so verfolgt man dabei, wie mir scheinen will, in erster Linie den Zweck, die österreichischen Staatsmänner „einzuwickeln", sie durch diese sanften Manieren sicher zu machen und ihnen jeden Gedanken nach selbständiger Balkanpolitik in die Ferne zu rücken und unnötig erscheinen zu lassen. Bezeichnend ist in dieser Beziehung eine Äußerung des Grafen Murawiew, die dieser neulich dem österreichisch-ungarischen Geschäftsträger gegenüber bei Besprechung des jüngsten Ministerwechsels in Sofia* getan hat. Der Graf meinte, ihn kümmere es wenig, wer in Sofia Minister sei, Bulgarien könne ja doch nur mit Rußland Politik machen.

von Tschirschky

Nr. 3333

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 50 Pera, den 26. März 1899
Vertraulich

Mein russischer Kollege sagte mir heute, daß er bezüglich der mazedonischen Frage für dieses Jahr beruhigt sei, im nächsten Jahre aber nach menschlicher Voraussicht die jetzt überwundene Gefahr von neuem hervortreten werde[1]. Meine Bemerkung, daß an der Beruhigung der Gemüter das wesentliche Verdienst ihm zufalle, gab Herr Sinowiew insoweit als richtig zu, als er vom ersten Augenblicke seines Hierseins die Dinge, die sich in Mazedonien und Bulgarien vorbereiteten, scharf beobachtet und seine Regierung mit Erfolg auf die schweren Gefahren aufmerksam gemacht habe, welche dem europäischen Frieden drohten, wenn jenem Treiben nicht rechtzeitig Einhalt geboten würde. Er erachte die sogenannte mazedonische Frage für eine überaus ernste[2]: wenn im Falle des Aufstandes eines erheblichen Teils der christlichen Bevölkerung jener Provinz die Türkei mit Waffengewalt einschreite und dabei von den muhamedanischen Albanesen unterstützt werde, was bei der Stimmung der letzteren ganz unausbleiblich sei, so trete eine Lage ein, der seine Regierung schon aus Gründen der „Tradition"[3] unmöglich in der Rolle des Zuschauers gegenüberstehen könne. Dasselbe gelte für Österreich-Ungarn schon deshalb, weil ein Brand in Mazedonien auf Bosnien und die Herzegowina zurückwirken werde. Nun sei zwischen diesen beiden Mächten

---

* Vgl. Nr. 3327.

wohl eine Verständigung auf der Basis der Erhaltung des status quo möglich, wie aber dieselben über eine gemeinsame Intervention oder gar über eine Neuordnung der Dinge in Mazedonien sich friedlich auseinandersetzen könnten, sei ihm vollkommen unerfindlich[4], zumal England und Italien bei einer derartigen Komplikation im Trüben fischen würden. Die englische Politik sei überhaupt „sournoise", und Herrn Canevaro seien anscheinend seine kretischen Erfolge in den Kopf gestiegen. Die einzige Garantie, daß im Orient Ruhe und Frieden aufrechterhalten blieben, beruhe in der Eintracht der Drei-Kaiser-Mächte[2], und diesen falle das Verdienst zu, wenn die mazedonische Gefahr vorläufig in den Hintergrund getreten sei.

Die Haltung des Ministeriums Grekow bezeichnete Herr Sinowiew als „bisher korrekt". Aber Fürst Ferdinand scheine mit der Lage wenig zufrieden und beschuldige ihn — den Botschafter —, daß er „hostile à la Bulgarie" sei. Das treffe nicht zu, denn seine Gegnerschaft richte sich ausschließlich gegen die bulgarischen Revolutionäre. Herr Bachmetiew — fügte der Botschafter vertraulich bei — scheine seine Stellung beim Fürsten vollständig verdorben zu haben, werde aber doch wohl in Sofia bleiben.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Warum? Infolge der Friedens Konferenz?
[2] richtig
[3] !
[4] sehr richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr richtig und macht Zinowiew alle Ehre! Marschall soll ihn von mir grüßen und meine Billigung seiner Anschauungen mith[eilen]. W.

Nr. 3334

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 96 Therapia, den 26. Mai 1899

Wie auf dem politischen Gebiete überhaupt so ist auch bezüglich der mazedonischen Frage vorläufig Ruhe eingetreten. An die von Zeit zu Zeit eintreffenden serbischen und bulgarischen Noten wegen Ausschreitungen türkischer Behörden und die bestimmten Dementis, welche darauf regelmäßig seitens der Pforte erfolgen, ist man hier so sehr gewöhnt, daß diese Dinge kaum mehr Beachtung finden. Die allgemeine Ansicht politischer Kreise hat sich dahin festgelegt, daß die mazedonische Gefahr „für dieses Jahr" beseitigt sei. Eine Reihe von Faktoren haben zusammengewirkt, um dieses Resultat herbei-

zuführen: vor allem die entschiedene Haltung des hiesigen russischen Botschafters, sodann die Rüstungen der Türkei und endlich der Sturz des Ministeriums Stoilow. Ich will den guten Willen dieses Staatsmannes nicht bezweifeln, aber dessen unglaubliche Schwäche wird durch die Tatsache illustriert, daß er als bulgarischen Vertreter am hiesigen Platze einen Mann belassen hat, der niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er sich in erster Reihe als Agent des großbulgarischen Revolutionskomitees betrachte.

An der Lage in Mazedonien und damit an der mazedonischen Frage selbst hat sich darum etwas Wesentliches nicht geändert. Der Trost, daß Zeitgewinn auch ein Gewinn sei, ist ein sehr schwacher gegenüber der Tatsache, daß der gefahrdrohende Prozeß der allmählichen Verhetzung eines großen Teils der christlichen Bevölkerung jener Provinz seinen ungestörten Fortgang nimmt. Mir bleibt unauslöschlich eingeprägt, was mir mein russischer Kollege bei einer vertraulichen Unterredung im vergangenen Winter gesagt hat: „Wenn bei dem Aufstande eines erheblichen Teils der christlichen Bevölkerung Mazedoniens die Türkei mit Waffengewalt einschreitet und dabei von den muhamedanischen Albanesen unterstützt wird, so kann die russische Regierung unmöglich in der Rolle eines Zuschauers verbleiben[1]“. In derselben Unterredung hatte mir Herr Sinowiew mit der ihm eigenen Schärfe die schweren Gefahren geschildert, welche jede bewaffnete Intervention einer Großmacht in Mazedonien für den europäischen Frieden heraufbeschwören müsse*. Wenn dieser ruhige Staatsmann dabei offen bekennt, daß seine Regierung eventuell durch Faktoren des eigenen Landes auf diesen gefahrdrohenden Weg genötigt wird[2] und dies lediglich von der Frage abhängt, ob es gelingt, die Revolution in einem revolutionsreifen Lande zu verhindern, so ist damit die fortdauernde Gefahr der Lage scharf gekennzeichnet.

Es ist ein seltsames Ding, diese russische „Tradition“, von der Herr Sinowiew sprach; sie ist unfaßbar, undefinierbar, und gerade darauf beruht ihre Macht. Man operiert anderwärts zu ähnlichen Zwecken mit der „öffentlichen Meinung“. Aber in anderen Ländern pflegen derartige Versuche, die Regierung zu beeinflussen und einzuschüchtern, an der durch die Erfahrung bestätigten Erkenntnis zu scheitern, daß die sogenannte „öffentliche Meinung“ meist nur die falsche Flagge ist für die Sonderwünsche einer kleinen, aber rührigen Minorität. Wir[1] verlangen von einer Regierung, daß sie selbst von starken Volksströmungen sich nicht leiten und lenken lasse, sondern daß sie umgekehrt dieselben beherrsche und in geordnete Bahnen führe[3]. In dem autokratischen Rußland bietet sich ein ganz verschiedenes Bild. Eine öffentliche Meinung im westeuropäischen Sinne kann es dort nicht geben, und wenn sie bestände, so entbehrt die Regierung der Mittel,

---

* Vgl. Nr. 3333.

sie zu erkennen und zu kontrollieren. Aber dieser Zustand bedeutet für die Regierung nicht etwa einen Zuwachs an Macht und Beständigkeit. Im Gegenteil; der Mangel jeder „öffentlichen“ Meinung bewirkt, daß geheime unkontrollierbare Strömungen, Stimmungen und Instinkte im Volke einen gewaltigen Einfluß auf die Regierungsmaschine ausüben[4], und dieser Einfluß steigert sich mit dem Geschick und der Gewissenlosigkeit, welche gewisse Kreise entfalten, um die Empfindlichkeit der leitenden Männer für wirkliche oder vermeintliche Volksströmungen zu Sonderzwecken auszubeuten. Am intensivsten pflegt bei den eigenartigen russischen Verhältnissen die Wirkung da zu sein, wo man die politischen Ziele durch Vorschiebung religiöser Interessen zu verhüllen vermag. Diese Voraussetzung trifft in besonderem Maße im Oriente zu. Da hat man angeblich aus der Tiefe des religiösen Empfindens der russischen Nation gleichsam als nationales Dogma aufgestellt, daß das heilige Rußland berufen und verpflichtet sei, die christlich-orthodoxen Brüder unter allen Umständen, also auch gegen die Folgen des eigenen Unrechts zu schützen. Auf diesem Dogma ist die orientalische „Tradition“ aufgebaut als ein Machtfaktor, der dem absoluten Zarentume erfolgreich Konkurrenz macht.

Die traditionelle russische Orientpolitik ist allezeit die Schutzwand gewesen, hinter der die mannigfachsten kirchlichen, politischen und persönlichen Wünsche sich geltend machen, die auf normalem Wege zur Befriedigung nicht gelangen können. Da agieren als Hüter der Tradition: geistliche und politische Zeloten, Abenteurer und Intriganten, unzufriedene Elemente der verschiedensten Gattung und — last not least — hochgestellte Damen, die in sinniger Weise ihre politischen Ziele mit den Interessen der Familie zu vereinigen verstehen. In frischer Erinnerung ist, wie sich in den siebziger Jahren unter der kraftvollen Leitung Katkows in Moskau eine vollständige Nebenregierung für orientalische Angelegenheiten gebildet hat, stark genug, um den friedliebenden Kaiser Alexander II. gegen seinen bestimmten Willen zum Kriege mit den Türken zu führen.

Seit jenem Kriege, welcher Rußland statt des erwarteten raschen Triumphes ungeheure Opfer und schwere Gefahren gebracht hat, ist die „Tradition“ etwas vorsichtiger geworden, ohne ihre Ziele zu verrücken oder in den Mitteln eine wesentliche Änderung eintreten zu lassen. An Erfolgen hat es ihr auch in der neuesten Zeit nicht gefehlt. Als die offizielle russische Politik vor zwei Jahren gegen das friedenstörende Griechenland Front gemacht und den griechisch-türkischen Krieg zugelassen, hat die „Tradition“ nachträglich ihre Rechte geltend gemacht und gründliche Remedur geschaffen. Sie hat dem Zaren das Telegramm diktiert, welches den siegreichen Türken in der letzten entscheidenden Schlacht Halt gebot*, und sie hat schließ-

* Nach der schweren Niederlage der Griechen bei Domokos am 17. Mai 1897

lich das Kampfobjekt den besiegten Griechen überantwortet, ihnen reiche Belohnung dafür gewährend, daß sie die Ermahnungen und Warnungen des amtlichen Rußland konsequent mißachtet und in den Wind geschlagen hatten [5]. Graf Murawiew mag sich sagen: vestigia terrent. Auch nach dem Tode Katkows ist eine Art organisierter Nebenregierung in orientalischen Dingen geblieben; sie besitzt bei den amtlichen Vertretungen, welche Rußland im Orient unterhält, Beamte, die ihr ergeben sind und die Kontrolle ausüben über die Gesinnungstüchtigkeit der Vorgesetzten, sie weiß Herrn Bachmetiew und seinen Gesinnungsgenossen die Nerven zu stärken, wenn sie Instruktionen des Grafen Murawiew gegebenenfalls nicht ausführen, sie kennt die Wege, um Herrn Sinowiew in wirksamer Weise der Fühllosigkeit gegen die Leiden der christlichen Brüder zu beschuldigen; sie hat überall ihre Agenten, die das Türkische Reich und die Nachbarstaaten durchziehen, um das große Ziel der allmählichen Aufsaugung des Orients durch die Orthodoxie unter russischer Schutzherrschaft zu fördern.

In religiösen Fragen, vor allem in der Pflege der orthodoxen Propaganda gehen die amtliche und die traditionelle russische Orientpolitik Hand in Hand. Auch der Kampf gegen das ökumenische Patriarchat scheint heute einen gemeinsamen Programmpunkt zu bilden. In rein politischen Fragen liegt die Sache zurzeit noch anders. Die Gefahr erkennend, welche ein gewaltsamer Ausbruch in Mazedonien für den Weltfrieden heraufbeschwören würde, sucht das offizielle Rußland der großbulgarischen Bewegung durch die Drohung Einhalt zu gebieten, daß der Friedensstörer seinem Schicksale werde überlassen werden, — aber es fehlt nicht an russischen Agenten, welche der Bevölkerung das Gegenteil versichern und verkünden, daß das heilige Rußland seine Brüder jederzeit in der Not schützen werde. Überzeugen sich die unzufriedenen Mazedonier erst, daß hinter dieser freudigen Botschaft mächtigere Faktoren stehen als hinter jenen Drohungen, dann wird das amtliche Rußland auch diese Schlacht mit seinem Konkurrenten verloren haben [6].

Die „Tradition“ als selbständiger Machtfaktor im Russischen Reiche hat in diesem Augenblicke noch in einer anderen Beziehung ein aktuelles Interesse. Auf der Haager Konferenz* scheint der Gedanke, inwieweit bei entstehenden Differenzen durch Vermittelung und internationale Schiedsgerichte der Krieg abgewendet werden kann, eingehend erörtert werden zu sollen. Die große Schwierigkeit, welche sich einer befriedigenden Lösung dieser Frage noch immer entgegengestellt hat, liegt bekanntlich darin, daß d i e j e n i g e n Differenzen

---

hatte Kaiser Nikolaus II. sich in einem Telegramm direkt an den Sultan mit dem Ersuchen gewandt, die militärischen Operationen einzustellen. Vgl. Kap. LXXX.
* Vgl. Bd. XV, Kap. C.

die größte Kriegsgefahr enthalten, bei denen gewisse nationale Imponderabilien im Spiele sind, und daß gerade hier die Regierungen am wenigsten in der Lage sind, fremde Vermittlung anzunehmen oder gar dem Schiedsspruch einer dritten sich zu unterwerfen[6]. Es ist ein glücklicher Zufall, daß Rußland als einberufender Staat in seiner „traditionellen Orientpolitik" ein Normalbeispiel besitzt, an dem es der Konferenz die ganze Schwierigkeit der Frage, aber zugleich auch seinen festen Entschluß beweisen kann, dieselbe im Interesse des Friedens zu lösen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 !
2 Sehr bezeichnend und sehr Russisch
3 Das ist mir, als M[arschall] noch in Berlin war, nie als sein Prinzip aufgefallen
4 richtig
5 gut
6 richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 3335

Der Generalkonsul in Sofia von Reichenau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 73 Sofia, den 26. Juli 1899
Ganz geheim

Als mir Herr Grekow Mitte vorigen Monats von den serbischen Anzapfungen zum Zwecke des Abschlusses eines Übereinkommens über die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären in Mazedonien sprach*, bestärkte ich den Minister unter Billigung seiner Beweggründe nachdrücklichst in seinem Widerstande gegen den serbischen Vorschlag, der mir durchaus dem Geiste und der Richtung der kaiserlichen Politik zu widersprechen scheint.

Bei einem seiner letzten Empfangstage nun teilte mir Herr Grekow mit, daß zu seiner größten Überraschung der Kaiserliche Gesandte in

---

* Darüber hatte Generalkonsul von Reichenau am 13. Juni berichtet: „Worauf die serbischen Wünsche abzielen, darüber hat mir heute Herr Grekow die wünschenswerte Klarheit verschafft. Nach seinen Mitteilungen sei nämlich, seit er an die Spitze der Regierung getreten, sowohl der serbische Ministerpräsident als auch der König Alexander unablässig bemüht, ihn durch den bulgarischen Vertreter in Belgrad wie durch den serbischen Agenten in Sofia auf Abschluß eines Abkommens zu drängen, wodurch die beiderseitige Einflußsphäre in Mazedonien fest abgegrenzt werde. Er habe dieses Ansinnen entschieden zurückgewiesen".

Belgrad bei dem dortigen zeitweiligen bulgarischen Vertreter* sich zum warmen Befürworter der serbischen Pläne gemacht und gewissermaßen für deren Billigung durch die Großmächte sich verbürgt habe, wie dies aus einem Berichte des Herrn Schischmanow hervorgehe, den mir Herr Grekow übersetzte und in Abschrift überließ. Es falle ihm, fügte der Minister hinzu, indessen schwer zu glauben, daß die gemeldeten Ausführungen des Freiherrn von Waecker-Gotter den Intentionen der Kaiserlichen Regierung entsprächen. Ich bemerkte Herrn Grekow, es werde sich wohl um eine mißverständliche Auffassung und Wiedergabe der Worte des Freiherrn von Waecker-Gotter handeln. Jedenfalls sei ich persönlich nach wie vor davon überzeugt, daß die Ablehnung des serbischen Vorschlages dem wohlverstandenen Interesse Bulgariens und der von ihm erwarteten politischen Haltung entspräche, und daß ein serbisch-bulgarisches Abkommen über die Abgrenzung der Interessensphären in Mazedonien, das im Grunde nichts anderes bedeute als eine antizipierte Teilung dieser türkischen Provinz, und das weder die Gewähr der praktischen Durchführbarkeit noch diejenige der Sicherung der Ordnung und Ruhe in jenem Gebiete in sich trage, seitens der Kaiserlichen Regierung keine Billigung oder Förderung zu erwarten habe.

Indem ich eine Übersetzung des Berichtes des Herrn Schischmanow in der Anlage** beizufügen mich beehre, bitte ich gehorsamst, mich hochgeneigtest darüber unterrichten zu wollen, ob diese meine Ansicht die Zustimmung Euerer Durchlaucht findet, damit ich nicht etwa Gefahr laufe, hier eine den Intentionen der Kaiserlichen Regierung widersprechende Auffassung zu vertreten.

Herr Grekow hat mich dringend gebeten, dahin zu wirken, daß diese Angelegenheit absolut sekret und vertraulich behandelt werde, was ich ihm zugesichert habe.

Reichenau

Nr. 3336

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Generalkonsul in Sofia von Reichenau

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 21 Berlin, den 31. Juli 1899
[abgegangen am 2. August]

Ew. pp. gefälligen Bericht vom 26. d. Mts. — Nr. 73*** — habe ich erhalten und mit Interesse von demselben Kenntnis genommen. Ich

* Schischmanow.
** Hier nicht abgedruckt.
*** Siehe Nr. 3335. Tatsächlich erklärte Freiherr von Waecker-Gotter, vom Vortragenden Rat von Mühlberg durch Privatbrief vom 7. August wegen seiner

billige vollständig die von Ihnen Herrn Grekow gegenüber eingenommene Haltung, denn dieselbe entspricht den Grundsätzen, welche wir nach wie vor in den Balkanstaaten zu beobachten wünschen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns in die Beziehungen der einzelnen Donaustaaten unter sich einzumischen oder gar eine leitende und schützende Rolle bei dem einen oder dem anderen dieser Staaten zu übernehmen. Wenn wir jetzt plötzlich, und ohne von einer befreundeten Macht hierzu bestimmt zu sein, uns mit der mazedonischen Frage befassen wollten, so würden wir aus dem Rahmen unserer bisherigen Politik heraustreten und, da ein sichtlicher Grund für eine solche Schwenkung nicht vorliegt, nicht ohne Berechtigung das Mißtrauen Österreich-Ungarns und Rußlands erregen. Ich bitte Ew. pp., Herrn Grekow bei Ihnen passend erscheinender Gelegenheit zu verstehen zu geben, daß wir die Zurückhaltung, welche wir bisher in den Balkanangelegenheiten bewahrt haben, unzweifelhaft fortzusetzen gedenken, und daß die Meldungen des Herrn M. Schischmanow über Äußerungen des Herrn von Waecker-Gotter auf einem Mißverständnisse beruhen müßten. Ich glaube, daß Ew. pp. die wohlwollende Passivität, welcher wir uns in den politischen Angelegenheiten Bulgariens hingeben, Herrn Grekow nicht besser dokumentieren können, als wenn Sie seine interessanten Mitteilungen zwar als dankbarer, aber lediglich als empfangender Zuhörer entgegennehmen.

Richthofen

Nr. 3337

Der Generalkonsul in Sofia von Reichenau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 96 — Sofia, den 25. Oktober 1899

Die österreichisch-bulgarischen Beziehungen, deren Barometerstand bereits Ende vorigen Jahres merklich zu steigen begann, tragen zurzeit einen besonders freundlichen Charakter. Hierbei spielt zweifelsohne das kluge Verhalten meines österreichisch-ungarischen Kollegen * eine Rolle, der es durch seinen Takt und seine biedere Art verstand, sich das Vertrauen der maßgebenden politischen Persönlichkeiten in sein ernstes und wohlwollendes Interesse an dem Geschicke Bulgariens zu erringen; während Herr Bachmetiew durch seine ostentative Bulgaren-

angeblichen Äußerungen zu Schischmanow interpelliert, in seiner Antwort vom 19. August auf das bestimmteste, die ihm unterschobenen Äußerungen nicht getan und auf keine Weise aus der ihm vorgeschriebenen Rolle absoluter Passivität herausgetreten zu sein.

* Freiherr von Call.

freundlichkeit, bei der man die Absicht zu sehr merkte, und seine herablassenden Gönner- und Protektorallüren den Bulgaren wie ein wandelndes Ausrufungszeichen hinter der russischen Wohltat erschien und ihnen auf die Dauer die Laune gründlich verdarb.

Es ist aber weder allein das Verdienst des Freiherrn von Call noch die Schuld des Herrn Bachmetiew, wenn Österreich hier an Terrain gewonnen hat und augenblicklich den maßgebenden Einfluß ausübt. Der Grund liegt vielmehr in den fortgesetzten Fehlern der russischen Politik Bulgarien gegenüber: Rußland hat von der Befreiung Bulgariens an nicht aufgehört, dieses Land als unmündiges Kind zu behandeln, das man bei jedem Schritte gängeln müsse, und es durchfühlen zu lassen, daß es ihm nicht um die Selbständigkeit Bulgariens, sondern lediglich um die Verlängerung seines eigenen Armes zu tun ist. Es hat dadurch bei den Bulgaren, soweit sie politisch überhaupt in Betracht kommen, allmählich ein Gefühl argwöhnischen Mißtrauens Wurzel geschlagen, das als starke Hypothek auf der Empfindung der Dankbarkeit gegenüber dem russischen Befreier lastet, und das schon im Jahre 1881 in den Worten des gewiß nicht russophoben Dragan Zankow: „Wir wollen von Rußland weder den Honig noch den Stachel" einen prägnanten Ausdruck gefunden hat.

Nur einmal, als es sich darum handelte, die Anerkennung und später den feierlichen Empfang des Fürstenpaares und des Prinzen Boris am Zarenhofe* durchzusetzen, zeigten sich der Fürst und seine Regierung als der gehorsame unterwürfige Diener des russischen Herrn und Meisters. Dies dauerte aber nur von Anfang 1896 bis gegen Ende 1898, dann ebbte die Hochflut der Russenfreundlichkeit merklich ab, die fürstliche Gnade gegenüber meinem russischen Kollegen verwandelte sich in frostige Kühle, und als das Ministerium Stoilow Anfang 1899 abtrat, zögerte der Fürst nicht, die Nachfolge dem Kabinett Grekow, jetzt Iwantschow** zu übertragen, das nicht ein einziges russisch gesinntes Mitglied zählte. Es wird sich gewiß nicht behaupten lassen, daß dies als ein Erfolg der russischen Politik betrachtet werden kann. Allerdings hat sie als Kaufpreis für die Anerkennung des Fürsten der bulgarischen Regierung zwei Zugeständnisse abgerungen: Das eine, die Umtaufe des Prinzen Boris, erscheint aber ebensowohl als eine gebotene Rücksicht auf das eigene Volk und stellt sich von dem Gesichtspunkte der inneren Politik als ein Gewinn dar. Das zweite, das Abkommen über die Wiederanstellung der emigrierten Offiziere***, ist zunächst bisher nur zum Teile zur Ausführung gelangt: von den 43 in dem Abkommen bezeichneten Offizieren sind nur 25 in die bulgarische Armee wiedereingereiht, während die übrigen 18, denen trotz der russischen Bemühungen die ihren Wünschen entsprechenden höheren

* Vgl. Nr. 3311, S. 518, Fußnote **.
** Seit 13. Oktober 1899.
*** Vgl. Nr. 3311, S. 518, Fußnote **.

Chargen verweigert werden, in Rußland zurückgeblieben sind. Sodann aber ist es vorläufig noch fraglich, ob das Abkommen in seiner praktischen Wirkung die von Rußland davon erhofften Vorteile tatsächlich bringen wird. Von den wiederangestellten 25 Offizieren bekleiden nur 11 höhere Kommandostellen (stellvertretende Chefs des Stabes der Division, Gehülfen von Regimentskommandeuren, Bataillonskommandeuren, Abteilungskommandeuren), die ihnen einen Wirkungskreis von irgendwelcher in Betracht kommenden Bedeutung geben; außerdem aber werden sie und ihre übrigen in untergeordneten Stellungen befindlichen 14 Kameraden von den anderen bulgarischen Offizieren, die ihnen zum Teil geradezu feindlich gegenüberstehen, aufs genaueste überwacht. Wenn daher Rußland darauf gerechnet hat, durch die Wiederanstellung der Emigranten sich Einbruchsstellen für die Russifizierung und Stützpunkte für die Beherrschung des militärischen Schachbrettes in Bulgarien zu schaffen, so könnte es leicht die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, und ich glaube fest, daß der Mißmut und die Antipathie, die Rußland durch die Aufzwängung der Maßregel in hiesigen Militärkreisen allgemein gegen sich wachgerufen hat, zu seinen Ungunsten schwerer in die Wagschale fällt als die erhoffte Beeinflussung der Armee zu seinen Gunsten.

Irgendeinen weitergreifbaren Erfolg hat Rußland seit der Anerkennung nicht zu verzeichnen; im Gegenteil sind die Zügel aus seinen Händen in diejenigen Österreichs hinübergeglitten. Daß dies den Absichten und Wünschen des St. Petersburger Kabinetts entsprechen sollte, dafür liegen keine Anzeichen vor. Wohl aber für das Gegenteil; der einzige russische Vertreter, der Bulgarien den Bulgaren überließ und sich gerade durch dieses désintéressement das Vertrauen der Bulgaren zu gewinnen verstanden hatte, war Herr Tscharykow: Er wurde aber sehr bald abberufen und durch den übereifrigen Herrn Bachmetiew ersetzt, der den Bulgaren wieder den russischen Honig löffelweise eingab; dies ist kaum ein Zufall und dürfte beweisen, daß man in St. Petersburg nicht gesonnen ist, die Bulgaren zum freien Aufatmen kommen und sie ihre eigene Politik ohne das placet des russischen Herrn und Meisters treiben zu lassen.

So wie die Verhältnisse liegen, scheint mir in Bulgarien Österreich Rußland gegenüber in der Vorhand zu sein; denn es ist nicht mit demselben Gewichte des Mißtrauens und vorangegangener Fehler belastet. Und ich glaube, daß es Österreich nicht schwer fallen kann, diese Rußland in bulgarischen Augen anhaftende levis notae macula zu seinen Gunsten auszunutzen, wenn es dies für zeitgemäß erachtet. Das scheint gegenwärtig der Fall zu sein.

Hierauf deutet nicht nur der glänzende Empfang, den der Fürst kürzlich in Wien gefunden hat*, und der, wenn auch zweifelsohne gleich-

* Fürst Ferdinand von Bulgarien, der nach dem Übertritt des Prinzen Boris

zeitig als avis au lecteur Serbe, jedenfalls als eine captatio benevolentiae Bulgarien gegenüber erscheint — sondern auch die Verleihung des Großkreuzes des Franz-Joseph-Ordens an meinen österreichischen Kollegen, ein Beweis, daß seine Ansicht, ein kräftiges und selbständiges Bulgarien liege im österreichischen Interesse, von seiner Regierung indossiert wird.

Von einer Teilung der Interessensphäre — Serbien für Österreich — Bulgarien für Rußland — läßt sich hier in den Beziehungen meines österreichischen und russischen Kollegen zur bulgarischen Regierung nichts merken. Im Gegenteile — Freiherr von Call ist zurzeit der beliebte und eifrige Mentor der bulgarischen Minister, während Herr Bachmetiew den unfreiwillig passiven und gleichgültigen Zuschauer spielt und auf kommende bessere Tage wartet.

Daß diese Reduzierung auf den bulgarischen Altenteil den Wünschen der russischen Regierung nicht entsprechen dürfte, ist mit Sicherheit anzunehmen und hat auch kürzlich in einem Artikel der „Nowoje Wremja" Ausdruck gefunden.

Wenn aber ein bulgarischer Diplomat unlängst wissen wollte, Rußland stehe als eigentlicher spiritus rector hinter der ablehnenden Haltung der französischen Regierung den bulgarischen Geldwünschen gegenüber, um durch Vereitelung der praktischen Ausführung des Finanzarrangements die guten Dienste und damit den gegenwärtigen Einfluß Österreichs in Bulgarien zu diskreditieren, so fehlt es für diese Vermutung vorläufig an greifbaren Anhaltspunkten.

Reichenau

---

zum orthodoxen Glauben vom österreichischen Hofe boykottiert war (vgl. Kap. LXXV), wurde bei dem Besuche, den er am 26. September 1899 in Wien machte, seitens des Kaiserhofes mit ausgesuchten Ehren empfangen.



Kapitel LXXXIII

Deutschlands Einfluß am Goldenen Horn 1898—1899



Nr. 3338

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 288 Pera, den 20. November 1897

Nach dem gestrigen Selamlik befahl mich Seine Majestät der Sultan zu einer Privataudienz in Iildis Kiosk, die etwa eine halbe Stunde währte.

Zunächst beauftragte mich Seine Majestät in für mich schmeichelhaften Worten, unserem allergnädigsten Herrn seinen wärmsten Dank dafür auszusprechen, daß für die Nachfolge des Baron Saurma* die Wahl auf mich gefallen sei; er erblicke darin einen neuen Beweis der Freundschaft, die für ihn so überaus wertvoll sei, und von der er auch in der jüngsten Zeit so manche Beweise erhalten habe. Er trug mir auf, den allerhöchsten Herrschaften seine besten Grüße zu übermitteln.

Ich benutzte die Gelegenheit, um einem mündlich erteilten allerhöchsten Befehl entsprechend dem Sultan die vorläufige vertrauliche Mitteilung zu machen, daß Seine Majestät der Kaiser im nächsten Jahre zu einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkte der feierlichen Einweihung der neuerbauten Kirche in Jerusalem beizuwohnen gedenke**. Der Sultan sprach mir seine lebhafte Freude über dieses

* An Stelle des nach Rom versetzten Botschafters Freiherrn von Saurma war der bisherige Staatssekretär Freiherr von Marschall am 20. Oktober 1897 zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden.

** Der Plan einer zweiten Orientreise des Kaisers im Herbst 1898 wird in den Akten des Auswärtigen Amtes erstmalig erwähnt in einem Schreiben des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Barkhausen an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Botschafter von Bülow vom 27. August 1897. Es heißt darin u. a.: „Der Bau der Erlöserkirche auf dem Muristan in Jerusalem, für welchen die Geldmittel durch Sammlungen bei den Evangelischen ganz Deutschlands aufgebracht worden sind, naht sich der Vollendung, sodaß die Einweihung der Kirche für das Jahr 1898 hat in Aussicht genommen werden können. Seine Majestät der Kaiser und König haben die Gnade gehabt, der endlichen Ausführung des schon von Ihren hochseligen

Vorhaben aus und bat mich, ihm seinerzeit das Nähere des Reiseplans mitzuteilen, damit er alle Anordnungen treffen könne, um die Reise so angenehm wie möglich zu machen und den Empfang so zu gestalten, wie es einem „guten Freunde" zukomme. Als ich in Erledigung eines weiteren allerhöchsten Auftrags bemerkte, wie Seine Majestät der Kaiser die Anordnung getroffen habe, daß in der äußeren Ausschmückung der Kirche alles vermieden werde, was das religiöse Gefühl der muselmanischen Untertanen des Sultans verletzen könne, bemerkte Seine Majestät, daß er die edlen Gesinnungen und Feinfühligkeit des Kaisers zu genau kenne, um jemals an diesen Punkt gedacht zu haben. Daran anknüpfend bemerkte der Sultan, er habe oft Gelegenheit gehabt, den wahrhaft religiösen Sinn und das tiefe Verständnis Seiner Majestät des Kaisers für die Bedeutung der Religion zu bewundern. Auf die stete Fürsorge hinweisend, welche unser allergnädigster Herr unter anderem der Erhaltung des religiösen Gefühls im Heere, beispielsweise durch die Weihe von Fahnen, angedeihen lasse, hob der Monarch hervor, wie er mit Seiner Majestät dem Kaiser der Überzeugung sei, daß allein die Religion die Grundlage des Gehorsams und damit des Glückes der Völker bilde.

Der Sultan bat mich endlich, Seiner Majestät seinen wärmsten Dank für die gütige Aufnahme seiner Offiziere in der preußischen Armee zu übermitteln, die dort Gelegenheit fänden, an dem großen Vorbilde vieles zu lernen, um ihre Kenntnisse dann zum Nutzen ihres Landes zu verwerten. Im türkischen Volke bestehe eine tiefe Sympathie für Deutschland und das deutsche Volk.

Ich bemerkte darauf, daß auch in Deutschland viele Sympathien für die Türkei vorhanden seien, daß insbesondere die trefflichen mili-

---

Majestäten Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. geplanten Baues allerhöchstihr lebhaftes Interesse zuzuwenden, und hegen die Absicht, sofern die Umstände es gestatten, der Einweihungsfeierlichkeit persönlich beizuwohnen."
Bei dem Entschluß des Kaisers, an der Einweihung der Erlöserkirche teilzunehmen, haben offenbar religiöse, nicht politische Motive vorgewaltet. Er schrieb darüber am 18. August 1898 an Nikolaus II. (Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, hrsg. von W. Goetz S. 311 f.): „I am most astonished at the amount of bash and blarney that is being ventilated in the newspapers of Europe about my visit to Jerusalem! It is most discouraging to note that the sentiment of real faith, which propels a Christian to seek the Country in which our Saviour lived and suffered, is nearly quite extinct in the so called better classes of the XIXth Century, so that they must explain the Pilgrimage forcibly by Political motives! What is right for thousands even of your lowest peasants is right for me too!"
Das Vorwiegen des religiösen Moments bei der Kaiserreise schließt natürlich nicht aus, daß sie auch zu politischen Zwecken, zur Stärkung des deutschen Einflusses in der Türkei und Palästina ausgenutzt wurde. Das wesentliche politische Ergebnis bestand neben der Förderung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in der asiatischen Türkei (vgl. Bd. XIV, Kap. XCIV), in der Zurückdrängung des französischen Protektorats im Orient. Vgl. den Anhang.

tärischen Eigenschaften der Türken bei uns volle Würdigung fänden und die jüngsten glorreichen Siege der türkischen Armee mit lebhafter Teilnahme begleitet wurden.

Politische Fragen von aktueller Bedeutung wurden nicht berührt.

Marschall

Nr. 3339

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 57 Pera, den 5. März 1898
Vertraulich

Es wäre gegen den natürlichen Gang der Dinge, wenn die bedeutende Stellung, welche sich Deutschland hier zu erwerben gewußt, nicht die Zahl unserer Gegner und Neider vermehrt hätte, und wenn der Arbeit, die wir zur Erhaltung und Stärkung unseres Einflusses hier verrichten, nicht in steigendem Maße die Gegenarbeit derjenigen gegenüberträte, welche ein politisches und materielles Interesse besitzen, unsere Stellung zu schwächen und zu untergraben. Das große Ansehen, welches Deutschland in der Türkei genießt, und die warme Sympathie, die grade heute nach dem glücklichen Kriege sich in weiten Kreisen der türkischen Bevölkerung kundgibt, ist kein unverlierbares Gut; es gilt, den Gegnern scharf auf die Finger zu sehen und aufmerksam zu beobachten, nach welcher Richtung ihre Wünsche und Bestrebungen sich bewegen. Es ist eine Tatsache, daß der Kampf gegen uns nicht nur von politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten geführt wird, sondern auch einzelne einflußreiche Türken unsere Gegner sind; bei manchen gründet sich diese politische Richtung auf die hier üblichen klingenden Argumente, aber zweifellos gibt es auch Türken, die aus ehrlicher politisch-religiöser Überzeugung den prädominierenden Einfluß einer christlichen Macht dem Interesse der Türkei und des Islam für schädlich erachten. Wie ich kürzlich bei einer anderen Gelegenheit berichtete, lassen sich die Argumente unserer Gegner dahin zusammenfassen: „Die Deutschen wollen die Türkei wirtschaftlich ausnutzen, um möglichst viel Geld zu verdienen, sie haben schöne Worte und gute Ratschläge, wenn aber ernste Komplikationen eintreten, werden sie für die Erhaltung der Türkei keinen Finger rühren [1]." Zur Begründung beruft man sich auf das bekannte Wort von den Knochen des pommerschen Grenadiers und auf frühere und neuere amtliche Reden, in denen offen ausgesprochen wird, daß Deutschland im Orient überhaupt keine direkten politischen Interessen besitze.

Mit diesem politischen Räsonnement werden unsere Gegner keine große Wirkung erzielen. Vor allem ist die Freundschaft und das

Vertrauen des Sultans zu Seiner Majestät dem Kaiser ein so fest begründetes, daß Versuche, Mißtrauen nach dieser Richtung zu wecken, a priori aussichtslos sind. Der Sultan wie jeder verständige Türke weiß zudem genau, daß, wenn erst ernste Komplikationen eintreten, die Türkei unter allen Umständen stets der verlierende Teil ist, daß also derjenige der beste und wertvollste Freund ist, der dahin wirkt, solche Komplikationen von der Türkei fernzuhalten. Und dieses Verdienst vindiziert man mit Recht Deutschland, welches in allen schwebenden Fragen der letzten 20 Jahre inmitten des Widerstreits der näher interessierten Mächte das Schwergewicht seines Einflusses erfolgreich zugunsten der Integrität der Türkei und des vertragsmäßig geschaffenen status quo in die Wagschale geworfen hat. Gewiß hat die Pforte in manchen brennenden Einzelfragen schon öfters unsere vorsichtige Zurückhaltung bedauert und eine etwas positivere Politik gewünscht, vielleicht auch da und dort einmal versucht, uns anderen Staaten gegenüber als Alliierten zu kompromittieren, ich bin aber überzeugt, daß, wenn wir die bisherige Linie verlassen würden, uns ganz sicher von türkischer Seite das Schicksal bevorstände, unter die Staaten eingereiht zu werden, „die etwas wollen", und das wäre gleichbedeutend mit dem Verluste der Sonderstellung, die wir heute hier einnehmen. Gerade der Türke hat für eine Politik, die offen und ehrlich die Grenzen bezeichnet, innerhalb deren sie für sein Land etwas zu tun vermag, mehr Verständnis als für vage Versprechungen von zukünftigem Beistande.

Wenn also unsere Gegner bei unserer „Interesselosigkeit" einsetzen, um uns zu verdächtigen, so bekunden sie nur, wie lästig ihnen dieselbe ist, und sie mahnen uns, den Satz zu befolgen, „find out what enemy dislikes and do it". —

Was dann unsere wirtschaftlichen Bestrebungen betrifft, so ist der Ärger auf gegnerischer Seite umsomehr begreiflich, als wir in aller Bescheidenheit uns gestehen müssen, daß wir unsere Erfolge auf diesem Gebiete nicht allein uns selbst, sondern der Tätigkeit unserer Konkurrenten verdanken. Was französisches und englisches Spekulantentum an schamloser Ausbeutung der Türkei geleistet, dafür geben der Bau der Orientalischen Bahnen, die Geschichte der Ottomanbank, der Betrieb der Tabaksregie und neuerdings derjenige der französischen Quaigesellschaft ein warnendes Beispiel. Die Namen Baron Hirsch und Sir Edgar Vincent sind typisch für die Klasse von Finanziers, die hier systematisch die Türkei ausgeraubt, ihre Säckel gefüllt und dann dem Lande den Rücken gewendet haben. Gerade ihr Treiben hat einem ehrlichen deutschen Unternehmertum die Wege gebahnt. Damit ist auch für das letztere eine feste Linie gezogen. Das deutsche Kapital muß sich von Unternehmen fernhalten, bei denen es sich darum handelt, einen momentanen großen Spekulationsgewinn auf Kosten des Landes zu erzielen, wir müssen fortfahren, nur solche Projekte an-

zuregen und zu unterstützen, bei denen selbstredend unser Kapital in Form steigender Dividenden Geld verdienen will, aber in ernster Arbeit durch Hebung des Wohlstandes des Landes und seiner Bewohner. Die Türkei hat am eigenen Leibe den Unterschied zwischen beiden Arten von Unternehmungen kennengelernt, und ich bin in der glücklichen Lage, durch Hinweis auf die Anatolische Bahn * und das, was sie und die vornehmlich deutsche Leitung der Orientalischen Bahnen militärisch und wirtschaftlich leistet, diese Erkenntnis zu unterstützen. Andererseits bietet unter anderem eine Folie die hiesige französische Quaigesellschaft, die ihren Betrieb in einer Weise führt, daß der hiesige Handel nicht gefördert, sondern schwer beschädigt wird. Um große Dividenden zu zahlen, erhebt dieselbe — nebenbei gesagt in offenbarer Verletzung der Kapitulationen — von den anlandenden Schiffen Gebühren in einer Höhe, die beispielsweise den österreichischen Lloyd bestimmt hat, seine Schiffe nicht mehr anlegen, sondern mitten im Bosporus verankern zu lassen. Dabei unterläßt die Gesellschaft in Verletzung ihrer der Pforte gegenüber eingegangenen vertragsmäßigen Verpflichtungen den Bau von Entrepots usw. und ist dadurch wesentlich an dem kläglichen Zustande der Zollabfertigung im hiesigen Hafen schuld. Ich hoffe, daß die Anatolische Bahn in Haidar Pascha den Türken zeigen wird, wie man eine Hafenanlage baut und betreibt, um den Handel zu fördern und zu heben.

Auf wirtschaftlichem Gebiete sind die Aussichten fortdauernd günstig, und für solide Unternehmen des deutschen Kapitals und der deutschen Industrie auch in der Zukunft Raum genug zu nutzbarer Entfaltung. Es sind — ganz abgesehen von speziell militärischen Anschaffungen — Eisenbahnen, Häfen und Brücken zu bauen, Elektrizitätswerke zu errichten für Betrieb von Beleuchtung und Tramways usw., und der geradezu klägliche Zustand der großen Mehrzahl der hier regelmäßig verkehrenden Dampfschiffe eröffnet auch hier gute Chancen für die deutsche Konkurrenz. Man wird selbstverständlich uns nicht alles allein machen lassen, sondern auch andern gewisse Konzessionen geben. Aber eines müssen wir für uns beanspruchen, nämlich die Verbindung des bisherigen Interessengebiets der Anatolischen Bahn mit dem Flußgebiete des Euphrat und Tigris und damit dem Persischen Golfe[2]. Mag der Wunsch des Sultans, die Anatolische Bahn bis Bagdad zu verlängern, „Zukunftmusik" sein, eine Frage der Gegenwart ist es, zumal nach den jüngsten Vorgängen in Ostasien, daß uns hier kein anderer dazwischenkommt. Ich könnte mir denken, daß man in allmählicher Anbahnung jenes Projekts den umgekehrten Weg einschlägt, und, statt die Anatolische Bahn zu verlängern, von Bagdad oder einem an dem schiffbaren Laufe jener Flüsse gelegenen Punkte ins Innere gleichsam der Anatolischen Bahn entgegen baut;

---

* Vgl. Bd. XIV, Kap. LXXXXIV.

die Fruchtbarkeit jener Gegenden an Produkten des Bodens und das Bedürfnis der Bevölkerung nach europäischen Erzeugnissen könnte ein solches Unternehmen gewinnbringend gestalten. Vielleicht ließe sich dieser Gedanke mit dem Wunsche des Sultans, deutsches Kapital zur Schiffbarmachung und Befahrung jener Flüsse zu verwenden, in Verbindung bringen. Diese Dinge ernst im Auge zu behalten, halte ich für eine meiner wichtigsten Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet[3]. —

Es ist unmöglich, von der Stellung zu sprechen, die Deutschland hier einnimmt, ohne darauf hinzuweisen, daß deutsche Politik und deutsche gewerbliche Arbeit dieselbe allein nicht geschaffen haben, sondern ein großer Teil des Ansehens, das wir hier genießen, dem deutschen Offizier und seinen Leistungen zu danken ist. Und hier tritt eine Persönlichkeit vor allen hervor, welche den Türken den augenfälligen Beweis deutschen Wissens und Könnens geliefert hat, der General Freiherr von der Goltz. Das türkische Offizierkorps weiß und erkennt an, daß es den letzten Krieg nur infolge des Wirkens dieses Mannes gewonnen hat, und die jüngeren Mitglieder des Generalstabs, welche aus seiner Schule hervorgegangen sind, bedauern nur, daß die oberste Führung im Kriege nicht von dem Geiste dieser Schule getragen war. Wenn es gelänge, einen annähernd ebenso tüchtigen Mann als Nachfolger hierher zu bringen, so würde dies auch vom politischen Gesichtspunkte sehr zu begrüßen sein.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dieses ist durch die Thatsachen des letzten Krieges und seiner Folgen bereits widerlegt
[2] unbedingt
[3] ja

Nr. 3340

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 124 Pera, den 24. Mai 1898
Vertraulich

Es ist ein wenig würdiges Spiel, welches Graf Murawiew seit Monaten Herrn Sinowiew* mit der alten türkischen Kriegsentschädigung** hier treiben läßt. Von der sanften Mahnung bis zur ernsten

---

* Russischer Botschafter in Konstantinopel.
** Sie schrieb sich seit dem russisch-türkischen Kriege 1877/78 her.

Vorstellung hat der Botschafter wiederholt die ganze Tonleiter diplomatischer Überredungskunst durchgespielt, und mit weithin vernehmlicher Stimme hat Herr Maximow* — dessen Nüchternheit selbst in den Morgenstunden ernsten Zweifeln begegnet — im Palais das geschmackvolle Argument verkündet, daß es für Rußland Ehrensache sei, das Geld zu erhalten, welches russische Krieger mit ihrem Herzblut erkämpft haben. In der Zwischenzeit hat dann der Zar das eine oder andere Mal den von seinem Botschafter geknüpften Faden durch persönliche Zusicherungen an den Sultan wieder zerschnitten, worauf Herr Sinowiew auf neuer Grundlage die alte Arbeit mit gleich negativem Erfolge fortsetzte. Dabei weiß alle Welt und der Sultan in erster Reihe, daß den Russen nichts unbequemer sein würde, als wenn die Pforte ihnen eines Tages den ganzen Restbetrag der alten Kriegsentschädigung ausbezahlen wollte. Natürlich wird der Sultan dies nicht tun, dazu fehlt ihm das Geld und der Wille. Und je sicherer man sich russischerseits in dieser Beziehung fühlt, um so naturgetreuer spielt man die Rolle des drängenden Gläubigers, der in allem Ernste sein Geld haben will.

Fragt man nach dem Ziele jener russischen Aktion, so steht ohne allem Zweifel als spezielles Motiv im Vordergrunde, die Türkei an der Stärkung ihrer Wehrkraft zu hindern. So oft die Frage der Bestellung von Kriegsmaterial hier auftaucht, erscheint auch die Mahnung an die alte Schuld. Bezüglich der türkischen Flotte sind leider die russischen Sorgen ganz grundlos. Die türkische Flotte ist im Verfall, und die wenigen Gelder, die „ut aliquid fecisse videatur" für Marinezwecke flüssig werden, stiehlt der Marineminister**, wobei es höchstens zweifelhaft bleibt, ob dies mit ausdrücklicher oder nur mit stillschweigender Billigung des Sultans geschieht. Es sind da psychologische Momente im Spiele, die gewissen Vorgängen in den letzten Tagen des Sultans Abdul Asis entstammen; niemand war bis jetzt imstande, sie zu beseitigen oder auch nur abzuschwächen. Andererseits ist bezüglich der Wehrkraft zu Lande das russische Betreibungsverfahren ganz erfolglos gewesen. Aus eigener Initiative hat der Sultan die Lieferung von Patronen von 100 Millionen auf 200 [Millionen] Stück — mit einem Kaufpreis von zirka 20 000 000 Mark — erhöht; er wird 250 000 neue Gewehre bei uns bestellen, ohne zu besorgen, daß die dazu nötigen Gelder durch Zahlungen an Rußland absorbiert werden könnten.

Natürlich ist jener Grund nicht der einzige, der Rußland bei seiner seltsamen Aktion leitet; vielleicht noch bedeutsamer vom Standpunkte des Petersburger Kabinetts aus ist das allgemeine Motiv, durch etwas

---

* Erster Dragoman der russischen Botschaft in Konstantinopel.
** Hassan Pascha.

unsanftes Anfassen den russischen Einfluß am Goldenen Horn wieder zur Geltung zu bringen. Auch in dieser Beziehung dürfte das russische Beginnen ein Fehlschlag sein. Man kann das russisch-türkische Verhältnis mit den Worten kennzeichnen: „Der Sultan fürchtet Rußland". Aber als drängender Gläubiger wird letzteres nicht furchtgebietender als vorher, und die Weltlage ist nicht dazu angetan, den Sultan für offene oder versteckte Drohungen, an die er ohnehin gewöhnt ist, empfindlicher zu machen. Was heute draußen vorgeht, und was Rußland an neuen Aufgaben sich gestellt hat, weiß der Sultan genau, und ich habe die jüngsten Ereignisse wiederholt, wie ich glaube mit Erfolg, im Palais zu einer Variation des alten Satzes verwendet: „Bange machen gilt nicht".

Das Streben Rußlands, durch fortgesetzte diplomatische Aktion seinen Einfluß auf die Pforte wieder aufzufrischen, ist für uns aus dem besonderen Grunde interessant, weil es augenscheinlich dem Gedanken entspringt, daß der deutsche Einfluß am Goldenen Horn heute größer ist, als es dem russischen Interesse oder auch der russischen Eitelkeit entspricht. In Paris ist man längst nervös über unsere hiesige Stellung, man handelt also ganz bundesfreundlich, wenn man in Petersburg es ebenfalls wird. Die hiesige französische Botschaft hat seinerzeit die strenge Weisung erhalten, mein Treiben und Tun auf das sorgfältigste zu beobachten. Das ist recht schmeichelhaft für uns, und ich zweifle nicht, daß in Paris alles, was hier unangenehmes für Frankreich geschieht, auf deutsches Konto gesetzt wird. Aber zum Glücke ist Frankreich zu eitel, um von anderen etwas zu lernen. Während Rußland wenigstens Furcht einflößt, erweckt Frankreich zurzeit bei den Türken weder Liebe noch Achtung. Das Gebahren der hiesigen französischen Botschaft ist im gewissen Sinne typisch für die französische Politik. Mit der ganzen Würde, die ein „ancien Préfet" zu entfalten vermag, behandelt Monsieur Cambon die Türken als eine Nation dritten Ranges, verlangt dagegen für seine Landsleute die ausnahmsweise Behandlung, die der Elite der Zivilisation zukommt. Für die kunterbunte Gesellschaft von Schneidern, Handschuhmachern usw., die aus Frankreich als Touristen zugereist kommen, erwirkt er Medjidiés und für deren Damen den Schefakat. — Reklamationen von Franzosen, ob gut, ob schlecht, ob begründet oder nicht, vertritt er bei der Pforte mit gleichem Eifer und mit jener Superiorität, wie sie nur der Franzose schwächere Völker fühlen zu lassen versteht. Das soll imponieren, erreicht aber in Wirklichkeit das Gegenteil. Der Türke hat ein feines Gefühl für das, was wohlanständig ist, und empfindet eine natürliche Abneigung gegen das, was wir „parvenu" nennen. Und „parvenu" bleibt ihm die französische Republik und die französische Politik trotz der vornehmen Allianz, mit der sie sich brüstet[1].

Mit dem politischen Einfluß, den ein Staat auf den anderen ausübt, ist es eine eigene Sache; es ist unter Umständen leicht, durch

eine momentane Konstellation solchen Einfluß sich zu erwerben, aber recht schwer, ihn auf die Dauer zu erhalten. Menschliche Geistes- und Muskelkraft stärken sich durch häufige Übung, umgekehrt droht der Einfluß, den wir auf andere Menschen ausüben, im Gebrauch sich abzuschwächen und zu verzehren. Das gilt im privaten Leben und noch mehr in den Beziehungen zweier Staaten. Gerade einem schwächeren Staate gegenüber wird man eine einflußreiche Stellung nur dann bewahren, wenn man sie maßvoll und vorsichtig benutzt und die eigene Superiorität möglichst wenig fühlbar macht. Und eben das verstehen unsere hiesigen Gegner so wenig. Wie jede politische Aktion eine Reaktion hervorruft, so wird jede Kraftprobe, die ein Staat auf seine Präponderanz macht, eine starke Gegenströmung hervorrufen. Die Geschichte des Ottomanischen Reiches ist reich an Beispielen für diesen Satz. Die deutsche Politik hat am Goldenen Horn niemals „Einfluß" in dem Sinne gesucht, wie ihn durch Jahrzehnte abwechselnd Frankreich, Rußland und England ausgeübt haben[2]. In dieser Enthaltsamkeit beruht die Eigenart und Sicherheit unserer hiesigen Stellung. Man pflegt dem Satze „Der Sultan fürchtet Rußland" die Worte beizufügen „und liebt Deutschland". Wir können das akzeptieren. Vor allem hat der Sultan eine warme Freundschaft für Seine Majestät den Kaiser, unseren allergnädigsten Herrn, für den er mit aufrichtiger Bewunderung und Dankbarkeit erfüllt ist. Hand in Hand damit geht die Sympathie der muselmanischen Bevölkerung für die deutsche Nation; sie gründet sich auf das Vertrauen, daß Deutschland, weil es den Frieden will, auch für die Erhaltung und die Integrität des Ottomanischen Reiches eintritt, und daß unsere wirtschaftlichen Unternehmungen nicht der Ausbeutung, sondern der Wohlfahrt des Landes bestimmt sind[3].

Indem wir dieses Vertrauen zu erhalten, zu pflegen und es fruchtbringend für unsere Interessen zu verwerten suchen, müssen wir freilich auf jene drastischen Mittel verzichten, mit denen andere Regierungen hier Augenblickserfolge erringen, und wir bedürfen bei Erledigung unserer Geschäfte mitunter noch eines Prozentsatzes mehr Geduld, als im Orient an sich nötig ist. Aber wir werden mit unseren wirtschaftlichen Bestrebungen samt den politischen Zielen, die heutzutage untrennbar mit jenen verbunden sind, um so sicherer vorwärts kommen, als die heutige Weltlage dem nahen Orient nach menschlicher Berechnung ernstere Komplikationen ersparen wird.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] richtig
[3] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut

Nr. 3341

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall, z. Z. in Neuershausen, an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Vertraulich — Neuershausen, den 6. August 1898

Über die von Seiner Majestät dem Sultan geplante Entsendung türkischer Offiziere nach Deutschland — Berichte des Herrn Militärattachés der Botschaft* vom 2., 8. und 12. Juli — beehre ich mich Euerer Durchlaucht nachstehendes zu berichten:

Mir ist bekannt, daß im Frühjahr d. Js. eine Anzahl türkischer Offiziere, darunter die Söhne des Großwesirs und Osman Paschas, nach Deutschland zu militärischer Dienstleistung abgegangen sind. Die von dem Herrn Militärattaché neuerdings gemeldete Tatsache, daß der Plan bestanden habe, etwa zu derselben Zeit noch weitere 14 Offiziere nach Deutschland zu senden, dieser Plan aber zu der festgesetzten Zeit nicht zur Ausführung gelangt sei, ist an sich nicht auffällig; es ist im Gegenteil eine fast alltägliche Erfahrung, daß, namentlich wenn es sich um Missionen ins Ausland handelt, die Ausführung großherrlicher Projekte verschoben oder aufgegeben, ja selbst die begonnene Ausführung wieder rückgängig gemacht wird. Bedeutsam wäre die Nichtausführung jenes Planes nur dann, wenn dabei eine französische Intrige entscheidend mit dem Erfolge mitgewirkt hätte, den Sultan mißtrauisch gegen Deutschland zu machen und in ihm den Verdacht zu erwecken, daß seine Offiziere dort der Ansteckung durch sozialdemokratische Gesinnung ausgesetzt seien. Die Annahme, daß eine solche Intrige gelungen, stünde in so diametralem Widerspruch mit der Gesinnung, welche der Sultan trotz aller sonstigen Schwankungen seit bald 20 Jahren unabänderlich betätigt hat, daß es sich wohl lohnen dürfte, die Sache einer näheren Prüfung zu unterziehen, und zwar umsomehr, als der Sultan erst vor wenigen Wochen durch Entsendung von Offizieren — die nach ihrer sozialen Stellung zweifellos für den persönlichen Dienst des Monarchen bestimmt sind — der deutschen Armee und dem Geist, der in ihr herrscht, einen neuen Beweis seines vollen Vertrauens gegeben hat.

In der Türkei sind „Politik“ und „Intrige“ so untrennbar verbunden, daß sie fast identische Begriffe geworden. Es gibt keine Frage, sie mag der äußeren oder inneren Politik angehören, Sachen oder Personen betreffen, der nicht ein Intrigenspiel vorhergeht, welches bei der heutigen Machtstellung des Sultans naturgemäß in Ildis kulminiert. Von fremden Nationen pflegen sich die Franzosen eifrig an diesem Spiel zu beteiligen, und man kann ohne Übertreibung sagen,

* Hauptmann Morgen.

daß, wo deutsche Interessen und Wünsche in Frage stehen, die französische Intrige in Permanenz ist. Ihr nächstes Ziel ist, beim Sultan Mißtrauen gegen uns zu erwecken, sie schreckt aber auch nicht vor dem Versuche zurück, uns gegen den Sultan mißtrauisch zu machen. Über das, was im Iildis vorgeht, fehlt es nicht an „Informationen" und „Indiskretionen". Der trübe Strom politischen Klatsches, der sich täglich über die Stadt ergießt, steht in engstem Zusammenhang mit jenen Vorgängen. Dieselben Leute, welche den Deutschen mit sittlicher Entrüstung über eine gelungene französische Intrige berichten, enthüllen den Franzosen die geheimsten Fäden deutscher Niedertracht. Der Drahtzieher sind es wenige; die Zahl derer, die aus Wichtigtuerei oder aus noch minder edlen Motiven das Gehörte weitererzählen, ist außerordentlich groß. Was da alles zusammengebraut und erzählt wird, entzieht sich jeder Kontrolle; mit einem Wort: Informationen über Palaisintrigen und deren Erfolg sind eine billige, aber recht verdächtige Ware. Ich selbst habe Erfahrungen in dieser Hinsicht gemacht. Während jüngst die Kommission über die Patronenlieferung tagte, haben mich die konkurrierenden deutschen Fabrikanten öfter besucht. Sie waren stets „ausgezeichnet informiert". Danach stand die Sache, als die Entscheidung herannahte, ganz schlecht für uns, die unglaublichsten Verleumdungen gegen die deutsche Industrie waren von den ausländischen Konkurrenten an das Ohr des Sultans gebracht und hatten dort Eingang gefunden. Die Entscheidung war nicht mehr zweifelhaft: unter allen Umständen würde ein erheblicher Teil der Bestellung ins Ausland gehen. Die Quelle dieser Informationen war unantastbar: Generäle, Hofbeamte, Flügeladjutanten usw. hatten es bestätigt. Als ich dann im entscheidenden Moment den Sultan bitten ließ, der deutschen Industrie sein Vertrauen zu erhalten, ließ er mir umgehend sagen: „es sei feststehendes Prinzip bei ihm, Kriegsmaterial in Deutschland zu bestellen, und er werde davon nicht abgehen". Der hohe Herr hat Wort gehalten. Aber Osman Pascha, der Held von Plewna, hat wenige Tage nach der Entscheidung einem Herrn, der mir das wiedererzählte, wörtlich gesagt: „Der deutsche Botschafter hat durch direkte Drohungen den Sultan gezwungen, die Patronenlieferung der deutschen Industrie zuzuwenden." Wenn der Palastmarschall Seiner Majestät so leicht mit der Wahrheit umgeht, so kann man sich denken, was von den dii minorum gentium alles zusammengelogen wird.

Diese Reminiszenz führt mich zu der wichtigen Frage, welche Stellung der Sultan inmitten jenes Intrigenspiels einnimmt In dieser Beziehung sind vielfach schiefe Auffassungen im Umlauf. Richtig ist, daß der hohe Herr, wo es sich um seine persönliche Sicherheit handelt, öfters Argumenten zugänglich ist, die wir als „seltsam" oder gar als „absurd" zu bezeichnen geneigt sind. Aber es hieße die ganze Persönlichkeit des Monarchen durchaus verkennen und seine geistigen

wie politischen Fähigkeiten gewaltig unterschätzen, wollte man daraus schließen, daß er bei jenem Intrigenspiel, das ihn umgibt, der passive Teil sei, daß er hilflos und willenlos sich bald in der einen, bald in der anderen Schlinge einer mehr oder minder plumpen Einflüsterung fangen lasse. — Am allerwenigsten ist das der Fall, wo in dem großmächtlichen Interessenkampf das „ôte toi que je m'y mette“ in Frage steht. Gegen dahinzielende Argumente ist der Sultan längst abgestumpft, und wenn er sich anscheinend überzeugen läßt, ist er viel öfter der Täuschende als der Getäuschte. Nach meiner Überzeugung ist die ganze Intrigen- und Cliquenwirtschaft, die an sich im Orient zur Staatskunst gehört, in ihrer heutigen Gestaltung und Ausdehnung ein integrierender Bestandteil des eigenartigen Regierungssystems Abdul Hamids; es ist die auf die Spitze getriebene Anwendung des Satzes „divide et impera“. Jenes Treiben besteht bis in seine nächste Umgebung, weil der Sultan es duldet, und er duldet es, weil er es seinen Zwecken dienstbar erachtet. Je mehr Ansichten und Interessen in seiner persönlichen und politischen Sphäre vertreten sind, je schärfer die Gegensätze aufeinanderplatzen, je mehr Mißtrauen gesät und verbreitet wird, umsomehr hält Abdul Hamid seine persönliche Sicherheit und seine politische Machtstellung nach innen und außen gewährleistet. Er kennt die russischen, französischen, englischen usw. Steine im Palais und die Hintermänner, welche die Züge jener Steine beeinflussen; er weiß, welche Personen seiner Umgebung für Zwecke des Auslandes „interessiert“ sind, er weiß, daß ehrgeizige und sich bekämpfende Mitglieder seines Ministeriums ihre Agenten im Palais haben, er pflegt die Gegensätze unter allen diesen Faktoren, spielt die einen gegen die anderen aus, erweckt da Hoffnungen, gibt dort Versprechungen, um schließlich weder die ersteren noch die letzteren zu realisieren. Auf welchem Grunde schließlich eine großherrliche Entscheidung beruht, ob überhaupt ein von außen zugetragenes Argument dabei mitgespielt hat, kann niemand auch nur mit annähernder Bestimmtheit wissen, und darum beruht alles, was außerhalb darüber erzählt wird, wenn nicht auf Erfindungen, so doch auf willkürlichen Kombinationen.

Für meine Aufgabe betrachte ich es, das permanente Intrigenspiel sowie die dabei agierenden Personen von einer gewissen Entfernung aus zu beobachten, und ich finde dabei in der reichen Erfahrung und der genauen Personenkenntnis, welche das Dragomanat der Botschaft auszeichnet, eine wertvolle und absolut zuverlässige Unterstützung. Die einzelnen Phasen zu verfolgen, ist unmöglich und nutzlos; zur Unzeit einzugreifen, ist schädlich. Wollte ich das Bedürfnis empfinden, jeder gegnerischen Lüge, die mir hinterbracht wird, ein Dementi entgegenzusetzen, so würde ich fürchten, das Ansehen meiner Stellung herabzusetzen. An keiner Stelle ist das „niemals zu viel“ mehr am Platze wie in Konstantinopel. Für eine gelegentliche

Aufklärung und Richtigstellung, die ich entweder persönlich oder durch den ersten Dragoman gebe, ist der Sultan dankbar und empfänglich; ein Mehr würde er als Mißtrauen auslegen und mit Mißtrauen erwidern. Für den deutschen Botschafter liegen die Dinge einfacher wie für die übrigen Vertreter. Die feste Basis, auf der wir in Konstantinopel stehen, ist die aufrichtige und herzliche Freundschaft des Sultans für Seine Majestät den Kaiser, unseren allergnädigsten Herrn, und sein Vertrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Politik. Hand in Hand geht damit seine Bewunderung für die deutsche Armee als das Bollwerk der Autorität gegen Radikalismus und Umsturz und sein Vertrauen in die Reellität der deutschen Industrie. Was wir in der Türkei an Erfolgen erreicht, ist dadurch geschehen, daß auch *wir* dem Sultan mit Vertrauen entgegengekommen sind, daß wir seine Eigenart berücksichtigt, seine Würde und Empfindlichkeit geschont und seiner schwierigen Stellung Rechnung getragen haben. Abdul Hamid wird nie bewußt etwas Feindseliges gegen Deutschland tun, aber er wird wie bisher inmitten der auf ihn einstürmenden Desiderien der Mächte lavieren und ab und zu anderen Wünsche erfüllen, selbst wenn sie den unsrigen nicht entsprechen. Wollten wir in solchen Fällen jedesmal zu einer Gegenaktion schreiten, um eine Kraftprobe auf unseren Einfluß zu machen, so wäre das politisch der verkehrteste Weg, den wir gehen könnten. Solange keine direkten deutschen Interessen im Spiele sind, sollten wir den Sultan in seinen eigenartigen Schach- und Querzügen auch dann nicht stören, wenn die Franzosen einmal ein Triumphgeschrei anstimmen über den Rückgang des deutschen Einflusses. Franzosen sind Kinder, und Kinder pflegen an dem billigsten Spielzeug die größte Freude zu haben.

Die Erhaltung und Stärkung des deutschen Geistes in der türkischen Armee, die Vervollkommnung der letzteren auf der Grundlage deutschen Wissens und Könnens ist meines Erachtens in erster Reihe ein *türkisches* Interesse. Das deutsche Interesse liegt nach derselben Seite hin, aber wir dürfen bei den Türken die Annahme nicht aufkommen lassen, daß das unsrige stärker sei als das ihrige. Mag es sich um die Entsendung türkischer Offiziere nach Deutschland oder deutscher Offiziere nach der Türkei handeln, stets muß der Sultan — wenn anders jene Einrichtung nutzbringend fungieren soll — sich bewußt bleiben, daß die Türkei der empfangende und Deutschland der gewährende Teil ist. Damit ist auch für unsere Haltung eine feste Linie gezogen. Wenn in jenen Fragen neuerdings der türkische Eifer etwas zurückgegangen ist, so finde ich den naheliegenden Grund für diese Erscheinung darin, daß die jüngsten thessalischen Erfolge das Selbstgefühl der Armee gesteigert und in weiten Kreisen des Offizierkorps der Gedanke Eingang gefunden hat, daß die Armee genug wisse, um fremde Lehrmeister entbehren zu können. Nach meinen Wahrnehmungen ist diese Strömung, speziell in der von General von der

Goltz gegründeten jüngeren Schule von Offizieren so untrennbar verknüpft mit Bewunderung und dankbarer Anerkennung für jenen ausgezeichneten Offizier, daß ich darin unmöglich eine Gefahr für unseren Einfluß erblicken kann. Ist erst die Kriegsbegeisterung verrauscht, so werden auch die Lücken und Mängel der Armee wieder fühlbar werden und damit der Wunsch, sich an den bewährten Lehrmeister zu wenden, von neuem rege werden.

Commandant Berger, der als Urheber der jüngsten Intrige bezeichnet wurde, ist mir persönlich und auch aus seiner früheren Tätigkeit als französischer Militärattaché in Konstantinopel bekannt. Er ist ein intriganter Herr, der als Präsident der dette publique und wegen seiner persönlichen Beziehungen zu den Leitern der Ottomanbank beim Sultan den Einfluß besitzt, den alle diejenigen haben, welche in finanziellen Angelegenheiten dem hohen Herrn Schwierigkeiten bereiten oder Wohltaten erweisen können. Vertrauensmann des Sultans ist er niemals gewesen. Während vieler Jahre war Herr Berger erfolglos bemüht, der französischen Armee und der französischen Waffenindustrie die Stellung in der Türkei zu verschaffen, welche heute Deutschland einnimmt. Daß dieser kluge Mann angesichts der heutigen Zustände der französischen Armee und bei der starken Stellung, welche nach den jüngsten Ereignissen das deutsche Element in der türkischen Armee einnimmt, grade jetzt von neuem den Versuch unternehmen sollte, Deutschland aus dem Sattel zu heben, halte ich nur deshalb für möglich, weil ich bei einem Franzosen, wo es sich um Deutschland handelt, nichts für unmöglich erachte. Vollkommen ausgeschlossen aber ist, daß der Sultan bei seinem instinktiven Abscheu gegen französischen Republikanismus und Radikalismus sich von einem Franzosen über die Gefahren der Ansteckung mit sozialdemokratischen Ideen belehren ließe. Hat der Sultan je etwas Derartiges geäußert, so sind nicht wir, sondern die Franzosen „hereingefallen“. —

Wenn der Sultan einmal den Plan gefaßt hat, noch weitere Offiziere zur Ausbildung nach Deutschland zu senden, so wird er in der nächsten Zeit um so sicherer darauf zurückkommen, wenn wir ihn nicht drängen, sondern uns eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Das schließt nicht aus, daß wir ab und zu uns nach dem Stande der Frage erkundigen und unsere Bereitwilligkeit bekunden, etwaigen Wünschen des Sultans nach Kräften entgegenzukommen. Den Gründen nachzuspüren, aus denen der Plan nicht zur ursprünglich festgesetzten Zeit ausgeführt wurde, halte ich für ein aussichtsloses und selbst nicht ganz unbedenkliches Unternehmen. Und wenn die Franzosen der Freude über die Verschiebung jenes Planes durch mehr oder minder geschmacklose Äußerungen Ausdruck geben, so können wir ihnen das kindliche Vergnügen lassen. —

Marschall

Nr. 3342

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Schlözer an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 178 Therapia, den 4. August 1898

In der Anlage beehre ich mich, einen vom Militärattaché Hauptmann Morgen erstatteten Bericht* einzureichen, auf den ich schon deshalb aufmerksam machen darf, weil er eine der wichtigsten Fragen der Wehrfähigkeit der Türkei, die Fortifikationen des Bosporus, betrifft.

Der Bericht weist nach, daß die Türkei sich gegen Süden und das Mittelmeer nach Kräften zu schützen sucht, gegen Norden jedoch ihre Verteidigungsbereitschaft aus Furcht, die russische Unzufriedenheit zu erregen, vernachlässigt. Ich glaube, daß die Darstellung ein genaues Bild der heutigen Sachlage gibt, möchte aber annehmen, daß diesem unzweifelhaften militärischen Erfolge Rußlands sein diplomatischer Einfluß auf die Türkei doch nicht ganz entspricht. Auch scheint sich Herr Sinowiew der Pforte und selbst dem Palais gegenüber immer mehr eine Tonart anzugewöhnen, welche manchmal, wie ich von zuverlässiger Seite höre, an die Mentschikowschen Traditionen erinnern soll und hierdurch die Gefahr der moskowitischen Nachbarschaft in ein noch helleres und dadurch für die Türkei noch unangenehmeres Licht rückt. Die Rolle des polternden Alten, welche früher der englische Botschafter Sir Philip Currie unter dem ironischen Beifall seiner Gegner am Bosporus spielte, scheint jetzt wieder auf Rußland übergehen zu sollen. Dagegen bemüht sich England seit kurzem zweifellos, auf der Orientbühne sanftere Saiten aufzuziehen. Die glatte Abwickelung der zyprischen Finanzoperation, die entgegenkommende Haltung des jetzigen englischen Geschäftsträgers**, die Entsendung des, wie es heißt, sehr friedlichen turkophilen Botschafters O'Conor, ferner die verhältnismäßige Zurückhaltung, die Lord Salisbury in der Frage des

---

* Der (hier nicht abgedruckte) Bericht des Hauptmanns Morgen erklärt die bei den Dardanellen und an der Tschataldschalinie vorhandenen türkischen Befestigungen für „Kulissen, hinter denen die russische Diplomatie manövriert". Der Schluß des Berichts weist Deutschland eine aktive Rolle bei der Erhaltung des Türkischen Reiches zu: „Wir haben unter allen Umständen Ursache, die Erhaltung des Osmanischen Reiches zu wünschen, von dem wir materielle Vorteile bereits ziehen und noch militärische in der Zukunft ziehen können. Mein ceterum censeo ist daher immer wieder: ‚Die Türkei muß militärisch gestärkt werden.' Dazu gehört neben Truppen- und Schießübungen etc. vor allem die Verbesserung und Vermehrung der Fortifikationen. Dem Sultan muß ein tüchtiger deutscher Fußartillerieoffizier als Reorganisator der Befestigungen oktroyiert werden. Man kann Fortsverbesserungen, auch selbst Neubauten provisorischen Charakters in unauffälliger Weise vornehmen".

** Sir M. de Bunsen.

Schadenersatz aus den Massakers und in der armenischen Frage überhaupt an den Tag legt, alles scheint darauf hinzudeuten, daß man in London durchaus nicht gewillt ist, der Türkei gegenüber mit den russisch-französischen Störenfrieden Hand in Hand zu gehen, sondern zurzeit soweit als möglich türkenfreundlich erscheinen möchte. Und dies wäre unter Umständen immerhin ein wertvoller Ersatz für diejenigen Befestigungen, welche Hauptmann Morgen, vom militärischen Standpunkt aus mit vollem Recht, an der Nordseite des Bosporus vermißt.

von Schlözer

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Dieser Plan ist unausführbar. Wir wollen uns dort nicht einmischen, vor allem nicht gegen Russland, das doch schon in Stamboul gebietet. Morgen soll sich ruhig verhalten und diese Fragen unangerührt lassen.

Nr. 3343

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering

Ausfertigung

Nr. 18 Berlin, den 9. August 1898

Euerer Exzellenz beehre ich mich in der Anlage einen Bericht des Hauptmanns Morgen, betreffend Befestigungen in der Türkei, nebst dem Begleitbericht des Kaiserlichen Geschäftsträgers* gehorsamst vorzulegen, da ich Bedenken trage, diesen Militärbericht ohne weiteres Seiner Majestät dem Kaiser und Könige zu unterbreiten.

Es ist anzunehmen, daß vom militärischen Standpunkte aus die Verhältnisse in der Türkei so liegen, wie Hauptmann Morgen sie schildert; höchst bedenklich vom politischen Standpunkte aus erscheinen aber die Folgerungen, welche unser Militärattaché aus dem von ihm festgestellten Tatbestande zieht, indem er es als die Pflicht des Deutschen Reiches hinstellt, die Erhaltung der osmanischen Herrschaft zu fördern und zu diesem Zwecke, insbesondere zur Verbesserung und Vermehrung der — nach dem Berichte in erster Linie gegen Rußland gerichteten — Fortifikationen einen tüchtigen deutschen Fußartillerieoffizier dem Sultan zu „oktroyieren".

Ein Fundamentalgrundsatz der auswärtigen Politik Deutschlands ist es stets gewesen, daß wir uns jeder aktiven Orientpolitik auf das

---

* Siehe Nr. 3342 nebst Fußnote *.

sorgfältigste enthalten und demgemäß alle die zahlreichen österreichischen Versuche abgewiesen haben, welche bezweckten, durch uns in Balkanfragen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Im Dreibundvertrage ist es ausdrücklich ausgesprochen, daß ebensowenig, wie Österreich-Ungarn uns den Besitz von Elsaß-Lothringen garantiert, wir genötigt sind, für die spezifisch österreichisch-ungarischen Balkaninteressen bei einer kriegerischen Auseinandersetzung des verbündeten Kaiserstaates mit Rußland das Schwert zu ziehen, es sei denn, daß durch einen Doppelangriff der casus foederis in die Erscheinung tritt. Die Knochen eines pommerschen Grenadiers dürften uns aber heute noch ebensoviel wert sein wie vor 10 oder 20 Jahren, und die Neigung, dieselben aufs Spiel zu setzen, dürfte bei der deutschen öffentlichen Meinung heute noch ebenso gering sein als zur Zeit, wo Fürst Bismarck seinen bekannten Ausspruch tat.

Im direkten Gegensatze hierzu mutet Hauptmann Morgen der deutschen Politik eine aktive Einmischung in türkische innere Verhältnisse zu und setzt uns dadurch der gar nicht hoch genug zu schätzenden Gefahr aus, daß wir uns um einer Frage willen, die uns erst sehr in zweiter Linie angeht, Rußland entfremden und es dadurch auf die Seite unserer Gegner treiben, wenn der stets auf der Lauer liegende Feind im Westen uns einmal wieder zum Kampfe für unsere Grenzen zwingt.

Wie die Verhältnisse in Konstantinopel liegen, ist eine Geheimhaltung von Plänen und Absichten einzelner Regierungen dort geradezu nie durchzuführen, und es kann nicht fehlen, daß die vielgeschäftige Tätigkeit des Hauptmanns Morgen das ohnehin im Hinblick auf die bevorstehende Orientreise Seiner Majestät des Kaisers schon sehr rege Mißtrauen der Russen noch weiter schärft. Wie sehr die Franzosen bemüht sind, aus Anlaß der Kaiserreise unsere Beziehungen zu Rußland zu trüben, zeigen außer vielen vorhergehenden auch wieder die drei hier beigefügten Artikel des „Temps", des „Matin" und des „St. Petersburger Herold" vom 7. d. Mts. Es gilt für uns daher doppelte Vorsicht, wollen wir nicht selbst Wasser auf die Mühle unserer Feinde gießen.

Wenn Hauptmann Morgen mit Rücksicht auf die materiellen Vorteile, die wir aus der Türkei ziehen, die Erhaltung des Osmanischen Reiches wünscht, so sagt er dem Auswärtigen Amte damit nichts Neues, aber wenn er als Cato redivivus fordert, daß zu diesem Zwecke unter deutschem Drucke auf den Sultan und unter deutscher Mitwirkung die schwachen türkischen Verteidigungslinien gegen Rußland gestärkt werden sollen, so übersieht er die gefährdete geographische Stellung Deutschlands zwischen Frankreich und Rußland und trägt nicht Rechnung der Bedeutung, welche in einem europäischen Konflikte die wohlwollende Neutralität Rußlands für uns hat.

Daß die Kompromittierung unseres Verhältnisses zu Rußland durch die militärischen Vorteile aufgewogen werden könnte, welche wir nach Hauptmann Morgens Ansicht in Zukunft aus der Türkei vielleicht ziehen werden, dürfte eine Phantasmagorie sein. Ich verkenne gewiß nicht die Bedeutung der hohen Verehrung und Wertschätzung, deren sich unser allergnädigster Herr insbesondere seit der Beendigung des türkisch-griechischen Krieges in der gesamten muselmännischen Welt erfreut, aber es liegt doch auf der Hand, daß die Kraft des heutigen Türkischen Reiches wesentlich auf der Defensive beruht, und daß daher die Türkei in dem einzig ernsten Konflikte, der für Deutschland menschlichem Ermessen zufolge für die nächste Zukunft möglicherweise in Frage kommt, eine bedeutsame Rolle nicht spielen wird.

Dabei ist noch keineswegs gewiß, daß wir dem Sultan und der Türkei mit einer Anregung, ihre Befestigungswerke gegen Rußland hin zu verstärken, irgendeinen Gefallen erweisen, was auch Hauptmann Morgen selbst zu empfinden scheint, da er davon spricht, dem Sultan einen deutschen Offizier zu oktroyieren. Wir riskieren also, die Türkei zu verstimmen und Rußland uns zum Feinde zu machen, und dies zugunsten eines Zwecks, der aller Wahrscheinlichkeit nach überhaupt nicht erreicht werden würde, da einmal die Russen es doch verstehen würden, die Anlage wirksamer Befestigungen zu hintertreiben, und da andererseits selbst gut angelegte Werke, wenn nicht gleichzeitig die englische Flotte vor Konstantinopel erscheint, schwerlich die Russen hindern würden, die Durchfahrt zu erzwingen.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Euerer Exzellenz vorstehende Erwägungen zu unterbreiten, und muß es hochgeneigtem Ermessen überlassen, ob und welche Folge denselben zu geben sein wird. Vielleicht erachten Euere Exzellenz es für nützlich, den Bericht Seiner Majestät mit einem Ihrerseits zu vollziehenden Schreiben vorzulegen oder mündlichem Immediatvortrage vorzubehalten oder zum Gegenstand eines Schriftwechsels mit dem Chef des Militärkabinetts zu machen, worin demselben etwa gesagt werden könnte, daß Euere Exzellenz die Verantwortung für die auswärtige Politik dann nicht zu übernehmen in der Lage sind, wenn dieselbe in dieser Weise von dem diesseitigen Militärattaché gekreuzt wird. Besondere Gefahr im Verzuge hinsichtlich unserer politischen Stellung in Konstantinopel liegt zwar nicht vor, da Hauptmann Morgen soeben in Urlaub gegangen ist, andererseits aber gibt ihm seine derzeitige Anwesenheit in Deutschland die Möglichkeit, bei Seiner Majestät sich zu melden und seine Ansichten zur Geltung zu bringen, was ihm leichter werden könnte, wenn nicht gleichzeitig die entgegenstehenden politischen Bedenken des Auswärtigen Amts vorgetragen werden. pp.

Richthofen

Nr. 3344

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an den Stellvertretenden Staatssekretär Freiherrn von Richthofen

Privatbrief. Auszug in Abschrift

Semmering, den 13. August 1898

Ich habe soeben einen langen Brief an Seine Majestät geschrieben, in welchem ich dargelegt habe, wie der Morgensche Einfall, durch uns die Befestigung der Nordseite von Konstantinopel gegen die Russen in Gang zu bringen, uns den unbequemsten und gefährlichsten Situationen aussetzen müßte, und in dem ich überhaupt die Nachteile beleuchtete, welche die Morgensche Vielgeschäftigkeit und Eifrigkeit nach sich ziehen.

(gez.) Bülow

Nr. 3345

Der Geschäftsträger in London Graf zu Castell-Rüdenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 675 London, den 12. Oktober 1898

Mit der bevorstehenden Orientreise Seiner Majestät des Kaisers und Königs* beschäftigt sich die gestrige „Morning Post" in dem

* Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. begann mit einem Besuche in Konstantinopel (18.—22. Oktober). Am 29. Oktober erfolgte die Ankunft des Kaiserpaars in Jerusalem; am 31. Oktober überwies Wilhelm II., nachdem am 29. die Einweihung der evangelischen Erlöserkirche erfolgt war, das von ihm während seiner Anwesenheit in Konstantinopel erworbene Grundstück « La Dormition de la Sainte Vierge » in Jerusalem dem „Deutschen Verein vom Heiligen Lande" zur freien Nutznießung. Den Abschluß der Orientreise bildete ein Besuch des Kaiserpaars in Damaskus, bei dem der Kaiser den berühmten Trinkspruch ausbrachte, der mit den Worten schloß: „Möge Seine Majestät der Sultan und mögen die 300 Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde zerstreut lebend in ihm ihren Kalifen verehren, dessen versichert sein, daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird".
In politischer Beziehung bieten die Akten des Auswärtigen Amtes über die zweite Orientreise des Kaisers kaum irgendwelchen Ertrag. Es liegen keinerlei Aufzeichnungen über die Unterredungen vor, die der Kaiser oder der ihn begleitende Staatssekretär von Bülow mit dem Sultan bzw. dem türkischen Minister des Äußern Tewfik Pascha und sonstigen türkischen Würdenträgern hatte, ebensowenig irgendwelche Aufzeichnungen über die Immediatvorträge, die Staatssekretär von Bülow dem Kaiser während der Reise hielt. Ob und welchen Anteil Staatssekretär von Bülow an den beiden Briefen gehabt hat, die Kaiser

im Ausschnitt hier beigefügten Artikel. Derselbe ist durchaus freundlich gehalten und sticht durch Ton und Inhalt vorteilhaft von gewissen Erörterungen ab, welche andere englische Preßorgane in letzter Zeit über denselben Gegenstand gebracht haben.

In dem Artikel wird folgendes ausgeführt:

Die Reise Seiner Majestät werde von dem gesamten Lesepublikum der westlichen Welt mit Interesse verfolgt werden. Der Charakter des allerhöchsten Herrn habe von dem Tage der Thronbesteigung an „an unusual fascination" nicht nur auf das deutsche, sondern auf das ganze europäische und nicht zum wenigsten auf das britische Publikum ausgeübt. Seine Majestät sei ein selbständiger Denker und scheue sich nicht, seinen Gedanken Ausdruck zu geben. Dies sowie die anderen Charaktereigenschaften allerhöchstdesselben (he is a hard worker, and has the faculty of getting up a subject) hätten dem Deutschen Kaiser eine nicht nur auf deutsches Gebiet beschränkte Popularität gesichert. Jede politische Bedeutung sei der Orientreise Seiner Majestät selbstverständlich nicht abzusprechen, Deutschland habe sowohl in der Türkei wie in Palästina Interessen, und „the Emperor would not be the man he is if he could go to those countries oblivious of them". Sowohl Kleinasien wie das heilige Land sei ein Feld für den deutschen Unternehmungsgeist, und während der Kaiser „his position as the legitimate protector of Germans, whether Catholics, Protestants, or Jews" aufrechterhalte, werde er auch ihren weltlichen Interessen und Rechten sein Augenmerk zuwenden. Daß von dem Abstecher nach Ägypten Abstand genommen worden ist, bezeichnet die „Morning Post" als „a matter of universal regret", ohne dieser Änderung des Reiseprogramms politische Bedeutung beizumessen. Im Schlußabsatze des Artikels wird bemerkt: „The Emperor's journey will — we trust

---

Wilhelm II. während der Reise an Kaiser Nikolaus II. richtete, und von denen der erste d. d. Stambul, den 20. Oktober die Kretafrage, der zweite d. d. Damaskus, den 9. November neben den allgemeinen Reiseeindrücken den Faschodakonflikt behandelte (vgl. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, hrsg. von W. Goetz, S. 313 ff.), läßt sich nicht mehr feststellen, da die Originalkonzepte der Briefe im Jahre 1909 dem Kaiser zurückgegeben worden sind; schwerlich dürften die Briefe aber ohne Vorwissen Bülows abgegangen sein. Neben der Faschodafrage beschäftigten den Kaiser und den Staatssekretär von Bülow während der Orientreise von politischen Vorgängen vor allem die Frage des französischen Protektorats im Orient (vgl. den Anhang). Daß der anfänglich geplante Abstecher nach Ägypten aufgegeben wurde, hängt nicht mit den offiziell vorgegebenen innerpolitischen Rücksichten auf die bevorstehende vom Kaiser selbst zu eröffnende Reichstagstagung, sondern mit den Vorgängen in Frankreich zusammen, die sich Anfang Oktober außenpolitisch — Faschodakonflikt — und innerpolitisch — Dreyfusaffaire — gefährlich zugespitzt hatten. Vgl. über die Orientreise des Kaisers die Reichstagsrede des Staatssekretärs von Bülow vom 12. Dezember 1898 (Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1898, S. 187 f.) und die Schrift des Freiherrn von Mirbach: Die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Palästina. (Berlin 1899).

— have on consequence beneficial to the peace of the world and to the prosperity of Europe, nämlich die, die orientalische Bevölkerung mit europäischen Ideen vertraut zu machen und dadurch den Verkehr zwischen Osten und Westen zu erleichtern. Das britische Publikum — schließt der Artikel — möge dem allerhöchsten Herrn nicht nur glückliche Reise, sondern auch Erfolg zu allen Bestrebungen wünschen, die darauf gerichtet seien, das Ottomanenreich in politischer und kommerzieller Hinsicht zu reorganisieren und zu heben.

Davon, daß der im Reiseprogramm vorgesehen gewesene Abstecher nach Ägypten aufgegeben worden ist, habe ich die hiesige Regierung der erhaltenen Weisung entsprechend unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

Dic hiesige Presse hat sich bis jetzt fast ganz darauf beschränkt, die Tatsache zu registrieren und Drahtnachrichten ihrer Korrespondenten in Paris zum Abdruck zu bringen, wonach dort die in Rede stehende Änderung des Reiseprogramms mit Gründen der auswärtigen Politik in Zusammenhang gebracht wird.

Ein denselben Gegenstand betreffendes, dem „Daily Telegraph" aus Kairo zugegangenes Telegramm beehre ich mich im Ausschnitt aus dieser Zeitung hier gleichfalls einzureichen *.

Was die auch in dem obenerwähnten Artikel gestreifte Frage der Protektion deutscher Katholiken im Orient ** anbetrifft, so veröffentlichen fast sämtliche heutigen Morgenblätter bezügliche Meldungen ihrer Korrespondenten in Berlin und Wien, welche in der Hauptsache mit der hier weiter angeschlossenen Mitteilung der „Times" übereinstimmend lauten.

Ich gestatte mir hinzuzufügen, daß bei dem letzten Diplomatenempfang Lord Salisbury mir gegenüber die Frage erwähnt und dabei bemerkt hat, er erachte es für ganz selbstverständlich, daß die deutschen Katholiken im Orient nur dem deutschen Schutze unterstellt sein könnten.

Castell

Nr. 3346

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Schlözer an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 465 Pera, den 11. November 1898

In heutiger von Seiner Majestät dem Sultan befohlener Audienz gab höchstderselbe seiner tiefen Genugtuung über die erhebende Rede

---

* Hier nicht abgedruckt.
** Vgl. den Anhang.

Seiner Majestät des Kaisers und Königs* beredten Ausdruck und fügte hinzu:

„Aus diesen Worten ersehe ich von neuem, daß die Gefühle, welche mich für Seine Majestät den Kaiser und für das Deutsche Reich beseelen und von der gesamten ottomanischen Nation geteilt werden, auch auf deutscher Seite vollste Erwiderung finden. Dieser Gedanke ist für mich um so wertvoller und tröstlicher, als die von fremder Seite manchmal gemachten Versuche, diese Freundschaft zu erschüttern, durch die Kundgebung Seiner Majestät des Kaisers zunichte gemacht worden sind.“

Indem der ottomanische Herrscher die ausgesprochene Ansicht in wärmster Weise wiederholte, fügte er hinzu, daß der französische Botschafter Monsieur Cambon** bei seiner Abschiedsaudienz versucht habe, auf die Eventualität französisch-deutscher Komplikationen anzuspielen. Seine Majestät hätten aber geantwortet — und hiervon Seine Majestät den Kaiser sofort telegraphisch in Kenntnis gesetzt —, daß er seinen Kaiserlichen Freund zu gut kenne, um nicht überzeugt zu sein, daß allerhöchstderselbe seine Macht ausschließlich im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens gebrauchen werde. Wenn daher jemals Reibungen entstehen könnten, würde die Schuld lediglich auf französischer Seite zu suchen sein.

Seine Majestät der Sultan schienen durch die aus Damaskus erhaltenen Nachrichten in bester Stimmung und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die allerhöchsten Herrschaften die infolge der Temperaturschwankungen nicht unbedeutenden Strapazen gut überstehen möchten.

Die Kundgebung Seiner Majestät des Kaisers und Königs ist inzwischen in sämtlichen türkischen Blättern mit Begeisterung wiedergegeben.

Dem Herrn Staatssekretär ist von vorstehendem Meldung gemacht.

Schlözer

Nr. 3347

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Malta, an den Generalkonsul in Kairo von Müller

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Malta, den 15. November 1898
Geheim

Ew. pp. wollen Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Prinzessin Heinrich bei höchstdero demnächstiger Durchreise für Seine König-

* Gemeint ist die Damaskus-Rede vom 8. November; vgl. Nr. 3345, Fußnote.
** Er war auf den Londoner Botschafterposten versetzt worden; an seine Stelle trat im Februar 1899 J. Constans, früher Gesandter in China, dann Generalgouverneur von Tonking und Minister des Innern.

liche Hoheit den Prinzen Heinrich die nachstehende Aufzeichnung in besonderem Kuvert, verschlossen, versiegelt und mit dem Vermerke „Ganz geheim“ übergeben:

In Ausführung der Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs beehre ich mich, Euerer Königlichen Hoheit über die gegenwärtige politische Lage nachstehendes so untertänigst wie streng vertraulich zu melden. —

Die Orientreise Seiner Majestät charakterisiert sich als ein großer Erfolg. Während durch den Besuch in Konstantinopel die Beziehungen zwischen Seiner Majestät und dem Sultan noch freundschaftlichere geworden sind, hat unser allergnädigster Herr die durch seine loyale und gerechte Politik uns bereits günstig gestimmte mahomedanische Welt durch allerhöchstsein Auftreten im Orient wie insbesondere durch den Trinkspruch von Damaskus * endgültig für den Deutschen Kaiser und das Deutsche Reich gewonnen. Der Ulema von Damaskus rief Seiner Majestät unter dem Jubel der ganzen Bevölkerung zu, daß 300 Millionen Mahomedaner Heil und Segen über den Deutschen Kaiser erflehten. — In Jerusalem haben Seine Majestät einerseits in schöner Erfüllung der Wünsche und Absichten des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. und des in Gott ruhenden Kaiser Friedrichs Majestät langgehegte Wünsche der evangelischen Christenheit erfüllt und unserer evangelischen Kirche nach außen eine weit glanzvollere Stellung als bisher verschafft, andererseits durch die Erwerbung der Dormition für die katholischen Deutschen den patriotisch gesinnten Teil der letzteren enger an den allerhöchsten Thron geknüpft, dagegen den ultramontan Gesinnten, den Jesuiten und ihren Affiliierten im Vatikan eine bittere Enttäuschung und peinliche Verlegenheit bereitet und endlich das bisherige französische Protektorat über die orientalischen Christen über den Haufen geworfen. — Aber nicht nur unsere ideellen, sondern auch unsere materiellen Interessen werden durch die Reise Seiner Majestät gewinnen. Der deutschen Industrie und dem deutschen Handel eröffnen sich große Horizonte**.

---

* Vgl. Nr. 3345, Fußnote.

** Ein Schreiben des Staatssekretärs von Bülow vom 26. März 1899 an den Oberhofmeister von Mirbach, das diesem für seine geplante Schrift über „Die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Palästina“ politische Informationen erteilte, führte hinsichtlich der durch die Kaiserreise erzielten materiellen Ergebnisse folgendes aus: „Als schon erzielte wirtschaftliche Erfolge der Kaiserreise sind zu betrachten die Erteilung einer Konzession zum Bau eines Hafens in Haidar Pascha, die Konzession eines deutschen Kabels zwischen Konstanza und Konstantinopel, die Befestigung der zwischen der türkischen Regierung und großen deutschen Firmen bestehenden geschäftlichen Beziehungen. Durch die Kabelkonzession gelangen wir in Besitz einer direkten telegraphischen Verbindung mit Konstantinopel, die voraussichtlich den Anfang zu einer neuen Weltlinie bilden wird. Hier ist auch zu verzeichnen der Plan einer Weiterführung der anatolischen Bahnen nach Bagdad, wodurch hoffentlich die Grundlage gelegt werden wird zu weiterer wirtschaftlicher Erschließung

Die Rückwirkung der Kaiserreise wird sich hoffentlich bis zu den Ufern des Euphrat geltend machen. pp.*

Bülow

Nr. 3348

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 262 Therapia, den 14. September 1899
Geheim

Der Sultan läßt mir soeben vertraulich folgendes mitteilen:

Der frühere Großwesir Said Pascha habe ihm gestern abend einen Ausschnitt aus dem Pariser „Temps" übersandt, in welchem, angeblich aus griechischen Zeitungen, die Nachricht wiedergegeben werde, daß Seine Majestät der Kaiser in einem Gespräche mit dem Kronprinzen von Griechenland nachstehende Äußerungen getan habe: „Griechenland soll seine Landarmee so stark machen, daß die Verteidigung seiner Grenzen gesichert sei, dagegen solle es seine Marine in den Stand setzen, daß dieselbe das Meer beherrsche. Im Fall eines Krieges mit der Türkei werde Griechenland der viel stärkeren türkischen Armee nicht widerstehen können, dagegen werde es ihm leicht fallen, die türkische Flotte zu vernichten, die nicht imstande sei, sich mit der griechischen zu messen. Griechenland solle allein keinen Krieg führen, sondern sich stark machen, um für einen großen Staat ein nützlicher Alliierter zu werden."

Said habe bei Übersendung dieses Ausschnittes dem Sultan geschrieben, es ergebe sich aus diesen Äußerungen, daß, wenn auch Seine Majestät der Kaiser für den Sultan freundschaftliche Gefühle hege, die deutsche Politik doch unter Umständen die Türkei preisgeben werde. Daraus folge, daß es sich daher für die letztere empfehle, die deutschfreundliche Politik aufzugeben und sich mit England zu verständigen.

Der Sultan läßt mir sagen, daß ihn dieser Brief Saids Pascha tief betrübt habe, da er darin eine Intrige Englands erblicke, welches sich zu diesem Zweck eines seiner Würdenträger bediene. Er bitte Seine Majestät den Kaiser, die Nachricht des „Temps" in Berliner Blättern

---

Kleinasiens. Zu betonen ist, daß alle diese Konzessionen nicht blos dem deutschen Handel und Gewerbefleiß, sondern mehr noch der türkischen Bevölkerung selbst zum Segen gereichen." Vgl. auch die Ausführungen des Staatssekretärs von Bülow in seiner Reichstagsrede vom 12. Dezember 1898 (Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Jg. 1898, S. 187 f.) und namentlich Bd. XIV, Kap. LXXXXIV.

* Die zweite Hälfte der Aufzeichnung, die wesentlich den Faschodakonflikt betrifft, siehe in Bd. XIV, Kap. LXXXXIII.

dementieren zu lassen, damit durch Wiedergabe des Dementis in türkischen Zeitungen diese Intrige durchkreuzt werde.

Tahsin Bey fügte vorstehender Mitteilung bei, der Sultan sei davon überzeugt, daß es sich hier um einen englischen Versuch handele, ihn in dem Augenblick, da er die Entscheidung in der Bagdadfrage* treffen wolle, gegen Deutschland mißtrauisch zu machen. Trotzdem habe der Brief Saids Pascha den Sultan so alteriert, daß er eine schlaflose Nacht gehabt.

Der frühere Großwesir Said Pascha — zum Unterschied von dem früheren Botschafter in Berlin und späteren Minister der Auswärtigen Angelegenheiten „der kleine Said" genannt — ist derselbe, der sich vor einigen Jahren in die englische Botschaft geflüchtet hat. Er ist vollkommen im englischen Fahrwasser, hat sich aber seit jenem Vorgange von jedem Eingreifen in die Politik ferngehalten. Daß er gerade jetzt sich mit einer Verdächtigung Deutschlands an den Sultan wendet, läßt kaum einen Zweifel darüber, daß er von interessierter Seite dazu angestiftet worden ist.

Der fragliche Artikel des „Temps" befindet sich unter der Rubrik „Grèce". Die Nummer des Blattes ist aus dem mir vom Palais mitgeteilten Ausschnitt nicht ersichtlich. Ich nehme an, daß das Blatt mindestens acht bis zehn Tage alt ist.

Marschall

Nr. 3349

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 131 Therapia, den 23. September 1899

Unter den Botschaftern, die seit meinem Hiersein neu beglaubigt worden sind, ist Herr Constans zweifellos die interessanteste Erscheinung. Als solche würde ich ihn bezeichnen, auch wenn er nicht die Vergangenheit hätte, die ihm den Namen „homme de poigne" eingetragen. Mit einer großen Klugheit verbindet mein französischer Kollege eine echt französische Liebenswürdigkeit im persönlichen Umgange. Er ist nicht nur ein angenehmer causeur, sondern auch ein ernster Politiker, der mit Verachtung diplomatischer Finasserien direkt auf sein Ziel losgeht und dabei aus seinen Grundsätzen und Sympathien kein Hehl macht. Er ist ein Gegner der russisch-französischen Allianz, aus der er für sein Vaterland keinen Vorteil, wohl aber schwere Nachteile erwartet; er tritt in Wort und Tat für eine

* Vgl. Bd. XIV, Kap. LXXXXIV.

Annäherung Frankreichs an Deutschland ein. Dabei bekennt er sich offen als entschiedenen „Dreyfusard“. Erst vor wenigen Tagen begann er mit mir von der Affaire zu sprechen. Er ist von der Unschuld des Dreyfus überzeugt, verurteilt die Generäle aufs schärfste, tadelt aber auch das Ministerium, welches die Freisprechung gewünscht, aber nicht einmal den Mut hatte, den Regierungskommissar entsprechend zu instruieren. Mit warmen Worten der Anerkennung gedachte er der Haltung der Kaiserlichen Regierung, die in loyalster Weise alles getan, um einen nochmaligen Justizirrtum der französischen Gerichte zu verhindern *.

In seinen Beziehungen zu den Türken ist Herr Constans geradezu der Antipode seines Vorgängers. Über die geistige Befähigung des Herrn Cambon habe ich mir niemals ein Urteil bilden können. Das erhebende Bewußtsein, Botschafter der Französischen Republik zu sein, hat diesen Mann allezeit so beherrscht, daß er aus der Pose gar nicht herauskam. Die widerwärtige Anmaßung, mit der er den Türken gegenüber selbst in unbedeutenden Fragen das „ich bin groß, und Du bist klein“ zur Geltung brachte, hat schließlich die Türken mehr geärgert und verletzt als das System des „bullying“, welches Sir Philip Currie hier befolgte. Herr Constans geht den entgegengesetzten Weg: er sucht den Sultan und seine Würdenträger durch Liebenswürdigkeit zu bestricken und huldigt dem richtigen Grundsatze, daß man hier im allgemeinen durch Geduld weiter kommt als durch ungestümes Drängen. Während die übrigen Botschafter in der Regel nur dann zum Selamlik gehen, wenn sie schwebende Fragen mit dem Sultan zu besprechen haben, findet sich Herr Constans, wenn nicht jeden Freitag, so doch alle 14 Tage im Palais ein. Der Sultan soll stets sehr befriedigt sein von seinen Unterredungen mit dem Botschafter, die sich jederzeit in den Formen der größten Courtoisie bewegen. Herr Constans kennt die schwachen Seiten des hohen Herrn und läßt es an Versprechungen nicht fehlen, daß die französische Regierung demnächst energische Maßregeln gegen das Treiben der Jungtürken und Armenier, die in Frankreich sich aufhalten, ergreifen werde. Bis jetzt hat Herr Constans mit seinen bezüglichen Wünschen in Paris keinen Erfolg gehabt, aber der Sultan rechnet dem Botschafter schon den guten Willen hoch an, ihn von dieser schwarzen Sorge zu befreien. Ein weiteres Moment, welches Herrn Constans zur persona grata macht, ist die Annahme des Sultans, daß der Botschafter der „kommende Mann“ für Frankreich sei.

Herr Constans hat durch seine Geschicklichkeit zweifellos das Ansehen Frankreichs hier gesteigert und die Beziehungen zur Pforte erheblich besser gestaltet, als sie unter seinem Vorgänger waren. Wenn aber einige deutsche Blätter darin eine Gefahr für den „deutschen

---

* Vgl. dazu Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang.

Einfluß“ erblicken und eine Gegenaktion befürworten, um der Tätigkeit des Herrn Constans ein Paroli zu bieten, so stehe ich nicht an, diese Anschauung als eine völlig verfehlte zu bezeichnen. Wir haben kein Anrecht darauf, daß die hiesige französische Botschaft sich dauernd in unfähigen Händen befindet, wir haben aber auch keinen Anlaß, uns aufzuregen, wenn des Herrn Constans Geschicklichkeit das wieder gut zu machen sucht, was sein Vorgänger verdorben hat. Ich wüßte kaum, was ich Verkehrteres tun könnte, als wenn ich mich jetzt in Bewegung setzen wollte, um die politische Tätigkeit des Herrn Constans zu paralysieren. Wie ich schon wiederholt dargelegt habe, ist unsere Stellung eine so eigenartige, daß sie mit derjenigen der anderen Großmächte gar nicht verglichen werden kann. Sie beruht nicht zum mindesten gerade darauf, daß wir uns bei dem Wettrennen nach „politischem Einfluß“, welches während Jahrzehnten die Orientpolitik anderer Großmächte gekennzeichnet, niemals beteiligt haben. Die warme Freundschaft und treue Verehrung, welche der Sultan Seiner Majestät dem Kaiser entgegenbringt, die bewährte Uneigennützigkeit unserer orientalischen Politik und die Erkenntnis des Sultans, daß Deutschland die festeste Stütze der monarchischen Gewalt ist, alles dies bildet die Grundlage, auf der wir hier stehen; sie zu erhalten und zu festigen, ist unsere Aufgabe. Was hat Frankreich demgegenüber zu bieten? Herr Constans ist ein viel zu klarer Kopf, um sich in dieser Beziehung irgendeiner Täuschung hinzugeben. Der Sultan wird sich, wenn er heute freundliche Worte von einer Seite vernimmt, die ihm früher keine Demütigung erspart hat, erinnern, daß Deutschland ihm gegenüber stets die Grenzen internationaler Höflichkeit eingehalten hat, und daß es die d e u t s c h e Methode ist, welche andere Großmächte nachahmen, wenn sie sich in ihren Beziehungen zu der Türkei urbaner Formen befleißigen. Und alle Liebenswürdigkeiten des Herrn Constans werden den Sultan nicht zu der Anschauung bekehren, daß die heutige Französische Republik mit ihrer „Affaire“, ihren politischen Generälen, ihrer Rue Chabrol* und den sensationellen Hochverratsprozessen ein Element der Ordnung und der Autorität sei. Gerade dieser Punkt ist aber ausschlaggebend für die politischen Sympathien des hohen Herrn. Nach wie vor wird er sein Land und vor allem seine Armee hermetisch zu schließen bestrebt sein gegen den Geist der allgemeinen Zersetzung, welcher die Signatur des heutigen Frankreichs bildet.

Einigermaßen anders liegt die Sache bezüglich der w i r t s c h a f t l i c h e n F r a g e n. Herr Constans gehört nicht zu jenen Botschaftern, die ihre Würde nur dann gewahrt finden, wenn sie sich in den wolkigen

* Als es im August 1899 in Paris zu der Verhaftung von Monarchisten und Nationalisten gekommen war, hatte sich der Führer der Antisemiten Guérin in einem Klublokal in der Rue Chabrol verschanzt und konnte, da die Regierung nicht Gewalt anzuwenden wagte, erst durch Hunger zur Übergabe bewogen werden.

Höhen der großen Politik bewegen, und es verschmähen, an die Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Landsleute selbst Hand anzulegen. Er hat im Gegenteil von Anfang seiner Tätigkeit an den wirtschaftlichen Fragen ein ganz besonderes Interesse zugewendet. Als er im Widerstreite gegen deutsche Unternehmungen den kürzeren gezogen, hat er auf dem wichtigen Gebiete der Eisenbahnen den Kampf aufgegeben und ist der eifrigste Befürworter der deutsch-französischen Verständigung auf diesem Gebiete geworden *. Seine Haltung ist stets eine durchaus loyale gewesen. Er hat mir bezüglich der Verlängerung der Anatolischen Bahn nach Bagdad den Vorrang gelassen, mich aber wirksam unterstützt, als der Sultan die Angelegenheit ihm gegenüber zur Sprache brachte. Das schließt nicht aus, daß auf anderen wirtschaftlichen Gebieten unsere Interessen kollidieren. Ich betrachte es deshalb als meine Pflicht, die bezügliche Tätigkeit meines Kollegen sorgfältig zu beobachten.

Herr Constans beabsichtigt, wie ich höre, demnächst an Bord des Stationärs „Cosmao" eine Reise nach Syrien, vielleicht auch nach Palästina zu machen. Er hält es wohl für nötig, der jüngsten Reise des Herrn von Nelidow ein Gegengewicht zu geben. Viel Erfreuliches wird er dort nicht zu sehen bekommen. Wenn er sich erst mit eigenen Augen davon überzeugt hat, wie das französisch-russische Bündnis in jenen Gegenden das einst so stolze Gebäude französischen Einflusses in Trümmer gelegt hat, so wird sich seine Überzeugung noch befestigen, daß jenes Bündnis seinem Lande schwere Nachteile gebracht hat.

Marschall

Nr. 3350

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 218 Wien, den 2. Dezember 1899

Ein hoher türkischer Staatsbeamter, der dem auswärtigen Dienst der Pforte in verschiedenen hervorragenden Stellungen angehört hat, hat sich, wie ich ganz vertraulich erfahre, vor einiger Zeit über die Politik der Türkei gegenüber Deutschland folgendermaßen geäußert:

Die entgegenkommende Haltung, die die Pforte in neuerer Zeit deutschen Wünschen gegenüber wiederholt bewiesen habe, sei in erster Linie ein Ergebnis der großen persönlichen Sympathien des Sultans für Seine Majestät den Kaiser, unsern allergnädigsten Herrn. Der Beherrscher des Ottomanischen Reiches stehe vollständig unter dem

* Vgl. Bd. XIV, Kap. LXXXXIV.

Zauber der gewinnenden und bedeutenden Persönlichkeit unseres erhabenen Monarchen, und die Beweise der Freundschaft, die er von allerhöchstdemselben wiederholt empfangen habe, hätten in ihm ein unbedingtes Vertrauen in die Uneigennützigkeit der deutschen Politik gegenüber der Türkei hervorgerufen.

Andrerseits entbehre allerdings die Haltung der Türkei gegenüber Deutschland nicht ganz egoistischer Motive. Es sei vielmehr das zielbewußte Streben der Pforte, durch weitestes Entgegenkommen deutsche Interessen in der Türkei in einem Grade zu engagieren, der im Falle einer Bedrohung der Integrität des Ottomanischen Reiches durch Rußland Deutschland zum natürlichen Bundesgenossen der Türkei werde machen müssen.

P. Eulenburg

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Ganz natürlich! Wir wollen eben den braven Türken so heben und entwickeln und stärken, daß er sich mal später allein vertheidigen kann.



Anhang

Die Orientreise Kaiser Wilhelms II. und die Protektoratsfrage 1898—1899



Nr. 3351

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 31 Berlin, den 10. Januar 1898

Zu dem am 25. November v. Js. auf der Kaiserlichen Botschaft visierten Bericht des Kaiserlichen Konsuls in Jerusalem* Nr. 86 vom November v. Js., betreffend russisch-französische Beziehungen auf kirchlichem Gebiete.

Inhaltlich dieses Berichtes wird von französischer Seite die Entfernung des Msgr. Piavi von Jerusalem angestrebt, während dessen Verbleiben nach Ansicht des Kaiserlichen Konsuls im Interesse der deutschen katholischen Bestrebungen dringend zu wünschen sein würde.

Auch seitens des Vorsitzenden des „Vereins vom Heiligen Lande" Janssen** ist durch Vermittlung des Prinzen Arenberg*** in dem abschriftlich hier ergebenst beigefügten Schreiben † hierher mitgeteilt worden, daß die deutsche katholische Sache in Palästina den äußersten Gefahren ausgesetzt sein würde, wenn es nicht gelänge, den Patriarchen Piavi zu halten, da selbst die Wahl eines Deutschen zum General des Franziskanerordens den Verlust des den deutschen Bestrebungen so wohlwollenden Patriarchen in keiner Weise zu ersetzen vermöchte.

Herr Janssen hat hierbei besonders darauf hingewiesen, wie eine bedeutende Stärkung der Stellung des Patriarchen dadurch erzielt werden könnte, daß es gelänge, die Pforte zur offiziellen Anerkennung der Stellung des Patriarchen zu bewegen, welche sie leider bisher verweigert habe.

Ew. wollen in verbindlicher Form, aber nachdrücklichst bei der

---

* von Tischendorf.

** Landrat a. D. Janssen in Aachen.

*** Prinz Franz von Arenberg, Mitglied des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses, bekannter Zentrumsführer.

† Hier nicht abgedruckt.

Pforte auf diese Anerkennung hinwirken und, sofern wider Erwarten türkischerseits Schwierigkeiten gemacht werden sollten, mit Ernst betonen, daß der kleine Dienst, um den wir die Pforte jetzt angingen, lange nicht die so wertvollen politischen Dienste ausgliche, welche die Kaiserliche Regierung in den letzten Jahren der Türkei geleistet habe und in der Zukunft noch zu leisten in die Lage kommen könne.

Wenn, wie ich hoffe, die Aufnahme, die Ihre Anregung bei der Pforte findet, Aussicht auf Erfolg verspricht, wollen Sie den Kaiserlichen Konsul in Jerusalem anweisen, Msgr. Piavi streng vertraulich davon in Kenntnis zu setzen, daß Ew. in diesseitigem Auftrage Schritte unternommen haben, um bei der Pforte die Anerkennung seiner Stellung zu erwirken. Ew. Bericht über das Ergebnis Ihrer Einwirkung sehe ich mit Interesse entgegen.

Bülow

Nr. 3352

Der preußische Staatsminister Bernhard von Bülow an den preußischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl Otto von Bülow

Telegramm. Konzept

Nr. 3 Berlin, den 22. Februar 1898

Die am 27. d. Mts. bevorstehende Feierlichkeit* wird Ew. Anlaß bieten, dem Papste die Glückwünsche Seiner Majestät des Kaisers auszusprechen und Seine Heiligkeit gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß Seine Majestät, wie verschiedene Vorgänge neueren und neuesten Datums in unzweideutiger Weise bewiesen haben, sich die Aufgabe stellen, eine Übereinstimmung der kirchlichen mit den nationalen Zielen im deutschen Volke ohne Rücksicht auf Gegenströmungen zu erreichen und zu befestigen. Da nun Seiner Majestät neuerdings bekannt geworden ist, daß der deutsche Palästinaverein als Vertreter der deutschen katholischen Interessen im heiligen Lande im Einklang mit den übrigen deutschen Katholiken den Wunsch hegt, daß der bisherige lateinische Patriarch in Jerusalem Msgr. Piavi auf diesem Posten verbleibe, so erachtet Seine Majestät der Kaiser und König als politisches Oberhaupt der deutschen Katholiken sich verpflichtet, diesen Wunsch zu unterstützen, soweit an ihm liegt. Allerhöchstderselbe würde deshalb dem Heiligen Vater zu Dank verpflichtet sein, wenn dieser dem Wunsche der deutschen Katholiken Rechnung tragen und den Patriarchen Piavi auf seinem bisherigen Posten belassen wollte. Die deutschen Katholiken, durch welche Seine Majestät zu dieser Bitte veranlaßt worden ist, werden an der Gewährung

* Am 27. Februar wurde der Jahrestag der Thronbesteigung Papst Leos XIII. feierlich begangen.

derselben seitens des Heiligen Vaters freudig erkennen, wie diesem ihre Wünsche und Interessen am Herzen liegen.

Bülow

Nr. 3353

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 63 Berlin, den 23. Februar 1898

Antwort auf Telegramm 73*.

Seine Majestät befehlen mir, Ew. allerhöchstsein Befremden über Ihre Haltung in der Seine Majestät interessierenden Angelegenheit des Erzbischofs Piavi auszusprechen. Seine Majestät bemerkten hierbei, daß die Angelegenheit für uns nicht nur vom konfessionellen Standpunkt aus von Wichtigkeit sei, sondern auch als Symptom für die Stärke unsres Einflusses in Konstantinopel gegenüber dem französischen. Etwaige Bedenken Ew. wären alsbald nach Empfang des Erlasses Nr. 31, d. h. vor sechs Wochen, geltend zu machen gewesen.

Bülow

Nr. 3354

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Pera, den 23. Februar 1898

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 62 und im Anschluß an Telegramm Nr. 73**.

Soweit ich die Frage auf Grund der hiesigen Akten beurteilen kann, liegt dieselbe zurzeit folgendermaßen:

Die Stellung der lateinischen Kirche in der Türkei ist von derjenigen der orthodoxen, armenischen und der mit Rom unierten orientalischen Kirchen durchaus verschieden. Die orthodoxen und armenischen Kirchen sind gleichsam Regierungsanstalten des türkischen Staats; die Pforte wirkt bei der Ernennung und Bestätigung der Patriarchen

---

* Durch Telegramm Nr. 62 vom 22. Februar war bei Marschall angefragt worden, was er in Ausführung des Erlasses vom 10. Januar (Siehe Nr. 3351) getan habe. Darauf hatte Marschall am gleichen Tage durch Telegramm Nr. 73 gebeten, ihm zur Erledigung des Auftrags, die er bisher nicht für opportun erachtet habe, noch Zeit zu lassen.

** Vgl. Nr. 3353, Fußnote.

und Bischöfe dieser Kirchen mit, erteilt die Investitur-Berats und hat das Recht, ihre Absetzung in gewissen Fällen zu verlangen. Umgekehrt findet auf die lateinischen Patriarchen und Bischöfe nicht das innere türkische Staatsrecht, sondern das internationale Recht Anwendung; dieselben sind durchweg fremde Untertanen, die bisher ohne irgendwelches Zutun der Pforte vom Papst ernannt wurden.

Das von Frankreich auf Grund der Kapitulationen von 1740 beanspruchte exklusive Schutzrecht über die lateinischen Patriarchen und Bischöfe in der asiatischen Türkei ist unsererseits nie anerkannt worden, könnte also unserem Verlangen auf Anerkennung des Patriarchen von Jerusalem nicht entgegengehalten werden. Dagegen ist es entscheidend, welche Stellung der Papst als die ernennende Stelle zu der Frage der Anerkennung des Patriarchen durch die Pforte einnimmt, die ein vollkommenes Novum gegenüber dem bisherigen Zustande bedeutet. Die hiesigen Akten ergeben darüber, daß der Papst bei der Pforte den Antrag auf Anerkennung gestellt und die letztere dieselbe verweigert hat, nichts. Da aber jeder Anregung meinerseits sofort die Frage der Stellung des Papstes entgegengehalten werden wird, so wäre ich für eine nähere Information über diesen Punkt dankbar.

Marschall

Nr. 3355

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Reinkonzept

Nr. 129 Berlin, den 24. Februar 1898
[abgegangen am 25. Februar]

Antwort auf Telegramme Nr. 75* und 77.

Da die Instruktion in Erlaß Nr. 31 vom 10. Januar** durch Äußerungen eines deutschen katholischen Bischofs veranlaßt worden war, erscheint die Berechtigung des von Ew. vertretenen Standpunkts vorläufig unerwiesen. Leider hat die Frage inzwischen auch aufgehört, eine praktische zu sein, da soeben der preußische Gesandte beim Vatikan gemeldet hat, daß die französische Agitation gegen den Erzbischof Piavi zu einem erfolgreichen Ende geführt und dessen Abberufung durchgesetzt worden ist***. Ew. werden hiernach ermessen, wie

* Siehe Nr. 3354.
** Siehe Nr. 3351.
*** Telegramm des Gesandten Otto von Bülow vom 21. Februar. Der Beschluß der Kurie wurde indessen infolge des Eintretens der deutschen Regierung für Piavi einer Revision unterzogen. Am 20. März konnte der Gesandte von Bülow nach Berlin melden, daß der Papst eingewilligt habe, Piavi bis auf weiteres, und zwar mindestens bis nach der Orientreise Kaiser Wilhelms II. in Jerusalem zu belassen.

sehr durch die Verschleppung der Angelegenheit im entscheidenden Augenblick und Ew. sechswöchentliches Schweigen die Kaiserliche Regierung ihren Gegnern gegenüber in Nachteil versetzt worden ist.

Bülow

Nr. 3356

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt Mumm von Schwarzenstein

Privatbrief. Auszug in Abschrift

Pera, den 24. Februar 1898

Wenn ich, wie Seine Majestät annimmt, in der Frage Piavi eine Versäumnis begangen habe, so liegt sie darin, daß ich nicht sofort meine Bedenken gegen den Erlaß vom 10. v. Mts.* geltend gemacht habe. Sachlich glaube ich, daß mein Zögern nicht den geringsten Nachteil gebracht hat. Es handelt sich hier um eine Frage der allergrößten Bedeutung. Ich glaube die Intentionen Seiner Majestät und auch des Auswärtigen Amtes richtig dahin zu verstehen, daß es sich in der Angelegenheit des Msgr. Piavi nicht nur darum handelt, diesen Herrn auf seinem Posten zu halten, sondern auch unberechtigte Ansprüche Frankreichs in römisch-katholischen Angelegenheiten der asiatischen Türkei zu bekämpfen. Dieses Ziel muß selbstverständlich jeder deutsche Botschafter hier im Auge haben, und ich bin vollkommen damit einverstanden, daß nach den großen Diensten, die wir der Türkei im letzten Jahre geleistet haben, der Moment gekommen ist, wo wir unseren Einfluß auch auf dem kirchenpolitischen Gebiete mit dem französischen messen können. Mein Bedenken gegen den mir gewordenen Auftrag besteht ausschließlich darin, daß es mir höchst zweifelhaft erscheint, ob wir durch Anregung der Anerkennung jenes Kirchenfürsten durch den Sultan nicht Gefahr laufen, das Gegenteil von dem zu erreichen, was wir wünschen.

Unsere Politik gegenüber den französischen Prätensionen auf kirchlichem Gebiete muß meines Erachtens darin bestehen, daß wir stets dann, aber auch nur dann den Kampf gegen jene aufnehmen, wenn wir sicher sind, den Papst als Verbündeten oder doch als wohlwollenden Neutralen zu haben. Der Papst hat wiederholt gezeigt, daß auch ihm die französische Bevormundung unbequem ist und er derselben gerne ledig wäre, aber es ist mir absolut nicht bekannt und jedenfalls aus unseren Akten nicht erweisbar, daß der Heilige Stuhl jemals über derartige Fragen mit dem Sultan in Unterhandlung getreten wäre. Es ist ja möglich, daß dem Papste der Gedanke kommen könnte, es sei

---

* Siehe Nr. 3351.

für ihn angenehmer, den Sultan als Vormund zu haben als Frankreich, aber es ist nicht minder möglich, daß ihm der bisherige Zustand der vom Sultan durchaus unabhängigen Ernennung lateinischer Kirchenfürsten in der Türkei so wertvoll erscheint, daß er in dieser Beziehung am Status quo nicht rütteln will. Ich bin also der Ansicht, daß die Kardinalfrage die ist: Wie steht der Papst zu dem Gedanken einer Anerkennung des Msgr. Piavi durch den Sultan? Ist er der Sache günstig und stellt hier einen dahingehenden Antrag, so würde ich mich anheischig machen, einen solchen Antrag in erfolgreicher Weise zu unterstützen. Im umgekehrten Falle, d. h. wenn wir selbständig vorgehen ohne bezw. gegen den Papst, so holen wir uns sicher eine Niederlage. —

Also: sedes materiae ist zunächst Rom, dort muß der Kampf gegen französische Prätensionen und Intrigen zunächst ausgefochten werden, dann erst kann hier etwas geschehen. Dazu kommt aber ganz abgesehen von der Prinzipienfrage noch folgende rein praktische Erwägung: Gelingt es uns in Rom, den Papst dazu zu bewegen, den Msgr. Piavi trotz der französischen Intrigen zu halten, so ist die Sache definitiv gewonnen, und bedarf es irgendeines Eingreifens hier nicht, unterliegt umgekehrt Msgr. Piavi in Rom den gegen ihn gerichteten Machenschaften, so kann ihn auch die Anerkennung durch den Sultan unmöglich halten. Ein vorzeitiges Eingreifen unsererseits hier in Konstantinopel könnte aber jenen Machenschaften neue Nahrung zuführen, denn Indiskretionen sind hier ganz unvermeidlich.

Ich bitte Sie, diese Erwägungen dem Herrn Staatssekretär und auch Herrn von Holstein zu unterbreiten. Ich unterwerfe mich selbstverständlich dem besser informierten Auswärtigen Amt, möchte aber doch darlegen, daß es sich hier nicht einfach um eine Kraftprobe zwischen deutschem und französischem Einflusse in Konstantinopel handelt, und daß einer jener Fälle vorliegt, wo ein Diplomat immer noch besser handelt, wenn er zu langsam, als wenn er zu rasch vorgeht.

(gez.) Marschall

Nr. 3357

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 47 — Pera, den 25. Februar 1898
Vertraulich

Zu Erlaß Nr. 31 vom 10. v. Mts.*

Zu den mannigfachen wichtigen Aufgaben, welche der deutschen

* Siehe Nr. 3351.

Politik in der Türkei gestellt sind, gehört auch die Bekämpfung des Einflusses, den Frankreich sich in den kirchlichen Angelegenheiten der römisch-katholischen Christen in der Türkei und damit indirekt auch in politischen Fragen erworben hat. Bekanntlich beansprucht Frankreich, vornehmlich auf Grund der sogenannten „Lettres patentes" vom 30. Mai 1740, für die römisch-katholischen Christen Konstantinopels und der asiatischen Türkei ein ausschließliches Schutzrecht. Wir haben dieses Recht niemals anerkannt, dasselbe ist schon darum hinfällig, weil seine Anmaßung auf einer falschen Übersetzung beruht. In Artikel 32 der „Lettres patentes" heißt es im französischen Text, da wo von den Rechten der Bischöfe und Geistlichen die Rede ist, „de quelque nation ou espèce qu'ils soient", während die richtige Übersetzung des türkischen Textes lauten würde: „de quelque genre ou espèce qu'ils soient", worunter offenbar nur gemeint ist, daß es gleichgültig sei, welchem religiösen Orden die betreffenden Geistlichen angehören.

Lange Zeit hat Frankreich dieses Schutzrecht trotz seiner schwachen und höchst anfechtbaren Rechtsbasis in wirksamster Weise ausgeübt und durch Verteidigung der katholischen Interessen nicht nur gegen den Mohammedanismus, sondern vor allem gegen die Prätensionen der orthodoxen Kirche seinen politischen Einfluß in der Türkei gewaltig gestärkt. Wie der dadurch verschärfte Gegensatz zwischen Rußland und Frankreich einst zum Krimkriege geführt hat, ist bekannt. Etwa seit zehn Jahren haben sich die Dinge wesentlich geändert. In dem Maße, als Frankreich um die russische Gunst buhlte, hat es die kirchlichen Interessen der Katholiken in der Türkei vernachlässigt; die Berichte unserer Konsuln bekunden, daß, wo orthodoxe Interessen denjenigen der katholischen Christen gegenüberstanden, der französische Einfluß vielfach für die ersteren und gegen die letzteren in die Wagschale geworfen wurde.

Die Rückwirkung konnte nicht ausbleiben. Die Katholiken deutscher Nationalität haben sich bereits daran gewöhnt, ihre kirchlichen Desiderien bei der Kaiserlichen Regierung geltend zu machen, und die übrigen nichtfranzösischen katholischen Christen erkennen, daß sie von dem Schutze einer Macht nichts zu hoffen haben, die sich willenlos à la remorque des orthodoxen Rußlands befindet. Der Papst selbst wird ja aus politischen Gründen niemals einen positiven Schritt gegen das französische Schutzrecht unternehmen, aber er wird den faktischen Zusammenbruch desselben um so eher anerkennen, als, nach manchen Anzeichen zu urteilen, ihm die französische Vormundschaft schon öfters unbequem geworden ist und die schwächliche Haltung der französischen Regierung auch kirchliche Interessen ernstlich bedroht.

So liegen die Dinge für Deutschland außerordentlich günstig, nicht etwa in dem Sinne, als ob wir Aussicht hätten, ein deutsches

Schutzrecht in dem Umfange des bisher von Frankreich beanspruchten zu schaffen; daran denkt niemand. Allein wir sind dank des politischen Einflusses, den wir uns in der Türkei gesichert haben, sehr wohl in der Lage, den Abbröckelungsprozeß, in dem sich das französische Schutzrecht befindet, zu fördern und zu beschleunigen. Wird das bisherige exklusive Schutzrecht Frankreichs durch Deutschland de facto beseitigt, so würde das in den Augen der Orientalen unser Ansehen gewaltig heben.

Bei Betrachtung der Wege, die zu diesem Ziele führen, muß einem Umstande klar ins Auge gesehen werden: daß wir nämlich in der Türkei bezüglich innerer Fragen und besonders Personenfragen der katholischen Kirche das Mittel nicht besitzen, dessen man sich anderwärts in solchen Fällen bedient, nämlich den Appell an die weltliche Macht des Landes, d. h. an den Sultan. Dies liegt an der eigentümlichen Gestaltung der staatskirchenrechtlichen Verhältnisse des Ottomanischen Reichs. Bezüglich der orthodoxen und armenischen Kirche, zum Teil auch bezüglich der mit Rom unierten orientalischen Kirchen besteht eine Art Staatskirchentum. Jene beiden Kirchen sind gleichsam Staatsanstalten. Bei der Wahl der Patriarchen und Bischöfe derselben wirkt die Pforte mit, sie bestätigt deren Wahl und verleiht ihnen Berats, auf Grund deren sie zur Ausübung des geistlichen Amtes zugelassen werden. Die Pforte gibt zur Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse diesen Glaubensgenossenschaften erhebliche Subventionen und hat dafür das Recht, die Absetzung solcher Patriarchen, Bischöfe usw. zu verlangen, welche gegen die Bestimmungen der betreffenden Investitur-Berats gehandelt oder sich sonst unbeliebt gemacht haben. Geradezu umgekehrt liegt die Sache bezüglich der lateinischen Kirche. Diese gilt als fremde Macht, auf welche nicht das innere türkische Staatskirchenrecht, sondern das internationale Vertragsrecht Anwendung findet; auf Grund des letzteren genießt sie gleichsam das Recht der Exterritorialität. Wie Frankreich das Schutzrecht für die Katholiken der asiatischen Türkei und Konstantinopels auf Grund der „Lettres patentes“ von 1740 beansprucht, leitet Österreich-Ungarn aus den Verträgen von Passarowitz und Karlowitz sein Schutzrecht für die Katholiken der europäischen Türkei ab. Die lateinischen Patriarchen und Bischöfe sind durchweg Untertanen fremder Staaten, sie werden direkt ohne jedes Zutun des Sultans vom Papste ernannt. Es gibt weder eine Anerkennung derselben durch den Sultan, noch steht dem letzteren das Recht zu, ihre Beseitigung oder Absetzung zu verlangen. Wollte man also an den Sultan das Ansinnen stellen, auf eine Personenfrage des lateinischen Episkopats einzuwirken, so würde er ganz sicher unter Hinweis auf die Verträge eine ausweichende Antwort geben.

Bei dieser Frage fällt aber noch eine andere Erwägung ins Gewicht. Bekanntlich ist der Papst und die katholische Kirche besonders

empfindlich gegen staatliche Einmischung in innere kirchliche Fragen; diese Empfindlichkeit ist bedeutungslos, wo es sich um die Ordnung der kirchenpolitischen Dinge im eigenen Lande handelt, sie bedarf aber allerdings der Berücksichtigung in einer auswärtigen Frage, bei welcher die Haltung des Heiligen Stuhles mindestens nicht gleichgültig ist. Auf die aktive Bundesgenossenschaft des Papstes können wir bei unserem Streben kaum rechnen, aber wir bedürfen immerhin einer gewissen Neutralität seinerseits und würden jedenfalls in direktem Gegensatz zu dem Heiligen Stuhl schwer etwas erreichen. Also auch von diesem Gesichtspunkte empfiehlt es sich, ohne sichere Aussicht des Erfolges in derartigen Fragen nicht an den Sultan oder die Pforte zu appellieren und namentlich alles zu vermeiden, was den Vorwand zu der Behauptung geben könnte, daß wir minder sorglich als Frankreich seien für die Wahrung der historischen Rechte der katholischen Kirche im Türkischen Reiche.

Das Resultat, zu welchem ich gelange, fasse ich dahin zusammen: Soweit es sich darum handelt, innere kirchliche Fragen, d. h. speziell Personenfragen einer den deutschen Interessen im Ottomanischen Reiche günstigen Lösung zuzuführen, kann ein wirksamer Einfluß nur in Rom ausgeübt werden; mangels aller Machtmittel und Pressionsmittel ist der Sultan außerstande, in dieser Beziehung einzuwirken, ja es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Versuch nach dieser Richtung unsere Interessen im speziellen Falle gefährden könnte. Um französischen Prätensionen und Intrigen entgegenzutreten, ist der sichere Weg nach meinem unmaßgeblichen Dafürhalten der, daß wir überall da, wo die kirchlichen und materiellen Interessen der in der Türkei lebenden deutschen Katholiken und ihrer Anstalten durch die Pforte gefördert und geschützt werden können, mit aller Energie hier an maßgebender Stelle für dieselben eintreten, und ich glaube mich anheischig machen zu können, bei der Stellung, welche Deutschland heute hier einnimmt, unseren Wünschen und Beschwerden selbst dann Geltung zu verschaffen, wenn sich dieselben in entschiedenem Gegensatz zu französischen Prätensionen befinden.

Euerer Durchlaucht glaubte ich die vorstehenden Erwägungen mit der Bitte unterbreiten zu dürfen, mir entsprechende Belehrung zukommen zu lassen, falls ich mich über den einen oder anderen Punkt im Irrtum befinde. Gerade weil die vorliegende Frage für die Erhaltung und Festigung unserer hiesigen Stellung von außerordentlicher Wichtigkeit ist, habe ich geglaubt, meine persönlichen Anschauungen mit der Bitte um eventuelle Richtigstellung darlegen zu dürfen.

Marschall

Nr. 3358

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 84 Pera, den 4. März 1898

Vertraulich

Bei unserer gestrigen Unterredung erzählte mir Tewfik Pascha* mit der Bitte um strenge Geheimhaltung, der Papst habe hier vertraulich sondieren lassen, ob der Sultan geneigt sein würde, einen diplomatischen Vertreter an den Heiligen Stuhl zu entsenden. Seine Majestät sei dem Gedanken günstig.

Ich sagte dem Minister, daß ich in Anbetracht der großen Zahl von Lateinern, die in der Türkei lebten, den Wunsch der beiden Souveräne, in direkten diplomatischen Verkehr zu treten, für ganz natürlich erachte und mir kein Grund bekannt sei, warum der Sultan nicht ein Recht ausüben sollte, welches alle anderen Souveräne mit zahlreicher lateinischer Bevölkerung ausübten.

Bekanntlich besteht infolge der Anmaßung Frankreichs, über die Lateiner in der Türkei ein ausschließliches Schutzrecht zu besitzen, kein direkter diplomatischer Verkehr zwischen dem Heiligen Stuhl und der Pforte; auch der hiesige päpstliche Delegat Erzbischof Bonetti hat keinen diplomatischen Charakter und verkehrt nur durch Vermittelung der französischen Botschaft mit der Pforte. Die Entsendung eines türkischen Vertreters an den Päpstlichen Stuhl würde daher von weittragender Bedeutung für die Stellung der lateinischen Kirche sein und jene französischen Prätensionen schwer treffen.

Marschall

Nr. 3359

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 88 Pera, den 30. März 1898

Der Beschluß des Sultans, sich beim Heiligen Stuhle diplomatisch vertreten zu lassen, kann, wenn seine Ausführung nicht noch in letzter Stunde vereitelt wird, von weittragenden Folgen begleitet sein, die sich keineswegs auf das kirchliche Gebiet beschränken. Um die Bedeutung jenes Beschlusses auch nach der politischen Seite hin zu beleuchten, gestatte ich mir einen Überblick über die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse zu geben, welche der Stellung der römisch-

* Türkischer Minister des Äußern.

katholischen Kirche — hier die lateinische genannt — und den sogenannten Protektionsansprüchen Frankreichs zugrunde liegen. — Diese Aufgabe ist eine etwas komplizierte; eine Reihe der vorhandenen staatlich-kirchlichen Einrichtungen beruht nicht auf geschriebenem Recht, sondern auf Tradition, und zwar nicht nur auf Usus, sondern auf Abusus; unter den türkischen Beamten beherrscht kaum ein einziger die ganze Materie, und die Literatur ist so lückenhaft und vielfach tendenziös, daß sie ein klares Bild nicht gewährt. Trotzdem glaube ich im nachstehenden eine in der Hauptsache zutreffende Schilderung geben zu können.

Das kirchenpolitische System der Türkei ist eine Art Staatskirchentum auf dem Boden der weitgehendsten Toleranz bezüglich der Ausübung der Kulte. Diesem System unterstehen die orthodox-griechische, die armenisch-gregorianische, die bulgarische, die armenisch-protestantische, die katholisch-armenische, die griechisch-unierte sowie die anderen mit Rom unierten Kirchen (Maroniten, Chaldäer, Melchiten usw.) und endlich die jüdische Religionsgemeinschaft. Alle diese Kulte erhalten staatliche Subventionen, ihre Funktionäre bedürfen der staatlichen Bestätigung, sie sind Beamte des türkischen Staates und üben auch einen Teil der Ziviljurisdiktion aus. Die „lateinische" Kirche dagegen gehört dem türkischen Staatskirchenrecht überhaupt nicht an, sie ist eine auswärtige Macht, die aber bisher nicht direkt, sondern nur durch fremde diplomatische Intervention mit der Pforte verkehrte. Hier tritt das sogenannte Protektorat Frankreichs zur Erscheinung. Obgleich dieses Protektorat jeder rechtlichen Basis entbehrt und insbesondere von Deutschland erfolgreich bekämpft wird, so besteht doch heute noch de facto der Zustand, daß die lateinische Kirche als solche ein Annex der hiesigen französischen Botschaft ist. Da die Pforte bis jetzt eine Vertretung beim Heiligen Stuhl nicht besitzt, so können kirchliche Desiderien nur durch die hiesige päpstliche Delegatur zur Sprache gebracht werden, die letztere aber ist eine Abteilung der französischen Botschaft. Der päpstliche Delegat, obgleich er nebenbei Erzbischof und „vicaire patriarcal du St. Siège" ist, hat keine amtlichen Beziehungen zur Pforte, er besitzt kein agrément des Sultans, wird von diesem nicht empfangen und auch zu offiziellen Festen nicht mit den andern kirchlichen Würdenträgern ins Palais geladen. Als aus Anlaß der jüngsten Vermählung der Prinzessin Naimé unter anderem auch ein Galadiner für die Vertreter der nicht muselmanischen Religionsgenossenschaften in Jildis stattfand, waren gebeten: der ökumenische Patriarch, der bulgarische Exarch, der armenisch-gregorianische Patriarch, der armenisch-katholische Patriarch, der griechisch-unierte Archimandrit und der Großrabbiner — Son Eminence M. Moise Levy, wie sein amtlicher Titel lautet —, nicht aber der päpstliche Delegat. Für die ganze Stellung des letzteren ist auch dieser äußere Umstand charakteristisch.

Entsprechend der Stellung der Kirche haben auch die lateinischen Funktionäre in der Provinz, die Patriarchen, päpstliche Vikare, Bischöfe usw. keinen direkten amtlichen Verkehr mit der Pforte; sie sind étrangers de distinction, die dem diplomatischen Schutze unterstehen. Nur in Albanien hat sich anknüpfend an den aus der Zeit der venetianischen Herrschaft übernommenen Zustand das eigenartige Verhältnis erhalten, daß die lateinischen Bischöfe Eingeborene sind und auf Präsentation Österreichs als Protektionsmacht für jene Provinz Berate erhalten, welche sie zur Ausübung einer gewissen Ziviljurisdiktion befähigen.

Die hier geschilderte Lage der lateinischen Kirche in der Türkei wird seit langer Zeit von dem Heiligen Stuhl und der Pforte gleichmäßig als eine durchaus unbefriedigende und den beiderseitigen Interessen nachteilige empfunden. Das beweisen die mannigfachen im Laufe der letzten 50 Jahre von beiden Teilen unternommenen Versuche, die Stellung der lateinischen Kirche auf der Grundlage eines Konkordats neu aufzubauen. Für die Pforte ist die fortwährende Einmischung der französischen Botschaft in die alltäglichen Fragen, die zwischen Staat und der Kirche entstehen, und ihre Ausbeutung zu politischen Zwecken ebenso unerträglich wie der fortwährende diplomatische Kompetenzstreit, den die französischen Prätensionen im Gefolge haben. Aber ein anderer Umstand ist weit bedeutsamer. Sultan Abdul Hamid ist ein zu feiner Politiker, um nicht zu erkennen, daß die lateinische Kirche ein starkes Gegengewicht bilden könnte gegen die Propaganda der griechisch-orthodoxen Kirche, und daß von diesem Gesichtspunkte aus Frankreich der denkbar schlechteste und unzuverlässigste Schützer der lateinischen Kirche geworden ist. — Die Beschwerden des Heiligen Stuhls sind vielfach identisch. — Rom muß zusehen, wie rein kirchliche Fragen durch die französische Intervention politischen Zwecken geopfert werden, und so geläufig auch dem Heiligen Stuhl selbst die Verquickung von kirchlichen und politischen Dingen ist, so verwerflich erscheint es ihm, wenn andere dies tun. Dazu kommt, daß die französische Vormundschaft als ein Eingriff in die Souveränitätsrechte des Papstes empfunden wird, und daß der Mangel des direkten Verkehrs mit den türkischen Staatsbehörden die lateinischen Kirchenfürsten in der Ausübung ihres kirchlichen Amts ernstlich beeinträchtigt. Selbst ein französischer Schriftsteller, der für das Schutzrecht Frankreichs sich begeistert, M. Belin sagt in seinem Buche über „La Latinité à Constantinople" in dieser Beziehung von den „Vicaires apostoliques" folgendes: „Bien que reconnus comme prélats par leurs fidèles et même respectés en cette qualité par les infidèles, ils n'ont cependant aucune relation directe avec le pouvoir officiel. C'est par l'entremise des Ambassadeurs que doivent passer toutes leurs communications et leurs demandes. Cela les met dans une position dépendante et inférieure à certains égards, tout

en garantissant mieux la liberté de leur action." Die Unzufriedenheit der Kirche mit dem Zustande der radikalen „Trennung von Staat und Kirche", wie er in der Türkei besteht, wirft ein interessantes Licht auf die Bestrebungen derjenigen klerikalen Kreise, welche mit jenem Schlagworte operieren und seine Anwendung auch für Deutschland als kirchenpolitisches Ideal empfehlen. — Endlich fällt in der Türkei noch der Geldpunkt umsomehr in Betracht, als die Pforte den staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften und ihren Dienern reichliche Subsidien gewährt.

Daß die Versuche, welche die Pforte und der Heilige Stuhl wiederholt unternommen haben, um diesen für sie lästigen und nachteiligen Zustand zu beseitigen, stets gescheitert sind, rührt nicht nur von dem Widerstande, den besonders Frankreich allen derartigen Bestrebungen entgegengesetzt hat, sondern vornehmlich daher, daß man sich in Rom zu hohe Ziele gesteckt und mit der Neuordnung der lateinischen Kirchenfrage wiederholt den Gedanken verbunden hatte, die orientalische Kirche in den Schoß Roms zurückzuführen. Daran ist die bekannte Mission des Kardinals Ferrieri im Jahre 1848 gescheitert, und der vor wenigen Jahren durch den intriganten katholisch-armenischen Patriarchen Msgr. Azarian im Anschluß an frühere Pläne des Kardinals Jacobini mit Eifer wieder aufgenommene Plan der Schaffung eines lateinischen Generalpatriarchen in Konstantinopel hat aus dem gleichen Grunde dasselbe Schicksal gehabt. Als im Jahre 1892 zwischen der Pforte und Rom geheime Verhandlungen über die Stellung der lateinischen Kirche in Albanien stattfanden und dabei eine direkte Verbindung zwischen Rom und Konstantinopel ins Auge gefaßt wurde, beging man den Fehler, Österreich-Ungarn als Protektoratsmacht jener Provinz zu ignorieren. Das Wiener Kabinett protestierte gegen jede Neuerung, und wenn es auch eine ihm von Frankreich angebotene gemeinsame Aktion zurückwies, so mußte es doch geschehen lassen, daß die hiesige französische Botschaft sich in die Angelegenheit einmischte und eine Interessengemeinschaft mit Österreich-Ungarn markierte, die gar nicht besteht, und deren Anerkennung ein schwerer Fehler der österreichischen Politik wäre. Der direkte Verkehr zwischen der Pforte und dem Heiligen Stuhl ist mit dem Protektorate des Donaureiches über Albanien durchaus verträglich, er würde aber allerdings den Stoß ins Herz des Anspruchs Frankreichs bedeuten, die berufene Vertreterin der lateinischen Kirche und ihrer Interessen bei der Zentralstelle des Türkischen Reiches zu sein.

Das französische Protektorat ist, soweit unter Berufung auf französisch-türkische Verträge ein Schutzrecht über fremde Untertanen beansprucht wird, ein juristisches Unding. Das Recht, die eigenen Untertanen im fremden Lande zu vertreten, steht jedem selbständigen Staate zu; die Behauptung, daß ihm dieses Recht durch Verträge, welche Dritte untereinander schließen, genommen werden könne,

verstößt gegen einen elementaren juristischen Grundsatz. Außerdem enthalten jene Verträge kein Wort von einem solchen Rechte. Und was die diplomatische Vertretung des Heiligen Stuhles betrifft, so kann sich Frankreich höchstens auf einen lang andauernden faktischen Zustand berufen; die Kurie hat denselben geduldet, niemals aber als zu Recht bestehend anerkannt. Sollte aber Frankreich so weit gehen und gegen eine türkische Vertretung beim Heiligen Stuhl Widerspruch erheben, so würde das gelten, was ich dem Sultan noch vor der jüngsten Entscheidung vertraulich sagen ließ: Das Recht, sich bei einem anderen Souverän diplomatisch vertreten zu lassen, ist ein integrierender Bestandteil der Souveränität jedes selbständigen Herrschers; wer die Entsendung eines türkischen Vertreters zum Heiligen Stuhl bekämpft, tastet also die Souveränität des Sultans an.

Seit Frankreich zugunsten Rußlands auf eine selbständige Politik verzichtet hat und dadurch indirekt die Dienerin der slawisch-orthodoxen Propaganda geworden ist, enthält das französische Protektorat über die lateinische Kirche auch eine politische Gefahr, an deren Bekämpfung alle Mächte interessiert sind, welche die Türkei in ihrem heutigen Bestande erhalten wollen. Es steht zu hoffen, daß das Wiener Kabinett in dieser Frage das „tua res agitur" beherzigen und sich nicht in einem falschen Konservatismus auf die Seite stellen wird, auf der sich die schärfsten Gegner der österreichisch-ungarischen Orientinteressen befinden.

Marschall

Nr. 3360

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 108 Berlin, den 15. April 1898

Ist es richtig, wie eine Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung" vom 8. April vermuten läßt, daß der französische Widerstand gegen die Einrichtung direkter diplomatischer Beziehungen zwischen Sultan und Papst sich bereits bemerkbar macht? Herr Testa * soll noch vor seiner eventuellen Pariser Reise Tahsin Bey ** darauf hinweisen, daß gerade dieser Widerstand erkennen läßt, welchen Zuwachs an Macht und Unabhängigkeit der Sultan durch jene Ausübung des Gesandtschaftsrechts, welches zu den unveräußerlichsten Souveränitätsrechten gehört, erreichen würde. Ob später in einzelnen kon-

* Erster Dolmetscher bei der Botschaft in Konstantinopel.
** Erster Sekretär des Sultans.

kreten Fällen der Vertreter einer fremden Macht mit der Behauptung hervortritt, dieselben seien seiner Regierung durch die Kapitulationen vorbehalten, ist cura posterior. Heute handelt es sich um die allgemeine Ausübung des Gesandtschaftsrechts.

Bülow

Nr. 3361

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 168 Pera, den 16. April 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 167.

Tewfik Pascha erzählte mir aus eigener Initiative soeben folgendes: „Der erste Dragoman der französischen Botschaft* sei vor zwei Tagen bei ihm gewesen und habe ihn gefragt, ob es wahr sei, daß der Sultan einen direkten Vertreter beim Papste zu ernennen beabsichtige? Und auf Bejahung dieser Frage, ob die Sache bereits entschieden sei? Tewfik Pascha bejahte auch diese Frage mit dem Bemerken, daß der Sultan lediglich von einem ihm zustehenden Souveränitätsrechte Gebrauch mache, indem er sich bei einem anderen Souverän diplomatisch vertreten lasse. Darauf habe Herr Rouet erklärt, Frankreich werde nicht dulden, daß der Papst hierher einen diplomatischen Vertreter entsende, da dies in die Prärogative Frankreichs eingreife, worauf Tewfik Pascha erwiderte, diese Frage hänge von der Entscheidung des Papstes ab; in Berlin und St. Petersburg beständen auch keine päpstlichen Vertretungen, obgleich Preußen und Rußland beim Heiligen Stuhle diplomatisch vertreten seien."

Gestern abend erhielt der Minister vom türkischen Botschafter in Paris** die telegraphische Mitteilung, daß Herr Hanotaux diesem von der Sache gesprochen und ohne weitere Begründung kategorisch erklärt habe, die französische Regierung s'opposera de la manière la plus énergique auprès du Vatican à ce que celui-ci agrée un représentant ottoman.

Obgleich Tewfik Pascha mir sagte, daß er dem Sultan dringend geraten festzubleiben, habe ich ihm nochmals dargelegt, daß es sich hier um ein Souveränitätsrecht des Sultans handele, und man das Recht, sich diplomatisch vertreten zu lassen, wohl einem Vasallen, aber niemals einem selbständigen Souverän bestreiten könne. Falls man einen solchen Eingriff in die Souveränitätsrechte zulasse, werde man einen äußerst gefährlichen Präzedenzfall schaffen. Zu der Antwort, welche

* Rouet.
** Munir Bey.

Tewfik Pascha bezüglich der Vertretung des Papstes in Konstantinopel gegeben, habe ich mich zustimmend in dem Sinne ausgesprochen, daß man die beiden Dinge nicht verquicken solle, da vorerst die Herstellung einer direkten Verbindung die Hauptsache sei.

Der Minister sagte mir endlich, der Papst selbst würde einsehen, daß die Dinge im Interesse der lateinischen Kirche nicht mehr so fortgehen könnten wie bisher. Vor fünf Jahren habe man von russischer Seite eine Gesellschaft unter dem Protektorat des Großfürsten Sergius zum Zweck der orthodoxen Propaganda in Palästina und Syrien gegründet. Durch dieselbe seien bereits 70 orthodoxe Schulen errichtet worden. Obgleich wegen Mangels an katholischen Schulen auch viele katholische Kinder diese Schulen besuchen müßten und dadurch zur orthodoxen Kirche herübergezogen würden, habe Frankreich nicht nur nichts für die notwendige Vermehrung katholischer Schulen getan, sondern arbeite geradezu dagegen. Dies sei für den Papst aus kirchlichen Gründen ebenso nachteilig wie aus politischen für die Pforte.

Marschall

Nr. 3362

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177 Pera, den 18. April 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 168*.

Tewfik Pascha, den ich soeben in einer anderen Frage sprach, sagte mir: Herr de la Boulinière**, der ihn heute besucht, um sich von ihm vor Antritt eines Urlaubs zu verabschieden, sei dabei auf die Ernennung eines türkischen Gesandten beim Vatikan zurückgekommen mit der Frage, aus welchem Grunde dieselbe erfolgt sei? Der Minister entgegnete, daß es sich hier um eine Entschließung Seiner Majestät des Sultans handele, der von seinem Rechte, sich bei anderen Souveränen vertreten zu lassen, Gebrauch gemacht habe, worauf der Geschäftsträger bemerkte, falls dies wegen der in der Türkei lebenden römischen Katholiken geschehen, die Gesandtschaft ein „objet de luxe" sei, da Frankreich vertragsmäßig die Protektion jener Katholiken im Türkischen Reich zustehe. Tewfik Pascha replizierte, daß die Ernennung eines türkischen Gesandten Sache der freien Würdigung des Sultans sei. Herr de la Boulinière fragte dann, ob der Papst die Errichtung der Gesandtschaft gewünscht habe, und erklärte auf die Bejahung der Frage, in Paris sei dies bekannt gewesen. Endlich erklärte der Geschäftsträger, Frankreich werde unter allen Umständen die Ernennung

* Siehe Nr. 3361.
** Französischer Geschäftsträger in Konstantinopel.

eines päpstlichen Vertreters in Konstantinopel verhindern und einem solchen niemals den diplomatischen Charakter zuerkennen. Der Minister wiederholte darauf seine jüngste Äußerung, daß die Frage der Ernennung eines päpstlichen Vertreters in Konstantinopel ausschließlich der Entschließung Seiner Heiligkeit des Papstes unterstehe und derselben durch die jetzt geplante Maßregel in keiner Weise präjudizieren werde. Der Geschäftsträger verabschiedete sich mit den Worten, Herr Cambon werde übermorgen, Mittwoch, hierher zurückkehren und Instruktionen über die Frage mitbringen.

Obgleich ich keinen Anlaß habe, an der Festigkeit des Sultans zu zweifeln, und obgleich ich die mit Telegramm Nr. 108* befohlene Demarche gemacht habe, so würde ich es doch für nützlich halten, die Widerstandskraft des hohen Herrn neuerdings zu stärken, zumal Herr Cambon wahrscheinlich ziemlich grobes Geschütz aufführen wird. Ich stelle anheim, mir die Ermächtigung zu erteilen, daß ich am Mittwoch etwa folgendes zur vertraulichen Kenntnis des Sultans bringe: „Die Regierung Seiner Majestät hat mit besonderem Interesse von der vollzogenen Ernennung eines türkischen Gesandten beim Heiligen Stuhl Kenntnis genommen. Der Sultan hat, indem er sich bei einem anderen Souverän diplomatisch vertreten läßt, nur ein Recht ausgeübt, das zu den unveräußerlichen Souveränitätsrechten gehört. Gerade der Widerspruch, den die Maßregel gefunden, läßt erkennen, daß der Sultan dadurch an Macht und Unabhängigkeit gewinnt, indem er gewissen Mächten die Gelegenheit zur Einmischung in innere türkische Angelegenheiten beschränkt. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers glaubt daher dem Sultan raten zu sollen, an der beschlossenen Maßregel unbedingt festzuhalten, da jede direkte oder indirekte Konzession bezüglich seines Verkehrs mit anderen Souveränen nur den Mächten nützlich sein würde, welche die demnächstige Aufrollung der Reformfrage zu ihrem Programm gemacht haben."

Die Ernennung Assim Beys** ist gestern der Pforte mitgeteilt worden.

Marschall

Nr. 3363

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept

Nr. 110 Berlin, den 19. April 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 177***.

Einverstanden mit der von Ew. beabsichtigten vertraulichen Mitteilung an den Sultan. Derselben wird noch hinzuzufügen sein, daß

* Siehe Nr. 3360.

** Vor dem griechisch-türkischen Kriege türkischer Gesandter in Athen.

*** Siehe Nr. 3362.

die auf türkischer Seite — diesseitigem wiederholtem Rate entgegen — eingetretene mehrwöchige Verzögerung der Sache den Franzosen Zeit gegeben hat, während der letzten zehn bis zwölf Tage ihre schon aus finanziellen Gründen sehr bedeutenden Einflüsse mit voller Kraft in Rom wirken zu lassen, um einer Verringerung der französischen Macht, welche die Folge der Einrichtung einer türkischen Gesandtschaft beim Papste sein würde, vorzubeugen. Die Bemühungen der Franzosen werden hierbei auch noch von anderen Seiten unterstützt, wo man gleichfalls ein möglichst ausgedehntes Recht zur Einmischung in innere türkische Angelegenheiten sich wahren möchte. Unter diesen Umständen ist das Endergebnis nicht so sicher, wie es vor 14 Tagen war.

Bülow

Nr. 3364

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Pera, den 8. Mai 1898

Der Sultan läßt mir durch Tahsin Bey sagen, daß die Angelegenheit des türkischen Vertreters beim Päpstlichen Stuhle infolge von französischen Intrigen eine Verzögerung zu erleiden scheine. Der Papst, welcher früher wiederholt die Begründung einer solchen Vertretung bei der Pforte angeregt habe, behandle dieselbe jetzt dilatorisch, indem er die definitive Erledigung der Angelegenheit — d. h. die Erteilung des Agrement für Assim Bey — von einem Tage auf den andern verschiebe.

Marschall

Nr. 3365

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 Pera, den 20. Mai 1898

Tewfik Pascha erzählte mir heute, Msgr. Bonnetti habe gestern im Auftrage des Papstes im Palais mitgeteilt, Seine Heiligkeit akzeptiere Assim Bey als Vertreter des Sultans, bitte aber, noch zwei bis drei Monate mit der Entsendung zu warten, da er bis dahin hoffe, gewisse Schwierigkeiten, welche die französische Regierung erhebe,

* Hier nebst Nr. 3365 des Zusammenhangs wegen angeschlossen.

zu beseitigen. Auf diese Mitteilung hat der Sultan die gestern gemeldete Antwort gegeben, deren Inhalt mir Tewfik Pascha dahin wiedergab: Der Sultan bitte den Papst, diese Angelegenheit, die einem speziellen Wunsche Seiner Heiligkeit entstamme, sofort zum Abschluß zu bringen, da er — der Sultan — nicht zuzugeben vermöge, daß irgendein Staat sein Souveränitätsrecht, sich bei anderen Souveränen vertreten zu lassen, antaste. pp.*.

Marschall

Nr. 3366

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 258 — Berlin, den 23. April 1898
Streng vertraulich — [abgegangen am 3. Mai]

Von hochangesehener katholischer Seite werden hier zurzeit Anstrengungen gemacht, damit Seine Majestät der Kaiser und König gelegentlich der für den kommenden Herbst bevorstehenden allerhöchsten Reise nach dem heiligen Lande geruhen möge, Seine Majestät den Sultan um Überlassung des Abendmahlssaals (Coenaculum) in Jerusalem und des als Dormition de la Sainte Vierge bekannten Platzes neben demselben an den „Deutschen (katholischen) Verein vom Heiligen Lande" anzugehen. Von welchen Gesichtspunkten dabei ausgegangen wird, wollen Euer Exzellenz aus der beifolgenden Abschrift einer mir von der erwähnten Seite vorgelegten Aufzeichnung**, betreffend den „Deutschen Verein vom Heiligen Lande", ersehen.

Die Angelegenheit der Erwerbung jener beiden heiligen Stätten ist bereits im Jahre 1890 aus Anlaß einer Immediateingabe des Palästinavereins der Katholiken Deutschlands erörtert worden. Damals gelangte der Kaiserliche Botschafter von Radowitz in seinem Bericht vom 26. Dezember 1890 nach sorgfältiger Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse zu dem Ergebnis, daß an die Erwerbung des Abendmahls-

* Trotz alles weiteren auch durch Deutschland unterstützten Insistierens des Sultans kam die Sache nicht zum Abschlusse. Nach einem bei den Akten befindlichen Schreiben des Staatssekretärs von Bülow an den Fürstbischof von Breslau Kardinal Kopp vom 16. Juni 1899 wäre es der Politik des französischgesinnten Kardinal-Staatssekretärs Rampolla gelungen, „die Verwirklichung der Wünsche des Heiligen Vaters zu hintertreiben und der französischen Politik zum Siege zu verhelfen".

** Es handelt sich um eine dem Staatssekretär von Bülow von Kardinal Kopp, der in allen diesen Dingen der Mittelsmann zwischen der deutschen Regierung und der Kurie war, am 26. Februar überreichte Denkschrift über den „Deutschen Verein vom Heiligen Lande."

saals oder des Fußwaschungssaals zurzeit nicht zu denken sei, weil die freiwillige Abtretung eines so hochangesehenen moslemitischen Heiligtums in der ganzen muhamedanischen Welt eine für die Stellung des Kalifen bedenkliche Erbitterung hervorrufen würde. Für nicht völlig ausgeschlossen hielt indessen Herr von Radowitz, daß es unter dem Druck einer verwickelten äußeren Lage vielleicht eines Tages möglich werden könnte, jene Schwierigkeit zu überwinden. Die käufliche Erwerbung der Dormition de la Sainte Vierge bezeichnete dagegen der Botschafter unter gewissen Voraussetzungen, namentlich vermöge einer Intervention der Kaiserlichen Regierung, für angängig.

Bevor ich die Angelegenheit der allerhöchsten Entschließung Seiner Majestät des Kaisers und Königs unterbreite, beehre ich mich, Euer Exzellenz um eine gefällige tunlichst schleunige Äußerung darüber zu ersuchen, ob Euer Exzellenz den Standpunkt des Herrn von Radowitz auch gegenwärtig noch für den richtigen halten, oder ob nach Ihrer Auffassung jetzt die Möglichkeit vorliegt, daß ein von unserm allergnädigsten Herrn bei der in Rede stehenden Veranlassung unternommener Versuch, das Coenaculum für einen deutschen religiösen Verein zu erlangen, von Erfolg gekrönt wäre.

Da es hierbei namentlich auch auf die Beurteilung der Verhältnisse und Stimmungen in Palästina ankommen wird, wollen Ew. pp. vor Erstattung Ihres Gutachtens den Kaiserlichen Konsul in Jerusalem zur Sache hören. Derselbe wird unter anderem auch eine nicht unwesentliche Differenz tatsächlicher Art zwischen der anliegenden Aufzeichnung und der Immediateingabe des Palästinavereins vom Jahre 1890 aufzuklären haben. In der Anlage heißt es nämlich, daß für das Grab Davids ein besondrer Eingang bereits bestehe, während die frühere Immediateingabe nur annimmt, daß ein solcher besondrer Zugang hergestellt werden könne.

Bülow

Nr. 3367

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 128 Pera, den 28. Mai 1898

Zu Erlaß Nr. 258 vom 23. v. Mts.*

Nach einer Meldung des Kaiserlichen Konsulatsverwesers in Jerusalem besteht nur ein Eingang, welcher von außen zum Grabe Davids und zum Coenaculum führt, im Innern befinden sich zwei Eingänge,

---

* Siehe Nr. 3366.

von denen der eine den Zugang zum Fußwaschungssaal mit dem Grabe Davids bildet, der andere über eine Treppe zu dem unmittelbar darüber befindlichen Abendmahlsraum führt. In demselben befindet sich eine nach Mekka gerichtete Gebetsnische, die Wände sind mit Koransprüchen versehen. Für gewöhnlich ist der Zugang zum oberen Raum verschlossen und wird geöffnet, um als Gebetsstätte verwendet zu werden, wenn der untere Raum die Zahl der Gläubigen nicht mehr fassen kann.

Was die Überlassung des Coenaculums anbelangt, muß ich nach eingehender Prüfung der Frage und nach meiner Kenntnis der religiösen Anschauungen der Muselmanen meine Überzeugung dahin aussprechen, daß es dem Sultan beim besten Willen nicht möglich sein wird, in die Abtretung dieses Heiligtums an eine christliche Glaubensgenossenschaft einzuwilligen. Es würde in diesem Fall eine solche Erregung durch die ganze islamitische Welt gehen, die das Ansehen, ja selbst die Existenz des Sultans gefährden könnte, denn es würde sofort die Frage aufgeworfen werden, ob ein Sultan, der eine solche Handlung begeht, überhaupt noch die Eigenschaften besitzt, um die Würde eines Kalifen zu bekleiden. Es ist mit einiger Sicherheit vorauszusehen, daß, wenn ein Sultan sich stark genug glauben sollte, um gegen die religiösen Überzeugungen seines Volkes handeln zu können, die Muselmanen unter Hingabe ihres Lebens Gewalt anwenden würden, um das Heiligtum den Christen wieder zu entreißen.

Die politischen Dienste, welche das Deutsche Reich namentlich in den letzten Jahren dem Sultan geleistet hat, haben tatsächlich bis in die entferntesten Gegenden der Türkei eine unbegrenzte Verehrung für die allerhöchste Person Seiner Majestät des Kaisers und eine große Sympathie für alles Deutsche hervorgerufen; aber diese Empfindungen könnten schwer erschüttert, ja selbst in Haß umgewandelt werden, wenn auf deutsche Veranlassung die religiösen Gefühle des Volkes durch Abtretung an eine christliche Gemeinschaft eines dem Islam teuren Heiligtums verletzt würden.

Eine andere Frage ist, ob eine vollkommene Trennung des Coenaculums von dem islamitischen Heiligtum in der Weise möglich wäre, daß durch Schaffung besonderer Eingänge für beide das erstere den Christen überlassen und das letztere den Muhamedanern verbleiben könnte. Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es einer genaueren Kenntnis der lokalen Verhältnisse, als sie hier vorhanden ist. Aber auch im bejahenden Falle würden die obigen Bedenken nur abgeschwächt, nicht aber vollkommen beseitigt werden.

Anders verhält es sich mit dem „Dormition de la Sainte Vierge" benannten Platze; hier ist die Erwerbung möglich, wenn auch schwierig. Das Grundstück, auf dem — soweit jetzt schon hier bekannt ist — kein Gebäude steht, ist gemeinsames Privateigentum einer einflußreichen muhamedanischen Familie el-Daudi in Jerusalem. Vor einigen Jahren haben von katholischer Seite Verhandlungen wegen Ankaufs

des Grundstücks stattgefunden, und es war dafür ein Preis von 120000 Frank festgesetzt worden, das Kaufgeschäft ist aber schließlich doch nicht zustande gekommen, teils weil einige Miteigentümer in den Verkauf nicht willigen wollten, teils auch weil einige Mitglieder des Provinzialrats von Jerusalem den Verkauf an Christen eines an ein muhamedanisches Heiligtum angrenzenden Grundstücks für eine Sünde erklärten. Diese Schwierigkeiten bestehen auch heute noch, doch würden sich dieselben voraussichtlich beseitigen lassen. Ich würde es nicht für ratsam halten, mit den Eigentümern in direkte Verhandlungen zu treten, weil dieselben dann zu hohe Forderungen stellen würden. Dagegen erscheint als der geeignete Weg — falls man sich unter Verzicht auf das Coenaculum zum Kaufe des Dormition-Grundstücks entschließen würde —, den Sultan und den Minister des Äußern in das Vertrauen zu ziehen und zu veranlassen, daß das Grundstück angeblich für den Sultan oder die Pforte von den türkischen Behörden gekauft wird, die dasselbe dann zum Erwerbspreise abtreten könnten. Auf diese Weise würden die Intrigen vermieden werden, die von interessierter Seite unzweifelhaft würden angezettelt werden, sobald man in Jerusalem erführe, für wen das Grundstück erworben werden soll.

Marschall

Nr. 3368

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 4. Juni 1898

Für die Verminderung der Machtstellung, welche Frankreich seit Jahrhunderten aus dem Protektorat über die Katholiken aller Nationen im türkischen Orient herleitet, würde es an und für sich wünschenswert gewesen sein, wenn anläßlich der bevorstehenden Reise Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät nach Palästina die von den Franzosen perhorreszierte Übergabe des sogenannten Abendmahlsaales (Coenaculum) in Jerusalem an den „Deutschen Verein vom Heiligen Lande", welcher seit Jahren die Überlassung dieses Gebäudes und des als „Dormition de la Sainte Vierge" benannten Platzes neben demselben anstrebt, erfolgt wäre.

Ohne in dieser Beziehung vorerst irgendwelche Schritte zu tun noch Anträge zu stellen, hatte ich daher Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel aufgefordert, sich über die Sachlage zu äußern. Den hierauf unter dem 28. v. Mts. von dem Freiherrn von Marschall erstatteten Bericht* verfehle ich nicht in der Anlage alleruntertänigst vorzulegen.

* Siehe Nr. 3367.

Hiernach bestehen die schon früher von Herrn von Radowitz geltend gemachten Bedenken gegen eine Überlassung des Coenaculum an eine christliche Religionsgemeinschaft auch heute noch fort, indem die Abtretung jenes muhamedanischen Heiligtums die Stellung des Sultans in den Augen seiner Religionsgenossen gefährden würde. Da sonach der Schädigung, welche die Überlassung des Coenaculum an deutsche Katholiken dem französischen Protektoratsgedanken zufügen würde, auf der anderen Seite eine Einbuße des durch Euerer Majestät Politik neuerdings so außerordentlich gehobenen deutschen Ansehens im Orient gegenüberstünde, dürfte es sich meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens empfehlen, von Schritten zur Erlangung des Coenaculum abzusehen[1].

Dagegen bitte ich Euere Majestät, huldreichst bestimmen zu wollen, ob für den Fall, daß die deutschen Katholiken die zum Ankauf der Dormition de la Sainte Vierge erforderlichen 120 000 Frank aufzubringen in der Lage sind, Euerer Majestät Botschafter zu dem Versuche ermächtigt werden darf, die dieser Erwerbung entgegenstehenden weit geringeren Schwierigkeiten unter der Hand zu beseitigen[2]. Ich glaube einen solchen Versuch, dessen Erfolg freilich nicht unbedingt sicher ist, um deswillen in tiefster Ehrfurcht empfehlen zu dürfen, weil es im allgemeinen nützlich sein möchte, alles zu unterstützen, was einerseits dem französischen Prestige in der Levante Abbruch tun und andrerseits den neuerdings mehr hervortretenden Antagonismus der deutschen gegen die französischen Katholiken in Orientangelegenheiten wachhalten kann[3].

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Coenaculum geht uns gar nichts an! 6/VI. 98 W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig
[2] nur wenn die Muhamedaner absolut nichts dagegen haben, sonst auf keinen Fall!
[3] ja

Nr. 3369

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Schlözer

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 204 Berlin, den 23. Juli 1898

Ich habe im Sinne des Berichts Nr. 128* unter vorläufigem Verzicht auf Erwerbung des Coenaculum dem türkischen Botschafter den

---

* Siehe Nr. 3367.

Wunsch ausgesprochen, das Dormition-Grundstück für 120 000 Frank für den Verein vom Heiligen Land zu erwerben, und um Vermittelung des Sultans zu diesem Zweck gebeten. Tewfik Pascha wird sich direkt an Tahsin Bey wenden, weil er der Ansicht ist, daß man auf diesem Wege am schnellsten zum Ziele gelangen würde.

Ew. wollen in gleichem Sinne nach Maßgabe des Berichts vom 28. Mai d. Js. dort an den Ihnen nach dieser Sachlage geeignet scheinenden Stellen nachdrücklich wirken.

Richthofen

Nr. 3370

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 234 Paris, den 7. September 1898

Zu verschiedenen Malen ist Euerer Durchlaucht von hier gemeldet worden, wie lebhaft die Reise Seiner Majestät des Kaisers und Königs nach dem Orient die Gemüter in Frankreich bewegt. Es ist die einzige auswärtige Frage, welche trotz der alles beherrschenden Dreyfussache immer wieder das Interesse in Anspruch nimmt, während selbst das Zarenmanifest, die Gerüchte über eine englisch-deutsche Allianz*, die Siege des Sirdar im Sudan** und die Verleihung des Goldnen Vließes an den Präsidenten der Republik dahinter zurücktreten müssen. Immer ist es die gleiche Besorgnis, das Ansehen Frankreichs durch Beeinträchtigung des Protektoratsrechts verringert zu sehen[1], und der Wunsch, durch Ausstreuung ungünstiger Gerüchte über die Aufnahme, die der Kaiser finden würde, schon im voraus die Wirkung des gefürchteten Ereignisses abzuschwächen.

Bald ist es die „Agence Havas", welche Korrespondenzen aus Beirut und Jerusalem verbreitet, inhaltlich deren in Kleinasien niemand der Kaiserreise die geringste Aufmerksamkeit schenke[2], abgesehen von den Orten, an denen die türkischen Behörden mühselig ihre Vorkehrungen treffen müßten; alle möglichen Details, welche die Sache ins Lächerliche ziehen sollen, werden dazu berichtet.

Dann wieder soll in Leitartikeln der russische Verbündete von der Notwendigkeit überzeugt werden, den gemeinsamen Feind an der Stätte des Heiligen Grabes zu bekämpfen, oder ein Interview mit einem geistlichen Würdenträger muß die Gemüter darüber beruhigen, daß

* Sie knüpften sich an das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien vom 30. August 1898. Vgl. Bd. XIV, Kap. LXXXXII.

** Am 3. September hatte General Kitchener seinen entscheidenden Sieg über den Kalifen bei Omdurman erfochten. Vgl. Bd. XIV, Kap. LXXXXIII.

dank dem Heiligen Vater und den 600 Schulen, die Frankreich in Palästina habe, das französische Übergewicht dort so leicht nicht leiden würde. Selbst der wegen seiner freigeistigen Richtung einst vielbekämpfte, auf seine alten Tage aber fromm gewordene Schriftsteller François Coppée muß herhalten; er hat auf Befragen seine Meinung über die Orientreise des Kaisers abgegeben, wie folgt: „Après les massacres d'Arménie, le Sultan Abdul Hamid était devenu odieux pour toute l'humanité. Il le devient plus particulièrement aux yeux des Français, aujourd'hui qu'il se fait le vassal de l'Empereur allemand."

Eine ernstere Abhandlung bringt die letzte Nummer der „Revue des deux Mondes" unter dem Titel „La Politique Allemande et le Protectorat des Missions Catholiques". Aus dem fehlgeschlagenen Versuch, dem Vatikan einen türkischen Botschafter aufzuzwingen, und aus den von der Kammertribüne herab gegebenen Versicherungen des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, daß Frankreich sich seiner Protektoratspflichten wohl bewußt sei, schöpft der Schreiber die Hoffnung, daß der französische Einfluß im Orient wie in China aufrechterhalten bleiben werde.

Im Anschluß an die Ausführungen der hier viel gelesenen „Revue" veröffentlicht die „Agence Havas" gestern abend eine Korrespondenz aus Reims, wonach der dortige Erzbischof Kardinal Langénieux dem Papst den Vorschlag unterbreitet hat, ein „Comité national pour la conservation et la défense du protectorat français" zu gründen. Leo XIII. habe darauf unter dem 20. v. Mts. durch ein nach dem Belieben des Kardinals bekanntzugebendes Schreiben geantwortet, welches die folgende Versicherung enthalte: „Le Saint Siège, en effet, ne veut rien toucher au glorieux patrimoine que la France a reçu des ancêtres et qu'elle entend sans un doute mériter de conserver en se montrant toujours à la hauteur de sa tâche[3] *." Die Korrespondenz bemerkt dazu, es sei das erste Mal, daß der Papst persönlich und in einer öffentlichen Kundgebung das ausschließliche Recht Frankreichs, die Missionare und die katholischen Niederlassungen im Orient zu schützen, anerkenne.

Ich darf anbei die von der „Agence Havas" am 2. und 6. d. Mts. gebrachten Korrespondenzen, einen Artikel von Valfrey im „Figaro" vom 29. v. Mts. — am Tage, als das russische Manifest** hier bekannt

---

* Den vollen Wortlaut des päpstlichen Schreibens übermittelte Geschäftsträger von Below seiner Regierung am 8. September. Es hieß darin unter anderem: „La France a en Orient une mission à part que la Providence lui a confiée: noble mission qui a été consacrée non seulement par une pratique séculaire, mais aussi par des traités internationaux, amsi que l'a reconnu de nos jours notre Congrégation de la Propagande, par sa déclaration du 22 mai 1888. Siehe den vollen Wortlaut in deutscher Übersetzung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1898, S. 305.

** Gemeint ist das Friedensmanifest des Zaren vom 24. August 1898.

wurde, veröffentlicht —, ein Interview aus dem „Petit Bleu“ vom 28. v. Mts. in den beifolgenden Ausschnitten sowie das letzte Heft der „Revue des deux Mondes“ gehorsamst in Vorlage bringen.

Below

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Das wird es, so Gott will, von selbst auf ganz natürlichen Wegen, wo die Republik vor der Monarchie zurückweichen muß, sobald letztere in unmittelbare Berührung mit dem Zuschauer kommt

[2] dann braucht Gallien sich doch nicht darüber aufzuregen, und die Leute darauf aufmerksam zu machen.

[3] ! siehe Dreyfus, Panama etc!

Nr. 3371

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 99 Rom, den 9. September 1898

Der zwischen dem Papste und dem Kardinal Langénieux stattgehabte Schriftwechsel betreffend das französische Protektorat im Orient* ist von dem Kardinalstaatssekretär so geheim gehalten worden, daß derselbe hier erst gestern durch die von den Zeitungen unvollständig reproduzierte „Havas“-Depesche bekannt geworden ist.

Auf dem heutigen Diplomatenempfange machte mir Herr Rampolla über die Antwort des Papstes sehr ausführliche, augenscheinlich wohlüberlegte und durch Wiederholung einzelner Sätze soulignierte Eröffnungen.

Wiewohl ich mir in Anbetracht der bekannten politischen Richtung des Kardinals über den jedenfalls nur sehr relativen Wert dieser Darlegungen selbstverständlich keine Illusionen mache, halte ich es doch für meine Pflicht, Euerer Durchlaucht eingehender darüber Meldung zu machen. Herr Rampolla war nämlich sichtlich bemüht, der Kundgebung des Pontifex nach Kräften jede irgendwie antideutsche Spitze zu benehmen, und sprach überdies im Laufe des Gespräches auch den Wunsch aus, ich möchte im Sinne seiner Eröffnungen meiner Regierung schreiben.

Der Kardinal begann mit der Versicherung, das päpstliche Schreiben enthalte keine Bevorzugung, erteile kein Privileg und bringe überhaupt nichts Neues, sondern lediglich die Erklärung, es solle der status quo im Orient aufrechterhalten werden, und zwar auf der Basis des Erlasses vom 22. Mai 1888, welcher neben dem französischen auch

* Vgl. Nr. 3370, S. 613, Fußnote *.

das österreichische Protektorat für weite Strecken im Oriente anerkenne. Augenscheinlich bezweckte der Staatssekretär hiermit eine Widerlegung der ihm wohl direkt telegraphierten, hier sonst erst durch die heutigen Abendblätter bekannt gewordenen Konklusion, welche die „Havas“-Depesche aus dem Antwortschreiben gemacht hatte, indem sie daraus deduzierte, „daß zum ersten Male der Papst öffentlich das ausschließliche Recht Frankreichs auf den Schutz der Missionare im Orient anerkannt habe“.

Die Initiative, welche der Erzbischof von Reims ganz selbständig — ohne Mitwirkung der Regierung — ergriffen habe, erkläre sich so, daß derselbe lange im Orient tätig gewesen und ein warmer Anhänger des französischen Protektorates sei. Eine Antwort mußte er erhalten, und dieselbe habe angesichts der durch Verträge und langjährige Übung begründeten französischen Rechte nicht anders lauten können. Bemerkenswert erscheint mir noch, daß Herr Rampolla mir an dieser Stelle gleichsam entschuldigend sagte: „Et puis! vous ne devez pas oublier que la France nous donne plus de 4 millions par an pour nos missions“.

Meinem österreichischen Kollegen* hat er heute bei Besprechung des Langénieuxschen Schreibens von praktischen Schwierigkeiten gesprochen, die es machen würde, wenn man in der Kirchenprovinz des Patriarchen von Jerusalem Ordensbrüdern oder Missionaren deutscher Nationalität[1] eine besondere Rechtsstellung geben wollte. Die Machtsphäre des Patriarchen, die sogenannte Custodia dei luoghi santi, sei eine unteilbare, und einzelne Institute aus derselben loszulösen nicht angängig, andererseits aber könne der genannte Prälat, wenn er weltlichen Schutzes bedürfe, auch nur ein und dasselbe Konsulat anrufen[2].

Ein stichhaltiger Grund dafür, warum der Patriarch in Sachen, welche zum Beispiel deutsche Franziskaner angehen, sich nicht an das deutsche Konsulat soll wenden können, war aus dem, was mir Baron Ambró von seiner Unterredung mit Herrn Rampolla mitteilte, nicht ersichtlich[2].

Zum Schlusse möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß mein österreichischer Kollege mir vertraulich sagt, er habe sich heute bei derselben Gelegenheit bei dem Staatssekretär darüber beschwert, daß französische Missionare in Albanien tätig seien, und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben, wenn nicht direkt, so doch jedenfalls indirekt dem slawischen Einflusse den Boden bereiteten.

Below

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Also war es doch gegen Deutschland gerichtet
[2] !

---

* Baron Ambró von Adamócz.

Nr. 3372

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 381 Therapia, den 11. September 1898

Ganz vertraulich

Im Anschluß an Telegramm Nr. 380*.

Falls das päpstliche Schreiben wirklich, wie die „Agence Havas" behauptet, das Schutzrecht Frankreichs über katholische Missionare und Anstalten vorbehaltlos anerkennt, kann ich mich der Besorgnis nicht entschlagen, daß von der französischen Partei im Vatikan der Versuch unternommen werden wird, dieses Schutzrecht gelegentlich der Reise Seiner Majestät durch äußere Zeichen, z. B. Flaggen deutscher Anstalten mit französischen Fahnen demonstrativ zu bekunden. Die Leiter der deutschen Anstalten, z. B. des Spitals der Borromäer Schwestern in Haifa haben bisher stets ausschließlich deutsch geflaggt, ob dieselben aber dem Vatikan gegenüber Widerstandskraft besitzen, ist sehr zweifelhaft.

Aus solchen Vorgängen könnten sich recht unliebsame Dinge entwickeln. Vor allem fürchte ich, daß die protestantische Geistlichkeit, die an sich gern bereit ist, protestantischen Feiern eine Spitze gegen Rom zu geben, in ihrem Eifer noch erheblich gestärkt werden wird, wenn sie dort deutschen Katholizismus und Franzosentum vereinigt findet. Jedes die deutschen Katholiken verletzende Wort aber, welches aus Anlaß der Kaiserreise in Palästina gesprochen wird, käme den französischen Ansprüchen zugute, von denen heute die deutschen Katholiken nichts wissen wollen.

Vielleicht würde es den Eifer der Franzosenfreunde im Vatikan abkühlen, wenn unsere ganz unanfechtbare Stellung nochmals bei der Kurie scharf präzisiert würde. Der Papst wird, wenn er auf den Ernst der Sache aufmerksam gemacht wird, um so eher zugänglich sein, als er weiß, daß in dieser Frage der deutsche Episkopat und die große Mehrheit der deutschen Katholiken auf Seite der Kaiserlichen Regierung steht.

Marschall

Nr. 3373

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 380 Therapia, den 11. September 1898

Tewfik Pascha, den ich in diesen Tagen wegen anderer Fragen sehen werde, wird mich voraussichtlich auf die jüngste das französische

* Siehe das folgende Schriftstück.

Protektorat im Orient betreffende Note der „Agence Havas“ anreden. Falls ich nicht andere Instruktion erhalte, würde ich dem Minister in Übereinstimmung mit früher Gesagtem etwa folgendes darlegen:

Die französische Annahme, daß die Reise Seiner Majestät des Kaisers nach Palästina den Zweck verfolge, ein deutsches Schutzrecht über deutsch-katholische Missionen und Anstalten zu begründen, sei schon darum unzutreffend, weil dieses Schutzrecht heute schon bestehe[1] und seit Jahren[2] praktisch ausgeübt werde. Jeder souveräne Staat besitze kraft seiner Souveränität das Recht und die Pflicht, seine Angehörigen und deren Anstalten im fremden Lande zu schützen. Ob andere Staaten über dieses Recht zugunsten Frankreichs disponiert hätten, sei mir unbekannt. Bei Deutschland sei dies nicht der Fall; wir seien im Gegenteil zu jeder Zeit den französischen Ansprüchen entgegengetreten. Der Berliner Vertrag bestimme, daß die erworbenen Rechte — „Les droits acquis“, Artikel 62 Alinea 7 — aufrechterhalten werden sollen, nachdem vorher (Alinea 6) ausdrücklich das Protektionsrecht der einzelnen Staaten über ihre religiösen Anstalten anerkannt ist. Das beanspruchte französische Schutzrecht über deutsche Reichsangehörige und deren Anstalten sei ein lediglich imaginäres, da es sich auf französisch-türkische Verträge stütze, die selbstverständlich über Rechte des Deutschen Reichs nicht verfügen könnten[1]. Demnach würden wir jeden praktischen Versuch, dem angeblichen französischen Schutzrecht Geltung zu verschaffen, möge er in Form einer französischen Intervention zugunsten eines Reichsangehörigen oder in einer Konnivenz gegenüber solchen Ansprüchen zutage treten, nach wie vor als versuchten Eingriff in die Souveränität des Deutschen Reichs mit Entschiedenheit zurückweisen[1]. Ich würde beifügen, daß ich mir selbstverständlich über das angebliche Schreiben des Papstes an Kardinal Langénieux kein Urteil zu bilden vermöge, da mir der Wortlaut desselben nicht bekannt sei.

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Ja! W.
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Richtig
[2] seit Versailles 18/I. 1871

Nr. 3374

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Derenthall an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept

Nr. 221 Berlin, den 12. September 1898

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 360*.

In einer Unterredung des Legationsrats von Mumm mit dem türki-

* In Telegramm Nr. 360 vom 26. August hatte Freiherr von Marschall ge-

schen Botschafter hat letzterer behauptet, über die Dormition-Angelegenheit seinerzeit an Tahsin Bey geschrieben zu haben, versprach aber, nochmals an denselben zu telegraphieren.

Ew. wollen die Angelegenheit auch Ihrerseits durch Tahsin Bey beim Sultan zur Sprache bringen und dabei den hohen Wert betonen lassen, der diesseits auf eine unseren Wünschen entsprechende Erledigung gelegt werde.

Dabei wollen Ew. darauf hinweisen, daß bis zum Augenblick der am besten wohl während des Aufenthalts Seiner Majestät des Kaisers in Konstantinopel oder Jerusalem erfolgenden Übertragung des Grundstücks an uns Geheimhaltung der Angelegenheit dringend erwünscht sein würde.

v. Derenthall

Nr. 3375

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 67 Semmering, den 18. September 1898

Seine Majestät der Kaiser präzisierte auch mir gegenüber allerhöchstseinen Standpunkt hinsichtlich des deutschen Schutzrechtes über deutsch-katholische Missionen und Anstalten im Orient dahin, daß dieses Schutzrecht seit dem 18. Januar 1871 bestehe, seitdem immer praktisch ausgeübt worden sei und jeder tatsächliche Versuch, dasselbe in Frage zu stellen, als ein Eingriff in die Souveränität des Deutschen Reiches von uns mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse. Dem Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel ist hiernach unser volles Einverständnis mit seiner Auffassung auszusprechen. Ich stelle anheim, ob es sich jetzt schon empfiehlt, das Telegramm Nr. 381 aus Konstantinopel* zum Gegenstand einer Instruktion an den Königlichen Geschäftsträger beim Vatikan zu machen, damit derselbe in der Lage ist, hiernach seine Sprache zu regeln.

Seine Majestät wollen allergnädigst geruhen, der Bitte sowohl des lateinischen Patriarchen von Jerusalem Msgr. Piavi (Bericht des Kaiserlichen Konsuls in Jerusalem vom 29. v. Mts.) wie des Direktors des deutschen Hospizes Tabgha, der Oberin der deutschen Borromäerinnen zu Haifa und des Direktors des deutsch-katholischen

---

meldet, daß der erste Sekretär des Sultans Tahsin Bey von dem türkischen Botschafter in Berlin Tewfik Pascha noch keine Nachricht wegen der Erwerbung des Dormition-Grundstückes erhalten haben wolle.

* Siehe Nr. 3372.

Hospizes in Jerusalem (Schreiben des Landrats Janssen vom 31. v. Mts.) huldvollst zu willfahren*. Die Voraussetzung für diesen Beweis kaiserlicher Gnade ist selbstverständlich, daß die genannten deutschen Anstalten und ihre Leiter sich auf den Boden des deutschen Protektorats stellen und dies auch durch ihre äußere Haltung (Flaggen usw.) dokumentieren. Ich bitte hiernach das Weitere zu veranlassen und auch sowohl den Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel wie den Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen zu Eulenburg au courant zu setzen. Es dürfte endlich nützlich sein, durch Geheimen Rat von Mumm den Prinzen von Arenberg bezw. Landrat Janssen vertraulich zu informieren. Wir werden die dem Deutschen Reich als souveräner Staat zustehenden und unanfechtbaren Rechte und Pflichten gegenüber deutsch-katholischen Anstalten und Untertanen wie überall so auch im Orient nicht verkümmern lassen, rechnen aber auf die patriotische Mitwirkung der deutschen Katholiken im Inland.

Bülow

Nr. 3376

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 402 Therapia, den 2. Oktober 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 221**.

Die Frage der Erwerbung der Dormition ist von mir in den letzten 14 Tagen nahezu täglich mit der im Interesse der Geheimhaltung nötigen Vorsicht im Palais und bei der Pforte, das heißt Großwesir und Tewfik Pascha, betrieben worden. Die Angelegenheit ist jetzt soweit gefördert, daß der Großwesir die Genehmigung des Sultans erhalten hat, den Gouverneur von Jerusalem dahin telegraphisch zu instruieren, das Grundstück für die türkische Regierung von den Eigentümern käuflich zu erwerben, um nach erfolgtem Kauf dasselbe auf uns übertragen zu können. Um Indiskretionen in Jerusalem zu vermeiden, ist dem Gouverneur von Jerusalem von dem Zweck des Ankaufs keine Kenntnis gegeben worden. Falls daher in Jerusalem keine unvorhergesehenen Schwierigkeiten erstehen, halte ich den Ankauf für 6000 Napoléon d'or für sicher.

Marschall

* Es handelte sich um den Wunsch der genannten Persönlichkeiten, daß der Kaiser gelegentlich seiner Anwesenheit in Palästina die ihnen unterstellten kirchlichen Gebäude und Anstalten besuchen möge und von ihnen feierlich begrüßt werden dürfe.

** Siehe Nr. 3374.

Nr. 3377

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept

Nr. 237 Berlin, den 5. Oktober 1898

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 402*.

Fördern Sie die Dormition-Angelegenheit auch fernerhin nach Möglichkeit und betonen Sie erforderlichenfalls dem Sultan selbst gegenüber mit allem Nachdruck, wie Seine Majestät der Kaiser sich ganz persönlich für Gelingen des Plans interessieren und dem Sultan zu besonderem Danke verpflichtet sein würden, wenn derselbe dem Wunsche Seiner Majestät entsprechen würde.

Ich rechne umsomehr auf Ihre Einwirkung an dortigen maßgebenden Stellen, als französischen Zeitungsnachrichten zufolge die Franzosen hoffen, gewisse deutsche Absichten auf Grunderwerb in Jerusalem zu hintertreiben, und somit anzunehmen ist, daß auch die französische Regierung im Interesse ihres Protektorates ihren politischen Einfluß in Konstantinopel zu unseren Ungunsten einsetzen wird. Einen Echec in dieser Angelegenheit müßte daher unser allergnädigster Herr als eine auf französische Einflüsterungen zurückzuführende direkte Unfreundlichkeit empfinden, welche ihn angesichts seiner in kritischen Zeiten der Türkei gegenüber beobachteten freundschaftlichen Haltung tief verletzen müßte. Die Meldung Eurer pp. über das Gelingen des Erwerbs der Dormition würde ich unter diesen Umständen mit besonderer Genugtuung begrüßen.

Bülow

Nr. 3378

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 417 Therapia, den 7. Oktober 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 237**.

Nachdem ich heute vormittag mit Tewfik Pascha im Sinne der mir erteilten Instruktion eindringlich gesprochen, habe ich dem Sultan, der mich heute empfangen hat, dargelegt, daß es sich bei dem Erwerb der fraglichen Grundstücke um einen persönlichen Wunsch

* Siehe Nr. 3376.
** Siehe Nr. 3377.

Seiner Majestät des Kaisers handle und unsererseits etwas Weiteres nicht verlangt werde als die Vermittelung der Pforte zum Zweck des Abschlusses des Vertrags. Der Sultan sagte mir, daß die Sache ihm vorgetragen worden und er, um Seiner Majestät gefällig zu sein, alles tun werde, um den Kaufabschluß herbeizuführen.

Wie ich inzwischen festgestellt habe, ist das Telegramm des Großwesirs an den Gouverneur von Jerusalem, welches diesen beauftragt, den Kaufabschluß herbeizuführen, abgegangen.

Marschall

Nr. 3379

Der preußische Staatsminister Bernhard von Bülow an den preußischen Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau

Telegramm

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 43 Berlin, den 9. Oktober 1898

Zu Ew. pp. Orientierung.

Die gestrige Ansprache des Papstes an die französischen Pilger* hat Seine Majestät den Kaiser sowohl mit Rücksicht auf das, was bereits vorhergegangen, wie insbesondere auch wegen des von Seiner Heiligkeit für die Ansprache gewählten Zeitpunktes — gerade im Augenblick des Antritts der Orientreise Seiner Majestät — und wegen der Schlußfolgerungen, welche von deutschfeindlicher Seite an die jetzigen Auslassungen Seiner Heiligkeit zweifelsohne werden geknüpft werden, lebhaft verletzt.

Bülow

Nr. 3380

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 437 Pera, den 13. Oktober 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 417**.

Nachdem die von dem Gouverneur von Jerusalem erhobenen Schwierigkeiten durch eingehende Verhandlungen mit der Pforte und

---

* Am 8. Oktober hatte der Papst eine Schar französischer Pilger empfangen und bei seiner Antwort auf die Ansprache des Führers des Pilgerzuges Leo Harmel wieder des französischen Protektorats im Orient gedacht. („Ein besonderer Gedanke hat Euch zu uns hergeführt, der nämlich, uns zu danken für den kürzlich vollzogenen Akt, wodurch wir die früheren Erklärungen des Heiligen Stuhles über Euer traditionelles Protektorat im Orient bestätigt haben".)

** Siehe Nr. 3378.

Palais beseitigt sind, läßt mir der Sultan soeben sagen, daß er den Befehl gegeben habe, die Dormition käuflich zu erwerben, um auf uns übertragen zu werden.

Die Schwierigkeit bestand vornehmlich darin, daß das Grundstück zu jener Kategorie von Wakuf gehört, die nicht verkauft werden dürfen, und der Gouverneur die Befürchtung aussprach, daß infolge der Eifersucht der konkurrierenden Glaubensgenossenschaften Komplikationen entstehen könnten. Zur Beseitigung dieser Bedenken war eine direkte Intervention meinerseits beim Sultan notwendig.

Marschall

Nr. 3381

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Kephalonia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 13 Kephalonia, den 15. Oktober 1898
Geheim

Für Freiherrn von Marschall

Seine Majestät der Kaiser ist hochbefriedigt über die in diesem Augenblick allerhöchstihm doppelt erwünschte Erwerbung der Dormition und behält sich vor, dem Sultan mündlich seinen Dank auszusprechen.

Für Euerer Exzellenz vertrauliche Direktive füge ich hinzu, daß Seine Majestät das höchste Gewicht darauf legen, das Grundstück der Dormition während seiner Anwesenheit in Jerusalem persönlich dem deutschen Katholikenverein Palästinas zu übergeben*.

Bülow

Nr. 3382

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 41 Rom, den 14. Oktober 1898

Der Kardinalstaatssekretär war auch diesmal wieder sichtlich bemüht, der Pilgerrede jede antideutsche Spitze zu nehmen. Er bat mich,

* Es geschah das am 31. Oktober 1898. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1898, S. 337 f., wo auch die anläßlich der Überweisung der Dormition zwischen dem Kaiser und dem Papst sowie dem Vorstand des „Deutschen Vereins vom Heiligen Lande" gewechselten Telegramme im Wortlaut abgedruckt sind.

Euerer Durchlaucht folgendes zu melden: Die Rede sei in der Presse falsch ausgelegt worden; sie habe nicht die geringste Beziehung zur Reise Seiner Majestät des Kaisers und Königs nach Jerusalem. Eine Unterdrückung der von Harmel angeregten Protektoratsangelegenheit sei ihm mit Rücksicht auf französische öffentliche Meinung unmöglich gewesen. Für die Fassung des päpstlichen Antwortpassus sei absichtlich eine kurze trockne und lediglich rekapitulierende Form gewählt worden, um niemand zu verletzen. Letzteres läge ihm um so ferner, als er es gewesen, der die chinesische Angelegenheit* nach den Wünschen Seiner Majestät des Kaisers Frankreich gegenüber mit großer Mühe durchgefochten habe. Auch in materieller Beziehung wolle die Erwähnung der früheren Erklärung absolut nichts Neues bringen, man wolle nur den status quo aufrechterhalten. Der Kardinalstaatssekretär machte mich in dieser Beziehung vertraulich sogar auf die Zweideutigkeit der Worte „dove vige" des Propagandazirkulars aufmerksam.

Leider konnte ich feststellen, daß die „Germania" den Bogen letzthin etwas überspannt hat. Kardinal Rampolla zeigte mir in sichtlicher Erregtheit einen Auszug aus dem ihn persönlich angreifenden Artikel der Nr. 233**. Er vermutet in dem Verfasser „einen bekannten dem Zentrum angehörigen Prinzen". Herr von Stablewski*** mißbilligt diesen Artikel, weil er fürchtet, daß derselbe ihm hierselbst eine Vertretung des Standpunktes der „Germania" erschweren werde.

Below

---

* Auch für China nahm die französische Regierung ein Protektorat bezüglich der katholischen Christen in Anspruch. Nach der Besetzung Kiautschous hatten sich daraus Weiterungen ergeben, die aber dank dem erfolgreichen Eingreifen des Fürstbischofs Kardinal Kopp im wesentlichen zugunsten der deutschen Ansprüche erledigt waren.

** Unter dem Titel „Ein Wechsel in der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan" hatte die „Germania" in ihrer Nummer vom 11. Oktober 1898 (Nr. 233) die durch eine „Wolff"-Depesche offiziös angekündigte Abberufung des Gesandten von Bülow mit der von dem Kardinalstaatssekretär Rampolla inspirierten Ansprache des Papstes vom 8. in Verbindung gebracht: „Wir vermuten, daß das Auswärtige Amt damit nicht so sehr dem Heiligen Vater als dem Kardinalstaatssekretär Rampolla seine Mißstimmung über die Protektoratsfrage hat kundgeben wollen, damit aber zugleich betonte, daß Deutschland, welches seine eigenen Landeskinder im Orient selbst zu schützen gewillt und imstande ist, kraft seiner Souveränitätsrechte in diesem Punkte von keiner anderen weltlichen Macht, insbesondere nicht von der französischen Regierung mit ihren Protektoratsansprüchen eine Einmischung dulden will".
Tatsächlich hatte der Gesandte von Bülow vom Staatssekretär von Bülow am 9. Oktober unter dem frischen Eindruck der päpstlichen Ansprache vom 8. die Anweisung erhalten, das schon seit längerer Zeit beabsichtigte Abschiedsgesuch von Karlsruhe aus, wo er auf Urlaub weilte, einzureichen, ohne erst nach Rom zurückzukehren.

*** Der Erzbischof von Gnesen und Posen von Stablewski, der am 10. Oktober zu längerem Aufenthalt in Rom eingetroffen war, war hier wie vor ihm Kardinal Kopp im Sinne des deutschen Katholizismus tätig.

Nr. 3383

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 Rom, den 15. Oktober 1898

Erzbischof von Stablewski bittet mich um telegraphische Beförderung des nachstehenden von ihm verfaßten Berichts an Seine Exzellenz den Herrn Staatssekretär. Er wäre sehr dankbar, wenn der Herr Staatssekretär diesen von ihm erwarteten Bericht bei seinem Eintreffen in Konstantinopel vorfände:

„Habe am 13. d. Mts. dem Kardinalstaatssekretär die Erregung der deutschen Katholiken gegen französisches Protektorat vorgetragen, worauf der Kardinal irgendeine die Gemüter beruhigende Äußerung in Aussicht stellte. Persönlich beleidigende Ausdrücke der Presse* scheinen hinterher hiervon zurückgehalten zu haben, damit man sich nicht durch den Schein eines Zurückweichens und der Eingeschüchtertheit kompromittierte.

Pilgerreden unterschieden sich materiell durch nichts von dem Langénieux-Brief**.

Am 15. d. Mts. in Audienz bei Seiner Heiligkeit wiederholte ich die Vorstellung, daß Nationalbewußtsein es den Deutschen unmöglich mache, Schutz bei Frankreich zu suchen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß in diesem Augenblick, wo in den Augen der katholischen Welt in Jerusalem das protestantische konfessionelle Interesse so in den Vordergrund tritt, es dem Heiligen Vater unmöglich scheint, das historische und vertragsmäßige Recht Frankreichs offiziell und öffentlich in Betreff der rein kirchlichen Kongregationen zu schmälern.

Was Individuen betrifft, so hat Seine Heiligkeit ausdrücklich erklärt, er lasse ihnen volle Freiheit.

Habe außerdem den Eindruck gewonnen, daß, diese Frage in diesem Augenblick endgültig entscheiden zu wollen, nicht zum Vorteil der deutschen Interessen ausfallen würde, und daß ein an die Wand Drücken das entgegengesetzte Resultat hervorrufen würde. Bin fest überzeugt, daß die vollendeten Tatsachen hier in kürzester Zeit ihr Recht auf diesem Gebiet erhalten werden, und daß, wenn über kurz oder lang auch Kongregationen den deutschen Schutz nachsuchen werden, der Heilige Vater sich einverstanden erklären wird. Es entspräche dies der Praxis der Kirche, welche Direktiven und Gesetze erst dann zu geben pflegt, wenn solche der Ausdruck zutage getretener Bedürfnisse sind.

---

* Vgl. Nr. 3382, S. 623, Fußnote **.
** Vgl. Nr. 3370 nebst Fußnote *, S. 613.

Habe bestimmt erfahren, daß Msgr. Piavi angewiesen ist, den Seiner Majestät dem Kaiser zu bereitenden Empfang feierlich zu gestalten."

Below

Nr. 3384

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Rom, den 16. Oktober 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 47*.

Die mir vorgeschriebene Eröffnung hat auf den Kardinalstaatssekretär zweifellos großen Eindruck gemacht und die noch gestern von Herrn von Stablewski gemeldete Verstimmung wegen der erwähnten Preßartikel** augenscheinlich beseitigt. Er war sehr erfreut über die von Seiner Majestät dem Kaiser getroffene Wahl. Die Antwort des Papstes würde ich in Bälde übermitteln können. Auch er werde es nicht an Entgegenkommen fehlen lassen; er kenne mit Ausnahme vielleicht der römischen keine Frage, über die wir uns nicht einigen könnten.

Betreffend die Pilgerrede wiederholte der Kardinalstaatssekretär nochmals mit wärmster Betonung die bereits gemeldeten Erklärungen und wandte in diesem Zusammenhang, um die Schwierigkeiten der Stellung des Papstes zu illustrieren, das folgende bedeutsame Gleichnis an: „Wenn ein Vater ein starkes gesundes und ein anderes krankes Kind hat, so wendet er dem letzteren mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand unwillkürlich manchmal eine besondere Caresse zu. Möchte das starke gesunde Kind kein Ärgernis daran nehmen."

Below

Nr. 3385

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Konstantinopel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Konzept

Nr. 21 Konstantinopel, den 19. Oktober 1898

Bitte Herrn von Below anzuweisen, Herrn von Stablewski in meinem Namen bestens für seine wertvollen Mitteilungen zu danken,

---

* Telegramm Nr. 47 vom 15. Oktober betraf die Einholung des Agréments für den als Nachfolger des Gesandten von Bülow bestimmten bisherigen Gesandten in Bern, früheren Unterstaatssekretärs Freiherrn von Rotenhan.

** Vgl. Nr. 3382, S. 623, Fußnote **.

die mir einen neuen Beweis seiner guten Gesinnungen lieferten. Wir würden dieselben in diskretester Weise verwerten.

In Rom wird der Geschäftsträger sich etwa in folgendem Sinne zu äußern haben: Es sei unmöglich, daß dort nicht verstanden würde, wie die gerade im Moment der Abreise Seiner Majestät des Kaisers nach dem Orient in Rom gefallenen Äußerungen in hohem Grade verletzend auf Seine Majestät wirken mußten. Die Präsentierung des durch seine versöhnlichen Gesinnungen bekannten Freiherrn von Rotenhan zum Königlichen Gesandten beim Päpstlichen Stuhl beweise demgegenüber, wie weit wir dem Päpstlichen Stuhl ungeachtet seiner neuerlichen uns leider so wenig freundlichen Haltung Entgegenkommen zu zeigen bereit wären, und wie wir noch immer von dem Wunsch nach ersprießlichem Zusammenwirken mit der Kurie auf allen Gebieten erfüllt wären. Um so weniger dürfe sich aber die Kurie ihrerseits der Erwägung verschließen, daß es von den bedenklichsten Folgen für das Verhältnis zwischen ihr und dem Reiche sein müsse, wenn sie nicht fernerhin alles vermiede, was in der schwer gereizten öffentlichen Meinung Deutschlands Anstoß erregen würde.

Herr von Below möge dabei andeuten, daß Freiherr von Rotenhan seinen Posten erst antreten werde nach anstandlosem Verlauf der Orientreise Seiner Majestät. Von dem Versprechen hinsichtlich Piavis wird dabei sofort Akt zu nehmen sein.

In der Presse ist in vorsichtigster Weise anzudeuten, daß Kardinal Rampolla die Kurie wegen der Pilgerrede zu entschuldigen sich Mühe gegeben hat.

Das Gleichnis des Kardinals von dem gesunden und kranken Kinde akzeptiere ich in dem Sinne, daß die Fürsorge für das letztere von keinem wahren Vater so weit getrieben werden darf, daß das Gedeihen des gesunden und lebensfähigen Kindes dabei ernstlich in Frage gestellt wird.

Bülow

Nr. 3386

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 50 Rom, den 21. Oktober 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 50*.

In Erwiderung der mir vorgeschriebenen Äußerungen wiederholte der Kardinalstaatssekretär empressiert seine früheren Beteuerungen be-

* Durch Telegramm Nr. 50 vom 19. Oktober waren die obigen Direktiven Bülows (siehe Nr. 3385) nach Rom übermittelt worden.

treffs der von Seiner Majestät getroffenen Gesandtenwahl, seiner Bereitwilligkeit, auch seinerseits Entgegenkommen zu zeigen, wie er dies erst kürzlich in der chinesischen und der Piavi-Angelegenheit getan, sowie endlich seine Versicherungen hinsichtlich des eventuellen Nachfolgers Piavis.

Ferner machte er mir die ihm bei seinem Selbstgefühl wohl nicht gerade leicht gewordene Äußerung, er wolle sein Bestes tun, um für die Zukunft Froissements nach Art des durch die Pilgerrede entstandenen zu vermeiden.

In der Protektionsfrage möchten wir nicht drängen. Er machte hierbei eine Andeutung, die mir den auch von Herrn von Stablewski empfangenen Eindruck erneut bestätigt, daß man hier der tatsächlich naturgemäßen Entwickelung der Dinge in Kleinasien seinen freien Lauf lassen wird.

Da der Kardinalstaatssekretär heute abermals der Hoffnung Ausdruck gab, der „Osservatore"-Artikel* möchte in Deutschland guten Eindruck gemacht haben, benutzte ich diese Gelegenheit, um ihn auf die zum mindesten gefärbten Stellen desselben aufmerksam zu machen.

Below

Nr. 3387

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 301 Paris, den 4. November 1898

Die Pariser Presse, durch die inneren Angelegenheiten und den eingestandenen Mißerfolg Frankreichs in der Faschodafrage** in Anspruch genommen, hat einstweilen kaum Zeit gefunden, einem Ereignis, das schon lange vor seinem Eintritt hier Beunruhigung hervorrief — ich meine die Orientreise Seiner Majestät des Kaisers und Königs —, die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nur wenige Blätter haben sich bisher mit dem Resultat dieser Begebenheit beschäftigt, aber aus ihren Auslassungen geht zur Genüge hervor, daß ein gewisses Unbehagen fortbesteht.

Das „Journal des Débats" sucht sich spitzfindig damit zu trösten, daß unser kaiserlicher Herr, welcher im Begriffe stehe, die Heimreise anzutreten, angesichts der festen Haltung des Vatikans sich darauf

* Der „Osservatore Romano" hatte am 18. Oktober einen ausführlichen Artikel über die Pilgerrede des Papstes gebracht, der bei scharfen Ausfällen gegen die liberale italienische Presse, die fälschlich den Worten des Papstes eine antideutsche Tendenz untergeschoben hätte, beschwichtigend wirken sollte.

** Vgl. Bd. XIV, Kap. LXXXXIII.

beschränkt habe, den deutschen Katholiken im Orient seinen Schutz nur anzubieten und nicht zu oktroyieren.

Der „Gaulois“ sieht im Gegenteil in der Schenkung der Dormition de la Vierge an die katholischen Untertanen die Gefahr, daß der Kaiser dem Reich den mächtigen moralischen Beistand Roms sichern wolle, den die Republik törichterweise verschmähe.

Die gleiche Besorgnis vor einer Verständigung des Heiligen Stuhles mit Deutschland spricht aus dem „Temps“, dessen im übrigen ebenso törichte als unpassende Besprechung des kaiserlichen Besuchs von Jerusalem nur deshalb von Interesse ist.

Unumwunden gesteht der „Siècle“ zu, daß der Kaiser, wenn er auch die Reise früher als beabsichtigt beende, seinen Zweck erreicht habe. Das Blatt befürchtet sogar, daß schließlich noch die Erwerbung einer Marinestation im Mittelmeer den Erfolg zu krönen bestimmt sein könne.

Ich beehre mich, anbei die betreffenden Ausschnitte aus den genannten Blättern in Vorlage zu bringen.

Münster

Nr. 3388

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Beirut, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 — Beirut, den 6. November 1898

Wie stellt sich französische Presse zu der Erwerbung der Dormition und dem bisherigen Verlauf der Orientreise? Alles, was sich hierauf bezieht, ist für Seine Majestät von besonderem Interesse. Bitte auch in dieser Beziehung mit telegraphischer Meldung nicht zu sparen.

Bülow

Nr. 3389

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Damaskus

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 — Berlin, den 7. November 1898

Obwohl die Aufmerksamkeit in Frankreich durch Dreyfus und Faschoda in Anspruch genommen ist, erzwingt sich der Verlauf der

Reise Seiner Majestät jetzt doch die gebührende Beachtung in den Pariser Blättern. Der „Temps“ muß am Schluß eines mit erkünstelter Ironie geschriebenen Leitartikels die politische Geschicklichkeit anerkennen, womit Seine Majestät in der Dormition-Angelegenheit eine für die inneren Verhältnisse Deutschlands wertvolle, für Frankreichs Prestige im Morgenlande gefahrdrohende „entente“ zwischen dem Deutschen Kaisertum und dem Heiligen Stuhl angebahnt habe. Das „Journal des Débats“ sucht die Niederlage Frankreichs in der Protektoratsfrage mit Redensarten zu bestreiten wie: Seine Majestät habe den deutschen Katholiken seinen kaiserlichen Schutz nur „angeboten“, nicht „aufgenötigt“, und habe auch nicht von einem „exklusiven“ deutschen Schutzrecht gesprochen. Der „Matin“ und der „Univers“ haben sich abgemüht, direkte Erfolge der Reise durch hämische, von deutschen Blättern bereits abgefertigte Bemerkungen zu verkleinern. Dagegen räumen „Gaulois“ und „Figaro“ unumwunden ein, Seine Majestät habe vollauf erreicht, was er beabsichtigte. „Das Telegramm an den Papst hätte ein katholischer Herrscher nicht besser abfassen können. Und dabei habe die protestantische deutsche Presse keine Vorwürfe erhoben.“ („Figaro“.) „Der Kaiser gewinne für Deutschland die große moralische Macht, die das republikanische Frankreich so töricht von sich gestoßen habe,“ sagt der „Gaulois“ in einer beredten Vergleichung des französischen Atheismus mit der durch Seine Majestät bekundeten tiefen Religiosität. Denselben Vergleich zieht die klerikale „Vérité“, die wörtlich sagt, Deutschland habe jetzt im Orient ein Protektorat neben dem französischen: einer der ehrwürdigsten Orte in Jerusalem, von einem nichtkatholischen Herrscher unter lebhafter Befriedigung des Papstes erworben, werde der Sitz des deutschen Einflusses sein. Außerordentlich sympathisch hat im „Journal“ der Dichter Jean Lorrain über das persönliche Auftreten Seiner Majestät in Venedig berichtet.

Richthofen

Nr. 3390

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 139 — Rom, den 8. November 1898
Streng vertraulich

Der bayerische Gesandte* macht mir über ein Gespräch, das er

* Freiherr von Cetto.

auf dem heutigen Diplomatenempfange mit dem Kardinalstaatssekretär gehabt hat, folgende Mitteilungen, für welche ich ihm strengste Diskretion zugesichert habe.

Herr Rampolla hat zunächst die gestrige Depesche des „Daily Telegraph", wonach die russische Regierung in einer Note hier angezeigt haben sollte, sie werde die französischen Protektoratsansprüche im Orient energisch unterstützen, als einen englischen ballon d'essai bezeichnet. Ihm sei von einer solchen Note nichts bekannt.

Der Kardinal ist alsdann auf die derzeitige Stellung der Kurie zu der Protektoratsangelegenheit übergegangen und hat gesagt: „Notre ligne de conduite est toute tracée, le Pape est décidé à faire le silence sur cette question. Si on allait encore la rouvrir, il en serait à craindre un fort contrecoup de la part de la France."

Baron Cetto hat seinem Erstaunen über diese Befürchtungen Rampollas Ausdruck gegeben und ihn unter anderem darauf aufmerksam gemacht, daß die französische Presse angesichts der Ereignisse der Kaiserreise und der festen einmütigen Haltung der deutschen Katholiken neuerdings doch auffällig stiller geworden sei. Hierauf hat ihm der Staatssekretär erwidert: „D'après mes nouvelles on a pris acte en France de ce qui s'est passé en Palestine et l'irritation qu'on en ressent est grande et profonde."

Er hat darauf einige Details der Protektoratsfrage hervorgehoben: Solange es sich um Individuen handele, sei die Sache einfach. Schwierigkeiten machten nur die Korporationen. Wo komme die Kirche hin, wenn sie bezüglich dieser nach ihren althergebrachten Anschauungen lediglich geistlichen, eines nationalen Gepräges entbehrenden Institutionen[1] verschiedene Protektorate offiziell anerkennen wollte? Übrigens beklagten sich zum Beispiel die Engländer niemals über das französische Protektorat, eine Bemerkung, die der Gesandte mit dem Hinweis darauf erwiderte, daß die Engländer seines Wissens in Palästina gar keine Korporationen hätten.

Baron Cetto ist der Ansicht, daß die Kurie infolge der einmütigen stramm-nationalen Haltung der deutschen Katholiken, auf welche sie ebensowenig gefaßt gewesen war[2] wie die Franzosen, augenblicklich etwas desorientiert ist[3]. Es sei nicht die Art des Vatikans, sich neuen Situationen gegenüber rasch zurechtzufinden, und so erkläre sich naturgemäß der Wunsch der Kurie, daß ihr dazu Zeit gelassen werde.

B e l o w

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Unsinn! Sie sind alle französisch
[2] richtig
[3] ja

Nr. 3391

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 159 Rom, den 25. November 1898
Streng vertraulich

Der Kardinal Langénieux hat dem französischen Uditore der Rota, Monsignore Mourey, kürzlich erzählt, er sei hauptsächlich deshalb nach Rom gekommen, weil seine Kollegen vom hohen französischen Klerus ihn gedrängt hätten, noch einen Versuch zu machen, um für das französische Protektorat im Orient hier noch mehr herauszuschlagen[1]. Er habe sich jedoch überzeugen müssen, daß man im Vatikan entschlossen ist, zu dieser Frage eine reservierte Haltung einzunehmen.

Below

Nachschrift.

Die Eindrücke, welche der Kardinal hier gewonnen hat, müssen sehr ernüchternde gewesen sein. Wie ich neulich meldete, hatte Monsignore Langénieux die Absicht, auf der Konferenz, welche unter dem Vorsitz des Papstes über dessen Lieblingsgedanken, die Vereinigung der dissidierenden orientalischen Kirchen mit Rom, beraten sollte, die Protektoratsfrage wieder anzuregen. Diese um einige Tage verschobene Konferenz hat heute stattgefunden. Ich höre soeben aus sicherer Quelle, daß der Kardinal es unterlassen hat, bei dieser Gelegenheit über den Gegenstand zu sprechen[2].

Below

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Trop tard
[2] es würde ihm auch schlecht bekommen sein, der französische Clerus beuge sich den Verhältnissen und gewöhne sich daran, daß das Protektorat „mafeesh" ist!

Nr. 3392

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 235 Pera, den 29. November 1898
Vertraulich

Bei meiner jüngsten Anwesenheit in Jerusalem hatte ich eine längere Unterredung mit dem lateinischen Patriarchen, Monsignore Piavi.

Dieselbe betraf vornehmlich die Stellung der lateinischen Kirche im Orient und die angeblichen französischen Schutzrechte. In den eingehenden Mitteilungen des hervorragenden Prälaten fand ich in allen wesentlichen Punkten die Darlegungen bestätigt, die ich in früheren Berichten über diesen Gegenstand* gegeben habe.

Die lateinische Kirche im Ottomanischen Reiche steht außerhalb des ottomanischen Staatskirchenrechts; sie ist eine fremde Religionsgemeinschaft, der auf Grund von internationalen Verträgen freie Religionsübung gewährt ist. Und in Konsequenz dieser Stellung der lateinischen Kirche haben ihre Funktionäre keinen anerkannt amtlichen Charakter gegenüber den Organen der ottomanischen Staatsgewalt; sie sind Fremde, die nur insoweit Anspruch auf Schutz haben, als er auf diplomatischem Wege ihnen gewährt wird. Monsignore Piavi hat mir sehr beredt die Folgen geschildert, die für die ihm anvertrauten geistlichen Interessen aus diesem Rechtszustande hervorgehen. Vermöge der persönlichen Beziehungen, die er mit türkischen Beamten angeknüpft und gepflegt, hat er es erreicht, daß gewisse Fragen, die in dem Verhältnis von Staat und Kirche unausbleiblich sich aufwerfen, in direkter außeramtlicher Korrespondenz mit türkischen Beamten erledigt werden, aber „ils ne sont pas obligés de me répondre" sagte mir Msgr. Piavi von den letzteren; sie können den Patriarchen auf den diplomatischen Weg, an den französischen Generalkonsul oder die französische Botschaft verweisen, ohne daß ihm ein Rechtstitel zustände, sich über diese Behandlung zu beschweren[1]. Während die übrigen staatlich anerkannten christlichen Kirchen unter Bezugnahme auf verbriefte Rechte mit der Staatsgewalt verkehren, ist die lateinische Kirche für ihre kirchlichen Interessen auf den guten Willen türkischer Funktionäre und in letzter Instanz auf die politischen Erwägungen der Französischen Republik angewiesen. Ganz offen hat mir der Patriarch gesagt, daß dank dieses Zustandes die orthodoxe Kirche immer mehr Terrain auf Kosten der lateinischen gewinne[2]. Und als ich geradeheraus frug, ob man nicht auch in Rom erkenne, daß diese Lage eine „unwürdige" und den kirchlichen Interessen schädliche sei, erwiderte mir der Prälat, daß ich wohl wisse, an welcher Stelle das Hindernis läge.

Wenn Kardinal Rampolla dem bayerischen Gesandten Baron Cetto von den Schwierigkeiten gesprochen hat**, welche die Protektoratsfrage bezüglich derjenigen kirchlichen Korporationen mache, welche eines nationalen Charakters entbehrten, bei denen also mehrere Protektorate konkurrierend zugelassen werden müßten, so verwirrt er absichtlich eine klare Sachlage. Jene Schwierigkeiten hat sich der Heilige Stuhl selbst geschaffen, indem er aus Konnivenz für franzö-

* Vgl. Nr. 3354, 3357, 3359.
** Vgl. Nr. 3390.

sische Eitelkeit heute noch duldet, daß ein fremder Staat sich zwischen die Kirche und die türkische Staatsgewalt einschiebt, um ein Protektorat auszuüben, welches keine rechtliche Grundlage mehr besitzt, und bei dessen Ausübung die kirchlichen Interessen in allerletzter Reihe maßgebend sind. A priori bedarf es für die lateinische Kirche in der Türkei gar keines Protektorats einer oder mehrerer Mächte. Wie Rom die geistlichen Interessen der Katholiken zu schützen hat, so ist der naturgemäße Schützer ihrer staatskirchlichen Interessen die Staatsgewalt des Territoriums, innerhalb dessen die letzteren in Erscheinung treten. Man mag über die türkischen Dinge denken, wie man will, niemand wird bestreiten können, daß die türkische Staatsgewalt den Willen und die Macht hat, die staatskirchlichen Interessen der lateinischen Kirche wirksam zu schützen. Die Menge anerkannter christlicher Konfessionen und christlicher Sekten, die im Ottomanischen Reiche nicht nur frei und ungehindert, sondern unter dem kräftigen Schutze der Staatsgewalt bestehen, beweist dies. Hierzu kommt, daß für die Türkei die lateinische Kirche, eben weil sie nur von Rom als geistlichem Oberhaupte abhängt, als ein staatserhaltendes Element erscheint, während bezüglich der orthodoxen Kirche angesichts der politisch-nationalen Aspirationen, die sich an ihre Anstalten und ihre Propaganda knüpfen, dasselbe nicht gesagt werden kann. Der heutige Zustand, daß die territoriale Staatsgewalt, obgleich sie ein eigenes Interesse an der Erhaltung und Kräftigung der lateinischen Kirche besitzt, beiseitegeschoben und dagegen als Schützer jener Kirche seitens des Heiligen Stuhls eine dritte Macht anerkannt wird, die für kirchliche Dinge ein Interesse überhaupt nicht besitzt, und deren politische Interessen denen der lateinischen Kirche entgegenlaufen, dieser Zustand enthält einen so grellen Widerspruch, daß er unmöglich auf die Dauer bestehen kann.

Wenn es sich bei der Frage vornehmlich um kirchliche Interessen handelte, so könnte man Rom gegenüber sich auf den Standpunkt zurückziehen: „beneficia non obtruduntur“. Aber die Sache liegt anders. — Kardinal Rampolla glaubt die politischen Bedenken, die von deutscher und anderer Seite gegen das französische Protektorat geltend gemacht werden, damit zu beseitigen, daß er die Individuen und die nationalen Einrichtungen preisgibt und jenes Protektorat auf die römische Kirche als Idealbegriff und die internationalen Anstalten beschränkt. Der Kardinal gibt damit nur das auf, was uns gegenüber niemals bestanden hat. Auch in jener Beschränkung bilden die französischen Prätensionen ein politisches Gravamen für jede Macht, die eine zahlreiche katholische Bevölkerung und erhebliche Interessen im Orient besitzt, denn es wird damit Frankreich der Gesamtheit der Katholiken und den für solche Dinge sehr empfänglichen Orientalen gegenüber eine bevorzugte Stellung eingeräumt, die heutzutage weder im internationalen Recht noch in den bestehenden Machtverhältnissen

irgendeine Grundlage findet. Ob, solange Kardinal Rampolla die Geschäfte führt, eine Wendung in dieser Frage eintreten wird, mag zweifelhaft sein. Von der nationalen Bewegung, welche die jüngsten Vorgänge unter den deutschen Katholiken hervorgerufen haben, erwarte ich insofern eine günstige Wirkung, als dieselbe der Gründung *deutsch-nationaler* katholischer Anstalten in der Türkei zugute kommen und dieser stillschweigende Protest gegen die Politik Rampollas vielleicht das wirksamste Mittel sein wird, in Rom einen Umschwung an maßgebender Stelle hervorzurufen.

Niemand wird dem Heiligen Stuhle zumuten, daß er Frankreich gegenüber einen formellen Schritt zur Aufhebung des sogenannten Protektorats unternehme. Msgr. Piavi stimmte dem Gedanken völlig zu, daß zunächst die Remedur in der Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen der Kurie und der Pforte liege, mit dem Ziele, der lateinischen Kirche eine anerkannte Stellung im Ottomanischen Reiche zu verschaffen. Von diesem Gesichtspunkte aus erachtet auch er die Errichtung einer türkischen Gesandtschaft beim Vatikan für sehr wünschenswert[3]. Ist erst diese direkte Verbindung hergestellt, und können Einzelfragen auf diesem Wege gelöst werden, so wird auch die allgemeine Verständigung über die Stellung der lateinischen Kirche im Ottomanischen Reiche nicht ausbleiben. Der Sultan wird der lateinischen Kirche gern die Stellung einräumen, welche die übrigen Religionsgemeinschaften in seinem Reiche einnehmen und die staatliche Anerkennung lateinischer Patriarchen und Bischöfe unter der Voraussetzung gewähren, daß in gehöriger Form das Agrément von ihm erbeten wird. Das eigene Interesse, die Protektoratsfrage mit allen ihren Plackereien und Einmischungen fremder Mächte in innere Verhältnisse nicht wieder aufleben zu lassen, ist unter allen Umständen so groß, daß von der ottomanischen Regierung ganz sicher eine differentiell ungünstige Behandlung der lateinischen Kirche nicht zu erwarten steht.

Nach meiner Unterredung mit Msgr. Piavi begreife ich die Wut, mit der die Franzosen ihn verfolgen. Dieser Kirchenfürst hat eben wie kein anderer die Folgen des französischen Protektorats aus nächster Nähe beobachten können. Bei allen den heiligen Stätten ist heute die orthodoxe Kirche der präponderante Mitteilhaber geworden[3]; selbst bei solchen ist dies der Fall, die vor Jahren noch im ausschließlichen Besitze der Lateiner gewesen sind. Und trotzdem erheben die Orthodoxen unaufhörlich neue Ansprüche, denen Frankreich und darum auch der türkische Beamte keinen Widerstand entgegensetzt. Um so gewaltiger war die Wirkung, welche die großherzige Zuwendung der Dormition an die deutschen Katholiken hervorgerufen hat. Es ist eine Tatsache, die vielleicht noch nicht hervorgehoben wurde, daß von allen großen Heiligtümern im Heiligen Lande die dormition de la Ste. Vierge nunmehr das *einzige* ist, das sich in ausschließ-

lichem Besitze der römischen Katholiken befindet. Und es war ein Akt der Fürsorge gegen alle etwaigen Velleitäten von Mitbesitz seitens anderer Konfessionen, daß das Eigentum an dem Grundstück Seiner Majestät dem Kaiser verblieb und das Heiligtum damit für alle Zeit gegen den französischen Schutz gefeit ist[4].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ein unmöglicher Zustand
[2] richtig, das war ja deutlich zu sehen
[3] ja
[4] sehr richtig! schade, daß das nicht schon früher hat betont werden können

Nr. 3393

Der preußische Geschäftsträger beim Päpstlichen Stuhl von Below-Rutzau an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 184 Rom, den 22. Dezember 1898
Streng vertraulich

Angesichts der immer bestimmter auftretenden Zeitungsgerüchte, betreffend die Abberufung des hiesigen französischen Botschafters *, sowie der ausweichenden Antworten, welche der Kardinalstaatssekretär noch auf dem letzten Diplomatenempfange mehreren hiesigen Vertretern auf ihre diesbezüglichen Anfragen erteilt hatte, bat ich heute Monsignore de Montel **, bei seinem französischen Kollegen von der Rota *** zuverlässige Erkundigungen einzuziehen. Derselbe hat ihm an der Hand von Briefen, die er vom Quai d'Orsay und der hiesigen Botschaft erhalten, folgendes mitgeteilt.

Seit ungefähr einem Monat habe man in den Pariser leitenden Kreisen unter dem Eindrucke der Orientreise Seiner Majestät und der für die französische Eitelkeit sehr schmerzlichen Entwickelung der Protektoratsfrage angefangen, Vergleiche anzustellen zwischen der hiesigen Wirksamkeit des Herrn Poubelle und derjenigen seines Amtsvorgängers †, welcher nicht nur im allgemeinen, sondern besonders im Jahre 1886 in der chinesischen Angelegenheit wesentlich besser abgeschnitten habe.

Diese Herrn Poubelle ungünstige Stimmung blieb Herrn Nisard natürlich nicht verborgen. Obwohl er bereits für Bern in Aussicht

---

* Poubelle.
** Österreichischer Delegierter und Dekan der Rota.
*** Monsignore Mourey.
† Comte Lefebvre de Behaine.

genommen worden sei, habe er seine bereits im Januar 1896 zur Zeit der Abberufung Behaines geltendgemachte Bewerbung um den hiesigen Posten energisch erneuert. Daß er denselben erhalten*, führt Monsignore Mourey auf folgende Erwägungen zurück:

Aus seiner langjährigen Tätigkeit als Direktor der politischen Abteilung am Quai d'Orsay kenne er nicht nur die ganze politische Lage, sondern auch insbesondere die Entwickelung der Protektoratsfrage in China und Kleinasien genau. Vor allen Dingen aber sei er von jener Zeit her mit der Behaineschen geschickten und energischen Politik gründlich vertraut, und man erwarte daher von ihm, daß er dieselbe fortsetzen und sich seiner hiesigen Aufgabe in wesentlich vollkommenerem Grade gewachsen zeigen werde, als dies Herrn Poubelle gelungen sei. Er beherrsche ferner im Gegensatz zu letzterem die diplomatischen Umgangsformen, ein Punkt, welcher hier im Hinblick auf den Verkehr mit den Kardinälen mit Recht für besonders wichtig gilt. Endlich habe er einen festen dezidierten Charakter; man werde hier, wie Montel Monsignore Moureys Ausdruck wiedergab, finden, daß nicht gut mit ihm „Kirschen essen sei".

Als seinen einzigen Fehler bezeichnete mein Gewährsmann seine hochgradige Taubheit, eine Eigenschaft, die bereits im hiesigen diplomatischen Korps manche hoffen läßt, daß sie im Vorzimmer des Kardinals wartend mitunter Bruchstücke von dessen Konversation mit dem neuen Botschafter werden belauschen können.

Below

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Also einen Kampf ums Protektorat giebt es doch! Daß Rotenhan scharf und unbeugsam bleibe, und unsere Katholiken ordentlich auf Nisard und Gallien scharf gemacht werden.

* Der Antritt Nisards als Botschafter der Republik beim Päpstlichen Stuhl erfolgte im Februar 1899. Die Ersetzung Poubelles durch Nisard beweist, daß man französischerseits nicht geneigt war, die französischen Protektoratsansprüche aufzugeben. Immerhin gaben sich die französischen Staatsmänner über die tatsächliche Entwertung dieser Ansprüche keinen Illusionen hin. Zu dem deutschen Journalisten von Huhn sagte der französische Minister des Äußern Delcassé in der zweiten Hälfte November 1898, daß diese Frage für ihn nicht mehr existiere. Sie sei an sich ganz wertlos und vollends nicht wert, sich ihretwegen mit Deutschland zu überwerfen. Aufzeichnung von Huhns vom 5. Dezember 1898; siehe Bd. XIII, Kap. LXXXIX.
Deutscherseits stellte man sich auf den Standpunkt, daß durch die Orientreise des Kaisers das französische Protektorat über den Haufen geworfen sei. Vgl. Nr. 3395. Minder schroff drückte sich Staatssekretär von Bülow in seiner Reichstagsrede vom 13. Dezember 1898 aus: „Wir bekämpfen im Orient auch nicht französische Interessen, aber ein fremdes Protektorat über deutsche Staatsbürger gibt es nicht. Wir sind weit entfernt, eine Schutzherrschaft über andere Staatsbürger in Anspruch zu nehmen, aber es steht dem Kaiser über die Deutschen zu. Es trifft auch nicht zu, daß ein solches Protektorat erst durch die Orientreise des Kaisers begründet worden wäre. Dieses Protektorat bestand schon früher, es besteht seit dem 18. Januar 1871." Die Ausführungen des Staatssekretärs fanden die volle Billigung des gesamten Reichstags und

Nr. 3394

Der preußische Gesandte beim Päpstlichen Stuhl Freiherr von Rotenhan an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Rom, den 27. Dezember 1898

Heute habe ich dem Papst mein allerhöchstes Beglaubigungsschreiben überreicht.

Bei der nachfolgenden Privataudienz habe ich mich gemäß Erlaß vom 15. d. Mts. Nr. 121* nachdrücklich geäußert. Leo XIII. erwiderte, die Nachricht von beabsichtigter Abberufung des Patriarchen von Jerusalem Monsignore Piavi oder seiner Ernennung zum Kardinal sei falsch, Seine Heiligkeit könne sich zwar nicht für längere Zeit binden, ich möge aber Seiner Majestät mit dem Ausdruck der hohen Verehrung Seiner Heiligkeit melden, daß er in der nächsten Zeit Monsignore Piavi nicht versetzen werde**.

Der Kardinalstaatssekretär sagte mir, angesichts des Wunsches Seiner Majestät werde Monsignore Piavi jetzt nicht abberufen werden, dies sei übrigens zurzeit nicht beabsichtigt gewesen.

Bericht folgt.

Rotenhan

Nr. 3395

Der preußische Gesandte beim Päpstlichen Stuhl Freiherr von Rotenhan an den preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 125 Rom, den 12. Juli 1899
Geheim

Msgr. Montel hat, wie er mir ganz vertraulich sagte, gelegentlich einer Audienz vor einigen Tagen Seiner Heiligkeit davon

---

namentlich auch des Zentrums. Die Wortführer des Zentrums, die Abgeordneten Fritzen und Lieber, bekannten sich zu der Auffassung: „Die deutschen Katholiken lehnen aus voller Überzeugung das französische Protektorat im Orient aus nationalen Gründen ab.“

* Durch Erlaß Nr. 121 vom 15. Dezember war Freiherr von Rotenhan angewiesen worden, alles aufzubieten, um die neuerdings von französischer Seite nachdrücklich betriebene Abberufung des Patriarchen Piavi aus Jerusalem zu verhindern.

** Nach einer späteren Meldung des Konsuls Rosen in Jerusalem vom 25. Oktober 1899 hätte Piavi aus Rom die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Papst beschlossen habe, ihn als Residenzial-Patriarchen auf Lebenszeit in Jerusalem zu belassen.

gesprochen, wie begeistert die deutschen Katholiken die Erwerbung der Heimstätte Marias in Jerusalem aufgenommen hätten, und wie sie sich am deutschen Schutze in Palästina freuten; es errege deshalb unter ihnen einige Unruhe, daß es den Anschein habe, als ob der Heilige Stuhl sich mehr für Frankreich und dessen Schutzrechte interessiere.

Der Papst erwiderte, er habe sich ebenfalls über die Erwerbung der Dormition sehr gefreut, zu seiner Freude werde jetzt auch eine Kirche dort erbaut werden. Deutschland werde das Schutzrecht darüber und über seine katholischen Anstalten in ihrer Entwickelung in Palästina ebenso wie in China de facto ausüben; er habe nichts dagegen zu erinnern. Nur solle man nicht von ihm verlangen, daß er formell erkläre, das über 200jährige Schutzrecht Frankreichs, für das die Kirche dankbar sein müsse, sei aufgehoben. Es beständen ja Mißbräuche, es werde solche auch weiterhin geben, und man werde versuchen, dagegen anzukämpfen. Aber Frankreich sende weitaus die meisten Missionare, steuere das meiste Geld für Missionszwecke, der französische Klerus und das gläubige französische Volk hingen mit ganzer Seele am Missionswerk und an dem traditionellen Schutzrecht. Dem müsse die Kurie Rechnung tragen.

Rotenhan

Namenregister zu Band VII–XII *)

*) Vgl. die Vorbemerkung zum Namenregister in Bd. VI.



Berichtigungen zu Band VII—XII

Band VII

S. 145, Anm.*** lies „Caserio“ statt „Cesario Santo“
S. 292, Zeile 20 von unten: „Féron“ ist offenbar von Graf Münster verschrieben für „Ferron“
S. 359, Zeile 11 von oben: „Steinbock“ ist von Schweinitz verschrieben für „Stenbock“

Band VIII

S. 15, Zeile 14 von unten lies „aufreizenden“ statt „aufzreizenden“
S. 62, Anm.*, Zeile 4 von oben lies „Nr. 2111“ statt „Nr. 2112“
S. 189, Anm.*** ist zu streichen; statt dessen muß es heißen: „Oberzeremonienmeister des Sultans“
S. 195, Zeile 6 von unten lies „Gladstone“ statt „Gadstone“
S. 214, Zeile 17 von unten lies „101“ statt „110“
S. 267, Zeile 9 von oben lies „Grunde“ statt „Grrunde“
S. 325, Zeile 10 und 11 von oben verstellt
S. 367, Anm.* lies „Fußnote*“ statt „Fußnote**“
S. 379, Zeile 2 von oben lies „par“ statt „pas“

Band IX

S. 41, Anm.**, Zeile 1 lies „19. Mai“ statt „29. Mai“
S. 88, Anm.*, Zeile 1 lies „Kalkutta“ statt „Bombay“

Band X

S. 27, Zeile 10 von unten lies „j'en“ statt „jen“
S. 28, Anm.* lies „Kap. LIV“ statt „Kap. LXIV“
S. 83, Zeile 6 von unten lies „Konstantinopel“ statt „Konstanitnopel“
S. 94, Anm.* lies „Nr. 2438“ statt „3438“
S. 222, Zeile 12 von oben lies „Ferrero*“ statt „Ferrero“, „Pansa**“ statt „Pansa*“
S. 222, Zeile 20 von oben lies „Lanza“ statt „Lanza*“

Band XI

S. 54, Anm.** lies „2621, S. 42, Fußnote***“ statt „2621, Fußnote***“
S. 71, Anm.* lies „2758“ statt „2578“
S. 74, Zeile 13 von oben lies „ägyptische“ statt „ägyptsiche“
S. 97, Anm.* lies „Fußnote †“ statt „Fußnote*“
S. 139, Zeile 9 von oben lies „Anschluß“ statt „Anchluß“

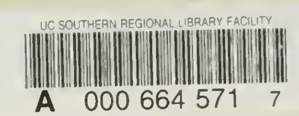
S. 145, Zeile 17 von unten fehlt hinter „Holstein“ das Zeichen *; Zeile 2 von unten muß es heißen „Wien**“
S. 178, Anm. lies „*“ statt „†“
S. 223, Zeile 6 von oben lies „23. d. Mts. **“ statt „23. d. Mts. ***“
S. 277, Anm. * lies „Freiherr von Pasetti“ statt „Freiherr von Bruck“
S. 285, Zeile 2 von unten lies „Bisogna“ statt „Risogna“
S. 314, Anm. *** lies „Nr. 2933“ statt „Nr. 23“
S. 325, Zeile 8 von unten lies „bewahrte“ statt „bewahre“
S. 349, Anm. * Zeile 7 von oben lies „S. 71“ statt „S. 31“
S. 365, Zeile 1 von oben lies „monarchisches“ statt „morarchisches“
S. 369, Zeile 3 von oben lies „Zaren*“ statt „Zaren“
S. 378, Zeile 21 von oben lies „oppresseur“ statt „opresseur“

Band XII

S. 40, Anm. * lies „Nr. 2908, S. 37, Fußnote*“ statt „Nr. 2908, Fußnote*“
S. 66, Anm. * lies „Nr. 2662, S. 97, Fußnote***“ statt „Nr. 2662, S. 98, Fußnote“
S. 114, Zeile 5 von oben lies „Rustschuk“ statt „Rustschuck“
S. 128, Zeile 3 von oben lies „gestern“ statt „gerstern“
S. 130, Anm. ** lies „Kap. LXXII“ statt „Kap. LXX“
S. 137, Anm. *** lies „Nr. 2852“ statt „Nr. 2582“
S. 242, Anm. * lies „Fußnote**“ statt „Fußnote***“
S. 279, Anm. * lies „Nr. 2881 und 2882“ statt „Nr. 2181 und 2182“
S. 537, Zeile 3 von oben lies „Iradee“ statt „Idradee“






UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 664 571 7

